

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1969 · TEIL I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

Redaktion

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Roswitha Czollek (Stellv. Chefredakteur),
Hans Czihak (Betriebsgeschichte), Renate Günther (Bibliographie), Parvis Khalatbari (Wirtschaftsgeschichte der Entwicklungsländer), Heinz Kreißig (Wirtschaftsgeschichte des Altertums),
Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller (Agrargeschichte), Wolfgang Neef, Helga Nussbaum (Literaturkritik), Jan Peters, Hermann Roth, Siegfried Schönherr (Militärökonomie), Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1969 · TEIL I

INHALT

Zurück	Die Tarifkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1968 und vergleichende Tarifverhandlungen in der BRD	11
Brosch	Deutscher Export im Vergleich 1968 bis 1970	21
Wimmer	Charakteristika der Berliner Wirtschaftspolitik in den Jahren der Weimarer Republik, insbesondere an der internationalpolitischen Reaktion der Deutschen Übergangsregierung unter Brüning (1918 bis 1930)	29
Lehmann	Lehrplan und methodische Hinweise für den Fach „Virtuelle Ökonomie“ in der Entwicklungsländerlehre	111
Zur Spezialliteratur	Zur Spezifität der westlichen Expansion Wirtschaftswachstums in der Entwicklungsländerlehre	140
Die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften	Die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften im 3. Viertel des 20. Jahrhunderts	180
Späntwicklungsphase	Späntwicklungsphase Strukturwandel im Spiegel neuer Produktionsgew. Die Kollisionshypothese	210
Der Arbeiter in der Zeit bis zum Einfall der Mongolen	Der Arbeiter in der Zeit bis zum Einfall der Mongolen	241
Die Dorfgenossenschaft in Thüringen im ersten Jahrhundert n. Chr.	Die Dorfgenossenschaft in Thüringen im ersten Jahrhundert n. Chr.	270



Redaktionsschluß: 1. 8. 1968

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 – 4

Copyright 1969 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/52/69

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/69/1 · ES 5 B 2 · 14 D

Einzelpreis des Bandes 20, – M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, – M (4 Bände), Einzelband 18, – M

INHALT

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

L. Zumpe	Die Textilbetriebe der SS im Konzentrationslager Ravensbrück. Eine Studie über ökonomische Funktion und wirtschaftliche Tätigkeit der SS	11	BA 522
A. Brożek	Ostflucht aus Schlesien (1933 bis 1939)	41	BC 917
R. Wimmer	Charakteristika der Berliner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, untersucht an der wirtschaftspolitischen Konzeption des Berliner Oberbürgermeisters Gustav Böß (1921 bis 1929)	75	BD 277
S. I. Tjul'panov/ V. L. Sejnīs	Lehrplan und methodische Hinweise für das Fach „Politische Ökonomie der Entwicklungsländer“	111	A 12
P. Friedländer	Zur Spezifik der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands und ihrer Determinanten	145	BA
F. Wege	Die Anfänge der Herausbildung einer Arbeiterklasse in Südwestafrika unter der deutschen Kolonialherrschaft	183	D 93
W. Werner	Spätmittelalterlicher Strukturwandel im Spiegel neuer Forschungen: Das italienische Beispiel	223	CR
B. Widera	Der Ackerbau in der Ruß bis zum Einfall der Mongolen	241	CC
A. Fol	Die Dorfgemeinde in Thrakien im ersten Jahrtausend v. u. Z.	279	X 30

BETRIEBSGESCHICHTE

H. Czihak	Rationalisierung und Investitionspolitik in einem kapitalistischen Konzern in den zwanziger und dreißiger Jahren, dargestellt am Beispiel der A. Riebeck'schen Montanwerke AG, Halle a. S.	325	BA
-----------	--	-----	----

LITERATURKRITIK

- H. Wehner Deutschlands Weg zum Industriestaat. Einige Bemerkungen zu den Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie Berlin zu Fragen der industriellen Revolution in Deutschland 349
- R. Berthold Fortschritt und fortschrittstragende Kräfte in der spätfeudalen Landwirtschaft. Gedanken zu einem Buch von Hans-Heinrich Müller, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts 399
- Autorenverzeichnis 419

Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik haben sich die Aufgabe gestellt, in den kommenden Jahren eine umfassende "Geschichte des deutschen Volkes" in 12 Bänden auszuarbeiten. Die erfolgreiche Verwirklichung dieses wissenschaftlich und politisch-ideologisch hochbedeutenden Projektes erfordert nicht nur die engste Zusammenarbeit der Spezialhistoriker der einzelnen Perioden der deutschen Geschichte, sondern gleichermaßen auch die Mitarbeit der Fachwissenschaftler der verschiedensten gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und Teildisziplinen, angefangen von der Geschichte der gesellschaftlichen Produktivkräfte, von der Wirtschaftsgeschichte bis hin zur Volkskunde, der Kunstgeschichte und der Literaturgeschichte. Es wird für die Wirtschaftshistoriker der DDR eine vornehmliche Aufgabe sein, mit neuen Forschungsergebnissen, mit gründlichen theoretischen Arbeiten über Probleme der deutschen Wirtschaftsgeschichte, durch Sondierung gravierender Lücken in der Kenntnis unserer Wirtschaftsgeschichte und die Konzentrierung der Forschungskapazitäten auf die Schließung dieser Lücken, durch ein tieferes Eindringen in die Probleme der deutschen Wirtschaftsgeschichte mit Hilfe der Erweiterung der Forschungen zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte und durch die verstärkte Anwendung neuer Forschungsmethodologien ihr Bestes für die Ausarbeitung dieses großen Werkes zu geben, das unter Leitung eines breiten Autorenkollektivs vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herausgegeben wird.

Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte wird - ohne seine Hauptaufgabe, die Wirtschaftsgeschichte als eine bedeutende Disziplin der Ge-

schichtswissenschaft in ihrer Gesamtheit zu pflegen und zu fördern, in irgendeiner Weise zu vernachlässigen - mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Veröffentlichung neuester Forschungsergebnisse, der Entfaltung wissenschaftlicher Diskussionen, der Information und der koordinierenden und anregenden Ausstrahlung die wirtschaftshistorischen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Volkes nach Kräften unterstützen.

Dieses Bemühen spiegelt sich schon in dem vorliegenden Band wider. Drei umfangreiche Studien, die nicht nur durch ihren Gegenstand, sondern auch durch die aufgeworfenen theoretischen Probleme für die deutsche Wirtschaftsgeschichte von Bedeutung sind, stehen an der Spitze dieses Bandes; desgleichen verdienen die beiden ausführlichen Besprechungen in der Abteilung Literaturkritik in diesem Zusammenhang volle Aufmerksamkeit, und in gewisser Weise gilt dies auch - durch die Grundsätzlichkeit des aufgeworfenen Problems - für die Studie in der Abteilung Betriebsgeschichte.

Aus dem Kreis der übrigen Studien dieses Bandes sei hier nur noch auf einen zweiten Schwerpunkt eingegangen. Drei Arbeiten widmen sich der Problematik der Ökonomie der Entwicklungsländer, der Geschichte des Kolonialismus und des Neokolonialismus. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Veröffentlichung des anregenden Lehrplans "Politische Ökonomie der Entwicklungsländer" von S. I. Tjul'panov und V. L. Šejnis eine breite und fruchtbare wissenschaftliche Diskussion auslöste. Die Anmeldung eines ersten Diskussionsbeitrages aus dem Institut Ökonomik der Entwicklungsländer der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, den wir voraussichtlich im nächsten Band bringen werden, liegt der Redaktion schon vor.

September 1968

Monographien, Studien und Referate

Die Textilbetriebe der SS im Konzentrationslager Ravensbrück

Eine Studie über ökonomische Funktion und wirtschaftliche Tätigkeit der SS

von Lotte Zumpe

1. Einleitung
2. Die ökonomische Funktion der SS im faschistisch-staatsmonopolistischen System und die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des SS-Konzerns
3. Die Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH, Dachau und Ravensbrück, ihre Stellung im Komplex der SS-Betriebe und ihre Einordnung in die oberste Verwaltungsbehörde der SS
 - 3.1. Die Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH, Dachau und Ravensbrück
 - 3.2. Die Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB)
 - 3.3. Profitable Verflechtungen auf allen Ebenen
4. Erste Einschätzung der Funktion der SS-Betriebe
5. Anhang: Auszüge aus dem Dokument "Vermerk über die Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH, Dachau und Ravensbrück"

1. Einleitung

SS, dieser Name steht für Begriffe wie Völkermord, Terror und Sklavenarbeit, für Begriffe wie Auschwitz, Mauthausen, Buchenwald, für ein ganzes System von Konzentrationslagern; er steht für Raub, Plünderung und Massengräber, er steht für Unmenschlichkeit schlechthin und ist

das Entsetzen der Menschheit geworden. Dieser Name steht aber auch in unleugbarer Verbindung mit Namen wie IG Farben, Krupp, Flick, Siemens, Dresdner Bank, um nur einige von den deutschen Monopolen und Großbanken zu nennen, und damit auch in Verbindung mit den Männern, die an führender Stelle in diesen Unternehmen tätig waren und es noch sind.

Trotzdem verbinden sich heute wieder mit diesen Namen spektakuläre Treffen in Westdeutschland, wo ungehindert SS-Abzeichen und SS-Fahnen getragen, wo faschistische Reden gehalten und SS-Lieder gegröhlt werden, wo unter Polizeischutz die Rechtfertigung dieser Verbrecherorganisation und ihrer Helfershelfer und Freunde betrieben werden darf. Der Neofaschisierung ist damit Tür und Tor geöffnet, das Resultat zeigt sich in den Wahlergebnissen der westdeutschen Bundesländer von Mal zu Mal deutlicher. Es ist das verantwortungsbewußte Anliegen der Regierung der DDR, dieser Entwicklung entgegenzuwirken; Aufgabe der marxistischen Historiker ist es, dazu beizutragen, indem sie die engen Beziehungen zwischen den staatsmonopolistischen Kräften Westdeutschlands und ihren Handlangern im Faschismus, der SS, bloßlegen und nachweisen. Eine der noch am wenigsten geklärten Fragen ist die ökonomische Funktion der SS und ihre wirtschaftliche Tätigkeit im staatsmonopolistischen System des deutschen Faschismus. Diese Arbeit soll insbesondere ein Beitrag zur wirtschaftlichen Tätigkeit der SS sein.⁺

Es ist im allgemeinen noch wenig bekannt, daß die SS neben ihren Gesellschaften "Ahnenerbe" oder "Lebensborn" auch Wirtschaftsbetriebe unterhielt.¹ Den Platz dieser SS-Betriebe im staatsmonopolistischen System des deutschen Faschismus zu untersuchen, ist eine längst fällige Aufgabe, insbesondere auch deshalb, weil von seiten der imperialistischen Geschichtsschreibung gerade diese Betriebe dazu benutzt werden, das Interesse der Rüstungsmonopole an der Häftlingsausbeutung hinter den Wirtschaftsinteressen der SS (hinsichtlich ihrer Betriebe) verschwinden zu lassen.

+ Eine weitere, im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, erscheinende Arbeit der Verfasserin wird sich auf der Grundlage dieses Artikels mit Problemen der Arbeitsproduktivität in KZ-Betrieben befassen. - Die Redaktion.

1 Einen Überblick über die Geschichte der SS und ihrer Bereiche bietet das Urteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, abgedr. in: *Der Nürnberger Prozeß*, hg. v. Peter Alfons Steiniger, Berlin 1960, insbes. die Abschnitte "Die SS", S. 220 ff., u. "Gestapo und SD", S. 214 ff.

Die bisher von marxistischer Seite vorliegenden Arbeiten über die SS, ihre Terrorfunktion und ihre Verbrechen, aber auch die Arbeiten über das Konzentrationslagersystem behandeln die Thematik vorwiegend unter politischem Aspekt. Über die Wirtschaftsbetriebe der SS, die Motive ihrer Gründung, ihre Funktionsweise, ja ihre Funktion überhaupt, liegt noch keine umfassende Arbeit vor. Erst in der 1968 an der Humboldt-Universität zu Berlin vorgelegten Dissertationsschrift "Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft" von Dieckmann wurde erstmals der Versuch unternommen (für die Zeit ab 1942), den Platz der SS und ihres Funktionsbereiches im staatsmonopolistischen System des deutschen Faschismus zu bestimmen.

Die bürgerliche Literatur über den Gesamtkomplex SS ist wesentlich umfangreicher. Wenn man von der Memoirenliteratur ehemaliger eingefleischter Gestapo- und SD-Funktionäre und anderer hoher SS-Führer absieht, die neben der Geldmacherei ganz offen die Rechtfertigung der SS betreiben - und es unter der neonazistischen Flagge maßgeblicher Kräfte im westdeutschen Bundesstaat bezeichnenderweise auch dürfen! -, so kann man in der historischen Literatur zunächst zwei Linien oder Tendenzen verfolgen: die eine, die der SS eine immer übergewichtigere Rolle zuweist und ihr entsprechend alles andere unterordnet², die andere, neuere, stellt gewissermaßen das andere Extrem dar, indem der "monolithene Koloß" SS in eine Vielfalt von Interessengegensätzen aufgelöst und in den Dschungelkampf der Naziclique eingeordnet wird.³

² Die Gründe für die Herausbildung dieser Tendenz, die in der gesamten einschlägigen Literatur mehr oder minder deutlich nachweisbar ist, sind sicher vielfältig. Die Suche nach Erklärungen, wie die unfaßbar maßlosen Verbrechen geschehen konnten, mag hier ebenso eine Rolle gespielt haben wie die von interessierten Kräften bereits kurz nach dem Kriegsende gesteuerte Linie, die der in Nürnberg als Verteidiger amtierende Rechtsanwalt Laternser bereits 1946 kennzeichnete: Er gab damals die Parole aus, "die SS-Führer seien ohnehin des Todes, daher müßten sie alles auf sich nehmen." (Zitiert nach: *Höhne, Heinz*, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967, S. 12.) Die Nutznießer dieser Betrachtungsweise sind dagegen sehr eindeutig die Kräfte, die heute wie damals in ihren Aufsichtsrats- und Regierungssesseln sitzen. (Vgl. dazu *Braunbuch*. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, 2. überarb. Aufl., Berlin 1965.)

³ Der markanteste Vertreter dieser Richtung ist sicher Heinz Höhne. Namen wie Krauch, Krupp, Schmitz, Abs u. a. fehlen in seiner Darstellung völlig. Bütefisch wird als Opportunist bezeichnet, Flick als "besorgter Konzernherr", "Robert-Bosch-Direktor Hans Walz" als

Beiden Richtungen ist jedoch gemeinsam - und das kennzeichnet die Grundlinie -, daß sie alle Untersuchungen auf den Bereich der Nazi-partei (in ihrer Einheit mit dem Staatsapparat) beschränken. Die Nazi-clique - ob mit oder ohne Übergewicht der SS - erhält gewissermaßen den Charakter einer "Okkupationsmacht" zugeordnet, die alles unter ihren Willen zwang, die Wirtschaft - von den Monopolen spricht man nicht gern gesondert - ebenso, wie alles andere im faschistischen deutschen Staat, das heißt letztlich, die Herren der Rüstungskonzerne und Groß-banken ebenso wie die Arbeiter in den Betrieben. Damit werden genau die Kräfte aus der Untersuchung der Schuldfrage ausgeklammert, ohne deren Hilfe die Nazi-clique nie an die Macht gekommen wäre.⁴

Aus dieser Grundlinie ergibt sich auch die Tendenz der Arbeiten, die sich vorwiegend unter wirtschaftlichem Aspekt mit der SS beschäftigen. Die Spannweite geht von Enno Georg⁵ bis Hans-Eckhardt Kannapin.⁶ Georg, der als erster eine faktenmäßig sehr exakte, detaillierte Darstellung der SS-Betriebe gegeben hat, legt eine weitgehende Indifferenz überall dort an den Tag, wo eine Einschätzung und Einordnung am Platze gewesen wäre. Wo er sie unternimmt, steht er im Gegensatz zu den Ergebnissen seiner Arbeit. In der Einleitung zu seiner Untersuchung formuliert er: Die Arbeit "wird zu zeigen haben, wie die 'bürgerliche' Sphäre der Privatwirtschaft zwar formell respektiert wurde, tatsächlich aber unterwandert zu werden begann, indem eine totalitäre Herrschaftsorganisation die Normen und Möglichkeiten des Handelsrechtes adaptierte."⁷ Zum Schluß stellt er fest: "Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß man sich (Die SS-Führung - L. Z.) von der Schaffung eines möglichst umfangreichen SS-Konzerns auch versprach, auf dieser Basis nach dem Kriege noch stärker als bisher die Wirtschaft des Reiches in Richtung auf eine noch strammer organisierte 'staatliche Kommandowirtschaft' umstellen zu können."⁸ Es bliebe unverständlich, wie

"verkappter NS-Gegner", wie überhaupt der gesamte Freundeskreis Himmler, dessen Mitgliederliste sich nach Höhne "wie ein Auszug aus dem Handelsregister" liest, seiner Meinung nach nur bestand, weil es "kaum einen großen Wirtschaftsbetrieb (gab), der sich nicht der Hoffnung hingab, durch Entsendung eines Vorstandsmitgliedes und durch Zahlungen an die SS die eigenen Interessen vor Übergriffen der Partei zu schützen." (Höhne, Heinz, a. a. O., S. 131.)

4 Vgl. dazu Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.

5 Georg, Enno, Die wirtschaftlichen Unternehmen der SS, Stuttgart 1963 = Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 7.

6 Kannapin, Hans-Eckhardt, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966.

7 Georg, Enno, a. a. O., S. 9.

8 Ebenda, S. 146.

man nach der doch sehr genauen Untersuchung des Komplexes, dessen Gesamtkapital so lächerlich gering im Verhältnis zur "Wirtschaft des Reiches" war und der nicht eine einzige marktbeherrschende oder auch nur -beeinflussende Produktionssparte enthielt, zu solchen Schlußfolgerungen kommen kann, wenn nicht die oben skizzierte Grundlinie und ihre entsprechende Variante die Aufklärung gäben. Kann man aber Georg, auch wenn man die Grundkonzeption seines Luches ablehnen muß, zubilligen, daß es eine saubere und gute Arbeit im Sinne eines gründlichen Quellenstudiums seitens des Verfassers ist, so lohnte es sich nicht einmal, die Arbeit von Kannapin mit der Zange anzufassen, wäre sie nicht symptomatisch für die Konsequenz, die sich aus der Grundhaltung insbesondere der westdeutschen Historiker zum Verhältnis Nazipartei - Staat - Monopole ergibt. Weil es ignoriert wird, weil Indifferenz und Zurückhaltung in jeglicher Form geübt werden, wo sich dieses Verhältnis nicht ausklammern läßt, können die Kannapins ihre Geschichtsklitterei zur Rechtfertigung des deutschen Monopolkapitals betreiben. Martin Broszat zum Beispiel findet in seiner materialreichen Arbeit über die Entwicklungsgeschichte der Konzentrationslager für die Beteiligung der Rüstungskonzerne an der Versklavung und Ausbeutung der Häftlinge keine andere Einschätzung als die, daß es "ein besonders deprimierendes Kapitel in der Geschichte weltberühmter deutscher Industriefirmen" sei.⁹ Dabei benötigt er von der halben Seite, die er von insgesamt hundertfünfzig Seiten dieser Frage einräumt, noch zwei Drittel, um die "Schuld"-(besser: Nichtschuld-)Problematik der Industriekonzerne zu erörtern.

Auf der Grundlage einer solchen Geschichtsschreibung kann Kannapin sein Machwerk produzieren. Da sie aber für seine Absicht trotzdem noch nicht ausreicht, bedient er sich noch einer ganz großen Portion Antikommunismus und stellt sich damit genau das Zeugnis aus, das Thomas Mann für unsere Zeit in die Worte faßte: Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche. So sucht Kannapin - eine wahrhaft üble Methode - vor alle Türen zu kehren, was im Faschismus vor der Tür Deutschlands aufgehäuft wurde und wovor die Welt noch heute mit Entsetzen schaudert. Auf diese Weise stellt er dann fest - und das ist der Tenor des ganzen Buches -, daß "weder im politischen noch im juristischen Sinne Verantwortung für Unrechttaten des Nationalsozialismus zu tragen ist: bei der deutschen Wirtschaft und Industrie im ein-

⁹ Broszat, Martin, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 - 1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg (Breisgau) 1965, S. 144.

zeln, bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes insgesamt gesehen".¹⁰

Georg und Kannapin kann man nicht gleichsetzen, keineswegs, aber die Schlußfolgerung Kannapins ist eindeutig eine Fortsetzung der Schlußfolgerung, die Georg gezogen hat, mit dem Unterschied, daß sie Kannapins "Werk" folgerichtig abschließt: "Die organisatorische Verflechtung der KZ mit Fabriken und Industrieanlagen vollzog sich ... im Zuge einer Entwicklung, die von Himmler mit dem Ziel gewollt wurde, die deutsche Wirtschaftsführung unter seinen Einfluß zu bringen. Es gibt gewichtige Anhaltspunkte, die die Absicht Heinrich Himmlers klar erkennen lassen, auch die Restreservate freier deutscher Wirtschaftsführung zu liquidieren und die deutsche Wirtschaft dem totalen Zwang der SS zu unterwerfen."¹¹ Es bestehen also gewichtige Gründe, die eingangs formulierte Frage zu untersuchen. Der vorliegende Artikel soll ein Beitrag dazu sein.

2. Die ökonomische Funktion der SS im faschistisch-staatsmonopolistischen System und die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des SS-Konzerns

Die Wirtschaftsbetriebe und die damit verbundene wirtschaftliche Tätigkeit der SS sind nicht gleichzusetzen mit der ökonomischen Funktion der SS. Wenngleich es auch nicht das Anliegen des Artikels ist, diese Funktion im einzelnen zu untersuchen, ist es doch für die Unterscheidung nützlich, ihren Umfang in großen Zügen abzustecken.

Götz Dieckmann äußert dazu folgende Ansicht: "Bis 1942 hatte die Aufgabe der SS im wesentlichen darin bestanden, den politischen Widerstand zu unterbinden. Sie spürte die Gegner des Faschismus auf und warf sie ins KZ. Eine wirtschaftliche Funktion hatte die SS nur insofern, als sie die Sabotage in der Rüstungsproduktion zu vereiteln suchte, und natürlich dadurch, daß die abschreckende Wirkung der Konzentrationslager von vornherein viele Menschen vom Widerstand gegen die Kriegsproduktion abhielt."¹²

¹⁰ Kannapin, Hans-Eckhardt, a. a. O., S. 291.

¹¹ Ebenda, S. 296.

¹² Dieckmann, Götz, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, phil. Diss. Berlin 1968, S. 8.

Das ist eine entschieden zu enge Auffassung von der Terrorfunktion, die die SS über die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und den Sicherheitsdienst der Naziartei (SD) und mittels der Konzentrationslager ausübte und der nicht nur eine *politische* Aufgabenstellung, verbunden mit der Verhütung von Sabotage und Widerstand in der Kriegsproduktion, zugrunde lag. Der Terror war auch, und zwar grundsätzlich, nötig, um die Anwendung des "außerökonomischen Zwanges zur Regulierung des Wirtschaftslebens im Interesse der Kriegsvorbereitung bis zur höchsten verbrecherischen Vollendung" entwickeln zu können.¹³ Damit hatte er schon lange vor Kriegsbeginn auch eine *ökonomische* Aufgabenstellung.

Eine rein politische Funktion hatten der Terror und damit auch die KZ nur ganz kurze Zeit. Bereits mit dem Gesetz vom 24. November 1933, das sich "gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher" zu richten vorgab und für diese unter anderem "unbefristete Sicherungsverwahrung" anordnete¹⁴, kündigte sich eine Erweiterung dieser Funktion an. Sie wird dann fortgesetzt in Erlassen, Richtlinien und Verfügungen, wie sie Broszat im folgenden beschreibt: "In allgemeinen Richtlinien, die die bayrische politische Polizei am 1. August 1936 über die Verhängung der Schutzhaft herausgegeben hatte, war schon damals zwischen der Festnahme politischer und unpolitischer Schädlinge unterschieden worden. Als asoziale Personen, gegen die notfalls Schutzhaft zu verhängen sei, waren in den Richtlinien aufgezählt worden: Bettler, Landstreicher, Zigeuner, Landfahrer, Arbeitsscheue, Müßiggänger, Prostituierte, Querulanten, Gewohnheitstrinker, Raufbolde, Verkehrssünder und sogenannte Psychopathen und Geisteskranke. Nach Verfügungen, die im Einvernehmen mit der Politischen Polizei vom Bayrischen Innenministerium 1935/36 herausgegeben wurden, konnten auch ... arbeitsvertragsbrüchige Landarbeiter in Schutzhaft genommen werden."¹⁵

Insbesondere in der zuletzt genannten Verfügung zeichnet sich schon deutlich die ökonomische Funktion der SS ab, die sie bis zum Ende der faschistischen Diktatur neben ihrer politischen Funktion laufend aus-

13 *Ökonomisches Lexikon*, L - Z, Berlin 1967, Stichwort "Staatsmonopolistischer Kapitalismus", S. 711.

14 *Reichsgesetzblatt* (im folgenden: RGB1) I, 1933, S. 995.

15 Broszat, Martin, a. a. O., S. 83. - Obwohl Broszat sich eingehend mit dem faschistischen KZ-System beschäftigt hat, wie die gut dokumentierte Arbeit beweist, und deshalb wissen muß, daß es eine zutiefst verbrecherische Einrichtung war, spricht er uneingeschränkt von "politischen und unpolitischen Schädlingen". Dieses Detail ist ebenfalls bezeichnend für die ganze Arbeit.

geübt hat: den außerökonomischen Zwang zur Arbeit.¹⁶ Diese Entwicklung läuft genau parallel mit den Maßnahmen zur Beschränkung und schließlichen Beseitigung der Freizügigkeit der Arbeiter. Jürgen Kuczynski schreibt hierzu: "Die erste derartige Maßnahme wurde im Mai 1934 eingeführt. Sie bezog sich auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und band sie zunächst noch nicht an den Unternehmer, sondern vorerst nur an ihren Beruf, den aufzugeben ihnen verboten wurde. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß alle industriellen Arbeiter, die in den vorangehenden drei Jahren von der Landwirtschaft zur Industrie gekommen waren, in ihren alten Beruf zurückgeführt werden konnten."¹⁷ Weiter schreibt er über die Arbeitsmarktlage 1936: "Erst mit dem Jahr 1936 war die Arbeitslosigkeit auf ein Niveau gesunken, das etwa dem der Jahre vor Ausbruch der Krise 1929/32 entsprach. Auf der anderen Seite hatte der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Metallarbeitern infolge der außerordentlichen Steigerung der Aufrüstung bereits einen Tiefstand erreicht, der dem Niveau der Jahre vor 1914 gleichkam. Da gleichzeitig der Bedarf an Metallarbeitern laufend stieg, sah sich die Regierung zu neuen Zwangsmaßnahmen veranlaßt. Mit dem 27. November 1936 wurde allen Metallarbeitern, ob gelernt oder ungelernt, praktisch verboten, ihren Arbeitsplatz ohne Erlaubnis des Arbeitsamtes zu wechseln."¹⁸

Ganz deutlich wird das eigentliche Anliegen derartiger Polizeimaßnahmen, wie sie oben wiedergegeben wurden, in einem Runderlaß, den Himmeler als Chef der Deutschen Polizei am 26. Januar 1938 herausgab. Doch auch schon zuvor lassen sich - über den ganz eindeutigen terroristischen Druck auf die Landarbeiter, der bereits seit 1935/36 erfolgte, hinaus - an den Einweisungsmaßnahmen gegen sogenannte Asoziale zwei Tendenzen ablesen: einmal der bereits beginnende Druck auf die Arbeitskräfte allgemein, um sie für die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen gefügig zu machen, zum anderen das Bestreben, die Zahl der Arbeitslosen auf diese Weise künstlich zu senken.

16 Auf der 21. Sitzung der Zentralen Planung am 30. 10. 1942 forderte Rüstungsminister Speer: "Die Bummelantenfrage ist auch ein Punkt, den wir behandeln müssen ... SS und Polizei könnten hier ruhig hart zufassen und die Leute, die als Bummelanten bekannt sind, in KZ-Betriebe stecken ... Das braucht nur ein paar Mal zu passieren, das spricht sich herum." (Zit. nach: *SS im Einsatz*. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1960, S. 407.)

17 *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 150.

18 Ebenda, S. 151 f.

Dieser Runderlaß, der einen "einmaligen, umfassenden und überraschenden Zugriff" gegen sogenannte Arbeitsscheue ankündigte, besagte folgendes: "Arbeitsscheue im Sinne dieses Erlasses sind Männer im arbeitsfähigen Lebensalter, deren Einsatzfähigkeit in der letzten Zeit durch amtsärztliches Gutachten festgestellt worden ist oder noch festzustellen ist, und die nachweisbar in zwei Fällen die ihnen angebotenen Arbeitsplätze ohne berechtigten Grund abgelehnt oder die Arbeit zwar aufgenommen, aber nach kurzer Zeit ohne stichhaltigen Grund wieder aufgegeben haben."¹⁹

Hier sei, bevor die Überlegungen fortgesetzt werden, ein kurzer Rückblick auf die Zeit der Blutgesetzgebung im 15./16. Jahrhundert erlaubt. Marx gibt im "Kapital" eine englische Regierungsverordnung von 1547 wieder, in der angeordnet wurde, "daß, wenn jemand zu arbeiten weigert, soll er als Sklave der Person zugeteilt werden, die ihn als Müßiggänger denunziert hat. Der Meister soll seinen Sklaven mit Brot und Wasser nähren, schwachem Getränk und solchen Fleischabfällen, wie ihm passend dünkt ... Wenn sich der Sklave für 14 Tage entfernt, ist er zur Sklaverei auf Lebenszeit verurteilt und soll ... gebrandmarkt, wenn er zum drittenmal fortläuft, als Staatsverräter hingerichtet werden."²⁰ Die Ähnlichkeit ist unübersehbar, der Unterschied besteht nur darin, daß sich die Blutgesetze gegen die Vagabundage, die Maßnahmen im faschistischen Deutschland aber gegen die Freizügigkeit richteten; beiden gemeinsam ist die Absicht, die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu erzwingen und zu steigern. Der von Himmler angekündigte "Zugriff" war die Aktion "Arbeitsscheue Reich", die im Laufe des Frühjahrs 1938 vorbereitet und durchgeführt wurde.

Heinz Kühnrich, der seine Angaben leider nicht nachweist, spricht von etwa 11 000 Personen, die bei dieser Aktion in die KZ eingeliefert wurden. Er deutet sie meines Erachtens auch zu einseitig, indem er nur

19 *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*. Vertrauliche Erlaßsammlung = Schriftenreihe des Reichskriminalpolizeiamtes, Berlin, Nr. 15/1941, Bl. 46 f., zit. nach: Broszat, Martin, a. a. O., S. 84. - An der Ermittlung der zu verhaftenden Personen waren die Arbeitsämter, die Kriminalpolizei und die Gestapo beteiligt; die Durchführung lag allein bei der Gestapo. Außerdem wurde ausdrücklich Schutzhaft, nicht Sicherheitsverwahrung angeordnet. Broszat gibt dafür folgende Begründung: "Der Grund lag, wie sich aus Himmlers Anordnungen deutlich ergibt, darin, daß der engere Begriff der Asozialen ... nicht recht auf diesen Personenkreis der Arbeitsscheuen paßte ... Schutzhaftverhängungen durch die Gestapo aber waren durch das Gestapogesetz von einer Nachprüfung durch das Verwältigungsgericht abgesichert." (Broszat, Martin, a. a. O., S. 85.)

20 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 763.

die Verwendung der Arbeitskräfte in den Lagern sieht.²¹ (1937/38 war die Arbeitslosigkeit bereits so gering geworden, daß umgekehrt ernsthafte Probleme auf dem Arbeitsmarkt durch den Mangel an Arbeitskräften entstanden.²² Die abschreckende Wirkung der bewußt über das ganze Reich verteilten Aktion kann mit Sicherheit als die eigentliche Absicht angenommen werden.) Für eine am 1. Juni 1938 angeordnete ähnliche Aktion wird ganz offen die Begründung gegeben: "Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren".²³ Es ist nicht anzunehmen, daß bei ausgesprochenem Arbeitskräftemangel dem Arbeitsmarkt ausdrücklich arbeitsfähige Personen entzogen werden, nur um sie in die KZ zu bringen, wo sie 1938 noch nicht für die Rüstungsindustrie eingesetzt wurden. Es war gezielter Terror zur Unterstützung der außerökonomischen Zwangsmaßnahmen im Interesse der Aufrüstung.

Broszat deutet diese Aktion in bezeichnender Weise: Sie sei von der SS für ihre in dieser Zeit entstehenden Betriebe inszeniert worden.²⁴ Damit zeigt sich auch hier wieder die Notwendigkeit, den Komplex der SS-Betriebe im Zusammenhang mit dem staatsmonopolistischen System des Faschismus genau zu untersuchen, da sie in der bürgerlichen Historiographie immer mehr dazu ausersehen werden, von den Nutznießern des Terrors, den Managern der deutschen Monopole, abzulenken. Die Überbewertung des wirtschaftlichen Interesses der SS, bezogen auf ihre Betriebe, soll die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie am KZ-System kaschieren.

Es ginge über den Rahmen der vorliegenden Untersuchung hinaus, die weitere Entwicklung dieser Form der ökonomischen Funktion der SS darzustellen. Sie dauerte bis zum Ende des Krieges an und wurde mit steigendem Terror auf alle von Deutschland okkupierten Gebiete ausgedehnt.

21 Kühnrich, Heinz, Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, Berlin 1960, S. 31 f.

22 Vgl. Kuczyński, Jürgen, a. a. O., S. 219 f.

23 Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, a. a. O., Bl. 81, zit. nach: Broszat, Martin, a. a. O., S. 91. - Bei dieser Aktion sollten aus jedem Kriminalpolizeileitstellenbezirk "mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale), ..." festgenommen und "sofort dem Konzentrationslager Buchenwald" zugeführt werden. (Ebenda, S. 90 f.)

24 Broszat, Martin, a. a. O., S. 92. - 1938 begann die SS erst mit ihren Betriebsgründungen. (Vgl. Georg, Enno, a. a. O., S. 42 ff.)

Die Zwangsbewirtschaftung des Arbeitsmarktes, die bereits 1938 ausgeprägter war, als sie es 1917 gewesen war, die Verlängerung des Arbeitstages bei gleichzeitiger Senkung der Reallöhne und erheblicher Steigerung der Arbeitsintensität - noch vor Kriegsbeginn und in kürzester Frist!²⁵ - war nur möglich, weil die Arbeiter, ihrer Rechte und Organisationen beraubt, dem modifizierten Terror unterlagen, den die Organe der faschistischen Staatsmacht, von der Zwangsvereinigung der Deutschen Arbeitsfront bis zur SS, ausübten. Wie anders hätte sich das die deutsche Arbeiterklasse gefallen lassen!

Aber auch die Zwangskartellierung und die Zwangsvereinigungen der Wirtschaft, die die nichtmonopolisierte Industrie immer stärker und gründlicher dem Diktat der Monopole unterwarfen, wäre ohne faschistischen Terror nicht möglich gewesen.²⁶

Übersieht man diese Seite der SS-Funktion, wird ein sehr wesentlicher Teil der grundsätzlichen, *direkten Interessengemeinschaft* zwischen dem Monopolkapital (das sich in der Durchführung der angedeuteten außerökonomischen Zwangsmaßnahmen völlig einig war) und der SS-Führung, die ihren Ausdruck im "Freundeskreis Himmler" fand²⁷, außer acht gelassen.

Das Jahr 1942 brachte infolge des Zusammenbruchs der Blitzkriegsstrategie in der Schlacht vor Moskau, die durch die Perspektive eines langen, materialintensiven Krieges und der verstärkten Einziehung von Arbeitskräften in den Kriegsdienst abgelöst wurde, für die Organisation der Kriegswirtschaft sehr einschneidende Veränderungen. Auch für die SS-Führung ergaben sich insbesondere hinsichtlich der Konzentrationslager neue ökonomische Aufgaben: Die KZ-Häftlinge wurden ab 1942 in großem, ständig zunehmendem Umfange in der Rüstungsproduktion eingesetzt. Der SS, genau dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA), fiel damit als der für die Verwaltung der KZ und den Einsatz der Häftlingsarbeitskräfte zuständigen Dienststelle die Aufgabe zu, faktisch als Arbeitsamt für die Vermittlung von Häftlingen an die Rüstungskon-

25 Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 150 ff. u. 155 ff.; ebenda, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 147 ff.

26 Ebenda, Bd. 16, S. 13 ff. u. 143 ff.

27 Diese Seite der Interessengemeinschaft und Zusammenarbeit beweist sehr detailliert und eindeutig *Drobisch, Klaus*, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 4, S. 217 - 247; vgl. außerdem *derselbe*, Der Freundeskreis Himmler, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 2/1960, S. 304 ff.

zerne zu fungieren.²⁸ Die KZ-Kommandanten übten entsprechend mehr oder weniger direkt die Funktion von Arbeitsdirektoren aus²⁹, indem sie verantwortlich waren für die tägliche "ordnungsgemäße Belieferung" der Rüstungsbetriebe - ganz gleich ob sie innerhalb oder außerhalb des KZ-Bereiches arbeiteten - mit arbeitsfähigen Häftlingen, in der angeforderten und vom WVHA, Amt D II, zugewiesenen Anzahl und beruflichen Zusammensetzung³⁰.

Im Oktober 1944 wurde im Zusammenhang mit der allgemeinen Kriegslage und der immer angespannteren Arbeitskräftesituation die Verfügung des WVHA über die Häftlingsarbeitskräfte wesentlich eingeschränkt. Das Speer-Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übernahm die Bearbeitung und Genehmigung der Anträge selbst und übermittelte sie erst dann dem WVHA. Danach wurde ein Beauftragter des WVHA "zu den anfordernden Bedarfsträgern entsendet, welcher die Voraussetzungen hin-

28 Die Eingliederung der "Inspektion Konzentrationslager" durch einen Befehl Himmlers vom 3. 3. 1942 in das neugebildete WVHA diente - wie es in der Anordnung heißt - "der kriegswichtigen Lenkung des Arbeitseinsatzes" der Häftlinge. (Archivum Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warschau [im folgenden: GWK], Fall IV - Prozeß gegen Oswald Pohl u. a. leitende Mitglieder des SS-WVHA vor einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg vom 8. 4. - 22. 9. 1947, ADB 2, Dok. PS - F - 1063, Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an alle seine Dienststellen v. 30. 5. 1942.) - Zur Zitierweise der Nürnberger Prozeßmaterialien siehe *Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich*, Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 219 ff. - Die Häftlingsanforderung und -zuteilung für die Rüstungsindustrie erfolgte nach Pohls Prozeßaussage so: "Die Betriebe stellten ihre Anträge entweder an den Lagerkommandanten unmittelbar oder an das Amt D II (Häftlingseinsatz im WVHA - L. Z.), je nach Lage und Verbindungen ... Das Amt D II besprach diese Anforderungen mit dem Rüstungs-Ministerium und ließ sich von diesem die Notwendigkeit des Einsatzes und seinen Umfang bestätigen." (GWK, Protokoll Fall IV, S. 1506.)

29 Dieckmann führt im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mittelwerk GmbH aus: "Bei der Gründung des Werkes wurde dieser besonderen Lage dadurch Rechnung getragen, daß der Lagerkommandant des KZ Dora, SS-Sturmbannführer Förschner, als Arbeitsdirektor in die Geschäftsführung des Werkes berufen wurde. Er sollte die unmittelbare Verbindung zwischen dem Werk und dem Lager herstellen und sichern, daß die KZ-Struktur vollkommen den Bedürfnissen des Werkes entsprach. Um die Geheimhaltung zu garantieren, ernannte man ihn zum Abwehrbeauftragten des Mittelwerkes." (*Dieckmann, Götz*, a. a. O., S. 70 f.) - Höss, Kommandant des KZ Auschwitz, war von 1941 bis 1. 12. 1943 Mitglied der Arbeitskammer des Gaues Oberschlesien. "An diesen Sitzungen haben immer bedeutende Industrielle oder zumindestens Vertreter der bedeutenden Industriekonzerne teilgenommen, die von der Arbeiterknappheit betroffen waren ... Mit der Frage der Arbeiterbeschaffung war unausweichlich die Frage der Verwendung von Insassen aus dem KZ-Komplex Auschwitz verknüpft." (GWK, Fall IV, ADB 11, Dok. NI - 034, Affidavit Höss v. 20. 5. 1946.)

30 Vgl. dazu *Dieckmann, Götz*, a. a. O., S. 130 ff.

sichtlich des getrennten Einsatzes und der gesicherten Unterkünfte überprüft(e). Bei Erfüllung der Voraussetzungen erfolgt(e) die Zuweisung der angeforderten Kräfte, sofern diese verfügbar" waren.³¹ Mit dieser Maßnahme hatten sich die führenden Kräfte der Rüstungsindustrie, deren Vertreter im Speer-Ministerium saßen, endgültig ihren unmittelbaren Einfluß auf die Verwendung und Zuteilung der Häftlingsarbeitskräfte und damit auch auf ihre Versklavung und Ausbeutung gesichert.

Damit ist die ökonomische Funktion der SS im staatsmonopolistischen System des Faschismus jedoch noch nicht völlig abgesteckt. Ein weiterer Komplex, auf den hier aber nur hingewiesen werden soll, war die "Germanisierungsaufgabe" der SS, die Himmler in seiner Funktion als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKFdV) 1939 übernommen hatte. Auch diese Funktion hatte, ähnlich wie es bei der Terrorfunktion der SS bereits gezeigt wurde, politische und ökonomische Aufgaben. Die Ausrottung und Umsiedlung der einheimischen Bevölkerung in den okkupierten Gebieten und die Ansiedlung von "Deutschstämmigen" - wie es in der SS-Sprachregelung hieß - und von SS-Bauern waren Maßnahmen, die ebenso der Verwirklichung der Kriegszielpolitik der deutschen Monopole dienten wie die militärischen Operationen der faschistischen Wehrmacht.³²

Welche Funktion hatten nun die Betriebe und Unternehmen der SS, deren Entstehung - das sei hier vorweggenommen - aus der Herrschaft der SS-Führung über das Konzentrationslagersystem zu erklären ist und die zum größten Teil mit Häftlingsarbeitskräften betrieben wurden? Diese Frage kann in diesem Beitrag nicht umfassend beantwortet werden³³, hier geht es vor allem darum, einen Einblick in die Funktionsweise eines dieser Unternehmen zu geben: der Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH im Konzentrationslager Ravensbrück. Dieser Betrieb eignet sich aus verschiedenen Gründen für eine erste Untersu-

31 GWK, Fall IV, ADB 13, Dok. NI - 638, Schnellbrief des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion an die einschlägigen Dienststellen v. 9. 10. 1944.

32 Vgl. dazu *Jeske, Reinhold*, Monopolinteressen und Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus während des zweiten Weltkrieges in Polen, in: *Monopole und Staat in Deutschland 1917 - 1945*, Berlin 1966, S. 175 ff.

33 Mit diesem Artikel wird ein Teil einer größeren, noch nicht abgeschlossenen Arbeit über die SS-Betriebe und ihre Einordnung in das staatsmonopolistische System des deutschen Faschismus vorgelegt. - Vgl. zu dieser Problematik auch *Radandt, Wans/Zumpe, Lotte/Puchert, Berthold*, Zur Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Okkupation im zweiten Weltkrieg, in: *Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg"*, H. 3/1963, S. 6 f.

chung: Erstens war es ein reiner KZ-Betrieb (das traf nicht auf alle SS-Betriebe zu); zweitens lagen seine Betriebsstätten nur im KZ Ravensbrück (im Unterschied zu anderen SS-Betrieben, die Betriebsstätten in mehreren KZ hatten); drittens gehörte er zu den rentabelsten Betrieben des SS-Konzerns, und viertens arbeitete er fast ausschließlich für den Bedarf der Waffen-SS und der Konzentrationslager.

Einige Probleme, die hier und in einem weiteren Artikel über die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH, Dachau und Ravensbrück behandelt werden sollen, zeigen außerdem auch schon bestimmte Grenzen dieser Wirtschaftstätigkeit. Das ist insofern von Bedeutung, als Aussagen, die nach dem Kriege in bezug auf Wirtschaftspläne der SS-Führung gemacht wurden, heute von bürgerlichen Historikern ohne jegliche kritische Überprüfung aus sehr durchsichtigen Gründen dazu benutzt werden, ihre Thesen vom sogenannten Wirtschaftsimperium der SS und ihrem angeblichen Eindringen in die Rüstungsindustrie zu "begründen", woraus sie dann in tendenziöser Absicht eine Unterordnung der Wirtschaft unter die SS konstruieren. Wie fadenscheinig diese Thesen sind, zeigt sich allein schon am Wirtschaftskomplex der SS selbst, der im April 1938 mit der Gründung der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) entstand und sich in den folgenden Jahren vergrößerte. Es gehörten dazu: Baustoffbetriebe (Ziegelwerke, Zementfabriken, Steinbrüche und Steinbearbeitungswerke), Porzellan- und keramische Betriebe, Holzbearbeitungsbetriebe (Sägemühlen, Möbelfabriken und -verkaufsläden), Werkstattbetriebe für Eisenbearbeitung (Schlossereien, Schmieden und ähnliches), Textilbetriebe, Nahrungsmittelbetriebe (Fleisch- und Backwaren), Mineralbrunnen und Fruchtsaftherstellung, Land-, Forst- und Fischwirtschaftsunternehmen, ein Arzneimittelbetrieb, einige Verlage und einige weitere Gesellschaften ohne wirtschaftliche Bedeutung. Das Stammkapital dieser insgesamt etwa fünfzig Unternehmen (verteilt auf einige hundert Produktionsstätten!) betrug rund 50 Millionen Mark.³⁴ Für die SS war dieser Komplex ohne Zweifel ein beträchtliches

34 Höhne, der sich in seinem Buch so betont gegen die "Allmacht" der SS wendet und dabei die Tatsachen dreht, wie er sie im Interesse offensichtlicher Rechtfertigung der Kräfte braucht, die trotz ihrer Mitschuld an den faschistischen Verbrechen heute wieder in Westdeutschland den Ton angeben, sieht keinen Widerspruch zu seinen sonstigen Ausführungen, wenn er schreibt: "Vor allem in der Koppelung zwischen dem Häftlingsreservoir der KZ und den SS-Betrieben sah WVHA-Chef Pohl eine Potenz, die sein Hauptamt zu einem der stärksten Machtfaktoren des deutschen Wirtschaftslebens erheben konnte." (Höhne, *Heinz*, a. a. O., S. 372 ff.; vgl. auch *Kannapin*, *Hans-Eckhardt*, a. a. O.; *Georg*, *Enno*, a. a. O.)

Vermögen, für die deutsche Wirtschaft als ganzes, insbesondere aber für die deutschen Monopole, war er sowohl kapitalmäßig wie hinsichtlich der Produktion völlig ohne Bedeutung.

Die ab 1942/43 erfolgte Umstellung einiger dieser Betriebe (insbesondere Möbel- und Steinbearbeitungswerke) auf Rüstungsfertigung war im Prinzip nichts anderes als das, was in einem großen Teil der Konsumgüterindustrie überhaupt vor sich ging. So wenig wie man dort von einem "Eindringen in die Rüstungsindustrie" sprechen kann, so wenig ist es auch hier möglich. Ob es Bestrebungen der SS in dieser Hinsicht gegeben hat, und wenn, wie weit sie grundsätzlicher Natur bzw. pragmatischer Art (bessere Versorgung der Waffen-SS) waren, ist bis heute noch nicht exakt geklärt. Dagegen ist es aber eine Tatsache, daß in allen Fragen, wo Differenzen zwischen dem Speer-Ministerium und der SS-Führung auftraten (den Häftlingseinsatz und die Verlagerung bestimmter Rüstungsfertigungen in die KZ betreffend), das Speer-Ministerium (in dem ja maßgebende Vertreter der Rüstungsindustrie fungierten) letztlich immer am längeren Hebel saß. Seine Machtstellung überragte die der SS noch um ein beträchtliches, was wiederum nicht heißt, daß es die SS "entmachten" wollte, denn diese war ja eine wesentliche Voraussetzung für das ganze System.

Der zeitliche Schwerpunkt der Untersuchung liegt aus Gründen der Quellenlage in den Jahren 1940/41. Neben einem bisher unveröffentlichten Dokument aus dem Bestand "Rechnungshof des Deutschen Reiches" im Deutschen Zentralarchiv Potsdam³⁵, besteht die Materialgrundlage hauptsächlich aus Dokumenten des Falles IV, im allgemeinen Pohl- oder Konzentrationslager-Prozeß genannt. In diesem vor einem US-Militärgericht verhandelten Prozeß - einem der sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse - waren achtzehn führende Mitarbeiter des WVHA angeklagt, um sich für die grauenhaften Verbrechen in den faschistischen Konzentrationslagern zu verantworten. Sie waren verantwortlich gewesen für die Lebensbedingungen der Häftlinge, für die Sklavenarbeitsverhältnisse, die medizinischen Experimente und Euthanasie-Aktionen in den KZ, für die unmenschliche Ausbeutung der Häftlinge, ihre Vernichtung durch ein Übermaß an Arbeit und für die "Verwertung" des jüdischen Vermögens und

35 Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Potsdam, Rechnungshof des Deutschen Reiches, Nr. 5636, Vermerk über die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH, Dachau und Ravensbrück, Handexemplar Amtsrat Streck (im folgenden: Vermerk). - Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf dieses im Anhang auszugsweise abgedruckte Dokument, sind jedoch die Seitenzahlen des Originals.

der jüdischen Arbeitskräfte im Rahmen der Ausrottung der Juden, die unter dem Decknamen "Aktion Reinhardt" betrieben wurde. Vier Todesurteile wurden am Schluß des Prozesses ausgesprochen, drei lebenslängliche Zuchthausstrafen, insgesamt 105 Jahre Zuchthaus für acht Angeklagte und drei Freisprüche. Von diesen empörenden Urteilen - gemessen an dem, was geschehen war - wurde nur ein Todesurteil vollstreckt (an dem ehemaligen Chef des SS-WVHA, Oswald Pohl), die übrigen vierzehn Urteile auf insgesamt 142 Jahre Zuchthaus verringert und später ganz aufgehoben.³⁶ Diese im Zeichen des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager getroffenen Maßnahmen, die alle in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen gefällten Urteile betrafen (soweit sie nicht schon vollstreckt waren), sind eine wesentliche Voraussetzung für die Neofaschisierung Westdeutschlands geworden.

Das im folgenden als "Vermerk" bezeichnete Dokument "Vermerk über die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH, Dachau und Ravensbrück"³⁷ ist in einen Teilbestand "Akten des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums für die Untersteiermark, Marburg/Drau" eingeordnet, obwohl es dem sachlichen Bezug nach nicht dahin gehört. Da es jedoch ausschließlich zum Zwecke der Information angefertigt worden war, liegt es sehr nahe, daß es überall dort zu den Handakten der Prüfungsbeamten gehörte, wo von der SS verwaltete Reichsdienststellen bzw. diesen unterstellte Gesellschaften der öffentlichen Hand mit geprüft wurden, wie es bei den Dienststellen des RKFdV der Fall war.

Wann dieses Dokument genau angefertigt wurde, ist nicht ersichtlich, es gibt jedoch Anhaltspunkte, nach denen der Zeitpunkt mit Sicherheit im zweiten Halbjahr 1941 anzusetzen ist. Dem Beamten hatte von seiten der "GmbH" für seine Information ganz offenbar der offizielle Geschäftsbericht für 1940/41 zur Verfügung gestanden, denn beide Dokumente decken sich in einigen Passagen.³⁸ Der "Vermerk" geht jedoch in vieler Hinsicht über diesen Bericht hinaus: Er bringt zur Hervorhebung bestimmter Zusammenhänge ergänzendes Material und ergänzende Tatsachen aus dem Ressort "Bekleidungswerke der Waffen-SS" (die "GmbH" hat überwiegend im Lohnauftrag dieser Bekleidungswerke gearbeitet) und macht außerdem auf Grund der Sachkenntnis seines Verfassers auf viele Widersprüche und Unklarheiten des Berichts aufmerksam. Hier mag die

³⁶ Vgl. Kempner, Robert M. W., SS im Kreuzverhör, München 1964, S. 9 u. 115 ff.

³⁷ Im folgenden: "GmbH".

³⁸ Vgl. GWK, Fall IV, ADB 17, Dok. NO - 1221, Geschäftsbericht der Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH für 1940/41 v. 28. 6. 1941 (im folgenden: Geschäftsbericht 1940/41).

tiefere Ursache für die ausdrückliche Vorbemerkung zu suchen sein, hier liegt aber auch der Wert des Dokuments.

3. Die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH, Dachau und Ravensbrück, ihre Stellung im Komplex der SS-Betriebe und ihre Einordnung in die oberste Verwaltungsbehörde der SS

3.1. Die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH, Dachau und Ravensbrück

Die "GmbH" wurde am 21. Juni 1940 in Berlin-Lichterfelde-West, Unter den Eichen 127, gegründet. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft betrug 20 000 RM, als Gesellschafter mit je 10 000 RM fungierten der SS-Brigadeführer August Frank und der SS-Brigadeführer Georg Lörner.³⁹ In dem dabei abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag wurde als Sitz der Gesellschaft Dachau genannt. Gegenstand des Unternehmens sollte "die Herstellung von Ausrüstungs- und Bedarfsgegenständen militärischer und ziviler Art vornehmlich aus Textilien und Leder sowie aus den bei eigenen und fremden Produktionsstätten anfallenden Ausfall- und Altstoffen" sein. "Zu Geschäftsführern wurden bestellt: 1. SS-Hauptsturmführer Fritz Lechler, 2. SS-Hauptsturmführer Felix Krug, beide in Dachau, 3. SS-Obersturmführer Helmut Fricke in Berlin." Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister beim Amtsgericht Dachau erfolgte am 5. Juli 1940.⁴⁰

Mit diesem Akt war ein weiteres von den später insgesamt etwa fünfzig SS-Unternehmen mit folgender Aufgabenstellung gegründet worden:

- "a) Übernahme der Versuchsbetriebe (Schneiderei und Schuhmacherei) in Dachau und deren Weiterführung bis zur Übergabe derselben an das Bekleidungswerk der Waffen-SS,
- b) Übernahme kleinerer Werkstätten im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück und
- c) Planung und Inbetriebnahme weiterer wirtschaftlicher Betriebe auf dem Textil- oder Ledersektor innerhalb des Wirtschaftshofes des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück."⁴¹

³⁹ August Frank und Georg Lörner waren nacheinander die Stellvertreter Pohls im WVHA. Lörner war im Pohl-Prozeß zum Tode und Frank zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Urteile wurden später auf 15 Jahre Zuchthaus herabgesetzt. (Vgl. *Kempner, Robert M. W.*, a. a. O., S. 115 f.)

⁴⁰ *Geschäftsbericht* 1940/41.

⁴¹ Ebenda.

Nachdem die genannten Versuchsbetriebe in Dachau am 1. Oktober 1940 in den Besitz der Bekleidungswerke der Waffen-SS und damit auf das Reich übergegangen waren, beschränkte sich die Tätigkeit der "GmbH" nur noch auf die Betriebsstätten in Ravensbrück. Hier waren am 1. Juli 1940 eine Schneiderei und eine Rohrmattenflechterei übernommen worden, die zur damaligen Zeit mit 141 Häftlingen arbeiteten⁴² und die zur Ausgangsbasis für den bald sehr umfangreichen Betrieb der "GmbH" wurden.

Die Zahl der zur Arbeit eingesetzten Häftlinge entwickelte sich bis 1943 folgendermaßen⁴³:

Juli	1940	141	September	1942	5 082
März	1941	699	Januar	1943	4 115
Januar	1942	1 934	Mai	1943	3 411
Mai	1942	2 924	Dezember	1943	2 994

Der Rückgang der Zahlen im Jahre 1943 mag mit einem verstärkten Einsatz der Frauen aus dem KZ Ravensbrück in den Betrieben der Rüstungsindustrie zusammenhängen, er kann ebenso - oder auch - durch betriebstechnische Maßnahmen bedingt sein. Der Umsatz der "GmbH" erhöhte sich gerade in den Jahren 1942/43 ganz beträchtlich, wobei die Produktion für die Waffen-SS erheblich anstieg, wie die folgende Aufstellung zeigt⁴⁴:

Der Gesamtumsatz der "GmbH" von 1940 bis 1943

Geschäftsjahr	Gesamtumsatz in RM	davon an		
		KZ in %	Waffen-SS in %	zivile Aufträge in %
1940	575 132	50	29	21
1941	831 774	34	44	22
1942	1 284 095	20	70	10
1943	8 818 550	17	80	3

42 Die "GmbH" hatte die Rohrmattenflechterei von dem Unternehmen "Deutsche Ausrüstungswerke GmbH" (DAW) übernommen. (Vgl. ebenda.)

43 Georg, Enno, a. a. O., S. 68.

44 Ebenda, S. 69. - Georg gibt an, die hohe Umsatzsteigerung seit 1943 sei vor allem darauf zurückzuführen, daß im Gegensatz zu den bis dahin überwiegenden Lohnaufträgen die "GmbH" seit dieser Zeit vorwiegend Vollaufträge ausführte, bei denen sie das in den Umsatzbetrag einbegriffene Fertigungsmaterial selbst stellte.

Erika Buchmann nennt in ihrem Buch über das KZ Ravensbrück ähnliche Zahlen (leider ohne Quellenangabe); für 1944 vermerkt sie einen Umsatzbetrag von 15 Millionen RM und für 1945 den von der "GmbH" kalkulierten Betrag von 35 Millionen RM.⁴⁵

Am Ende des Geschäftsjahres 1940/41 - also am 31. März 1941 - unterhielt die "GmbH" folgende Betriebe: eine Schneiderei, eine Zuschneiderei, eine Hand- und Maschinenstrickerei, eine Rohrmattenflechtereier, eine Strohschuhflechtereier.

Geplant und zum Teil auch schon im Bau befindlich waren eine Reißerei und Spinnerei sowie ein Webereibetrieb, der auch eine Abteilung für die "Anfertigung von kunstgewerblichen Gegenständen (Fleckenteppiche, Läufer, Bettvorlagen, Möbelbezugsstoffe usw.)" umfassen sollte. Außerdem wurde seit Herbst 1940 eine Angorakaninchenzucht betrieben, die zum gegebenen Zeitpunkt einen Bestand von 500 Tieren hatte und auf 2 000 Tiere erweitert werden sollte. Mit dem vollen Lauf der geplanten Neueinrichtungen wurde für das Frühjahr 1942 gerechnet.⁴⁶

Im Geschäftsbericht für 1943 wird von der Spinnerei und Reißerei nicht mehr gesprochen; auch Buchmann führt sie nicht an, so daß möglicherweise dieser Plan fallengelassen worden ist. Die Weberei, in der Hemdenflanell, Nessel, Drillich und Köper hergestellt wurden, produzierte 1942 insgesamt rund 70 000 Meter Gewebe, 1943 rund 517 000 Meter, und für 1944 war eine Jahresproduktion von 1,5 bis 2 Millionen Metern vorgesehen. Ende 1943 wurde mit 96 Hand- und 44 mechanischen Webstühlen gearbeitet.⁴⁷

Die Strohschuhflechtereier, deren Produkte für die Winterrüstung der in Norwegen und in Polen befindlichen Truppen gedacht waren, wurde 1943 stillgelegt, da der Arbeitsaufwand sehr groß und die Produktion infolgedessen unrentabel war. Für die Anfertigung eines Paares waren etwa 25 Arbeitsstunden erforderlich. Dagegen war die Rohrmattenflechtereier, deren Rohstoff reichlich an den zahlreichen umliegenden Seen wuchs, recht einträglich. Durch den Arbeitermangel in den gleichartigen Betrieben der Industrie war die Nachfrage nach diesen Erzeugnissen besonders groß.⁴⁸

⁴⁵ Buchmann, Erika, Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959, S. 54. - Nach Georg rechnete die "GmbH" - offenbar am Ende des Geschäftsjahres 1943 - für 1944 mit einem Umsatz von 12 bis 14 Millionen RM. (Vgl. Georg, Enno, a. a. O., S. 69 Anm. 237.)

⁴⁶ Geschäftsbericht 1940/41.

⁴⁷ Angaben nach: Georg, Enno, a. a. O., S. 68.

⁴⁸ Geschäftsbericht 1940/41.

Von 1942/43 an betrieb die "GmbH" außerdem noch eine Kürschnerei, in der für die Waffen-SS Pelzmäntel, Pelzanoraks, Pelzmützen, Pelzfäustlinge usw. hergestellt wurden. Sie war neben der Schneiderei der größte Betrieb der "GmbH" und 1943 mit 48,4 Prozent (die Schneiderei mit 38 Prozent) am Jahresumsatz beteiligt.⁴⁹

Der Arbeitskräftebestand sah nach dem Geschäftsbericht 1940/41 folgendermaßen aus:

"Bei ca. 700 Arbeitskräften (Häftlingen - L. Z.) waren Ende des Berichtsjahres 17 Angestellte tätig; hiervon 8 in der Verwaltung und 9 technische Angestellte (Meister usw.) ... Das Aufsichtspersonal wird vom Konzentrationslager gestellt. Am 31. 3. waren 14 Aufseherinnen in den Betrieben beschäftigt. Die Besoldung der Aufseherinnen erfolgt durch das KL.; die Gesellschaft ('GmbH' - L. Z.) vergütet die Gesamtsumme jeweils am Ende des Monats dem KL. zurück."⁵⁰ 1943 schwankte die Anzahl der SS- und Zivilangestellten zwischen 40 und 50, während zur Beaufsichtigung der Häftlingsarbeitskräfte 25 bis 30 Aufseherinnen vorhanden waren.⁵¹

Ravensbrück blieb das einzige KZ, in dessen Bereich die "GmbH" Betriebsstätten besaß und unterhielt.⁵² Nach ihrem Ausgangsort Dachau jedoch behielt sie in Ravensbrück den Namen "Dachauer Betriebe"⁵³, obwohl ihr Sitz später von Dachau nach Berlin verlegt wurde⁵⁴.

Dagegen blieb die "GmbH" nicht der einzige Produktionsbetrieb, in dem Ravensbrücker Häftlinge ausgebeutet wurden. Im März 1942, als im Speer-Ministerium über die "Verlegung von Rüstungsfertigungen in Konzentrationslager" beraten wurde, stellte der anwesende Vertreter des WVHA, SS-Brigadeführer Glücks, aus dem KZ Ravensbrück den Einsatz von

49 Georg, Enno, a. a. O., S. 68 f. u. Anm. 237.

50 Geschäftsbericht 1940/41.

51 Georg, Enno, a. a. O., S. 68 f.

52 Nach einer Aufstellung der SS-Industrie v. 30. 9. 1944 werden für die "GmbH" nur Betriebsstätten in Ravensbrück angegeben. (GKW, Fall IV, ADB 14, Dok. NO - 2116.) 1940/41 wurden im KZ Oranienburg Versuche zur Anfertigung von Holzschuhen und Holzpantinen durchgeführt. Die Holzschuhfabrikation wurde dann jedoch dem Bekleidungswerk der Waffen-SS unterstellt. Man kann annehmen, daß sie für die "GmbH" nicht rentabel war. (Vgl. Geschäftsbericht 1940/41.)

53 Vgl. Buchmann, Erika, a. a. O., S. 54.

54 In einer Übersicht über die SS-Industrie v. 10. 4. 1943 wird der Name der "GmbH" wie folgt angegeben: Gesellschaft für Textil- und Lederverarbeitung mbH, Ravensbrück. (GKW, Fall IV, ADB 14, Dok. NO - 1039.) In einer Übersicht v. 30. 9. 1943 wird als Sitz der "GmbH" Berlin angegeben. (Ebenda, Dok. NO - 551.) 1944 wurde die "GmbH" in "Deutsche Textil- und Bekleidungswerke GmbH, Berlin" umbenannt. (GKW, Fall IV, VDB G. Lörner II, Dok. Georg Lörner Nr. 32, Affidavit Lechler v. 5. 7. 1947, betr. Bekleidungsirtschaft.)

6 000 Frauen in Aussicht.⁵⁵ 1943 hatte der Siemens-Konzern neben dem Konzentrationslager zwanzig große Arbeitshallen errichtet, in denen 3 000 Frauen unter schwersten Bedingungen arbeiten mußten. Im Dezember 1944 war ein eigenes Nebenlager für diese Frauen fertiggestellt worden, in denen sie unter noch primitiveren Verhältnissen hausen mußten als im Lager selbst. Außerdem beschäftigte der Siemens-Konzern noch Tausende Frauen in seinen Betrieben in Berlin und Zwodau (ČSR). Für den Monat Februar 1945 wurden von den verschiedenen Rüstungsfirmen, die Frauen aus Ravensbrück für sich arbeiten ließen, insgesamt 5 359 981 Arbeitsstunden verrechnet, die in rund einer halben Million Tagewerken geleistet worden waren.⁵⁶

3.2. Die Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB)

Die "GmbH" war zunächst als völlig selbständiges Unternehmen gegründet worden. Bereits am 10. Juli 1940, also drei Wochen nach der Gründung, erhielt sie ein Darlehn in Höhe von 2,7 Millionen RM (bei 20 000 RM Stammkapital) vom Chef des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft in der Reichsführung SS. Dieses Hauptamt hatte zusammen mit dem "Hauptamt Haushalt und Bauten des Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium" seinen Sitz in Lichterfelde-West, Unter den Eichen 127; der Chef beider Hauptämter war SS-Gruppenführer Oswald Pohl.⁵⁷

Im Geschäftsbericht 1940/41 heißt es zu diesem Darlehn und zur weiteren Entwicklung der "GmbH":

"Die Höhe des Darlehns war festgelegt worden in der Annahme, daß die Gesellschaft ihre Bauvorhaben in Ravensbrück selbst finanziert. Da die Gesamtkosten der Bauarbeiten jedoch vom Reich übernommen werden

55 GKW, Fall IV, ADB 11, Dok. NO - 569, Niederschrift über eine Besprechung im Büro Saur am 16. 3. 1942. - Richard Glücks gehört zu den Hauptverantwortlichen für die Verbrechen in den Konzentrationslagern, die ihm als Chef der Amtsgruppe D im WVHA unmittelbar unterstanden. Er verschwand in den letzten Wochen vor Kriegsende; sein Aufenthaltsort ist bis heute nicht bekannt.

56 Buchmann, Erika, a. a. O., S. 60 ff. - Nach den Angaben, die der ehemalige Kommandant von Ravensbrück, Suhren, machte, müssen ca. 200 000 Frauen aus dem KZ Ravensbrück in der Rüstungsindustrie (ohne SS-Betriebe!) gearbeitet haben. An erster Stelle standen dabei Arbeiten für die Flugzeugindustrie. (Vgl. GKW, Fall IV, ADB 11, Dok. NI - 091, Affidavit Fritz Suhren v. 17. 6. 1946; vgl. auch Buchenwald - Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1960, S. 256.)

57 Aus beiden Hauptämtern wurde am 1. 2. 1942 das SS-WVHA gebildet. (GKW, Fall IV, ADB 2, Dok. NO - 495, Schreiben Pohls v. 19. 1. 1942.)

und die Gesellschaft die Baracken und sonstigen Bauten nur im Mietverhältnis übernimmt, wurde von dem gegebenen Darlehn am 30. März 1941 RM 1 000 000,- zurückgezahlt...

Am 10. Juni 1941 fand dann in Anwesenheit des Herrn Notar Dr. Wilhelm Schneider eine Gesellschaftsversammlung statt, die eine Erhöhung des Stammkapitals von RM 20 000,- auf RM 1 720 000,- beschloß. Die Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH in Berlin hat außer den RM 1 700 000,- auch noch die von den bisherigen Gesellschaftern abgetretenen Einlagen in Höhe von zusammen RM 20 000,- übernommen. Das Stammkapital beträgt nach dieser Erhöhung nunmehr RM 1 720 000,-.⁵⁸

Damit war die "GmbH" eine Tochtergesellschaft der Deutschen Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB) geworden, der am 26. Juli 1940 gegründeten Dachgesellschaft, die die einzelnen SS-Unternehmen zusammenfassen sollte. Die Gründe waren betriebsorganisatorischer, vor allem aber auch finanz-, steuerrechtlicher und vermögensrechtlicher Art. Nach einer Aufstellung Pohls hatte die DWB am 30. September 1943 - das ist etwa der Höhepunkt in der Entwicklung des SS-Konzerns - 28 Tochtergesellschaften. Das angegebene Stammkapital (einschließlich DWB) betrug 46,6 Millionen RM, dazu kamen noch 23,6 Millionen Kronen; der Umsatz für das Jahr 1943 wurde mit rund 87 Millionen RM angegeben.⁵⁹

Die Grundlage und Hauptquelle des SS-Vermögens bildete die Häftlingsarbeit, die der SS in ihrer Funktion als Verwaltungsorgan der Konzentrationslager bis 1942/43 weitestgehend allein zur Verfügung stand. Für eine Betriebsgründung sind jedoch nicht nur Arbeitskräfte, dafür ist auch Kapital unerlässlich. Diesem Erfordernis wurde durch die großzügigste Unterstützung der SS seitens jener Kräfte Rechnung getragen, die sie angeblich unterdrückt haben soll: Dies erfolgte in Form von kurz- und langfristigen Millionen-Krediten (insbesondere von der Dresdner Bank), aber auch durch Millionen Spenden, die Himmler Jahr für Jahr von den Vertretern der größten Konzerne als Mitgliedern seines Freundeskreises überreicht wurden.⁶⁰

58 *Geschäftsbericht* 1940/41.

59 GKW, Fall IV, ADB 14, Dok. NO - 551, Kapital und Umsätze der wirtschaftlichen Unternehmen des SS-WVHA, v. 30. 9. 1943; vgl. auch *Georg, Enno*, a. a. O., S. 137 Anm. 550.

60 Vgl. dazu *Georg, Enno*, a. a. O., S. 133 ff. - Der Bankier v. Schröder sammelte die Spenden, die er von den Konzernbetrieben im Freundeskreis Himmler kassierte, auf dem Sonderkonto "S" beim Bankhaus Stein. Von da aus wurden dann größere Beträge auf das Sonderkonto "R" bei der Dresdner Bank abgerufen, das dort unter der Nummer 30 - 6640/41 für den laufenden Verkehr unterhalten wurde. (Vgl. da-

3.3. Profitable Verflechtungen auf allen Ebenen

Eine der verworrensten Seiten des Komplexes SS-Unternehmen war ihr Standort in der obersten Verwaltungsbehörde der SS. Diese war in ihrer Koordinierung mit dem Hauptamt Haushalt und Bauten des Chefs der Deutschen Polizei eine Ansammlung von staatlichen und Parteikompetenzen, wie sie sich etwa bei allen Hauptämtern und hohen Funktionsorganen der SS findet. Begründet ist diese Vermischung grundsätzlich in der Verschmelzung von Naziartei und Staatsapparat (einem besonderen Merkmal des staatsmonopolistischen Systems im Faschismus), spezifisch in den Funktionen Himmlers, der die Parteifunktion "Reichsführer-SS" und die staatliche Funktion "Chef der Deutschen Polizei" (die nicht seine einzige staatliche Funktion war und blieb) in Personalunion ausübte. Diese Personalunion trat auch im Bereich Verwaltung und Wirtschaft überall auf. Pohl war oberster Verwaltungschef der SS (Parteifunktion) und gleichzeitig Chef des Hauptamts Haushalt und Bauten (staatliche Funktion) und als solcher Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium.⁶¹ Diese Verknüpfungen setzten sich bis in die untersten Ebenen fort, und dazu gibt es auch im "Vermerk" entsprechende Feststellungen:

"Die Leitung der GmbH liegt praktisch in den Händen der Betriebsleitung des Bekleidungswerks, da sowohl

- 1) der Leiter des Bekleidungswerks, SS-Hauptsturmführer Lechler,
- 2) der Stellvertreter und Betriebsleiter des Bekleidungswerks, SS-Hauptsturmführer F. Krug (als technischer Geschäftsführer), zu Geschäftsführern der GmbH bestellt sind." (S. 2)

Im Organisationsplan des WVHA vom 3. März 1942, der in sehr detaillierter Ausführung vorhanden ist, wird diese Tatsache, werden aber auch die tieferen Gründe dafür sichtbar.⁶² Der inzwischen zum SS-Ober-

zu GKW, Fall XI [Wilhelmstraßenprozeß], ADB 134, Dok. NID - 13 471, Schreiben v. Schröder an Dr. Rasche in der Dresdner Bank v. 24. 1. 1942; ebenda, Dok. NI - 3809, Schreiben v. Schröder an Himmler v. 27. 5. 1944; ebenda, Dok. NI - 12 147, Auszug aus den Büchern der Dresdner Bank zu Konto 30 - 6640/41; ebenda, Dok. NI - 4687, Anweisung Wolff an v. Schröder betr. Überweisung auf Sonderkonto "R" v. 11. 12. 1943; vgl. außerdem verschiedene Dokumente aus ebenda, ADB 134 u. 135.)

61 Vgl. GKW, Fall IV, ADB 1, Dok. NO - 2343, Affidavit Oswald Pohl, v. 17. 3. 1947.

62 Ebenda, ADB 2, Dok. NO - 111, Organisationsplan des SS-WVHA, v. 3. 3. 1942, abgedr. bei: Georg, Enno, a. a. O., S. 30 f. - Das SS-WVHA bestand aus 5 Amtsgruppen:
Amtsgruppe A: Truppenverwaltung (Leiter: August Frank);
Amtsgruppe B: Truppenwirtschaft (Leiter: Georg Lörner);

sturmbannführer beförderte Lechler fungiert hier als Amtschef B II (Bekleidungsirtschaft), in der Amtsgruppe B (Truppenwirtschaft), die zum staatlichen Sektor gehörte, und außerdem als Amtschef W VI (Textil- und Lederwertung) der Amtsgruppe W (Wirtschaftliche Unternehmungen), die unter Pohls persönlicher Leitung stand und zum SS-Sektor gehörte. Damit war Lechler Auftraggeber und Geschäftsführer der "GmbH" in einer Person.⁶³

Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß der Anteil des Gesamtumsatzes der "GmbH", der auf die Waffen-SS und auf die KZ entfiel - die KZ wurden als staatliche Einrichtungen ebenfalls wie die Waffen-SS über B II mit Bekleidung versorgt -, in den Jahren 1940 bis 1943 von 79 auf 97 Prozent stieg, also ständig den überwiegenden Teil der gesamten Produktion ausmachte, dann wird deutlich, wie risikolos die "marktgerechte" Produktion der "GmbH" ausgebaut werden konnte.

Auch bei den lokalen Einrichtungen in Ravensbrück überschritten sich die Zugehörigkeitsbereiche. Der Verfasser des "Vermerks" schreibt hierzu:

"Aus welchen inneren Gründen nur die Dachauer und nicht auch die Ravensbrücker Betriebe der GmbH - insbesondere die Schneiderwerkstatt mit Zuschneiderei Ravensbrück - von der Allgemeinen SS auf das Bekl. Werk und damit auf das Reich überführt wurden, ist nicht erkennbar. Jedenfalls gibt die auch heute bestehende Verbindung zwischen GmbH und Bekl. Werk, die neben den erwähnten Punkten auch darin zum Ausdruck kommt, daß der örtliche Betriebsleiter der GmbH, SS-Untersturmführer Langbein, zugleich bei den Ravensbrücker Betriebsstätten des

Amtsgruppe C: Bauwesen (Leiter: Dr. Kammler);

Amtsgruppe D: Konzentrationslager (Leiter: Richard Glücks);

Amtsgruppe W: Wirtschaftliche Unternehmungen (Leiter: Oswald Pohl).

Die Amtsgruppe W war in 8 Ämter und den Stab W unterteilt. In diese Ämter waren die entsprechenden SS-Unternehmen - in der Regel mehrere - nach Sachbereichen eingegliedert: W I: Steine und Erden (Reich); W II: Steine und Erden (Ost); W III: Ernährungsbetriebe; W IV: Holzbearbeitungsbetriebe; W V: Land-, Forst- und Fischwirtschaft; W VI: Textil- und Lederwertung; W VII: Buch und Bild; W VIII: Sonderaufgaben. Der Stab W umfaßte die DWB und eine Reihe anderer Betriebe.

63 Bis 1942 unterstand Lechler in seinen beiden Funktionen zwei verschiedenen Hauptämtern: als Betriebsleiter der Bekleidungswerke dem Hauptamt Haushalt und Bauten (staatlicher Sektor), Hauptabt. I/3, Bekleidung; als Leiter der "GmbH" dem Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft (SS-Sektor), Hauptabt. III D 3, Verwertungsbetriebe. (Vgl. GWK, Fall IV, ADB 2, Dok. NO - 620, Organisationsplan der Hauptämter Verwaltung und Wirtschaft/Haushalt und Bauten, Stand 1941/42, abgedr. bei: Georg, Enno, a. a. O., S. 28.)

Bekl. Werks verankert ist, Anlaß zu den folgenden weiteren Ausführungen über die GmbH." (S. 2)

Wie wenig dieser Beamte die Unklarheiten der ganzen Angelegenheit aufdecken konnte, zeigt das folgende Beispiel, das die im Geschäftsbericht der "GmbH" von 1940/41 getroffene Feststellung betrifft, wonach 1 000 000 RM des Darlehns an die "GmbH" zurückgezahlt werden konnten, weil "die Gesamtkosten der Bauarbeiten ... vom Reich übernommen werden". Er schreibt dazu:

"Die Vereinbarungen, nach denen das Reich die Baukosten für die der GmbH dienenden Baulichkeiten übernommen hat, standen zum Einblick nicht zur Verfügung. Ebenso war nicht ersichtlich, wo und wie diese Kosten im Reichshaushalt verausgabt worden sind oder werden, sowie welche Mietregelung für die der GmbH zur Nutzung überlassenen Baulichkeiten getroffen worden sind. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung für 1940/41 wurden im ersten Geschäftsjahr für Mieten und Pachten insgesamt RM 5 580,- verausgabt." (S. 3)

Hier werden die Vorteile dieses feingeknüpften Kompetenznetzes schon sehr deutlich: Es war ein Netz, in dem vieles für die SS hängenbleiben konnte.

4. Erste Einschätzung der Funktion der SS-Betriebe

Die Frage nach der Funktion der SS-Betriebe kann hier in bezug auf die "GmbH" schon beantwortet werden: Sie diente als privatwirtschaftlicher Versorgungsbetrieb für den Bedarf der Waffen-SS und der Konzentrationslager. In gleicher Weise kann man auch die meisten der übrigen Betriebe einordnen. Die bessere Versorgung der SS-Einheiten war aber nur eine Seite; damit "Geld zu verdienen", war ein genauso angestrebtes Ziel.⁶⁴ Himmler sagte es bereits 1940 mit aller Brutalität: "Das Wohnbau-Programm, das die Voraussetzung für eine gesunde und soziale Grundlage der Gesamt-SS wie des gesamten Führerkorps ist, ist nicht denkbar, wenn ich nicht aus irgend einer Stelle her das Geld bekommen würde, das Geld schenkt mir niemand, das muß verdient werden, das wird verdient dadurch, daß der Abschaum der Menschheit, die Häftlinge, die Berufsverbrecher, daß die positiv zur Arbeit angesetzt werden müssen ... Diese Tätigkeit ist notwendig ... 1. um dem deutschen Volk diese nega-

⁶⁴ Dieses Motiv wurde im allgemeinen nach außen hin abgelehnt. 1941 schrieb Pohl z. B.: "Die Schutzstaffel lehnt es grundsätzlich ab, irgendwelche Betriebe deshalb zu betreiben, weil sich damit Geld verdienen läßt." (GKW, Fall IV, ADB 29, Dok. NO - 3798, Schreiben Pohls an den Reichskommissar für die Preisbildung v. 19. 9. 1941.)

tiven Menschen wegzunehmen, 2. um sie einzuspannen noch einmal für die große Volksgemeinschaft, daß sie Steine brechen und Steine brennen, damit der Führer seine großen Bauten wieder machen kann und 3. daß das, was damit ganz nüchtern wieder an Geld verdient wird, das wird wieder umgesetzt in Häuser, in Grund und Boden, in Siedlungsstellen, daß unsere Männer und unsere Führer, damit sie leben können und Häuser haben, in denen sie wirklich große Familien haben können und viel Kinder. Das ist wieder notwendig, wenn nämlich dieses führende Blut in Deutschland, mit dem wir stehen und fallen, ... wenn das sich nicht vermehrt, werden wir die Erde nicht beherrschen können ... wir würden das große germanische Reich ... nicht halten können ... Wenn wir einmal zu wenig Söhne hätten, würden die, die nachkommen, feige werden müssen. Ein Volk, das im Durchschnitt vier Söhne hat in der Familie, das kann einen Krieg wagen, denn wenn zwei fallen, setzen zwei den Namen fort."⁶⁵ Das menscheitsfeindliche Programm, das in diesen Worten zum Ausdruck kommt, entsprach den menscheitsfeindlichen Zielen des deutschen Monopolkapitals. Es war die Funktion der SS, mit ihrem Terrorapparat diese Ziele und ihre Verwirklichung in politischer und ökonomischer Hinsicht zu sichern. Die Wirtschaftsbetriebe der SS sollten nach dem Willen Himmlers eine der notwendigen Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe sein, in sachlicher wie in finanzieller Hinsicht. Die Tolerierung dieser Betriebe und ihre finanzielle Unterstützung (mittels großzügiger Kredite und zusätzlicher Spenden) durch die maßgebenden Vertreter des deutschen Monopolkapitals lassen den Schluß zu, daß auch von dieser Seite der Sinn dieser wirtschaftlichen Tätigkeit so verstanden wurde.⁶⁶ Das kategorische Nein dort, wo sie über ihren Zweck hinauswachsen wollte⁶⁷, unterstreicht diese Schlußfolgerung nur noch stärker.

65 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946* (im folgenden: IMT), Nürnberg 1947 - 1949, Bd. 29, S. 108, Dok. PS - 1918, Ansprache Himmlers an das Offizierscorps der Leibstandarte SS am 7. 9. 1940.

66 Vgl. dazu *Zumpe, Lotte*, Vorbemerkung zum Artikel von Schulze, Wil- li, *Der Quedlinburger Dom als Kultstätte der SS*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1966, T. 4, S. 215 ff.

67 Einer der wesentlichen Faktoren für die Begrenzung der wirtschaftlichen Tätigkeit der SS war der Mangel an Fachleuten für qualifiziertere Produktionen. Bemühungen der SS, vom Chef des Rüstungslieferungsamtes "erfahrene alte Facharbeiter und Werkmeister ... als Führungspersonal" in ihre Betriebe für Rüstungsfertigungen zu bekommen, wurden konsequent abgelehnt. (Vgl. dazu IMT, Bd. 41, S. 412, Beweisstück Speer - 6, Schreiben des Chefs des Rüstungslieferungsamtes, Schieber, an Speer, v. 7. 5. 1944.)

5. A N H A N G

Auszüge aus dem Dokument

"Vermerk über die Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung m b H,
Dachau und Ravensbrück"⁺

Inhaltsübersicht

A Vorbemerkung

B Einleitung

C Gründung, Stammkapital, Gesellschaftszweck

D Aufbau und Entwicklung des Geschäftsbetriebes

1. Versuchswerkstätten in Dachau:

Schneiderei

Schuhmacherei

2. Übernahme kleinerer Werkstätten in Ravensbrück

a) Allgemeines zum Fabrikationsprogramm der
Ravensbrücker Betriebe

b) Die einzelnen Ravensbrücker Betriebe der GmbH

Schneiderei

Zuschneiderei

Strickerei

Rohrmattenflechtere

Strohschuhflechtere

Gesamtumsatz der behandelten Ravensbrücker

Betriebe im Geschäftsjahr 1940/41

3. Planung weiterer wirtschaftlicher Betriebe in Ravensbrück

Allgemeines

Reißerei und Spinnerei

Webereibetriebe

Zucht von Angorakaninchen

4. Kosten für die Maschinenbeschaffung und sonstige Einrichtungen

5. Personalverhältnisse und Arbeitseinsatz der Häftlinge im ersten Geschäftsjahr

E Die Jahresbilanz zum 31. 3. 1941 und die Gewinn- und

Verlustrechnung für 1940/41:

⁺ DZA Potsdam, Nr. 5636, Rechnungshof des Deutschen Reiches, Hand-
exemplar Amtsrat Streck.

Bilanz, Aktiva
Bilanz, Passiva
Gewinn- und Verlustrechnung, Erträge
" " " Aufwendungen
Bilanzüberschuß (Betriebsergebnis)

(Originalseite 1)

A Vorbemerkung

Die Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH - im folgenden GmbH abgekürzt - ist eine *Einrichtung der Allgemeinen-SS*. Der nachstehende Vermerk ist nur für den inneren Dienstgebrauch des RH bestimmt. Die Ausführungen über die GmbH dürfen in keiner Weise gegenüber irgendwelchen Stellen oder Personen der Allgemeinen-SS oder der Waffen-SS verwendet werden.

B Einleitung

Veranlassung zu einem besonderen Vermerk über die GmbH gab die örtliche Prüfung des Bekleidungswerkes der Waffen-SS, das seit 1. 4. 40 in der Verwaltung des Reichs steht, und das früher - wie heute noch die GmbH - ebenfalls eine Einrichtung der Allgemeinen-SS war. In dem Prüfungsbericht über das Bekleidungswerk ("Feststellungen für den inneren Dienstgebrauch") ist darauf hingewiesen worden, daß das Bekl. Werk u. a. eine Schneiderei und eine Schuhmacherei betreibt, die vorher ebenfalls im Besitz der Allgemeinen-SS bzw. ihrer Tochtergesellschaft, der hier zu behandelnden GmbH waren. In den Feststellungen über das Bekl. Werk - Abschn. II, 4 B zu d), Seite 23 bis 25 ist darüber u. a. wie folgt berichtet worden:

"Der Betrieb dieser Werkstätten lief im Juli an. Bei dem Übergang des Bekl. Werkes auf das Reich mit Wirkung ab 1. 4. 40 wurden diese Betriebe nicht gleich auf das Reich mit übernommen. Sie blieben viel mehr bis Mitte 1940 noch als Wirtschaftsbetriebe der Allgemeinen-SS bestehn und gingen dann auf die von der Allgemeinen-SS im Juli 1940 neugegründete Gesellschaft für Textil- und Lederwertung mbH über. Von dieser GmbH sind die Dachauer Betriebe schließlich mit Wirkung ab 1. 10. 40 wieder in den Besitz des Bekl. Werks und damit nunmehr in das Eigentum des Reichs übergegangen. Der um 1 1/2 Jahr spätere Übergang der Fertigungsbetriebe auf das Reich wird mit betriebstechnischen Gründen begründet ...

Mit dem Besitzwechsel der Dachauer Fertigungsbetriebe hat die der Allgemeinen-SS gehörende GmbH nicht zu bestehen aufgehört. Neben den Dachauer Betrieben sind nämlich im Bereich des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück ebenfalls eine Schneiderei sowie verschiedene andere Betriebe aufgebaut worden oder noch im Aufbau begriffen, die von der GmbH geführt werden.

Nach einem Lageplan (Generalbebauungsplan) sind für die GmbH in Ravensbrück im Gebiet des Frauen-KL in Betrieb:

1 Schneiderei u. Strickerei mit Zuschneiderei
und Lager (insges. 3 Baracken)

1 Rohrmattenflechtereie und
Strohschuhfertigungsbetrieb (" 4 ")

Im Bau befindlich oder in der Planung begriffen sind in diesem Geländeteil des KL, der die Bezeichnung 'Industrie Hof' trägt, ferner:

(Originalseite 2)

Schneiderei (Betriebserweiterung) (insges. 2 - 3 Baracken)

Rohrmattenflechtereie (Erweiterung)
sowie Betrieb für Rabitzmatten (" 4 ")

Betrieb für Hand- und Maschinen-
strickerei, sowie Spinnerei,

Reißerei (" 4 ") } z. T.
Betriebe für Handweberei (" 6 ") } Massiv-
bauten

Betriebe für kunstgewerbliche
Arbeiten, mechanische Weberei,
Vorbereitung mit Garnlager, Auf-
rüstung, Aufmacherei u. Rauhereie,
Lager und Nähereie (" 8 ")

...

Die Leitung der GmbH liegt praktisch in den Händen der Betriebslei-
tung des Bekl.Werks, da sowohl

1. der Leiter des Bekl.Werks, SS-Hauptsturmführer Lechler

2. " Stellvertreter u. Be-
triebsleiter des Bekl.Werks SS-" " " F. Krug

(als technischer Geschäftsführer)

zu Geschäftsführern der GmbH bestellt sind.

Der Kaufvertrag zwischen dem Reich und der GmbH für die Dachauer Betriebe ... ist für die GmbH von einem weiteren Geschäftsführer SS-Hauptsturmführer Fricke gezeichnet worden. Die örtliche Betriebsführung wird von SS-Untersturmführer Langbein ausgeübt.

Der Schneidereibetrieb der GmbH in Ravensbrück erhält wie andere Konfektionsbetriebe Fertigungsaufträge des Bekleidungswerks. Insbesondere dient der Betrieb der GmbH bei der durch die Personalunion bestehenden engen Verbindung dem Bekl.Werk als besonderer Rückhalt zur Durchführung eiliger Aufträge bei auftretendem Stoßbedarf. Dies ist, was die Organisation der Arbeit angeht, insofern erleichtert, als in den Betrieben in Ravensbrück nur Häftlinge (Frauen) beschäftigt werden ..."

Neben den Betriebsanlagen der GmbH sind in Ravensbrück auch für das Bekl.Werk der Waffen-SS selbst verschiedene Betriebseinrichtungen im Bau oder in Vorbereitung, wie:

ein Häftlingsbekleidungslager und
eine Altsachenverwertungsstelle für Textilien, verbunden mit einer Instandsetzungswerkstätte für Altbekleidung.

Diese Betriebsstätten, für die 10 Baracken bereits fertig oder im Bau und für deren Ausdehnung etwa weitere 8 Baracken geplant sind, liegen im KL Ravensbrück im Bereich des sogenannten Industriebetriebs den erwähnten Betrieben der GmbH gegenüber.

Aus welchen inneren Gründen nur die Dachauer und nicht auch die Ravensbrücker Betriebe der GmbH, - insbesondere die Schneiderwerkstatt mit Zuschneiderei Ravensbrück - von der Allgemeinen-SS auf das Bekl. Werk und damit auf das Reich überführt wurden, ist nicht erkennbar. Jedenfalls gibt die auch heute bestehende Verbindung zwischen GmbH und Bekl.Werk, die neben den erwähnten Punkten auch darin zum Ausdruck kommt, daß der örtliche Betriebsleiter der GmbH, SS-Untersturmführer Langbein, zugleich bei den Ravensbrücker Betriebsstätten des Bekl.Werks verankert ist, Anlaß zu den folgenden weiteren Ausführungen über die GmbH.

Ostflucht aus Schlesien (1933 bis 1939)

von Andrzej Brożek

Die Ostflucht in den Jahren 1933 bis 1939

Der soziale und ökonomische Hintergrund der
verstärkten Ostflucht aus Schlesien

Richtungen der Abwanderung aus Schlesien

Aus den vor 1945 zu Deutschland gehörigen Gebieten östlich von Oder und Neiße erfolgte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine ununterbrochene Abwanderung der Bevölkerung nach Westen. Diese Erscheinung ist unter der Bezeichnung "Ostflucht" bekannt.

Schlesiens Wanderungsverluste betragen in den hundert Jahren von 1840 bis 1939 netto über eine Million Menschen¹, also mehr als ein Fünftel (fast ein Viertel) der gesamten Einwohnerzahl Schlesiens vom Mai 1939.

Die Ostflucht aus Schlesien ist nicht zu vergleichen mit der Bevölkerungsbewegung vom Dorf zur Stadt, wie sie unweigerlich jeden Industrialisierungs- und wirtschaftlichen Wachstumsprozeß begleitet. Sie war vielmehr ein Prozeß der Abwanderung aus Gebieten mit einer entwickelten Industrie; sie war auch eine Bewegung von der Stadt (meist aus der Nähe der Stadt) zum Dorf. Die Ostflucht war eine Abwanderung zur Arbeit nicht nur in der Industrie, sondern sehr oft in der Landwirtschaft der mittleren und westlichen Teile des damaligen Deutschen Reiches. Sie war auch eine Bewegung vom Dorf zum Dorf. Diese Wanderbewegung hat nichts gemein mit den im Sinne des wirtschaftlichen Wachstums

¹ Brożek, Andrzej, Ostflucht na Śląsku (Ostflucht in Schlesien), Katowice 1966, S. 44.

gesunden und fortschrittlichen Wanderbewegungen, die als Landflucht, exode rural oder drift from the land bekannt sind.

Alle Versuche, die Ostflucht zu hemmen, erwiesen sich als erfolglos; der Abwanderungsprozeß aus Schlesien (und aus dem ganzen ehemaligen preußischen Osten) verstärkte sich mit der Zeit und - so paradox dies auf den ersten Blick erscheint - auch in den Jahren des Faschismus, als offiziell die Bedeutung der Ostgebiete des Deutschen Reiches betont wurde.

Die Ostflucht in den Jahren 1933 bis 1939

Eine Untersuchung der Bevölkerungsbewegung in Schlesien während der Nazizeit wird durch den Umstand begünstigt, daß während dieser Zeit in Deutschland zwei Volkszählungen durchgeführt wurden: am 16. Juni 1933, also kurz nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, und am 17. Mai 1939, am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Anläßlich der Auswertung der Ergebnisse der Volkszählung von 1939 stellte der Leiter des Statistischen Amtes der Provinzialverwaltung Schlesien, Ernst Dietel, fest, daß in den Jahren zwischen den beiden Zählungen in Deutschland Wanderungen großen Ausmaßes stattgefunden hätten. "Nach dem Umbruch im Jahre 1933 formte der Nationalsozialismus das bisherige wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Bild von Grund auf neu ... Schlesien, das von jeher ein *Kräftequell* für die übrigen reichsdeutschen Industriezweige gebildet hat, steuerte seinen Teil zu dieser Entwicklung bei ..."²

An anderer Stelle bemerkt Dietel, "daß durch die ständigen hohen Wanderungsverluste in den Jahren 1933 bis 1939 mehr als drei Fünftel des verhältnismäßig hohen Geburtenüberschusses dieser Provinz aufgezehrt wurden." Außerdem gibt er zu bedenken, "daß es sich bei den Abwandernden erfahrungsgemäß vorwiegend um Ledige im heiratsfähigen Alter handelt und daß somit nicht nur diese, sondern auch deren Nachkommenschaft der Heimat verlorengehen."³

Trotz des natürlichen Zuwachses, der vom 16. 6. 1933 bis zum 17. 5. 1939 in ganz Schlesien 265 269 Personen betrug, nahm die Einwohnerzahl der beiden schlesischen Provinzen zusammen nur um 103 658 Per-

2 Dietel, Ernst, Bevölkerungsabnahme trotz Abwanderung in Schlesien, in: Schlesische Tageszeitung, Breslau, v. 15. 10. 1940.

3 Derselbe, Bevölkerungs- und siedlungspolitischer Aufbau in Schlesien seit 1933, in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, H. 1/1941, S. 38.

sonen zu. Die Differenz bilden die Wanderungsverluste, nämlich 161 611 Personen.⁴

Obwohl die Bevölkerungszahl insgesamt zunahm, verzeichnen wir vielerorts einen absoluten Rückgang, zum Beispiel in den Städten Waldenburg, Hindenburg und Ratibor, in den Kreisen Frankenstein, Reichbach, Trebnitz, Glogau, Landeshut, Liegnitz, Grottkau, Kreuzburg und Loebischtz, ferner in einer Reihe von Gemeinden in den Kreisen Glatz, Groß-Wartenberg, Guhrau, Ohlau, Schweidnitz und Jauer. Dieser Rückgang läßt sich im Regierungsbezirk Breslau allgemein in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern feststellen. Trotz des natürlichen Zuwachses von 49 240 Personen sank die Einwohnerzahl um nahezu 5 000.

Im Regierungsbezirk Breslau weisen alle Landkreise Wanderungsverluste auf. Die einzige Ausnahme bildet der Kreis Breslau; die Stadt Breslau hatte jedoch einen Wanderungsverlust von 12 000 Menschen, das sind 1,9 Prozent der Einwohnerschaft des Jahres 1933 (der Wanderungsgewinn des Kreises betrug nur 627 Personen). Im Regierungsbezirk Liegnitz konnten die Kreise Bunzlau und Sprottau sowie die Lausitzer Kreise Hoyerswerda und Rothenburg ähnliche Gewinne verzeichnen. Im Regierungsbezirk Oppeln erreichte lediglich der Kreis Groß-Strehlitz einen Plussaldo in der Wanderbewegung.

Von Wanderungsverlusten wurden scheinbar ausdehnungsfähige Städte betroffen, wie Breslau, ferner Waldenburg (5 117 Personen, das sind 7,7 Prozent der Einwohnerzahl von 1933), Görlitz (554 Personen oder 0,6 Prozent), Beuthen (6 038 Personen gleich 6,0 Prozent), Gleiwitz (1 763 Personen gleich 1,6 Prozent), Hindenburg (12 736 Personen gleich 9,8 Prozent), Ratibor (4 878 Personen gleich 9,4 Prozent) und oberschlesische Industriesiedlungen, von denen Bobrek (2 020 Personen gleich 9,2 Prozent), Mikultschütz (1 924 Personen gleich 9,7 Prozent) und Miechowitz (2 140 Personen gleich 12,4 Prozent) genannt seien.

Welche Gegenden stellen nun das absolut größte Kontingent an Abwandernden (Verluste von 3 000 bis 5 000 Personen und mehr)? Es sind Gebiete in Mittelschlesien im Dreieck Glogau - Glatz - Ohlau, und der Schwerpunkt (Kreise mit mehr als 5 000 Personen Verlust) befindet sich in den Kreisen Waldenburg und Schweidnitz. In Oberschlesien haben wir in der Mehrheit der Kreise des Regierungsbezirks Oppeln eine analoge

⁴ Nach: *Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach Ergebnissen der Volkszählung 1939. Entwicklung und Siedlungsweise der Bevölkerung des Deutschen Reiches*, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 552, H. 1, Berlin 1943, S. 22 f. u. 52 - 59.

Situation, wobei Verluste von über 5 000 Personen (außer in den Kreisen Beuthen und Oppeln) im Raum Ratibor - Leobschütz - Neustadt auftreten. Verhältnismäßig unbedeutende absolute Verluste sind bezeichnenderweise in den nördlichen Grenzkreisen (Namslau, Groß-Wartenberg, Militsch, Guhrau und auch Öls) zu verzeichnen.

Die Wirtschaftskammer Schlesien behauptete in ihrem vertraulichen Bericht für das zweite Quartal 1939, Schlesien hätte die größten Wanderungsverluste im Reichsmaßstab, und nannte zur Illustration dieser These die Promillesätze dieser Verluste in den schlesischen Städten verschiedener Größe für die Jahre 1935 bis 1938⁵:

Städte mit 10 000 - 20 000 Einwohnern	11,1 Promille
Städte mit 20 000 - 50 000 Einwohnern	15,1 Promille
Städte mit 50 000 - 100 000 Einwohnern	26,6 Promille
Städte mit 100 000 - 500 000 Einwohnern	73,7 Promille
Städte mit über 500 000 Einwohnern	25,8 Promille

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß es sich bei diesen Wanderungserscheinungen nicht um Landflucht handelte.

Wir sagten, daß der Prozeß der Entvölkerung Schlesiens mit der Zeit an Stärke zunahm. Sofern vor dem ersten Weltkrieg in einzelnen Zwischenräumen zwischen Volkszählungen Unterschiede zwischen dem natürlichen und dem wirklichen Bevölkerungszuwachs auftraten, tendierten sie zur Verminderung der Spanne zwischen beiden Entwicklungslinien. Ganz anders nach dem ersten Weltkrieg. Wie andere sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Disziplinen von der Inflations- oder der Preisschere sprechen, könnten wir die von uns skizzierte Erscheinung als Öffnung der *Bevölkerungszuwachsschere* bezeichnen: Bei größer werdendem natürlichem Zuwachs erfolgt eine geringer werdende Zunahme der wirklichen Bevölkerungszahl. Diese Erscheinung beobachteten wir nach dem ersten Weltkrieg in ganz Schlesien. Zwar tritt im Regierungsbezirk Liegnitz die entgegengesetzte Tendenz auf, doch vermag diese angesichts der sich immer breiter öffnenden Bevölkerungszuwachsschere in den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln keinen Ausgleich im Maßstab der ganzen Provinz zustande zu bringen.⁶

5 Näheres darüber siehe bei Brożek, Andrzej, Koncepcja nożyc przyrostu ludności (Die Konzeption einer Bevölkerungszuwachsschere), in: Opolński Rocznik Ekonomiczny, Bd. 1, 1968.

6 Archivum Państwowe Miasta Wrocławia i Województwa Wrocławskiego (Staatsarchiv der Stadt und der Wojewodschaft Wrocław), Wrocław (im folgenden: APW), Provinzialverwaltung Schlesien (im folgenden: PVS), Nr. 1967, Bl. 6. - Eine systematische Dokumentation der Wanderbewe-

Versuchen wir jetzt, die allgemeinsten Reaktionen der Zeitgenossen auf die nach 1933 anwachsende Abwanderungswelle aus Schlesien kennenzulernen. Am Vorabend des Krieges schrieb Schmidt: "Während vor der Machtübernahme bei der damals herrschenden Arbeitslosigkeit eine Abwanderung für jede Familie mit einem starken Risiko verbunden war und sich daher manch einer aus diesem Grunde vor einer Abwanderung scheute, liegen heute die Verhältnisse völlig anders. Der ungeheure Wirtschaftsaufschwung nach der Machtübernahme mußte sich in den hoch industrialisierten Gegenden des Westens und Mitteldeutschlands viel stärker auswirken, als im Osten. Der hiermit verbundene starke Mangel an Arbeitskräften und weiter das ungleich bessere Lohnniveau bringen es mit sich, daß der Osten diese Arbeitskräfte - obwohl Arbeitsmöglichkeiten genügend zur Verfügung standen - nicht mehr halten kann."⁷ Ohne uns auf eine Polemik mit einigen Aspekten dieser Auffassung (besonders der Suggestion, daß "Arbeitsmöglichkeiten genügend zur Verfügung standen") einzulassen, können wir sie zum Ausgangspunkt unserer weiteren Erörterungen nehmen.

Thiele unterstreicht, daß der Osten des damaligen Deutschen Reiches trotz Krise und mangelnder Beschäftigungsmöglichkeiten im Westen schon vor 1933 einen starken Bevölkerungsverlust durch Abwanderung aufwies, und stellt dann fest, daß diese Gebiete von der Entvölkerung bedroht sein mußten, als Mitte der dreißiger Jahre die wirtschaftliche Entwicklung einsetzte und in den "Hochgebieten" der deutschen Wirtschaft schließlich steigender Bedarf an Arbeitskräften auftrat.⁸ Es ging jedoch nicht nur um unqualifizierte Arbeiter, sondern in sehr großem Maße um Fachkräfte. Ein Organ der Deutschen Arbeitsfront betonte 1936: "... in den letzten Jahren sind viele Fachkräfte ins Reich, besonders nach Mitteldeutschland abgewandert, so daß in Schlesien sich immer fühlbarer ein Mangel an gutgelernten Facharbeitern herausstellte."⁹

gung in Schlesien im Jahre 1939 siehe bei Brożek, Andrzej, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., Anhang III a u. III b, S. 205 - 207.

7 Schmidt, Siegfried, Die Abwanderung aus den östlichen Grenzgebieten, in: Der deutsche Volkswirt v. 10. 3. 1939, S. 1099.

8 Thiele, Klaus, Landflucht und Arbeitsordnung auf dem Lande, in: Raumforschung und Raumordnung, H. 1/1939, S. 4.

9 Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Historische Abt. I (im folgenden: DZA Potsdam), Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 266, Bl. 62.

Das Jahr 1938 brachte eine Flut von Memoranden aus verschiedenen Instanzen der schlesischen Regionalverwaltung, die die Entvölkerung Schlesiens zum Gegenstand hatten.

Das Datum vom 11. März 1938 trägt ein vertraulicher Bericht, der in der Regierung Oppeln von Regierungsdirektor von Schönfeldt ausgearbeitet und "Abwanderung aus Oberschlesien" betitelt wurde.¹¹ Diesen Bericht erhielten der Reichsminister des Innern, der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, ferner Ministerpräsident Göring, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie Breslauer Dienststellen, nämlich der Oberpräsident, der Gauleiter, der Treuhänder der Arbeit, die Verwaltung des Oberschlesischen Provinzialverbandes, der Bund Deutscher Osten und die Wehrwirtschaftsinspektion.

Der Verfasser der Denkschrift stellt einleitend die Wanderungsverluste in den einzelnen Zeitabständen zwischen den Volkszählungen des 20. Jahrhunderts zusammen und setzt diesen Größen, die 24 000 bis 37 000 Personen betragen¹², den Verlust allein des Kalenderjahres 1937 gegenüber. Dieser beziffert sich auf 33 963 (unter Berücksichtigung gewisser Korrekturen mindestens 28 872), eine Summe, die den jährlichen natürlichen Zuwachs übertraf und 1937 zur absoluten Verminderung der Bevölkerungszahl des Regierungsbezirks Oppeln führte. Am Rande sei bemerkt, daß diese Erscheinung - nach dem Urteil der Arbeitsgemeinschaft für Raumpforschung an der Universität Breslau - für ganz Schlesien zutraf. Im Mai 1938 wurde erklärt, die Abwanderung bedeute "schon nicht mehr eine Verlagerung des Überschusses, sondern einen Substanzverlust."¹³ Angesichts dessen versäumte der Regierungspräsident von Oppeln selbstverständlich nicht, den nationalpolitischen

10 Vgl. *Brożek, Andrzej*, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 155 ff. - Interessante Dokumente zu dieser Frage veröffentlichte *Fiedor, Karol*, Dolny Śląsk w świetle dokumentów niemieckich z lat 1926 - 1939 (Niederschlesien im Lichte deutscher Dokumente aus den Jahren 1926 - 1939), in: *Documenta Silesiae*, H. 2/1963, S. 48 f., 69 u. a.

11 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 9754, Bl. 132 - 137. - Den deutschen Originaltext siehe bei *Brożek, Andrzej*, *Obraz gospodarczy rejencji opolskiej w przededniu wybuchu drugiej wojny światowej* (Das Wirtschaftsbild des Regierungsbezirks Oppeln am Vorabend des zweiten Weltkrieges), in: *Documenta Silesiae*, H. 5/1968 (im Druck).

12 Die Verluste betragen:

1900 - 1905	24 512 Personen,
1905 - 1910	31 070 Personen,
1910 - 1925	38 075 Personen,
1925 - 1933	37 939 Personen.

13 APW, PVS, Nr. 1022, Bl. 69.

Aspekt des Problems zu unterstreichen, dessen Wesen in der Schwächung des deutschen Elements in Schlesien bestehe.

Als Nachtrag zu der Denkschrift verschickte der Regierungspräsident von Oppeln am 23. Juni 1938 noch einen kurzen Bericht, in dem er - gestützt auf die statistischen Angaben vom ersten Quartal 1938 - darauf aufmerksam machte, daß sich die Lage noch verschärft habe (zahlenmäßige Zunahme, sich wandelnde Struktur der Wandernden nach dem Geschlecht und dergleichen).¹⁴

Etwas früher noch, im Februar 1938, bemerkte der Regierungspräsident von Breslau verzweifelt: "Vorläufig nimmt die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Grenzkreisen - auch von Landarbeitern - nach Gegenden mit besseren Verdienstmöglichkeiten in einem Umfange zu, der von allen betroffenen Stellen als besorgniserregend bezeichnet wird. Sollten die wiederholt als dringend notwendig bezeichneten Maßnahmen, insbesondere auch eine Verlagerung von Industrie in die landwirtschaftlichen Grenzkreise, noch lange auf sich warten lassen, so steht zu befürchten, daß schließlich keine Bevölkerung mehr vorhanden ist, der solche Maßnahmen zugute kommen könnten."¹⁵

In der gleichen Zeit entstand auch eine Denkschrift des Regierungspräsidenten von Liegnitz vom 15. September 1938, die wieder die Entvölkerung dieses Teils von Schlesien zum Gegenstand hat.¹⁶ Der Verfasser analysiert einleitend die Wirtschaftsstruktur des Regierungsbezirks Liegnitz, die er als vielseitig bezeichnet. Sodann behandelt er die Bevölkerungsdichte und die natürliche Bevölkerungsbewegung. Er skizziert einige gesundheitliche Probleme; dabei entrollt er vor den Augen des Lesers ein sehr suggestiv wirkendes Bild, indem er erklärt, jeden unvoreingenommenen Beobachter und besonders einen Arzt, der sich zum ersten Mal in Niederschlesien aufhalte, frappiere der Anblick vieler körperlich schlecht entwickelter Menschen mit krummen Beinen, Plattfüßen und Überresten der Rachitis, die hier viel häufiger als in den übrigen Teilen des Reiches aufträten. Ähnliche Feststellungen trafen die militärischen Musterungskommissionen. Die Hauptursache dieser überaus ungünstigen bevölkerungspolitischen Erscheinungen bestehe zweifellos darin, daß die besten und gesündesten Kräfte auswanderten

14 Ebenda, Nr. 949, unpaginiert.

15 APW, Oberpräsidium Breslau (im folgenden: OPB), Nr. 314, Bl. 29 f.

16 Diese Denkschrift "über die Entvölkerung des Regierungsbezirks Liegnitz und ihre Bekämpfung" wurde entdeckt und ins Polnische übersetzt von Zaremba, J., und Kubat, I., eingeleitet und erläutert von Kokot, Jozef, abgedr. in *Swiadectwa niemieckie*, Nr. 1/1947.

und sich der Zustand der übrigen Bevölkerung und ihre "Erbanlagen" dadurch verschlechtert hätten.

Dann geht der Regierungspräsident dazu über, das Abwanderungsproblem zu analysieren, wobei er ihr quantitatives Ausmaß, ihre Ursachen und Rückwirkungen zu erfassen sucht. Große Beachtung widmet er der Verkehrsferne als einer besonderen Ursache für die Abwanderung. Schließlich trägt er sein Sanierungsprogramm vor. Er stellt abschließend fest, daß die Abwanderung aus dem Regierungsbezirk Liegnitz stärker denn je sei und außer den von der Wirtschaftskammer Schlesien dargelegten allgemeinen Hilfsmaßnahmen für die Industrie auch spezielle Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft des Regierungsbezirks Liegnitz erforderlich seien.

Zur gleichen Zeit entstand aus der Feder des Leiters der Wirtschaftskammer Schlesien, Otto Fitzner (später Chef der deutschen Zivilverwaltung in Katowice nach dem September 1939), eine Denkschrift unter dem Titel "Um den weiteren Aufstieg Schlesiens".¹⁷ Nach Meinung des Regierungspräsidenten von Oppeln enthielt sie konkrete Vorschläge, wie ein begrenzter Ausbau Schlesiens gewährleistet und eine beständige Entwicklung gesichert werden könnte, indem man in Schlesien Arbeitsmöglichkeiten schaffe, dadurch den Drang der Arbeitskräfte zur Abwanderung aufhalte und vor allem der heranwachsenden Generation Arbeit in der Heimat garantiere.¹⁸ Fitzner versucht folgende drei Fragen zu beantworten: Ist der im Jahre 1937/38 erreichte wirtschaftliche Entwicklungsstand Schlesiens befriedigend und (wie interessant!) dauerhaft? Zu welchem Ziele soll Schlesiens Entwicklung führen? Welche Richtung soll die wirtschaftliche Entwicklung Schlesiens einschlagen und welche Vorhaben sind in diesem Zusammenhang sofort in Angriff zu nehmen? Gestützt auf die Charakteristik der Ergebnisse der wirtschaftlichen Veränderungen von 1933 bis 1937 werden in der Denkschrift die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Perspektiven Schlesiens analysiert und die einzelnen Wirtschaftszweige im Detail besprochen, wobei der Verfasser sich über die notwendigen Kapital- und Kaderquoten ausläßt. Er gelangt zu dem Schluß, daß die grundlegenden Investitionen 22 000 Arbeitern Beschäftigung verschaffen würden, ungerechnet weiterer 20 000, die dank indirekter Investitionen Arbeit finden könnten. Am Anfang des Berichts wird das Problem des Menschen

17 In den staatlichen Archivbeständen der VR Polen und der DDR nicht zu ermitteln. Ein Exemplar im Privatbesitz von Prof. Dr. Józef Popkiewicz (Wrocław) ist zur Veröffentlichung in einer Quellenedition vorgesehen.

18 APW, OPB, Nr. 315, Bl. 156 f.

im schlesischen Wirtschaftsraum behandelt, am Schluß wird dieser Ausgangspunkt wieder aufgegriffen. Fitzner fordert, die Hebung der schlesischen Wirtschaft müsse die Voraussetzungen schaffen, die eine Stabilisierung der schlesischen Gesellschaft ermöglichen würden. Hier verwickelt er sich jedoch in Widersprüche: Während er nämlich einerseits der Konzeption zuneigt, ein bestimmter Teil des Menschenpotentials solle aus dem schlesischen Wirtschaftsraum eliminiert werden, und erklärt, vom Gesichtspunkt des in Schlesien arbeitenden Menschen sei es nicht unbedingt notwendig, daß die Lohn- und Einkommenssätze in Schlesien an erster Stelle im Reichsmaßstab stünden, zieht sich durch die ganze Denkschrift wie ein roter Faden die Warnung vor der Gefahr, die die Entvölkerung der Grenzprovinz Schlesien mit sich brächte.

Gleichzeitig wurde diese Problematik auch von Dienststellen studiert, die sich vom militärischen Standpunkt mit Wirtschaftsfragen zu befassen hatten, so in einer Denkschrift der Wehrwirtschaftsinspektion VIII in Breslau vom 12. März 1938 unter dem Titel "Die Wanderbewegung Schlesiens".¹⁹

Noch im Jahre des Kriegsausbruchs veranlaßte der Bevölkerungsabfluß die Zentralbehörden, den sogenannten Osterlaß vom 1. Februar 1939 herauszugeben²⁰, und aus allen Teilen Schlesiens ließen sich Beispiele alarmierender Beurteilungen vom Jahresbeginn 1939 anführen.

Es ist bezeichnend, daß sich der Bevölkerungsabfluß aus Schlesien nicht nur auf Dorfbewohner, sondern auch auf Industriearbeiter erstreckte. Darin besteht zweifellos eines der wesentlichen Merkmale der *Ostflucht aus Schlesien*, die dort - wie eingangs schon erwähnt - nicht nur eine Landflucht war, sondern auch eine Flucht der Bevölkerung aus industrialisierten Gebieten und aus den Städten. Der "Landesbauernführer" der Provinz Oberschlesien behauptete 1933 zwar, die Abwanderung aus Oberschlesien erfolge auf Kosten des Bevölkerungspotentials des Dorfes²¹, es ist aber eine Tatsache, daß in der Mitte

19 Vom Autor vollständig veröffentlicht in *Przegląd Zachodni*, Nr. 2/1966, S. 352 - 360. Vgl. im Zusammenhang damit *Brożek, Andrzej*, The Depopulation of Silesia in the Opinion of German Military Circles (1938), in: Polish Western Affairs, 1966, S. 208 - 229; *derselbe*, Le phénomène de depeuplement de la Silésie selon l'opinion des milieux militaires allemands (1938), in: La Pologne et les Affaires Occidentales, 1966, S. 260 - 284.

20 Dieser Erlaß wurde in keinem Amtsblatt verkündet. Den vollständigen Wortlaut nach DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10410, Bl. 71, siehe bei *Brożek, Andrzej*, *Obraz gospodarczy rejencji opolskiej w przededniu wybuchu drugiej wojny światowej*, a. a. O.

21 APW, Oberpräsidium Oberschlesien, Nr. 988, Bl. 507.

der dreißiger Jahre die oberschlesischen Stadtkreise Hindenburg, Beuthen, Gleiwitz und auch Ratibor die größten Wanderungsverluste aufzuweisen hatten. Auf einem Symposium an der Universität Breslau, das Schlesiens Bevölkerungsproblemen gewidmet war, wurde festgestellt: In den Jahren 1933 bis 1936 "stellte sich auch ein Abwanderungsverlust im Industriegebiet (gemeint ist Oberschlesien - A. B.) ein".²²

Wie der Landrat von Beuthen im September 1934 meldete, bestanden zwischen der Bevölkerung seines Kreises und bestimmten Zentren außerhalb Schlesiens ständige Kontakte, die in der Ausreise zur Saisonarbeit, aber auch zur unbefristeten Arbeit ihren Niederschlag fanden; ganz offiziell vermittelten einzelne Gemeinden inmitten des Industriereviere Arbeiter aufs Land: So wurden 1934 aus Mikultschütz ungefähr 60 Arbeiter, aus Rokitnitz und Stollarzowitz kleinere Kontingente nach dem Westen geschickt.²³ Im folgenden Jahr meldeten der Oberbürgermeister von Beuthen²⁴ und der Landrat des Kreises Beuthen²⁵, wieviel Leute aus ihren Territorien zur Saisonarbeit und für ständig in Gebiete außerhalb Schlesiens vermittelt wurden. In Gleiwitz, einem anderen Industriekreis Oberschlesiens, gab es dasselbe Problem. 1934 teilte der Landrat von Gleiwitz mit, ihm seien annähernd 200 Personen bekannt, die zur Saisonarbeit gefahren seien²⁶; das Arbeitsamt Gleiwitz verzeichnete über 300 solcher Fälle aus dem Stadtgebiet²⁷, und 1935 war es ähnlich²⁸. Auch dies läßt sich schwerlich als Landflucht bezeichnen. Seit 1934 wies die Wanderungsbilanz des oberschlesischen Industriereviere einen Passivsaldo auf, wie die folgenden Zahlen zeigen²⁹:

1933	+ 5,6	Promille der Bevölkerung
1934	- 2,0	Promille der Bevölkerung
1935	- 12,6	Promille der Bevölkerung
1936	- 21,1	Promille der Bevölkerung
1937	- 18,6	Promille der Bevölkerung

Es handelt sich hierbei nicht nur um nichtindustrielle Arbeiter. Das Oberbergamt beklagte sich 1936 über eine Werbeaktion westdeutscher

22 APW, PVS, Nr. 1022, Bl. 76.

23 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 2272, Bl. 367.

24 Ebenda, Bl. 445.

25 Ebenda, Bl. 436.

26 Ebenda, Bl. 371.

27 Ebenda, Bl. 399.

28 Ebenda, Bl. 434.

29 Zahlen zur Lage im Oberschlesischen Industriegebiet, Beuthen 1937, S. 9.

Firmen unter den oberschlesischen Grubenbelegschaften.³⁰ In einem ausführlichen Bericht für die Monate Juli, August und September 1938 bezeichnete das Oberbergamt die Arbeitsplatzwechsel auf den dortigen Bergwerken, den Fortgang von Belegschaftsmitgliedern in andere Bergbaureviere und in Betriebe anderer Wirtschaftszweige als seit längerer Zeit beobachtete Fluktuation mehr oder weniger gleichen Umfangs in allen Bezirken.³¹

Diese Fakten fanden auch in der schlesischen Presse ihren Niederschlag. So spricht die "Ostdeutsche Morgenpost" vom 30. April 1938 von der Tendenz der Abwanderung oberschlesischer Bergleute zur Arbeit in den Gruben Niedersachsens; sie betont zugleich, in den dortigen Bergwerken gäbe es keinen Bedarf an Arbeitern, und warnt die Bergleute, ihre Arbeit in Oberschlesien aufzugeben.³²

In einem Bericht aus dem Jahre 1937 findet sich die Mitteilung, in den Monaten August und September 1937 seien aus einem einzigen oberschlesischen Bergwerk mehr als 140 Leute zur Arbeit in anderen Teilen des Reiches abgewandert.³³ Aus einem anderen Bericht geht hervor, daß im Februar und März 1938 aus den Gruben der Oehringen Bergbau AG 124 Bergleute fortgingen, während es im gleichen Zeitraum nur 69 Arbeiter einzustellen gelang.³⁴

Für die Monate Juli bis September 1938 haben wir folgende Zahlenangaben³⁵ über den Abgang von Arbeitskräften infolge Abwanderung nach dem Westen:

Grube Hohenzollern (jetzt Szombierki)	143
Grube Gräfin Johanna (jetzt Bobrek)	142
Grube Castellengo (jetzt Rokitnica)	269

Auch in seinem Wirtschaftsbericht für das erste Vierteljahr 1939 beklagt sich das Oberbergamt Breslau darüber, daß die Abwanderung von Arbeitskräften aus dem oberschlesischen Bergbau andauere.³⁶

Die Kommunale Interessengemeinschaft in Beuthen, eine Organisation der oberschlesischen territorialen Selbstverwaltung, mußte noch im Oktober 1938 feststellen, daß eine recht große Zahl von Arbeitern

30 APW, OPB, Nr. 313, Bl. 166; ebenda, Nr. 309, unpaginiert, Bericht des Oberbergamtes Breslau für August und September 1936.

31 APW, OPB, Nr. 316, Bl. 265.

32 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 12382, unpaginiert.

33 APW, OPB, Nr. 312, Bl. 262.

34 Ebenda, Nr. 315, Bl. 279.

35 Ebenda, Nr. 316, Bl. 265.

36 APW, PVS, Nr. 822, Bl. 245.

aus ihrem Gebiet zur Arbeit außerhalb Schlesiens vermittelt wurde, weil man bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend Arbeitsmöglichkeiten in Oberschlesien zu schaffen vermocht hatte.³⁷ Im Frühling des gleichen Jahres, als Tausende Arbeiter von der Saisonarbeit außerhalb Schlesiens nach Oberschlesien zurückkehrten, mußte die Industrie- und Handelskammer in Oppeln auf die besonders hohe Arbeitslosigkeit in den Städten Gleiwitz und Hindenburg aufmerksam machen.

Ähnliche Nachrichten besitzen wir über den Bergbau in Niederschlesien. Der bereits zitierte Bericht des Oberbergamtes für August/September 1937 unterstreicht, es gelinge dem niederschlesischen Bergbau nicht, entsprechenden Ersatz für die nach dem Westen abwandernden Bergleute zu finden; das sei schädlich nicht nur wegen der Einschränkung der Produktionskapazitäten, sondern vor allem wegen der "nationalpolitischen Schwächung" dieses Bezirks. Auch der Landrat von Glatz betont in seinem Bericht vom 30. November 1937 dieses politische Moment.³⁸ Der Landrat von Waldenburg beziffert das in seinem Kreis im September 1938 entstandene Arbeitskräftedefizit mit 160 Personen.³⁹ Im März 1939 meldet er, bei Jahresbeginn habe eine Grube in der Gegend von Neurode durch Abwanderung nach dem Westen 20 Prozent der Belegschaft verloren.⁴⁰ Das Oberbergamt teilt mit, die Grubenverwaltungen hätten Anstrengungen unternommen, um die Vermittlung zur Arbeit in anderen Gebieten Deutschlands einzuschränken.⁴¹ Der Regierungspräsident von Breslau bemerkt ergänzend, daß die emigrierenden Bergleute die örtliche Textilindustrie der Arbeitskräfte beraubten, indem sie ihre Familien mitnahmen.⁴²

Hiermit sind wir bei der Abwanderung nicht nur einzelner Arbeiter, sondern ganzer Familien nach dem Westen. Der Autor hatte Gelegenheit, dieses Problem an anderer Stelle darzulegen.⁴³ Hier sei auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich vor den Menschen erhoben, wenn sie in den Gebieten außerhalb Schlesiens ankamen und auf Wohnungssuche gingen, um ihre Familien nachzuholen. Die Überführung der Arbeitslosen aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit an die Orte, wo sie feste Beschäftigung finden konnten, hat die Bereitstellung von Wohnungen zur Bedingung. Doch das war noch im Jahre 1937 ein Problem. In ihrem Bericht für 1936/37 suggeriert die Reichskreditgesellschaft AG die "Un-

37 APW, OPB, Nr. 316, Bl. 156.

38 Ebenda, Nr. 312, Bl. 263; ebenda, Nr. 313, Bl. 38.

39 Ebenda, Nr. 317, Bl. 59.

40 APW, PVS, Nr. 822, Bl. 62.

41 APW, OPB, Nr. 317, Bl. 269.

42 Ebenda, Bl. 28.

43 Vgl. Brożek, Andrzej, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 154 ff.

beweglichkeit der Arbeitskräfte" und erblickt die Ursache dafür "in der Bindung an ihren alten Wohnort durch das wirtschaftlich günstigere Zusammenleben in der Familie, ferner durch kleinen Grundbesitz" und dergleichen.⁴⁴ Im folgenden Jahre erachtete das Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Umsiedlung der Familien an die neuen Arbeitsorte für unerhört wichtig; denn jeder Arbeitslose "wird, soweit er nicht Saisonarbeit ausübt, die berechnete Frage stellen: ob er in absehbarer Zeit seine Familie nachholen kann. Leider ist bei der Verlagerung in die industriellen Standorte der Wohnungsbau noch stark im Rückstand. In manchen Aufnahmebezirken herrscht eine beträchtliche Wohnungsnot, die eine weitere Hereinnahme verheirateter Arbeitskräfte trotz größten Bedarfs nahezu unmöglich erscheinen läßt."⁴⁵

Recht viele Klagen über die Abwanderung von Arbeitern erhob das Baugewerbe. Wir müssen bedenken, daß infolge der unterschiedlichen klimatischen Bedingungen die Bausaison in Schlesien etwas später begann als in den weiter westlich gelegenen Teilen des Reiches. Bevor die Bausaison in Schlesien begann, war es einem Teil der Bauarbeiter, von den höheren Verdiensten außerhalb Schlesiens angezogen, bereits gelungen, in den westlicher gelegenen Teilen des Reiches Beschäftigung zu finden. Mit der Entwicklung der Bausaison wurde die Arbeitskräftesituation immer prekärer.⁴⁶

Um das Bild zu vervollständigen, müssen wir an dieser Stelle darauf eingehen, wie es in dieser Beziehung in einem anderen für die Wirtschaftsstruktur Schlesiens wichtigen Zweig, in der Textilindustrie, aussah. Nach einem Bericht der Fabrikinspektion Glatz vom November 1937 verlor allein einer der dortigen Textilbetriebe im genannten Jahr infolge Abwanderung 105 Arbeiter (44 Männer und 61 Frauen) bei einem Belegschaftsstand von 820 Personen.⁴⁷ Das hing übrigens damit zusammen, daß diese Branche in Niederschlesien die verkürzte Arbeitswoche einführt, während in Westdeutschland - bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität - jede Arbeiterkategorie bedeutend höhere Löhne erhielt.⁴⁸ Der Landrat von Glatz sprach die Befürchtung aus, sobald es möglich sein werde, die Produktion zu erhöhen, werde der Arbeits-

44 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 9933, Bl. 34.

45 DZA Potsdam, Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 341, Bl. 4 f.

46 APW, OPB, Nr. 316, Bl. 167; ebenda, PVS, Nr. 822, Bl. 60; ebenda, Regierung Breslau I, Nr. 12571, Bl. 27.

47 APW, OPB, Nr. 313, Bl. 93.

48 Ebenda, Bl. 38.

kräftemangel dem wieder eine Grenze setzen.⁴⁹ Noch etwas schärfer formulierte der Regierungspräsident von Breslau dieses Moment. In einigen Produktionszweigen sei eine gewisse Besserung zu beobachten, und die Folgen der Arbeitsvermittlung nach außerhalb Schlesiens würden der einheimischen Industrie, die sich der verbesserten Wirtschaftslage nicht anzupassen vermöge, schweren Schaden bringen.⁵⁰

Aus unserem Überblick kann man unschwer schlußfolgern, daß diese Abwanderung im Osten nicht Landflucht, sondern "Flucht aus der Landschaft" war. Unabhängig davon aber müssen wir hier einen mehr prinzipiellen Schluß ziehen: Der Bevölkerungsabfluß machte unter den betrachteten Umständen die volle Entfaltung der Produktivkräfte dieser Region unmöglich, hemmte ihr ökonomisches Wachstum.

Das betrifft offensichtlich nicht nur die Industrie. In ähnlicher Weise wirkte sich die Wanderungsbewegung auf die Landwirtschaft aus, wobei sich besonders nachhaltige Schwierigkeiten für Meliorationsarbeiten ergaben. Der Regierungspräsident von Oppeln klagte im Herbst 1937, man habe in den vorangegangenen Jahren unter Aufbietung nicht geringer Mittel viele Fachkräfte für Meliorationsarbeiten ausgebildet. Sofern diese Arbeiter nicht in andere, leichtere Berufe überwechselten, seien sie - gemäß den Vorschriften - in andere Bezirke überführt worden, weil man dort dank günstigerer klimatischer Bedingungen bedeutend früher die Arbeiten habe aufnehmen können.⁵¹ Ein Jahr später beklagt er sich, daß wegen Arbeitskräftemangels keine Bodenverbesserungsarbeiten ausgeführt würden.⁵²

Das trifft übrigens nicht nur für den Regierungsbezirk Oppeln zu. Ende 1937 forderte der Regierungspräsident von Breslau, die Mittel für öffentliche Arbeiten im Jahre 1938 möglichst früh bereitzustellen, da man andernfalls wegen der Abwanderung der Arbeiter die Meliorationsarbeiten - wie 1937 - nicht aufnehmen könne.⁵³ Ähnlich war die Lage bei Meliorations- und bei Wegearbeiten im Kreis Groß-Wartenberg.⁵⁴

Wenn es in Schlesien schon schwerfiel, die nötige Anzahl von Arbeitskräften für relativ attraktive Arbeiten zu bekommen, so nimmt es nicht wunder, daß es bei den Landarbeiten sensu stricto besonders gro-

49 Ebenda, Bl. 39.

50 Ebenda, Bl. 28 f.

51 Ebenda, Nr. 312, Bl. 167.

52 Ebenda, Nr. 316, Bl. 34.

53 Ebenda, Nr. 313, Bl. 17 f.

54 Ebenda, Nr. 316, Bl. 34; ebenda, Nr. 317, Bl. 37.

ße Schwierigkeiten gab. Wie der Regierungspräsident von Oppeln im März 1939 feststellte, hatte sich der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft des Regierungsbezirks Oppeln schon in den Vorjahren ständig verschärft; er müsse, schrieb er, im Jahre 1939 Ausmaße annehmen, die eine Katastrophe des gesamten Lebens auf dem Lande befürchten lasse, vergleichbar nur der amerikanischen Farmerkatastrophe der dreißiger Jahre; das könne - durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion - eine ernste Bedrohung der Versorgungsgrundlagen des Reiches bedeuten.⁵⁵

Der Regierungspräsident stellte fest, das Arbeitskräftedefizit habe in den Vorjahren durch illegal aus Polen kommende Saisonarbeiter ausgefüllt werden können; 1939 sei aber aus militärischen Gründen die Grenze hermetisch geschlossen worden. Inzwischen habe der Kreis Kreuzburg gemeldet, zur Sicherung des normalen Ablaufs der Feldarbeiten fehlten ungefähr 1900 Leute. "Die gesamte Landwirtschaft ist bereits jetzt dadurch aufs schärfste betroffen, ganz besonders der bäuerliche Besitz, der nach seiner Größe auf Magd und Knecht angewiesen ist. Da solche nicht zu erhalten sind, mußte die Viehhaltung erheblich eingeschränkt werden. Das dauernde Übermaß an Arbeit stellt namentlich an die Bäuerinnen Anforderungen, denen ihre Gesundheit nicht gewachsen ist, wie zunehmende Fehlgeburten beweisen. Die bestehende Notlage führt des weiteren auch zu einer übermäßigen Ausnutzung etwa noch vorhandener Arbeitskräfte, was ihre Neigung, das Land zu verlassen und leichtere und besser bezahlte Arbeit zu suchen, verstärkt, wodurch Schwierigkeiten weiter vermehrt werden."⁵⁶ In diesem Zusammenhang erklärt der Berichterstatter: "Unter diesen Umständen muß mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Felder z(um) T(eil) unbestellt bleiben werden. Dies aber ist mit der Ernährungspolitik des Reiches, den Forderungen des Vierjahresplanes und der Devisenlage unvereinbar."

Die Lage im Kreis Kreuzburg war keine Ausnahme. Am 8. März 1939 berief der Regierungspräsident eine Beratung der Repräsentanten der Landkreise des Regierungsbezirks Oppeln ein (Landräte, Kreisleiter der Partei und der faschistischen Bauernorganisationen). Auf Grund dieser Beratung entstand eine neue, vom 9. März 1939 datierte Denkschrift an den Reichsminister des Innern, den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsarbeitsminister und den Ober-

55 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 8993, Bl. 4. - Den deutschen Originaltext siehe bei *Brożek, Andrzej*, *Obraz gospodarczy rejencji opolskiej w przededniu wybuchu drugiej wojny światowej*, a. a. O.

56 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 8993, Bl. 8.

präsidenten in Breslau.⁵⁷ Hierin wurde die vorher schon für den Kreis Kreuzburg ausgesprochene Meinung bekräftigt: Die Viehzucht gehe zurück (es werden Beispiele aus dem Kreis Kosel genannt, wo in einzelnen Wirtschaften die Zahl der Kühe von 14 auf 7 und sogar auf 5 zurückging), nicht einmal die örtlichen Funktionäre der Bauernorganisationen könnten ihre landwirtschaftlichen Betriebe davor schützen. Diese Einschätzung treffe sowohl auf die Bauernwirtschaften als auch auf die großen Güter zu, und die dadurch hervorgerufene Verminderung der Fett- und Fleischversorgung werde auf 30 bis 50 Prozent im Vergleich zum Jahre 1936 geschätzt.

Die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftsweise werde dazu führen, daß die Bauernfamilie unter der Arbeitslast physisch und psychisch zusammenbrechen müsse. Im Kreis Loobschütz zum Beispiel, aber auch in anderen Kreisen, müßten schon sechs- bis zehnjährige Jungen das Gespann führen, und bei den Musterungen zum Militär seien bei den jungen Leuten schwere Körperfehler festgestellt worden, die von der verfrühten Belastung durch Feldarbeit herrührten; es mehrten sich die Fehlgeburten, gleichzeitig sinke die Geburtenzahl. Vertreter des faschistischen Parteiapparates hätten festgestellt, daß in den von der Entvölkerung betroffenen Gebieten, in denen die Menschen besonders mit Arbeit belastet seien, von irgendeiner politischen Arbeit keine Rede sein könne. Rundheraus wird erklärt: Aus allen diesen Gründen "ist in der bis in das Jahr 1938 hinein durchaus positiv eingestellten Landbevölkerung ein Stimmungsumschwung eingetreten, der hier und da schon zu offener Auflehnung geführt hat".

Auf besagter Konferenz sei für die Oppelner Landwirtschaft ein Arbeitskräftebedarf von zusammen mindestens 7 000 Personen ermittelt worden⁵⁸, während für die ganze Provinz Schlesien nur 6 000 slowakische und 900 jugoslawische Arbeiter zur Verfügung stünden. Dabei handelt es sich um den Minimalbedarf, denn zur Deckung des vollen Bedarfs wären zusätzlich 4 500 Arbeitskräfte notwendig, das Oppelner Land könne aber bestenfalls nur mit einer Zuteilung von 2 300 Leuten rechnen. Werde seinem Bezirk nicht die entsprechende Zahl ausländischer Arbeiter zuerkannt, so schlußfolgert der Regierungspräsident, dann sei das Absinken der Produktion nicht mehr aufzuhalten.

57 Ebenda, Bl. 4 - 6.

58 In den einzelnen Kreisen betrug das Defizit: Kosel 500, Leobschütz 750, Neiße 900, Grottkau 1800, Rosenberg 400, Falkenberg 400, Oppeln 200 Personen.

Mit diesem Problem ist auch die Frage der Zulassung von Arbeitskräften aus Polen verbunden, was einen besonderen Widerhall in den ethnisch polnischen Gebieten in Schlesien fand.⁵⁹ Die Intensität der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Prozesse rief in den letzten Jahren vor dem Kriege nicht nur Kaderschwierigkeiten in Industrie und Landwirtschaft hervor, sondern führte darüber hinaus in einigen Gegenden zum Rückgang der Bevölkerungszahl, also zur Verminderung der Bevölkerungsdichte, mit einem Wort, zur Entvölkerung einiger Gebiete Schlesiens. Hinsichtlich der absoluten Verminderung der Bevölkerungszahl in Niederschlesien bemerkt Czyżowska: "Im Regierungsbezirk Oppeln war die Lage in dieser Beziehung viel günstiger als in den Regierungsbezirken Liegnitz und Breslau. Die Wanderungsverluste wurden hier durch den hohen natürlichen Zuwachs der polnischen Bevölkerung in den von ihr bewohnten Kreisen gedeckt."⁶⁰

Dem zweiten Teil dieser These kann man nicht ganz zustimmen, denn der Regierungspräsident von Oppeln stellt dem natürlichen Zuwachs in seinem Regierungsbezirk, der Mitte der dreißiger Jahre über 21 000 Personen betrug, den Wanderungsverlust des Jahres 1937 in Höhe von 33 963 (oder 28 872) Personen gegenüber und betont, daß mit dieser erschreckenden Zahl der Wanderungsverlust erstmalig den natürlichen Zuwachs übersteige.⁶¹ Der Wanderungsverlust Oberschlesiens betrug im Jahre 1938 nach Schmolders 38 800 Personen⁶², während der natürliche Zuwachs nur 25 653 Personen ausmachte⁶³.

Wir können derartige Meldungen auch aus niederschlesischen Kreisen zitieren. Der Landrat in Lauban stellte am 27. Januar 1937 fest, die Grenzgebiete würden allgemein immer mehr ihrer jungen tüchtigen Arbeitskräfte ledig. Diese jungen Leute zögen nach Mittel- und Westdeutschland, so daß in einigen Grenzorten nur noch die alten, mehr oder weniger arbeitsunfähigen Leute verblieben⁶⁴; im Herbst 1937

59 Siehe dazu a. u. Brożek, *Andrzej*, *Język polski na Opolszczyźnie w początkach drugiej wojny światowej* (Die polnische Sprache im Oppelner Land am Beginn des zweiten Weltkrieges), in: *Komunikaty Instytutu Śląskiego w Opolu, Reihe Monographien, Opole 1965.* - Ebenda im Anhang die deutschen Originaltexte einiger Dokumente.

60 *Czyżowska, Zdzisława*, *Zagadnienia demograficzne w rozwoju Śląska Opolskiego* (Demographische Probleme in der Entwicklung des Oppelner Schlesiens), in: *Problemy Ekonomiczne*, Nr. 1/1962, S. 69.

61 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 9754, Bl. 132.

62 *Schmolders, Günther*, *Der Wirtschaftsraum Schlesien im Grossdeutschen Reich. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsaufgabe in Gegenwart und Zukunft*, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Berlin 1939, S. 441.

63 *Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1938 und 1939*, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 587, Berlin 1939.

64 APW, OPB, Nr. 310, unpaginiert.

kommt der Landrat noch einmal auf das Problem der Entvölkerung seines Kreises zurück. Während früher die Gefahr bestanden habe, daß die Arbeitsunfähigen zu einer dauernden Belastung der Sozialfürsorge würden, sei im Laufe der Zeit die noch schwerer wiegende Gefahr entstanden, daß sogar diese Leute bei dem allgemein großen Arbeitskräftebedarf in Deutschland einfach die Grenzgebiete verließen und so das Grenzland in ganz unerträglicher Weise entvölkert werde.⁶⁵ Auch der Regierungspräsident verwendet diese Formulierung: "... die Grenze wird auch unter diesem Gesichtspunkt weiter entvölkert"⁶⁶. Der Landrat in Habelschwerdt sagt, der Bevölkerungsabfluß müsse "zu einer Auslaugung des Grenzgebietes" führen; der Landrat von Namslau spricht von der "Entblößung der Grenzgebiete", und der Landrat in Goldberg zieht direkt die Schlußfolgerung, die Leere in Schlesien werde immer größer.⁶⁷ Das mußte natürlich unter dem Gesichtspunkt der forcierten expansionistischen Bestrebungen bei dem deutschen Monopolkapital besondere Besorgnis erregen.

Es handelt sich hierbei nicht etwa um leere Worte schlesischer Verwaltungsbeamter. Die Auswirkungen des beklagten Prozesses sind meßbar: Im Zeitraum von 1933 bis 1939 vergrößerte sich die Bevölkerungszahl Schlesiens nur um 1,7 Prozent, die der übrigen Provinzen dagegen um 5,2 Prozent. Schlesien hatte die geringste Bevölkerungszunahme im Reichsmaßstab.⁶⁸ Dabei lassen die Unterschiede im natürlichen Zuwachs im Reich einerseits, in Schlesien andererseits keineswegs einen derartigen Effekt erwarten. 1937 und 1938 beispielsweise waren die natürlichen Zuwachsquoten wie folgt⁶⁹:

	1937	1938
im Reich	7,2	7,9
im Regierungsbezirk Breslau	6,5	8,0
im Regierungsbezirk Liegnitz	5,9	7,2
im Regierungsbezirk Oppeln	12,7	13,7

65 Ebenda, Nr. 312, Bl. 140.

66 Ebenda, Nr. 313, Bl. 18.

67 Ebenda, Nr. 314, Bl. 47; ebenda, Nr. 315, Bl. 53; ebenda, Nr. 317, Bl. 111.

68 Vgl. Rogmann, Heinz, Bevölkerungspolitische Aufgaben in Schlesien, in: Raumforschung und Raumordnung, Berlin 1939, S. 442.

69 Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, München 1949, S. 50.

Doch die Bevölkerungszunahme betrug von 1933 bis 1939 in den drei schlesischen Regierungsbezirken⁷⁰:

im Regierungsbezirk Breslau	2 000 Personen = 0,1 %
im Regierungsbezirk Liegnitz	50 000 Personen = 4,0 %
im Regierungsbezirk Oppeln	29 000 Personen = 1,9 %

Erinnert sei an dieser Stelle an die weiter oben aufgestellte These von der sich in Schlesien zwischen den beiden Weltkriegen immer breiter öffnenden Bevölkerungszuwachsschere.

Das Quellenmaterial vermittelt uns ein Bild von dem Jahr für Jahr zunehmenden und immer neue Industriezweige erfassenden Bevölkerungsabfluß. Im sozialpolitischen Bericht des Reichstreuhänders der Arbeit für April, Mai und Juni 1939 wird festgestellt, daß die Abwanderung allen Maßnahmen zum Trotz zugenommen habe.⁷¹ So meldet der Regierungspräsident von Oppeln in seinem Bericht für das erste Quartal 1939 einen immer mehr anwachsenden Abzug von Arbeitern ins Zentrum des Reiches.⁷² Das wird auch durch den Bericht der Beuthener Selbstverwaltung bestätigt, der die Abwanderung (nicht den Nettoverlust) jeweils im ersten Vierteljahr wie folgt beziffert⁷³:

1937	71 609 Personen
1938	78 599 Personen
1939	82 432 Personen

Im ersten Halbjahr 1939 betrug Schlesiens Wanderungsverlust 25 108 Personen.⁷⁴ Die Abwanderung aus dem Grenzgebiet "hält nach wie vor in teilweise erschreckendem Umfange an", erklärte der Regierungspräsident von Breslau⁷⁵, demzufolge es allein im ersten Vierteljahr 1939 ebenso viele Kündigungen von seiten der Arbeiter wie im ganzen Jahre 1938 gab⁷⁶.

Auch der Kriegsausbruch brachte die Abwanderung aus Schlesien nach dem Westen nicht ganz zum Stehen.

70 Rogmann, Heinz, a. a. O., S. 443.

71 APW, OPB, Nr. 323, unpaginiert.

72 APW, PVS, Nr. 822, Bl. 136.

73 Ebenda, Nr. 949, unpaginiert, Die Wanderungsbewegung in Oberschlesien Januar - März 1939, S. 29.

74 APW, Regierung Breslau I, Nr. 120, Bl. 25.

75 APW, OPB, Nr. 317, Bl. 28.

76 APW, PVS, Nr. 822, Bl. 95.

Der soziale und ökonomische Hintergrund der verstärkten Ostflucht aus Schlesien

Die faschistische Rüstungspolitik brachte 1933 bis 1939 auch in Schlesien eine Belebung der Wirtschaft mit sich, doch unterschied sich diese sehr von der Entwicklung im übrigen Reichsgebiet. Im Gegensatz zu der recht optimistischen Beurteilung der schlesischen Wirtschaftslage in den Vorkriegsjahren, wie sie in einer neueren westdeutschen Untersuchung gegeben wird⁷⁷, äußerten sich Wirtschaftsexperten und führende Beamte des faschistischen Deutschlands damals sehr besorgt über die Entwicklung der schlesischen Wirtschaft.

So stellte der Regierungspräsident von Oppeln am 6. Oktober 1936 fest, daß Schlesien, obwohl es sich beträchtlich entwickelt habe, hinter dem Wachstum in anderen Wirtschaftsgebieten des Deutschen Reiches doch erheblich zurückgeblieben sei und daß sich die Verhältnisse im oberschlesischen Industrievier an allen Abschnitten gegenüber dem übrigen Reich ungünstig gestalteten.⁷⁸ Ein knappes Jahr später gelang er im wesentlichen zum gleichen Ergebnis.⁷⁹ Im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung Berlin wurde im Juni 1937 erklärt: Ansätze zur Entwicklung hätten nach 1933 die deutsche Wirtschaft in allen Teilen des Reiches erfaßt, doch zeigten detaillierte Untersuchungen, daß die Grenzgebiete nicht mit den anderen Gebieten Schritt hielten.⁸⁰ In seinem Wirtschaftsbericht vom 16. Juni 1937 sagte der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien geradezu: "... das Grenzland Schlesien wird nach wie vor schlechter behandelt als andere Gebiete des Reiches".⁸¹ Buchstäblich am Vorabend des Krieges schrieb Schmolders in einem Artikel, der erst nach Kriegsausbruch erschien, daß "die wirtschaftliche Belebung nach 1933 in Schlesien langsamer als sogar in Ostpreußen, gar nicht zu reden von West- oder Mitteleuropa, vor sich gegangen" sei.⁸² In einer Analyse der Wirtschaftslage im Regierungsbezirk Breslau bemerkte Regierungsrat Matzker 1938 zu diesem Thema: "Während Ostpreußen gegenüber dem Jahre 1928/29, dem Jahr der Hochkonjunktur, etwa 60 000 Beschäftigte mehr zählt, zählt Schlesien gegenüber diesem Jahr etwa 60 000 weniger."⁸³

77 *Jacobs, Margaret*, Die schlesische Industrie vor dem zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 10, 1965, S. 371.

78 APW, OPB, Nr. 309, unpaginiert.

79 Ebenda, Nr. 311, Bl. 217.

80 Zitiert nach *Mitteilungsblatt der Reichsstelle für Raumordnung* v. 15. 9. 1937, in: APW, Regierung Breslau I, Nr. 154, unpaginiert.

81 APW, OPB, Nr. 311, Bl. 23.

82 *Schmolders, Günther*, a. a. O., S. 440.

83 Zitiert nach *Fiedor, Karol*, a. a. O., S. 55.

Sehr deutlich wird der relative Rückgang der schlesischen Wirtschaft im Index des Nationaleinkommens je Einwohner der beiden schlesischen Provinzen, gemessen am Nationaleinkommen des Reiches⁸⁴:

	1932	1934	1936
Reich	100,0	100,0	100,0
Niederschlesien	91,8	88,1	81,1
Oberschlesien	68,4	68,9	64,5

Das Nationaleinkommen je Einwohner war demnach in Schlesien nicht nur geringer als im Reichsdurchschnitt, sondern die Entwicklung tendierte zur Vertiefung des Unterschiedes.

In den ersten zwei Jahren nach der Errichtung der faschistischen Diktatur führte die Reichsregierung ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durch, das - nebenbei gesagt - keineswegs eine Konzeption des Hitlerkabinetts war, dessen Prinzipien vielmehr schon in den letzten Monaten der Weimarer Republik im einzelnen ausgearbeitet worden waren.⁸⁵ Ein wesentliches Element dieses Programms bildeten öffentliche Arbeiten. Die Zahl der im Rahmen von Notstandsarbeiten in Schlesien 1933 und 1934 geleisteten Tagewerke betrug⁸⁶:

Jahr	Oberschlesien	Mittelschlesien	Niederschlesien
1933	573 920	184 570	247 282
1934	693 140	408 100	625 592

Offenbar begrenzte die Möglichkeit, außerhalb Schlesiens attraktivere und besser bezahlte Arbeit zu finden, in Schlesien das Arbeitskräfteangebot für öffentliche Arbeiten und verminderte deren Umfang, was sich darin niederschlug, daß die Infrastruktur dieser Region weiterhin unterentwickelt blieb.⁸⁷ Übrigens faßten die Zentralbehörden nur

84 Lucadou, Emil, Strukturwandel Schlesiens, Berlin 1943, S. 152.

85 Vgl. dazu Brożek, Andrzej, Niektóre problemy zatrudnienia w Trzeciej Rzeszy w świetle niemieckich materiałów archiwalnych (Einige Probleme der Beschäftigung im Dritten Reich im Lichte deutscher Archivquellen), in: Zeszyty Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Opolu, Reihe Ekonomia, H. 2/1967, S. 5 - 39.

86 Roesler, Gerhard, Aufgaben der Landeskultur in Schlesien, in: Raumforschung und Raumordnung, Berlin 1939, S. 458; vgl. dazu auch Bubeck, W., Der Adolf-Hitler-Kanal und seine Bedeutung für die schlesische Wirtschaft, Breslau 1935.

87 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10627, Bl. 181.

sehr vorsichtig Beschlüsse über die Aufnahme öffentlicher Arbeiten in Oberschlesien. Als Beispiel dafür seien die Bemühungen um die Errichtung eines Gebäudes für die Abfertigung der Saisonarbeiter auf dem Bahnhof Oppeln und um den Bau einer Veranstaltungshalle in Oppeln angeführt. Trotz der "nationalpolitischen" Argumentation und obwohl sich die NSDAP und Gauleiter Wagner selbst dafür einsetzten, wurden für diese Zwecke keine Mittel bereitgestellt.⁸⁸

In der Investitionspolitik gab es in Schlesien während der Nazizeit manche Hemmnisse, die sowohl durch subjektive als auch durch objektive Faktoren bedingt waren, so zum Beispiel strategische und auch rein ökonomische Aspekte der geopolitischen Konzeption des deutschen Faschismus.

Der Regierungspräsident von Liegnitz neigte im Mai 1936 zu der Ansicht, daß "die Kapazität der hiesigen Industrie fast restlos erschöpft ist und Verlagerungen aus dem Reichsinnern in den hiesigen Bezirk oder Neueröffnungen industrieller Werke so gut wie ausgeschlossen sind."⁸⁹ Derselbe erinnert in einem geheimen Wirtschaftsbericht für Februar/März 1938 daran, daß Schlesien wegen seiner Lage nicht in gleichem Maße wie andere Gebiete Deutschlands an neuen Investitionen partizipieren konnte. Indessen sei es notwendig, gerade mit Rücksicht auf die Grenzlage Schlesiens, alles zu tun, um die vorhandenen Werke in einem Zustande zu erhalten, der die Ausnutzung ihrer Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten gewährleiste.⁹⁰

Ähnlich bemerkt der Regierungspräsident von Oppeln in einer streng vertraulichen Denkschrift vom 11. März 1938 an die Reichsbehörden, daß einige Industriezweige für Oberschlesien nicht in Betracht kämen, aber ein Teil der in Mitteldeutschland von Grund auf neu entstandenen Industrie auf den Zustrom von Arbeitskräften von auswärts angewiesen sei.⁹¹ Was der Regierungspräsident in seiner für den internen Gebrauch bestimmten Denkschrift von 1938 nicht ausspricht, sagt Emil von Lucadou in seinem Buch im Jahre 1943: "Aus diesen Überlegungen heraus wurde die wirtschaftliche Aufrüstung in die Gebiete verlegt, die einem feindlichen Angriff am wenigsten ausgesetzt zu sein schienen. So ver-

88 Ebenda, Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 262, Bl. 247 - 250; ebenda, Nr. 265, Bl. 195, 264 f. u. 270.

89 Ebenda, Nr. 267, Bl. 7.

90 APW, OPB, Nr. 315, Bl. 109.

91 Die Denkschrift "Die Abwanderung aus Oberschlesien" wurde veröffentlicht in *Brożek, Andrzej*, *Obraz gospodarczy recencji opolskiej w przededniu wybuchu drugiej wojny światowej*, a. a. O.

hinderte die gefährliche Grenzlage Schlesiens ein seiner Produktionskapazität entsprechendes Einschalten in die im Zusammenhange und als Folge der Pläne der Regierung einsetzenden wirtschaftlichen Maßnahmen ... Die wehrwirtschaftlichen Rücksichten sind der Hauptgrund dafür, daß die Erholung der schlesischen Wirtschaft von der Krise mit der des Reiches nicht Schritt halten konnte."⁹²

Wenn auch anfangs die zentralen faschistischen Partei- und Regierungsstellen aus wehrpolitischen und wehrwirtschaftlichen Gründen gegen eine intensive Investitionspolitik auf dem Gebiet der Rüstung in den schlesischen Gebieten war, so begann sich 1937 eine Wandlung abzuzeichnen. 1937 gab der Reichswirtschaftsminister eine spezielle Anordnung heraus, die unterstrich, "daß Schlesien, neben Ostpreußen, Sachsen und einigen anderen Teilen Deutschlands als besonders auftragsbedürftiges Gebiet anzusehen sei."⁹³ In seinem Wirtschaftsbericht vom 18. Februar 1938 räumt der Oberpräsident in Breslau dann ein, daß die in seinem Amtsbereich tätige Bezirksstelle für öffentliche Aufträge zwar ein gewisses Anwachsen der Neigung, Rüstungsaufträge in Schlesien zu plazieren, festgestellt habe, fügt aber hinzu: Es "ist eine immer erneute Aufklärungsarbeit erforderlich, um die nunmehr an leitender Stelle geltenden Gesichtspunkte zur Anerkennung zu bringen, die Investitionen nunmehr auch in Schlesien geeignet erscheinen lassen. Es steht dann zu erwarten, daß endlich auch mehr Betriebe als bisher, die im Rahmen des Vierjahresplanes Bedeutung erlangen können, nach Schlesien kommen."⁹⁴ 1939 wurde dann durch die brutale Aggression gegen Polen die wehrwirtschaftliche Situation Schlesiens grundlegend geändert: Perspektiven und Realisierung der wirtschaftlichen Belebung Schlesiens waren eng mit den territorialen Eroberungsplänen gegen die Nachbarländer und ihrer Verwirklichung verbunden.

Ein weiterer Faktor, der die Neigung, in Schlesien zu investieren, eindämmte, war die niedrige Rentabilität der Kapitalanlagen. Im Bericht der Wirtschaftskammer Schlesiens für das zweite Vierteljahr 1939 heißt es: "Trotz der gesteigerten Umsätze ist vielfach eine Verminderung der Rentabilität zu beobachten."⁹⁵ Vergleichen wir die Dividenden bedeutender westdeutscher und schlesischer Aktiengesellschaft-

92 Lucadou, Emil, a. a. O., S. 92.

93 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10627, Bl. 181.

94 APW, OPB, Nr. 314, Bl. 16 f.

95 APW, PVS, Nr. 1667, Bl. 5. - Teile des Berichts veröffentlicht in Brożek, Andrzej, *Obraz gospodarczy recencji opolskiej w przededniu wybuchu drugiej wojny światowej*, a. a. O.

ten - wobei wir dessen eingedenk sein müssen, daß in den Dividenden bei weitem nicht die vollen Profite zum Ausdruck kommen -, so stellen wir fest, daß in Schlesien nur die Zementindustrie im Raum von Oppeln günstige Ziffern aufweist; wir müssen dabei aber bedenken, daß die Produktion dieser Branche in Deutschland gerade in diesem Gebiet konzentriert und die Vereinigte Ost- und Mitteldeutsche Zement AG in Oppeln das größte derartige Unternehmen im Reich war.

Das zitierte Urteil der Wirtschaftskammer Schlesien traf nicht nur auf Großunternehmen, sondern allgemein auf die schlesische Wirtschaft zu. Das wird durch die Steuerspanne zwischen Schlesien und dem Reich bestätigt: Die Vermögens- und Umsatzsteuer je Einwohner lag im Reichsmaßstab durchschnittlich um rund 100 Prozent höher als in Schlesien.⁹⁶

Schließlich wuchs auch die Verschuldung der schlesischen Landwirtschaft in den letzten Jahren vor dem Kriege an.⁹⁷

In bezug auf Oberschlesien befaßte sich der Regierungspräsident von Oppeln in seiner schon zitierten Denkschrift vom März 1938⁹⁸ auch mit diesem Problem. In einem ausführlichen Bericht an den Innenminister schrieb der Regierungspräsident von Breslau am 28. Februar 1939 in Verbindung mit dem Osterlaß, daß trotz verschiedenster Mittel, die ökonomisch anreizen sollten, die Landwirtschaft im Osten in den letzten Jahren erneut verschuldet sei. Abgesehen von den ungünstigen allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen erklärte er dies auch damit, daß die Landwirte infolge der ihnen durch den Vierjahresplan gestellten größeren Aufgaben erhöhte Kosten hätten. In den Grenzkreisen mit ihren leichten, sandigen Böden verschlimmere sich die Lage des kleinen Landwirts noch dadurch, daß er - im Gegensatz zum großen - ein unzureichendes Areal besitze. Der Regierungspräsident fordere, eine Parzellierung durchzuführen, auf Kosten des Großgrundbesitzes autarke Wirtschaften zu schaffen und neue, und zwar zinslose Kredite zur Verfügung zu stellen.⁹⁹

Damit erkennen wir einen weiteren Faktor, der in jener Zeit die Investitionstätigkeit in Schlesien hemmte: Kapitalmangel. Unter diesen Be-

96 Vgl. *Schlesien - Volk und Raum in Zahlen*, H. 2/1939, S. 24; Brożek, *Andrzej*, *Ostflucht na Śląsku*, a. a. O., S. 79.

97 Siehe dazu u. a. *Olszewski, Bogusław*, *Z zagadnień zadłużenia rolnictwa śląskiego w okresie międzywojennym* (Zu Fragen der Verschuldung der schlesischen Landwirtschaft in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen), in: *Studia Śląskie*, Neue Reihe, Bd. 8, 1964, S. 7 - 56.

98 Vgl. Anm. 91 der vorliegenden Arbeit.

99 APW, Regierung Breslau I, Nr. 12544, Bl. 61.

dingungen mußten alle Appelle zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Schlesien wirkungslos bleiben, auch wenn dies im "Völkeschen Beobachter" geschah. In einer Sonderbeilage für Schlesien brachte dieses Blatt am 23. Januar 1938 einen Artikel "Gesundung der Wirtschaft" aus der Feder des Gauwirtschaftsberaters Dr. Jakob, der folgenden Aufruf enthält: "Es ist nunmehr die Zeit gekommen, daß Schlesien im Verhältnis zu seinem Beitrag für den Aufbau der Industrie im Reiche (der Verfasser denkt an die Arbeit von Facharbeitern aus Schlesien in den zentralen Bezirken des Reiches - A. B.) die Gegenleistung vom Reiche erhält. Diese liegt in der Investierung von Kapital seitens innerdeutscher Unternehmungen. Die Möglichkeiten hierfür sind vielgestaltig."¹⁰⁰ Auf derartige Appelle beriefen sich hohe staatliche Würdenträger in Schlesien, unter anderen die Regierungspräsidenten von Liegnitz und Oppeln.¹⁰¹

Doch Tendenzen zur Investition nehmen wir erst buchstäblich am Vorabend des Krieges wahr, als im Rahmen des Vierjahresplanes die Schaffgotsch Benzin GmbH in Deschowitz (Odertal) mit dem Bau eines großen Werkes zur Erzeugung synthetischen Benzins begann und Oberschlesien Mitte 1938 an das staatliche 100-KV-Hochspannungsnetz angeschlossen wurde, so daß die schlesische Industrie nicht mehr darauf angewiesen war, sich umständlich aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier mit Elektroenergie zu versorgen. Jedoch selbst große Investitionsanstrengungen konnten unter den gegebenen Bedingungen keine schnelle Rekonstruktion der Wirtschaft bewirken. Davon zeugt die Tatsache, daß Hitlers Pläne, aus dem Opperler Schlesien eine Basis der chemischen Industrie für kriegswirtschaftliche Bedürfnisse zu machen, wegen Arbeitskräftemangels zusammenbrachen (in den während des Krieges erbauten Werken in Blechhammer bei Heydebreck beruhte dann die Produktion von synthetischem Benzin auf dem Einsatz von Gefangenen aus ganz Europa. Dieses Kombinat war übrigens eine der wenigen Investitionen, die in der Nazizeit in Schlesien vorgenommen wurden). In den amtlichen Unterlagen über für 1937 bis 1940 im Regierungsbezirk Oppeln geplante neue Unternehmen finden wir keine bedeutenderen Investitionsvorhaben, außer den für Blechhammer bei Heydebreck geplanten "Schlesien-Benzin"-Werken. Zu den Gründen, die das Ausmaß der Investitionen in Schlesien beschränkten, gehört also paradoxerweise der Arbeitskräf-

¹⁰⁰ Ähnlichen Charakter hat u. a. ein Artikel aus der Feder des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, *Syrup, Friedrich*, Der Arbeitseinsatz im Rück- und Ausblick, in: Deutsches Arbeitsrecht, 1938, S. 1.

¹⁰¹ APW, OPB, Nr. 314, Bl. 249.

temangel. Lucadou meint dazu: Als um die Jahreswende 1936/37 das Produktionspotential der vorhandenen Werke und der einzelnen Industriezweige des Reiches voll ausgenutzt worden sei, habe sich die Notwendigkeit ergeben, Schlesien stärker als zuvor zu berücksichtigen; da sei ein neuer Mangel zutage getreten, der Mangel an qualifizierten Arbeitern, und das sei der Grund gewesen, weshalb immer wieder auf die für die schlesische Wirtschaft bestimmten Aufträge verzichtet werden mußte.¹⁰² Eichborn schreibt: Infolge der Schwächung der schlesischen Wirtschaft sei in dem Augenblick, als sich die Konjunktur der dreißiger Jahre entwickelte, eine Situation entstanden, daß Schlesien "an dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands teilzunehmen beginnt, indem endlich auch Aufträge nach Schlesien gelegt werden, kommt es vor, daß sie abgelehnt werden müssen, weil es infolge der vorangegangenen Abwanderung an Fachkräften fehlt".¹⁰³

Daß Schlesien im Jahre 1933 von allen damaligen Ostprovinzen des Reiches die höchste Arbeitslosenquote aufwies, ist hinreichend bekannt. Doch war die Lage tatsächlich noch bedeutend schlimmer, weil die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft hier erheblich höher als im Westen Deutschlands lag. Im Zusammenhang damit wäre hier eine Aussage des Bundes Schlesischer Industrieller vom 15. Februar 1933 zu erwähnen, in der es heißt, daß eben deshalb "Schlesien mit seiner Mischung von Landwirtschaft und Industrie auf 1 000 Einwohner abgestellt, nicht die Arbeitslosigkeit aufweist wie sie in den ausgesprochenen Industriebezirken Sachsen und Westfalen zu finden ist".¹⁰⁴ Der Prozeß der Beseitigung der Arbeitslosigkeit verlief im übrigen in Schlesien besonders langsam, so daß sich der Unterschied zu den anderen Wirtschaftsgebieten Deutschlands noch zuungunsten Schlesiens vergrößerte.¹⁰⁵ Dieser Unterschied entwickelte sich schon früher - auch früher machte man darauf in einer Notiz im Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufmerksam; im Zusammenhang mit einer Denkschrift der Industrie- und Handelskammer der Provinz Oberschlesien (Mai 1934) wurde darauf hingewiesen, daß "der Rückgang der Arbeitssuchenden in Oberschlesien nur 50 Prozent des Rückganges der Ar-

102 Lucadou, Emil, a. a. O., S. 94 f.

103 Eichborn, Kurt, Einleitung zu den Vorträgen "Wissenschaft und Wirtschaft" im Kriegswinter 1940/41, in: Schlesien in der Zeitwende, Breslau 1941, S. 14.

104 DZA Potsdam, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Nr. 147, Bl. 99.

105 Schlesien - Volk und Raum in Zahlen, a. a. O., S. 4 f.; DZA Potsdam, Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 76, Bl. 206; Schmölders, Günther, a. a. O., S. 440.

beitslosigkeit im Reich beträgt. Es wird dies besonders darauf zurückgeführt, daß der Steinkohlenbergbau nach wie vor sehr gering beschäftigt ist."¹⁰⁶

Im übrigen vollzog sich der Rückgang der Erwerbslosigkeit nicht so sehr in der Weise, daß die schlesische Wirtschaft die Arbeitskräfte absorbierte, als vielmehr dank (oder richtiger: infolge) der Arbeitsvermittlung außerhalb Schlesiens.

Anfangs hat man übrigens diese Erscheinung begrüßt; man wußte im voraus - wie ein Bericht der Oppelner Industrie- und Handelskammer im Juli 1933 feststellte -, "daß die nunmehr im Reich einsetzende Konjunkturbelebung sich in Oberschlesien nicht auswirkt und die ober-schlesische Wirtschaft nicht mitreißen kann"¹⁰⁷, obwohl sich die schlesische Landwirtschaftskammer zum selben Zeitpunkt über einen Abfluß von Arbeitskräften nach Mittel- und Norddeutschland beklagte¹⁰⁸. Und trotzdem bezeichnete der Oberpräsident von Oberschlesien während einer Besprechung in Berlin am 24. April 1934 die Umsiedlung von Bergbau- oder anderen Industriearbeitern aus Oberschlesien als ein dringendes Problem und stellte fest, daß eine "völlige Beschäftigung dieser Arbeiter in ihren bisherigen Produktionsstätten vorläufig und auf absehbare Zeit nicht zu erwarten"¹⁰⁹ sei.

So sank in Schlesien von 1933 bis 1936 die Arbeitslosenzahl um 205 000, während die Beschäftigtenzahl gleichzeitig nur um 186 000 stieg; ähnlich fiel 1937 die Arbeitslosenzahl um 72 000, während die Beschäftigtenzahl um nur 63 000 wuchs. Erst im letzten Jahre vor dem Kriege beobachten wir eine umgekehrte Entwicklung, die Beschäftigung nahm jetzt nicht nur durch die Einstellung von 47 000 Arbeitslosen, sondern auch durch mehr als 10 000 Personen aus der Reserve der versteckten Arbeitslosigkeit zu.¹¹⁰ Die Zahl der Arbeitslosen, die damals tatsächlich Schlesien verließen, ist zweifellos höher, als aus den Zahlenangaben hervorgeht. Diese lassen die nicht registrierten Arbeitslosen außer acht, von denen sich ein Teil in dem Beschäftigtenzuwachs in Schlesien selbst verbirgt, während der andere Teil, der

106 DZA Potsdam, Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 76, Bl. 206.

107 Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Historische Abteilung II, Rep. 120, C IX 3 b, Nr. 19, Bd. 9, Bl. 262.

108 Ebenda, Rep. 87 B, Nr. 13718, Bl. 91.

109 Ebenda, Rep. 120, C IX 3 b, Nr. 19, Bd. 9, Bl. 351.

110 Vgl. die auf Grund zahlreicher Archivalien zusammengestellte Tabelle 23 bei Brożek, Andrzej, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 153.

sich unabhängig von den institutionalisierten Formen der staatlichen Vermittlung außerhalb Schlesiens Arbeit suchte, überhaupt nicht erfaßt ist.

Leider besitzen wir nur für einige Monate der Jahre 1937 und 1938 Zahlen unmittelbar über die Vermittlung zur Arbeit außerhalb Schlesiens. Das war schon das Ende der Etappe, in welcher die Vermittlung zur Arbeit außerhalb Schlesiens für die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Schlesien bedeutsam war. Dennoch wurden auch damals noch zur Arbeit außerhalb Schlesiens vermittelt¹¹¹:

aus der Provinz	1937	1938 (3 Quartale)
Oberschlesien	32 806	32 059
Niederschlesien	29 483	21 280

Trotz allem wurden zum Beispiel 1937 in den letzten vier Monaten vor dem winterlichen Anstieg der Saisonarbeitslosigkeit (Juli bis Oktober) bei einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 34 540 Personen 24 714 Personen, das sind 71,5 Prozent, zur Arbeit außerhalb Schlesiens vermittelt. Darüber waren die politischen Organe des faschistischen Deutschlands am Vorabend des Kriegsausbruchs besorgt, und das Reichsarbeitsministerium mußte im Juli 1939 beim Reichswirtschaftsministerium wegen der Widersprüche zwischen manchen Anordnungen anfragen. Die Arbeitsämter mußten die Arbeitsaufnahme außerhalb ihres Bezirkes genehmigen, wenn der dort erreichbare Lohn den gegenwärtigen Verdienst des Interessenten überstieg; diese Bestimmung war für Schlesien besonders schwerwiegend.¹¹² Der Konjunkturmechanismus spornte auch zur Nazizeit die Bevölkerung Schlesiens an, in verschiedene Richtungen abzuwandern.

Richtungen der Abwanderung aus Schlesien

Zur Jahrhundertwende war das Gros der Schlesier, die ihre Heimat verließen, nach Berlin und Brandenburg, in die Provinz Posen und nach Nordrhein-Westfalen gezogen. Ähnlich verhielt es sich unmittelbar vor

¹¹¹ APW, OPB, Nr. 316, Bl. 156.

¹¹² DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 10410, Bl. 398.

dem ersten Weltkrieg.¹¹³ Die Jahre 1933 bis 1939 brachten eine sehr wesentliche Veränderung der Abwanderungsrichtungen aus Schlesien mit sich. Das hing mit der Entwicklung der Industrie in Deutschland (besonders in Mitteldeutschland) zusammen, die einen gewaltigen Bedarf an Arbeitskräften hatte, und die Befriedigung dieses Bedarfs riß eine Bevölkerungslücke im Hinterland der Gebiete, die sich wirtschaftlich entwickelten. Westdeutschlands Rolle als Anziehungszentrum für Menschen aus Schlesien verringerte sich zugunsten Mitteldeutschlands. In dem Maße, wie Bevölkerungslücken entstanden, richtete sich die Abwanderung aus Schlesien besonders stark in diese entvölkerten Gebiete, in erster Linie Norddeutschland.

Für das oberschlesische Industriegebiet besitzen wir - dank der laufenden Registrierung der Abwanderung - eine zahlenmäßige Dokumentation dieser Richtungsänderung.¹¹⁴ Demnach betrug von 1932 bis 1936 der absolute Wanderungsverlust (das heißt Zahl der Abgewanderten minus Zahl der Zugewanderten einschließlich Saisonarbeiter) des oberschlesischen Industriereviers an außerschlesische Gebiete:

an Norddeutschland	5 612 Personen
an Mitteldeutschland	3 617 Personen
an Berlin	3 191 Personen
an Westdeutschland	1 173 Personen

Sie verließen das oberschlesische Industriegebiet endgültig. Etwas anders scheint der Verlust ganz Oberschlesiens ausgesehen zu haben. Wir besitzen darüber folgende Angaben für 1937¹¹⁵:

113 Vgl. dazu *Broesicke, Max*, Die Binnenwanderungen im preußischen Staate, in: Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Landesamtes, Jg. 1909, S. 38, 39 u. 42; *Keller, K.*, Umfang und Richtung der Wanderungen zwischen den preußischen Provinzen in den Jahren 1871 bis 1925, in: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, Jg. 1931, S. 273 ff.; *Rogmann, Heinz*, Die Bevölkerungsentwicklung Schlesiens von 1816 bis 1936, in: Das Schlesienbuch, Berlin 1936, S. 173; *derselbe*, Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten, Berlin 1937, passim.

114 *Die Wanderungsbewegung in Oberschlesien von 1910 bis 1933 und im oberschlesischen Industriegebiet von 1932 bis 1936*, in: Zahlen zur Lage im oberschlesischen Industriegebiet, Beuthen 1936, H. 3/4, S. 59; *Die Wanderungsbewegung in Oberschlesien im Jahre 1937*, in: ebenda, 1937, H. 1/4, S. 70, zusammengestellt in Tabelle 18 bei *Brożek, Andrzej*, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 116.

115 Ebenda.

Verlust ganz Oberschlesiens

an Mitteldeutschland	12 718 Personen
an Norddeutschland	6 912 Personen
an Berlin	3 931 Personen
an Süddeutschland	1 119 Personen
an Westdeutschland	1 140 Personen

Doch das Jahr 1938 brachte für diesen Bezirk eine Wende zu der 1932 bis 1936 im Industrieviertel sichtbaren Tendenz: Während der negative Wanderungssaldo Oberschlesiens gegenüber Mitteldeutschland auf 12 016 Personen sank, vergrößerte er sich gleichzeitig gegenüber Norddeutschland annähernd bis zur Höhe des Saldos gegenüber Mitteldeutschland auf 11 172 Personen. Darauf macht auch die Kommunale Interessengemeinschaft in Beuthen in ihrer Übersicht über die Wanderbewegung Schlesiens aufmerksam.¹¹⁶ Zwar betraf die Abwanderung nach Norddeutschland Saisonarbeiter (das Volumen der Wanderung betrug 53 008 Personen bei einem Minussaldo von 11 172), doch zeigt sich hier sehr deutlich die Tendenz, den Saison- in ständigen Aufenthalt umzuwandeln.

Da die Volkszählungen während der Nazizeit im Sommer (Juni 1933, Mai 1939) stattfanden, als die Struktur der Bevölkerung nach Geburtsorten durch die Saisonarbeiter belastet war, läßt sich leider schwer sagen, inwieweit diese Beobachtung für ganz Schlesien zutrifft. Hier scheint sich die Anziehungskraft des nahen, sich industriell entwickelnden mitteldeutschen Gebiets unmittelbar ausgewirkt zu haben. Leider besitzen wir vollständige Angaben erst aus dem Jahre 1939, welches zweifellos für die hier erörterte Wanderungsbewegung nicht als typisch gelten kann, da im September die polnisch-deutschen Grenzschranken brutal niedergerissen wurden. Aus diesen Angaben geht hervor, daß Schlesien am meisten Abwanderer an Mitteldeutschland, vor allem Sachsen, Thüringen, Braunschweig und teilweise Niedersachsen, verlor. Hier die entsprechenden Zahlen¹¹⁷:

Wanderungssaldo Schlesiens gegenüber den zentralen Gebieten	- 11 095
gegenüber Berlin	- 9 717
gegenüber den nördlichen und östlichen Gebieten	- 7 774
gegenüber den westlichen Gebieten	+ 587

¹¹⁶ APW, PVS, Nr. 949, Bl. 25.

¹¹⁷ APW, Regierung Breslau I, Nr. 120, Bl. 28.

Eine große Rolle spielte in jener Zeit auch die innerschlesische Wanderungsbewegung. Wenn diese auch in hohem Grade Saisoncharakter hatte, so betrug von 1932 bis 1936 der negative Saldo des oberschlesischen Industriegebietes gegenüber Niederschlesien doch 4 554 Personen, also mehr als gegenüber Norddeutschland.¹¹⁸

Die Angaben für ganz Oberschlesien für das Jahr 1937 bestätigen diese Tendenz.¹¹⁹

Betrachten wir diese Bewegung etwas näher. Die Wanderung der Bevölkerung der damaligen polnischen Wojewodschaft Śląsk nach dem in den Reichsgrenzen gebliebenen Teil Schlesiens setzte sich fort, ebenso der Zustrom von deutschen wie auch von polnischen Arbeitern, die im polnischen Teil Schlesiens keine Arbeit finden konnten. Am 29. September 1936 stellt der Landrat von Beuthen fest, daß die Zuwanderung aus Ost-Oberschlesien andauere und die Wirtschaftslage im Revier beeinflusse. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß es durch die jüngsten Maßnahmen zur Ablehnung von Repatrianten gelingen müsse, die Beschäftigungsmöglichkeiten für die eingesessene Bevölkerung zu verbessern.¹²⁰ Hierbei denkt er an das Gesetz vom 19. März 1936 "über die Entlastung der Fürsorgeverbände an der Grenze", das ihm erlaubte, Arbeitslose, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sofort anderen Provinzen zu überweisen. Weiterhin fordert der Landrat von Beuthen, das Pendeln von Arbeitern aus Polnisch-Oberschlesien einzuschränken.

Etwas anders liegen die Dinge anderthalb Jahre später. Anfang 1938 schreibt der Regierungspräsident von Oppeln, daß durch die Erfordernisse der Erhöhung des Verteidigungspotentials und die Aufgaben des Vierjahresplanes nicht nur Rohstoffe und Waren, sondern auch Menschen abgezogen würden. Die anhaltende starke Industrialisierung der zentralen Gebiete des Reiches müsse besonders dort, wo das Lohngefälle in Richtung Grenze zu steil sei, wie eine Pumpe wirken, die ständig Arbeitskräfte vom Dorf in die Stadt und aus den Grenzgebieten ins Zentrum des Reiches absauge. Im Industrierevier - so fährt der Regierungspräsident fort - müßten anstelle der fehlenden Bergleute und

118 *Die Wanderungsbewegung in Oberschlesien von 1910 bis 1933 und im oberschlesischen Industriegebiet von 1932 bis 1936*, a. a. O., S. 57 u. 59; *Brożek, Andrzej*, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 119, Tabelle 19.

119 *Die Wanderungsbewegung in Oberschlesien im Jahre 1937*, in: *Zahlen zur Lage im oberschlesischen Industriegebiet*, Beuthen 1937, H. 1/4, S. 68 u. 70; *Brożek, Andrzej*, Ostflucht na Śląsku, a. a. O., S. 120, Tabelle 20.

120 APW, OPB, Nr. 309, unpaginiert.

Facharbeiter ständig Arbeiter polnischer Staatsangehörigkeit eingestellt werden. Auch in der Kleinindustrie und in der Hauswirtschaft würden nicht wenige Arbeiter aus Polen beschäftigt. Zwar flösse der Verdienst der hier tätigen Arbeitskräfte in hohem Maße über die Grenze nach Polen ab, doch bringe dies den Vorteil mit sich, daß das deutsche Element jenseits der Grenze nicht geschwächt werde, sondern erhalten bleibe und so den Bedarf des deutschen Arbeitsmarktes ausgleichen könne.¹²¹ Dennoch sei die Abwanderung aus dem Grenzgebiet viel größer als die Zuwanderung.

In seinem Herbstbericht hebt derselbe Regierungspräsident einen anderen Aspekt dieser Reserve hervor: Das Wohnungsproblem werde nicht verschärft, wenn auch diese Leute sehr wünschten, ihre Familien mitzubringen.¹²² Die andauernde Abwanderung von Einwohnern Schlesiens nach dem Westen bewirke, daß Wohnungen frei würden. Der Regierungspräsident trägt die Konzeption vor, in dieser Situation den Zuwanderern aus Polnisch-Oberschlesien das Recht zuzugestehen, ihre Familien mitzubringen und in die freiwerdenden Wohnungen einzuziehen, gleichzeitig müsse man aber die Garantie schaffen, daß ihr Aufenthalt nicht nur eine Etappe vor der weiteren Wanderung von Schlesien nach dem Westen bilde. Dazu schlägt er vor, diesen Zuwanderern die Freiheit zum Wechsel ihres Aufenthaltsortes zu beschränken, so daß sie höchstens innerhalb des Regierungsbezirkes ihren Aufenthaltsort verlegen könnten.¹²³

Eine ähnliche Haltung nimmt der Polizeipräsident des ober-schlesischen Industriegebietes in Gleiwitz ein. Er macht aber darauf aufmerksam, daß der Transfer von zwei Dritteln des Verdienstes nach Polen die Zahlungsbilanz des Reiches schwer belaste. Die Zentralbehörden versuchten übrigens mit diesem Problem in der Weise fertig zu werden, daß sie Mädchen aus Polen, die im deutschen Teil Oberschlesiens in Haushalten beschäftigt waren, die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit ermöglichten, was diese daran hinderte, ihre ohnehin nur Pfennige ausmachenden Verdienste nach Polen zu transferieren!¹²⁴

Der ober-schlesische Polizeichef warnt jedoch: Wenn man die Industrie von Arbeitskräften, die im Rahmen des sogenannten kleinen Grenzverkehrs kommen, abhängig mache, so bedeute dies, den Einfluß des Wojewoden Grazynski auf die Kohlenproduktion im damaligen Deutsch-Ober-

121 Ebenda, Nr. 314, Bl. 244.

122 Ebenda, Nr. 316, Bl. 137.

123 Ebenda, Bl. 138.

124 Ebenda, Bl. 199.

schlesien zu vergrößern¹²⁵, abgesehen davon, daß unter anderem die Beamten des polnischen Grenzschutzes Schwierigkeiten bereiten und dadurch die Produktion hemmen könnten.

Von nicht geringer Bedeutung für die schlesische Landwirtschaft war die Möglichkeit, Saisonarbeiter aus Polen zu beschäftigen. Im Februar 1939 stellte der Präsident des Landesarbeitsamtes Schlesien fest, man habe die infolge Abwanderung einheimischer Saisonarbeiter in der schlesischen Landwirtschaft entstandenen Lücken in den Vorjahren durch die Beschäftigung polnischer Staatsbürger auffüllen können. Nun sei aber für 1939 die Einstellung von Saisonarbeitern aus Polen verboten worden. In dieser Situation solle man Saisonarbeiter aus Oberschlesien von der Beschäftigung außerhalb Schlesiens ausschließen und nur zur Arbeit in den schlesischen Regierungsbezirken zulassen. Der Präsident des Landesarbeitsamtes betont, man dürfe nicht gestatten, daß Agenten aus anderen Teilen Deutschlands in Oberschlesien Leute zur Arbeit außerhalb Schlesiens würben. Es ist bezeichnend, daß die Furcht vor derartiger Werbung in einem Verwaltungsbezirk herrschte, der selbst Arbeiter in der Industrie zu absorbieren vermochte und mit Arbeitskräftemangel sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft rang.¹²⁶

Für einen Teil der schlesischen Arbeiter, die nach dem Westen abwanderten, war Görlitz ein Durchgangspunkt. Der Landrat von Görlitz erklärte zwar im Dezember 1938, die Abwanderung nach Mittel- und Westdeutschland werde in seinem Kreise durch die Zuwanderung aus dem Sudetenland und der Provinz Schlesien kompensiert¹²⁷, doch der Oberbürgermeister von Görlitz hatte kurz zuvor in bezug auf den vorübergehenden Wanderungsgewinn seiner Stadt festgestellt, es handele sich um die Zuwanderung von Leuten aus anderen Ostgebieten und "dieser Zuzug wird sicherlich in diesem Jahre wieder an das mitteldeutsche und westdeutsche Wirtschaftsgebiet abgegeben werden."¹²⁸ In seinem Septemberbericht sagte der Oberbürgermeister dann direkt, "daß Görlitz nur Übergangsgebiet nach dem Westen ist ..."¹²⁹ Im übrigen ist uns bekannt, daß Görlitz einerseits oberschlesische Arbeiter beschäftigte und andererseits Arbeitskräfte an die benachbarte Provinz Brandenburg

125 Ebenda.

126 APW, Regierung Oppeln I, Nr. 8993, Bl. 19.

127 APW, OPB, Nr. 317, Bl. 141.

128 Ebenda, Nr. 315, Bl. 148.

129 Ebenda, Nr. 316, Bl. 124.

abgab.¹³⁰ Eine ähnliche Rolle hatte in früherer Zeit Breslau ge-
spielt.¹³¹

Wir haben also festgestellt, daß die viele Jahrzehnte hindurch an-
dauernde Ostflucht aus Schlesien, die nicht Landflucht, sondern
"Flucht aus der Landschaft" war, in der Zeit der faschistischen
Kriegsvorbereitung ihren Höhepunkt erreichte. Erst durch den Zu-
sammenbruch Hitlerdeutschlands und die Veränderungen auf der Land-
karte Europas hörte die Ostflucht auf, ein Problem der Gebiete öst-
lich von Oder und Neiße zu sein.

(Übersetzt von *Berthold Puchert*)

130 Ebenda, Nr. 312, Bl. 117.

131 *Auer, H. H.*, *Aktive und passive Verbundenheit der Stadt Breslau
mit der deutschen Volkswirtschaft*, Breslau 1928, S. 13.

Charakteristika der Berliner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik

untersucht an der wirtschaftspolitischen Konzeption des Berliner Oberbürgermeisters Gustav Böß (1921 bis 1929)

von Ruth Wimmer

Der Prozeß der "Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht, die der Sicherung hoher Profite für die Monopole, der Rettung der kapitalistischen Ordnung und der Vorbereitung von verbrecherischen Kriegen dient"¹, erfaßt auch den gewöhnlich unauffälligen Teil der Staatsmacht, die Gemeindeverwaltungen.

Die vorliegende Studie versucht, diesen Prozeß an einem Detail, der Konzeption des Oberbürgermeisters der deutschen Hauptstadt in den zwanziger Jahren, zu untersuchen. Zum Verständnis des Gewichtes dieses Details ist es notwendig, sich zunächst mit der Bildung einer einheitlichen Gemeindeverwaltung für Berlin und mit der Bedeutung Berlins als Wirtschaftszentrum zu beschäftigen.

Die Bildung der Gemeinde Groß-Berlin im Jahre 1920

Am 1. Oktober 1920 trat das von der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung am 27. April 1920 beschlossene Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin² in Kraft. Damit wurden die im Laufe von etwa fünfzig Jahren im Raum Berlin gewachsenen Siedlungen mit dem alten Berlin zur Viermillionenhauptstadt Deutschlands vereint. Für ein Gebiet höchster Konzentration der deutschen Wirtschaft wurde eine gemeinsame Kommunalverwaltung geschaffen.

1 *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, in: *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, Berlin 1964, S. 215 f.
2 Vgl. *Wölbling, Paul*, Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister, Berlin/Leipzig 1921 = Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze, Nr. 59.

Vor dem 1. Oktober 1920 umfaßte Berlin nur den Bereich der späteren sogenannten "alten" Bezirke Mitte (den Gutsbezirk Berlin-Schloß ausgenommen), Kreuzberg (im Gesetz vom 27. April 1920 noch Hallesches Tor), Friedrichshain (mit Ausnahme von Stralau), Prenzlauer Berg (im Gesetz noch Prenzlauer Tor), Wedding und Tiergarten. Seine Einwohnerzahl hatte sich von 1871 bis 1890 sprunghaft von 827 000 auf 1,581 Millionen vergrößert. Seit 1890 war sie immer langsamer gewachsen und schließlich wieder zurückgegangen (1900 = 1,892 Millionen, 1910 = 2,010 Millionen).³

Hauptstädtische Siedlung und hauptstädtische Wirtschaft waren über die Grenzen der zu eng gewordenen Stadt hinausgewachsen und hatten sich auf dem Territorium der umliegenden Städte und Gemeinden zum Teil stürmischer entfaltet. Das im Jahre 1920 mit Berlin vereinigte Gebiet zählte 1871 nur 105 000 Einwohner, 1890 bereits 379 000; dann schnellte seine Einwohnerzahl in die Höhe, betrug 1900 bereits 820 000 und verdoppelte sich im nächsten Jahrzehnt nochmals (1910 = 1,724 Millionen). 1919 wohnten in den sieben Städten (den Großstädten Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln - zuvor Rixdorf -, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Wilmersdorf, Spandau und Cöpenick), den 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken, die nun mit Berlin zusammengeschlossen wurden, 1,897 Millionen Menschen.⁴

Das stürmische Wachstum der Bevölkerungszahl im gesamten Berliner Raum seit den Gründerjahren spiegelt die Herausbildung jener städtischen Konzentration wider, deren Konstituierung zu einer Großgemeinde 1920 längst fällig war. Inzwischen gab es hier "Landgemeinden" in den Größenordnungen mittlerer Städte.⁵

Im Prozeß der Entwicklung der Nachbarstädte Berlins sowie großer Gemeinden im direkten Bereich der Hauptstadt entstand ein "wirtschaftlicher Komplex, der schon lange Zeit vor der Bildung der Stadtgemeinde in dem heutigen Umfange als 'Groß-Berlin' bezeichnet wurde."⁶

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es Bestrebungen, die Verwaltung im Berliner Raum zu reformieren. So hatte 1875 der damalige Berliner Oberbürgermeister Hobrecht vorgeschlagen, eine besondere Provinz Berlin zu schaffen. Nach 1900 ging erneut von der Stadt Berlin die In-

³ Vgl. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin*, 5. Jg. 1929, S. 5.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. ebenda, S. XV.

⁶ *Steffen, Friedrich Karl*, Das Berliner Stadtverfassungsrecht. Seine Entwicklung bis zur Gegenwart und seine geschichtlichen Grundlagen, Berlin 1936, S. 195.

itiative aus, eine Reform der Verwaltungsverhältnisse im Raum Berlin herbeizuführen. Der damalige Oberbürgermeister Kirschner (1898 bis 1912) wies in einem Bericht an den Minister des Innern eindringlich auf die aus der fehlenden Verwaltungseinheit resultierenden Mißstände hin: "Hier hat seit Jahrzehnten jede Gemeinde ihre eigene Verkehrs- politik ohne Rücksicht, nicht selten im Gegensatz zu den konkurrie- renden Nachbargemeinden getrieben, mit verschiedenen Erwerbsgesell- schaften unter verschiedenen Bedingungen und für verschiedene Zeiten Verträge abgeschlossen, welche jene Gesellschaften auf lange Zeit hin- aus berechtigten, die öffentlichen Straßen zum Zwecke des Erwerbs nach anderen Rücksichten als denen des allgemeinen Wohls zu benutzen und auf Grund deren sogar der Versuch gemacht worden ist, die Errichtung neuer notwendiger Verkehrsanlagen zu verhindern."⁷ Diese Zustände hemmten die Herausbildung eines einheitlichen, effektiven Verkehrsnet- zes.

Kirschner verwies auch auf die Übelstände im Bildungswesen, die sich aus der fehlenden Verwaltungseinheit ergaben. Am größten war die Ver- wirrung im Fortbildungsschulwesen: "Hinsichtlich der Pflichtfortbil- dungsschule muß es zunächst als eine Anomalie hervorgehoben werden, daß deren Einführung für die einzelnen Teile des namentlich im gewerb- lichen Leben eine wirtschaftliche Einheit bildenden Groß-Berlin von der Entschließung der einzelnen Gemeinden abhängt."⁸ Die "wirtschaft- liche Einheit" Groß-Berlin konnte sich nicht auf ein einheitliches Schulsystem stützen. Der Bildungsstand der Arbeitskräfte, die in den Produktionsprozeß der Berliner Wirtschaft eintraten, war uneinheit- lich, immer von der Ausbildungssituation in der jeweiligen Heimatge- meinde bestimmt.

In reichem Maße bot die Steuerpolitik der einzelnen Gemeinden im Ber- liner Raum Ansatzpunkte für die Kritik an der zersplitterten Verwal- tung Berlins. Die unterschiedliche Regelung der Erhebung von Gemein- deabgaben weist aber auch auf die von der Zersplitterung profitieren- den Kräfte hin. Praktisch wurden die verschiedenen Teile von Groß- Berlin "im umgekehrten Verhältnis zur Steuerkraft der Bevölkerung"⁹ zu den Gemeindeabgaben herangezogen. Gemeinden mit einem hohen Anteil an vermögender, also steuerkräftiger Bevölkerung konnten ihre Bewoh- ner relativ gering besteuern, die Gemeindeausgaben, vor allem die so- zialen Aufwendungen, waren hier geringer. Dagegen waren die Gemeinden

7 Bericht des Oberbürgermeisters Kirschner an den Minister des In- nern v. 3. 9. 1906, o. O., S. 13 f.

8 Ebenda, S. 23.

9 Ebenda, S. 25.

mit einem geringen Anteil an steuerkräftiger Bevölkerung gezwungen, den Steuersatz möglichst hoch zu halten, um die notwendigen Gemeindeausgaben bestreiten zu können. So betrug 1902/03 die Gemeindeeinkommensteuer in Grunewald 15 Prozent der vom preußischen Staat erhobenen Einkommensteuer, in Berlin dagegen 100 Prozent, in Reinickendorf 165 Prozent und in Britz 233 1/3 Prozent.¹⁰ Grunewald mit seinen relativ niedrigen Gemeindesteuern zog weitere steuerkräftige Bewohner in seine Grenzen.

Die in den Berliner Vororten, insbesondere in Grunewald, von der günstigen Steuerveranlagung profitierenden Kreise, vorwiegend Beamte, Junker, Offiziere, Pensionäre und Aktionäre, waren infolgedessen Gegner des Zusammenschlusses aller Berliner Gemeinden.

Für den größten Teil der Bevölkerung, für die Durchführung einer effektiven Verwaltungsarbeit auf kommunalem Gebiet, insbesondere aber für die Entwicklung der Wirtschaft war die Einheit Berlins jedoch dringend erforderlich. Die Vielzahl einzelner Gemeinden konnte die Ansprüche, die das gewaltige Wirtschaftsgebiet Berlin an die kommunale Verwaltung stellte, nicht mehr bewältigen. Nach der Jahrhundertwende stand deshalb vor den Berliner Oberbürgermeistern die zentrale Aufgabe, sich um die Durchsetzung einer einheitlichen Gemeindeverwaltung zu bemühen. Die beiden Vorgänger von Böß, Oberbürgermeister Kirschner und Oberbürgermeister Wermuth (1912 bis 1920), waren eifrige Förderer des Einheitsgedankens.

Besonders litt die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft, der Gas- und Wasserversorgungs- und der Verkehrsbetriebe unter der Zersplitterung. Eine Reihe von Nachbargemeinden Berlins unterhielten eigene - zum Teil größere, aber auch kleine und kleinste - Gas- und Wasserwerke¹¹, die manchmal jahrelange - zum Teil sogar ergebnislose - Verhandlungen führen mußten, um ein Gas- oder Wasserrohr durch das Gebiet einer fremden Gemeinde leiten zu dürfen.¹² Niedrige Tarife für den Bedarf der industriellen Großverbraucher, aber auch für die Versorgung der Bevölkerung konnten nur große zentral verwaltete Betriebe sichern, die nicht von Gemeindegrenzen und Sonderinteressen eingeschränkt und behindert wurden. Das war eine elementare Voraussetzung

10 Siehe ebenda, S. 24.

11 Vgl. *Wimmer, Ruth*, Die Wirtschaftspolitik des Berliner Magistrats unter der Amtsführung des Oberbürgermeisters Gustav Böß (1921 - 1929), Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1965, Kap. 3.

12 Vgl. *Poensgen, Oskar*, Paris, London und Groß-Berlin in ihren Verwaltungsorganisationen, in: Preußische Jahrbücher, hg. v. Hans Delbrück, 118. Jg. 1904, S. 405.

für die immer mehr fortschreitende Anwendung von elektrischem Strom in Industrie und Haushalt.

Die Bildung einer Großgemeinde stellte für Berlin ein objektives Erfordernis der sozialen und ökonomischen Entwicklung dar. Alle Bereiche des Lebens im Berliner Raum drängten zum Zusammenschluß. Dennoch bedurfte es, um dieses Ziel zu erreichen, eines zähen Kampfes, vor allem gegen die sich in den westlichen Vororten sammelnde Oberschicht des preußisch-wilhelminischen Obrigkeitsstaates, die aus den bestehenden Verhältnissen ihren Nutzen zog. Dazu kam eine traditionelle junkerliche Stadtfeindschaft und die Furcht vor den in Berlin zusammengeballten Arbeitermassen.

Als schließlich Schritte zur Behebung des kostspieligen Durcheinanders immer unvermeidlicher wurden, kam das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin zustande, das am 1. April 1912 in Kraft trat.¹³ Bei Licht betrachtet, war dieses Gesetz jedoch ein Versuch der einheitsfeindlichen Kräfte, die Einheit Berlins zu hintertreiben. Der Zweckverband schloß die Kreise Teltow und Osthavelland insgesamt und damit weite landwirtschaftliche Gebiete ein, die durchaus nicht unmittelbar Teile des Berliner Wirtschaftsraumes waren. Die Selbständigkeit der einzelnen Glieder des Verbandes blieb weitgehend erhalten, seinen Organen waren nur begrenzte Tätigkeitsbereiche zugewiesen.¹⁴ Die Zersplitterung des Personennahverkehrs, das Nebeneinander einer Vielzahl von Versorgungsbetrieben, die Unterschiedlichkeit der Tarife und Steuern, das Mißverhältnis zwischen den den Gemeinden zur Verfügung stehenden Bauflächen und ihren finanziellen Mitteln behinderten weiterhin die Entwicklung des Berliner Raumes auf allen Gebieten.

Erst während des Krieges wurden Regelungen durchgesetzt, die über den Rahmen des Zweckverbandes hinausgingen, bezeichnenderweise zuerst auf dem Gebiet der Beschaffung von Arbeitskräften. 1918 wurde der Ausschuß der Groß-Berliner Arbeitsnachweise geschaffen, in dem die Berliner Gemeinden ihre Vermittlungsstellen zu einer einheitlichen Verwaltung zusammenschlossen. Diese Maßnahme entsprach auch den Interessen der Arbeitssuchenden. Ursache und unmittelbarer Zweck des Zusam-

13 Vgl. *Brühl, Ludwig/Gordan, Kurt/Ledermann, Walter*, Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin v. 19. Juli 1911 nebst Abdruck des allgemeinen Zweckverbandsgesetzes mit Einleitung, ausführlicher Erläuterung und Sachregister, Berlin/Leipzig 1912 = Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze, Nr. 48.

14 Vgl. *Verband Groß-Berlin*. Stenographischer Bericht über die Sitzungen der Verbandsversammlung, 1912 - 1919.

menschlusses waren jedoch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft, nämlich der Arbeitskräftebedarf der Rüstungskonzerne.

Erst nach dem Ende des Krieges und der Novemberrevolution kam ein Gesetz zustande, das den Forderungen nach dem Zusammenschluß des Berliner Gebietes entsprach. Der Sturz der preußischen Monarchie, das Zurückdrängen junkerlicher Einflüsse zugunsten einer klaren Vorherrschaft der Monopolbourgeoisie, die kräftige Entwicklung staatsmonopolistischer Elemente in der Wirtschaft, der Übergang zur bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform, das stärkere Gewicht, das sich die werktätigen Massen erkämpft hatten - alle diese zum Teil widersprüchlichen Momente erleichterten das Zustandekommen des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27 April 1920¹⁵.

Der 1912 geschaffene Zweckverband wurde aufgelöst, alle seine Rechte gingen auf die neue Gemeinde Berlin über.

Das Gesetz beauftragte Oberbürgermeister und Magistrat des alten Berlins, ihre bisherigen Funktionen auf die neue Großgemeinde auszudehnen und gliederte das neue Berlin in zwanzig Verwaltungsbezirke mit einer gewissen Selbstverwaltung auf. Es widmete den Bezirken und ihren Beziehungen zum Magistrat breiten Raum. Man mag darin ein Zugeständnis an den Partikularismus der Städte und Gemeinden sehen - in der Praxis waren die Rechte der Bezirke jedoch wenig wirksam.¹⁶ Das Wesentliche der neuen Stadtgemeinde war die Einheit des Berliner Raumes.

Die Bildung der neuen Großgemeinde war insgesamt ein progressives Ereignis. Die Hemmnisse, die die Zersplitterung der Entwicklung der Produktivkräfte entgegengestellt hatte, waren beseitigt. Die einheitliche kommunale Spitze für das Berliner Wirtschaftsgebiet schuf günstige Voraussetzungen für die Großbetriebe, deren Ansprüche über die Grenzen der Einzelgemeinden hinausreichten, für die Schaffung eines einheitlichen Nahverkehrsnetzes sowie für die Entfaltung aller städtischen Unternehmen. Die Schaffung einer effektiven Elektrizitätsversorgung war dabei für die Entwicklung einer leistungsfähigen Wirtschaft von besonderer Bedeutung.

15 Retardierende Kräfte blieben allerdings weiterhin am Werk. Die Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen wie die der Monopolbetriebe im besonderen überdeckten aber schließlich alle Sonderinteressen.

16 Vgl. *Wölbliug, Paul*, a. a. O., S. 15; *Steffen, Friedrich Karl*, a. a. O., S. 197 u. 13.

Das Gesetz stärkte die Macht der Monopole. Ihnen kamen die Vorteile, die sich für die Wirtschaft ergaben, vorrangig zugute. Gleichzeitig verbesserte sich aber auch die Lage der Bevölkerung auf vielen Gebieten. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Nahverkehrsverhältnisse, die Vereinheitlichung des Volksbildungs- und Wohlfahrtswesens, rentable Versorgungsbetriebe mit relativ niedrigen Tarifen wirkten sich auch auf die Lage breiter Bevölkerungsschichten positiv aus.

Berlin als Wirtschaftsfaktor in den zwanziger Jahren

Mit der Bildung der Großgemeinde Berlin wurde die deutsche Hauptstadt hinsichtlich der Einwohnerzahl zur drittgrößten Stadt der Welt, zur zweitgrößten hinsichtlich ihres Territoriums. An keinem anderen Ort im Deutschen Reich ballten sich Produktion, Handel, Verkehr und Finanzwesen wie hier. Nur das Industriegebiet an Rhein und Ruhr kannte ähnliche Größenordnungen.

Als Grundlage zur Bestimmung der ökonomischen Maßstäbe, um die es sich in Berlin handelte, bieten sich vor allem die Ergebnisse der Betriebszählung an, die gerade in der Mitte des hier interessierenden Zeitraumes, am 16. Juni 1925 stattfand. Diese Zählung gibt zwar nur ein Momentbild der Berliner Wirtschaft, das aber ausreicht, um eine einigermaßen zutreffende Vorstellung über die Gebiete der Wirtschaftstätigkeit zu gewinnen, die in Berlin eine Rolle spielten.

1925 wurden in Berlin 297 771 gewerbliche Niederlassungen gezählt. Hinsichtlich ihrer Größe ergeben sich die in Tabelle 1 gezeigten Verhältnisse:

T a b e l l e 1

Gewerbliche Betriebe in Berlin nach Größenklassen⁺

Größenklasse der Betriebe (nach Anzahl der Beschäftigten)	Anzahl der Betriebe	Anteil an der Gesamtzahl der gewerblichen Niederlassungen in %
Alleinbetriebe	148 257	49,79
Betriebe bis zu 5 Personen	113 832	38,23
Betriebe mit 6 - 50 Personen	31 979	10,74
Betriebe mit 51 - 500 Personen	3 390	1,14
Betriebe mit mehr als 500 Personen	313	0,10

⁺ *Volks-, Berufs- und Betriebszählung* v. 16. Juni 1925, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 415, Berlin 1929.

Die Verteilung der 1 770 140 in diesen gewerblichen Niederlassungen beschäftigten Personen auf die einzelnen Größenklassen der Betriebe, der Anteil der Größenklassen an der Gesamtzahl der beschäftigten Personen und die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Niederlassungen in der jeweiligen Größenklasse geht aus den Zahlen der Tabelle 2 hervor:

T a b e l l e 2

Die in den Berliner Betrieben beschäftigten Personen nach Größenklassen der Betriebe⁺

Größenklasse der Betriebe (nach Anzahl der Beschäftigten)	Beschäftigte insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %	Zahl der Beschäftigten je Betrieb
Alleinbetriebe	148 257	8,38	1,0
Betriebe bis zu 5 Personen	294 704	16,65	2,6

⁺ *Volks-, Berufs- und Betriebszählung* v. 16. Juni 1925, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 415, Berlin 1929.

Größenklasse der Betriebe (nach Anzahl der Beschäftigten)	Beschäftigte insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %	Zahl der Beschäftigten je Betrieb
Betriebe mit 6 - 50 Personen	430 801	24,34	13,4
Betriebe mit 51 - 500 Personen	428 946	24,23	126,9
Betriebe mit mehr als 500 Personen	467 432	26,40	1 492,1

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Konzentration in Berlin zeigt auch ein Vergleich mit den entsprechenden Angaben für das gesamte Reichsgebiet (siehe Tabelle 3). Der Anteil der in Großbetrieben Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag in Berlin noch höher als im Reichsdurchschnitt.

T a b e l l e 3

Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Betriebe und an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Deutschen Reich nach Größenklassen⁺

Größenklasse der Betriebe (nach Anzahl der Beschäftigten)	Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Betriebe in %	Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %
Alleinbetriebe	11,06	11,06
Betriebe bis zu 5 Personen	6,44	7,33
Betriebe mit 6 - 50 Personen	9,49	9,49
Betriebe mit 51 - 500 Personen	8,41	8,38
Betriebe mit mehr als 500 Personen	10,76	12,53
Betriebe aller Größenklassen	8,53	9,44

⁺ *Volks-, Berufs- und Betriebszählung* v. 16. Juni 1925, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 415, Berlin 1929; ebenda, Bd. 413, Berlin 1929.

Tabelle 4

Die wichtigsten Gewerbegruppen in Berlin (unter Berücksichtigung des Konzentrationsgrades)⁺

Gewerbegruppe	Gesamtzahl der Betriebe	der Be- schäftigten	Großbetriebe		mit mehr als 500 Personen	
			mit 51 - 500 Personen Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten
Elektrotechnische In- dustrie, Fein- mechanik und Optik	5 161	200 949	187	27 362	52	152 470
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	2 871	107 686	266	35 872	37	52 467
Baugewerbe (ein- schließlich der Bau- nebgewerbe)	12 525	110 817	282	36 755	21	25 772
Papierindustrie und Vervielfältigungs- gewerbe	3 746	75 936	248	31 832	13	21 798
Bekleidungs-gewerbe	79 297	203 495	326	36 966	8	5 840
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie	11 761	88 193	137	18 575	17	15 960

⁺ Volks-, Berufs- und Betriebszählung v. 16. Juni 1925, in: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 415, Berlin 1929; ebenda, Bd. 413, Berlin 1929.

Gewerbegruppe	Gesamtzahl		Großbetriebe		mit mehr als 500 Personen	
	der Betriebe	der Beschäftigten	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	7 150	65 290	190	22 869	6	5 872
Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	17	17 649	7	1 181	7	16 352
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8 495	59 778	174	17 674	2	2 064
Chemische Industrie	876	25 047	71	10 052	7	7 838
Textilindustrie	2 773	19 292	46	4 716	5	5 992
Industrie und Handwerk insgesamt (alle Gewerbe- gruppen)	138 295	1 033 346	2 151	271 638	190	323 884
Handel und Verkehr insgesamt	150 067	673 628	1 069	136 193	113	135 968

Obwohl die Tabelle 3 nichts über die Konzentration des Kapitals aussagt, spiegelt sie doch den fortgeschrittenen Grad der Konzentration der Produktion in der Berliner Industrie wider. Der hohe Anteil an den Alleinbetrieben ergibt sich vor allem aus der Struktur der Berliner Konfektionsindustrie, die sich auf ein System organisierter Alleinbetriebe stützte.

Einen Überblick über die Struktur der Berliner Industrie (einschließlich des Handwerks) vermittelt die Tabelle 4. Sie gibt als wichtigste Kennziffern die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten in dem jeweiligen Gewerbebezirk sowie die Anzahl der Großbetriebe und der in ihnen Beschäftigten wieder.

An erster Stelle stand in der Berliner Industrie die elektrotechnische Industrie. Siemens und die AEG hatten hier ihren Sitz. Ihre Werke prägten das Gesicht ganzer Stadtteile. Ein Neuntel aller Arbeiter Berlins und mehr als ein Fünftel aller Berliner Angestellten wurden in den Betrieben der Elektrotechnik ausgebeutet (insgesamt 200 849 Beschäftigte). In diesem Industriezweig dominierten die Großbetriebe. Ihre durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 877 lag um das Dreieinhalbfache über der Durchschnittsgröße aller gewerblichen Großbetriebe in Berlin.

Eine relativ hohe Anzahl an Beschäftigten wiesen auch der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau auf (107 686 Beschäftigte). Neben diesen beiden Industriezweigen gab es in Berlin weitere bedeutende Zweige, insbesondere die Konsumgüterindustrie. Das Bekleidungs-gewerbe zählte 203 495 Beschäftigte, also noch mehr als die elektrotechnische Industrie, wobei hier aber Klein- und Alleinbetriebe bei weitem dominierten.

Die Großgemeinde Berlin war jedoch nicht nur Industriegebiet ersten Ranges, sie war zugleich der größte Handelsplatz des Kontinents. Der Bedarf der Berliner Industrien und der Millionenbevölkerung lenkte gewaltige Warenströme nach Berlin.

Ein ausgedehntes Verbindungsnetz war entstanden. Eisenbahnhauptlinien verbanden Berlin mit dem sächsisch-thüringischen Industriegebiet, mit Süd- und Südwestdeutschland, mit Westfalen und dem Industriegebiet am Rhein, mit Hamburg, Stettin und Schlesien. Der Berliner Fernbahnverkehr war weit stärker als der der übrigen leistungsfähigen Bahnknotenpunkte, wie Leipzig, Köln, Frankfurt am Main oder Hamburg.

Auch als Knotenpunkt der Binnenschifffahrt spielte Berlin eine hervorragende Rolle. Hinsichtlich des Umfanges seiner Hafenanlagen und seit 1925 auch hinsichtlich der umgeschlagenen Warenmenge rangierte Berlin in Deutschland hinter Duisburg-Ruhrort an zweiter Stelle.¹⁷

Berlin nahm auch in dem sich erst entwickelnden Luftverkehr rasch einen führenden Platz ein und war Mittelpunkt eines der größten Telegrafien- und Fernsprechnetze der Welt.

Außer seiner Stellung als Stadt der deutschen Elektrokonzerne war Berlins führende Rolle in der deutschen Wirtschaft aber vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es als Sitz der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Darmstädter Bank und der Nationalbank die Zentrale des deutschen Finanzkapitals war. Daneben bestimmten auch große Banken wie Mendelsohn, Bleichröder, Warschauer, Schickler, die Commerz- und Privatbank oder die Berliner Handelsgesellschaft den Charakter der Stadt mit. Berlin war weiter Sitz der führenden Hypotheken- und Agrarbanken; die deutsche Länderbank ließ sich hier nieder, und schließlich entstanden in den zwanziger Jahren die reichseigene Reichskreditgesellschaft, die der Reichsbahn gehörende Verkehrskreditbank sowie die Spitze der Kommunalbanken und Girozentralen.¹⁸ Insgesamt saßen in Berlin nicht weniger als 3 200 Bankniederlassungen mit 55 000 Beschäftigten.

Berlin war als Zentrale des deutschen Kapitalismus auch dadurch ausgewiesen, daß es Sitz zahlreicher Hauptverwaltungen von Konzernen und Interessengemeinschaften war und daß hier ein Großteil aller kapitalistischen Gesellschaften ihren Sitz hatte. Die Stadt besaß hohe Anziehungskraft für kapitalistische Unternehmen. Seit 1926 (das heißt nach dem Verschwinden der nicht lebensfähigen Inflationsgründungen) gab es in Berlin mit nur geringen Schwankungen zirka 3 000 Aktiengesellschaften. Berlins Anteil an der Gesamtzahl der Aktiengesellschaften betrug etwa ein Viertel, am Aktienkapital in der elektrotechnischen und feinmechanisch-optischen Industrie 61,7 Prozent, im Gastwirtschafts- und Vergnügungsgewerbe 49,6 Prozent und im Handel einschließlich Banken 43,1 Prozent.¹⁹ Die deutschen Gesellschaften mit beschränkter Haftung waren zu etwa einem Drittel in Berlin angesiedelt.

17 Vgl. *Bonnet*, Berlin im Schiffsgüterverkehr der deutschen Binnenhäfen 1928, in: Berliner Wirtschaftsberichte 1929, S. 143 f.

18 Vgl. hierzu *Darmstädter-Helversen*, F., Berlins Entwicklung zum Zentrum des deutschen Kapital- und Geldmarktes, in: Berlin in der Weltwirtschaft, Berlin o. J., S. 51 - 53.

19 Vgl. *Ku[rten]*, Aktiengesellschaften in Berlin nach Gewerbegruppen 1928, in: Berliner Wirtschaftsberichte 1929, S. 278.

Das Bild von Berlin als bedeutendem Wirtschaftsgebiet wäre unvollständig, wollte man die Stadtverwaltung selbst vergessen. Sie beschäftigte 23 000 Beamte und Angestellte, 6 100 kaufmännische Hilfskräfte und 18 000 Arbeiter, außerdem die Beschäftigten der städtischen Erwerbsgesellschaften. Sie war aber vor allem im finanziellen Bereich eine Einheit erster Größe. Das Bruttovermögen der Stadt belief sich Ende 1928 auf mehr als 2,4 Milliarden RM. Der städtische Haushalt bilanzierte 1925 bei 600 Millionen RM, 1928 bei 1 115 Millionen RM.²⁰

Die Viermillionenstadt stellte somit einen beachtlichen Markt dar. Diese Zusammenballung der Industrie in Berlin gab der Kommunalverwaltung hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung ein besonderes Gewicht. Vorrangig war für die Großbetriebe die Sicherung von Arbeitskräften, ein Problem, auf dessen Lösung infolgedessen auch verschiedene Seiten der Kommunalpolitik einwirkten.

Die Rolle der Gemeinden als Teil des kapitalistischen Staatsapparats
Die Gemeindeverwaltungen sind ein Teil des Staatsapparats, doch nehmen sie die Funktion der Unterdrückung im wesentlichen nicht direkt wahr. Die bewaffneten Organe, die Gerichte usw. sind dem Reich und den Ländern vorbehalten. Die Gemeindeverfassungen kehren die kommunale Selbstverwaltung hervor, wodurch die Tatsache verschleiert wird, daß auch die Gemeindeverwaltungen Glied des gesamten imperialistischen Staatsapparats sind.

1926 schrieb Koenen: "Die scharfe Trennung, die im Zeichen der Demokratie zwischen der Gemeindeverwaltung und dem polizeilich-militärischen Exekutivapparat des Staates durchgeführt wurde, hat den Charakter der Kommunen in der kapitalistischen Gesellschaft stark verwischt. Sie verfügen nur noch über *einen Teil des Staatsapparats*, die bürokratische Verwaltung. Ihnen fehlt der andere Teil, die militärische Gewalt, völlig. Die Kommune erscheint deshalb in den Augen der breiten Massen nicht so ohne weiteres als ein Organ der Unterdrückung, sie gilt nur als Verwalterin. Und weil bei den Kommunen der politische Gewaltapparat nicht so kraß in Erscheinung tritt, gelingt es ihnen leichter, eine Verschleierung der Klassengegensätze herbeizuführen. Wenn schon die demokratische Republik nach Lenin 'die beste Umhüllung des Kapitalismus ist', so ist die *sogenannte kommunale Selbstverwaltung im Rahmen dieser demokratischen Republik ein besonders wirk-*

20 Vgl. Mohrus, Oskar, Berlin im Spiegel der Statistik, in: Werner-Rades, Berlin in der Weltwirtschaft, Berlin 1929, S. 73 - 76.

sames Mittel zur Verschleierung der sich verschärfenden kapitalistischen Ausbeutung und der sich zuspitzenden Klassengegensätze."21

Infolgedessen sind die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, ihre Wirtschafts- und Verkehrspolitik sowie andere Seiten der Kommunalpolitik, die sich in Wahrheit in die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus einfügen, oft recht gut als "im Interesse des Gemeinwohls" liegend, als "gemeinnützig" getarnt. In der Zeit der parlamentarischen Republik von Weimar mag das sogar die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus betont haben.

Andererseits bot die Eigenart der Kommunalverfassung tatsächlich demokratischen Kräften gewisse Möglichkeiten, Einfluß auf die Verwaltung der Gemeinden zu nehmen. Die Nähe der Gemeindeverwaltung zur Bevölkerung hatte zur Folge, daß die Gemeinden - selbstverständlich immer abhängig von der jeweiligen politischen Situation, insbesondere von der Stärke der demokratischen Kräfte - durch echte öffentliche Interessen in bestimmtem Umfang gegenüber den kapitalistischen Wirtschaftskreisen ein Eigengewicht erhielten.

Obwohl sich Groß-Berlin als Gemeinde verfassungsrechtlich von anderen Gemeinden im Lande Preußen wenig unterschied, hoben es doch seine einzigartige Größe, seine Rolle als Hauptstadt des Deutschen Reiches sowie als Zentrum des deutschen Finanzkapitals aus der Reihe der anderen Gemeinden hervor. Der Stadtverwaltung Berlin standen Partner gegenüber, die zur ersten Garnitur des deutschen Monopolkapitals zählten. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinde Berlin bezog sich auf die Bedürfnisse eines der hervorragendsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands.

Die Wahl von Böß zum Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin Die außerordentliche Bedeutung, die der 1920 geschaffenen Großgemeinde im politischen und wirtschaftlichen Leben ganz Deutschlands zukam, veränderte und erhöhte auch die Rolle des Berliner Stadtoberhauptes außerordentlich. Das Gesetz über die Bildung der Einheitsgemeinde hatte den Oberbürgermeister des alten Berlins mit der Übernahme der Geschäfte des Oberbürgermeisters der neuen Riesenstadt beauftragt. Wenige Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes war der seit 1912 amtierende Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth von der Stadtverord-

21 Koenen, Wilhelm, Grundsätzliches zur Kommunalpolitik der KPD, in: Die Internationale, H. 4/1926, S. 110 (Hervorhebung im Original).

netenversammlung als erstes Oberhaupt des Magistrats der neuen Stadt Groß-Berlin bestätigt worden. Wermuth hatte sich aber während des Krieges und in der Nachkriegszeit auf eine gewisse Reformpolitik orientiert und mit der SPD sowie der USPD zusammengearbeitet. Das entsprach im Herbst 1920 nicht mehr dem politischen Kräfteverhältnis. Besonders verübelte man ihm seine loyale Haltung gegenüber den streikenden Arbeitern der städtischen Elektrizitätswerke.²² So wurde er, "der von links her regieren zu können hoffte ... deshalb von rechts her abgesägt."²³ Zwei Monate nach seiner Bestätigung als Oberbürgermeister der neuen Großgemeinde wurde er gestürzt. Nicht unbeteiligt an seinem Sturz war der Stadtkämmerer Gustav Böß, gleichzeitig hoffnungsvoller Anwärter auf die Funktion des Oberbürgermeisters. Böß war der Repräsentant der verhältnismäßig kleinen Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei und genoß die entscheidende Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Kandidaten der USPD, den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl (der später wieder zur sozialdemokratischen Fraktion gehörte).

Gustav Böß war seit zehn Jahren im kommunalen Dienst. 1910 war er als Stadtrat für das Verkehrsdezernat von Berlin-Schöneberg berufen worden, und seit 1912 war er Stadtkämmerer von Berlin. Diese beiden Dezernate waren geeignet, eingehende Kenntnisse auf den Gebieten der Kommunalpolitik der Gemeinde Berlin zu erhalten, die für die Entwicklung der Großgemeinde allgemein und für die führenden Kräfte der Berliner Wirtschaft im besonderen von großem Nutzen waren. In der Öffentlichkeit wurde Böß laut als Fachmann gepriesen, als der Retter aus der Not der brennenden Finanz- und Verkehrsprobleme der Stadt. Diese Probleme waren eng verbunden mit den Interessen der Berliner Monopolbetriebe. Einer echten demokratischen, gegen die Interessen der in Berlin herrschenden Monopole gerichteten Politik war er unverdächtig.

In der Stadtverordnetenversammlung war die Haltung der bürgerlichen Kräfte zu seiner Wahl nicht einmütig. Auch hier spiegelten sich die zwei Linien der beiden Hauptgruppen des deutschen Monopolkapitals wider: eine Linie - die in diesem Moment vorherrschte und deren Repräsentant Böß war - der Zurückdrängung der revolutionären Kräfte durch

22 Wermuth soll Repressalien gegen die Arbeiter abgelehnt haben. - Vgl. dazu *Kaerber, Ernst*, Die Oberbürgermeister Berlins seit der Steinschen Städteordnung, in: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins, 1953, S. 94.

23 *Hegemann, Werner*, Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt, Berlin 1930, S. 459.

die Konzentrierung der bürgerlichen Kräfte unter demokratischem Mäntelchen, eine andere mit offen antidemokratischen Tendenzen.

Die Zentrumszeitung "Germania" wies am Vortage der Wahl auf die Klassenkräfte hin, die Böß' Wahl zum Oberbürgermeister bestimmten; "Wird Dr. Weyl ... gewählt, so werden die Großbanken der Stadt keinen neuen Kredit mehr gewähren und die bisherigen Kredite sofort kündigen. Die Folgen würden unabsehbar und katastrophal sein."²⁴

Am 20. Januar 1921 wählten 109 von 225 Abgeordneten der Berliner Stadtverordnetenversammlung Gustav Böß zum Oberhaupt des Berliner Magistrats.²⁵

Böß übernahm seine Funktion, als das Gebiet höchster Kapitalkonzentration in Deutschland bereits durch eine einheitliche kommunale Verwaltung zusammengeschlossen war. Die Voraussetzung für eine effektive Kommunalpolitik, für die Schaffung eines einheitlichen Nahverkehrsnetzes und für die einheitliche rationelle Organisation der Energie- und Wasserversorgung war geschaffen.

In der 7. Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 10. Februar 1921 führte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin den neuen Oberbürgermeister der deutschen Hauptstadt in sein Amt ein: "Gerade in unserer Zeit der wirtschaftlichen Not geben Ihre reichen Kenntnisse auf dem Gebiet der städtischen Finanzen und der kommunalen Wirtschaft und Ihre kraftvolle Festigkeit in der Durchführung finanztechnischer und wirtschaftlicher Grundsätze die hoffnungsvolle Gewähr, daß die Leitung der Geschäfte auf einen wirklichen Wiederaufbau gerichtet sein wird."²⁶

Allgemeine Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption des Oberbürgermeisters Gustav Böß

Gustav Böß hielt nie mit der Konzeption hinter dem Berge, die er seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister zugrunde legte. Eine Reihe seiner Publikationen dienten ausdrücklich dem Zweck, diese Konzeption darzulegen.²⁷

24 *Germania*, Nr. 29, Morgenausgabe v. 19. 1. 1921.

25 Vgl. hierzu *Wimmer, Ruth*, a. a. O., Kap. 2.

26 *Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin*, Sitzung v. 10. 2. 1921, Sp. 342.

27 Vgl. *Böß, Gustav*, Berlin als Wirtschaftsgebiet, in: *Der Tag. Wirtschafts-rundschau* in Beiträgen und Monographien, Ausgabe "Berlin", H. 2/1926, S. 1 f.; *derselbe*, Lebensnotwendigkeiten Berlins, ihre

In einem Vortrag machte er eine grundsätzliche Bemerkung über die Konzeption, die er von Anbeginn seiner kommunalen Tätigkeit zugrunde gelegt hatte: "Ich habe niemals meine Aufgabe in der Berliner Verwaltung so aufgefaßt, als ob es sich nur darum handele, Reichs- und Landesgesetze und örtliche Gesetze zur Durchführung zu bringen, eine Verwaltung zu organisieren und zu führen. Ich bin schon im Jahre 1912, als ich Stadtkämmerer von Berlin wurde, von der Meinung durchdrungen gewesen, daß ein Erstes in der Berliner Verwaltung sein muß: die Förderung der Wirtschaft ..."²⁸ Zweifellos eine Bemerkung, die zeigt, daß Böß kein beschränkter Beamter war, der über sein durch Gesetze und Verordnungen abgestecktes Ressort nicht hinaussehen konnte. Die Blickrichtung auf die wirtschaftliche Aufgabenstellung prädestinierte ihn für eine wirtschaftspolitisch erstrangige Funktion, wie es die des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin war. Böß sah die Rolle der Gemeindeverwaltung nicht als einfache Dienerin, sondern erkannte das Aufeinanderangewiesensein von Wirtschaft und Verwaltung und die Notwendigkeit ihrer engen Verschmelzung.

Böß war stets bestrebt, den führenden Vertretern der Berliner Wirtschaft die über den Rahmen der Gemeindeverwaltung hinausgehende Rolle aller kommunalen Institutionen sowie der Betriebe zu zeigen oder - nicht ohne demagogische Phrasen - ihren allgemeinen Nutzen zu betonen. "Es ist schließlich der Hauptsinn öffentlich-wirtschaftlicher Unternehmungen und auch städtischer Anstalten, daß sie für die Bürger etwas leisten."²⁹ Böß sprach gern vom Nutzen für "die Bürger" - noch lieber vom Nutzen für "die Wirtschaft". Diese bescheidenen Formulierungen besagen jedoch nicht, daß er dabei an die Bürger seiner Stadt im allgemeinen und umfassenden Sinne dachte. Er hatte die Unternehmer - und auch hier nicht schlechthin diese, sondern das Monopolkapital - im Auge; denn Böß wußte, wer in "der Wirtschaft" den Ton angab: "Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands drängt auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft ... das vorherrschende Merkmal ist eine fortschreitende wirtschaftliche Konzentration: Bildung von Kartellen, Trusts, Interessengemeinschaften, Fusionen, Umschichtungen in den Machtverhältnissen der Aktiengesellschaften. Die kleinen und

staatspolitische und wirtschaftliche Bedeutung (im folgenden: Lebensnotwendigkeiten Berlins), in: Berliner Wirtschaftsberichte 1927, S. 368; *derselbe*, Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik, Berlin o. J.; *derselbe*, Die Verwaltungsgemeinde Berlin und ihre Aufgaben, in: Die deutschen Städte. Ihre Arbeit von 1918 bis 1928, Berlin 1928; *derselbe*, Berlin in der Weltwirtschaft, in: Berliner Wirtschaftsberichte 1929, S. 153 - 160.

28 *Derselbe*, Berlin in der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 153.

29 *Derselbe*, Lebensnotwendigkeiten Berlins, a. a. O., S. 368.

mittleren bestehen auf manchen Wirtschaftsgebieten zwar fort. Sie werden aber durch das Aufkommen starker Kapitalkräfte mehr oder weniger beeinflußt und mittelbar in Abhängigkeit gebracht.

Nicht zuletzt diese Umschichtung in der Wirtschaftsordnung hat Berlin zur Zentrale der deutschen Wirtschaft gemacht."³⁰

Auf diese "starken Kapitalkräfte" orientierte sich Böß. Ihnen ordnete er die Politik des Berliner Magistrats unter.

Ein Arbeitsgebiet, dem sich die Berliner Kommunalverwaltung vorrangig zu widmen hatte, war die Pflege des Arbeitskräftemarktes für die Berliner Wirtschaft. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Berlin, Förderung einer den Arbeitsmarkt günstig beeinflussenden Siedlungspolitik, Sicherung eines einheitlichen Schulwesens, eines einheitlichen Sozialwesens waren bei der Sicherung qualitativ geeigneter Arbeitskräfte für die Berliner Monopolbetriebe entscheidende Aufgaben. "Berlins Wirtschaft beruht in erster Linie auf seinem Menschenreichtum."³¹ Böß begrüßte deshalb immer wieder den starken Zustrom von Arbeitskräften nach Berlin. Trotz des Wohnungselends der Großstadt wandte er sich gegen jeden Gedanken einer Zuzugsbegrenzung.³²

Nicht allein in der Bereitstellung ausreichender und geeigneter Arbeitskräfte sah er seine Aufgabe, er sorgte sich auch um ihre maximale Ausnutzung: "Die deutsche Wirtschaft beschäftigt nach dem Kriege trotz ungefähr zur Zeit gleicher Konjunkturverhältnisse 4 Millionen Menschen mehr als vor dem Kriege. Da eine Vermehrung der Produktion und des Absatzes bisher nicht festzustellen ist, kann die Ursache nur in einer geringeren Ergiebigkeit der Produktion gesehen werden."³³ Dieser Gedanke beschäftigte ihn bereits 1921, als er - den kommunalen Bereich betreffend - forderte, "daß Beamte, Angestellte und Arbeiter wieder leisten, was sie vor dem Kriege geleistet haben."³⁴

So sah Böß den Sinn der kommunalen Sozialpolitik (im weiten Sinne) im zielgerichteten Einsatz der kommunalen Mittel zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Politik einen demokratischen Anstrich zu geben, Nebenerscheinungen als das Wesen

30 *Derselbe*, Berlin in der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 158.

31 *Ebenda*, S. 154.

32 Vgl. *ebenda*.

33 *Derselbe*, Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik, a. a. O., S. 6.

34 *Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin*, Sitzung v. 1. 3. 1921, Sp. 491.

der Sache darzustellen, fiel Böß nicht schwer: "Die Vernunft und die Besorgnis vor dem, was aus dem aufgeregten Volk kommen könnte, waren der Anlaß für die Sozialpolitik und die sozialen Gesetze von einst. Im neuen deutschen Reiche, in der deutschen Republik, sind es die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und der Freiheitswille, die eine Sozialpolitik geschaffen haben, die weit über das hinausgeht, was jemals vor dem Kriege versucht worden ist."³⁵ So wollte er glauben machen, daß es nicht die Novemberrevolution, nicht die Kämpfe der Arbeiterklasse waren, die dem Monopolkapital einige soziale Rechte für die Werktätigen abtrotzten, sondern die plötzlich erwachte Menschlichkeit und der Gerechtigkeitssinn der herrschenden Klasse.

Böß erwies sich jedoch nicht nur als nüchterner Wirtschaftler. Er kannte durchaus die politischen Aspekte seiner Konzeption und wußte sehr wohl, daß seine Bemühungen um bessere Verkehrsbedingungen, um den Wohnungsbau, um Sport- und Spielplätze auch im reformistischen Sinne zur Beruhigung der Ausgebeuteten dienten. "Die Hunderttausende, die heute keine Arbeit finden, und die nach Arbeit und Brot für sich und ihre Familien schreien, werden stets eine politische und kulturelle Gefahr für den Staat und die Gesamtheit des deutschen Volkes sein."³⁶ Und Böß stellte kommunale Mittel zur Verfügung, um politische Konflikte zu vermeiden. Er warnte die Unternehmer vor einer ungeschickten Hervorkehrung des Profitstrebens: "Der Arbeitnehmer, der vom Arbeitgeber nur als Instrument, als Handwerkszeug betrachtet wird, von dem der Arbeitgeber meint, ihn aufs äußerste in seinem Privatinteresse ausnutzen zu müssen, dieser Arbeitnehmer wird in seiner Denkungsweise naturgemäß so eingestellt sein, daß er den Kampf sucht ... *der krasse Arbeitgeberstandpunkt* verschärft die Gegensätze, verhindert den Ausgleich und verhindert - was noch viel schlimmer ist - *die höchste wirtschaftliche Leistung*."³⁷ Immer wieder zeigte er sich besorgt, die Unternehmer könnten ihn mißverstehen, nicht sehen, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung allein für "die höchste wirtschaftliche Leistung" von Bedeutung waren. Taktische Angriffe bornierter Stadtverordneter der Deutsch-Nationalen Volkspartei gaben ihm wiederholt Anlaß zu dieser Sorge.

Den Mitgliedern des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und des City-Ausschusses erklärte er eindringlich: "Es ist zunächst wichtig, die Vorbedingungen für das Gedeihen der Wirtschaft in Berlin zu

35 Böß, Gustav, Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik, a. a. O., S. 5 f.

36 Ebenda, S. 19.

37 Ebenda, S. 31 (Hervorhebungen d. Verf.).

schaffen ... Man kann nur wirtschaftlich erfolgreich arbeiten, wenn man die dazugehörigen Menschen in der dazu notwendigen gesundheitlichen und sozialen Verfassung zur Verfügung hat. Es ist deshalb ein erstes Gebot, die Menschen einer großen Wirtschaftsstadt, eines großen Wirtschaftsgebietes so zu pflegen und zu fördern, daß sie etwas leisten können."³⁸

Dieses "erste Gebot" war der Grundsatz, der Ausgangspunkt aller Bößschen kommunalpolitischen Überlegungen - mochten sie sich auf die Verkehrspolitik des Magistrats, auf den Wohnungsbau, auf das Gesundheitswesen oder auf den Sport beziehen.

Böß' Konzeption für die Verkehrspolitik des Berliner Magistrats

Mit großer Liebe verweilte Böß in allen seinen Darlegungen bei den Aufgaben der Gemeinde zur Schaffung eines einheitlichen und funktions-tüchtigen Nahverkehrsnetzes unter Berücksichtigung des sozialpolitischen Aspektes im Sinne der Pflege der Arbeitskraft. Aber seine Sorge galt allein der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Interesse einer maximalen Ausbeutung. So machte er auch den Vertretern des Vereins Berliner Kaufleute klar: "Nichts ist bedeutungsvoller, als daß der einzelne Arbeitnehmer schnell und unter möglicher Schonung seiner Arbeitskraft an seine Arbeitsstätte gebracht wird und ebenso schnell wie möglich wieder zurück nach seiner Wohn-gend."³⁹

Auch vor der Angestelltengewerkschaft begründete er seine Verkehrs-politik als wirtschaftliche Notwendigkeit: "Es ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Verkehrsmittel in den großen und in-dustriereichen Städten so schnell wie möglich entwickelt werden ... damit die Kraft der Bevölkerung so gepflegt, geschont und wirtschaftlich richtig genutzt werden kann, wie es für die gesamte deutsche Volkswirtschaft unbedingt notwendig ist. Die öffentlichen und priva-ten Mittel, die heute in die Verkehrsunternehmen hineingesteckt wer-den, gehören zu den besten sozialen und wirtschaftlichen Aufwendun-gen, die überhaupt gemacht werden."⁴⁰ Der Hinweis auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft ließ gewissermaßen den allgemeinen Nutzen, das "Gemeinwohl" anklingen, dem die Aufwendungen für das Verkehrswe-ssen angeblich untergeordnet waren (zweifellos war gerade die Verbes-

38 *Derselbe*, Lebensnotwendigkeiten Berlins, a. a. O., S. 366.

39 Ebenda, S. 367.

40 *Derselbe*, Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik, a. a. O., S. 15 (Hervorhebungen im Original).

serung der Verkehrsverhältnisse eine Forderung, die von der Berliner Bevölkerung in ihrer Gesamtheit erhoben wurde).

Hinsichtlich der "besten sozialen und wirtschaftlichen Aufwendungen" ist ein Blick auf den Weg dieser Investitionen interessant. Diese Mittel flossen zu einem nicht geringen Teil in die Taschen der Konzerne, die von der Stadt mit dem Bau von Verkehrsanlagen betraut wurden und die ein unmittelbares Interesse an der Herstellung eines funktions-tüchtigen Nahverkehrsnetzes im Interesse der Lösung ihres Arbeits-kräfteproblems hatten und nun auch noch selbst an diesen Projekten verdienten.

Die verkehrswirtschaftlichen Bedürfnisse der Monopole gingen jedoch über den Personennahverkehr hinaus. Für den Transport ihrer Waren be-nötigten sie auch günstige Fernverkehrsanschlüsse.

Auf die Reichsbahn war die Stadt ohne direkten Einfluß - anders verhielt es sich jedoch mit den Berliner Wasserstraßen. Sie unterstanden bis 1923 dem Magistrat. Nachdem sie ausgebaut waren, insbesondere der 1923 mit großen Mitteln aus der Stadtkasse auf das modernste ausge-stattete Westhafen, verpachtete die Stadt die Hafenanlagen für ein ge-ringes Entgelt an einen privaten Speditionskonzern. Diese Transaktion war eine Verschleuderung kommunalen Eigentums, gegen die die bekannte Betrugsaffäre der Sklareks, mit der der Sturz von Böß 1929 verbunden war, als Lappalie erscheint.⁴¹

Die Lösung des Verkehrsproblems war insbesondere durch die Weitläufig-keit des Berliner Raumes eine wichtige Voraussetzung für das Funktio-nieren der Berliner Wirtschaft. Böß widmete sich dieser Aufgabe mit besonderer Energie und nicht ohne Erfolg.⁴²

Wohnungsbau, Freizeiteinrichtungen und Berufsausbildung in der Böß-schen Konzeption

Die Wohnungsbauten der Weimarer Zeit, speziell die von den Kommunen bzw. mit deren Hilfe erbauten, waren eine Erlösung vieler Menschen aus dem Mietskasernenelend der Großstädte und auch in Berlin ein au-ßerordentlicher Fortschritt für manche Arbeiterfamilien. Böß erklär-te diese "sozialen und wirtschaftlichen Aufwendungen" ohne menschen-freundliche Verbrämung als weitsichtige Investitionen, die sich mit-

41 Zur Entwicklung der Berliner Häfen unter Oberbürgermeister Böß vgl. *Wimmer, Ruth*, a. a. O., Kap. 4.

42 Zur Entwicklung des Berliner Nahverkehrsnetzes unter Oberbürger-meister Böß vgl. ebenda.

telbar und langfristig in einer höheren Ausbeutungsrate auszahlen würden. "Wie man auch die bisher entstandenen neuen Siedlungsbauten vom wirtschaftlichen oder vom städtebaulichen oder vom künstlerischen Gesichtspunkt aus beurteilen mag, das eine ist sicher: die große Mehrzahl dieser neuen Siedlungsbauten ist vorzüglich geeignet, die Gesundheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung zu pflegen und zu fördern."⁴³

Auch "Park-, Spiel- und Sportgelegenheiten sind selbstverständlich außerordentlich geeignet, die wirtschaftliche Leistung Berlins zu fördern ..., daß diese Bauten ebenfalls ganz außerordentlich dazu beitragen, die Wirtschaft zu fördern, die Menschen gesund und leistungsfähig zu machen, daran ist gar kein Zweifel."⁴⁴

Übrigens erreichte Böß mit der Forderung nach Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung einen gewissen Höhepunkt seiner Konzeption, an dem eine von rechts kommende Kritik der Weimarer Republik an der Politik der Kommunen ansetzte. Die Forderungen nach einem härteren Kurs in der Kommunalpolitik, der Einschränkung von Ausgaben für die Kommunalpolitik überhaupt wurden maßgeblich vom damaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht vertreten.⁴⁵ Die Linie der imperialistischen Politik, der Böß seine Wahl zum Berliner Oberbürgermeister verdankte - Zurückdrängung der revolutionären Kräfte durch die Konzentrierung

43 Böß, *Gustav*, Lebensnotwendigkeiten Berlins, a. a. O., S. 366.

44 Ebenda, S. 367.

45 Schacht führte wiederholt Angriffe gegen die Finanzpolitik der Kommunen. Ausgangspunkt dieser Offensive gegen die Gemeinden war seine Bochumer Rede vom 18. 11. 1927, in der er die "Luxusausgaben" der Gemeinden kritisierte, durch die kommunale Anleihen verbraucht worden seien. (Vgl. *Schacht, Hjalmar*, Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1932, S. 21 f.) Jede Statistik über die Anleihen beweist jedoch, daß kommunale Anleihen in überwiegendem Maße für den Aus- und Neubau von städtischen Versorgungsbetrieben, vor allem der Elektrizitätsversorgung, verwandt wurden. (Vgl. z. B. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin* 1929, S. 277.) 1928 setzte Schacht durch, daß die Beratungsstelle für Auslandskredite der Stadt Berlin die Aufnahme einer Auslandsanleihe für den Wohnungsbau ablehnte. (Vgl. Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Historische Abt. II, Rep. 77, Tit. 441, Nr. 33.) Für den Investitionsbedarf der städtischen Werke, insbesondere der Elektrizitätswerke, gab es bis 1929 keine Schwierigkeiten bei der Aufnahme langfristiger Auslandskredite. Diese und ähnliche Machenschaften Schachts richteten sich gegen eine Stadtverwaltung, deren Politik in der Öffentlichkeit, und zwar von breiten Kreisen der Bevölkerung, weitgehend mit der Politik der Weimarer Parteien, insbesondere mit der der SPD, identifiziert wurde; sie richteten sich gegen eine Gemeinde, in deren Parlament die Arbeiterparteien starke Fraktionen besaßen, und trugen denn auch dazu bei, die - gewiß bescheidenen - parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse auf der Ebene der Kommunen zu erschüttern.

der bürgerlichen Kräfte unter demokratischem Mäntelchen -, verlor nun ihre Vorherrschaft; offen antidemokratische und antisoziale Tendenzen traten stärker in den Vordergrund. Das erkennend, brachte Böß seine Grundgedanken in einer Form zum Ausdruck, die schon etwas aus dem Rahmen der Terminologie kommunaler Publikationen der Weimarer Zeit fiel: "Nicht nur die geistige Ertüchtigung ist notwendig, sondern auch die körperliche Durchbildung. Der Mensch ist das beste Wirtschaftsgut. Daß Pferde und andere Tiere gezüchtet werden, erscheint jedem als eine Selbstverständlichkeit. Daß auch Menschen herangezüchtet werden müssen und können, sollte noch selbstverständlicher sein."⁴⁶ Aber auch diese brutale Darlegung des Zweckes von Park-, Spiel- und Sportplatzanlagen konnte ihn vor den scharfmacherischen Kritikern der Weimarer Kommunalpolitik nicht rechtfertigen. Er blieb in ihren Augen einer der großen "Verschwender" von Geldern, die Schacht lieber in der Industrie investiert gesehen hätte.

Der Mensch als bestes Wirtschaftsgut - diese Vorstellung hatte Böß fasziniert, sie allein rief sein Interesse am Menschen, an der sozialen Lage der Werktätigen Berlins hervor. Deshalb bemühte er sich stets, die Voraussetzungen zu schaffen, die es den Monopolen ermöglichten, nicht allein über die erforderliche Menge, sondern auch über gesunde Arbeitskräfte zu verfügen.

Böß erfaßte richtig, daß die Stadtverwaltung bei der Pflege und Bereitstellung des "Wirtschaftsgutes Mensch" in hohem Maße langfristig zu investieren hatte. Der perspektivische Charakter vieler Bereiche seiner Tätigkeit war ihm durchaus bewußt, und in mancher Hinsicht sah er weiter als einzelne Monopolvertreter. Er strebte eine dauerhaft fließende Profitquelle an.

Auch auf dem Gebiet der Volksbildung kehrte er die Verdienste der Gemeinde um das Wohl der Wirtschaft hervor: "Wir sind aber auch mit unserer Wirtschaft stets in ausgezeichnete Beziehung gewesen wegen des Fachschulwesens, und es ist selten im Berliner Rathaus jemand vorgekommen, der ... nicht ein offenes Ohr für alles gefunden hätte, was dazu geeignet war, die Wirtschaft auf dem Wege über das Fachschulwesen zu fördern ... Das Berufsschulwesen ... bringt unsere Jugend außerordentlich vorwärts, sie verschafft ihr in ganz besonderem Maße Einblick in die wirtschaftlichen Fragen und bildet sie gründlich vor ... für die

46 Böß, Gustav, Die Verwaltungsgemeinde Berlin und ihre Aufgaben, a. a. O., S. 8.

Arbeit im praktischen Leben, für die großen Unternehmen, wie wir sie in Berlin haben."⁴⁷

Man spürt stets, wie Böß sich bemühte, sich mit seiner Sozialpolitik den Monopolherren zu empfehlen. Die "großen Unternehmen" waren es, die Arbeitskräfte, und zwar gut ausgebildete Arbeitskräfte, brauchten. Ihr Partner war er, und er war es bewußt. Die Berliner Bevölkerung war für ihn das Arbeitskräftereservoir der Wirtschaft, das er zu verwalten hatte. Gefördert und gepflegt zu werden, verdienten diese Menschen in den Augen von Böß also nicht um ihrer selbst willen, sondern allein der höheren Leistungen wegen für die Berliner Wirtschaft - insbesondere "für die großen Unternehmungen, wie wir sie in Berlin haben".

Mit der Bildung der neuen Gemeinde Berlin war die Oberbürgermeisterfunktion also einem Manne übertragen worden, dessen Vorstellungen von seiner Aufgabe genau den Bedürfnissen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprachen, den Kommunalapparat der Viermillionenstadt als Teil eines gesamtmonopolistischen Apparats zu handhaben. Diese Fähigkeit machte Böß ein ganzes Jahrzehnt lang für das Monopolkapital brauchbar.

Böß' Konzeption war keine völlig neue Auffassung von der Rolle der Verwaltung einer Großgemeinde. Sie wuchs heraus aus der Bürgermeisterpraxis der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Auch Böß' Vorgänger förderten die Integration der Berliner Stadtverwaltung und ihrer Unternehmungen in das Wirtschaftssystem der Monopole; zum Beispiel war die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bereits vor dem ersten Weltkrieg ein zentrales Problem für die Berliner Oberbürgermeister gewesen, aber ihre Bemühungen litten unter der Verwaltungszersplitterung des Berliner Raumes.

Die fortschreitende Einordnung der kommunalen Betriebe in die Monopolwirtschaft unter der Amtsführung von Böß

Die Konzeption des Oberbürgermeisters Böß war bestimmend für die Politik der Gemeinde Berlin in allen ihren Zweigen. Sie begünstigte die zunehmende Einordnung der ökonomischen Potenzen der Stadt in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Als das Gesetz vom 27. April 1920 den Berliner Wirtschaftsraum zu einer Großgemeinde vereinigte, waren die Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-

⁴⁷ Derselbe, Lebensnotwendigkeiten Berlins, a. a. O., S. 367.

tätsbetriebe zu mehr oder weniger großen Teilen bereits im kommunalen Besitz. Bereits 1920 lag mehr als die Hälfte der Berliner Gasversorgung in den Händen der kommunalen Berliner Werke. Ein knappes Fünftel wurde von kleineren Gaswerken der verschiedenen Gemeinden befriedigt, und den Rest der Produktion lieferten (bis auf geringe Mengen) bis 1917 die Werke der englischen Imperial Continental-Gas-Association. Nach der Liquidierung dieser Gesellschaft im Jahre 1917 ging ihr Versorgungsanteil im wesentlichen an die Gasbetriebsgesellschaft A.-G. in Berlin-Mariendorf über, die von der Deutschen Continental-Gasgesellschaft A.-G. Dessau kontrolliert wurde.

Außer dem bedeutendsten Berliner Wasserversorgungsbetrieb, den Berliner Städtischen Wasserwerken, waren in einer Reihe von Nachbargemeinden ebenfalls gemeindeeigene Wasserwerke entstanden, die 1922 in das Eigentum der neuen Gemeinde Groß-Berlin übergingen. Neben der städtischen Wasserversorgung existierte im Berliner Gebiet weiterhin die private Charlottenburger Wasser- und Industrierwerke A.-G., die ein Gebiet versorgte, auf dem etwa 1 Million Einwohner lebten.

Die ersten Elektrizitätswerke entstanden zunächst im Rahmen der elektrotechnischen Industrie (innerhalb der sich hier bildenden Monopole) als privatkapitalistische Unternehmen. Die Grundlage für die Berliner Elektrizitätsversorgung legte 1883 die Deutsche Edisongesellschaft, die spätere AEG. Der Trend zur Kommunalisierung der Elektrizitätsversorgung setzte erst im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein. Der steigende Bedarf, die rasche technische Entwicklung ließen die Einrichtungen schnell veralten und zwangen die Betriebe zu immer umfangreicheren Erneuerungen.⁴⁸ Schließlich zogen Rüstung und Krieg das Kapital in profitablere Sphären ab. Die Bestrebungen zur Übertragung der Betriebe der Elektrizitätserzeugung an die öffentliche Hand gingen deshalb von der Elektroindustrie selbst aus. Es lag im Interesse der AEG, die Berliner Elektrizitätswerke nicht mehr selbst zu betreiben, sondern sie an die Stadt zu verkaufen, die ihnen zudem niedrige Tarife für die AEG-Betriebe zusicherte. So gingen die Berliner Elektrizitätswerke 1915 in städtischen Besitz über.

Neben den ökonomischen wirkten politische Momente begünstigend auf die Kommunalisierungsbestrebungen. Unverkennbar sind die Ausstrahlungen der Novemberrevolution von 1918. Die traditionelle wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden bot sich an, die Sozialisierungsforde-

48 Vgl. dazu *Schmidt, Martin*, Die BEWAG-Transaktion im Jahre 1931, Berlin 1957, S. 70.

rungen abzufangen. So geriet eine weitgehende Kommunalisierung in den Blickpunkt des Interesses einmal der Werktätigen, von denen ein beträchtlicher Teil hoffte, auf diese Weise eine Minderung der Macht der herrschenden Kräfte und eine Besserung ihrer eigenen Lebensbedingungen zu erreichen, und zum anderen der herrschenden Kreise selbst, die in der Kommunalisierung neben dem ökonomischen Nutzen eine Möglichkeit sahen, Forderungen nach Veränderungen und Umgestaltungen des Wirtschaftsgefüges in für sie nützliche Bahnen zu leiten. Große Teile der Werktätigen sahen unter dem Einfluß der Agitation der rechten sozialdemokratischen Führung in der Verstaatlichung von Betrieben einen unmittelbaren Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus oder gar schon ein Stück Sozialismus.⁴⁹

In Berlin bedeutete die Vereinheitlichung der Verwaltung einen wichtigen Schritt in Richtung einer für die großen Monopolbetriebe möglichst günstigen Entwicklung der Kommunalisierung. Gleichzeitig war die einheitliche Verwaltung der Versorgungsbetriebe eine wichtige Voraussetzung, um die Berliner Bevölkerung möglichst umfassend in die Lage zu versetzen, sich die Vorteile der Gas- und Elektrizitätsversorgung zunutze zu machen.

In der Auseinandersetzung um die Form, in der die kommunalen Betriebe geführt werden sollten, zeigte sich sehr bald die Tendenz, den Einfluß der Monopole immer mehr zu vergrößern (freilich ohne daß sie das Risiko mit übernommen hätten) und den der Gemeindeverwaltungen zu verringern.

Bis in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg wurden die kommunalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Berlin vorwiegend als sogenannte Regiebetriebe der Stadt geführt, das heißt, sie unterstanden unmittelbar den städtischen Organen. Bei der Zusammenlegung der kommunalen Betriebe nach dem Zusammenschluß Berlins zur Großgemeinde bestanden unterschiedliche Vorstellungen über die Art und Weise der Verwaltung der Betriebe.

In der Form der Regiebetriebe war in gewissem Maße ein Einfluß des Stadtparlaments möglich. Ideal für die Monopole war jedoch eine Betriebsführung, bei der das Risiko und die Investitionen der Stadt verblieben, die Betriebe aber der Kontrolle durch die Stadtverordneten entzogen wurden und die Monopole einen unmittelbaren Einfluß eingeräumt bekamen. Die alte Betriebsform genügte diesen Anforderungen

⁴⁹ Vgl. dazu *Vorschlag der Sozialisierungskommission vom 24. 9. 1920 für ein Kommunalisierungsgesetz*, Berlin 1920, S. 8.

nicht. Die Diskussion über ihre Mängel und über die Notwendigkeit, eine neue Betriebsform zu finden, spielte bereits vor 1914 eine Rolle, und sie wurde nach der Bildung der Einheitsgemeinde noch lebhafter weitergeführt. Eine Reihe von Vorschlägen verfolgten das Ziel einer unmittelbaren privatkapitalistischen Beteiligung. Es wurde auch vorgeschlagen, aus den städtischen Betrieben "gemischtwirtschaftliche Zwillingunternehmen" zu schaffen, worunter eine Kombination städtischer Eigentumsgesellschaft und ganz oder teilweise privatkapitalistischer Betriebsgesellschaft verstanden wurde.

Anfang 1921 veröffentlichten die Mitteilungen des Deutschen Städtetages das Gutachten einer "Deputation für die Neuordnung städtischer Ämter" in Frankfurt am Main, das sich mit folgenden Argumenten für die privatwirtschaftliche Form der kommunalen Versorgungsbetriebe aussprach: Die Verwaltung der kommunalen Werke sei zu bürokratisch-schwerfällig, sie könne infolge der engen Bindung an den städtischen Etat günstige Kapitalkonjunkturen nicht ausnutzen, außerdem sei privatwirtschaftlichen Betrieben auch die Beschaffung von Krediten leichter.⁵⁰

Unter den demagogischen Losungen der "Entbürokratisierung" und schließlich auch der Entpolitisierung bemühten sich die Agitatoren der Privatwirtschaft, die großen Betriebe zwar im Besitz der Kommunen zu lassen, sie jedoch dem Einfluß der kommunalen Vertretungskörperschaften weitgehend zu entziehen und dem Einfluß der dominierenden Kräfte der privatkapitalistischen Wirtschaftskreise unterzuordnen. Der Hinweis auf die angeblich günstigeren Kreditmöglichkeiten war gleichzeitig eine Drohung, den kommunalen Betrieben diese zu verschließen, sie unter finanziellen Druck zu setzen, wenn sie sich nicht gehorsam in der den Banken genehmen Form in das System der kapitalistischen Monopole einordnen würden. So formulierte der Berliner Stadtverordnete Fabian 1921 zur Frage der Organisationsform der städtischen Berliner Werke: "Die Aufnahme von Anleihen durch die Werke läßt sich wesentlich leichter durchführen, wenn die Geldgeber die Gewißheit darüber haben, daß das Geld für die werbenden Anlagen Verwendung findet und die Anlagen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke selbst die Sicherheit für die Anleihe bieten."⁵¹

50 Vgl. Gutachten der "Deputation für die Neuordnung städtischer Ämter" in Frankfurt am Main, in: Mitteilungen des Deutschen Städtetages, Nr. 1/1921.

51 Fabian, Die Zukunft der städtischen Berliner Werke. Die Vorschläge zur Umorganisierung, in: Deutsche Gemeindezeitung 1921, S. 117.

Die Argumentation gegen die Regiebetriebe fand eine Stütze in den schwierigen ökonomischen Verhältnissen der ersten Jahre nach dem Kriege. Unter den Bedingungen der Nachkriegskrise kamen die Vorteile, die sich aus der Zentralisation der Verwaltung der städtischen Versorgungsbetriebe ergaben, nicht zur Geltung. Die Stadt hatte Schwierigkeiten, die städtischen Werke in den Jahren der Inflation überhaupt in Betrieb zu halten. Außer dem Rückgang der Absatzmöglichkeiten erschwerte die Preispolitik der Kohlenkonzerne der Stadt den Betrieb der Werke. Anstelle von 476 Millionen Kubikmetern im Jahre 1918 erzeugten die Gaswerke 1920 nur noch 414 Millionen Kubikmeter.⁵² Ende 1923 mußte der Betrieb der Straßenbahn vorübergehend eingestellt werden.⁵³

Einerseits waren die Monopole also für eine stärkere Einbeziehung der städtischen Versorgungsbetriebe in ihre Wirtschaft, andererseits wollten sie aber die Betriebe in den Händen der Stadt lassen. Die nach den Kriegs- und Nachkriegsjahren erforderlichen Investitionen überließ man gerne der öffentlichen Hand; die Stadt konnte ihnen niedrigere Tarife auf Kosten hoher Tarife für Kleinverbraucher sichern, ohne daß in der Öffentlichkeit die Großbetriebe unmittelbar für die überhöhten Tarife der Kleinverbraucher verantwortlich gemacht werden konnten.

Die Berliner kommunalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurden schließlich Ende 1923 in selbständige gemeindeeigene Aktiengesellschaften umgewandelt, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Oberbürgermeister war, in denen jedoch die Vertreter der Monopole den Ton angaben.⁵⁴

Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die sich für die städtischen Betriebe aus der Inflation ergeben hatten, entwickelten sie sich auf-

52 Vgl. *Liepmann, Käthe*, Die Gasversorgung Berlins von 1826 bis 1924, in: Berliner Wirtschaftsberichte 1924, S. 181 - 188.

53 Vgl. *Büsch, Otto*, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche, Berlin 1960, S. 59.

54 In den Berliner Wirtschaftsberichten hieß es: "Der Einfluß des Gemeinwesens wurde dadurch gewahrt, daß es im Besitz der gesamten Kapitalanteile bleibt und demzufolge den die Gesellschaft überwachenden Aufsichtsrat allein ernennt." (*Liepmann, Käthe*, a. a. O., S. 187.) Im Aufsichtsrat saßen neben den Vertretern des Magistrats und der Stadtverordneten (die meist unerfahren waren in der Leitung bzw. "Überwachung" eines großen Betriebes) Fachleute aus der Wirtschaft: Vertreter bedeutender Konzerne, die nun ohne Kapitalbeteiligung großen Einfluß auf die städtischen Versorgungsbetriebe nehmen konnten. Außerdem befanden sich auch unter den Delegierten der städtischen Körperschaften Vertreter der Monopole, wie der Stadtverordnete Fabian, der u. a. Aufsichtsratsmitglied des von der Deutschen Bank geführten Chemiekonzerns Rütgerswerke A.-G. war. (Vgl. *Wimmer, Ruth*, a. a. O., Kap. 3.)

wärts. Ein bedeutender Abschnitt war dabei der 1926 unter großen finanziellen Schwierigkeiten durchgeführte Bau des Kraftwerkes in Rummelsburg. Böß betonte hierbei - getreu seiner Konzeption -, es sei unerlässlich, die Einrichtungen der Elektrizitätsversorgung "so auszubauen, daß sie stets und unter allen Umständen für unsere Industrie ausreichen."⁵⁵

Bestimmend für die Verstaatlichung bzw. Verstädtlichung bestimmter Betriebe oder Industriezweige unter kapitalistischen bzw. monopolkapitalistischen Bedingungen ist letztlich, wie auch die Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke zeigte, der Profit. So wird die Kommunalisierung von Betrieben im Kapitalismus - als Form der Verstaatlichung - solange durchgeführt, wie es den Monopolen zweckmäßig erscheint, und ein Oberbürgermeister, der sie unterstützt, handelt stets in ihrem Interesse.

Die Kommunalisierung dient dazu, notwendig gewordene umfangreiche und kostspielige Erneuerungen des Produktionsapparats auf Kosten der Kommunen durchzuführen. Unternehmen, die mit einem größeren Risiko verbunden sind, oder solche, bei denen wenig Profit erzielt werden kann bzw. das Kapital langsam umschlägt, ja Verluste getragen werden müssen, werden bevorzugt der öffentlichen Hand überlassen. Kommunalbetriebe der Energieerzeugung sind eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit insbesondere der Großbetriebe, denn ihr Eigenbetrieb würde ihnen nicht die niedrigen Tarife sichern können, wie die umfangreiche Gebiete der Industrie und des privaten Verbrauchs versorgenden kommunalen oder staatlichen Unternehmen. All diese Gründe, die vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus für kommunale oder staatliche Versorgungsbetriebe sprechen, bewirken stets eine Abschöpfung von Steuergeldern, ihre Transferierung aus den Taschen der Steuerzahler in die Kassen der Monopole. Das heißt, wengleich die Kommunalisierung oder die Verstaatlichung von Produktionsbetrieben auch unter den Bedingungen des Kapitalismus und des Imperialismus für die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte - immer in Abhängigkeit vom Kräfteverhältnis der Klassen - Vorteile bringen kann, wengleich die Verhältnisse im Betrieb unter Umständen durch eine gewisse Einflußnahme der zur Kontrolle befugten parlamentarischen Körperschaften für die Belegschaft positiv gestaltet werden können, so dient sie im Kapitalismus doch in erster Linie der kapitalistischen Wirtschaft.

55 Böß, *Gustav, Lebensnotwendigkeiten Berlins*, a. a. O., S. 371.

Die Geschichte der Berliner städtischen Elektrizitätswerke bietet mit einer ihrer Einrichtungen, dem sogenannten Elektrissima-System, in den zwanziger Jahren ein anschauliches Beispiel dafür, wie weitgehend "öffentliche Betriebe den Monopolen dienen" können.

Die BEWAG unterhielt unter dem Namen "Elektrissima" eine ausgedehnte Reklame- und Kreditorganisation für elektrische Haushaltsgeräte. Der damalige Direktor der BEWAG, Adolph, schrieb, die BEWAG sei bemüht, "durch Verbreitung von Kenntnissen der Elektrizitätsanwendung, durch Aufklärung und Beratung" ihren "alten Abnehmern zu dienen und neue hinzuzugewinnen. Dieses Ziel wird in erster Linie verfolgt durch Ausstellungs- und Vorführräume, in denen Interessenten kostenlos Hinweise für die praktische und sparsame Anwendung der Elektrizität gegeben werden und in denen die verschiedensten elektrischen Apparate für Haushalt und Gewerbe ausgestellt und im Betrieb vorgeführt werden.

Um weiterhin auch dem kleinsten Mann die Anschaffung derartiger Apparate zu ermöglichen, deren Anwendung gerade für den einfachen Haushalt von besonderem kulturellen Wert ist, hat die BEWAG neuerdings mit einer großen Anzahl von Geschäften ein Abkommen getroffen, das dem Käufer den Bezug von elektrischen Beleuchtungskörpern und gegen Teilzahlung ermöglicht."⁵⁶

Der Nutzen für die breite Bevölkerung war jedoch nur eine Seite des Elektrissima-Systems. Die Hauptnutznießer waren die Herstellerfirmen der von der Stadt großzügig kreditierten Geräte. Die Nachfrage nach Anlagen und Geräten für den Strombezug wurde mit städtischen Mitteln gefördert. Gleichzeitig erhöhte sich der Absatz der Berliner Elektrizitätswerke auf dem Sektor des privaten Verbrauchs, wodurch ein allgemein niedriger, aber für die Großverbraucher besonders günstiger Tarif gesichert werden konnte.

Der Westberliner Autor Büsch kann nach ausgedehnter Belobigung des Elektrissima-Systems nicht umhin, den wahren Effekt dieses Systems zu nennen: "Indem die BEWAG, ohne selbst Gerätehandel zu treiben, für den Abnehmer von elektrischen Apparaten die Rechnung des Lieferanten bezahlte und die ausgelegte Summe in leicht tilgbaren Raten mit der

56 Adolph, Johannes, Berlins Elektrizitätsversorgung, in: Berliner Wirtschaftsberichte 1926, S. 336. - Ursprünglich hatte die Stadt die Geräte unmittelbar beim Hersteller, also bei der Berliner Elektroindustrie gekauft und sie den Käufern kreditiert. Erst der Protest der Händler und Handwerker gegen die überlegene Konkurrenz der Stadt veranlaßte die BEWAG, diese mit in das Geschäft einzubeziehen.

Stromrechnung einkassierte, diente sie nicht nur sich selbst, indem jedes neu angeschlossene Gerät unvermeidlich den Stromverbrauch steigerte, sondern neben dem Kunden auch der Berliner Elektrizitätsindustrie."⁵⁷ Praktisch fungierten also die städtischen Finrichtungen des Elektrissima-Systems als Werbungs- und Kreditabteilung der Berliner Elektrizitätsindustrie. Diese Funktion einer kommunalen Einrichtung lag ganz im Sinne der Bößschen Konzeption der Einbeziehung des kommunalen Apparats in den Wirtschaftsapparat des Monopolkapitals.

Büsch, der in seiner Arbeit eine "Besinnung auf die positiven Ergebnisse kommunaler Wirtschaftsleistungen Berlins in der Weimarer Demokratie ..." ⁵⁸ fordert, nennt daher die "Elektrissima-Organisation und die aus ihren Werken sich ergebende Gemeinschaftswerbung ... das internationale Musterbeispiel für eine Zusammenarbeit zwischen kommunaler und privater Wirtschaft."⁵⁹

Die Begeisterung, die Büsch hier zum Ausdruck bringt, unterstreicht diese Verbindung von Monopolen und Kommunen.

Böß - ein vielseitig für das Monopolkapital brauchbarer Oberbürgermeister

Obwohl sich die Wirkungssphäre des Oberbürgermeisters Böß im Grunde genommen auf Fragen beschränkte, die mit den weitgesteckten und den nach außen gerichteten Zielen des Monopolkapitals nicht unbedingt verbunden werden mußten, finden sich bei ihm Äußerungen, die zeigen, daß ihm auch diese Ziele vertraut waren und daß er sie billigte und förderte. Böß kannte die Bedeutung Berlins für das deutsche Monopolkapital, er erkannte, daß er als Oberbürgermeister dieser bedeutenden Kommune sich nicht auf den Rahmen der Kommunalverwaltung beschränken durfte, und war bestrebt, den Vertretern der Berliner Monopole zu zeigen, daß auch die Orientierung in der Wirtschaftspolitik des Magistrats von diesen weitreichenden Gesichtspunkten bestimmt war.

Er billigte den Expansionsdrang der deutschen Monopole; Probleme des Ex- und Imports lagen ihm sehr am Herzen. Im Interesse einer Beschränkung des Verbrauchs ausländischer Lebensmittel entwickelte er Projekte, Berlin möglichst weitgehend von der Einfuhr ausländischer Agrarerezeugnisse unabhängig zu machen. Wesentlich bedeutsamer für die deutschen Monopole war jedoch die Drosselung des Kohleimports. Böß konnte

57 Büsch, Otto, a. a. O., S. 114.

58 Ebenda, S. 203.

59 Ebenda, S. 114.

für seinen Bereich feststellen: "Die Kohlenzufuhren aus England deckten vor dem Kriege 45 v. H. des Berliner Bedarfs an Steinkohlen und Koks, heute 13,5 v. H... Die großen Kohlenzufuhren vor dem Kriege standen im Zusammenhang mit dem starken Verbrauch an englischer Kohle gerade in den Berliner Gaswerken. Die Stadt hat, soweit es nur irgend geht, die englische Einfuhr rückwärts geschraubt".⁶⁰

Hinsichtlich der Entwicklung der in Berlin ansässigen Industriezweige zeigte er sich außerordentlich befriedigt über den hohen Anteil Berlins am Export der Metall- und Maschinenindustrie, der elektrotechnischen und chemischen Industrie sowie der Konfektion und des Vervielfältigungsgewerbes.⁶¹

Die Überlegungen von Böß hinsichtlich der Gestaltung der Außenhandelsbilanz der deutschen Monopole im Sinne einer Offensive auf den Weltmärkten waren keineswegs harmlose Überlegungen eines eifrigen Kommunalbeamten. Wiederholt sprach Böß über eine Orientierung auf die Märkte Osteuropas; so sagte er 1929: "Rußland, die Ostseeländer und der Balkan sind Zukunftsgebiete der deutschen Wirtschaft."⁶² Im selben Jahr brachte er vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Wirtschaftsbeziehungen, wie er sie sich vorstellte, nämlich als deutsche Vorherrschaft, durch die Situation in diesen Ländern nicht voll verwirklicht werden konnten: "Das Gebiet, wo die deutschen Waren einen gewissen Vorsprung erreichen könnten, ist Ost- und Südosteuropa. Es ist aber teils durch die politischen Verhältnisse, wie in Rußland, durch die unklaren handelspolitischen Beziehungen, wie in größten Teilen des übrigen Ost- und Südosteuropas, stark gestört."⁶³

Eine notwendige Ergänzung der Bößschen wirtschaftlichen Konzeption und Praxis waren seine wenig demokratischen Gepflogenheiten. Was er von dem Stadtparlament hielt, machte er den Abgeordneten sehr bald klar. Als er im April 1921 von einem der Abgeordneten wegen seiner selbtherrlichen Verteilung der Dezernate kritisiert wurde, wies er diese Kritik mit beleidigenden Worten zurück.⁶⁴

60 Böß, Gustav, Berlin in der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 153 (Hervorhebung im Original).

61 Vgl. ebenda.

62 Derselbe, Berlin von heute, Berlin 1929, S. 14.

63 Ebenda, S. 158 (Hervorhebungen d. Verf.).

64 Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin, Sitzung v. 7. 4. 1921, Sp. 1140.

Stadtsyndikus Lange schildert Böß' Abneigung, sich in seiner Politik von anderen kommunalen Verwaltungsinstanzen beeinflussen zu lassen, am Beispiel der Beratungen mit den Bezirksbürgermeistern: "Böß läßt sich leicht dazu hinreißen, eine Debatte damit zu beenden, daß er schroff erklärt, der Magistrat werde beschließen."⁶⁵

Die Beschlüsse der Stadtverordneten und der Bezirksversammlungen waren für Böß nicht maßgebend. So hintertrieb er gemeinsam mit dem preußischen Innenminister und dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin die Bestätigung des am 11. September 1925 von der Lichtenberger Bezirksversammlung zum Bezirksbürgermeister gewählten linken Sozialdemokraten Stimming.⁶⁶

Charakteristisch für Böß war auch seine Kontroverse mit einem anderen Mitglied des Magistratskollegiums. Stadtbaurat Wagner (SPD) vertrat in einer Sitzung der Stadtverordneten eine von den Ansichten des Oberbürgermeisters und der anderen Magistratsmitglieder abweichende Meinung, die die Unterstützung der kommunistischen Fraktion fand. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung, wobei Böß Wagner der Abrede mit der kommunistischen Fraktion zieh und auch nicht vor persönlichen Beleidigungen zurückscheute.⁶⁷

Betrachtet man die Konzeption des Oberbürgermeisters der deutschen Hauptstadt, so interessiert auch sein Verhältnis zur Weimarer Republik. Bei seinen Auftritten in der Öffentlichkeit gab er sich gern betont republikanisch. Allerdings war er stets bemüht, sich dem Geschmack seines Publikums anzupassen, woraus sich entsprechende Variationen seines Republikanismus ergaben. So konnte er im Jahre 1925 in einer Grunewalder Villenkolonie eine "ganz ausgezeichnete Festrede auf den mit der Villenkolonie so innig verwachsenen Altreichskanzler" Bismarck halten und dabei "... den Kranz mit den schwarz-weiß-roten Fahnen in Erinnerung an jene alte schöne stolze Zeit mit Rührung" betrachten, "... obwohl er Demokrat und Republikaner sei", denn "auch die echten Republikaner lieben noch die alte Zeit und ihre Farben und seien stolz auf jene Zeit, als diese Farben noch herrschten."⁶⁸ Der "Demokrat und Republikaner" Böß unterstützte auch Bemühungen um eine

65 Lange, Friedrich E. A., Groß-Berliner Tagebuch 1920 bis 1933, Berlin-Lichtenrade 1951, S. 25.

66 Vgl. Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Historische Abt. II, Rep. 77, Tit. 2400, Nr. 9, Bd. 4.

67 Stadtarchiv Berlin, Rep. 01, 7559/20 a: Personalsachen, besonders von Magistratsmitgliedern, Bd. 2, 1927 - 1928.

68 Ebenda, Rep. 01, Handakten des Oberbürgermeisters Böß betr. Presse, Presseartikel Oberbürgermeister 1925 - 1926, Nr. 21 d, Bd. 1.

Veränderung der Verfassung Berlins, die die demokratischen Rechte der Stadtverordneten weitgehend einschränken sollte.⁶⁹

Böß repräsentierte im Rahmen der Berliner Kommunalpolitik des deutschen Monopolkapitals, wie sie für die zwanziger Jahre typisch war. Er war den Kräften, die hinter seiner Wahl gestanden hatten, genehm, solange sie selbst im Rahmen bürgerlich-demokratischer Verhältnisse am besten ihre Interessen verwirklichen zu können glaubten. Es waren die Jahre der Inflation und der Realisierung der Kriegsgewinne des Kapitalismus, in denen der deutsche Imperialismus wiedererstarkte und einen gewaltigen Produktionsapparat aufbaute.

Zur gerechten Beurteilung von Böß und seiner Konzeption muß man selbstverständlich berücksichtigen, daß seine Vorstellungen von der Pflege der Arbeitskraft trotz ihrer Ausrichtung auf den Nutzen der Monopole nicht ohne positiven Einfluß auf die Lebensverhältnisse der Berliner Bevölkerung blieben. Das tritt besonders hervor, wenn man einen Blick auf die Politik der Oberbürgermeister vor und nach Böß wirft. Schließlich wurde in diesem knappen Jahrzehnt der Amtstätigkeit von Böß für die Bevölkerung mehr geleistet als in der "guten, alten Zeit" der Hohenzollern oder gar unter der Nazidiktatur, die auch in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den echten kommunalen Leistungen der vielgeschmähten "Systemzeit" nichts Entsprechendes an die Seite stellen konnte.

Diese Seite der Bößschen Konzeption kann jedoch nicht davon ablenken, daß sich die beachtliche Entwicklung der Riesenstadt in ihrem ersten Jahrzehnt völlig einfügt in die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Stärker als in anderen Gemeinden verwuchs in Berlin der kommunale Apparat mit dem der Monopole. Böß, Oberbürgermeister während dieser Zeit, war ein aktiver Förderer dieses Prozesses, seine Konzeption die eines typischen Vertreters der Bedürfnisse des deutschen Monopolkapitals.

Lehrplan und methodische Hinweise für das Fach „Politische Ökonomie der Entwicklungsländer“⁺

von S. I. Tjul'panov/V. L. Šejnis

Einleitung

Das Entstehen der "dritten Welt", einer großen Gruppe von Staaten, die sich bisher noch im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems befinden, in ihm aber eine Sonderstellung einnehmen, ist eine der deutlichsten und überzeugendsten Erscheinungen des Übergangscharakters der gegenwärtigen Epoche. Die besonderen Entwicklungsbedingungen all dieser Länder, die durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems sowie durch die allgemeine Festigung der Kräfte des Sozialismus in der Weltarena einerseits und durch die Schwächung des Kapitalismus andererseits geschaffenen neuen Möglichkeiten, bedürfen der Untersuchung in einem selbständigen Abschnitt des Faches Politische Ökonomie.

Die Völker der Entwicklungsländer suchen nach einer Antwort auf die völlig neuen sozialökonomischen Fragen, die ihnen durch die politische Selbständigkeit und durch die Veränderung ihrer Lage im System der internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen gestellt werden. Von dieser Tatsache ausgehend, hat man in der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern (der DDR, Polen, der ČSSR und Ungarn)

⁺Übersetzung von Tjul'panov, S. I./Šejnis, V. L., Programma i metodičeskie ukazanija po kursu "Političeskaja ekonomija razvivajuščichsja stran" (dlja studentov-ekonomistov i inostrannyh studentov gumanitarnych fakul'tetov) (Lehrplan und methodische Hinweise für das Fach "Politische Ökonomie der Entwicklungsländer" [für Ökonomie-Studenten und ausländische Studenten der ges.-wiss. Fakultäten]), [Hg. v.] Leningradskij ordena Lenina gosudarstvennyj universitet imeni A. A. Ždanova, Kafedra ekonomiki sovremennogo kapitalizma, Izdatel'stvo leningradskogo universiteta 1968. - Die Broschüre enthält außer dem hier wiedergegebenen Teil noch einen Literaturanhang.

mit der Ausarbeitung eines besonderen Abschnitts der politischen Ökonomie, nämlich der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer, begonnen. Der Vorschlag, ein solches Fach zu schaffen, fand die Unterstützung der meisten Teilnehmer einer in der Zeitschrift "Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" in den Jahren 1965/66 durchgeführten Diskussion und der Teilnehmer einer Reihe von internationalen wissenschaftlichen Konferenzen, insbesondere der Teilnehmer des vom Institut Ökonomik der Entwicklungsländer in der DDR im Juli 1967 veranstalteten internationalen Sommerkurses.

Die progressiven Kräfte der Entwicklungsländer selbst sprechen sehr deutlich von der Notwendigkeit, eine *allgemeine Theorie der Entwicklung dieser Länder* zu schaffen. Die Arbeit, die die Wissenschaftler der sozialistischen Länder in dieser Richtung leisten, kann man als einen Ausdruck des proletarischen Internationalismus betrachten.

Der Leiter des Lehrstuhls Ökonomie des modernen Kapitalismus an der Ökonomischen Fakultät der Leningrader Staatlichen Universität Professor Dr. S. I. Tjul'panov liest bereits seit mehreren Jahren das Fach "Politische Ökonomie der Entwicklungsländer". Viele seiner Vorlesungen sowie die auf ihrer Grundlage durchgeführten wissenschaftlichen Forschungen wurden in Zeitschriften und Einzelpublikationen veröffentlicht, andere werden zum Druck vorbereitet.

Das Fach Politische Ökonomie der Entwicklungsländer soll das allen Ländern der "dritten Welt" Gemeinsame herausstellen, kann sich aber mit den Besonderheiten der einzelnen Länder nicht befassen. Deshalb kann die politische Ökonomie der Entwicklungsländer als Wissenschaft keine konkreten ökonomischen und sozialpolitischen Empfehlungen enthalten - weder für ein einzelnes Land noch für Gruppen ähnlicher Länder. Sie muß die *theoretische und methodologische Grundlage* für die konkrete sozialökonomische Analyse der einzelnen Länder bilden, die auch erst praktische Schlußfolgerungen und Empfehlungen ermöglicht. Zweifellos muß jedoch das theoretische Fach, das die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Länder der "dritten Welt" untersucht und die in der Ökonomik der Entwicklungsländer, im System der allgemeinen und spezifischen politisch-ökonomischen Kategorien, vor sich gehenden objektiven Prozesse widerspiegelt, zur Lösung des Problems einer wissenschaftlich begründeten Leitung der Wirtschaft führen.

Auf der Tagesordnung steht die Aufgabe der Ausarbeitung einer rationalen Strategie des Wirtschaftswachstums sowie eines Mechanismus der ökonomischen Regulierung, der die Verwirklichung dieser Strategie er-

möglichst. Die bekannten Marx'schen Reproduktionsschemata bilden eine unschätzbare methodologische Grundlage für solche Forschungen. Das Schema der erweiterten Reproduktion von Marx zeigt die Gesetzmäßigkeiten für die Produktionsweise jedoch insgesamt und in allgemeiner Form, während die für die Entwicklungsländer aufzustellenden Modelle sehr konkret sein und die real vorhandenen Wachstumsfaktoren, die bestehende, außerordentlich deformierte, Elemente mehrerer Formationen umfassende ökonomische Struktur, die Rolle des äußeren Faktors (ausländisches Kapital, Außenhandel) usw. berücksichtigen müssen. Die Ausarbeitung solcher Modelle ist Gegenstand eines selbständigen Zweiges der Wirtschaftswissenschaft, aber die marxistische politische Ökonomie der Entwicklungsländer muß das *Problem der Verbindung der entschlossenen sozialökonomischen Rekonstruktion und eines hohen, stabilen Wachstumstempos des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in allgemeiner Form theoretisch lösen*, den ökonomischen Inhalt des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges untersuchen und seine Vorzüge begründen. Die politische Ökonomie der Entwicklungsländer muß zur theoretischen Grundlage einer Politik werden, die die ganze gewaltige Kompliziertheit der vor diesen Ländern stehenden Aufgaben berücksichtigt und den Grundinteressen der großen Mehrheit der Anderthalbmilliarden-Bevölkerung der "dritten Welt" entspricht. Hierin liegt ihre praktische Bedeutung.

Die mitunter geäußerten Einwände gegen die Abtrennung der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer als besonderen Teil des Faches beruhen hauptsächlich darauf, daß es für die Länder der "dritten Welt" außer Kapitalismus und Sozialismus keine "dritte" Alternative gibt, daß die hier aus der Vergangenheit überkommenen sozialökonomischen Formationen und die ihnen entsprechenden ökonomischen Verhältnisse in den Themen behandelt werden können, die sich mit den vorkapitalistischen Formationen befassen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse im Rahmen der Genesis des Kapitalismus zu behandeln ist und daß die Bewegung auf dem nichtkapitalistischen Weg zum Thema der Übergangsperiode der politischen Ökonomie des Sozialismus gehört. Diese Einwände überzeugen uns nicht. Die ökonomischen Verhältnisse, die in den Ländern der "dritten Welt" entstehen, sich verwandeln und absterben, stellen eine widersprüchliche Einheit dar und müssen insgesamt, in ihren verschiedenen Kombinationen untersucht werden. Nur unter solchen Bedingungen kann die Theorie nicht nur zu einer adäquaten Widerspiegelung der Wirklichkeit gelangen, sondern auch zum Instrument ihrer Umgestaltung werden.

Die Herauslösung eines besonderen Abschnitts wird durch die Methodologie der politischen Ökonomie als besondere Wissenschaft bestimmt. *Sein Gegenstand ist die Entstehung einer neuen Produktionsweise, der kapitalistischen oder der sozialistischen Produktionsweise*, unter den spezifischen, historisch beispiellosen Bedingungen einer rückständigen, aus Elementen mehrerer Formationen bestehenden und abhängigen Wirtschaft und - was besonders hervorgehoben werden muß - unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche, deren Hauptinhalt durch die Existenz und den Kampf der beiden Systeme in der Weltarena bestimmt ist. Die Erforschung dieses Prozesses ist nicht im Rahmen der politischen Ökonomie des Kapitalismus möglich (weil auch die Entwicklung der Länder, die den kapitalistischen Weg gewählt haben, nicht völlig durch die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus bestimmt wird und sich auf jeden Fall von der klassischen Genesis des Kapitalismus in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas erheblich unterscheidet); sie ist auch nicht im Rahmen der politischen Ökonomie des Sozialismus möglich (da sich in den Ländern, die den nichtkapitalistischen Weg beschreiten, die Übergangsperiode weitgehend von der Übergangsperiode unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats unterscheidet) und erst recht nicht im Rahmen der politischen Ökonomie der vorkapitalistischen Formationen (weil sich die vorkapitalistischen Formen hier mit den ökonomischen Formen der imperialistischen Herrschaft verflochten haben). Die Entwicklung auf dem kapitalistischen wie auf dem nichtkapitalistischen Weg wird in bedeutendem Maße durch die Gesetzmäßigkeit der Liquidierung der Rückständigkeit und des Aufbaus einer unabhängigen nationalen Wirtschaft bestimmt und hat in der gegebenen und offensichtlich ziemlich langen Etappe mehrere ähnliche Momente und Besonderheiten, von den möglichen mehrmaligen Übergängen einer Reihe von Ländern von einem Weg zum anderen ganz zu schweigen.

Da der nichtkapitalistische Weg unter den konkreten Bedingungen der meisten Entwicklungsländer ein bestimmtes Wachstum der kapitalistischen Verhältnisse nicht ausschließt und der kapitalistische Weg die aktive wirtschaftliche Rolle des Staates voraussetzt, dessen soziale Natur durchaus noch nicht endgültig bestimmt ist, verläuft die Bewegung von der bestehenden, Elemente mehrerer Formationen umfassenden Ökonomik sowohl zum Sozialismus als auch zum Kapitalismus in vielen wichtigen Aspekten in einer Richtung, über ein und dieselben Zwischentappen. Erst wenn der Entwicklungsweg der überwiegenden Mehrheit der Länder der "dritten Welt" endgültig bestimmt und der Sozialismus oder der nationale Kapitalismus zur herrschenden, überwiegenden Formation

der Volkswirtschaft geworden ist, wird die politische Ökonomie der Entwicklungsländer nur historische Bedeutung haben. Heute aber befinden sich alle (oder fast alle) *nationalen* Formationen in den Entwicklungsländern *objektiv* in antagonistischem Widerspruch zum Imperialismus, und dieser Widerspruch drückt allen Formen der ökonomischen Verhältnisse seinen Stempel auf.

Die Struktur des Vorlesungsprogramms unterscheidet sich von dem üblichen, festgelegten Verfahren der Darlegung in den Kursen über die politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Nach der Charakterisierung des Gegenstands des vorgeschlagenen Faches folgt ein Thema, das der nationalen Befreiungsrevolution gewidmet ist, weil gerade die Liquidierung des politischen Überbaus des Kolonialismus, der die Gesamtheit der früheren ökonomischen und sozialen Verhältnisse sanktionierte, als Ausgangspunkt für die Entstehung der neuen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung diente, die in den spontanen und bewußt regulierbaren Prozessen ihren Ausdruck finden. Vom Charakter der Weiterentwicklung der Revolution ist letzten Endes abhängig, welche gesellschaftlich-ökonomische Formation - der Sozialismus oder der Kapitalismus - sich am Ende der spezifischen Übergangsperiode, die jedes Land der "dritten Welt" durchmacht, konsolidieren wird.

Die folgenden beiden Themen charakterisieren im wesentlichen die sozialökonomische Wirklichkeit, die den Entwicklungsländern als Erbe der Kolonialepoche zuteil geworden ist und auf deren Basis sie eine unabhängige nationale Wirtschaft aufbauen müssen. Das erste dieser Themen, "Besonderheiten und Widersprüche des Reproduktionsprozesses", behandelt vorwiegend innere Aspekte. Obwohl die Reproduktion der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der Gegenwart, zehn bis zwanzig Jahre nach der Erringung der Unabhängigkeit, von den sozialökonomischen Umgestaltungen beeinflusst wird, die in der Periode der politischen Selbständigkeit durchgeführt wurden (sie sind unterschiedlich in der Tiefe und Breite, haben aber die ökonomischen Verhältnisse in allen Ländern der "dritten Welt" berührt), sind die Gesetzmäßigkeiten der Reproduktion, die in der Kolonialzeit entstanden sind, noch lange nicht überwunden. Der Reproduktionsprozeß in den Entwicklungsländern trägt einen deutlich ausgeprägten Übergangscharakter. Seine Analyse muß sowohl das bereits entstandene Neue als auch die realen Widersprüche der ökonomischen Struktur und des sozialen Lebens aufdecken, wobei zu berücksichtigen ist, welche neuen souveränen Staaten objektiv bedingte Aufgaben zur Überwindung der Kolonialstruktur der Volkswirtschaft, zur Beseitigung der sozialökonomi-

schen Rückständigkeit sowie zur Festigung der politischen und zur Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit stellen.

Die Untersuchung der Gesetzmäßigkeiten, die gegenwärtig die wirtschaftliche Entwicklung der neuen souveränen Staaten bestimmen, wäre unvollständig und einseitig, wenn nicht bereits auf den ersten Stufen der Analyse solche Faktoren einbezogen würden wie der Einfluß des kapitalistischen Weltsystems und die Einwirkung der Länder des Sozialismus oder - mit anderen Worten - der Gesamtheit der gegenwärtigen internationalen ökonomischen und politischen Verhältnisse. Das Thema IV des Kurses befaßt sich mit der Analyse dieser Frage. Das Problem der Wechselbeziehung der inneren und der äußeren Faktoren in der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer kann nicht an das Ende der Untersuchung verlegt werden, da dies eine besondere Verbindung der zwei Faktorengruppen ist. Die besondere und außerordentlich große Rolle des äußeren Faktors bestimmt die Spezifik aller ökonomischen, politischen, sozialen und ideologischen Prozesse in diesen Ländern.

Die entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der oben charakterisierten sozialökonomischen Wirklichkeit kommt dem Nationalstaat zu, während Charakter, Maßstäbe und Tempo dieser Umgestaltung in bedeutendem Maße durch die soziale Natur des Staates bestimmt werden. Die Untersuchung der Besonderheiten der Nationalstaaten, ihrer sozialen Natur und ökonomischen Funktion sowie die Frage der Wechselbeziehung zwischen den objektiven ökonomischen Gesetzen und der zielgerichteten wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates eröffnen und bestimmen die ganze weitere Darlegung.

Die sozialökonomischen Umgestaltungen, die in den Ländern der "dritten Welt" durchgeführt werden, erscheinen an der Oberfläche als Willensakte der entsprechenden Parteien und Regierungen. Aber hinter der subjektiven Form verbirgt sich der *objektive* Inhalt, und die Allgemeinheit der Umgestaltungen selbst weist auf ihren *gesetzmäßigen*, notwendigen Charakter hin. In den sozialökonomischen Umgestaltungen zeigt sich am deutlichsten die Weiterentwicklung der nationalen Befreiungsrevolution, und die Umgestaltungen selbst bringen letzten Endes die ökonomischen Gesetze zum Ausdruck, die die Entstehung der neuen Produktionsweise bestimmen.

Die Wechselbeziehung zwischen den sozialen Kräften sowie der Charakter der Staatsmacht und der staatlichen Politik bestimmen, welche Produktionsweise in diesem oder jenem Lande entsteht und welche ökonomischen Gesetze allmählich entscheidende Bedeutung bekommen. Aber

obwohl der politische Überbau in den Ländern der "dritten Welt" bei der Herstellung der neuen Produktionsweise eine bedeutend aktivere und selbständigere umgestaltende Rolle spielt als seinerzeit in den heute entwickelten kapitalistischen Ländern, ist seine Selbständigkeit relativ und auf die realen ökonomischen Bedingungen sowie auf die tatsächlichen Veränderungen in der ökonomischen Basis beschränkt.

Wir bemühten uns, in allen aufgezählten Themen die *Ursachen und Bedingungen für das Entstehen der Produktionsverhältnisse des Übergangs (das heißt einschließlich der sozialistischen Elemente)* sowohl innerhalb der einzelnen Entwicklungsländer als auch in der internationalen Arena zu zeigen. Die folgenden drei Themen - staatlicher Sektor, Planung und gemischte Betriebe - befassen sich mit der Analyse der wichtigsten der relativ neuen konkreten ökonomischen Formen, in deren Rahmen die Entstehung und Entwicklung der Produktionsverhältnisse des Übergangs vor sich gehen kann. Diese ökonomischen Formen (und dementsprechend die Kategorien der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer) bringen den Kampf der widersprüchlichen Tendenzen des nichtkapitalistischen und des kapitalistischen Entwicklungsweges zum Ausdruck und innerhalb dieses letzteren auch den Zusammenstoß der beiden Tendenzen, von denen die eine proimperialistischen Charakter hat, während die andere mit mehr oder weniger konsequenten antiimperialistischen Umgestaltungen verbunden ist. Als roter Faden zieht sich durch den ganzen Kurs und insbesondere durch die genannten Abschnitte der Gedanke, daß nicht nur dem kapitalistischen, sondern auch dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg in seinen verschiedenen Varianten tiefgehende *innere* Widersprüche eigen sind. Ohne den nichtkapitalistischen Weg zu idealisieren, unterstreicht die marxistische politische Ökonomie der Entwicklungsländer jedoch, daß es nur auf diesem Wege möglich ist, die grundlegenden sozialen Probleme der neuen Staaten in historisch übersehbaren Zeiträumen zu lösen.

Die außerordentliche Kompliziertheit der Probleme, die die vom Kolonialismus frei gewordenen Länder lösen müssen, wird dadurch bestimmt, daß sie gleichzeitig mit der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine moderne hocheffektive materiell-technische Produktionsbasis errichten müssen. Um diese gewaltige und außerordentlich schwierige Aufgabe zu bewältigen, ist eine durchdachte *Zweigstrategie der Entwicklung* notwendig, die sich auf ein wissenschaftlich begründetes Programm der konsequenten Modernisierung der Volkswirtschaft stützt. Die theoretischen Grundlagen eines solchen Programms müssen in der po-

litischen Ökonomie der Entwicklungsländer enthalten sein. In der gegebenen Etappe der Arbeit können wir leider nur die Analyse eines Aspektes dieses komplizierten Problems vorschlagen: die Rolle der Infrastruktur der Produktion in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer. Bei der Aufnahme dieses Themas in das Programm wurde auch berücksichtigt, daß es bisher in der marxistischen Wirtschaftsliteratur noch wenig bearbeitet wurde.

Die Darlegung der ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer wird mit einem Thema beendet, das den Finanzen, dem Kredit und der Geldzirkulation gewidmet ist. Die mit dem Geld und der Währung verbundenen ökonomischen Kategorien gibt es auch im allgemeinen Fach der politischen Ökonomie. Aber unter den spezifischen Bedingungen der Entwicklungsländer können sie einen neuen sozialen Inhalt annehmen und sogar Produktionsverhältnisse des Übergangs zum Ausdruck bringen. Der Kurs endet mit einem Thema über die Besonderheiten des Neutralismus als einer der verbreitetsten und effektivsten Formen der außenpolitischen Sicherung der progressiven sozialökonomischen Umgestaltungen und der Bewegung auf dem nichtkapitalistischen Weg.

Wir verweisen auf einige Besonderheiten des Programms. Im Vergleich zu den Programmen des allgemeinen Fachs der politischen Ökonomie behandelt es die Fragen viel ausführlicher; einige seiner Punkte haben Thesenform, enthalten umfassende Erläuterungen. Dies steht damit in Zusammenhang, daß es noch kein systematisches Lehrbuch für dieses Fach gibt.

Wir lenken die Aufmerksamkeit auf eine weitere Besonderheit. In vielen Fällen wird die "Sonderstellung der Entwicklungsländer im System der modernen Weltwirtschaft", der "spezifische Charakter des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus", die "Besonderheit des Entstehens der sozialistischen Produktionsweise", die "Besonderheit des Wirkens ihrer Gesetze" usw. hervorgehoben. Diese deutliche Herausstellung des Spezifischen ist damit verbunden, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer keine neuen, vom Kapitalismus oder vom Sozialismus unterschiedlichen ökonomischen Gesetze entstehen können: Es gibt nur besondere Formen des Wirkens, besondere Erscheinungsformen dieser Gesetze.

In der Wirtschaft der Entwicklungsländer entstehen *bei der Entwicklung auf dem nichtkapitalistischen Weg Produktionsverhältnisse des Übergangs*. In dem Übergangscharakter der Verhältnisse, in dieser Verbindung widersprüchlicher Prinzipien und entgegengesetzter Tendenzen in

ein und derselben ökonomischen Erscheinung zeigt sich auch der besondere Charakter des Wirkens der ökonomischen Gesetze. In Übereinstimmung mit diesem realen Prozeß entsteht die Notwendigkeit, die Produktionsverhältnisse des Übergangs entweder in neuen ökonomischen Kategorien auszudrücken oder den besonderen sozialen Inhalt der aus der politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus bekannten alten Kategorien zu erläutern. Wir sind der Meinung, daß dies auch in den Formulierungen des Programms hervorgehoben werden muß.

Die Verfasser sind sich darüber klar, daß die vorgeschlagene Variante des Programms sowohl in der Struktur als auch in der Ausarbeitung der Problematik im Rahmen der einzelnen Themen der Präzisierung und Vervollkommnung bedarf. Wir glauben aber, daß sie dazu beitragen wird, die Frage von der Ebene der abstrakten Erörterungen über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Abtrennung der behandelten Probleme als einen speziellen Abschnitt der politischen Ökonomie auf den konkreten Boden der Diskussion über die bestehende Praxis zu übertragen. Hierbei kann die Diskussion bereits die ideologisch-theoretische und politische Einflußnahme des Faches auf die Herausbildung qualifizierter Kader aus den Studenten der Entwicklungsländer berücksichtigen.

Das Programm wurde auf einer Sitzung des Lehrstuhls erörtert und gibt in allen grundlegenden Thesen dessen wissenschaftlichen Standpunkt wieder.

Die Autoren des Programms nehmen Ratschläge und kritische Bemerkungen mit Dank entgegen.

Thema I: Gegenstand und Methode der marxistischen politischen Ökonomie der Entwicklungsländer

Die marxistische politische Ökonomie der gegenwärtigen Epoche.
Ihre Bestandteile: politische Ökonomie des Kapitalismus, politische Ökonomie des Sozialismus und politische Ökonomie der Entwicklungsländer. Die Spezifik der gegenwärtigen Epoche - der *Übergang* vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Die Modifizierung der Gesetze des Kapitalismus unter dem Einfluß von äußeren und inneren Faktoren. Der Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf den Verlauf der *Weltentwicklung*: Bedeutung, Tendenz und Maßstäbe. Der Zerfall des Kolonialsystems und sein Klasseninhalt: der Zerfall der imperialistischen gesellschaftlichen Strukturen und der begonnene Prozeß der Herausbildung neuer Strukturen.

Die Hauptkriterien der Heraussonderung der Entwicklungsländer: die Sonderstellung im System der weltweiten ökonomischen und politischen Beziehungen, das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und die spezifischen Züge der Reproduktion, die Besonderheiten der sozialökonomischen Struktur. Die Definition des Begriffs Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer als besondere Ländergruppe in den weltweiten ökonomischen und politischen Beziehungen als widersprüchliche Einheit. Das Problem der Klassifizierung der Entwicklungsländer.

Der Forschungsgegenstand der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer - die Entstehung einer neuen Produktionsweise (der kapitalistischen oder der sozialistischen Produktionsweise) unter den spezifischen Bedingungen einer rückständigen, Elemente mehrerer Formationen umfassenden und abhängigen Wirtschaft sowie unter den Bedingungen der Koexistenz und des Kampfes der beiden Systeme in der Weltarena. Die allgemeine Charakteristik der Gesetze, die die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer bestimmen; die objektive Notwendigkeit der Beseitigung der Rückständigkeit und des Aufbaus einer unabhängigen nationalen Wirtschaft als Gesetzmäßigkeit der Entwicklung dieser Länder. Das Problem der Wahl des Entwicklungsweges. Die spezifischen Besonderheiten der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Produktionsverhältnisse des Übergangs in den Entwicklungsländern. Die Übergangsverhältnisse - Formen, die sozialistische Elemente enthalten. Die Grundtendenzen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse des Übergangs. Die Widerspiegelung der objektiven Prozesse im System der Kategorien der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer.

Ökonomische Basis und Überbau in den Entwicklungsländern. Die besondere Rolle der Politik und der Ideologie bei der Entstehung der neuen Produktionsweise. Die wissenschaftlichen Grundlagen der bewußten Einflußnahme auf den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung. Die politisch-ökonomische Theorie und Praxis der sozialen Umgestaltungen in den Entwicklungsländern. Das Problem der Verbindung der sozialökonomischen Rekonstruktion und eines hohen Wachstumstempos des gesellschaftlichen Gesamtprodukts.

Die Besonderheiten der Methode der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer. Der Ausgangspunkt der Forschung - die bestehenden Typen von Produktionsverhältnissen, ihr Wesen und ihre Erscheinungsformen. Das Niveau der Abstraktion, die Wechselbeziehung zwischen Abstraktem

und Konkretem. Die logische Aufeinanderfolge der ökonomischen Kategorien und die Widerspiegelung des historischen Verlaufs der gesellschaftlichen Entwicklung in ihnen. Die Ausnutzung des sozialökonomischen Experiments. Die qualitative und die quantitative Analyse.

Thema II: Die nationale Befreiungsrevolution

Die nationale Befreiungsrevolution - Ausgangspunkt für die Formung einer neuen sozialökonomischen Struktur der Volkswirtschaft und neuer Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung. Die Erringung der politischen Unabhängigkeit durch die meisten Kolonialländer - ein Abschnitt von welthistorischer Bedeutung. Die nationale Befreiungsrevolution - ein Bestandteil des revolutionären Weltprozesses der Gegenwart.

Die inneren Voraussetzungen für die Entfaltung der Revolution. Die objektiven Grundlagen der Krise des Kolonialsystems des Imperialismus im Bereich der ökonomischen, sozialen, politischen, nationalen und ideologischen Beziehungen.

Die äußeren Voraussetzungen für den Sieg der nationalen Befreiungsrevolution: das sozialistische Weltsystem, die Unterstützung der demokratischen Kräfte in den imperialistischen Ländern, die Kettenreaktion der Befreiung. Die Veränderung der politischen Strategie des Imperialismus - der Übergang von den traditionellen Formen des Kolonialismus zum Neokolonialismus. Der weltweite Charakter der nationalen Befreiungsrevolution.

Das Wesen der nationalen Befreiungsrevolution: ihr sozialökonomischer Charakter, ihre Aufgaben und Triebkräfte. Die Besonderheiten der Zusammensetzung und Dynamik der Triebkräfte der Revolution. Die historische Entwicklungstendenz der Revolution.

Die Etappen der Revolution und das Problem ihrer Weiterentwicklung. Der Übergang der politischen Macht in die Hände der nationalen Kräfte - der Abschluß der ersten Etappe der Revolution. Die objektiven Aufgaben der gegenwärtigen Etappe der Revolution. Das Problem der Wahl zwischen dem kapitalistischen und dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Die inneren und die äußeren Voraussetzungen für den nichtkapitalistischen Weg. Das Wesen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges: die Schaffung einer progressiven materiell-technischen Basis und die Umgestaltung der sozialökonomischen Struktur mit vorwiegend nichtkapitalistischen Methoden, die die freie Entwicklung des Kapitalismus einschränken. Die Besonderheiten des nichtkapitali-

stischen Weges in den Entwicklungsländern mit unterschiedlichem Niveau der sozialökonomischen Entwicklung: die Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus unter Umgehung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums in den Ländern, wo sich der Kapitalismus in Keimformen befindet, und die Möglichkeit, die kapitalistische Entwicklung in den Entwicklungsländern "abzustoßen", wo sich der nationale Kapitalismus noch nicht als vorherrschende Formation gebildet hat. Die Wechselbeziehung der allgemeindemokratischen Umgestaltungen und der Bewegung zum Sozialismus. Der kapitalistische Weg und seine verschiedenen Varianten. Die Instabilität der sozialökonomischen und politischen Lage der Länder der "dritten Welt". Die Möglichkeiten der Entwicklung der Revolution auf einer aufsteigenden und absteigenden Linie. Die Nationalstaaten und ihre Rolle bei der Entwicklung der Revolution: allgemeine Charakteristik. Der Staat der nationalen Demokratie.

Die Theorien des "nationalen Sozialismus", ihr objektiver Inhalt, ihre Evolution und historische Rolle.

Thema III: Besonderheiten und Widersprüche des Reproduktionsprozesses in den Entwicklungsländern

Allgemeine Charakteristik des Reproduktionsprozesses in den Entwicklungsländern. Die Reproduktion der materiellen Ressourcen (in Wert- und Naturalform), der Arbeitskräfte und Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen einer rückständigen, abhängigen und Elemente mehrerer Formationen umfassenden Wirtschaft. Der Inhalt des Begriffs "wirtschaftliche Rückständigkeit" in der Anwendung auf die Entwicklungsländer. Die Grundlage der Rückständigkeit - das niedrige Niveau der Arbeitsproduktivität.

Die Zweigstruktur der Volkswirtschaft und das Niveau der Produktivkräfte. Die schwache und disproportionale Entwicklung der Abteilung I. Das technische Niveau der Landwirtschaft, der extraktiven und verarbeitenden Industrie, der Infrastruktur, ihre relative Rolle in der nationalen Wirtschaft und der Charakter der Verflechtungen zwischen den einzelnen Zweigen. Das Niveau der Arbeitsproduktivität in den volkswirtschaftlichen Schlüsselzweigen. Der Ersatz der Arbeitsmittel in der Wirtschaft des kapitalistischen und des vorkapitalistischen Typs. Die vorhandenen Produktivkräfte als materiell-technische Ausgangsbasis eines besonderen Typs der erweiterten Reproduktion - des Aufbaus einer unabhängigen progressiven Wirtschaft.

Das Vorhandensein von Elementen mehrerer Formationen und die sozial-ökonomische Ungleichartigkeit der Reproduktion. Die bisektorale Struktur des Kolonialtyps: der "traditionelle" und der ausländische Sektor, ihre Wechselbeziehungen vor und nach der Verkündung der Unabhängigkeit. Charakterisierung der Formationen: patriarchalische Gemeinde, Feudalismus, kleine Warenproduktion, (nationaler und ausländischer) Privatkapitalismus, Staatskapitalismus, staatlicher Sektor (in den Ländern, die den nichtkapitalistischen Weg gewählt haben) und die Besonderheiten der bei ihnen vor sich gehenden Reproduktion. Wechselbeziehung und Formen der ökonomischen Verbindungen zwischen den Formationen im Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion. Die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit des Reproduktionsprozesses in den Entwicklungsländern: einfache Reproduktion der auf der Naturalwirtschaft beruhenden Formationen und der kleinen Warenproduktion, erweiterte Reproduktion des nationalen Kapitals, des ausländischen Monopolkapitals und des staatlichen Sektors. Die Tendenz zur Bildung einer einheitlichen nationalen Wirtschaft im Prozeß der Herausbildung einer neuen (der sozialistischen oder der kapitalistischen) Produktionsweise

Die Besonderheiten der Reproduktion der Arbeitskräfteressourcen. Die demographische Charakteristik der Arbeitskräfteressourcen, die Spezifik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Entwicklungsländern. Die Charakteristik des in den Entwicklungsländern wirkenden Bevölkerungsgesetzes. Formen und Maßstäbe der relativen Überbevölkerung. Das Beschäftigungsproblem, Wege und Perspektiven zu seiner Lösung. Die Besonderheiten der Herausbildung der Lohnarbeitsarmee: die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Faktoren, Rolle und Maßstäbe der Migrationen der Lohnarbeitskräfte, die Urbanisierung und die Unabgeschlossenheit des Prozesses. Das Wirken des Gesetzes des Wertes der Arbeitskraft unter den Bedingungen einer Elemente mehrerer Formationen umfassenden Wirtschaft, der Einfluß der spezifischen Faktoren auf das Niveau des Wertes der Arbeitskraft. Die Berufs- und Qualifikationscharakteristik der Arbeitskräfteressourcen. Das Problem der erweiterten Reproduktion der qualifizierten Kader.

Das Problem der Akkumulation. Allgemeine Charakteristik der Rate und Masse der Akkumulation in den Entwicklungsländern. Die Spezifik des Wirkens des Gesetzes des Durchschnittsprofits in der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Der monopolisiert hohe Profit des ausländischen Kapitals. Der Durchschnittsprofit der nationalen Bourgeoisie. Der Umfang des kapitalistischen Profits und die Besonderheiten seiner Ver-

teilung auf Kapital und Einkommen. Die Akkumulation im nichtkapitalistischen Wirtschaftssektor: Maßstab und Möglichkeiten der Erhöhung. Maßstäbe und prozentualer Anteil der Akkumulation in den verschiedenen Formationen der nationalen Wirtschaft. Der soziale Inhalt des Akkumulationsproblems. Die inneren und die äußeren Akkumulationsquellen. Die staatliche und die private Akkumulation. Die objektive Notwendigkeit der Begrenzung des parasitären Konsums. Die Rolle des Staates bei der Mobilisierung und Zentralisierung der Ressourcen für die Akkumulation. Die potentiellen Quellen des Wachstums der Akkumulation: die Erhöhung des Nutzeffekts der vorhandenen Kapazitäten und die "Arbeitskräfteinvestitionen". Die Behandlung des Problems der Akkumulation in den bürgerlichen Wachstumstheorien.

Das Problem der Realisierung in der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Die Produktion von Waren für den Export und die Warenproduktion für den Inlandbedarf. Der prozentuale Anteil und die ökonomische Bedeutung des Exportsektors der Wirtschaft. Die Besonderheiten der Herausbildung des inneren Marktes in den Entwicklungsländern. Die Abhängigkeit des inneren Marktes vom Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung innerhalb des Landes und vom Charakter sowie von den Maßstäben der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die Perspektiven der Erweiterung des inneren Marktes. Die Industrialisierung und die grundlegende sozialökonomische Umgestaltung der Landwirtschaft - Voraussetzungen für das quantitative Wachstum und die qualitative Umgestaltung des inneren Marktes. Die Schaffung zwischenstaatlicher Märkte mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik als eine Methode zur Lösung des Problems. Die Integration als Faktor der erweiterten Reproduktion in den Entwicklungsländern.

Das Problem des Tempos des Wirtschaftswachstums. Das gegenwärtige Wachstumstempo des Bruttonationalprodukts und des Einkommens in den entwickelten kapitalistischen Ländern und in den Entwicklungsländern. Das Entwicklungstempo der Industrie und der Landwirtschaft. Die Gefahr der Vergrößerung des ökonomischen Abstands zwischen den beiden Ländergruppen des kapitalistischen Weltsystems. Die Reproduktion der Verhältnisse der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der Rückständigkeit der Entwicklungsländer auf der Basis der objektiv wirkenden Gesetze der kapitalistischen Weltwirtschaft. Gegentendenzen. Die objektive Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit einer Reproduktion neuen Typs. Die erweiterte Reproduktion der Wirtschaft des Übergangstyps als Reproduktion von Verhältnissen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, als

Reproduktion und Sanktionierung immer progressiverer Produktionsverhältnisse. Das Problem des Tempos in den bürgerlichen Theorien des Wirtschaftswachstums. Die Generalperspektive und die Lösung der laufenden Probleme einer sich entwickelnden Wirtschaft.

Die Marxschen Reproduktionsschemata und die Notwendigkeit der Ausarbeitung von Reproduktionsmodellen, die den ökonomischen Bedingungen der Entwicklungsländer entsprechen.

Thema IV: Die Entwicklungsländer im System der Weltwirtschaft

Die Sonderstellung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Die wirtschaftliche Rückständigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Die wichtigsten Erscheinungen der Abhängigkeit der Entwicklungsländer, ihre nichtgleichberechtigte Stellung im System der internationalen Arbeitsteilung. Die Wechselbeziehung und gegenseitige Bedingtheit von wirtschaftlicher Abhängigkeit und wirtschaftlicher Rückständigkeit. Der Inhalt der Kategorie "wirtschaftliche Unabhängigkeit".

Der *Neokolonialismus* als System der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern und als Ausdruck der Globalstrategie des Imperialismus. Die ökonomischen Grundlagen der neokolonialistischen Beziehungen. Die politischen Ziele und Methoden des Neokolonialismus.

Neue Faktoren im System der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Einengung des Bereichs der uneingeschränkten Herrschaft der Gesetze des Monopolkapitalismus. Die Gesetzmäßigkeit der Schwächung der Positionen des Imperialismus im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Möglichkeit ihrer Ausnutzung durch die Entwicklungsländer. Das Auftreten neuer und die Umwandlung der alten ökonomischen Kategorien, die die Veränderungen der internationalen ("sekundären") Produktionsverhältnisse zum Ausdruck bringen. Die Produktionsverhältnisse des Übergangs und die Produktionsverhältnisse der Übergangsepoche im System der Weltwirtschaft. Der Kampf für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen - ein besonderer Bereich der nationalen Befreiungsrevolution.

Die Entwicklungsländer und der kapitalistische Weltmarkt. Der Weltmarkt, die Weltpreise und das Weltgeld - allgemeine Formen der Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der Weltwirtschaft. Der Marktmechanismus der Reproduktion von wirtschaftlichen Abhängigkeitsbeziehungen. Die ma-

teriellen Verluste der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt. Das Problem des nichtäquivalenten Austausch auf dem Weltmarkt. Die "Preisschere" und ihre ökonomischen Grundlagen. Die Veränderung der Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltproduktion und die Tendenz zur Verschlechterung ihrer Positionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt für Waren und Dienstleistungen. Erscheinungen dieser Tendenz: das Sinken des Anteils der Entwicklungsländer am Welthandel, die Verschlechterung der "terms of trade", die starken Schwankungen der Nachfrage und der Preise für ihre traditionellen Waren, die Steigerung der Ausgaben für die Bezahlung internationaler Dienstleistungen, die Verschärfung des Problems der Handels- und Zahlungsbilanzen.

Die objektive Möglichkeit, den kapitalistischen Weltmarkt für die Überwindung der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Rückständigkeit auszunutzen. Der Kampf für die Rekonstruktion des Außenhandels - eine objektive Gesetzmäßigkeit und ein Wachstumsfaktor. Die Transformation der Kategorien Absatzmarkt und Rohstoffquelle. Wege und Methoden zur Umgestaltung der Außenhandelsbeziehungen. Das Außenhandelsmonopol, seine verschiedenen Formen und sein sozialökonomischer Inhalt. Die Zollpolitik: Praxis und Aufgaben.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der neuen unabhängigen Staaten untereinander als neuer Typ der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die objektiven Bedingungen, die die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Beziehungen bestimmen. Die Tendenz zur wirtschaftlichen und politischen Annäherung der Entwicklungsländer. Die politischen, nationalen und sozialökonomischen Wurzeln dieser Tendenz. Die Wirtschaftsverbände der neuen unabhängigen Staaten, die Tendenzen ihrer Entwicklung und ihre Rolle bei der Festigung der nationalen Unabhängigkeit. Die Bedeutung gemeinsamer Aktionen der Entwicklungsländer auf dem internationalen Markt.

Das Problem der regionalen Integration der neuen Staaten als Faktor der Festigung ihrer Positionen in der Weltwirtschaft. Die objektive Grundlage der Integration als spezifische Erscheinung der Tendenz zur Internationalisierung der gesellschaftlichen Produktion, der Tendenz zur Annäherung der Nationen. Allgemeine und spezifische Faktoren, die die Integration der vom Kolonialismus frei gewordenen Länder stimulieren. Die Möglichkeit und Notwendigkeit der Integration der Entwicklungsländer. Die prinzipiellen Unterschiede zwischen der imperialistischen Integration und der Integration der Entwicklungsländer. Die Integration der Entwicklungsländer als Instrument des Kampfes für die

strukturelle Veränderung der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung und die Schaffung eines neuen Systems der internationalen Spezialisierung. Die Hauptlinien (-formen) der Integration. Der widersprüchliche Inhalt der verschiedenen Integrationsformen. Schwierigkeiten und Perspektiven der Integration. Die Grenzen der Progressivität der Integration und die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus. Die Integration und der nichtkapitalistische Entwicklungsweg.

Die internationale Kapitalbewegung und die Entwicklungsländer. Ursachen und Folgen des Kapitalexports im Imperialismus. Die Maßstäbe der Kapitalbewegung aus den entwickelten kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg und die Verringerung des Anteils der Entwicklungsländer am Weltkapitalimport als Widerspiegelung der Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur des modernen Kapitalismus.

Die Umwandlung der Kategorie Kapitalexport und die Verstärkung ihres widersprüchlichen Inhalts als Widerspiegelung der Veränderungen in den internationalen Produktionsverhältnissen. Der Kapitalexport und die imperialistische "Hilfe" als zentrale Kettenglieder im System der neokolonialistischen Beziehungen und als wichtige Mittel der Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Veränderung der Kolonialstruktur der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Die internationalen und inneren Bedingungen, die eine solche Umwandlung bestimmt haben.

Die Hauptformen der *Kapitalbewegung* aus den imperialistischen Ländern in die Entwicklungsländer: der *Export von staatlichem Kapital* (staatliche Kredite, Investitionen der Regierungen der imperialistischen Staaten in gemischte Gesellschaften, die in den Entwicklungsländern tätig sind), die "*Hilfe*" (nichtzurückzahlbare staatliche Subsidien, Beiträge für internationale Organisationen, Bezahlung von Expertendiensten, zinsfreie Kredite) und der *Export von Privatkapital*. Die gegenseitige Verbindung dieser Formen. Der Anteil und Grad der Beteiligung der imperialistischen Hauptländer am Kapitalexport und an der "Hilfe" für die Entwicklungsländer.

Die führende Rolle und der universelle Charakter des Exports von staatlichem Kapital. Die Formen und die Bedingungen der Gewährung staatlicher Kredite und ihre Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer. Die Rolle des Exports von staatlichem Kapital in der Strategie des Neokolonialismus. Die Zunahme der Auslandsverschuldung der Länder der "dritten Welt".

Die "Hilfe" als besondere Form des Funktionierens und der Bewegung des Kapitals, als Form der Produktionsverhältnisse der Übergangsepoche; die Gründe für ihre Entstehung, ihr Inhalt und ihre Zweckbestimmung; das Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie bei der "Hilfe" der imperialistischen Staaten. Der prozentuale Anteil der "Hilfe" am Gesamtvolumen der Ressourcen, die aus den entwickelten kapitalistischen Ländern in die Entwicklungsländer gelangen. Die Abarten der "Hilfe" und ihre Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der "dritten Welt". Die neue ökonomische Kategorie "Hilfe" und die Evolution ihres Inhalts.

Der Export von Privatkapital und seine Hauptformen. Das Überwiegen der Direktinvestitionen beim Export von Privatkapital. Die Tendenz zur absoluten und relativen Verringerung des Nettozuflusses von Privatkapital in die Entwicklungsländer. Die Zunahme der unersetzbaren Verluste der Entwicklungsländer aus dem Export von Profiten für ausländische Investitionen. Das Wechselverhältnis der neuen ausländischen Privatinvestitionen und der exportierten Profite. Die Veränderungen in der Zweigstruktur der ausländischen Privatinvestitionen (Neuinvestitionen und Reinvestitionen), die soziale und ökonomische Bedeutung dieser Veränderungen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern - ein neuer Typ der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und ein wichtiger Faktor des Wachstums und der Festigung der Unabhängigkeit der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Die objektive Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern. Die materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern. Die Formen und der Umfang der Zusammenarbeit. Die wirtschaftliche und technische Hilfe. Die Entwicklung des Außenhandelsumsatzes. Die Bedeutung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern für die Schaffung einer modernen materiell-technischen Basis und für die Konsolidierung aller Faktoren der progressiven sozialökonomischen Entwicklung in den Ländern der "dritten Welt". Die Kriterien der Effektivität der Beziehungen für die sozialistischen Länder und die Entwicklungsländer. Die Perspektiven der Entwicklung ökonomisch begründeter, beiderseits vorteilhafter Beziehungen. Die Erweiterung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern als Faktor der progressiven Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft, der die

Beibehaltung und Entwicklung der beiderseits vorteilhaften ökonomischen Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern nicht ausschließt.

Die *Rolle der UNO* und ihrer spezialisierten internationalen Wirtschaftsorganisationen. Die Entwicklungsperspektiven der Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen.

Die *Zwischenstellung* der Länder der "dritten Welt" zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System und die zwei Tendenzen in der Orientierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der neuen Staaten. Die Möglichkeit des Ausscheidens der Entwicklungsländer aus der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer Einbeziehung in die internationale sozialistische Arbeitsteilung (als unvollständig sozialistische Glieder des sozialistischen Weltsystems).

Thema V: Der Nationalstaat in den Entwicklungsländern, seine soziale Basis und ökonomische Funktion

Allgemeine Charakteristik der Hauptklassen und sozialen Gruppen der nationalen Gesellschaft. Die vorkapitalistischen Ausbeuterschichten: die sich feudalisierende Stamesspitze, die Feudalherren, die theokratischen und vorbourgeoisien Gruppen (Händler und Wucherer). Die nationale Bourgeoisie, ihre Ungleichartigkeit, die sozialen Verbindungen, die soziale Doppelstellung, die ökonomische Passivität. Die Bauernschaft - die zahlenmäßig überwiegende Klasse, ihre Zusammensetzung und ihr Zerfall. Das Proletariat, seine Zusammensetzung, das Niveau des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit. Die vorproletarischen Schichten - die unteren Volksschichten in den Städten und ihre soziale Rolle. Die "alten" und die "neuen" Mittelschichten: die städtische Kleinbourgeoisie, das Beamtentum, die Angestellten der staatlichen und privaten Einrichtungen und Betriebe. Die Intelligenz, die Besonderheiten ihrer Lage und Rolle in der nationalen Gesellschaft. Die Unabgeschlossenheit des Prozesses der Formierung der Klassen. Die Beziehungen des Klassenkampfes und der Klassenzusammenarbeit.

Die Nationalstaaten in den Entwicklungsländern und ihre Spezifik. Die ökonomische und politische Grundlage, der Übergangscharakter der Nationalstaaten. Die Klassifizierung der Entwicklungsländer vom Standpunkt der sozialen Natur und der allgemeinpolitischen Orientierung ihrer Staaten: a) Staaten, die radikale sozialökonomische Umgestaltungen vornehmen, vorkapitalistische Ausbeutungsformen beseitigen und die ka-

pitalistischen Ausbeutungsformen einschränken sowie eine entschlossene antiimperialistische Position beziehen (soziale Basis - Block der revolutionärdemokratischen Klassen und Gruppen); b) Staaten, die den Weg zur Entwicklung des nationalen Kapitalismus ebnen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit auf dem kapitalistischen Wege zu festigen versuchen und eine inkonsequente antiimperialistische Position beziehen (soziale Basis - Hauptgruppen der nationalen Bourgeoisie, ihre Klassenverbündeten von rechts und links); c) Staaten, die sich auf die vorwiegend spontane Entwicklung des nationalen Kapitalismus und die Festigung der Beziehungen mit dem Imperialismus orientieren, die ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vertiefen (soziale Basis - Gruppen der nationalen Bourgeoisie, die mit dem Auslandskapital eng verbunden sind, vorkapitalistische Ausbeutergruppen).

Die potentielle und reale soziale Grundlage der Nationalstaaten. Die besondere Lage der sozialen Gruppen, die den zivilen und militärischen Verwaltungsapparat in der gesellschaftlichen Struktur der Entwicklungsländer bilden. Die relative Selbständigkeit des Staates, die Spezifik seiner Beziehungen zu den Hauptklassen der nationalen Gesellschaft. Die Haupttendenzen der sozialen und politischen Entwicklung der Staaten in den Ländern der "dritten Welt"; die "Entwicklung nach links" und die "Entwicklung nach rechts" als Ausdruck der aufsteigenden und der absteigenden Linie der Revolution. Das Problem der politischen Demokratie, die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten ihrer Entwicklung, die mit ihrer Einschränkung verbundenen Gefahren. Die militärischen Umwälzungen, ihre soziale Grundlage und politische Rolle. Die Einwirkung der historischen Tradition - der Verflechtung und der gegenseitigen Durchdringung der staatsmonopolistischen Formen und Methoden des ausländischen Imperialismus und der orientalistisch-despotischen Formen der vorkolonialen staatlichen Wirtschaft. Die Gefahren in Zusammenhang mit der Umwandlung des Staates in einen abgeschlossenen sich selbst entwickelnden Organismus, der die soziale Herrschaft der bürokratischen Elite verkörpert.

Die *ökonomische Funktion des Staates*, ihr Inhalt, die inneren und äußeren Bedingungen, die ihre Erweiterung erfordern. Die Verschmelzung und Verflechtung der inneren und äußeren Aufgaben der Nationalstaaten in ihrer ökonomischen Funktion. Das Problem des Umfangs und der Intensität der ökonomischen Funktion der Entwicklungsländer. Die objektiv antiimperialistische Richtung der ökonomischen Funktion der Nationalstaaten. Der Nationalstaat als einzige ökonomische und politische Kraft, die fähig ist, dem Angriff des Monopolkapitals Widerstand zu

leisten. Die Möglichkeit des Hinüberwachsens der antiimperialistischen Tendenz in eine antikapitalistische Tendenz. Die Evolution des sozialen Inhalts der ökonomischen Funktion der neuen Staaten und die Entstehung von Produktionsverhältnissen des Übergangs. Die soziale Natur des Staates - ein Faktor, der den Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung, das Wesen der wichtigsten Produktionsverhältnisse im System der nationalen Wirtschaft bestimmt.

Die Wechselbeziehung der objektiven ökonomischen Gesetze und der zielgerichteten wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates. Planmäßigkeit und Spontaneität in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der "dritten Welt". Der Inhalt des Problems der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse in den Entwicklungsländern. Die Rolle des Staates als vermittelndes Glied, das die Beziehungen zwischen dem Weltwarenmarkt und -geldmarkt und der nationalen Wirtschaft, zwischen dem staatlichen Sektor, dem Kapitalismus, der kleinen Warenproduktion und den anderen Formationen der nationalen Wirtschaft lenkt und reguliert. Die Hauptformen und -methoden der staatlichen Einmischung in die Reproduktion. Das Problem der Effektivität der ökonomischen Funktion der Nationalstaaten, seine Abhängigkeit von der sozialen Natur des Staates und anderen Faktoren. Die objektiv bedingten Grenzen des Einbruchs des Staates in den Reproduktionsprozeß einer Wirtschaft, die Elemente mehrerer Formationen umfaßt. Die Ware-Wert-Beziehungen im staatlichen Sektor.

Die ökonomische Rolle des Staates der Länder der "dritten Welt" in der wissenschaftlichen und politischen Literatur der kapitalistischen Länder und der Entwicklungsländer. Die Widersprüchlichkeit und der Klasseninhalt der Grundkonzeptionen.

Thema VI: Die Gesetzmäßigkeiten der sozialökonomischen Umgestaltungen

Der objektive und allgemeine Charakter der sozialökonomischen Umgestaltungen in den Entwicklungsländern. Die sozialökonomischen Umgestaltungen als Fortsetzung und Entwicklung der nationalen Befreiungsrevolution in den Entwicklungsländern. Die subjektive Form und der objektive Inhalt der sozialökonomischen Umgestaltungen. Die Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Abhängigkeit - Hauptinhalt der Umgestaltungen.

Die Einschränkung und Beseitigung der Positionen des ausländischen Kapitals in der nationalen Wirtschaft - die Verkörperung der Einheit der nationalen und sozialen Aufgaben der Revolution.

Das Problem des ausländischen Kapitals in den Entwicklungsländern, seine Doppelrolle unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen. Die Formen des ausländischen kapitalistischen Eigentums: staatliches, privatmonopolistisches und Kolonisteneigentum. Das ausländische Eigentum - die ökonomische Hauptgrundlage der imperialistischen Kontrolle. Der negative Einfluß des ausländischen Kapitals auf die ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse in den Entwicklungsländern. Die objektive Notwendigkeit der Ausnutzung des ausländischen Kapitals im Interesse der Entwicklung der nationalen Wirtschaft, in erster Linie der Erhöhung der Rate und Masse der Akkumulation. Das ausländische Kapital und die ökonomische Funktion des Nationalstaates.

Das Problem der Nationalisierung des ausländischen Eigentums: prinzipielle und praktische Aspekte. Die Etappen und Formen der Nationalisierung. Der Übergang des Eigentums der Kolonialadministration in die Hände der Nationalstaaten. Die Notwendigkeit der sorgfältigen Vorbereitung und der Berücksichtigung der ökonomischen Folgen der Nationalisierung von Betrieben und Zweigen, die dem ausländischen Kapital gehören. Die Nationalisierung als eine Form der Schaffung und Erweiterung des staatlichen Sektors.

Die Unumgänglichkeit eines langwierigen Prozesses der Beschränkung, Kontrolle und allmählichen Zurückeroberung der Positionen des ausländischen Kapitals (in den meisten Entwicklungsländern) bei Erhaltung der Bedingungen für ein allgemeines Wirtschaftswachstum. Die wichtigsten Formen des Kampfes gegen das ausländische Kapital: staatliche Kontrolle, Besteuerung, Einschränkung des Exports von Profiten, des Tätigkeitsbereichs usw., ihre Rolle bei der Entwicklung der Revolution und bei der Veränderung des Verhältnisses der Klassenkräfte. Die Erhebung der Differentialrente durch den Nationalstaat von der extraktiven Industrie, die durch das ausländische Kapital monopolisiert ist, als wichtiges Mittel für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft. Der soziale Inhalt des Kampfes um den Umfang der Rente. Die Kriterien für die Zulassung und Ausnutzung von ausländischem Kapital: die ökonomische Effektivität einer solchen Heranziehung im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft, die minimale wirtschaftliche und politische Autonomie des ausländischen Kapitals, die progressiven Veränderungen in der Struktur der nationalen Wirtschaft - konkrete Errungenschaften bei der Lösung der Aufgabe zur Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Abhängigkeit.

Die Industrialisierung. Die Notwendigkeit der Industrialisierung. Inhalt und Spezifik des Prozesses der Industrialisierung in den Entwicklungsländern: der technisch-ökonomische und der sozialökonomische Aspekt. Die Bedeutung der Erfahrungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder. Die Schwierigkeiten und Etappen der Industrialisierung in den verschiedenen Ländern der "dritten Welt". Die Industrialisierung und das Problem der Akkumulation. Die Industrialisierung und das Problem der Realisierung. Die Industrialisierung - der Schlüssel zur Veränderung der Zweigstruktur der rückständigen Wirtschaft, zur Überwindung der in der Kolonialzeit entstandenen Gesetzmäßigkeiten der Reproduktion. Die Einwirkung des Nationalstaates auf den Prozeß der Industrialisierung, seine Formen, Methoden und Grenzen. Die Notwendigkeit der Durchführung der Industrialisierung unter Berücksichtigung des Weltniveaus in der Entwicklung der Produktivkräfte.

Die agrarischen Umgestaltungen. Die Notwendigkeit der agrarischen Umgestaltungen. Das Agrarsystem der Kolonien und abhängigen Länder und die Formen seiner Auflösung. Die Besonderheiten der Herausbildung von kapitalistischen Warenbeziehungen, die vorkapitalistische und kapitalistische Rente in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Die vorkapitalistischen Grundbesitz- und Bodennutzungsformen, die im Prozeß der Umgestaltungen liquidiert werden müssen. Die Beseitigung des feudalen Grundbesitzes - der Kern der agrarischen Umgestaltungen. Der technisch-ökonomische und der sozialökonomische Aspekt, die Schwierigkeiten und Etappen der agrarischen Umgestaltungen. Die Rolle des Staates. Formen und Methoden der Umgestaltungen, die günstige Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft eröffnen und die sozialen Erwartungen der Werktätigen befriedigen. Die Möglichkeit der Umgestaltung der Gemeindeordnung in die genossenschaftliche Ordnung, die Widersprüche und Schwierigkeiten dieses Prozesses.

Die sozialen Umgestaltungen. Der Inhalt der sozialen Umgestaltungen: gesetzgeberische Regulierung des Lohnes und des Arbeitstages, Bildungswesen, Gesundheitswesen, spezifische Formen der sozialen Unterstützung usw. Das Problem der Schaffung einer sozialen Infrastruktur. Die Kriterien der Effektivität und der Reihenfolge der Aufwendungen auf diesem Gebiet. Die wechselseitige Verbindung der ökonomischen und sozialen Umgestaltungen.

Basis und Überbau unter den Bedingungen der sozialökonomischen Umgestaltungen. Die allgemeinsoziologische Gesetzmäßigkeit des ungleich-

mäßigen Heranreifens und Entstehens der verschiedenen Seiten (Elemente) der neuen sozialökonomischen Formation und die Spezifik ihres Auftretens in den Ländern der "dritten Welt". Die Widersprüchlichkeit der Entwicklung der ökonomischen Basis und ihr Zerfall unter dem Einfluß der revolutionären Umgestaltungen. Die relative Selbständigkeit der Herausbildung des neuen Überbaus und seiner Bestandteile.

Die Gesetzmäßigkeiten der sozialökonomischen Umgestaltungen und die zwei möglichen Entwicklungswege der Revolutionen. Die antifeudalistischen, antiimperialistischen Umgestaltungen - Plattform für die breite Front der nationalen Kräfte. Die Elemente der antikapitalistischen Umgestaltungen und die sozialistischen Potenzen der Entwicklung der zu Ende geführten nationalen Befreiungsrevolution. Die Bedeutung der Beteiligung der Massen, der Haupttriebkraft (Klassen) für die kompromißlose und entschlossene Entfaltung der Revolution, für die Nichtumkehrbarkeit ihrer Entwicklung und für die Unabdingbarkeit ihrer Erzungenschaften. Die Möglichkeit des "Abklingens", der Abschwächung des antiimperialistischen Feuers der Revolution und der Sanktionierung des bürgerlichen Typs der Entwicklung. Die Zwangsläufigkeit der Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Weges. Die Rolle des subjektiven Faktors bei der Wahl des Weges. Auf- und Abstieg in der Entwicklung der Revolution.

Thema VII: Der staatliche Sektor in der Wirtschaft der Entwicklungsländer

Entstehung und Entwicklung des staatlichen Sektors - eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der sozialökonomischen Entwicklung der Länder der "dritten Welt". Die inneren Faktoren, die die objektive Notwendigkeit der Schaffung, Erweiterung und Erhöhung der Rolle des staatlichen Sektors hervorbringen: der Widerspruch zwischen den Erfordernissen des beschleunigten Wirtschaftswachstums und dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, das Erfordernis der Industrialisierung und der volkswirtschaftlichen Akkumulation. Die äußeren Faktoren: der Unterschied zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern im Niveau der Produktion und des Verbrauchs, die Bedingungen des Kampfes für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Veränderung der Lage in der internationalen Arbeitsteilung. Der staatliche Sektor als objektive Grundlage der Entstehung der Planmäßigkeit in der Wirtschaft der Entwicklungsländer und die neue Form der Produktionsverhältnisse, die den Kampf und die Zusammenarbeit der verschie-

denen Klassen der nationalen Gesellschaft widerspiegelt. Die Vielfalt der Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums.

Der staatliche Sektor unter den Bedingungen der Länder, die sich auf dem kapitalistischen Wege entwickeln. Der staatliche Sektor als kollektives Eigentum der nationalen Bourgeoisie. Die "gemischte Wirtschaft" als eigentümlicher Entwicklungsweg des Kapitalismus unter den spezifischen Bedingungen der Entwicklungsländer. Die Vorzüge der Reproduktion des staatlichen Kapitals gegenüber dem Privatkapital. Formen und Methoden der Unterordnung und Ausnutzung des staatlichen Sektors durch die nationale und ausländische Bourgeoisie. Die Stellung des staatlichen Sektors in der Zweigstruktur. Die ökonomischen Beziehungen des staatlichen und des privaten Sektors, der Mechanismus der Aneignung des Mehrprodukts (Mehrwerts), das im staatlichen Sektor geschaffen wurde, die Politik der Preisbildung. Die antiimperialistische Natur des staatlichen Sektors. Zwei Tendenzen in der Entwicklung des staatskapitalistischen Eigentums in den Ländern der "dritten Welt". Die Tendenz zur Umwandlung in ein ökonomisches Anhängsel und Instrument der ausländischen und nationalen Monopole. Die Tendenz zur Umwandlung in die ökonomische Hauptposition des antimonopolistischen Kampfes und in ein Instrument zur Festigung der unabhängigen nationalen Wirtschaft. Die progressiven, revolutionären Potenzen des staatlichen Sektors und der Kampf für ihre Realisierung.

Der staatliche Sektor unter den Bedingungen der Länder, die sich auf dem nichtkapitalistischen Weg entwickeln. Der staatliche Sektor als ökonomische Form, die die Entwicklung zum allgemeinen Volkseigentum zum Ausdruck bringt, als ökonomische Grundlage der Bewegung auf dem nichtkapitalistischen Weg. Der staatliche Sektor und das Entstehen halbsozialistischer Produktionsverhältnisse in der sozialökonomischen Struktur der nationalen Gesellschaft. Das Wachstum und die Modifizierung des staatlichen Sektors bei der Vertiefung der nationalen Befreiungsrevolution. Die Veränderung der Rolle des staatlichen Sektors in der nationalen Reproduktion, seine Umwandlung in die führende ökonomische Formation.

Widersprüche und Schwierigkeiten der Entwicklung des staatlichen Sektors in den Entwicklungsländern. Ökonomische Probleme des staatlichen Sektors: der Anteil des Staates an der Produktion und am Verbrauch des Nationaleinkommens; das Problem der ökonomischen Effektivität des staatlichen Sektors; die Einnahmen der staatlichen Betriebe und die Finanzierung über den Haushalt. Die sozialen Probleme des staatlichen

Sektors: der Charakter der Arbeit in den staatlichen Betrieben; der staatliche Sektor und das Problem des bürokratischen Kapitals; die Klassenbeziehungen der bürokratischen Elite und die Tendenzen ihrer Entwicklung; die Aufgabe der Demokratisierung der Leitung des staatlichen Sektors und der Entwicklung der gesellschaftlichen Kontrolle; die Möglichkeit einer rückläufigen Bewegung, der Entartung der sozialen Natur des staatlichen Sektors und des Verlusts der sozialistischen Potenzen der Entwicklung.

Die Entwicklung des staatlichen Sektors und die Herausbildung der neuen Klassenstruktur in den Entwicklungsländern. Der Einfluß des staatlichen Sektors auf die Entwicklung, die soziale Konsolidierung und die Lage der Arbeiterklasse. Der Einfluß des staatlichen Sektors auf die Entwicklung der Landwirtschaft und die Lage der Bauernschaft. Der staatliche Sektor als ökonomische Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern bei der Entwicklung auf dem nichtkapitalistischen Weg. Der staatliche Sektor und die neuen Mittelschichten in den Entwicklungsländern. Der Einfluß des staatlichen Sektors auf die Entwicklung der Bourgeoisie und ihre Lage im System der nationalen Wirtschaft. Der staatliche Sektor als Objekt des Klassenkampfes.

Thema VIII: Die Planung - eine neue Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Länder der "dritten Welt"

Die Möglichkeit und Notwendigkeit der Planung in den Entwicklungsländern. Die Planung der Volkswirtschaft als allgemeine objektive Gesetzmäßigkeit, die der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Produktion eigen ist. Die inneren und äußeren Faktoren, die die Notwendigkeit der Planung in den Entwicklungsländern bestimmen. Die Planung als Hauptmethode der Ausnutzung der Errungenschaften der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der Entwicklungsländer. Die Planung als höchste und synthetischste Form der Einwirkung des Staates auf den Reproduktionsprozeß, die auf der bewußten Ausnutzung der in der Ökonomik der Entwicklungsländer wirkenden Gesetze beruht. Die Planung - eine allgemeine Kategorie der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer. Der Unterschied zwischen der Planung in den Entwicklungsländern und der sozialistischen Planung sowie der staatsmonopolistischen Programmierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Der Inhalt der Planung: a) die Planausarbeitung, b) die reale Sicherung der Programme durch die Methoden der staatlichen Wirtschaftspolitik. Das

System der staatlichen Planungsorgane. Die Entwicklung der Planung in den Ländern der "dritten Welt": kurze historische Übersicht.

Die Planausarbeitung. Partielle und allgemeine Volkswirtschaftspläne. Das Problem des Niveaus der Wirtschaft im Planungsprozeß. Das Problem der Ausarbeitung kurz-, mittel- und langfristiger Pläne. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Planaufstellung. Das Problem der Wahl der Ziele des Wirtschaftsplans. Die aggregativen Parameter der Volkswirtschaft: das gesellschaftliche Gesamtprodukt, das Nationaleinkommen und das Tempo ihres Wachstums, der private und staatliche Verbrauch, private und staatliche Investitionen, direkte und indirekte Steuern, Export, Import, Auslandskredite und -subsidien, Kapitalkoeffizienten. Die Modellierung der ökonomischen Prozesse, die Aufstellung der Bilanzen der Volkswirtschaft. Die Suche nach optimalen Lösungen. Die Planung auf der territorialen Ebene.

Der Plan und die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates. Das Programm der staatlichen Ausgaben als zentrales Kettenglied des Plans. Das Problem der Verteilung der staatlichen Investitionen auf die Bereiche der Volkswirtschaft, der Relation des Konsumtions- und des Akkumulationsfonds. Die Rolle des staatlichen Sektors bei der Realisierung der Pläne. Der Einfluß des Staates auf das Entwicklungstempo und die Strukturveränderungen in der nationalen Wirtschaft mittels Steuern, Kredit, Gewinngarantie, durch die Förderung (Beschränkung) des Exports und des Imports bestimmter Waren und durch andere Mittel. Fragen der Organisation der Planung. Die staatlichen Planungsorgane, Struktur und Funktionen. Der Mechanismus der Kontrolle der Plandurchführung.

Der widersprüchliche sozialökonomische Inhalt der Planung in den Entwicklungsländern. Die Besonderheiten der Pläne und der Planung in den Ländern, die sich auf dem nichtkapitalistischen Weg entwickeln, in den Ländern, die für die wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen, und in den Ländern mit proimperialistischer Orientierung. Die Planung als Form der Produktionsverhältnisse des Übergangs, als besondere Form des Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes.

Die Planung und das Wertgesetz. Grenzen und Besonderheiten des Wirkens des Wertgesetzes in den Entwicklungsländern. Das planmäßige und das spontane Prinzip. Die Notwendigkeit der Ausnutzung des Wertgesetzes für die planmäßige Erhöhung der Effektivität der gesellschaftli-

chen Produktion. Der Einfluß der ökonomischen Weltbeziehungen auf die Plandurchführung.

Allgemeine Ergebnisse der planmäßigen Tätigkeit. Die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten bei der Durchführung der langfristigen Pläne zur Entwicklung der Wirtschaft. Die Kriterien der Planerfüllung. Das Problem der Erhöhung der Effektivität der Planung in den Entwicklungsländern und die Wege zu seiner Lösung. Die Bedeutung der Erfahrungen der sozialistischen Planung. Die Rolle der UNO und ihrer Spezialorgane (ECAFE, ECLA und ECA) bei der Vorbereitung der nationalen Pläne.

Thema IX: Die gemischten Betriebe und ihre Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der "dritten Welt"

Die zwei Grundtypen der gemischten Aktiengesellschaften: a) gemischte Gesellschaften unter Beteiligung des Nationalstaates und - in verschiedenen Kombinationen - des ausländischen privaten sowie des staatlichen und des einheimischen privaten Kapitals. Die Nichtübereinstimmung (Widersprüchlichkeit) der sozialen Natur der Hauptpartner dieser Gesellschaften; b) gemischte Gesellschaften, die auf die Beteiligung von ausländischem und nationalem privatem Kapital beschränkt sind - eine Form der Sanktionierung der kapitalistischen Verhältnisse, der Erweiterung der sozialen Basis der neokolonialistischen Herrschaft und der Befestigung der abhängigen Lage der Länder der "dritten Welt" in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Die Widersprüche der gemischten Betriebe als ökonomische Übergangsform. Die Beziehungen der Klassenzusammenarbeit und des Klassenkampfes in den gemischten Betrieben des ersten Typs, antagonistische und nichtantagonistische Widersprüche. Zwei Tendenzen der Entwicklung solcher Gesellschaften: als spezifische Form der Produktionsverhältnisse des Übergangs und als Form der kapitalistischen Entwicklung. Die Tendenz zur vollständigen Nationalisierung und die Tendenz zur Privatisierung. Der soziale Inhalt der Staatsmacht und die Positionen des Staates in den gemischten Gesellschaften - Faktoren, die das ökonomische Wesen und die führende Entwicklungstendenz dieser Betriebe bestimmen. Die Vorzüge der gemischten Gesellschaften des Übergangstyps gegenüber anderen Formen der Heranziehung von ausländischem Kapital. Die gemischten Betriebe als Form des Rückzugs des Imperialismus. Der Kampf des ausländischen Monopolkapitals für die Veränderung des Charakters der gemischten Betriebe. Die Möglichkeit der Schaffung ge-

mischer Betriebe auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils unter Beteiligung sozialistischer Länder.

Die staatlich-privaten Betriebe im Prozeß der erweiterten nationalen Reproduktion. Ihre Rolle im ökonomischen Gesamtsystem: a) der Länder, die den nichtkapitalistischen Weg beschreiten; b) der Länder, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit im Rahmen des Kapitalismus zu erreichen versuchen; und c) der Länder mit proimperialistischer Orientierung. Die gemischten Betriebe als Objekt der planmäßigen Tätigkeit des Staates. Organisatorisch-juristische Formen der gemischten Gesellschaften.

Thema X: Die Rolle der Infrastruktur der Produktion bei der Entwicklung der Entwicklungsländer

Die Infrastruktur der Produktion - ein bestimmter Bestandteil der Produktivkräfte, der auf die allgemeinökonomische Entwicklung in besonderer Weise einwirkt. Die Hauptzweige und Infrastrukturzweige. Die Zweige der Infrastruktur: Verkehr und Nachrichtenwesen, Energiewirtschaft, Meliorationsbau und -wirtschaft, ihre relative Einheit im System der materiellen Produktion. Die Spezifik der Infrastruktur: der indirekte Einfluß auf den Typ der Wirtschaft, der allgemeine und unmittelbare Charakter der zweiglichen Verflechtungen, die gesellschaftliche Form der Ausnutzung. Das Anwachsen der Rolle und der Absonderung der Infrastrukturzweige in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Produktivkräfte, die Tendenz zur Vergrößerung der Infrastrukturobjekte. Die Infrastruktur als Kategorie der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer.

Die Schaffung einer modernen Infrastruktur - ein spezifischer Aspekt des Problems des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern. Die Stellung der Infrastruktur in der Zweigstrategie der Entwicklung der Länder der "dritten Welt": die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Programms des infrastrukturellen Aufbaus als Bestandteil des allgemeinen laufenden und perspektivischen Programms der konsequenten Modernisierung der Volkswirtschaft. Kritik der Theorie des nichtbilanzierten Wachstums der Infrastruktur. Die Grundprinzipien des Programms der Infrastrukturentwicklung.

Die Grundtendenzen in der Entwicklung der Infrastruktur nach der Verkündung der Unabhängigkeit. Das Wachstum des staatlichen Eigentums und die Schwächung der Positionen des ausländischen Kapitals in der Infrastruktur. Das voraneilende Wachstumstempo der Infrastrukturzwei-

ge in der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Die progressiven Veränderungen im technischen Niveau und in der Zusammensetzung der Infrastruktur: die Entwicklung der modernen Transportmittel, die Veränderung der Energiebilanz, die Schaffung moderner Bewässerungssysteme. Die Verringerung des Abstands im Entwicklungsstand der Infrastruktur zwischen den Ländern der "dritten Welt" und den kapitalistischen Hauptländern.

Die Unadäquatheit des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Infrastruktur gegenüber den volkswirtschaftlichen Erfordernissen sowie den Aufgaben der Industrialisierung und der Umgestaltung der Landwirtschaft. Der Übergangstyp der Infrastruktur und die Faktoren, die seine Entwicklung zu einem modernen Typ bedingen. Objektive und subjektive Faktoren, die einer solchen Entwicklung entgegenstehen. Die Bedeutung der äußeren Finanzierung bei der Schaffung einer modernen Infrastruktur.

Die sozialökonomische Zweckbestimmung der Infrastruktur der Entwicklungsländer. Die Natur der staatlichen Ordnung und die Besonderheiten der Einwirkung der Infrastruktur auf die sozialökonomische Entwicklung der Länder der "dritten Welt". Die neokolonialistische Tendenz in der Zweckbestimmung und Ausnutzung der Infrastruktur: die Schaffung und Entwicklung infrastruktureller Kapazitäten vorzugsweise im wirtschaftlichen und militärstrategischen Interesse des ausländischen Kapitals, losgelöst von radikalen sozialökonomischen Umgestaltungen. Die progressive Tendenz in der Zweckbestimmung und Ausnutzung der Infrastruktur: im Interesse der Festigung der nationalen Unabhängigkeit, in Zusammenhang mit sozialökonomischen Umgestaltungen. Die technisch-ökonomischen und sozialökonomischen Kriterien der Effektivität der Entwicklung der Infrastruktur in den Ländern der "dritten Welt".

Thema XI: Finanzen, Kredit und Geldzirkulation der Entwicklungsländer

Die Wechselbeziehung und Wechselwirkung des Bereichs der materiellen Produktion und des Dienstleistungsbereichs unter den Bedingungen einer rückständigen und abhängigen Wirtschaft. Allgemeine Charakteristik. Der prozentuale Anteil des Dienstleistungsbereichs am Nationaleinkommen und die Tendenz zu seiner Erhöhung. Die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen und das schnelle Wachstum der Zirkulationssphäre.

Die besondere Rolle der Finanzen sowie der Kredit- und Geldbeziehungen als allgemeine Form der Beziehungen in der Volkswirtschaft.

Die Finanzen. Die Vergrößerung der Rolle der Finanzen und der Finanzpolitik in der allgemeinökonomischen Entwicklung aller Entwicklungsländer. Der allgemeine Begriff der Struktur der Staatshaushalte in den Ländern der "dritten Welt".

Die staatlichen Ausgaben. Die Finanzen als Instrument der Formierung der volkswirtschaftlichen Hauptproportionen, die in den Entwicklungsplänen vorgesehen sind. Die Tendenz zur Zunahme des produktiv verwendbaren Anteils des Haushalts und zur Erhöhung des Anteils des Staatshaushalts an der Gesamtakkumulation. Die Zunahme der Verwaltungs- und Rüstungsausgaben. Die sozialen Ausgaben und ihre Rolle.

Die staatlichen Einnahmen. Die Steuern - die Hauptquelle der Einnahmen, die Tendenz zu ihrer relativen und absoluten Vergrößerung. Direkte und indirekte Steuern. Die Struktur und das Klassenwesen des Steuersystems in den verschiedenen Entwicklungsländern. Die Veränderungen in der Steuerpolitik als Widerspiegelung des Klassenkampfes und der Veränderungen im Verhältnis der sozialen Kräfte. Andere Quellen des Einnahmenteils der Haushalte: Gewinne staatlicher Betriebe, innere Anleihen, Auslandskredite und -subsidien, die Defizitfinanzierung. Die Notwendigkeit struktureller Umgestaltungen des Einnahmenteils der Staatshaushalte, die demokratische Alternative zur Zunahme der Besteuerung und zur inflationären Finanzierung.

Die Spezifik des sozialen Inhalts, die Widersprüche und der Übergangscharakter der Finanzen in den Entwicklungsländern. Die Haupttendenzen der Entwicklung der Finanzen der neuen Staaten: die Finanzen als Mittel der sozialen und nationalen Ausbeutung; die Finanzen als *ökonomische* Hauptposition der bürokratischen Bourgeoisie und des Staatsapparates; die Finanzen als ein Hebel im Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit, als Element der Produktionsverhältnisse des Übergangs.

Der Kredit. Die Unentwickeltheit des Kreditsystems und ihre Ursachen. Die Rolle des Wucherkapitals. Kredit- und Wucherzins in den Entwicklungsländern. Das Banksystem: die nationalen und ausländischen Banken, die Rolle des Staates. Kommerz-, Investitions- und Emissionsbanken. Der kurzfristige und der langfristige Kredit. Die Banken als Instrument der Umverteilung der Ressourcen. Die Versicherungsgesellschaften. Der staatliche Kredit und seine Formen. Die äußeren und inneren Staatsschulden und die allgemeine Tendenz ihres Wachstums. Die

Notwendigkeit der Entwicklung und Umgestaltung des Kredit- und Banksystems. Der Charakter der Umgestaltungen in der Kreditsphäre in den Entwicklungsländern: die Hauptrichtungen und der soziale Inhalt. Die Nationalisierung der Banken und ihre Vorzüge. Die Widersprüche des Kredits in den Entwicklungsländern. Der Kredit als Form der kapitalistischen Ausbeutung und als Form der Entwicklung der ökonomischen Übergangsverhältnisse.

Die Geldzirkulation. Der äußere und innere Aspekt des Problems.

Die Beziehungen der nationalen Währungen zu den Währungen der imperialistischen Länder. Die Währungszonen. Der Mechanismus der Währungs-Finanz-Ausbeutung. Das Problem der internationalen Liquidität, der Goldwährungsreserven und die Lage der Entwicklungsländer. Die Entwertung der Reservewährungen und ihr Einfluß auf die Entwicklungsländer. Die Rolle des IWF und der Weltbank. Der Kampf der Entwicklungsländer für die Festigung der Währungsselfständigkeit. Die Währungskontrolle. Der Komplex tiefgehender sozialökonomischer Umgestaltungen - Grundlage für die Befestigung einer unabhängigen Währung.

Das Problem der Stabilisierung der nationalen Währungen. Die Inflation und ihre Ursachen. Die Hauptursache der Inflation - die von den Entwicklungsländern nicht überwundene internationale Arbeitsteilung des kolonialen Typs. Die Inflation als Instrument des Wirtschaftswachstums. Möglichkeiten und Grenzen der Ausnutzung der Inflation für die Defizitfinanzierung von Investitionen. Die "regulierbare" und die nichtregulierbare Inflation. Der chronische Charakter der Inflation in vielen Entwicklungsländern. Der Einfluß der Inflation auf die Lage der Werktätigen. Die antiinflationäre Alternative von rechts als Instrument der proimperialistischen, konservativen Kräfte. Das Währungsgeld-System unter den Bedingungen der verschiedenen Wege der sozialen Entwicklung.

Die Zahlungsbilanz - zusammengefaßter Ausdruck der außenwirtschaftlichen Beziehungen der Entwicklungsländer. Die Besonderheiten ihrer Struktur und die wichtigsten Entwicklungstendenzen. Der Ausgleich der Aktiv- und Passivseite der Zahlungsbilanz als eine der wichtigsten laufenden Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Hauptmethoden der staatlichen Regulierung der Zahlungsbilanz.

Thema XII: Die Politik des Neutralismus und ihre Bedeutung im Kampf für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg

Der Neutralismus der neuen souveränen Staaten als qualitativ neue Politik, die sich von der Neutralität der imperialistischen Staaten unterscheidet. Die gewachsene Rolle der Außenpolitik bei der Lösung der grundlegenden nationalen Probleme. Die ökonomischen, politischen, nationalen, klassenmäßigen, ideologischen und international-rechtlichen Grundlagen des Neutralismus.

Der Neutralismus und der Kampf gegen den Neokolonialismus. Der Neutralismus als Politik des Friedens und der Festigung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern. Der Neutralismus als Instrument der Entwicklung der nationalen Befreiungsrevolution, ihrer Ausdehnung in die Breite und in die Tiefe.

Gesetzmäßigkeiten und Grundtendenzen der Entwicklung des Neutralismus. Der Druck der imperialistischen Politik der Blöcke auf die neutralistischen Staaten. Das Gemeinsame und das Verschiedene in der Außenpolitik der sozialistischen Länder und in der Neutralitätspolitik der Länder der "dritten Welt". Die Rolle des sozialistischen Weltsystems bei der Verteidigung der Politik des Neutralismus. Die Möglichkeiten der außenpolitischen Annäherung der sozialistischen und der neutralistischen Staaten, die Identifizierung ihrer Positionen bei allgemeinen und konkreten internationalen Problemen. Der Neutralismus und die Entwicklungswege der neuen souveränen Staaten.

(Übersetzt von Rolf Theuring)

Zur Spezifik der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands und ihrer Determinanten

von Paul Friedländer

1. Das Wechselverhältnis von politischen und ökonomischen Faktoren
2. Die politischen Faktoren
3. Die politisch-historischen Faktoren
4. Die politisch-ideologischen Faktoren
5. Die politisch-militärischen Faktoren
6. Die ökonomischen Faktoren

Auf die Prozesse der neokolonialistischen Expansion imperialistischer Mächte wirken eine Vielzahl von Faktoren ein. Während die allgemeinen neokolonialistischen Faktoren die Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Neokolonialismus bestimmen, sind die spezifischen neokolonialistischen Faktoren die Determinanten des konkreten neokolonialistischen Expansionsverlaufs einer bestimmten imperialistischen Macht; sie entscheiden über das Tempo, den Umfang, die Tiefe und die Nachhaltigkeit des Expansionsprozesses. Im System der neokolonialistischen Besonderheiten bilden sie das Hauptelement, das neben ihnen als den primär wirkenden spezifischen Triebkräften noch andere - abgeleitete - Elemente zum Inhalt hat wie spezifische Erscheinungen des Expansionsverlaufs, Besonderheiten des neokolonialistischen Instrumentariums usw.

Die neokolonialistischen Faktoren, zu denen vor allem politische, militärische, ökonomische und historische zählen, sind in ihrem Charak-

ter und in ihrer Potenz sehr unterschiedlich. Die Eigenart ihrer Kombination und ihres Zusammenwirkens ist eine der Hauptursachen der Ungleichmäßigkeit, die den Verlauf der neokolonialistischen Expansion einzelner imperialistischer Mächte kennzeichnet. Für die Beantwortung vieler komplizierter Fragen, die gerade die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands stellt, bildet die Analyse der Faktoren, die die Spezifik dieses Prozesses bestimmen, eine der Grundvoraussetzungen.¹ In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu stellen: Wie konnte der deutsche Imperialismus trotz seiner militärischen Niederlage nach dem zweiten Weltkrieg in einer historisch kurzen Zeit zu einer Hauptmacht des Neokolonialismus werden? Welche spezifischen Gefahren gehen vom westdeutschen Neokolonialismus aus und wie können die afro-asiatischen Völker ihnen am wirksamsten begegnen? In welchem Maße ist der westdeutsche Neokolonialismus durch innere Widersprüche gekennzeichnet? Welche Perspektiven besitzt die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands?

1. Das Wechselverhältnis von politischen und ökonomischen Faktoren

Im Zusammenwirken der die westdeutsche neokolonialistische Expansion bestimmenden Triebkräfte spielt das Wechselverhältnis von politischen und ökonomischen Faktoren eine besondere Rolle. Dies gilt, obwohl unter den gegenwärtigen Bedingungen des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Intensivierung der gegenseitigen Beeinflussung politischer und ökonomischer Komponenten zu einer allgemeinen Erscheinung geworden ist.

Das dialektische Wechselverhältnis von Politik und Ökonomie bestimmt insgesamt den Zerfallsprozeß des imperialistischen Kolonialsystems, der *strukturell* ungleichmäßig verläuft.² Der hohe Grad des politischen Zerfalls des Kolonialsystems (die Herausbildung von rund sechzig Staaten in historisch kürzester Zeit, die nahezu totale politische Liqui-

1 Zur Problematik der Besonderheiten des westdeutschen Neokolonialismus siehe auch *Friedländer, Paul/Schilling, Hartmut*, Kolonialmacht Westdeutschland, Berlin 1962, insbes. S. 70 - 110; *Schmidt, Johann Lorenz*, Probleme des Neokolonialismus, Berlin 1963; *Novye formy kolonializma* (Neue Formen des Kolonialismus), hg. v. L. Gončarov u. I. Jastrebova, Moskau 1963, bes. S. 196 - 226.

2 Tjul'panov weist auf diese Erscheinung hin, die in den den "Problemen des Kolonialsystems gewidmeten Forschungsarbeiten noch nicht genügend untersucht worden" ist. Er stellt fest: "Die Beseitigung des Kolonialismus ist weniger in zeitlicher und regionaler Hinsicht als vielmehr seinem sozialökonomischen Inhalt nach ein höchst ungleichmäßiger Prozeß." (*Tjul'panov, S. I.*, Das Kolonialsystem des Imperialismus und sein Zerfall, Berlin 1959, S. 219.)

dierung des Kolonialsystems) steht in einem gewissen Widerspruch zum Fortbestehen von Wirtschaftsstrukturen kolonialen Typs in der Mehrzahl der jungen Staaten, zu ihrem Verbleiben im kapitalistischen Weltmarkt, ihrer untergeordneten Rolle im System der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung und ihrer dadurch bedingten weitgehenden ökonomischen Abhängigkeit vom Imperialismus.³ Die Dialektik dieses Wechselverhältnisses besteht heute vor allem darin, daß die politische Unabhängigkeit zwar der wichtigste Faktor für die Erlangung der ökonomischen Unabhängigkeit ist, umgekehrt jedoch die Erfolge bzw. Mißerfolge beim Aufbau einer vom Neokolonialismus unabhängigen, das heißt allseitig entwickelten Wirtschaft über den Charakter und den Grad der politischen Unabhängigkeit und nicht zuletzt über die Richtung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses entscheiden.

Die Dialektik zwischen Politik und Ökonomie zeigt sich andererseits in der Tatsache, daß der Zerfall und die Liquidation des imperialistischen Kolonialsystems (als Merkmale der zweiten bzw. dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus) zwar die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, sein allseitiges Erstarren und seine Entfaltung als bestimmender Faktor der Entwicklung zur Hauptvoraussetzung hat, daß die sozialistischen Staaten gegenwärtig jedoch nur zu etwa 8 bis 10 Prozent die Exportbedürfnisse und zu etwa 10 bis 12 Prozent die Importbedürfnisse der Entwicklungsländer in ihrer Gesamtheit befriedigen können.⁴ In dem Maße, wie die ökonomischen Potenzen der sozialistischen Staaten wachsen, entstehen für die politische und ökonomische Emanzipation der Entwicklungsländer noch günstigere Bedingungen, insbesondere im Hinblick darauf, den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zu beschreiten. Das Bemühen, den bestehenden Widerspruch zwischen dem re-

3 Vgl. hierzu Kondrat'ev, V., Razvivajuščiesja strany: boľba za preobrazovanie vnešnej torgovli (Die Entwicklungsländer: Der Kampf für die Umgestaltung des Außenhandels), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, H. 10/1966, S. 29 - 42.

4 Kohlmeij schreibt dazu: "Im Welthandel bildet sich ein schwer zu lösender Widerspruch heraus. Die entwickelten kapitalistischen Länder erweiterten bisher in ungenügendem Maße ihren Import aus den Entwicklungsländern und hemmen damit deren Entwicklung. Die sozialistischen Länder vergrößern zwar die Warenkäufe in den jungen Staaten, aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt, als Handelspartner können sie den Entwicklungsländern nicht die übrige Welt voll ersetzen." (Kohlmeij, Gunter, Weltwirtschaftsstrukturen und internationale sozialistische Arbeitsteilung, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 6/1966, S. 470.) Vgl. dazu auch derselbe, Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und sozialistische Wirtschaftsplanung, in: Probleme der politischen Ökonomie, Berlin 1964, S. 217 - 278 = Deutsche Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 7.

lativ hohen Stand errungener politischer Unabhängigkeit und dem aus kolonialer Hinterlassenschaft resultierenden niedrigen Niveau wirtschaftlicher Entwicklung zu beseitigen, ist in der gegenwärtigen Etappe zur Haupttriebkraft der nationalen Befreiungsrevolution geworden.

Das Nichtübereinstimmen des erreichten politischen und ökonomischen Entwicklungsstandes - allerdings in einer umgekehrt proportionalen Konstellation und als Ergebnis imperialistischer Gesetzmäßigkeiten - ist auch die Triebkraft des westdeutschen Neokolonialismus. Der Widerspruch zwischen seinem rasch wachsenden ökonomischen Potential und der dahinter zurückbleibenden machtpolitischen Verfügungsgewalt über andere Völker ist die traditionelle Quelle der Aggressivität des deutschen Imperialismus. Dieser Widerspruch prägte auch seine Beziehungen zu den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Die Forderung nach einer seinem ökonomischen Potential - im Vergleich zu den anderen imperialistischen Mächten - angepaßten Neuaufteilung der Kolonien spielte eine entscheidende Rolle bei der Auslösung beider Weltkriege. Die gleiche Forderung nimmt auch gegenwärtig wieder - allerdings in modifizierter, dem grundlegend veränderten Kräfteverhältnis angepaßter Form - eine vorrangige Stellung im Expansionsprogramm Westdeutschlands ein. Hierzu schreibt eine führende westdeutsche Wirtschaftszeitung: "Unsere Position und unsere Geltung in der Welt ist ... in erster Linie durch das Wirtschaftsleben bestimmt. Die Bundesrepublik zählt zu den bedeutendsten Industrie- und Handelsmächten der Welt ... Trotzdem sind wir politisch ohne entsprechendes Gewicht ... Insofern besteht für unser Land zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Innen und Außen ein großes Mißverhältnis".⁵

Es kann als eine Besonderheit der dritten Etappe der allgemeinen Krise bezeichnet werden, daß der Zerfall bzw. die Liquidation des imperialistischen Kolonialsystems eben nicht nur als eine qualitativ zu wertende Einschränkung der imperialistischen Machtpositionen betrachtet werden kann, sondern daß auf dieser Grundlage zugleich eine Neuverteilung der dem Imperialismus verbliebenen und weiterhin schrumpfenden Einflußsphären in Afrika, Asien und Lateinamerika erfolgt. Die Intensivierung des Wechselverhältnisses von politischen und ökonomischen, aber auch anderen Faktoren wird in diesem Zusammenhang insofern relevant, als eine Reihe von Faktoren (vor allem in ihrer spezifischen Kombination) die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands unter

⁵ *Industriekurier* v. 10. 4. 1965.

den bestehenden Bedingungen relativ, das heißt gegenüber anderen imperialistischen Mächten, begünstigt.

Der Zerfall und die Liquidation des Kolonialregimes als eines geschlossenen politischen Systems richten sich vor allem gegen die Träger des kolonialen Besitzmonopols, das heißt gegen die traditionellen Kolonialmächte, zum Beispiel gegen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Belgien usw. Dies aber bedeutet, daß andere imperialistische Länder, die nicht bzw. nicht mehr oder in verdeckter Form (zum Beispiel die USA) eine traditionelle Kolonialherrschaft ausüben, bei absoluter Schwächung der Gesamtpositionen des Imperialismus aus dem Zerfallsprozeß des Kolonialismus relative Vorteile ziehen. Diese durch den Zerfall des Kolonialsystems hervorgerufene differenzierte Schwächung einzelner imperialistischer Mächte ist eine der Besonderheiten, in der das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der politischen Entwicklung in der zweiten und in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus in Erscheinung tritt. Es ist ein historisches Paradoxon, daß zu den relativ "kolonial Bevorzugten" von heute die "kolonial Benachteiligten" von gestern⁶ zählen.

Mit den genannten politischen Faktoren verbinden sich begünstigende ökonomische Faktoren. Aus dem raschen Wiedererstarren des deutschen Imperialismus, insbesondere seines ökonomischen Potentials und seiner Entfaltung zur zweitstärksten kapitalistischen Industriemacht einerseits sowie dem niedrigen Entwicklungsstand der afro-asiatischen Länder und dem - wie erwähnt - enorm hohen Grad der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt andererseits resultieren Bedingungen, die den deutschen Imperialismus in die Lage versetzen, aus der historisch entstandenen neuen Situation, der Möglichkeit einer gewissen Neuverteilung des ehemaligen kolonialen Hinterlandes mit vorwiegend ökonomischen Mitteln, optimal Nutzen zu ziehen.

Der Hinweis auf die Wechselbeziehungen der genannten politischen und ökonomischen Faktoren ist auch deshalb wichtig, weil die Effektivität der einzelnen Faktoren durch ihre Kombination potenziert wird. So konnten die politischen bzw. politisch-historischen, aus dem Zerfall des Kolonialsystems resultierenden Faktoren, ihre differenzierte Wirkung auf die einzelnen imperialistischen Mächte zugunsten Westdeutschlands erst dadurch voll wirksam werden, daß sie mit den ökonomischen

⁶ Wir verstehen unter dem historischen "Gestern" jene Abschnitte in der neueren Kolonialgeschichte, die durch die Forderung einer Gruppe imperialistischer Mächte nach gewaltsamer Neuaufteilung der Kolonien gekennzeichnet werden und die in deren totaler militärischer Niederlage endeten.

Faktoren verschmolzen und umgekehrt. Der auf dem Nichtbesitz von Kolonien beruhende politisch-historische Faktor und seine Transformation zum geheutelten Antikolonialismus als ideologischen Faktor erlangt zum Beispiel unter den gegebenen internationalen Bedingungen erst dadurch optimale neokolonialistische Effektivität, daß er sich mit dem genannten ökonomischen Faktor verbindet und umgekehrt.

Neben den die westdeutsche Expansion begünstigenden Faktoren existieren eine Anzahl anderer sie hemmender Faktoren, die vornehmlich politischen Charakter tragen. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese einseitige Wirkung typisch für die die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands beeinflussenden politischen Faktoren ist. Hervorzuheben ist jedoch für die Analyse des neokolonialistischen Faktorensystems die Existenz sowohl stark hemmender als auch stark fördernder Faktoren, der hohe Grad ihrer Wechselbeziehungen, ihre spezifische Wirkung in der Kombination mit anderen Faktoren sowie - im Unterschied zu anderen imperialistischen Mächten - die insgesamt höhere Bedeutung politischer Faktoren.

2. Die politischen Faktoren

Der wichtigste, die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands hemmende Faktor resultiert aus der Tatsache, daß neben dem Bonner Staat der Monopole ein deutscher Arbeiter-und-Bauern-Staat existiert, der zu den zehn größten Industriestaaten der Welt zählt und dessen internationales Ansehen als Folge seiner konsequenten Friedens- und Freundschaftspolitik unaufhaltsam steigt. Der Existenz zweier deutscher Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen entspringen zwei kontradiktorische politische Konzeptionen gegenüber den afro-asiatischen Ländern.⁷ Der von den staatsmonopolistischen Interessen Bonns diktierten Politik des Neokolonialismus stellt die DDR ihre Politik der Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung, der aktiven Unterstützung der politischen und ökonomischen Emanzipationsbestrebungen der afro-asiatischen Länder gegenüber. Im Unterschied zur westdeutschen Politik der Drohung und Erpressung, der Ausbeutung und der wirtschaftlichen Expansion basiert die Politik der DDR gegenüber den afro-asiati-

⁷ Siehe im einzelnen *Spröte, Wolfgang/Hahn, Gerhard*, DDR-Wirtschaftshilfe contra Bonner Neokolonialismus, Berlin 1965; *Domdey, Karl-Heinz*, Neokolonialismus oder Unabhängigkeit und sozialistische Wirtschaftshilfe. Zur Politik der sozialistischen und der imperialistischen Staaten gegenüber den ökonomisch schwachentwickelten Ländern, Berlin 1962.

schen Staaten auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung ihrer Souveränität, der Wahrung ihrer Integrität, der Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und der aktiven Wahrnehmung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts. Den Beziehungen der afro-asiatischen Länder zu Bonn setzt die DDR eine echte Alternative entgegen, die vor allem mit der Stärkung ihres ökonomischen Potentials weiter an Attraktivität gewinnt.

Daraus ergibt sich, daß die DDR mit ihrer sozialistischen Innen- und Außenpolitik das Haupthindernis bei der Entfaltung des Bonner Neokolonialismus und ein spezifisches ursächliches Element seiner Perspektivlosigkeit ist. Die neokolonialistischen Bestrebungen keiner anderen imperialistischen Macht sind in gleicher oder ähnlicher Weise wie diejenigen Westdeutschlands Bedingungen ausgesetzt, die deren ständige, anhaltende und dauerhafte Entlarvung ermöglichen, wodurch Gegenbestrebungen rechtzeitig eingeleitet und die feindlichen Aktionen zumindest partiell paralyisiert werden können. So wie die DDR im Bündnis mit den anderen sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion einen wichtigen Beitrag zur Bändigung des westdeutschen Militarismus leistet, so zügelt sie auch den Bonner Neokolonialismus. Die DDR bindet in wachsendem Maße die auf eine aggressive Innen- und Außenpolitik gerichteten Kräfte des deutschen Imperialismus. In diesem Sinne geht von ihr auf Bonn eine spezifische antineokolonialistische Wirkung aus, die als wichtigster hemmender Faktor betrachtet werden kann.

Neben dieser allgemeinen, aus dem gegensätzlichen Charakter der beiden deutschen Staaten resultierenden hemmenden Wirkung, tritt ein spezieller hemmender Faktor hervor in Gestalt der Hallstein-Doktrin bzw. des Bonner Alleinvertretungsanspruchs. Obwohl die Errichtung der Bundesrepublik durch den Bruch des Potsdamer Abkommens als ein flagranter Verstoß gegen das Völkerrecht betrachtet werden muß, bezeichnet sich dieser Staat paradoxerweise als der einzig rechtmäßige. Daraus resultiert die Bonner Politik der Nichtanerkennung der DDR, des demokratischen, den Beschlüssen der Anti-Hitlerkoalition entsprechenden deutschen Staates.⁸ Als Axiom westdeutscher Außenpolitik stößt die Hallstein-Doktrin

8 Der Hallstein-Doktrin ist die Funktion einer Bürgerkriegstheorie zugeordnet. Sie dient dazu, die von aggressiven Kräften in Westdeutschland angestrebte Annexion der DDR als eine "innerdeutsche" Angelegenheit zu tarnen. Der geplante Überfall auf die völkerrechtlich souveräne DDR soll in eine westdeutsche Polizeiaktion umgefälscht werden. Das Mitglied des Politbüros der SED Prof. Albert Norden bezeichnete die Hallstein-Doktrin als den "konzentriertesten Ausdruck der Aggressivität des Regimes der Bundesrepublik", als eine "vorweg-

bei ihrer Durchsetzung in den afro-asiatischen, in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht an imperialistische Paktsysteme gebundenen Staaten auf Widerstand. Die Völker Asiens und Afrikas, die sich erst unlängst und unter großen Opfern vom Kolonialismus befreit haben, bestehen auf ihrem Selbstbestimmungsrecht und sind nicht bereit, sich Vorschriften machen zu lassen, welchem Staat sie ihre Anerkennung geben und welchem sie diese versagen. Sie betrachten zu Recht die Bonner Anmaßung als politische Bevormundung, als offene Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und als eine Verletzung ihrer Souveränität.

Die Politik der Durchsetzung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs erhält ihre besondere Zuspitzung durch ihre Bindung an die westdeutsche Entwicklungshilfe. Für Bonn ist die Haltung der afro-asiatischen Staaten zur Hallstein-Doktrin das Hauptkriterium ihrer Kreditwürdigkeit. Auf diese Weise sollen diese Länder unter Ausnutzung ihrer als Folge kolonialer Hinterlassenschaft bestehenden Kredit- und Absatzabhängigkeit zu einer offenen Parteinahme in der Deutschlandfrage erpreßt werden, und zwar im Sinne der Mißachtung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, der Unterstützung von Forderungen nach Grenzrevisionen, Gebietsabtretungen usw.

Die Bindung an die Hallstein-Doktrin engt die Manövrierfähigkeit Bonns stark ein und durchsetzt seine neokolonialistische Politik mit inneren Widersprüchen. Einerseits ist die neokolonialistische Politik Bonns bemüht, ein Höchstmaß an Elastizität zu entwickeln, und zwar unter scheinbarer Beschränkung auf ökonomische, technisch-wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten. Andererseits stellt die Hallstein-Doktrin, da sie mit massiven Vergeltungsmaßnahmen im Falle ihrer Nichtakzeptierung verbunden ist (Verweigerung, Entzug oder Kürzung von Entwicklungshilfe), eine starre, ultimative und unausweichbare Forderung dar. Sichtbares außenpolitisches Ergebnis dieser widersprüchlichen Politik ist der erfolgte Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Mehrzahl der arabischen Staaten zu Westdeutschland. Ein Ausdruck dieses durch die Bindung der Entwicklungshilfe an die Hallstein-Doktrin erzeugten Widerspruchs ist die auf innerpolitischem Gebiet als Haushaltskrise in Erscheinung getretene Bonner Regierungskrise. Um

genommene Kriegserklärung nicht nur an die DDR, sondern zugleich an alle Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" und als "eine permanente Organisierung von Konflikten in Europa." (Vgl. Norden, Albert, Auf die DDR kann Europa sich verlassen. Rede auf der internationalen Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front am 29. März 1967, in: Neues Deutschland v. 30. 3. 1967, Ausg. B.)

die Hallstein-Doktrin vor dem völligen Bankrott zu bewahren, erhöhte sich die politisch motivierte Entwicklungshilfe in dem Maße, wie das Interesse der afro-asiatischen Länder, den anmaßenden Forderungen Bonns weiterhin ihre Zustimmung zu geben, geringer wurde. Das Ergebnis war, daß der überhöhte Entwicklungshilfeetat zu einem wichtigen Element des Haushaltsdefizits wurde.

Andererseits - im dialektischen Zusammenhang mit den genannten Wirkungen - kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß die westdeutsche Entwicklungshilfe, eben weil sie zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs und anderer aggressiver Ziele relativ "großzügig" ausgestattet wurde und sich auf wirtschaftlichem und wirtschaftlich-technischem Gebiet konzessionsbereiter zeigen mußte, nicht unbedeutende neokolonialistische Erfolge erringen konnte. Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer exakten Differenzierung zwischen dem aggressiven Wesen imperialistischer Wirtschaftshilfe und ihren oftmals scheinbar harmlosen, ja attraktiven Erscheinungsformen hat für Westdeutschland besondere Bedeutung.

Eine Schwäche des westdeutschen Neokolonialismus zeigt sich aber auch gerade darin, daß die Existenz der DDR und ihre spezifische antineokolonialistische Wirksamkeit im Hinblick auf Westdeutschland eine stärkere Ausnutzung der Bonner Entwicklungshilfe durch die afro-asiatischen Staaten im Interesse ihrer eigenen nationalen Ziele gestattet, als dies sonst, das heißt unter ausschließlicher Berücksichtigung des allgemeinen internationalen Kräfteverhältnisses, möglich wäre.

Als Ausdruck der engen Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie wird erkennbar, daß für Westdeutschland die Durchsetzung des politisch bestimmten Alleinvertretungsanspruchs mit einem besonders hohen Aufwand an finanziellen und materiellen Leistungen verbunden ist, die außerdem oftmals zu besonders "günstigen" Bedingungen gegeben werden. Insofern diese widersprüchliche Erscheinung eine partielle und zeitweise Ausnutzung der Bonner Entwicklungshilfe in den afro-asiatischen Ländern im Interesse der Durchsetzung ihrer eigenen nationalen Politik gestattet, ist dies unter Berücksichtigung des internationalen Kräfteverhältnisses der Existenz der DDR geschuldet und ein Ausdruck ihrer antineokolonialistischen Wirksamkeit und in diesem Sinne eine ihrer Möglichkeiten, den afro-asiatischen Ländern zusätzlich zu den vielen Formen ihrer direkten Hilfe indirekte Unterstützung zu leisten.

Im Unterschied zu dem einen politischen Hauptfaktor, der aus der Existenz der DDR resultiert und die neokolonialistischen Bestrebungen der

Bundesrepublik hemmt, teilweise bzw. zeitweise paralytisiert, begünstigt ein zweiter politischer Hauptfaktor die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands in einem hohen Maße. Es sind dies die besonderen Beziehungen Bonns zu den USA. Zwischen den aggressiven Kräften in Washington und Bonn besteht nicht nur eine im Zeichen des Antikommunismus errichtete, besonders enge Interessengemeinschaft im Hinblick auf die Durchsetzung einer aggressiven Europapolitik, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet ist.⁹ In dem Maße, wie der deutsche Imperialismus nach seiner totalen militärischen Niederlage mit Hilfe der USA wiedererrichtet wurde und wiedererstarkte, entwickelte sich eine solche enge imperialistische Interessengemeinschaft auch im Hinblick auf die gemeinsame Eindämmung und Zurückdrängung der nationalen Befreiungsbewegung.¹⁰

Diese im Rahmen des kollektiven Kolonialismus bestehende und eine seiner Hauptsäulen verkörpernde spezifische neokolonialistische Interessengemeinschaft beruht auf folgender Grundlage: Der eine Partner, die USA, war und ist bemüht, die besondere Attraktivität des westdeutschen Neokolonialismus, seinen "antikolonialen Glanz" in den Dienst seiner eigenen neokolonialistischen Expansion zu stellen. Davon zeugt die Aktivität amerikanischer Monopole, über ihre in Westdeutschland gegründeten Tochterunternehmen ökonomischen und politischen Einfluß in Entwicklungsländern zu gewinnen.¹¹ Ferner wurde das westdeutsche Wirt-

9 Vgl. hierzu im einzelnen Lamberz, Werner, Der Teufelspakt Washington - Bonn, in: Einheit, H. 9/1966, S. 1187 - 1196. H. 10/1966, S. 1299 - 1308. - Lamberz charakterisiert die USA und Westdeutschland als die gegenwärtig "aggressivsten Abteilungen des Imperialismus". Er formuliert folgende These, der vorbehaltlos zustimmen ist: "In den 21 Jahren jüngster Nachkriegsentwicklung hat sich zwischen den USA und dem Regime in Bonn ein politisch-militärisches Sonderbündnis herausgebildet, das die aggressivste und reaktionärste Staatenkoalition in der Welt darstellt." (Ebenda, H. 9, S. 1187.)

10 Lamberz sieht das wichtigste Ziel des westdeutsch-amerikanischen Bündnisses in der "Zurückdrängung des Einflusses des Sozialismus, in der Unterdrückung und Niederwerfung der revolutionär-demokratischen, antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungsbewegungen." (Ebenda, H. 9, S. 1187.)

11 Das amerikanische Kapital besaß 1964 einen Anteil an der westdeutschen Automobilproduktion in Höhe von 40 %, an der Mineralölverarbeitung von 30 %, an der Herstellung von Datenverarbeitungsanlagen von 65 % usw. (*Wohin steuert die Bundesrepublik?* Berlin 1965.) Der Anteil amerikanischer Tochtergesellschaften am westdeutschen Export ist dementsprechend ungewöhnlich hoch. Anfang 1965 überreichte der Leiter der amerikanischen Behörde für Entwicklungshilfe dem früheren westdeutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Scheel "eine Liste mit mehr als 1500 Möglichkeiten für Privatinvestitionen in Entwicklungsländern..., die seinerzeit von amerikanischen Behör-

schaftspotential unter Ausnutzung eines gewissen Abhängigkeitsverhältnisses zur Stärkung der gesamtimperialistischen Position in den Entwicklungsländern vornehmlich im Interesse der USA herangezogen.¹² In vielen Fällen wurden und werden dem westdeutschen Imperialismus im Interesse der USA (als dem Bollwerk des kollektiven Kolonialismus) neokolonialistische Stoßtruppfunktionen übertragen¹³, da Westdeutschland über einen höheren neokolonialistischen Tarneffekt verfügt als andere imperialistische Mächte¹⁴.

Der andere Partner, Westdeutschland, ist primär bestrebt, seine Vorzüge direkt zur Stärkung seiner eigenen Position in den afro-asiatischen Ländern einzusetzen. Eben diesem Ziel diene und dient seine besonders enge, keineswegs immer gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den USA. Vor allem in den Anfängen seiner Expansion bedurfte der westdeutsche

den zur Unterrichtung amerikanischer Interessenten ausgearbeitet worden war." (*Industriekurier* v. 3. 10. 1964.) Vgl. dazu auch *Der westdeutsche Kapitalexport in die Entwicklungsländer*, in: DWI-Berichte, hg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut, H. 18/1965, S. 4 - 13.

- 12 Bereits 1958 schrieb eine westdeutsche Zeitung über die Versuche, Leitlinien für eine gemeinsame westdeutsch-amerikanische Entwicklungshilfepolitik festzulegen: "Dulles hat bei seinem Besuch in Bonn darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik wegen ihres Ansehens in diesen Ländern und wegen ihrer hohen Devisenbestände besonders geeignet sei, auch der Hauptträger der Entwicklungshilfe zu werden." (*Süddeutsche Zeitung* v. 10. 9. 1958.) Köllner schreibt: "Überraschend schnell ist der amerikanische Wunsch, Westdeutschland stärker als bisher an der internationalen Entwicklungshilfe zu beteiligen, in der Bundesrepublik aufgenommen worden." (*Köllner, Lutz*, *Der internationale Kapitalverkehr seit dem letzten Weltkrieg*, Frankfurt [Main] 1963, S. 171.)
- 13 Diese Funktion trat besonders deutlich anlässlich der Vorgänge in Erscheinung, die mit dem anglo-französisch-israelischen Überfall auf die VAR zusammenhängen: "Aus nicht ganz erklärlichen Gründen ist sie (die Bundesrepublik - P. F.) die einzige unter den Großmächten, die von den national gesinnten Arabern nicht als Teil einer der beiden Machtgruppierungen betrachtet wird." (*The Times*, London, v. 7. 2. 1956.) "Die westdeutsche Bundesrepublik ist heute der einzige Partner der atlantischen Allianz, der neben einer erhaltenen industriellen Kraft und einer gewaltigen Exportmöglichkeit in den Augen der anderen über ein ungetrübtes Prestige verfügt. In gewissen Kreisen der Levante wird von einem stillschweigenden deutsch-amerikanischen Übereinkommen gemunkelt, wonach die Bundesrepublik nach dem Scheitern der Entente-Mächte beauftragt wurde, als unverdächtiger Makler des Westens für die wirtschaftliche Ausrichtung des Mittleren Ostens nach der 'freien Welt' zu sorgen." (*Saarbrücker Zeitung* v. 15. 4. 1957.)
- 14 Hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen dem neokolonialistischen Tarneffekt und der Rolle Westdeutschlands im System des modernen Kolonialismus siehe *Schilling, Hartmut*, Die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus, in: *Einheit*, H. 8/1961, S. 1266; *derselbe*, Der Bonner Neokolonialismus - Feind der Völker, in: ebenda, H. 1/1961, S. 135 - 153.

Neokolonialismus der Assistenz der USA, um in neokolonialistische Positionen einzudringen.

Die deutschen Imperialisten sind sich ihrer höheren neokolonialistischen Effektivität bewußt und erkennen die Bedeutung dieses Umstandes für die Erhaltung und Sicherung der gesamtimperialistischen Positionen in den afro-asiatischen Ländern, insbesondere im Hinblick auf die wachsenden Schwierigkeiten, mit denen die USA in diesem Bereich konfrontiert werden. Sie leisten ihrem amerikanischen Partner aber auch deshalb neokolonialistische Schützenhilfe, um auf diese Weise ihrem eigenen politisch-strategischen Hauptziel, der Verfügungsgewalt über und schließlichen Produktion von Atomwaffen zur Durchsetzung ihrer vom Geiste des Revanchismus getragenen aggressiven Pläne, näherzukommen.

So betrachtet, besitzen die neokolonialen Aktivitäten Bonns unter dem Aspekt ihrer Zielsetzung einerseits direkten neokolonialistischen Charakter, sind sie Selbstzweck, dienen sie direkt der eigenen neokolonialistischen Expansion. Andererseits tragen sie indirekten neokolonialistischen Charakter, sind sie Mittel zum Zweck, dienen sie direkt der Bonner Revanchepolitik, die gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichtet ist. Dieser Doppelcharakter des westdeutschen Neokolonialismus ist eine seiner wichtigsten Besonderheiten und bringt den hohen Grad seiner Aggressivität zum Ausdruck.

Sichtbarer Höhepunkt der spezifischen amerikanisch-westdeutschen Interessengemeinschaft auf neokolonialistischem Gebiet ist die Beteiligung Bonns an dem blutigen Terrorfeldzug der USA gegen das vietnamesische Volk.¹⁵ Kein anderes imperialistisches Land ist in dem Ausmaß und in der Weise wie Westdeutschland in diesem schmutzigen Krieg engagiert. Hierbei geht es nicht nur um ein ökonomisches Engagement in Höhe von rund 800 Millionen Mark in Form von Finanz- (sprich: Kriegs-)Krediten und Wirtschaftshilfe, nicht nur um eine militärische Unterstützung, sondern primär um ein vornehmlich im Interesse Washingtons liegendes politisches Engagement mit ausgeprägtem Demonstrativcharakter. Diese Gewichtung ergibt sich aus dem Bestreben der USA, der wachsenden Iso-

¹⁵ Walter Ulbricht führte dazu aus: "Zwischen Bonn und Washington besteht die Komplizenschaft von Aggressor und potentielltem Kriegsbrennstifter. Zwischen ihnen gibt es eine Art Vereinbarung auf Gegenseitigkeit. Bonn ist bereit, den USA-Krieg in Vietnam zu unterstützen. Als Preis dafür sollen die USA den westdeutschen Imperialisten mit allen Mitteln Rückendeckung für deren Revanchepolitik gewähren." (Ulbricht, Walter, Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten, in: Neues Deutschland v. 17. 9. 1966, Ausg. B.)

lierung zu begegnen, in die sie durch ihre abenteuerliche Politik geraten sind.¹⁶

Mit der Eskalation der USA-Aggression ist auch das westdeutsche Engagement gewachsen. Sichtbarer Ausdruck dafür sind die demonstrative Entsendung des westdeutschen Truppentransportschiffes "Hielgoland" nach Saigon, der Verkauf von 5 500 Fliegerbomben an die USA für den Einsatz in Vietnam, die Entsendung eines Vorauskommandos unter Leitung des Freiherrn v. Jena in die südvietnamesische Hauptstadt, um die Einsatzmöglichkeiten westdeutscher Freiwilliger zu prüfen, deren Zusammenstellung bereits begonnen hat, und die Tatsache, daß mit Zustimmung der Bonner Regierung bereits mehr als 2 000 Westdeutsche, die sich in den USA aufhielten, in amerikanischen Uniformen nach Vietnam eingeschifft worden sind. "D:s sind immerhin Truppen von Regimentsstärke, und dabei ist die Bundesrepublik überhaupt nicht Mitglied der SEATO, der südostasiatischen Verteidigungsorganisation", bemerkt hierzu eine westdeutsche Zeitung.¹⁷

Keine andere imperialistische Macht ist wie Bonn mit dem gleichen Einsatz von moralischen, politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln an der Unterstützung des Kriegsabenteuers der USA in Vietnam beteiligt. Während Frankreich eine rege diplomatische Initiative zur Neutralisierung Südostasiens und zur Beilegung der Kampfhandlungen in Vietnam entfaltet, selbst das in Südostasien stark engagierte Großbritannien die aggressive US-Politik nicht vorbehaltlos billigt, rechtfertigt Bonn die Kriegsprovokation der USA vor der Weltöffentlichkeit und unterstützt sie nach Kräften.

Bereits im Herbst 1964 erklärte der ehemalige Sonderbeauftragte Präsident Johnsons und spätere Botschafter der USA in Südvietnam, Henry Ca-

16 Es ist von Bedeutung, daß selbst bürgerliche Ökonomen die politischen Elemente im System der westdeutschen Wirtschaftshilfe herauszuheben gezwungen sind, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen in Vietnam. So schreibt White: "Der Eindruck ist allgemein vorhanden, insbesondere in Afrika, daß die deutsche Hilfe ein starkes politisches Übergewicht besitzt." Zu den "kurzfristigen politischen Faktoren" zählt White die "Hilfeleistungen an Vietnam auf Betreiben der USA". (*White, John, German aid, London 1965, S. 72.*)

17 *Freie Presse*, Bielefeld, v. 8. 9. 1966. - Die Zahl von 2 000 ergibt sich nach Mitteilung des amerikanischen Kriegsministeriums aus folgender Rechnung: Von 24 000 Ausländern, die sich zur Zeit in den amerikanischen Streitkräften befinden, sind 6 000 nach Vietnam geschickt worden; davon sind 2 000 Westdeutsche. - Eine ausführliche Dokumentation über die Beteiligung Westdeutschlands am Überfall der USA auf das vietnamesische Volk enthält das *Graubuch - Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland*, Berlin 1967, bes. S. 64 - 70.

bot Lodge, nach Gesprächen mit Erhard und Strauß, er danke "der Bundesregierung für die Hilfe, die sie in Südvietnam bereits geleistet habe. Mit ihren Leistungen stehe die Bundesrepublik an der Spitze der helfenden Nationen."¹⁸

Die Auswirkung dieses neokolonialistischen Bündnisses zwischen den USA und Westdeutschland war in den einzelnen Zeitabschnitten unterschiedlich. Zweifellos ist auch heute noch die neokolonialistische Expansion fördernde Wirkung dominierend. In letzter Zeit nehmen die hemmenden Wirkungen jedoch stark zu. Das heißt, das Bündnis wird hier zu einem gewissen Grade eine Belastung für die neokolonialistische Politik Westdeutschlands. Einmal deshalb, weil in den Beziehungen zwischen den beiden imperialistischen Mächten neben dem Element der Partnerschaft das der Konkurrenz besteht, wodurch sich als Folge erschwerter Weltmarktbedingungen auf zahlreichen Märkten in afro-asiatischen Ländern eine scharfe Rivalität zwischen beiden Mächten entwickelt hat. Zum anderen schadet die unverhüllte Stellungnahme Bonns zugunsten der USA-Aggression in Vietnam sowie zugunsten anderer politischer bzw. politisch-militärischer Aktionen seinem Ansehen in der afro-asiatischen Welt. Sie schränkt die durch den geheuchelten Antikolonialismus gegebenen Möglichkeiten stark ein und paralyisiert den für die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands so wichtigen Tarneffekt. Auch wird es Bonn, behaftet mit dem Makel seiner Beteiligung an der USA-Aggression in Vietnam, künftig noch schwerer fallen, den Entwicklungsländern gegenüber seinen Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen.

Wenn Bonn sich dennoch bereit zeigt, die genannten nachteiligen Wirkungen und deren Folgen hinzunehmen, so vor allem deshalb, weil seine Expansionsbestrebungen im afro-asiatischen Raum - bei voller Anerkennung ihres gefährlichen, aber auch selbständigen Charakters - seiner Machtpolitik in Europa untergeordnet sind. Anders formuliert: Auch der Neokolonialismus Bonns ist wesentlicher Bestandteil seines Revanchismus und dient einer Politik, die auf eine gewaltsame Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen und deren schließliche Eigenproduktion gerichtet ist.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung der Situation in Vietnam erklärte der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler, Erhard, unumwunden: "Wenn auch jetzt die Kriege, Krisen und Wirren im asiatischen und lateiname-

¹⁸ *Die Welt*, Westberlin, v. 17. 3. 1965.

rikanischen Raum im Vordergrund stehen, so bleibt doch Europa und Deutschland der Gefahrenpunkt Nummer eins."¹⁹

Die besonders hohe Bedeutung politischer Elemente im System der Bestimmungsfaktoren der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands zeigt sich auch in ihrer Kombination mit anderen Elementen, zum Beispiel als politisch-historische, politisch-ideologische und politisch-militärische Faktoren.

3. Die politisch-historischen Faktoren

Die Geschichte der Beziehungen imperialistischer Mächte zu den afro-asiatischen Völkern ist ein Faktor, der die neokolonialistische Expansion wesentlich beeinflusst. Allen imperialistischen Mächten gemeinsam ist eine Geschichte der Entrechtung und Ausbeutung der afro-asiatischen Völker, ist eine Geschichte kolonialer Unterdrückung. Bereits Lenin bezeichnete den Kolonialismus als ein Wesensmerkmal des Imperialismus. Der Kolonialismus nahm jedoch unter imperialistischen Bedingungen nicht nur unterschiedliche Formen an, die einzelnen kapitalistischen Mächte spielten auch in den verschiedenen Etappen der Herausbildung des Kolonialsystems des Kapitalismus bzw. des Imperialismus eine unterschiedliche Rolle.²⁰ Entsprechend dieser Spezifik wird das Verhältnis der einzelnen imperialistischen Macht zu den afro-asiatischen Völkern unter den gegenwärtigen Bedingungen des Zerfalls und der Liquidation des imperialistischen Kolonialsystems unterschiedlich belastet. Im Zusammenhang mit der Darlegung der dialektischen Wechselbeziehungen zwischen politischen und ökonomischen Faktoren im Prozeß der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands wurde bereits auf die fördernde Wirkung hingewiesen, die von dem seit Ende des ersten Weltkrieges bestehenden historischen Tatbestand der Nichtexistenz eines kolonialen Besitzmonopols des deutschen Imperialismus ausgeht. Er bildet die objektive Grundlage für eine der gefährlichsten Erscheinungsformen des westdeutschen Neokolonialismus, die im ideologischen Bereich ihren Ausdruck findet und von dort aus auf alle anderen Bereiche ausstrahlt: den geheuchelten Antikolonialismus.

Als weitere historische Wurzel dafür kann die Rivalität zwischen dem deutschen Imperialismus und den Kolonien besitzenden Mächten betrach-

¹⁹ Zitiert nach Honecker, Erich, Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. - 18. 12. 1965, Berlin 1966, S. 8.

²⁰ Vgl. hierzu im einzelnen Tjul'panov, S. I., a. a. O., S. 13 - 48.

tet werden. Der widerwärtige Charakter des geheuchelten Antikolonialismus ist erst auf dem Hintergrund der Kolonialgeschichte des deutschen Imperialismus voll begreiflich.

Der wilhelminische deutsche Imperialismus gehörte zu den führenden Kolonialräubern der Periode vor dem ersten Weltkrieg. Mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus verstärkten sich die Bemühungen der herrschenden Kreise in Deutschland, an der völligen Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte teilzunehmen und eine Neuaufteilung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Aus verschiedenen historischen Ursachen hatte sich aber der deutsche Imperialismus bei dieser Aufteilung der Welt verspätet. Das führte angesichts seiner rasch wachsenden politischen und ökonomischen Stärke und seines besonders reaktionären Charakters - als eines junkerlich-bourgeois Imperialismus - zu der besonderen Aggressivität seiner Expansion.

Zentrum der kolonialen Eroberungen des kaiserlichen Deutschlands war Afrika. Dort gelang es den deutschen Imperialisten in den dreißig Jahren vor dem ersten Weltkrieg, ein Kolonialreich zu erobern, das mit einer Fläche von 2,7 Millionen Quadratkilometern fünfmal größer war als das damalige Deutsche Reich. Etwa 11,2 Millionen Afrikaner wurden der unmittelbaren kolonialen Ausbeutung des deutschen Imperialismus unterworfen. Hier tobten sich das deutsche Finanzkapital und die widerlichsten Produkte des preußischen Kasernenhofes nach Herzenslust aus. Den Tempoverlust gegenüber den anderen imperialistischen Mächten versuchten die deutschen Kolonialisten durch rigorosen Terror, durch Betrug und besondere Brutalität auszugleichen und aufzuholen.²¹

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg konzentrierte sich die deutsche Kolonialpolitik darauf, die ehemaligen Kolonien zurückzuerobern beziehungsweise neuen Kolonialbesitz zu gewinnen. Diese Bemühungen nahmen verschiedene Formen an. Nicht nur, daß in der Weimarer Republik das Kolonialministerium in mehr oder weniger versteckter Form weiterexistierte, daß eine Vielzahl von Kolonialverbänden ungehindert ihre propagandistische Hetztätigkeit fortsetzen konnte, es ist auch erwiesen, daß die deutschen Imperialisten ihre kolonialen Ansprüche wieder offiziell anmeldeten und vertraten.

21 Zur Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus siehe Müller, Fritz Ferdinand, Deutschland - Zanzibar - Ostafrika, Berlin 1959; Büttner, Kurt, Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika, Berlin 1959; Nussbaum, Manfred, Togo - eine Musterkolonie? Berlin 1962.

Die Forderung nach einer Neuaufteilung der Kolonien erfuhr im faschistischen Deutschland ihren neuerlichen Höhepunkt.²² Nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus bestimmte sie in einem nicht unbedeutenden Maße auch dessen militärische Konzeptionen.

Der im Bonner Auswärtigen Amt als Ministerialdirektor und bis vor wenigen Jahren als Botschafter Westdeutschlands in London tätig gewesene ehemalige Hitlerdiplomate Hasso v. Etzdorff entwarf 1940 einen Plan, demzufolge die damaligen Kolonialgebiete Französisch- und Belgisch-Kongo, Französisch-Äquatorialafrika, Uganda, Südsibirien, Nigeria, Goldküste, Dahome, ein Teil Kenias und die ehemaligen deutschen Kolonien Besitzungen des deutschen Imperialismus werden sollten. Da das transsaharische Afrika für die deutschen Imperialisten unerreichbar war, sollte zunächst mit der militärischen Eroberung sämtlicher Länder Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens begonnen werden. Geplant war ferner, daß die deutschen Truppen Basra, die Japaner Ceylon besetzen sollten, um dadurch gemeinsam zu Beherrschern des Persischen Golfes zu werden. Deutschland und Japan wollten dann die Erdölquellen auf Bahrein und auf dem arabisch-iranischen Festland ausbeuten.²³

Alle diese weitgesteckten Ziele, deren Erreichung den deutschen Imperialismus zur führenden Kolonialmacht hätte werden lassen, scheiterten als Folge seiner abermaligen militärischen Niederlage. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß gerade dieser Umstand, die gescheiterte Kolonialpolitik und der daraus resultierende Nichtbesitz von Kolonien, für ihn eine wichtige Voraussetzung schuf, um hinter der Maske des geheichelten Antikolonialismus, den Zerfallsprozeß des imperialistischen Kolonialsystems ausnutzend, gegenwärtig seine neokolonialistische Expansion besonders erfolgreich betreiben zu können.

Die Ziele des geheichelten Antikolonialismus sind mannigfaltig und bestehen im einzelnen darin:

1. die ehemals bzw. noch immer kolonial unterdrückten Völker über den Charakter des deutschen Imperialismus und dessen räuberischen Absichten zu täuschen und sie in ihrem antikolonialistischen Kampf zu desorientieren;

22 Siehe Kühne, Horst, *Faschistische Kolonialideologie und zweiter Weltkrieg*, Berlin 1962.

23 Vgl. *Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik*. Eine Dokumentation, verf. v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Paul Friedländer und Hartmut Schilling, Berlin 1965, S. 87 ff.

2. dem Einfluß des echten Antikolonialismus, der von den sozialistischen Staaten ausstrahlt und ein Wesenselement der sozialistischen Ideologie ist, entgegenzuwirken, ihn seiner Attraktivität zu berauben, ihn zu durchkreuzen und zu paralisieren;
3. sich gegenüber den imperialistischen Rivalen Vorteile zu verschaffen, sie aus ihren Positionen zu verdrängen, sich ihrer Positionen zu bemächtigen und zugleich (im scheinbaren Widerspruch dazu)
4. die Attraktivität des geheichelten Antikolonialismus in den Dienst des Weltimperialismus zu stellen, den kollektiven Kolonialismus zu stärken, um als Gegenleistung die Erfüllung der revanchistischen Forderungen des deutschen Imperialismus zu erhalten;
5. die Bevölkerung Westdeutschlands irrezuführen, um keinen Widerstand gegen die neokolonialistische Politik Bonns aufkommen zu lassen und sie noch stärker für die neokolonialistische Expansion mißbrauchen zu können.²⁴

Die Wirksamkeit des geheichelten Antikolonialismus wird besonders dort augenfällig, wo es gilt, besonders komplizierte neokolonialistische Aufgaben durchzuführen. Typisch hierfür ist der Versuch des Weltimperialismus, über die sogenannte Militärhilfe an die Schaltebel der Macht in den Entwicklungsländern zu gelangen. In diesem Zusammenhang fällt Westdeutschland - wie im einzelnen noch dargelegt wird - eine besondere Rolle auf Grund des geheichelten Antikolonialismus zu. "Westdeutschland ist vom atlantischen Bündnis ermächtigt worden, Militärhilfe an Afrika und andere Länder zu gewähren, und zwar aus dem einfachen Grund, weil kein anderes westliches Land für diese Aufgabe so gut geeignet ist. Westdeutschland ist frei vom Makel der Kolonialherrschaft."²⁵ Die westdeutsche neokolonialistische Expansion konzentriert sich unter Ausnutzung des geheichelten Antikolonialismus auch mehr als die anderen imperialistischen Mächte auf die sogenannten "abtrünnigen" Länder, das heißt auf Staaten, "die positive Schritte in der Richtung zur Erlangung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit machen"²⁶ und in die nationaldemokratische Etappe ihrer nationalen Befreiungsrevolution eintreten. Die enorme Bedeutung des geheichelten Antikolonialismus für die Unterdrückung und Entmachtung der afro-asiatischen Länder hob

24 Siehe hierzu auch *Friedländer, Paul/Schilling, Hartmut*, a. a. O., S. 75.

25 *Evening Star* v. 29. 11. 1963.

26 *White, John*, a. a. O., S. 74. - White hebt diesen Umstand als eines der wichtigsten politischen Elemente im neokolonialistischen Expansionsprozeß Westdeutschlands hervor.

schon 1960 kein Geringerer als der westdeutsche Bundestagspräsident Gerstenmaier hervor. Er erklärte: "Nun, es ist nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse der ganzen freien Welt, daß wir Deutsche von der Hypothek des Kolonialismus unbelastet bleiben ... Aber es ist nicht nur erlaubt, sondern auch unsere Pflicht, daraus Nutzen zu ziehen."²⁷

Die logische Konsequenz des geheichelten Antikolonialismus ist auch eine systematische Verfälschung der deutschen Kolonialgeschichte. Die wissenschaftlich korrekte Erforschung der Kolonialgeschichte des deutschen Imperialismus und ihre Propagierung, die zu einer wichtigen Aufgabe der Historiker und Wirtschaftshistoriker der DDR geworden ist, kann als ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des geheichelten Bonner Antikolonialismus angesehen werden.

4. Die politisch-ideologischen Faktoren

Angesichts der Tatsache, daß die Länder, die das Kolonialjoch abgeworfen haben und den Weg des sozialen Fortschritts beschreiten, nach neuen Formen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung suchen, erhalten die politisch-ideologischen Faktoren ein besonderes Gewicht. Der Wettbewerb der beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme, des Sozialismus und des Kapitalismus, ist eine Form des internationalen Klassenkampfes, der sich gerade in den Entwicklungsländern auf der politisch-ideologischen Ebene entfaltet und dort zu weitreichenden historischen Entscheidungen führt. Hierbei bedient sich der Neokolonialismus in überaus hohem Maße politisch-ideologischer Mittel.²⁸

Die Spezifik der politisch-ideologischen Faktoren für die Bestimmung der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands besteht darin, daß der deutsche Imperialismus auf dem Gebiet der ideologischen Infiltration eine führende Rolle spielt und entsprechende Aktivitäten in einem Ausmaß entwickelt, die die durch sein ökonomisches und politisches Potential gesetzten Grenzen weit überschreiten. Über 250 staatliche, halbstaatliche und durch Interessengruppen der Konzerne finanzierte "private" Institute und Organisationen befassen sich im

²⁷ *Der Spiegel*, Nr. 44/1960, S. 43.

²⁸ Auf den allgemeinen Aspekt der aufgeworfenen Frage weist Orlik hin, wobei er die von den USA entwickelte "Strategie der flexiblen Reaktion" hervorhebt. Siehe dazu im einzelnen *Orlik, I., Ideologičeskie diversii imperIALIZMA: meždunarodnye otnošenija* (Die ideologische Diversion des Imperialismus und die internationalen Beziehungen), in: *Meždunarodnaja Žizn*, H. 12/1966, S. 75 - 82.

Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet sogenannter Entwicklungspolitik mit ideologischer Subversion. Während auch in anderen führenden kapitalistischen Industriestaaten, vor allem in den USA, eine Vielzahl von gleichartigen Einrichtungen die neokolonialistische Expansion im Zeichen der neuen strategischen Zielsetzung aktiv unterstützt, erhalten die westdeutschen Aktivitäten ihr besonderes Gepräge dadurch, daß die ideologische Propagandatätigkeit Bonns in den Entwicklungsländern durch einen extrem hohen Grad des Antikommunismus gekennzeichnet wird, der oftmals sogar mit einem verdeckten Rassismus verschmilzt.

Wurzel dieser Erscheinung ist die Tatsache, daß jene Kräfte in Westdeutschland wieder die Macht ausüben, die den Faschismus ermöglicht haben und seine Stützen waren. Dieselben Wissenschaftler und Experten, die den Raubzug des Faschismus organisierten und ideologisch verbrämten, leiten gegenwärtig Forschungsinstitute, die mit entwicklungspolitischen Aufgaben betraut sind, besetzen entsprechende Lehrstühle an Universitäten und vertreten die Bundesrepublik als Botschafter und Diplomaten in Entwicklungsländern.

Der Hauptstoß des Bonner Antikommunismus richtet sich gegen die DDR. Dies ist die wichtigste Spezifik des antikommunistischen Elements im System des Bonner Neokolonialismus. Darüber hinaus beteiligt sich Westdeutschland führend an den vom Weltimperialismus ausgehenden Bestrebungen des Antikommunismus. Die Aufgaben des Antikommunismus bestehen als Komponente des Neokolonialismus darin, das sozialistische Ideengut, den Charakter des sozialistischen Weltsystems, die antiimperialistische Politik der sozialistischen Staaten, ihre Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung und ihre uneigennützigte Hilfe für die Entfaltung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der afroasiatischen und lateinamerikanischen Staaten zu verleumden. Die auf die Erhaltung und Festigung des Friedens gerichtete Generallinie sozialistischer Außenpolitik soll unterminiert, die Ziele ihrer Politik des Wettbewerbs der beiden gesellschaftlichen Systeme und der friedlichen Koexistenz verfälscht werden. Auf diese und andere Weise sollen die fortschrittlichen Kräfte in den Entwicklungsländern desorientiert, gespalten und paralytisiert werden.

Der Antikommunismus ist sowohl Leitidee bei der theoretischen Betrachtung der Entwicklungsländerproblematik als auch Axiom bei der Durchsetzung der westdeutschen Entwicklungspolitik. Gewähr dafür geben sol-

che Kolonialideologen wie Drascher²⁹, Grotelüschen³⁰, Ansprenger³¹ und andere wie auch die Konzentration von Nazis und Kriegsverbrechern in Abteilungen des Bonner Auswärtigen Amtes, die mit der Entwicklungspolitik befaßt sind, und in Funktionen, die ihren Aufenthalt in den Entwicklungsländern erforderlich machen³².

Ein weiterer spezifischer Faktor, der die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands im allgemeinen nicht nur ökonomisch - wie im einzelnen noch dargelegt werden wird -, sondern vor allem auch ideologisch überaus begünstigte, waren die Wirkungen, die von der im Zusammenhang mit dem Marshallplan stehenden Überwindung der Nachkriegszerstörungen, insbesondere der Wiederherstellung des Industriepotentials, der Neuausrüstung der Betriebe und den relativ hohen industriellen Wachstumsraten ausgingen und die die Entwicklung in den fünfziger Jahren bestimmten. Diese Wirkungen sind bis zu einem gewissen Grade sogar heute noch spürbar, obwohl die genannten Zuwachsraten bereits mit Beginn der sechziger Jahre abflachten und gegenwärtig die Situation zu verzeichnen ist, daß Westdeutschland ein absolutes Konjunkturtief durchschreitet, das mit tiefgreifenden Struktur- und Finanzkrisen verbunden ist. Während die westdeutsche Industrie 1955 Zuwachsraten von 14,8 Prozent und 1960 noch von 10,7 Prozent erreichte und damit im imperialistischen Bereich die absolute Spitze erlangte, lagen die entsprechenden Quoten 1963 bei 3,8 Prozent und fielen 1966 mit 1,7 Prozent unter die vergleichbaren Zahlen solcher Länder wie Italien, Frankreich, USA, Japan usw.³³

29 *Drascher, Wahrhold*, Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus, Tübingen (Neckar) 1960, zit. nach: Die westdeutsche Schule im Dienste des Neokolonialismus, hg. v. Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut, Berlin 1962.

30 *Grotelüschen, Wilhelm*, Erdkundebuch für Höhere Schulen, hg. in den Jahren 1939, 1958 und '961, zit. nach: ebenda.

31 *Ansprenger, Franz*, Afrika. Eine politische Länderkunde, hg. v. Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität (West-)Berlin, in: Zur Politik und Zeitgeschichte, H. 8 u. 9/1961, zit. nach: ebenda.

32 Vgl. *Braunbuch*. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat. Wirtschaft. Armee. Verwaltung. Justiz. Wissenschaft, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1965.

33 United Nations, *Monthly Bulletin of Statistics*, New York, 1fd.

T a b e l l e 1

Industrielle Wachstumsraten der EWG-Länder⁺

(in Prozent zum Vorjahr)

Land	1965	1966	1967 (Jan. - März)
Italien	4,4	12,0	12,0
Frankreich	1,5	7,5	6,5
Niederlande	7,0	7,0	4,5
Belgien	1,8	2,0	2,0
Westdeutschland	6,1	1,7	1,0

+ United Nations, *Monthly Bulletin of Statistics*, New York, lfd.

Selbst in Westdeutschland müssen großindustrielle Kreise in ihrem Sprachrohr offen zugeben, daß die auf neoliberale Konzeptionen gestützte sogenannte freie Marktwirtschaft ein völliges Fiasko erlebt hat: "Die Gegenwart beweist nun, daß gerade in der Wirtschaftspolitik die Zeit zu Ende gegangen ist, in der es richtig war, die Zügel freizugeben, um die Pferde unserer Marktwirtschaft ohne Führung den warmen Geruch ihres Wohlstandsstalles suchen zu lassen."³⁴

Die Wirkung der Wirtschaftswundertheorien ist besonders deshalb so nachhaltig, weil ihre Verfechter die koloniale Hinterlassenschaft und das Streben der unabhängig gewordenen Staaten nach wirtschaftlicher Selbständigkeit ausnutzen und wissentlich falsche Vorstellungen über die Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands hervorrufen, die in krassem Widerspruch zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen. Auf eine einfache Formel gebracht, lautet diese Theorie, die Entwicklungsländer befänden sich heute in der gleichen Situation wie Westdeutschland 1945 nach der totalen Niederlage. Der Weg des wirtschaftlichen Aufstiegs, die Errichtung einer nationalen Industrie, der Aufbau eines funktionierenden Wirtschaftsorganismus usw. mußte bzw. müsse ganz von vorn begonnen werden. Westdeutschland habe diese Problem in weniger als zehn Jahren gelöst, wozu der traditionelle Kapitalismus mehr als hundert Jahre benötigte. Kein Geringerer als der Präsident des westdeutschen Bundestages und Präsident der Afrika-Gesellschaft gab dieser Theorie mit folgenden Worten Ausdruck: "Ludwig Erhard (der vermeintliche Erfinder des westdeutschen Wirtschaftswunders und ehe-

³⁴ *Industriekurier* v. 4. 2. 1967.

maliger Bundeskanzler - P. F.) ist bis in den Urwald hinein eine Gestalt von magischer Anziehungskraft. Die Leute denken, daß wir Deutsche eben einen ganz besonderen Dreh hätten, um schnell reich zu werden ... und diesen Dreh müßte man mit Erfolg doch auch sonstwo, auch in Ost-Afrika, an der Westküste oder in Äquatorial-Afrika anwenden können."³⁵

Da solche und ähnliche Vorstellungen als Ergebnis einer zielgerichteten Propaganda auch nach dem Abflachen der westdeutschen Konjunktur noch immer eine gewisse Rolle in den ideologischen Auseinandersetzungen in den Entwicklungsländern spielen, sei hier nicht nur allgemein auf das völlig unterschiedliche Ausgangsniveau der Produktivkräfte, insbesondere im Hinblick auf ihr wichtigstes Element, die Arbeitskraft (technischer Bildungsstand, technische Fertigkeiten und Produktionserfahrungen), hingewiesen, das einen Vergleich infolge völlig unterschiedlicher Voraussetzungen ausschließt. Der liberale britische Nationalökonom Bauer äußerte zu dieser Problematik unter Bezugnahme auf den Marshallplan und seine Wirkungen auf Westeuropa, wobei er insbesondere Westdeutschland im Auge hatte: "Jedoch muß man in Betracht ziehen, daß die Wirtschaft Westeuropas nur wiederhergestellt werden mußte, während sie in den anderen Ländern entwickelt werden muß. Europa litt 1945 vor allem unter dem Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, aber es hatte keinen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Absatzgelegenheiten. So konnte Westeuropa rasch zum Wohlstand zurückkehren ... Im klaren Gegensatz hierzu steht z. B. die wirtschaftliche Not Indiens und vieler anderer Empfangsländer ..."³⁶

Einen anderen Aspekt dieses Problems greift der Amerikaner Wallich auf, wenn er schreibt: "Das Ausmaß der Kriegsschäden (der von westdeutscher Seite angegebenen! - P. F.) erwies sich als stark überschätzt. Unter Berücksichtigung der Ausbesserungen, die innerhalb der Werke selbst vorgenommen werden konnten, waren die paralysierten Kapazitäten wahrscheinlich kleiner als die während des Krieges neu aufgebauten, so daß Deutschland im großen und ganzen genommen etwas besser gestellt war als vor dem Kriege."³⁷

Damit bricht eine weitere Säule zusammen, auf die sich eine Theorie stützte, wonach Westdeutschland prädestiniert sei, den Entwicklungs-

35 *Der Spiegel*, Nr. 44/1960, S. 36 f.

36 Bauer, P. T., Die Entwicklungshilfe - ein einziger Fehlschlag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16./17. 11. 1966.

37 Wallich, H. C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt (Main) 1955, S. 5.

ländern das Modell für die Entwicklung ihrer Wirtschaft und Gesellschaftsordnung zu geben.

Angesichts des nicht mehr aufzuhaltenden Fiaskos der Wirtschaftswundertheorien soll das dadurch geschaffene und sich ausweitende ideologische Vakuum durch ein neues Leitmodell ausgefüllt werden, das vor allem auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern richtungweisend sein soll. Das neue Programm der formierten Gesellschaft, von der Partei des westdeutschen Monopolkapitals, der CDU, entworfen, ist eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Gesamtkonzeption. Ihr Kernstück ist die totale politische und ideologische Integration der antimonopolistischen und demokratischen Kräfte in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. "Der Weg in die 'Formierte Gesellschaft' ist", nach Formulierungen einer in Westdeutschland erscheinenden Publikation, "ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus."³⁸ Auf die Entwicklungsländer bezogen, soll die Konzeption der formierten Gesellschaft immer mehr zu einer Alternative im Hinblick auf programmatische Vorstellungen werden, die in den Entwicklungsländern selbst entstehen und sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützen. Der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler, Erhard, ließ daran keinen Zweifel: "Die 'Formierte Gesellschaft' ist ... kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert ... Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdballs wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein. Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegenüber als weit überlegen erweisen. Zugleich wird sie den Sozialismus - auch dieser Prozeß ist bereits im Gange - ideologisch und politisch aufzehren."³⁹

In diesen Ausführungen wird die antikommunistische Grundhaltung der Konzeption sichtbar, die, nicht immer in dem gleichen Maße sichtbar, auch allen Wirtschaftswundertheorien immanent war. Auf die Notwendigkeit einer Überleitung des einen theoretisch-ideologischen Programms in das andere wies zuvor sehr nachdrücklich der Bonner Publizist Altmann hin, der sich rechtzeitig der zeitlich begrenzten Wirkung der Wirtschaftswundertheorien bewußt war. Anmaßend und in typisch neona-

38 *Opitz, Reinhard*, Der große Plan der CDU: die Formierte Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/1966, S. 196.

39 *Erhard, Ludwig*, Programm für Deutschland. Rede auf dem 13. Bundesparteitag der CDU am 31. 3. 1965 in Düsseldorf.

zistischer Manier an das "weltzivilisatorische Sendungsbewußtsein" der deutschen "Herrenrasse" anknüpfend, empfiehlt dieser Apologet des deutschen Imperialismus: "Wir jedoch sollten uns hüten, lediglich im Vorhandensein eines höheren Lebensstandards die Ursache einer Überlegenheit auf längere Zeit zu sehen. Unser heutiger gesellschaftspolitischer Status quo wird auf die Dauer nicht ausreichen, um diese Konkurrenz durchzuhalten. Nicht ohne Grund sind wir unsicher geworden gegenüber den ideologischen Angriffen der Sowjets, nicht umsonst suchen wir nach einem Konzept, das wir ihnen entgegenhalten können ... Aber was weiterhin fehlt, ist die Gewißheit, daß wir es sind, die diese Welt prägen werden, daß wir auch in Zukunft weiter sein werden als die Kommunisten ... in der Modellierung des 'way of life' ... der Weltzivilisation."⁴⁰

Um die Gesellschaftsstruktur der Entwicklungsländer im Sinne des westdeutschen Zivilisationsmodells zu "formieren", sind der Bonner Entwicklungspolitik und mit ihr der Entwicklungshilfe neue Akzente gesetzt worden. So sind neben der technischen Hilfe die Sozial- und Ausbildungshilfe zu neuen Schwerpunkten ausgebaut worden. Mit der langfristig projektierten Sozialhilfe wird in Entwicklungsländern mit geringerer Klassendifferenzierung versucht, die Entfaltung einer einheimischen Bourgeoisie als staatstragendes Element zu forcieren.⁴¹

Die Tatsache, daß an die Spitze des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Mitglied der SPD gesetzt worden ist, hat an der bisherigen Grundlinie der Politik nichts rückgängig gemacht. Im Gegenteil, die Bestrebungen zur Einwirkung auf die Sozialstruktur sind mit verfeinerten Mitteln intensiviert worden. Wischnewski selbst betonte: "Zur verdienstvollen Arbeit meiner Vorgänger gehört die Förderung der privaten Initiative. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß ich um eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft bemüht sein werde; daß ich außerdem die Förderung der privaten Initiative und Investition in Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung halte."⁴² Der Hinweis auf die Fortsetzung der bewährten Linien neokolonialistischer Expansionspolitik trifft auch auf die Ausbildungshilfe zu, die

⁴⁰ Altmann, R., Das Erbe Adenauers, zit. nach: Heß, Peter, Ökonomische Grundlagen und Triebkräfte der "Formierten Gesellschaft", in: Wirtschaftswissenschaft, H. 7/1966, S. 1072.

⁴¹ Über die Bedeutung der Sozialhilfe siehe Friedländer, Paul, Sozialökonomische Umgestaltungen in Afrika und imperialistische Entwicklungshilfe, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, T. 2, S. 125 - 142.

⁴² Wischnewski, Hans-Jürgen, Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in den Entwicklungsländern, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 9. 12. 1966.

von Bonn dazu benutzt wird, die gegenwärtige, insbesondere aber die künftige Führungsschicht in den Entwicklungsländern ideologisch zu beeinflussen und sie für die Durchsetzung der bereits genannten Leitmodelle zu gewinnen. Das gilt auch für die Entsendung sogenannter Entwicklungshelfer aus Westdeutschland nach dem Vorbild des amerikanischen Friedenscorps. Über die bereits in afro-asiatische und lateinamerikanische Staaten entsandten Entwicklungshelfer wird unverblümt gesagt, "sie könnten gut die sozialen und politischen Grundlagen für wirksame Kapital- und Sachhilfe schaffen".⁴³ Wischnewski selbst ließ es sich nicht nehmen, den tausendsten Entwicklungshelfer feierlich zu verabschieden, und führte bei der Gelegenheit aus, er werde sich dafür einsetzen, diese Zahl innerhalb kürzester Zeit zu verdoppeln.⁴⁴

5. Die politisch-militärischen Faktoren

Im Bereich der politisch-militärischen Faktoren bestimmen zwei Haupttendenzen die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands.

Einmal unterstützt Westdeutschland als einzige imperialistische Macht offen und unverhüllt, ja demonstrativ den blutigen Überfall der USA auf das vietnamesische Volk. Damit erreicht eine Politik des deutschen Imperialismus ihren vorläufigen Höhepunkt, die konsequent auf ein permanentes moralisches, politisches und teilweise auch militärisches Engagement an allen nach dem zweiten Weltkrieg gegen die nationale Befreiungsbewegung unternommenen Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen gerichtet ist. Der deutsche Imperialismus unterstützte zum Beispiel direkt und indirekt die blutigen Überfälle auf das ägyptische, kongolensische und zypriotische Volk sowie auf die Dominikanische Republik.⁴⁵ Er ist führend beteiligt bei der politischen, ökonomischen und militärischen Konsolidierung der an imperialistische Paktsysteme gebundenen Militärdiktaturen in asiatischen Staaten.⁴⁶ Er ist Hauptstütze und Hauptverbündeter der noch bestehenden kolonialen Herrschaftssysteme,

43 *Christ und Welt* v. 12. 4. 1963.

44 Vgl. *Der Tagesspiegel* v. 30. 12. 1966.

45 Hinsichtlich der Formen und des Ausmaßes dieser Unterstützung vgl. *Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik*, a. a. O.

46 Bereits Anfang 1965 war Westdeutschland mit einem Anteil von rund einem Drittel (31 Mill. Mark) an den Südkorea gewährten privaten Auslandskrediten beteiligt. Seitdem sind Südkorea Zusagen für eine langfristige Kapitalhilfe in Höhe von weiteren ca. 160 Mill. Mark gemacht worden. Im Zusammenhang mit diesem Engagement schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* v. 13. 12. 1964, daß dieses "einem von Amerika genährten Bedürfnis" entsprang. Bindungen ähnlichen Charakters bestehen zwischen Westdeutschland und Iran, Thailand, Malaysia und Taiwan.

zum Beispiel des portugiesischen Kolonialterrors in Afrika.⁴⁷ Er solidarisiert sich nicht nur mit dem Rassistenregime in Südafrika, sondern schmiedet mit ihm ein militärisches Komplott.⁴⁸

Diese Aktivitäten entspringen dem Charakter des deutschen Imperialismus, den Anforderungen des NATO-Bündnisses und des kollektiven Kolonialismus. Zielstrebig will sich Bonn auf Kosten der nationalen Befreiungsbewegung das Vertrauen und die Sympathie der imperialistischen Atomkräfte verschaffen, um selbst in die Verfügungsgewalt über Atomwaffen und in deren Besitz zu gelangen.

Zum anderen ist der deutsche Imperialismus sehr aktiv, um unter Ausnutzung der Legende vom Antikolonialismus als scheinbar neutraler Staat, der "nicht zu den Großmächten zählt" und angeblich keine politisch-militärischen Ambitionen besitzt, "friedliebende" Militärhilfe vornehmlich an afrikanische Staaten zu leisten. Ziel dieser hinterhältigen Aktivitäten ist es, die jungen Staaten durch Übertragung von Waffensystemen an die NATO zu binden oder bündnisähnliche Beziehungen herzustellen. Durch gezielte Waffenlieferungen sollen die jungen Staaten gegeneinander gehetzt und militärische Konflikte im Interesse des Imperialismus ausgelöst werden. Durch die Militärhilfe, die die Ausbildung militärischer Kader einschließt, sollen schließlich die nationalen Kräfte gespalten und Bürgerkriege provoziert werden, mit dem Ziel, bestehende fortschrittliche Machtverhältnisse konterrevolutionär zu verändern.

Beide Tendenzen schließen nicht einander aus, sondern charakterisieren den bereits erwähnten Doppelcharakter des westdeutschen Neokolonialismus, der mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht, seine Expansion voranzutreiben.

Die militärische Komponente war von Anbeginn Bestandteil der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands.⁴⁹ In ihren embryonalen For-

47 Typisch für das Interesse Bonns an den portugiesischen Kolonien ist das starke Engagement des Krupp-Konzerns in Angola, das mit einer halben Milliarde Mark beziffert wird. Der Krupp-Konzern leitet ein internationales Konsortium, das eines der ergiebigsten Eisenerzlagere Afrikas in der Nähe von Cassinga ausbeutet. Bonn belieferte Portugal mit modernsten Waffen, darunter Düsenjäger, die gegen die nationale Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien eingesetzt wurden. Siehe im einzelnen *Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik*, a. a. O., S. 10 - 30.

48 Siehe hierzu *Denkschrift über die militärische und atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika*, hg. v. Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee in der DDR, Berlin 1954.

49 Siehe auch *Friedländer, Paul*, Westdeutsche Militär-"hilfe" im Sy-

men entwickelte sie sich bereits sehr bald nach dem Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, und zwar zuerst in einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die bereits damals zu den gefährlichsten Spannungsgebieten zählten. So wie Westdeutschland selbst, war Ländern dieses Bereichs auf Grund ihrer gemeinsamen Grenzen mit sozialistischen Staaten die Rolle von Ausfallstellungen für einen militärischen Angriff zugedacht. Sie sind Mitglieder imperialistischer Militärpaktsysteme bzw. mit ihnen liiert.

Zu den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, in denen die militärische Komponente der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands zuerst sichtbar wurde, gehören vor allem die Türkei, Mitglied der NATO und der CENTO und dadurch Bindeglied beider imperialistischer Paktsysteme, Griechenland, das der NATO angehört, und Iran, der in die CENTO gepreßt wurde. Das relativ frühe Auftreten militärischer Züge, ihr zeitliches Zusammenfallen mit den Anfängen der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands überhaupt, ist das Ergebnis eines historischen Phänomens, der Tatsache nämlich, daß der Länderbereich, der neben Westeuropa zum Hauptkonzentrationspunkt der militärischen Macht der USA geworden war, sich mit dem traditionellen Einflußgebiet des deutschen Imperialismus deckte.

Die Hilfe Bonns mit militärisch-strategischen Vorzeichen erhält in Südvietnam und Südkorea einen besonderen politischen Akzent. Wie Deutschland selbst, so sind auch diese beiden Länder durch imperialistische Machenschaften, vorwiegend auf Initiative der USA, gespalten worden. Wie in Westdeutschland, so befindet sich in dem einen Teil des jeweiligen Landes ein reaktionäres Regime an der Macht, dessen erklärtes Ziel es ist, den anderen Teil des Landes, in dem eine Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet wurde, durch einen militärischen Überfall zu "befreien". Im Unterschied zu den genannten Ländern des Mittleren Ostens beruht die amerikanisch-westdeutsche Partnerschaft in Südvietnam und Südkorea nicht auf traditionellen Bindungen. Sie stützt sich vorwiegend auf die Vermittlung von politischen Erfahrungen, die die westdeutschen Revanchisten in ihren nun schon fast zwanzig Jahre währenden Aktionen zur Vernichtung der DDR gesammelt haben. Umgekehrt erhalten sie mit Hilfe der USA die Möglichkeit, diese Länder als politisch-militärisches Übungsgelände für ihre Vorwärtsstrategie zu benutzen.

Unter beiden Aspekten, der Errichtung von strategisch wichtigen Ausfallstellungen im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung einerseits und der "partnerschaftlichen" Entwicklung von Vorhaben zur Produktion von Atomwaffen andererseits, bildete Israel für Westdeutschland eine Hauptbasis, die Republik Südafrika die andere. Auch in den Plänen des kollektiven Kolonialismus bilden diese beiden Länder eine strategische Einheit, da ihre jeweilige geographische Lage es ermöglicht, den afrikanischen Kontinent militärisch von zwei Seiten her und ohne direkte Einschaltung der NATO zu bedrohen.

So erhielt Israel im Zeichen der westdeutschen Militärhilfe, die nach arabischen Quellen die 300-Millionen-Mark-Grenze weit überschreitet, vor allem Panzer, Kriegsflugzeuge, Schnellboote sowie eine breite Palette moderner Heereswaffen. Israelische Offiziere erhalten ihre Ausbildung in Westdeutschland. Hervorzuheben ist die rege westdeutsche Förderung israelischer Projekte zur Herstellung eigener atomarer Waffen. Das Weizmann-Institut in Rechowot erhält nicht nur finanzielle Unterstützung aus Bonn, sondern westdeutsche Konzerne (Thyssen-Gruppe) und in ihrem Auftrag auch führende westdeutsche Wissenschaftler sind an den Forschungsarbeiten direkt beteiligt.

Auch in Südafrika sind unter Anwendung westdeutscher Lizenzen und mit Hilfe westdeutscher Experten die Vorbereitungen für die Großproduktion von Kernenergie, getarnt als Kern-Strom-Programm, angelaufen. Die Inbetriebnahme des ersten Kernreaktors steht unmittelbar bevor. Westdeutschland ist auch an der Fernraketenproduktion der Republik Südafrika beteiligt. Das westdeutsche Institut für Aeronomie in Lindau (Harz) arbeitet eng mit entsprechenden Forschungsanlagen und Produktionsbetrieben in der südafrikanischen Republik zusammen und hat bereits wichtige Anlagen geliefert, die aus Mitteln des Bonner Kriegsministeriums finanziert werden. Westdeutschland betreibt gemeinsam mit der Republik Südafrika die Weiterentwicklung und Produktion von virulenten Giftgasen. Dieses Projekt liegt weitgehend in den Händen von Giftgasfachleuten des IG-Farben-Konzerns.⁵⁰

Scheinbar völlig gegensätzlich zu den bisher behandelten Formen ist die jüngste Variante westdeutscher Militärhilfe, die ausschließlich jungen afrikanischen Staaten gegeben wird. Da in diesen Staaten gerade die militärische Macht eine besondere Rolle spielt - und zwar sowohl im Hinblick auf die Abwehr neokolonialistischer Anschläge als

⁵⁰ Vgl. *Denkschrift über die militärische und atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika*, a. a. O.

auch angesichts der erst beginnenden Klassendifferenzierung in ihrer Eigenschaft eines innerpolitisch stabilisierenden Faktors -, vermittelt die westdeutsche Waffen- und Militärhilfe, die optisch einen Beitrag zur Stärkung eben dieser militärischen Macht vortäuscht, den Eindruck einer fortschrittlichen Maßnahme zur Unterstützung des Freiheitsstrebens der Völker. Ihre Attraktivität wird noch dadurch erhöht, daß sie dem Anschein nach hinter dem Rücken der anderen imperialistischen Mächte, zumeist der ehemaligen Kolonialherren, und als Mittel gegeben wird, diese von ihren letzten Positionen zu verdrängen und sie allseitig zu schwächen. Mit ihr rühmt sich Westdeutschland seiner antikolonialen Traditionen.

Die Wirklichkeit hat jedoch bewiesen, daß die Bonner Militärhilfe für die jungen Staaten Afrikas gegenwärtig zu den gefährlichsten Instrumenten des westdeutschen Neokolonialismus gehört, nicht nur des genannten Tarneffektes wegen, sondern vor allem deshalb, weil durch sie die jungen afrikanischen Staaten unauffällig und auf ausdrückliches Geheiß der USA und anderer NATO-Mächte an militärische Paktsysteme des Imperialismus gebunden werden sollen. Mehr noch: Westdeutschland hat im System des kollektiven Kolonialismus die Aufgabe übernommen, unter Ausnutzung eines geheichelten Antikolonialismus seiner Militärhilfe die Rolle eines trojanischen Pferdes zu geben, sie dort einzuschleusen, wo die Positionen des Neokolonialismus besonders gefährdet oder stützungsbedürftig sind.

Fest steht, daß jeder westdeutsche Militärhilfevertrag nicht nur mit Billigung der USA und der ehemaligen Kolonialmächte abgeschlossen wurde, sondern daß Westdeutschland von ihnen dazu ausdrückliche Weisungen und Aufträge erhielt. Sie selbst sind in diesen Staaten bereits so diskreditiert, daß sie Westdeutschland vorschicken, um die schmutzigen Geschäfte des kollektiven Kolonialismus besorgen zu lassen. Aus der Zeitschrift des Deutschen Marineverbandes e. V. erfährt man hierzu: "Bonn hätte sich ... nicht engagiert, wenn das zu Differenzen mit den westlichen Partnern geführt hätte. Aber es gibt keine Meinungsunterschiede. Die Verbündeten haben die Bundesrepublik ausdrücklich aufgefordert, in Afrika etwas zu tun, weil sie selbst nicht in der Lage sind, allen Anforderungen nachzukommen. Auch können sie in manchen Gebieten wegen ihrer 'kolonialen Vergangenheit' keine Projekte durchführen. In der Praxis werden die Planungen mit den USA abgestimmt. Mit den Engländern werden jene Programme durchgesprochen, die sich auf

frühere britische Besitzungen erstrecken; für die Franzosen gilt Entsprechendes."⁵¹

Westdeutsche Militärhilfeverträge wurden unter anderem mit Tansania, Guinea und dem Sudan abgeschlossen, ferner mit Libyen, Nigeria, Somalia, Madagaskar und Niger.

Prinzipiell gilt für die westdeutsche Militärhilfe an afrikanische Staaten, daß sie ein Produkt aus der Paarung der dargelegten kollektiv-kolonialistischen Absichten mit spezifisch westdeutschen Interessen ist, die sich um die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin verdichten. Die Militärhilfe für junge Staaten ist eines der raffiniertesten, aber auch gefährlichsten Mittel zur Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs Westdeutschlands. Zu ihm wurde erst dann gegriffen, als alle anderen Mittel ihren Dienst versagten. "Seit 1961, als die Unabhängigkeitswelle in Afrika ihren Höhepunkt erreichte, begann die Bundesregierung ... auch Waffen ins Ausland zu liefern, um einen Einbruch der DDR in den Schwarzen Kontinent zu verhindern."⁵²

Auch - oder gerade - der Militärhilfe sind relativ enge Grenzen im Rahmen der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands gesetzt. Sie wurden in Tansania besonders sichtbar. In diesem Staat konnten auch die Militärhilfeverträge die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur DDR auf staatlicher Ebene nicht aufhalten, obwohl Westdeutschland mit der Einstellung der Militärhilfe drohte, sie offen als Druckmittel gegen die junge Republik einsetzte und sie schließlich aufkündigte. Am Beispiel Tansanias zeigt sich aber auch der wachsende Widerspruch zwischen den beiden Hauptfunktionen der westdeutschen Militärhilfe: Die rigorose Durchsetzung der Hallstein-Doktrin paralyisiert die kollektiv-kolonialistische Funktion. Und umgekehrt führt ihre konsequente Anwendung die Hallstein-Doktrin ad absurdum. Dieser innere Widerspruch bringt die Hauptschwäche der westdeutschen Militärhilfe zum Ausdruck, die übrigens auch in Westdeutschland selbst erkannt wird: "Tansania hat es geschafft, der Hallstein-Doktrin einen schweren Schlag zu versetzen ... Afrika ist weit. Doch nahe genug, um das Fundament der deutschen Wiedervereinigungspolitik erzittern zu lassen. Die Amerikaner drängen uns, die Position in Tansania zu halten. Damit nicht ganz Ostafrika unter roten Einfluß gerät. Soll das auf Kosten der vitalen deutschen Interessen geschehen? Das Problem Tansania zeigt deutlich, wie tief wir in der Patsche stecken."⁵³

51 *Leinen los*, Nr. 10/1964, S. 328.

52 *Der Spiegel*, Nr. 10/1965, S. 24.

53 *BZ*, Westberlin, v. 22. 1. 1965.

6. Die ökonomischen Faktoren

Wie die Analyse der Wechselbeziehungen zwischen politischen und ökonomischen Faktoren bereits erkennen ließ, spielen die aus dem beachtlichen Wirtschaftspotential Westdeutschlands resultierenden Triebkräfte im Prozeß der neokolonialistischen Expansion eine vorrangige Rolle. Entsprechend dem von Lenin formulierten Gesetz der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung sind die ökonomischen Potenzen der einzelnen imperialistischen Staaten die Grundlage, auf der die Aufteilung und Neuaufteilung der politischen und militärischen Machtbereiche, der Märkte und Einflußsphären erfolgt.

Mit einem Anteil von 9,1 Prozent an der Industrieproduktion des kapitalistischen Teils der Welt im Jahre 1966 nimmt Westdeutschland im Kreise der führenden kapitalistischen Industriestaaten - in weitem Abstand zu den USA mit 45,5 Prozent - einen zweiten Platz ein, gefolgt von Großbritannien (7,8 Prozent), Japan (6,0 Prozent), Frankreich (4,4 Prozent) und Italien (3,6 Prozent).⁵⁴

Die Stellung Westdeutschlands als zweitgrößte kapitalistische Industriemacht wird im einzelnen in folgenden Produktionsbereichen erkennbar:

T a b e l l e 2

Produktion der vier größten kapitalistischen Industriemächte 1966⁺
(in Millionen Tonnen)

Produkte	USA	West- deutschland	Groß- britannien	Frank- reich
Rohstahl	121,6	35,3	24,7	19,6
Zement	63,4	34,7	16,8	23,3
Schwefelsäure	24,4	3,5	3,1	3,1
Synthetische Fasern	0,94	0,21	0,18	0,11
Automobile ⁺⁺	8,6	2,8	1,6	1,8

+ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, Wiesbaden 1967, S. 65 u. 73.

++ Millionen Pkw.

Das ökonomische Potential Westdeutschlands erhält sein besonderes Gepräge durch den hohen Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals. Das extrem hohe Niveau der Monopolisierung wird vor allem dadurch erkennbar, daß im Jahre 1967 85 westdeutsche Aktiengesellschaften mit jeweils über 100 Millionen Mark Grundkapital über 58,3 Prozent des gesamten Aktienkapitals verfügten.⁵⁵

Die aus dem hohen Grad der Konzentration resultierende Macht der Monopole ist in Westdeutschland auf vielfältige Weise besonders eng mit der Macht des Staates kombiniert. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat sich voll entfaltet. Ein sichtbarer Ausdruck hochentwickelter Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die aktive Einschaltung des Staates bei der Umverteilung des westdeutschen Bruttosozialproduktes zugunsten der Monopole, der Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht und zuungunsten der Interessen der werktätigen Massen. Diese Politik ermöglichte die Neuausrüstung der westdeutschen Monopolbetriebe in einem besonders hohen Maße. Während zum Beispiel 1966 der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt in den USA 17 Prozent, in Großbritannien 18 Prozent betrug, lag die entsprechende Quote in Westdeutschland bei 25 Prozent. Demgegenüber erreichte 1966 der Anteil des privaten Verbrauches am Bruttosozialprodukt in den USA 62 Prozent, in Großbritannien und Frankreich 64 Prozent und in Westdeutschland nur 57 Prozent.⁵⁶

Auf außenwirtschaftlichem Gebiet bewirkten umfangreiche staatsmonopolistisch mobilisierte Finanzmittel, supranationale staatsmonopolistische Zusammenschlüsse und ein kompliziertes staatsmonopolistisches Instrumentarium (unter Berücksichtigung des gekennzeichneten hohen Niveaus der Industrialisierung und Spezialisierung, insbesondere im Hinblick auf die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution sich überdurchschnittlich entwickelnden Industriezweige) hohe Exportquoten.⁵⁷

55 Zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Westdeutschland, in: DWI-Berichte, a. a. O., H. 5/1968, S. 23.

56 United Nations, *Monthly Bulletin of Statistics*, New York, März 1968, S. 181 - 187. Vgl. hierzu auch *Die Einkommens- und Verbrauchsstruktur in Westdeutschland*, in: DWI-Berichte, a. a. O., H. 11/1964.

57 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

T a b e l l e 3

Exportquoten der wichtigsten westdeutschen Industriezweige 1967⁺

Industriezweig	Exportquoten in %
Fahrzeugbau	33,3
Maschinenbau	31,6
chemische Industrie	24,7
Elektroindustrie	17,9

+ *Wirtschaft und Statistik*, hg. v. Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, H. 6/1968, S. 327.

Als Ergebnis der staatsmonopolistisch forcierten Exportexpansion ist die Tatsache zu verzeichnen, daß Westdeutschland hinsichtlich des Volumens seiner Fertigwarenausfuhr die USA nicht nur erreichte, sondern sie zeitweilig sogar überholte. Der Anteil Westdeutschlands am Export von Industrieerzeugnissen des kapitalistischen Teils der Welt betrug 1965 und 1966 19,1 bzw. 19,3 Prozent, der der USA 20,7 bzw. 20,5 Prozent.⁵⁸

Für die Charakterisierung der Expansion in die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist die sogenannte neokolonialistische Exportquote⁵⁹, das heißt die Höhe des Anteils der Entwicklungsländer am Gesamtexport der kapitalistischen Industriemacht, eine wichtige Kennziffer. Sie liegt für Westdeutschland im Vergleich sowohl zu den traditionellen Kolonialmächten als auch zu den USA niedriger. Dies ist einmal das Ergebnis noch bestehender protektionistischer Institutionen wie zum Beispiel der Franc-Zone und des Sterling-Gebiets und der daraus resultierenden weniger intensiven Marktbeziehungen. Im Hinblick auf die USA spielen nicht nur die Existenz der Dollar-Zone und ihre traditionellen Beziehungen zu den anderen Ländern Lateinamerikas eine beherrschende Rolle; von Bedeutung sind auch das noch bestehende Produktivitäts- und damit vorhandene Preisgefälle auf verschiedenen Produktionsgebieten sowie die durch die unterschiedliche Entfernung der einzelnen Absatzgebiete von den Lieferländern bedingten unterschiedlichen Transportkosten.

58 United Nations, *Monthly Bulletin of Statistics*, New York, März 1968, S. XV.

59 Zum Begriff der neokolonialistischen Exportquote und der damit verbundenen Problematik vgl. *Friedländer, Paul*, Zur Spezifik struktureller Veränderungen im Außenhandel Westdeutschlands mit Entwicklungsländern, in: *Gegenwartsprobleme der internationalen Handelsbeziehungen*, Berlin 1964, S. 154 - 174.

T a b e l l e 4

Neokolonialistische Exporte und Exportquoten des Jahres 1967⁺
(Januar bis Oktober)

Land	in Mrd. Dollar	in Prozent zum Gesamtexport
USA	9,183	31,9
Großbritannien	3,057	23,1
Frankreich	2,115	22,7
Westdeutschland	2,342	13,1

+ International Monetary Fund, *Direction of Trade*. A Supplement to International Financial Statistics, Washington, Januar 1968, S. 16, 18, 61 u. 63.

Bei diesen Kennziffern ist zu beachten, daß die Quoten insbesondere der USA, aber auch Großbritanniens und Frankreichs, durch Nahrungsmittellieferungen, die in den westdeutschen Exporten nahezu völlig fehlen, aufgebläht sind, wodurch ihre Vergleichbarkeit leidet. Die Bereinigung der genannten Quoten von Lieferungen dieser Art ergibt für die USA, die jährlich für rund 2 Milliarden Dollar Lebensmittel in die Entwicklungsländer exportieren, eine Quote von 20 bis 25 Prozent.

Werden die so bereinigten Exporte verglichen, so wird ein spezifisches Kräfteverhältnis sichtbar, das wesentlich von den genannten Kennziffern abweicht, die die Konkurrenzlage auf dem kapitalistischen Weltmarkt in seiner Gesamtheit widerspiegeln. Ein charakteristisches Merkmal ist der relativ hohe Anteil der Investitionsgüter und Ausrüstungen (einschließlich Fahrzeuge) am westdeutschen Export nach Entwicklungsländern.

Für die Bestimmung der Spezifik der ökonomischen Faktoren ist auch die Regionalstruktur der neokolonialistischen Exporte Westdeutschlands von Bedeutung. Bei Betonung der lateinamerikanischen Märkte (34 Prozent der westdeutschen Exporte nach Entwicklungsländern) ist sie im Verhältnis zu der der anderen kapitalistischen Industriemächte relativ ausgewogen. Sie ist unter diesem Aspekt mit der Regionalstruktur der neokolonialistischen Exporte Großbritanniens zu vergleichen, deren Schwerpunkt in Südostasien liegt (30 Prozent). Wie bereits erwähnt, konzentriert sich der Export der USA nach den Entwicklungsländern vorwiegend auf Lateinamerika (47 Prozent), in einem gewissen Umfange aber auch auf Südost- und Ostasien (36 Prozent). Haupt-

absatzgebiet für die Exporte Frankreichs sind seine ehemaligen Kolonien in Afrika, die fast zwei Drittel der französischen Lieferungen nach Entwicklungsländern aufnehmen.

T a b e l l e 5

Territoriale Gliederung des Exports führender kapitalistischer Industriestaaten nach Entwicklungsländern 1967⁺

(in Prozent des Gesamtexports nach Entwicklungsländern)

Industriestaat	Lateinamerika	Mittlerer Osten	Anderes Afrika	Anderes Asien
Westdeutschland ⁺⁺	34	20	18	26
Großbritannien ⁺⁺	21	21	26	30
USA ⁺⁺	47	9	7	36
Frankreich ⁺⁺⁺	18	11	60	9

⁺ International Monetary Fund, *Direction of Trade*. A Supplement to International Financial Statistics, Washington, Januar 1968, S. 16, 18, 61 u. 63.

⁺⁺ Januar - November.

⁺⁺⁺ Januar - Oktober.

Die Regionalstruktur wird in ihrer Eigenschaft als Expansionsfaktor insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe erkennbar. Diese ist das Hauptinstrument für die Beeinflussung der Regionalstruktur und der Bestimmung von Schwerpunkten der westdeutschen Expansion. Sie zeigt, abweichend von der sich historisch herausgebildeten und relativ stabilen Export- bzw. Außenhandelsstruktur, eine Konzentration in einzelnen Ländern Südostasiens (vor allem Indien und Pakistan), aber auch im transsaharischen Afrika (vor allem Liberia) und in arabischen Staaten.

Nach dem jüngsten Bericht der OECD steht Westdeutschland hinsichtlich des Anteils der staatlich finanzierten Mittel im Rahmen der Entwicklungshilfe mit 77 Prozent an der Spitze der führenden kapitalistischen Industriemächte, obwohl ihr Volumen (2,6 Milliarden Dollar) wesentlich unter dem der USA (19,6 Milliarden Dollar) liegt.

Die Struktur der privaten Kapitalanlagen reflektiert im wesentlichen die Profitinteressen der westlichen Monopole in den Entwicklungsländern. Wenn nach Lateinamerika mehr als zwei Drittel der privaten Kapitalanlagen geflossen sind, so vor allem deshalb, weil das im Vergleich zu anderen Gebieten im Bereich der Entwicklungsländer relativ

höhere Niveau der industriellen Entwicklung günstigere Verwertungsbedingungen hervorruft. Westdeutsche Monopole erzielen unter Ausnutzung der Devisenschwierigkeiten lateinamerikanischer Staaten, billiger Arbeitskräfte sowie durch Steuermanipulationen relativ hohe Profitraten, die nicht selten 30 Prozent überschreiten. Von den gesamten privaten Direktinvestitionen Westdeutschlands in Entwicklungsländern entfielen nach dem Stand vom 31. Dezember 1967 auf Lateinamerika 63,3 Prozent, auf Afrika 23,8 Prozent und auf Asien 12,9 Prozent.⁶⁰

Im Zusammenhang mit den Kapitalanlagen westdeutscher Monopole stellen die Investitionen zur Ausplünderung von Rohstoffen insofern eine wichtige Besonderheit dar, als der deutsche Imperialismus bemüht ist, den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems zur Schaffung eigener Rohstoffbasen auszunutzen. Als Folge von zwei verlorenen Weltkriegen wurde der deutsche Imperialismus von der Ausbeutung der Rohstoffquellen in Afrika, Asien und Lateinamerika ausgeschlossen, die zu einem Monopol seiner imperialistischen Rivalen wurde und ihnen enorme Profite verschaffte. Infolge des hohen Rohstoffbedarfs der westdeutschen Industrie war und ist der deutsche Imperialismus zu beträchtlichen "Tributzahlungen" verpflichtet. Die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands verfolgt daher in starkem Maße das Ziel, eine Neuaufteilung der Rohstoffvorkommen zu erzwingen, um die sein ökonomisches Potential ungünstig beeinflussende Rohstoffschwäche endgültig zu beseitigen. Bedeutende Einbrüche in das Rohstoffmonopol seiner Rivalen sind dem westdeutschen Imperialismus auf zwei entscheidenden Gebieten bereits gelungen: in der Erdöl- und Eisenerzversorgung. Der Anteil des Erdöls aus den von westdeutschen Konzernen in Libyen erworbenen Konzessionen erreichte 1967 30 Prozent der westdeutschen Erdöleinfuhren.⁶¹ Eisenerzvorkommen, die westdeutsche Konzerne vor allem in Liberia und Angola (Krupp-Konzern) erworben haben, versorgten die westdeutsche Stahlindustrie 1967 zu fast einem Viertel.⁶² Diese Bestrebungen, die sich nicht auf die genannten Bereiche beschränken, sondern auch auf andere Rohstoffe ausdehnen, bestimmen die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands wesentlich mit.

Insgesamt kann im Hinblick auf die Effektivität des ökonomischen Faktors festgestellt werden, daß dieser Faktor im Triebkräftesystem des westdeutschen Neokolonialismus eine entscheidende Rolle spielt. Unter

60 *Blick durch die Wirtschaft*, Nr. 94, v. 22. 4. 1968.

61 *Außenhandel*, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Reihe 2, Spezialhandel nach Waren und Ländern, Dez. u. Jahr 1967, S. 92.

62 Ebenda, S. 86.

den Bedingungen der Liquidierung des kolonialen Besitzmonopols erfolgt die Neuverteilung der Positionen und des Einflusses der einzelnen imperialistischen Staaten in den Entwicklungsländern primär auf der Grundlage des jeweiligen ökonomischen Potentials einer imperialistischen Macht. Aus der Tatsache, daß Westdeutschland sich zur zweitstärksten Industriemacht entwickelt hat, folgt, daß der deutsche Imperialismus eine Grenzrevision auch im neokolonialistischen Bereich fordert, und zwar in dem Umfange, der seinem ökonomischen Potential entspricht.

Zusammenfassend zeigt die Analyse der einzelnen Hauptfaktoren, die die Spezifik des neokolonialistischen Expansionsprozesses Westdeutschlands bestimmen, daß sie in ihrer Formation, Konzentration und Kombination zur Herausbildung eines neokolonialistischen Typs geführt haben, der durch einen besonders hohen Grad der Gefährlichkeit charakterisiert wird. Diese Eigenschaft ergibt sich einmal aus seiner zugespitzten Aggressivität, die insbesondere das Ergebnis des Wirkens der ökonomischen, politischen, politisch-ideologischen und politisch-militärischen Faktoren ist. Sie resultiert zum anderen aus seinem hohen Tarnvermögen, das die Effektivität vor allem des politisch-historischen Faktors zum Ausdruck bringt.

Die Analyse der Faktoren läßt aber auch die Grenzen erkennen, die der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands gesetzt sind und legen seine spezifische Schwäche bloß. Die dialektische Einheit von zugespitzter Gefährlichkeit, kombiniert mit Elementen spezifischer Schwäche - dies ist das Hauptcharakteristikum des westdeutschen Neokolonialismus, seiner Triebkräfte und des Prozesses ihrer Entfaltung.

Die Anfänge der Herausbildung einer Arbeiterklasse in Südwestafrika unter der deutschen Kolonialherrschaft

von Fritz Wege

Vorbemerkungen

1. Die Arbeitskräftelage
 - 1.1. Die Rekrutierungsmöglichkeiten
 - 1.1.1. Die Zwangsarbeiter in der Polizeizone
 - 1.1.2. Die Wanderarbeiter des Ambolandes
 - 1.1.3. Die Vertragsarbeiter Südafrikas
 - 1.2. Der Einsatz der afrikanischen Arbeiter
 - 1.3. Das Problem der Fluktuation
2. Die Einschaltung des Gouvernements in die Arbeiterbeschaffung
 - 2.1. Die Auswanderungsbeschränkungen
 - 2.2. Versuche der Anwerbung von Arbeitskräften in anderen Kolonien
 - 2.3. Die "Eingeborenenverordnungen"
 - 2.4. Der Einsatz der Polizei bei der Arbeiterbeschaffung
3. Die Stellung der europäischen Arbeiter in Südwestafrika

Vorbemerkungen

Südwestafrika, dessen Freiheitskampf gegen die völkerrechtswidrige Unterdrückung durch das südafrikanische Rassistenregime immer wieder die Blicke der Weltöffentlichkeit auf sich lenkt, ist eines der letzten Kolonialgebiete der Erde. Träger der nationalen Befreiungsbewegung ist die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den übrigen Werktätigen des Landes. Die Kenntnis ihrer beginnenden Formierung ist deshalb von höchst aktueller Bedeutung. Darüber hinaus ist die Geschichte dieser Gebiete insofern von besonderem Interesse für die deutschen Historiker, weil sowohl die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise als auch die Anfänge der Herausbildung einer Arbeiterklasse in die wenigen Jahrzehnte fallen, in denen Südwestafrika zum Kolonialbereich des deutschen Imperialismus gehörte, und weil die Nachfolger jener Monopolherren und Junker in unseren Tagen die eifrigsten Förderer des südafrikanischen Minderheitsregimes sind.

Die Herrschaft des deutschen Imperialismus läßt nach Drechsler vier sich deutlich voneinander abgrenzende Etappen erkennen¹:

1. Formelle Okkupation sowie Beendigung der Kämpfe zwischen Herero und Nama auf Grund der beginnenden Einmischung der Kolonialbehörden in die inneren Angelegenheiten der Stämme (1884 bis 1892);
2. Allmählicher Übergang des Grund und Bodens sowie des Viehs der Herero und Nama in den Besitz der deutschen Siedler, verbunden mit zahlreichen lokalen Erhebungen (1893 bis 1903);
3. Blutige Niederwerfung der großen Aufstände beider Völkerschaften (1904 bis 1907);
4. Durchsetzung der langersehnten Extraprofite auf der Basis völliger Rechtlosigkeit der südwestafrikanischen Arbeiter und gesetzlich sanktionierter Zwangsarbeit (1907 bis 1915).

In gewissem Sinne vollzog sich hier zwischen 1893 und 1907 eine Variante ursprünglicher Akkumulation. Doch im Gegensatz zu den Vorgängen in Europa wurde den Südwestafrikanern die kapitalistische Produktionsweise mit Gewalt von außen her aufgezwungen; ein Prozeß, der untrennbar mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus sowie der beginnenden "Weltpolitik" des wilhelminischen Kaiserreiches verbunden war. Ursache war nicht mehr die Genesis des Kapi-

¹ Drechsler, Horst, Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft, Berlin 1966, S. 14 - 16.

talismus, sondern das Streben der Monopole nach Maximalprofit. Dabei hatte entscheidende Bedeutung, daß sich das Land als Siedlungskolonie eignete. Mit Hilfe einer raffinierten Kredit- und Bodenpolitik sowie eines unerhört brutalen Kolonialkrieges, bei dem gegen die Herero erstmalig die Form des Genozids angewandt wurde, exproprierte der deutsche Imperialismus innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren faktisch die gesamte Bevölkerung. Lediglich die Bewohner des Ambolandes konnten sich ihre Unabhängigkeit bewahren. Von etwa 130 000 Südwestafrikanern (Herero, Nama und Bergdamara) überlebten ganze 46 000 den Vernichtungsfeldzug; die gewaltigen Viehherden gehörten der Vergangenheit an, sämtliche Reservate wurden aufgehoben und das Stammesvermögen eingezogen. Traurige Berühmtheit erlangten die Lindequistschen Verordnungen vom 18. August 1907 - auf die weiter unten noch ausführlicher eingegangen wird -, denn mit ihnen führte man schließlich die Paßpflicht, die Verpflichtung zum Abschluß von Arbeitsverträgen und eine systematische Überwachung der gesamten Bevölkerung ein. Gleichzeitig wurde der eigentliche Herrschaftsbereich der deutschen Kolonialherren zur "Polizeizone" deklariert. Damit fand ein Prozeß seinen Abschluß, den Karl Marx wie folgt charakterisierte: "Das kapitalistische Regiment stößt dort (in den Kolonien - F. W.) überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eignen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert statt den Kapitalisten. Der Widerspruch dieser zwei diametral entgegengesetzten ökonomischen Systeme betätigt sich hier praktisch in ihrem Kampf. Wo der Kapitalist die Macht des Mutterlandes im Rücken hat, sucht er die auf eigener Arbeit beruhende Produktions- und Aneignungsweise gewaltsam aus dem Weg zu räumen."² Neue Formen der Ausbeutung setzten sich durch, die in der zielstrebigem und systematischen Ausnutzung der Arbeitskraft der Südwestafrikaner ihren Niederschlag fanden.

Um ihre Vorhaben durchzuführen, bauten das Gouvernement und die Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft (OMEG) seit der Jahrhundertwende das Eisenbahnnetz der Kolonie relativ stark aus. Dies geschah in enger Wechselwirkung mit der Unterjochung des Landes und der Herausbildung der verschiedenen Wirtschaftszentren. Auf industriellem Gebiet wurde lediglich die Entwicklung des Bergbaus forciert, wobei der Abbau der Kupfererze von Tsumeb und Otavi sowie der der Diamanten in der Umgebung von Lüderitzbucht im Vordergrund stand. Die Farmer und Farmgesellschaften orientierten sich auf die Viehzucht in Form der extensiven

² Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 792 f.

Großflächenwirtschaft. Nur im Bezirk Grootfontein gab es Ansätze zu einem ausgedehnteren Ackerbau. In diesen drei Wirtschaftszweigen - dem Eisenbahnwesen, dem Bergbau und der Landwirtschaft - vollzog sich letztlich auch die Formierung der Arbeiterklasse. Handwerk und Gewerbe spielten dabei eine untergeordnete Rolle.

Triebfeder und Nutznießer jener sozialökonomischen Veränderungen waren einige Gruppen des deutschen Finanzkapitals - vor allem die Großbanken -, die sich mittels des Reichskolonialamts den Staatsapparat weitestgehend dienstbar machten.

Im Lande selbst stützten sie sich auf den Großgrundbesitz und den Mittelstand. Ihr eigentliches Herrschaftsinstrument waren aber die großen Konzessionsgesellschaften, wie zum Beispiel die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die OMEG und die Diamantenregie. Dabei bestand zwischen den einzelnen Gesellschaften - einschließlich der britischen Kapitalgruppen - meist eine enge Zusammenarbeit, und auch das kaiserliche Gouvernement handelte völlig in ihrem Sinne.

Die Folge der Vernichtung des größten Teils der Bevölkerung bei der Expropriation des wirklich beherrschten Gebietes war ein akuter Arbeitermangel. Ständig fehlten 12 000 bis 15 000 Arbeitskräfte. Den größten Bedarf hatten die Farmen. Sie absorbierten 1913 über 12 000 Herero, Nama und Bergdamara, das heißt mehr als 60 Prozent der männlichen Bevölkerung in der Polizeizone. Die meisten Farmer gliederten auch viele Frauen und Kinder in den Arbeitsprozeß ein. Weil aber bei der äußerst rückständigen Produktionsweise größere Konzentrationen von Arbeitern innerhalb einer Farm kaum möglich waren und die gegenseitigen Kontakte zwischen den Arbeitern verschiedener Farmen auf ein Minimum beschränkt blieben, mußte der Farmwirtschaft bei der beginnenden Formierung der südwestafrikanischen Arbeiterklasse eine weit geringere Bedeutung zukommen als dem Berg- oder Eisenbahnbau. 1914 waren im Betriebsdienst der verschiedenen Eisenbahnen etwa 2 200 Arbeiter beschäftigt. In weit größerem Umfang wurden sie beim Bau der Eisenbahnen benötigt. Ihre Zahl belief sich zum Beispiel im Juni 1911 auf über 7 000. Viele Südwestafrikaner kamen auf diese Weise zum ersten Male mit der kapitalistischen Lohnarbeit in Berührung. Auf den einzelnen Baustellen erfolgten die ersten größeren Konzentrationen von Arbeitern sowie Kontakte mit den weiterentwickelten südafrikanischen Vertragsarbeitern. Im Bergbau gab es 1914 ungefähr 8 000 Beschäftigte. Davon entfielen allein 6 000 auf die Diamantfelder, wo Mehrwertsraten bis zu

2 500 Prozent zu verzeichnen waren.³ Zum gleichen Zeitpunkt banden Handwerk und Gewerbe lediglich rund 2 800, die staatlichen Dienststellen zirka 1 800 Afrikaner. Dagegen belief sich das private Dienstpersonal auf schätzungsweise 3 000 bis 5 000 Personen. Abgesehen von den letzteren handelt es sich bei den übrigen Beschäftigten ausschließlich um Männer. Über den Anteil der Frauen unter den Lohnarbeitern gibt es leider keine Anhaltspunkte.

Aus den wenigen Fakten ist ersichtlich, daß die 1914 in der Polizeizone vorhandenen etwa 20 000 männlichen Arbeitskräfte bei weitem nicht ausreichten, den Bedarf zu decken. Infolgedessen arbeiteten die Herero, Nama und Bergdamara auch kaum beim Berg- und Eisenbahnbau, weil die dort anfallenden Arbeiten meist keine Spezialkenntnisse verlangten und deshalb von Saisonkräften ausgeführt werden konnten. Das gab den deutschen Kolonialherren die Möglichkeit, das 1907 eingeführte System der Zwangsarbeit durch ein System der Wanderarbeit zu ergänzen. Das subtropische Klima erlaubte außerdem den Einsatz zahlreicher europäischer Arbeiter.

1. Die Arbeitskräftelage

1.1. Die Rekrutierungsmöglichkeiten

1.1.1. Die Zwangsarbeiter in der Polizeizone

Der bis 1903 relativ geringe Bedarf an Arbeitskräften sowie die allmählich fortschreitende Verelendung der Herero und Nama ergaben zur damaligen Zeit im wesentlichen eine ausgeglichene Relation zwischen Angebot und Nachfrage. Erst das verstärkte Eindringen des internationalen Finanzkapitals, der große Freiheitskampf und die Niederlage der Südwesafrikaner veränderten die Situation derart, daß von der ehemals freiwilligen Arbeitsaufnahme keine Rede mehr sein konnte. Obwohl der Krieg gegen die Herero Ende 1904 entschieden war und Mitte 1905 als beendet angesehen werden konnte, hielt man die Kriegsgefangenen bis zum 1. April 1908 in militärischem Gewahrsam. Der Kriegszustand selbst war jedoch bereits am 1. April 1907 als aufgehoben erklärt worden.⁴ Die Anwendung des Kriegsrechtes ersparte den Kolonialherren viele unangenehme Debatten über die Zwangsarbeit, für die zunächst noch

³ Jöhlinger, Otto, Deutsche Kolonialwirtschaft 1912, in: Koloniale Rundschau, H. 1/1913, S. 50.

⁴ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA), Potsdam, Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika (im folgenden: Gouvernement SWA), Nr. 2591, Bl. 4, 9 u. 16.

keine gesetzliche Verbrämung existierte. Außerdem waren die Kriegsgefangenen äußerst billige Arbeitskräfte.

Die Behandlung jener Südwestafrikaner war grausam und unmenschlich.⁵ Auch nach dem 1. April 1908 änderte sich ihre Lage kaum. Während des Krieges waren vor allem zahlreiche Herero aus ihren bisherigen Wohnsitzen vertrieben und umgesiedelt worden, um die Stammesverbindungen zu zerstören und eine bessere Kontrolle ausüben zu können. Nach dem Kriege lebten sie über den ganzen nördlichen und mittleren Teil der Kolonie verstreut, besonders aber im Raume Windhuk und Swakopmund. An der Küste konnten sie jedoch des Klimas wegen kaum heimisch werden und kehrten ständig wieder ins Innere des Landes zurück.⁶ Sogar bis in den äußersten Süden wurden sie verschlagen. Allein im Bezirk Keetmanshoop lebten zum Beispiel im Jahre 1913 nach amtlichen Angaben 1 621 Herero.⁷

Neben der Umsiedlungsaktion war für alle Südwestafrikaner von großer Bedeutung, daß auf das Kriegsrecht sofort die Lindequistschen "Eingeborenenverordnungen" von 1907 folgten, auf die an anderer Stelle noch näher eingegangen wird. Sie degradierten die Südwestafrikaner der Polizeizone zu Zwangsarbeitern. Vom Sklaven unterschied sie zwar die Entlohnung, die Möglichkeit, sich in gewissem Rahmen ihren Ausbeuter und Peiniger auszusuchen, sowie eine gewisse physische Freiheit, kaum aber ihre rechtliche Stellung. Sie waren faktisch - nicht de jure - die Arbeitssklaven der deutschen Kolonialherren geworden, und dem entsprach auch ihre Lage. Unter diesen Umständen war der Reichstagsbeschluß von 1912, keinen Arbeitszwang in den Kolonien einzuführen⁸, nur eine Farce.

Soweit die Südwestafrikaner nicht auf den Farmen beschäftigt waren, lebten sie in den größeren Ortschaften der Kolonie. Hier entstanden im Laufe der Jahre große Werften, in denen sich die Zwangsarbeiter konzentrierten. Die wichtigsten befanden sich in Windhuk mit etwa 5 000 Arbeitern, in Lüderitzbucht mit etwa 4 000, Keetmanshoop mit etwa 2 000 und Swakopmund mit etwa 1 000.⁹ Das Elend und die sanitären Verhältnisse in diesen außerhalb des Weichbildes der Orte liegen-

5 Vgl. dazu die Berichte in *Report on the Natives of South West Africa and their Treatment by Germany*, London 1918, S. 101.

6 *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 4, v. 13. 1. 1909; Nr. 1, v. 4. 1. 1913.

7 DZA Potsdam, Reichskolonialamt (im folgenden: RKA), Nr. 6578, Bl. 140, Bericht des "Eingeborenen"-Kommissärs von Keetmanshoop, Ferse, für das Jahr 1912/13, Bl. 16.

8 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 214.

9 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2723, Bl. 38 f.; Nr. 2724, Bl. 52.

den Werften waren unbeschreiblich. Fernab von diesen Zentren herrschte in fast allen Teilen des Landes ein starker Mangel an Arbeitskräften. Eine Flut von Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften unterbreitete zahllose Vorschläge, Ansichten und Meinungen dazu. Neben den immer wiederkehrenden Forderungen nach der Erschließung des Ambolandes bzw. der Anwerbung ausländischer Arbeiter suchte man nach Mitteln und Wegen, um die geringfügigen Reserven in der Polizeizone voll und ganz dem imperialistischen Profitstreben unterzuordnen. Alle diese Bemühungen wurden unter zwei Aspekten unternommen:

1. Verschärfung des außerökonomischen Zwangs,
2. Verbesserung der Voraussetzungen für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft.

Beide Aspekte mußten berücksichtigt werden, wenn auf längere Dauer Extraprofite erzielt werden sollten.

Infolge der Entwicklung des Diamantbergbaus spitzte sich die Arbeitskräftelage immer mehr zu und zwang den Landesrat¹⁰, sich im Jahre 1910 wiederum sehr eingehend mit ihr zu beschäftigen. Verschiedene Mitglieder verlangten vom Gouvernement eine strengere Handhabung der Verordnungen von 1907. Um die "arbeitslosen und nicht arbeiten wollen- den Eingeborenen" in den großen Werften zu erfassen, wurde die Einführung einer generellen Kopfsteuer gefordert. Außerdem entschloß man sich zur Einstellung hauptamtlicher "Eingeborenen"-Kommissare. Mit Besorgnis registrierte der Landesrat das geringe Wachstum der Bevölkerung - vor allem der Herero -, die weite Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, den hohen Grad der Kinderlosigkeit, die große Säuglingssterblichkeit und das Fehlen von Lazaretten.¹¹ Im Jahre 1910 veröffentlichte die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" eine Artikelserie "Zur Arbeiterbeschaffung in Südwest" und forderte unter anderem dazu auf, mit aller Schärfe gegen die nicht im Arbeitsprozeß stehenden Männer und Frauen vorzugehen.¹² In wachsendem Maße machten sich

¹⁰ Der Landesrat wurde auf Grund der Reichskanzlerverordnung über die Schaffung von Gouvernementsräten aus dem Jahre 1903 gebildet. Er trat 1906 erstmalig zusammen und bestand aus 11 ehrenamtlichen Mitgliedern (Vertretern der europäischen Kaufleute, Farmer und Handwerker) sowie 11 Beamten, die sämtlich vom Gouverneur berufen wurden. Aufgabe des Gremiums war die Beratung des Gouverneurs. Infolge der wachsenden zahlenmäßigen und ökonomischen Stärke der Deutschen bzw. Europäer in Südwestafrika wuchs auch der Einfluß des Landesrates, der Interessenvertretung der Besitzenden in der Kolonie, im Laufe der Zeit stark an.

¹¹ *Lüderitzbuchter Zeitung*, Nr. 21, v. 21. 5. 1910; Nr. 22, v. 28. 5. 1910.

¹² *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 97, v. 3. 12. 1910.

auch Tendenzen zur völligen Aufhebung der Freizügigkeit bemerkbar, die Gouverneur Seitz am 8. Dezember 1911 veranlaßten, darauf hinzuweisen, daß die Bezirks- und Distriktsämter nicht befugt seien, den Südwestafrikanern das Verlassen ihres Gebietes zu untersagen.¹³ Dennoch wurde in den folgenden Jahren die Freizügigkeit willkürlich weiter eingeengt.¹⁴

1912 nahm der Landesrat erneut zur Arbeitskräftelage Stellung. Er forderte, das "Vagabondieren der Eingeborenen" konsequent zu bestrafen, sämtliche Gefangenen durch das Gouvernement zur Arbeit heranzuziehen, alle Zweit-Frauen und heiratsfähigen Mädchen aus den größeren Werften auf dem Lande anzusiedeln, wo oft Frauen fehlten und die Männer darum nicht selten den Dienst verließen. Es sei notwendig, die Herero endlich in ihren jetzigen Wohnsitzen heimisch werden zu lassen, um ein Sichsammeln in der alten Heimat zu verhindern.¹⁵ Gleichzeitig richtete der Landesrat die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Buschleute.¹⁶ Am 13. September 1913 berichtete Seitz dem Reichskolonialamt: "In der allmählichen Erziehung der Buschleute zur Arbeit liegt nach übereinstimmender Ansicht aller Kenner die einzig mögliche Lösung der Buschmannfrage, sie ist aber nicht so einfach zu erreichen ... Der Hang zu dem ungebundenen Leben im Felde ist den Buschleuten so tief eingewurzelt, daß eine Generation vergehen kann, bis sie seßhaft geworden sind. Die Eingeborenen-Statistik vom Januar 1912 gibt von 2829 Buschmännern 997 als Arbeiter bei Weißen an. Wenn bei letzteren der Hang zum Entlaufen immerhin noch groß ist, so muß man doch sagen, daß der beschrittene Weg zur Arbeitserziehung ermunternde Resultate zeigt."¹⁷

Doch die getroffenen Maßnahmen genügten vielen Kolonialherren nicht. So verlangte der Farmverein in Karibib in seiner Generalversammlung am 26. Januar 1914 die Einrichtung einer Zentralkartei über die Südwestafrikaner mit Fotos und Fingerabdrücken, eine "gerechte Verteilung" der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Bezirke und die Einführung der gesetzlichen Trauung, um bei Ablauf der Arbeitsverträge Klarheit über die persönlichen Bindungen jedes einzelnen zu haben.¹⁸ Abgesehen von der letzten, wurde keine der Forderungen mehr realisiert,

13 DZA Potsdam, Gouvernement SWA, Nr. 2597, Bl. 61.

14 *Südwest*, Nr. 14, v. 17. 2. 1914.

15 *Henoch, Hubert*, Die Tagung des Deutsch-Südwestafrikanischen Landesrats im Jahre 1912, in: Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft, H. 9/1912, S. 672 - 676.

16 DZA Potsdam, Gouvernement SWA, Nr. 2707, Bl. 70.

17 Ebenda, RKA, Nr. 5119, Bl. 116 - 118.

18 *Südwest*, Nr. 16, v. 24. 2. 1914.

weil der Einmarsch südafrikanischer Truppen vorerst eine weitere Verschärfung der Lage der Zwangsarbeiter verhinderte.

1.12. Die Wanderarbeiter des Ambolandes

Das zweite Rekrutierungsgebiet von Arbeitskräften für die deutschen Kolonialherren war das Amboland, das zwar zur Kolonie, aber nicht zur Polizeizone - dem tatsächlich beherrschten Territorium - gehörte. Im äußersten Norden Südwestafrikas gelegen, umfaßte es rund 180 000 Quadratkilometer und etwa 120 000 Einwohner, die Ovambo, die wie die Herero zu den Bantuvölkern gehörten. Das Klima, die geographische Lage, die Katarakte des Kunene und eine etwa 200 Kilometer breite Trockenzone erschwerten ein Vordringen in das Amboland. So entstand de facto ein riesiges Reservat, das die Mandatsregierung 1929 auch de jure als solches proklamierte. Eine militärische Intervention sowie die Unterjochung und Enteignung der Ovambo hätte für die gesamte Kolonialwirtschaft Südwestafrikas schwerwiegende Folgen gehabt. "Denn die Wanderarbeiter aus dem Amboland konnten bisher nur darum ... zu verhältnismäßig sehr niedrigen Löhnen arbeiten, weil ihre Angehörigen dauernd und sie selbst nach Ablauf der Kontraktzeiten ihren Lebensunterhalt allein aus dem Ertrag ihrer Felder in den heimischen Stammesgebieten beziehen. Das ist für die europäische Kolonialwirtschaft ein großer Vorteil, besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten, da sie dann nicht mit den Kosten für den Unterhalt eines arbeitslosen Eingeborenenproletariats belastet wird."¹⁹ Aus solchen Überlegungen resultierte die Verordnung Gouverneur von Lindequists vom 25. Januar 1906 "betreffend den Verkehr in und mit dem Ambolande". Sie beinhaltete im wesentlichen: Das Verbot der Einfuhr von Waffen, Munition und Spirituosen, das Verbot des Zutritts zum Amboland sowie die Deklaration der Orte Okaukuejo und Namutoni zu Grenzstationen, die jeder Ovambo auf dem Hin- und Rückweg zwecks Registrierung durchlaufen mußte.²⁰ Dennoch tauchte seit 1907/08 die Forderung nach militärischer Besetzung des Ambolandes in Zeitungen und Diskussionen erneut auf.²¹ Im Interesse des Finanzkapitals unterstützte das Reichskolonialamt je-

¹⁹ Paul, J., *Wirtschaft und Besiedlung im südlichen Amboland*, Sonderdruck aus: *Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Museums für Länderkunde zu Leipzig*, NF, H. 2/1933, S. 101.

²⁰ *Deutsches Kolonialblatt*, 17. Jg. 1906, S. 222 f.

²¹ *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 91, v. 13. 11. 1909; *Koloniale Zeitschrift*, 12. Jg. 1911, S. 696 f.

doch nachdrücklich alle jene Bestrebungen, die auf eine intensivere Ausbeutung der vorhandenen Arbeitskräfte abzielten.²²

Die Ernährungsgrundlage der Ovambo war, bedingt durch das Klima, recht unsicher. Da der Ackerbau dominierte, traten in regenarmen Jahren regelmäßig Hungersnöte auf, wie zum Beispiel 1908, 1911 und 1915. Durch Hilfsmaßnahmen versuchte das Gouvernement, die dringend benötigten Arbeitskräfte vor dem Hungertode zu bewahren und so das Vertrauen der Ovambo zu gewinnen.²³ Seit 1907/08 gewannen diese Aktionen hinsichtlich der Werbung immer größere Bedeutung. Die beiden Ursachen der Wanderarbeit in Südwestafrika bestanden also einmal im Arbeiterbedarf der sich entwickelnden Kolonialwirtschaft, zum anderen in der unsicheren Existenzgrundlage der Ovambo, die allerdings Entfernungen bis zu 1 000 Kilometer überwinden mußten, um ihre Arbeitsstellen zu erreichen. Stets waren jedoch Heimatgefühl, Stammes- und Familienbindungen stark genug, um fast alle zur Rückkehr zu veranlassen.

Die monatelangen Wanderungen der Ovambo - fast ausnahmslos Saisonarbeiter - kosteten viel Kraft und Zeit. Märsche bis Karibib waren keine Seltenheit. Infolge der damit verbundenen schlechten Versorgung und des Temperaturwechsels erkrankten viele, und mancher erreichte sein Ziel nie. Kaum einer von ihnen verfügte über zweckmäßige Kleidung, die er ja im tropischen Norden nicht benötigte. Nicht einmal eine Zeit der Akklimatisation an das rauhe Klima von Lüderitzbucht wurde zunächst gewährt. So wird verständlich, daß 1909 im Durchschnitt nicht mehr als jeweils 1 000 bis 1 700 Ovambo im Lohnverhältnis standen.²⁴ Im Zusammenhang mit dem Aufschwung des Berg- und Eisenbahnbaues sah sich das Gouvernement unter dem Druck der großen Finanzgruppen und der Farmer schließlich zu Maßnahmen veranlaßt, die durch eine straffere Organisation des gesamten Anwerbesystems zur verstärkten Ausbeutung der Bewohner des Ambolandes führen sollten: Seitz beantragte am 30. Januar 1911 den Bau der sogenannten Ambolandbahn, die eine entscheidende Voraussetzung für die ökonomische Nutzung dieser Arbeitskräfte war; ab Mitte März 1911 wurden die Otaviarbeiter nur noch in Namutoni angeworben; die Ovambo aus Okaukuejo leitete man nach Lüderitzbucht weiter; mit einem an das Gouvernement abzuführenden Anwerbebeitrag von 5 Mark pro Person sollten außerdem verschiedene Übernachtungsstationen gebaut

22 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 147 f., Staatssekretär Solf an Gouverneur Seitz v. 23. 2. 1912.

23 Vgl. *Koloniale Zeitschrift*, 12. Jg. 1911, S. 326.

24 *Dernburg, Bernhard*, *Südwestafrikanische Eindrücke*, Berlin 1909, S. 26.

werden.²⁵ Diese ersten ernsthaften Bemühungen fanden ihre endgültige Fixierung in der "Verordnung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika, betreffend die Anwerbung und Arbeitsverhältnisse der eingeborenen Arbeiter" sowie in einer "Dienstanweisung für die Anwerbestelle von Ovambo" vom 16. Dezember 1911.²⁶ Speziell auf die Ovambo bezogen sich folgende Festlegungen: Errichtung einer Anwerbezentrale unter staatlicher Aufsicht, Abschluß möglichst langfristiger Verträge bei gleichzeitiger Einkleidung und ärztlicher Untersuchung, im Krankheitsfalle sechs Wochen ärztliche Betreuung, ärztliche Untersuchung bei Ablauf des Kontraktes, kostenloser Rücktransport zum Anwerbeort.

1913 arbeiteten in den verschiedenen Betrieben etwa 6 000 Ovambo; bei Ausbruch des ersten Weltkrieges befanden sich allein in Lüderitzbucht rund 3 500.²⁷

Abschließend sei auf einen Umstand hingewiesen, der oft bagatellisiert bzw. ignoriert wird: die ökonomischen, politischen und moralischen Folgen der Wanderarbeit. So schrieb der finnische Missionar Haahti im Jahre 1911 an Gouverneur Seitz: "Man könnte ... entgegenhalten, daß die Not sich durch Verminderung der Bevölkerungszahl doch eher verringern als steigern müsse, und daß der Verdienst der von auswärts heimkehrenden Arbeiter doch auch den Notleidenden zugute komme. Beides sind irrtümliche Auffassungen. Erstlich bleibt ... infolge der Abwanderung der jungen, kräftigen Männer ein gut Teil des bebauungsfähigen und früher bereits bebaut gewesenen Landes brach liegen; die Äcker werden kleiner und kleiner und werfen immer weniger Ertrag ab, weil die Kraft der Frau allein nicht ausreicht, um dem Boden den für die Gesamtfamilie nötigen Lebensunterhalt abzugewinnen. Zweitens ist es ein Irrtum anzunehmen, daß der in die Heimat zurückkehrende Arbeiter auch nur einen nennenswerten Bruchteil seines erarbeiteten Lohnes mit heimbringt. Männer, welche 6 Monate im Süden arbeiteten, bringen in der Regel rein nichts mit nach Hause, und diejenigen, welche etwa 10 Monate auswärts arbeiteten, kommen nur mit wertlosem Tand zurück und vermehren dann nur die Not der Mangel leidenden Familie. Außerdem bestätigt sich auch hier die sonst in Industriegegenden der Kulturländer gemachte Erfahrung, daß die ursprünglich ländlichen Arbeiter hernach den Trieb zur Ackerwirtschaft mehr oder weniger verloren haben... Ich darf bei dieser Gelegenheit vielleicht auch erwähnen, daß die län-

25 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 33 - 66, 46 - 48, 64 - 70.

26 Den vollen Wortlaut der beiden Dokumente siehe ebenda, Bl. 162 - 164.

27 Paul, J., a. a. O., S. 98; DZA Potsdam, RKA, Nr. 1458/1, Bl. 97, Bericht der Lüderitzbuchter Minenkammer v. 19. 3. 1919.

gere Abwesenheit des Mannes von der Familie sehr oft sittliche Störungen des Familienlebens verursacht. Es sind mir eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen die Familienbande durch das Fernsein des Mannes sich lösten, und es liegt auf der Hand, daß solche Fälle, ins vielfache vermehrt, recht störend auf die sittliche und überhaupt soziale Entwicklung des Volkslebens wirken müssen."²⁸

1.13. Die Vertragsarbeiter Südafrikas

Das dritte Rekrutierungsgebiet war Südafrika. Dorthin bestanden politische, vor allem aber wirtschaftliche und verkehrstechnische Verbindungen, außerdem herrschten ähnliche ökonomische und klimatische Verhältnisse wie in Südwestafrika. Ein relativ starkes Proletariat in der Kapkolonie sowie viele überbesetzte Reservate bildeten die objektiven Voraussetzungen für die deutschen Anwerbungen. Bereits 1898 wurde der erste Versuch unternommen, südafrikanische Arbeiter in größerer Anzahl für den Bau der Zentralbahn in Südwest zu gewinnen, der allerdings mißlang. In den folgenden Jahren bauten die deutschen Kolonialherren jedoch systematisch die Verbindungen zu den großen Werbefirmen Südafrikas aus, deren Profitquellen der Menschenhandel darstellte, und seit 1904/05 ließen sich die Südafrikaner aus dem Wirtschaftsleben Südwestafrikas nicht mehr wegdenken. Ihre Zahl schwankte, betrug anfangs einige Hundert, später mehrere Tausend. Während des Krieges setzte Oberbefehlshaber General v. Trotha viele Südafrikaner vor allem als Frachtfahrer und Treiber ein. Am 1. März 1906 waren es etwa 2 500 Personen. Auf Grund ihrer Bedeutung forderte Trotha bereits am 25. Juni 1904 in einer besonderen Anweisung eine äußerst korrekte Behandlung sowie die Zahlung von Prämien für sie.²⁹ 1906 begann mit der Linie Lüderitzbucht - Kubub die Reihe der großen Bahnbauten, die sich bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hinzogen. Die beiden beteiligten Baufirmen erhielten - besonders in den Jahren 1910/12 - die Masse ihrer Arbeiter aus Südafrika. Der 1908 einsetzende Diamantenabbau stützte sich in der ersten Zeit ebenfalls fast ausschließlich auf Südafrikaner. Auch später konnten die Diamantengesellschaften nicht auf sie verzichten; sie waren jedoch aus Profitgründen stets bestrebt ihren Anteil an der Belegschaft möglichst niedrig zu halten und die Anwerbung der wesentlich höher bezahlten Südafrikaner nur dann vorzu-

28 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 174 f.

29 Ebenda, RKA, Nr. 1228, Bl. 123.

nehmen, wenn der Arbeitskräftemangel Produktion und Profit ernsthaft gefährdete.³⁰

Es wäre jedoch falsch, den Einsatz der Südafrikaner in Südwestafrika nur unter dem zweifellos dominierenden Aspekt einer Notlösung zu sehen. Teilweise bestand für die deutschen Kolonialherren eine objektive Notwendigkeit zu ihrer Anwerbung, weil eine Reihe von Arbeiten qualifizierte Kräfte erforderten, die nur im Kapland zu finden waren.³¹

Die südafrikanischen Behörden standen den Wünschen der deutschen Monopole meist wohlwollend gegenüber. Erst gegen Ende der deutschen Herrschaft gab es zeitweilig Differenzen. 1910 gewann in der Presse und den Parlamenten Südafrikas eine breite Bewegung gegen die Arbeiterabwerbung an Boden. Die Werbefirmen und der Minister für Eingeborenen-Angelegenheiten im Kapland, Burton, forderten Gegenseitigkeit in den Werbemöglichkeiten.³² Die Ursachen für diese Haltung der herrschenden Kreise Südafrikas lagen nach Meinung von Reh, Geschäftsführer der Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft, in der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kaplandes, in der Entwicklung Rhodesiens und den Erschießungen bei Wilhelmstal.³³ Zwei wesentliche Ursachen fehlten jedoch in dieser Begründung: erstens die bevorstehende Gründung der Südafrikanischen Union - die einflußreichen Minenbesitzer Transvaals spekulierten bereits jetzt auf die Arbeitskräfte des Kaplandes; zweitens fand hier der Widerspruch zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus seinen unmittelbaren Ausdruck. Nach allerlei Schwierigkeiten³⁴ löste sich die Angelegenheit unter anderem dadurch von selbst, daß der Arbeiterbedarf Südwestafrikas seit 1912 zurückging und der erste Weltkrieg in unmittelbare Nähe rückte. Die Spannungen werden durch die Tatsache verständlich, daß am 1. Januar 1911 immerhin 6 439 Südafrikaner in der

30 Vgl. ebenda, RKA, Nr. 6578, Bl. 63; siehe auch RKA, Nr. 1402, Bl. 150.

31 Vgl. ebenda, RKA, Nr. 1343, Bl. 69.

32 Vgl. dazu ebenda, RKA, Nr. 1229, Bl. 62, Bericht des Konsuls Kuenzer, Johannesburg, v. 25. 4. 1910; ebenda, Bl. 140 f., Bericht des Generalkonsuls von Humboldt, Kapstadt, v. 13. 8. 1910.

33 Ebenda, RKA, Nr. 1230, Bl. 74 f. - Infolge der Nichteinhaltung von Werbeversprechungen, von Mißhandlungen, willkürlichen Lohnkürzungen und schlechter Verpflegung kam es im Herbst 1910 auf mehreren Baustellen der Zentralbahn zu zahlreichen Beschwerden und Arbeitsniederlegungen südafrikanischer Vertragsarbeiter. Dabei hatte das rücksichtslose Vorgehen der Kolonialsoldateska in Wilhelmstal 14 Tote und 25 Verletzte zur Folge, was verständlicherweise zu zahlreichen innen- und außenpolitischen Verwicklungen führte.

34 *The Times* v. 24. 11. 1910.

Kolonie beschäftigt waren, das sind etwa 21 Prozent aller Arbeiter überhaupt.³⁵ Ihre Anzahl sank nach der Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn bis 1914 auf schätzungsweise 3 000 bis 3 500, von denen 2 500 auf den Diamantfeldern tätig waren.³⁶

Bei den südafrikanischen Vertragsarbeitern in Südwestafrika muß zwischen den eigentlichen Kapländern, echten Proletariern, und denen aus den Reservaten unterschieden werden, die zum Teil Halbproletarier waren und nur unqualifizierte Arbeit zu leisten vermochten. Im allgemeinen überwog die Anzahl der Kapländer. Allen Südafrikanern räumte man durch höhere Löhne, bessere Behandlung, das Vorhandensein einer Beschwerdeinstanz in Person des britischen Konsuls in Lüderitzbucht usw. eine gewisse Sonderstellung ein. So wurden beispielsweise den Hinterbliebenen des Wilhelmstaler Blutbades entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten Entschädigungen gezahlt.³⁷ Auch in der Kreditgewährung genossen sie Vorrechte. Die Verordnung vom 30. Oktober 1908 untersagte zwar die Vergabe von Krediten an Afrikaner grundsätzlich, doch während seines Besuches in Lüderitzbucht wurde dem Gouverneur von den dortigen Kaufleuten eine Petition überreicht, in der sie - von der Presse nachdrücklich unterstützt - die Aufhebung jener Anweisung forderten. Zur Begründung dienten sowohl ökonomische als auch politische Aspekte. Die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" schrieb unter anderem: "Wenn somit die Anwesenheit der Kapjungen im Schutzgebiet zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist, haben wir alle Ursache, ihnen den Aufenthalt nicht mehr als nötig zu verleiden, und es ist ein Unding, diese Leute, die in ihrer Heimat mehr politische Rechte besitzen als hierzulande die Weißen, den bevormundenden Gesetzesvorschriften zu unterstellen, ... die ihre Entstehung zumeist der daheim noch immer die Gemüter beunruhigenden Furcht vor einer Wiederholung des Aufstandes verdanken."³⁸

35 *Überhorst, Paul*, Die Arbeiterfrage in den deutschen Kolonien, phil. Diss. Münster 1926, S. 261.

36 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1458/1, Bl. 97.

37 Ebenda, RKA, Nr. 1235, Bl. 81 - 83 u. 121 f., Anfrage des Staatssekretärs v. Lindequist an das Auswärtige Amt vom 6. 8. 1911 sowie den Bericht des Kapstädter Generalkonsuls v. Humboldt vom 31. 1. 1912 über die Diskussion im Unionsparlament.

38 Zitiert nach: *Lüderitzbuchter Zeitung*, Nr. 7, v. 18. 2. 1911.

1.2: Der Einsatz der afrikanischen Arbeiter

Für die Formierung der südwestafrikanischen Zwangsarbeiter zu einer Klasse von Proletariern war von eminenter Bedeutung, in welcher Weise sie in den Arbeits- und Produktionsprozeß eingegliedert wurden.

Horst Drechsler stellt in diesem Zusammenhang die These auf, daß "die Herero und Nama ausschließlich zu nichtqualifizierten Arbeiten verwandt wurden."³⁹ Sie läßt sich jedoch gerade für diese beiden Völkerschaften nicht in jener Absolutheit aufrechterhalten, traf dagegen in vollem Umfang auf die Ovambo zu, die stets nur mit den primitivsten manuellen Arbeiten betraut wurden. Obwohl sie handwerklich als recht geschickt galten, zog man sie kaum zu qualifizierteren Arbeiten heran. Für die Buschleute kam infolge ihrer Lebensweise nur die Farmarbeit in Frage, wo sie als Hirten eingesetzt wurden. Vielgestaltiger war der Arbeitsbereich der drei übrigen Völkerschaften, das heißt der der Herero, der Nama und der Bergdamara, die im wesentlichen in der Farmwirtschaft sowie zu persönlichen Dienstleistungen eingesetzt wurden. Die Herero fanden auch als Minenarbeiter Anerkennung.⁴⁰ Erwin Goller, Mitglied des Reichstags, schrieb nach einer Studienreise durch die Kolonie im "Berliner Tageblatt" vom 18. November 1910 über die Herero: "Mit den Arbeitsleistungen der Herero ist man zufrieden, das wurde mir ausnahmslos auf allen besuchten Farmen bestätigt. Sehr gut kommt die Truppe mit ihnen aus. Als Heizer, als Bremser, als Streckenarbeiter leisten sie bei der Bahn gleichfalls gute Dienste. Beim Regulieren der Gleise unterstützt sie ihr vorzügliches Auge ... Von der Viehwartung ganz abgesehen, sah ich in Tsumeb die Weiber Erz sortieren, die Männer am Hochofen selbständig die Schlacke abstechen; in Gaub sah ich sie ackern, am Waterberg muskulöse Jungen den Steinschlegel schwingen und am Kalkofen hantieren, in Hanaus den Kartoffelacker planieren. Wenn sich ausschließlich Viehzüchter binnen weniger Jahre an solche Arbeiten gewöhnen, wird nur ein Unverständiger das nicht anerkennen!"

Obwohl das Land zum Beispiel 1911/12 mit 156 000 Mark den größten Schuletat aller deutschen Kolonien besaß, waren die Ausgaben für die Bildung und Erziehung der Afrikaner mit nur 10 000 Mark (!) die ge-

³⁹ Drechsler, Horst, a. a. O., S. 386 f.

⁴⁰ DZA Potsdam, RKA, Nr. 1662, Bl. 126, 7. Geschäftsbericht der OMEG v. 6. 12. 1907.

ringsten.⁴¹ Ihre schulische Ausbildung blieb den Missionen überlassen, die 1914 etwa 5 000 afrikanische Kinder unterrichteten. Ziel des Unterrichts war "die Verbreitung der deutschen Sprache und die Ausbildung der Eingeborenen zu brauchbaren Arbeitern."⁴² Trotz der klaren reaktionären Orientierung der Missionsschulen herrschte unter der männlichen Jugend Südwestafrikas "großer Lerneifer"⁴³. Diesem natürlichen Streben stellten sich die einzelnen Kolonialherren jedoch häufig genug entgegen, indem sie den Schulbesuch ihrer Arbeiter bzw. deren Kinder zu verhindern suchten.⁴⁴ Der Besuch einer Missionsschule war meist mit praktischer Arbeit verbunden. Auf den Stationen wurden die Jungen zu Garten- und Maurerarbeiten sowie zur Ziegelherstellung herangezogen, während man die Mädchen im Waschen, Nähen, Stricken und Kochen unterwies. Führend in dieser Beziehung waren die katholischen Missionen, die Rheinische Missionsgesellschaft schenkte der praktischen Ausbildung erst in den späteren Jahren mehr Beachtung. Sie hatte weiterhin in Tsumeb eine Druckerei eingerichtet und gab monatlich zwei Zeitungen heraus, von denen das Namablatt 1911 ungefähr 280 Leser, das Hereroblatt 550 Abonnenten aufwies.⁴⁵ Wenngleich von geringer Auflage, darf die Bedeutung beider Zeitungen für die Weiterführung der durch die Schulen begonnenen ideologischen Beeinflussung nicht unterschätzt werden.

Abschließend bedürfen die verschiedenen Arbeitsschulen der katholischen Missionen einer besonderen Erwähnung, die im Süden allgemeinen Charakter trugen, aber in Windhuk, Klein-Windhuk, Swakopmund und Usakos spezielle Haushaltungsklassen für Mädchen und eine Handwerkerschule für Knaben besaßen.

41 *Überhorst, Paul*, a. a. O., S. 51.

42 *Moritz, Eduard*, Das Schulwesen in Deutsch-Südwestafrika, Berlin 1914, S. 209 f.-Moritz führt dann weiter aus: "In Südwest muß die formale Schulbildung in der Kenntnis des gesprochenen Deutsch gipfeln. Lesen und Schreiben unserer Sprache ist für den gewöhnlichen Eingeborenen nicht erforderlich, im Interesse seiner Herren auch nicht erwünscht ... Anders verhält es sich mit solchen Schülern, die von der Mission zu Gehilfen und Katecheten ausgebildet werden ... Rechnen (im Zahlenkreis von 1 - 1000) sowie Religion und Singen in der Landessprache sollen in der Missionsschule nicht fehlen. Auf Erdkunde und Naturgeschichte einzugehen, dürfte sich erübrigen, denn dieses Wissen hat der Schwarze im Dienst seines Herren nicht notwendig ..." (Ebenda, S. 211.)

43 *v. König*, Die Eingeborenen-Schulen in den deutschen Kolonien Afrikas und der Südsee, in: Koloniale Rundschau, H. 10/1912, S. 623.

44 Siehe dazu die *Berichte der Rheinischen Missionsgesellschaft*, 69. Jg. 1912, S. 125.

45 Ebenda, S. 186.

Die Missionen waren insgesamt gesehen ein wichtiger Faktor bei der intensiven Ausplünderung Südwestafrikas durch das deutsche Kapital, denn es gab in der ganzen Kolonie nicht eine einzige Regierungsschule für Afrikaner.⁴⁶ Dennoch zeichnete sich in den Missionsschulen eine Entwicklung ab, die - zwar noch zögernd und wenig augenfällig - den Übergang von der unqualifizierten zur qualifizierten Arbeit ankündigte. Bei der speziellen Handwerker- und Missionsgehilfenausbildung muß sogar von einer echten Qualifizierung gesprochen werden. Damit begann sich eine objektive Gesetzmäßigkeit durchzusetzen, deren Wirksamkeit in allen Kolonien festzustellen ist und die schließlich in der Formierung einer modernen Arbeiterklasse ihren Niederschlag findet. Es ist notwendig, in Zukunft dem Prozeß des Übergangs von der unqualifizierten zur qualifizierten Arbeit gerade in den ehemaligen Kolonialländern bzw. den letzten imperialistischen Kolonien größeres Augenmerk zu schenken, da er hinsichtlich der Entwicklung und der Besonderheiten des nationalen Befreiungskampfes von wesentlicher Bedeutung ist.

Ohne den Begriff der qualifizierten Arbeit verwischen zu wollen, sei auf eine Besonderheit Südwestafrikas hingewiesen: Der Ausgang des Krieges 1904/07 brachte zwar für alle Herero eine grundlegende Änderung ihrer sozialen Stellung, das heißt aus freien Männern wurden Zwangsarbeiter, aber in bezug auf ihre Tätigkeit änderte sich relativ wenig. So sah man nicht umsonst im Herero den idealen Betreuer der riesigen Viehherden, denn er war für diese Arbeit prädestiniert. Natürlich berechtigt dies nicht zu der formalen Feststellung, er sei ein qualifizierter Arbeiter gewesen. Obwohl ihr Können letztlich auf empirischen Erfahrungswerten beruhte, unterschied sich die Tätigkeit der Herero doch grundsätzlich von den einfachen Erdarbeiten der Ovambo. Daraus mußten sich für die Bewußtseinsbildung dieser Menschen zwangsläufig Folgen ergeben, die teils positiver, teils negativer Natur waren. Aber bis in unsere Zeit hinein überwogen die alten Stammestraktionen, die zunächst noch den wichtigsten Halt im Kampf gegen die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung gaben.⁴⁷

Neben der Handwerker- und Missionsgehilfenausbildung existierte bei einzelnen industriellen Unternehmungen eine zweite Form echter Qualifizierung. An der Spitze dieser Firmen stand die OMEG, in deren Geschäftsbericht vom 6. Okto-

46 Schlunk, Martin, Die Schulen für Eingeborene in den deutschen Schutzgebieten, Hamburg 1914, S. 117 f.

47 Vgl. dazu Kozonguizi, Džarirretundu, Istorija na našej storone (Die Geschichte ist mit uns), in: Azija i Afrika segodnja, H. 10/1962, S. 26 f.

ber 1908 erstmalig davon die Rede ist: "Das Bahnunterhaltungspersonal ist da, wo europäische Bedienstete abgegangen sind, nach Möglichkeit durch Eingeborene ersetzt worden, die in der von der Eisenbahn eingerichteten Eingeborenenerschule unterrichtet waren. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt und soll weiter ausgebildet werden."⁴⁸ Ein Jahr später heißt es im Geschäftsbericht: "In der Ausbildung des schwarzen Betriebspersonals wurde fortgeföhren, insbesondere wurden 14 schwarze Lokomotivheizer ausgebildet, die sich gut bewährt haben. Die gesamten Bahnunterhaltungs-Arbeiter sind jetzt Eingeborene, während die Streckenwörter-, Streckenaufseher- und Bahnmeisterposten durch Weiße besetzt sind."⁴⁹ 1911 ging man sogar dazu über, Südwestafrikaner als Rottenführer auszubilden, die sich "allen Anforderungen gewachsen zeigten".⁵⁰ Die Afrika-Marmor-Gesellschaft nahm aus Rentabilitätsgründen ebenfalls Qualifizierungen vor. So arbeiteten dort Ende 1912 einige Herero als Bossierer.⁵¹

Wahrscheinlich existierten ähnliche Bestrebungen auch in anderen Unternehmen der Kolonie. Außerdem ist anzunehmen, daß bei den übrigen Eisenbahnlinien im Laufe der Jahre ebenfalls in starkem Maße Afrikaner mit der Lösung bestimmter Aufgaben betraut wurden. Leider fehlen darüber sämtliche Unterlagen.

Das Gouvernement und der Landesrat förderten die Qualifizierung der Afrikaner zunächst indirekt, indem sie keinen Einspruch dagegen erhoben. Im Gegenteil: Die Neuorientierung der Rheinischen Missionsgesellschaft basierte teilweise sogar auf offiziellen Anregungen. Infolge des großen Handwerkermangels leitete Gouverneur von Schuckmann 1908 auch seinerseits Maßnahmen zur Ausbildung von Südwestafrikanern ein. Im Etat für 1909 wurden dafür 5 000 Mark bereitgestellt.⁵² Über das genaue Ergebnis sowie über das weitere Vorgehen des Gouvernements in dieser Richtung war leider nichts zu ermitteln.

1.3. Das Problem der Fluktuation

Unter den Wanderarbeitern herrschte eine außerordentlich große Fluktuation. Ständig mußten neue Kräfte eingewiesen und eingearbeitet werden. Die Unregelmäßigkeit der Zu- und Abgänge störte die Kontinuität

48 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1662, Bl. 126.

49 Ebenda, RKA, Nr. 1663, Bl. 72.

50 Ebenda, RKA, Nr. 1664, Bl. 124.

51 Ebenda, RKA, Nr. 1296, Bl. 37 u. 198 f.

52 Ebenda, RKA, Nr. 1951, Bl. 42 f.

der Arbeiten. Zeiträume mit relativem Überangebot wechselten mit solchen, in denen die Produktion oder die Bautätigkeit infolge Arbeitermangels weitestgehend eingeschränkt werden mußte.⁵³ Ein Ausgleich war auf Grund des Fehlens einer proletarischen Reservearmee unmöglich.

Am stärksten war der Bergbau betroffen, da sowohl die Diamantgesellschaften als auch die OMEG fast ausschließlich auf Arbeiter des Ambolandes angewiesen waren. Die Ovambo verpflichteten sich meist nur für ein halbes Jahr zur Arbeit, und die Fluktuationsquote lag daher bei 150 bis 200 Prozent. Ähnliches traf auf den Bahnbau zu. Doch auch bei den südafrikanischen Vertragsarbeitern ergab sich ein Wechsel von jährlich mindestens 100 Prozent, da ihre Kontrakte normalerweise nach 12 Monaten abliefen. Der Bau der Otavibahn beispielsweise erlitt 1905 eine empfindliche Störung, weil die Meldungen von Ovambo monatelang immer spärlicher wurden und zuletzt ganz ausblieben.⁵⁴

Im Jahre 1912 hatte sich an dieser Situation kaum etwas geändert. Der Zustrom von Ovambo hatte sich zwar vergrößert, blieb aber "beträchtlichen Schwankungen" unterworfen.⁵⁵ Weit ernstere Schwierigkeiten als bei der OMEG gab es bei den Diamantgesellschaften, deren Bedarf an Ovambo stets größer war als das Angebot⁵⁶:

Jahr	Bedarf	Angeworbene	Manko in %
1910	2 826	1 877	33
1911	5 607	3 696	35
1912	4 232	2 346	45

Die Lüderitzbuchter Minenkammer forderte daher immer wieder vom Gouvernement bzw. vom Reichskolonialamt, die Anwerbung ausländischer Arbeiter zu gestatten.

Obwohl die Verhältnisse für die Arbeiter der Polizeizone anders gear- tet waren als für die Wanderarbeiter, lassen sich auch bei ihnen rela- tiv starke Fluktuationstendenzen erkennen, vor allem bei den Herero und den Buschleuten. Natürlich spielte auch hier das Wechseln des

53 Ebenda, RKA, Nr. 1596, Bl. 99 f., OMEG am 5. 3. 1910 an das Reichs- kolonialamt.

54 Ebenda, RKA, Nr. 1662, Bl. 78, 6. Geschäftsbericht der OMEG v. 6. 11. 1906.

55 Ebenda, RKA, Nr. 1664, Bl. 184, 13. Geschäftsbericht der OMEG v. Juli 1913.

56 Ebenda, RKA, Nr. 1458/1, Bl. 75, 87 u. 94.

"Dienstherrn" nach Ablauf des einjährigen Vertrages eine Rolle, oft handelte es sich jedoch um eine vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Genehmigung der Lokalbehörden, mit anderen Worten: Die Arbeiter ergriffen die Flucht! 1907 fehlten zum Beispiel dem Bahnbaukonsortium Bachstein-Koppel bei der Übergabe der Otavibahn an die Gesellschaft 1 048 (!) afrikanische Arbeiter.⁵⁷ Schuckmann sah sich am 1. Februar 1908 gezwungen, dem Reichskolonialamt von einer allgemeinen Unruhe unter den Südwestafrikanern Mitteilung zu machen, weil zu dieser Zeit viele Herero und Nama ihre Arbeitsstellen verließen. Auch unter den Gouvernementsarbeitern herrschte Unzufriedenheit.⁵⁸ Am 13. Januar 1909 hieß es in der "Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung": "Zum 1. Januar hatten die ganzen Hereroarbeiter der Staatsbahnwerkstätten gekündigt ... Bei Privatleuten in Swakopmund und flußaufwärts haben ebenfalls Hereros ordnungsgemäß gekündigt und sind abgezogen, auch diese meist nach Omaruru. Aus dem Süden, von Warmbad sogar hören wir dasselbe ..." Eine Polizeipatrouille berichtete am 18. März, daß in einer Nacht von drei benachbarten Farmen sämtliche Arbeiter verschwanden.⁵⁹ Auch Anfang 1913 machte sich eine auffällige Abwanderung der Südwestafrikaner von Swakopmund nach dem Inneren bemerkbar.⁶⁰ Zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober entliefen allein im Bezirk Windhuk 119 Personen von den Farmen.⁶¹ Bei den Buschleuten konnte von vornherein nur mit wenigen Monaten Arbeitszeit im Jahre gerechnet werden.

Bei den Arbeitern der Polizeizone müssen also im Gegensatz zu den Ovambo stets zwei Formen der Fluktuation beachtet werden: die Flucht und der normale Wechsel der Arbeitsstelle. Letzterer dürfte allerdings keine allzu große Rolle gespielt haben.

Was die Ovambo betrifft, liegt die Ursache der Fluktuation klar auf der Hand: die Notwendigkeit einer regelmäßigen Rückkehr in die Heimat, die sich durch die mit der Regenperiode in Zusammenhang stehenden Feldarbeiten alljährlich ergab. Die Anzahl der Arbeitssuchenden und ihre Verteilung auf die einzelnen Monate hing von verschiedenen Faktoren ab. Im Vordergrund standen: Ernteergebnisse, Wegeverhältnisse sowie die Haltung der Häuptlinge. Von gewisser Bedeutung waren auch Gerüchte der verschiedensten Art und Stammesfehden.

57 Ebenda, RKA, Nr. 1662, Bl. 106, Telegramm von Hintrager an Lindequist v. April 1907.

58 Ebenda, RKA, Nr. 2235, Bl. 34 f.

59 Vgl. *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 1, v. 14. 1. 1913.

60 DZA Potsdam, Gouvernement SWA, Nr. 2707, Bl. 195 f.

61 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2706, Bl. 16 f.

Anfangs kamen aus dem Amboland meist junge Menschen, "die durch Ableistung eines sechs- bis zwölfmonatigen Dienstvertrages die Mittel zusammensparen wollten, um bei ihrer Rückkunft nach dem Amboland sich eine Frau kaufen und einen Hausstand gründen zu können";⁶² später - vorwiegend in den Hungerjahren - änderte sich das Bild. Alle diese Männer nahmen jedoch nicht aus "Wanderlust" oder "Wandertrieb" - wie man oft behauptete - die Strapazen der langen Fußmärsche auf sich, sondern um ganz konkrete und lebensnotwendige Bedürfnisse zu befriedigen.

Die deutschen Kolonialherren versuchten auf verschiedene Weise, die Fluktuation einzuschränken. Die Minenkammer beispielsweise strebte danach, die Verträge mit den Ovambo zu verlängern. Die Skala ihrer Methoden reichte dabei von der Überredung bis zum offenen Zwang, aber alle blieben ergebnislos.⁶³ Die OMEG unternahm 1910 sogar den vergeblichen Versuch, Ovambo im Otavigebiet anzusiedeln.⁶⁴ Gegen die Arbeiter der Polizeizone konnten rigorosere Mittel angewandt werden. Neben der weiteren Einschränkung der Freizügigkeit und dem permanenten Terror setzte sich aber auch hier immer mehr die Tendenz durch, mittels guter Behandlung und Gewährung von Privilegien feste Arbeiterstämme in den einzelnen Betrieben zu schaffen. Die Fluktuation konnte durch diese Maßnahmen nur geringfügig abgeschwächt, aber nicht beseitigt werden.

2. Die Einschaltung des Gouvernements in die Arbeiterbeschaffung

2.1. Die Auswanderungsbeschränkungen

Damit sich die ohnehin geringe Anzahl von Arbeitskräften, die den deutschen Kolonialherren in dem dünn bevölkerten Südwestafrika zur Verfügung stand, nicht durch Abwanderung oder Abwerbung noch weiter reduzierte, hatte bereits im Jahre 1891 der damalige Kaiserliche Kommissar v. François eine Verordnung erlassen, die die Auswanderung der Einheimischen verbot.⁶⁵

Infolge der frühfeudalen Wirtschaftsform gab es damals weder Lohnarbeiter noch lag für die Masse der Südwestafrikaner die Notwendigkeit

62 *Lüderitzbuchter Zeitung*, Nr. 45, v. 5. 11. 1910.

63 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1664, Bl. 6, 33 u. 184.

64 Ebenda, RKA, Nr. 1596, Bl. 100; RKA, Nr. 1597, Bl. 60.

65 Ebenda, RKA, Nr. 1227, Bl. 30. - Landeshauptmann Leutwein erwähnt sie hier am 10. 4. 1897 in seinem Bericht über einen Zusammenstoß mit dem Oberaufseher der britischen Guano-Inseln in Lüderitzbucht.

vor, sich zu verdingen. François hatte also durchaus im Interesse der Gesellschaften, Händler und ersten Farmer gehandelt, wenn er die wenigen Arbeitskräfte, die sich aus verschiedenen Gründen freiwillig zur Verfügung stellten, im Lande zu halten trachtete. Das Verbot war bedeutungslos, da es keine eigentliche Auswanderung oder Abwerbung gab. Lediglich die Engländer warben in Lüderitzbucht mit behördlicher Genehmigung⁶⁶ Arbeitskräfte an für den Abbau ihrer Guanolager auf den vorgelagerten Inseln und bei Cape Cross.⁶⁷ 1898 versuchten Johannesburg Werber, eine Genehmigung zu erhalten⁶⁸, dann trat das Problem der Arbeiterabwerbung erst Ende 1902 wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Während sich Gouverneur Leutwein in Urlaub befand, hatte sein Stellvertreter v. Estorff mit dem Agenten Hewitt von der Witwatersrand Native Labour Association Johannesburg ein Abkommen über die Anwerbung von Südwesafrikanern abgeschlossen⁶⁹, das die Presse heftig angriff. Auch die Kolonialabteilung meldete ihre Bedenken an.⁷⁰ Nach Hewitts ersten Erfolgen ließ Leutwein das Hereroland für die weitere Werbung sperren und verwies den Agenten auf das Amboland, weil die OMEG befürchtete, nicht genügend Arbeiter für den Bahnbau und die Kupferminen gewinnen zu können.⁷¹ Bis zum 20. Januar 1904 hatte Hewitt 907 Südwesafrikaner angeworben.⁷²

Wirklich akut wurde die Auswanderung im Zusammenhang mit dem Freiheitskampf 1904/07. Am 27. März 1907 meldete die "Deutsch-Südwesafrikanische Zeitung", daß in Sandfontein (Walvis Bay) die relativ große Zahl von Afrikanern auffalle. Wo sich früher nur einige Nama aufgehalten hätten, seien jetzt auch viele Bergdamara und Herero zu finden. Wenige Tage später teilte die Zeitung mit, daß der Agent Fairlough die Herero dort gesammelt und nach Heidelberg bei Johannesburg abtransportiert habe. Angeblich handelte es sich um 800 bis 1 000 Arbeiter. Genau ein Jahr später schrieb dieselbe Zeitung, daß Walvis Bay noch immer Sammelpunkt für auswandernde Südwesafrikaner wäre, daß es aber gelungen sei, diesen Fluchtweg zu sperren.⁷³ Nach dem Patrouillenbe-

66 Ebenda, Bl. 35.

67 Ebenda, Bl. 71 f.

68 Ebenda, Bl. 125.

69 Ebenda, Bl. 121 f., Bericht des stellv. Gouverneurs v. Estorff an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes v. 11. 10. 1902.

70 Ebenda, Bl. 125 - 131.

71 Ebenda, RKA, Nr. 1660, Bl. 49 - 51, 54 u. 63; RKA, Nr. 1227, Bl. 162.

72 Leutwein berichtete am 28. 3. 1904 an die Kolonialabteilung, daß der vierte und letzte Transport Hewitts aus Bauarbeitern der Otavi-bahn bestand, deren man sich nach Beginn des Aufstandes nicht mehr sicher war. (Ebenda, RKA, Nr. 1228, Bl. 29 f.)

73 *Deutsch-Südwesafrikanische Zeitung*, Nr. 26, v. 1. 4. 1908.

richt des Polizeiserganten Dufring vom 16. Februar 1908 war die Flucht der Herero von den Arbeitsplätzen eine organisierte Aktion.⁷⁴ Der Volkszählung von 1911 zufolge lebten 4 189 Südwestafrikaner in der Südafrikanischen Union. Gemessen an der Gesamtbevölkerung Südwestafrikas, war dies ein relativ hoher Anteil, nämlich zirka 8 Prozent. Augenscheinlich handelte es sich in der Mehrzahl um Herero.⁷⁵

Die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" schlug Anfang 1908 vor, die Grenzen stärker zu sichern und die Arbeiter geschickter zu behandeln.⁷⁶ Durch eine engere Zusammenarbeit mit der Kapregierung erreichte das Gouvernément schließlich die Aufhebung des Asylrechts für solche Südwestafrikaner, die künftig ohne Erlaubnis den Oranje überschreiten würden.⁷⁷

Letztmalig wurde das Auswanderungsproblem im Jahre 1910/12 aufgegriffen - diesmal von den Behörden Südafrikas. Die großen Werbeaufträge im Zusammenhang mit den südwestafrikanischen Bahnbauten beunruhigten die Minenbesitzer der Südafrikanischen Union. Sie setzten um des eigenen Profits willen über ihre Regierung das deutsche Gouvernément unter Druck, was Seitz veranlaßte, der Bitte der Unionsbehörden zu entsprechen und dem Reichskolonialamt die Aufhebung der Auswanderungssperre vorzuschlagen, das seinen Antrag jedoch ablehnte.⁷⁸

Die deutschen Kolonialbehörden unterbanden also systematisch alle Auswanderungs- und Abwerbungsversuche in Südwestafrika. Das Zugeständnis von 1902 ist als Ausnahme zu werten. Eine solche Politik trug dem chronischen Arbeitermangel Rechnung und entsprach voll und ganz den Interessen der Farmer und Minengesellschaften. Diese Feststellungen widerlegen auch die Meinung Heinrich Loths, daß Südwestafrika vor der Regierungszeit Dernburgs "ein Rekrutierungsgebiet für Arbeiter der kapländischen Bergwerksgesellschaften" gewesen sei.⁷⁹ Das war weder vor noch nach Dernburg der Fall.

74 DZA Potsdam, Gouvernément SWA, Nr. 2708, Bl. 19 - 30.

75 *Deutsche Kolonialzeitung*, Nr. 31, 1913, S. 517.

76 *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 13, v. 15. 2. 1908.

77 *Drechsler, Horst*, a. a. O., S. 269 - 271.

78 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 71 f.; RKA, Nr. 1229, Bl. 85.

79 *Loth, Heinrich*, Zu den Anfängen des Kampfes der Arbeiter Südwestafrikas gegen den deutschen Imperialismus, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, H. 3/1961, S. 351.

2.2. Versuche der Anwerbung von Arbeitskräften in anderen Kolonien

Bestrebungen dieser Art gab es seit dem Beginn des Übergangs zu imperialistischen Ausbeutungsmethoden in Südwestafrika immer wieder. Der "Hamburger Correspondent" unterbreitete am 10. Juni 1891 den Vorschlag, chinesische Kulis anzuwerben, um so den Arbeitermangel in Südwestafrika zu überwinden.

Seit 1907 traten jedoch für die deutschen Kolonialherren in Südwestafrika neben dem Arbeitskräftemangel zwei weitere Aspekte mehr und mehr in den Vordergrund:

1. ihre ständige Abhängigkeit vom guten Willen der Behörden Südafrikas, die sie abzuschütteln versuchten, sowie
2. die Sicherung maximaler Extraprofite durch die Gewinnung möglichst billiger Arbeitskräfte.

Die Einschaltung des Gouvernements war eine logische Folge und entsprach seiner Funktion. 1904 hatte sich v. Trotha um die Bereitstellung von 500 Nordchinesen bemüht, um Arbeitskräfte für seine Versorgungszentren zu erhalten.⁸⁰ Der große Arbeitermangel im Jahre 1907 ließ die OMEG auf dieses Projekt zurückkommen.⁸¹ 1910 tauchte - im Zusammenhang mit dem gewaltigen Arbeiterbedarf beim Eisenbahnbau und der gleichzeitigen Drohung seitens der südafrikanischen Behörden, die Werbelizenzen für 1911 nicht mehr zu erneuern - wiederum die Forderung nach Arbeitskräften aus anderen Ländern auf. So ersuchten zum Beispiel das Bahnbaukonsortium Bachstein-Koppel und die OMEG erneut um die Genehmigung zur Anwerbung von Chinesen durch die Kolonialbehörden.⁸²

Das Reichskolonialamt lehnte wiederum ab, weil die übrigen deutschen Kolonialherren die Konkurrenz der fleißigen und bedürfnislosen Chinesen und bei einer Überflutung des Landes durch sie den Rückgang der europäischen Einwanderung befürchteten. Man war ängstlich bemüht, auf keinen Fall ein Exempel zu statuieren und wollte darüber hinaus eine Konfrontation mit den Machthabern Südafrikas vermeiden, da in der Union die Anwerbung von Chinesen ebenfalls nicht gestattet war. Nach

80 Vgl. den Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Gesandten in Peking, v. Mumm, dem Auswärtigen Amt und v. Trotha, im November und Dezember 1904. DZA Potsdam, RKA, Nr. 1228, Bl. 86 - 91.

81 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1229, Bl. 4; siehe dazu auch *Drechsler, Horst*, a. a. O., S. 262 f.

82 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1230, Bl. 2 - 4 u. 31 f.

Meinung des Reichskolonialamts waren außerdem in Südwestafrika noch längst nicht alle Reserven an Arbeitskräften mobilisiert, deshalb sei es notwendig, die Afrikaner zur Arbeit zu erziehen. Außerdem sollten die gezahlten Löhne im Lande umgesetzt werden.⁸³ Im Interesse aller Kolonialherren widersetzte sich also das Reichskolonialamt den Versuchen der einzelnen Gesellschaften, ihre individuellen Probleme in den Vordergrund zu spielen, und es sah in der maximalen Ausnutzung der Arbeitskräfte in den drei bisherigen Rekrutierungsgebieten die entscheidende Orientierung. Aus diesem Grund richteten die verschiedenen Gesellschaften ihr Augenmerk jetzt stärker auf die anderen afrikanischen Kolonien.

Zunächst rückten die portugiesischen Besitzungen in Westafrika in den Mittelpunkt der Betrachtung. Anfang 1910 wandte sich die Firma Bachstein-Koppel mit der Bitte um Unterstützung bei der Anwerbung von 3 000 Arbeitern in Portugiesisch-Westafrika an das Auswärtige Amt.⁸⁴ Mit Hilfe des deutschen Gesandten gelang es einem Vertreter der Firma, zur Anwerbung von vorerst 600 Angolosen die Zustimmung der Regierung Portugals zu erwirken, die auch gegen die Werbung in Guinea keine Einwände erhob. Doch die Angolabehörden versagten dem Abkommen die Zustimmung.⁸⁵ Daraufhin schaltete sich das Gouvernement Südwestafrikas energischer als bisher in diese Angelegenheit ein. Am 26. November 1911 unterstützte Gouverneur Seitz ein Gesuch der Minenkammer, je 1 000 Arbeiter aus Deutsch-Ostafrika und Kamerun zu importieren als bestes und sicherstes Mittel zur Lösung des Arbeitskräfteproblems in Südwestafrika. Aber auch die dortigen Lokalbehörden lehnten ab.⁸⁶ Hinter ihren Entscheidungen standen in letzter Konsequenz die dort dominierenden Finanzgruppen, von denen keine bereit war, den in Südwestafrika herrschenden Monopolen ihr kostbarstes Gut, die auszubeutenden Arbeitskräfte, zur Verfügung zu stellen. Nach erneuten Mißerfolgen im Amboland wandte sich Hintrager als stellvertretender Gouverneur am 9. September 1912 mit der Forderung an das Reichskolonialamt, wandernde Togo-Arbeiter nach Südwestafrika umzuleiten. Es gäbe viele Togoleute, die oft für fünf Jahre Arbeit in Britisch-Nigeria aufnähmen. In die-

83 Vgl. die beiden Aktennotizen v. 23. 11. 1910. - Ebenda, Nr. 1230, Bl. 7 f.

84 Ebenda, RKA, Nr. 1229, Bl. 46 f.

85 Siehe *Drechsler, Horst*, a. a. O., S. 263. - Nach den Angaben der *Vossischen Zeitung* v. 23. 6. 1910 war die Haltung des Gouverneurs von Angola vor allem darauf zurückzuführen, daß bereits ca. 40 000 Angolosen auf St. Thomé und Príncipe sowie 70 000 in den Transvaal-Minen arbeiteten.

86 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 147 f.

sem Schreiben tritt erstmalig das Argument der Sicherung des Steuer-
aufkommens aus der Diamantenförderung auf.⁸⁷ Gerade daran wird klar,
daß die Behörden Südwestafrikas bei den Versuchen des Imports von
Arbeitskräften nicht allein als Interessenvertreter des Kapitals fun-
gierten, sondern daß ihre Aktivität auch einen ganz konkreten materiel-
len Aspekt für sie selbst hatte. Der Staatssekretär des Reichskolonial-
amts, Solf, unterstützte das Anliegen der südwestafrikanischen Kolo-
nialherren, in Togo Arbeiter anzuwerben.⁸⁸ Dennoch lehnte das Gouver-
nement in Lome strikt ab.⁸⁹ Da der südwestafrikanische Landesrat nicht
aufgab, wurden die in Togo interessierten Finanzgruppen mobil, und un-
ter dem massiven Druck des Verbandes der Kamerun- und Togopflanzungen
und des Vereins Westafrikanischer Kaufleute mußte das Reichskolonial-
amt seine Bemühungen einstellen.⁹⁰

Die südwestafrikanischen Gesellschaften hatten sich jedoch bei ihren
Bemühungen um möglichst viele und billige Arbeitskräfte nicht nur auf
die deutschen Kolonien beschränkt. Am 20. Januar 1912 unterstützte
Hintrager einen Antrag der Minenkammer auf Arbeiteranwerbungen im Kon-
go. Brüssel lehnte ab.⁹¹ Darum unternahm die Minenkammer nun einen Ver-
such zur Anwerbung von Indern. Gouverneur Seitz reichte dazu befürwor-
tend zwei Eingaben - unter anderem mit dem Hinweis auf die Bedeutung
der Diamantzölle - an das Reichskolonialamt ein, denen stattgegeben
wurde.⁹² Nach einem Bericht des damaligen Botschaftsrats in London,
v. Kühlmann, fand das Ansinnen nicht die Billigung der britischen Re-
gierung.⁹³ Obwohl Staatssekretär Solf im August 1912 in Johannesburg
noch einmal öffentlich erklärte, daß die Regierung durchaus nicht ge-
gen die Anwerbung von Chinesen oder Indern für Südwestafrika sei⁹⁴,
wurde trotz aller Knappheit an Arbeitskräften keines dieser Projekte

87 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 115.

88 Ebenda, Bl. 123 f. u. 140 - 143.

89 Ebenda, Bl. 179 f.

90 Ebenda, Bl. 217 - 219, 220 u. 221 f.

91 Ebenda, RKA, Nr. 1231, Bl. 151 u. 168. - Aus dem Bericht des deut-
schen Gesandten in Brüssel, v. Flotow, v. 15. 2. 1912 geht hervor,
daß die Ablehnung des Antrages mit dem Arbeitermangel in Katanga
sowie - ausgerechnet im Kongo - mit der "Sorge" um die Arbeiter
und ihre Kinder begründet wurde.

92 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 6, 14 f., 32 - 35 u. 36. - Die wichtig-
sten Vertragsbedingungen der Minenkammer waren: keine Ansiedlung
in Südwestafrika und spätestens in drei Jahren Rückkehr nach In-
dien; Monatslöhne zwischen 12 und 15 Mark; Anwerbung in Südafrika,
um die großen Reisekosten einzusparen. Das Projekt mußte allein
an der Lohnfrage schon scheitern, da in Südafrika für Inder Monats-
löhne von 2 bis 3 £ üblich waren.

93 Ebenda, Bl. 117.

94 *Lüderitzbuchter Zeitung* v. 24. 8. 1912.

verwirklicht. Zur selben Zeit hatte sich die Minenkammer mit Zustimmung des Gouvernements an die deutschen Vertreter in Liberia und Singapore gewandt und um Beschaffung von Arbeitskräften ersucht. Aber auch von dort kamen abschlägige Antworten.⁹⁵

Alle Versuche, Arbeitskräfte zu importieren, scheiterten trotz beharrlicher Einschaltung des Gouvernements und des Reichskolonialamts. Die Gründe waren vorwiegend in der Rivalität der deutschen und der internationalen Finanzgruppen zu suchen, in der außenpolitischen Situation und nicht zuletzt in den zum Teil extremen Vertragsbedingungen der um ihre Extraprofite besorgten Gesellschaften Südwestafrikas. Die Kolonie mußte sich im wesentlichen selbst versorgen bzw. Arbeiter aus Südafrika einführen. Als erfolversprechendes Werbegebiet blieb schließlich nur das Amboland übrig. Ein Staatsvertrag mit Portugal zur Sicherung der Anwerbungen unter den Ovambo Südangolas sollte nun die Lösung bringen. Der Ausbruch des Krieges verhinderte jedoch die Aufnahme der für den Herbst 1914 vorgesehenen Verhandlungen.⁹⁶

2.3. Die "Eingeborenenverordnungen"

Die erste der Eingeborenenverordnungen, die "Bezirks-Polizeiverordnung, betreffend das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern", vom 3. Juli 1894 hatte der damalige Assessor von Lindequist ausgearbeitet. Darin waren bereits alle Aspekte mehr oder weniger deutlich enthalten, die in den nächsten zwanzig Jahren der Politik gegenüber den Südwestafrikanern das Gepräge gaben: Die Arbeitsverträge sollten nach Möglichkeit schriftlich oder vor der Polizeibehörde abgeschlossen werden. Für entflozene Arbeiter waren Verfolgung und Bestrafung vorgesehen. Allen "Arbeitgebern" wurde gegen Jugendliche bis zu 18 Jahren das "Elterliche Züchtigungsrecht" zugesprochen. Vagabundierende ohne Vermögen und festen Unterhalt sollten zur Arbeit gezwungen werden und als Mindestlohn 1 Mark pro Tag in bar erhalten.⁹⁷

Die vollständige Unterjochung der Herero und Nama schuf die Voraussetzung zur Degradierung der Afrikaner zu Arbeitsklaven und zur tatsächlichen Einführung der Zwangsarbeit, die durch die Lindequist-schen "Eingeborenenverordnungen" aus dem Jahre 1907 gesetzlich sank-

95 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1232, Bl. 125 - 127 u. 173 - 175.

96 Vgl. den Schriftwechsel zwischen Gouverneur Seitz, dem Reichskolonialamt und dem Auswärtigen Amt von April bis Juni 1914. - Ebenda, RKA, Nr. 1233, Bl. 3, 4 f. u. 7.

97 Ebenda, RKA, Nr. 1227, Bl. 7.

tioniert wurde.⁹⁸ Die wichtigsten Verordnungen waren: die Paßverordnung, die Maßregeln zur Kontrolle der Eingeborenen und die Verordnung über die Dienst- und Arbeitsverträge. Die Paßverordnung besagte, daß "alle Eingeborenen im Schutzgebiet ... paßpflichtig" seien, "die Paßmarke stets bei sich zu tragen und sie den Polizeiorganen sowie jedem Weißen auf Verlangen vorzuzeigen" hätten. "Dem Eingeborenen kann ... das Verlassen seines Distrikts oder Bezirks untersagt und die Ausstellung eines Reisepasses verweigert werden." War der Arbeitsvertrag noch nicht abgelaufen, so mußte der "Dienstherr" sein schriftliches Einverständnis zur Ausstellung eines Reisepasses erklären.

Der Hauptinhalt der Maßregeln zur Kontrolle der Eingeborenen bestand darin, daß Afrikaner nur mit Genehmigung des Gouverneurs Grundstücke erwerben und Großvieh halten durften und daß sie, wenn sie ohne nachweisbaren Unterhalt "herumstreichen", als Landstreicher bestraft werden konnten.

Die Verordnung über die Dienst- und Arbeitsverträge schließlich verfügte: "Kein Eingeborener, der das vierzehnte Lebensjahr überschritten hat, darf ein neues Dienst- oder Arbeitsverhältnis eingehen oder seinen bisherigen Beschäftigungsort ohne schriftliche Erlaubnis seines Dienstherrn verlassen, bevor die zuständige Polizeibehörde in seinem Dienstbuche die Beendigung des bisherigen Dienstverhältnisses vermerkt und ihm das Dienstbuch ausgehändigt hat ..." Bei wiederholtem Ungehorsam, bei "Aufreizung zum Ungehorsam", bei Diebstahl, "Weglaufen", einer durch eigenes Verschulden herbeigeführten längeren Arbeitsunfähigkeit und bei einer über vier Wochen anhaltenden Erkrankung war der "Dienstherr" zur fristlosen Entlassung seiner "Bediensteten" berechtigt.

"Der eingeborene Bedienstete, der vor Ablauf der Dienstzeit ... den Dienst verläßt, kann auf Antrag des Dienstherrn behördlicherseits durch Zwangsmittel zur Fortsetzung der Arbeit angehalten werden...", hieß es weiter.

Bei diesen Bestimmungen, auf denen fast alle folgenden Anweisungen basierten, kam es den deutschen Kolonialherren auf die Mobilisierung auch der letzten südwestafrikanischen Arbeitskraft für die Profitinteressen des Kapitals an. Dieses Bemühen versprach nur dann Aussicht

98 Der Wortlaut der folgenden drei Verordnungen befindet sich in: *Deutsches Kolonialblatt*, 18. Jg. 1907, S. 1179 - 1184. - Bereits vor 1907 bestand ein lokaler Paßzwang in großen Teilen des Landes. (Vgl. DZA Potsdam, RKA, Nr. 2235, Bl. 21.)

auf Erfolg, wenn eine systematische Kontrolle jedes einzelnen Bewohners - zumindest in der Polizeizone - gewährleistet war. Zu diesem Zweck entstand ein Polizeistaat, der nicht nur die Ausplünderung sichern, sondern auch die geringste oppositionelle Regung im Keim ersticken sollte.

Neben die drei Verordnungen von 1907 trat im Jahre 1911 eine vierte und äußerst wichtige Anweisung, nämlich die "Verordnung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika, betreffend die Anwerbung und Arbeitsverhältnisse der eingeborenen Arbeiter" vom 16. Dezember.⁹⁹ Sie unterscheidet sich in Inhalt und Form beträchtlich von den erstgenannten, die mit ihren Zwangs- und Unterdrückungsbestimmungen das Ziel hatten, die überlebenden Südwestafrikaner restlos unter Kontrolle zu bekommen und ihre Arbeitskraft rücksichtslos und dort auszunutzen, wo sie benötigt wurde. Die vierte Anweisung dagegen entstand in einer anderen Zeit und unter anderen Bedingungen. Sie betraf vor allem die Ovambo. Weil die deutschen Kolonialherren auf diese Arbeitskräfte angewiesen waren, sahen sie sich gezwungen, ihnen gewisse Zugeständnisse hinsichtlich ihrer sozialen Lage zu machen und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen gesetzlich zu regeln. Nur so konnte ihrer Meinung nach die Zufuhr regelmäßiger werden und die Quantität anwachsen. Letztlich profitierten aber alle Arbeiter Südwestafrikas von der sogenannten Ovamboveordnung, denn die sozialen Probleme gewannen zusehends an Bedeutung, und ihre Lösung wurde zur objektiven Notwendigkeit für die Erhaltung und Reproduktion der wenigen Arbeitskräfte.

Die Besteuerung als Mittel des Arbeitszwanges spielte in Südwestafrika - im Gegensatz zu anderen deutschen Kolonien - eine relativ untergeordnete Rolle. Vor 1903 erschien eine solche Maßnahme undenkbar, und nach 1907 war sie nicht mehr notwendig, da man für die Überlebenden des Gemetzels den gesetzlich verbrämten Arbeitszwang eingeführt hatte und deshalb auf jeden indirekten Druck verzichten konnte. Die absolute Verarmung der Südwestafrikaner schloß eine Besteuerung ohnehin aus. Die 1909 in Swakopmund eingeführte Kopfsteuer¹⁰⁰ muß als Ausnahme gewertet werden. Erst 1911 lassen sich ernsthaftige Bestrebungen erkennen, vor allem die Frauen und Kinder mit Hilfe einer Kopfsteuer zur Arbeit zu zwingen. Der "Südwestbote" veröffentlichte im Frühjahr 1911 Gedanken für eine Besteuerungsordnung. Danach sollte jeder erwachsene Südwestafrikaner - einschließlich der Frauen - zu einer mo-

99 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1231, Bl. 162 - 164.

100 Vgl. *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung* v. 25. 12. 1909.

natlichen Abgabe von 0,50 Mark verpflichtet werden. Eine Befreiung empfahl die Zeitung lediglich für Arbeitsunfähige, Polizeidiener (!), den Stamm von Rehoboth und die Ovambo. Afrikaner, die nicht in der Lage waren, ihre Steuern zu bezahlen, sollten als Ausgleich dreißig Tage im Jahr ohne Entschädigung arbeiten.¹⁰¹ Am 21. September 1911 erklärte Gouverneur Seitz, daß gegen eine Kopfsteuer keine Einwände mehr beständen.¹⁰² Am 9. Februar 1912 trat in Windhuk eine Ortssatzung in Kraft, die sich eng an die oben genannte Veröffentlichung anlehnte.¹⁰³ Da in anderen Teilen der Kolonie ähnliche Bestrebungen bestanden und der Landesrat darüber diskutiert hatte, gab Hinträger am 19. Juni 1912 an alle Bezirksämter eine Instruktion heraus, die ein einheitliches Vorgehen sichern sollte und folgende Hinweise enthielt¹⁰⁴: Die Kopfsteuer sollte mit äußerster Vorsicht und nur dort eingeführt werden, wo Barlohn gezahlt wurde. In den Bezirken Warmbad, Bethanien, Keetmanshoop, Hasuur und Gibeon sollten aus politischen Gründen nur die selbständigen Gewerbetreibenden, die Reservate der Bondelszwaarts, der Bersebaner und der Stamm von Rehoboth überhaupt nicht belastet werden. Die eingenommenen Summen seien zugunsten der Afrikaner zu verwenden, die Steuersumme dem Lohn entsprechend zu staffeln, Ehefrauen und Mütter mit Kindern von der Besteuerung auszunehmen.

Wenn auch gegenüber dem Vorschlag von 1911 jetzt ein Teil der Frauen nicht besteuert wurde, wirkten die einzelnen Bezirksverordnungen doch stimulierend auf die Arbeitskräftelage, da viele Südwestafrikaner in keinem festen Arbeitsverhältnis standen. Das wesentlichste Moment ist jedoch in der Einsparung staatlicher Mittel zu sehen. Die Südwestafrikaner sollten praktisch ihre sozialen und hygienischen Einrichtungen selbst bezahlen. Nicht zuletzt hierdurch wird die in der bürgerlichen Literatur noch heute aktuelle These von der sogenannten "Kulturmission" des deutschen Kolonialismus ad absurdum geführt. Wie alle anderen Verordnungen des Gouvernements verfolgten auch die Steuersatzungen lediglich das Ziel, Arbeitskräfte zu beschaffen bzw. ihre Reproduktion zu sichern.

101 Zugänglicher Nachdruck in *Koloniale Zeitschrift*, 12. Jg. 1911, S. 326.

102 DZA Potsdam, Gouvernement SWA, Nr. 2591, Bl. 53 f.

103 Ebenda, Bl. 65. - Die Satzung umfaßte alle Männer und Frauen über 14 Jahre. Die Steuersätze waren von 0,50 bis 2,00 Mark monatlich gestaffelt.

104 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 43, Bl. 60.

2.4. Der Einsatz der Polizei bei der Arbeiterbeschaffung

Nach der Niederwerfung der Herero und Nama wurde mit der sogenannten Landespolizei neben der "Schutz"-Truppe ein zweites Machtinstrument der Kolonialbehörden geschaffen, dessen Aufgabe die Überwachung der afrikanischen Bevölkerung, die Arbeiterbeschaffung und damit im wesentlichen die Sicherung, Durchsetzung und Einhaltung der Verordnungen von 1907 und 1911 war. Auf jeweils zehn Südwestafrikaner kam ein europäischer Polizist. Bezieht man die sogenannten Polizeidiener mit ein, ergibt sich sogar eine Proportion von 7 : 1.

Die wichtigsten Aufgaben der neuen Truppe waren das Aufspüren, Festnehmen und Sammeln aller noch freien Südwestafrikaner, um sie gewaltsam in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Die Menschenjagd gegen die freiheitsliebenden Südwestafrikaner, die mit allen Mitteln versuchten, der schrankenlosen Ausbeutung zu entgehen, wurde systematisch, gut organisiert und mit äußerster Brutalität durchgeführt. Die Berichte über die regelmäßigen Patrouillenritte machen oft den Eindruck von "Strecken"-Protokollen. Wie Kriegsbeute oder Verbrecher brachte man die Südwestafrikaner "auf" oder "ein". Neben dem starken moralischen Druck auf die bereits zur Zwangsarbeit Verurteilten bewirkten solche Streifzüge, daß Anfang 1908 die Buschleute bei Grootfontein weit in die Omaheke zurückwichen.¹⁰⁵

Eine andere Aufgabe der Landespolizei bestand darin, auf Ansuchen der Farmer die im Arbeitsprozeß stehenden Südwestafrikaner zum bedingungslosen Gehorsam zu zwingen.¹⁰⁶ Vielen Farmern genügte das rigorose Vorgehen der Behörden aber noch nicht. Am 25. August 1909 forderte die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" für jeden Polizisten das Recht, beliebig von der Schußwaffe Gebrauch machen zu dürfen. Das war typisch für den Geist der meisten Farmer. Sie betrachteten die eigentlichen Bewohner des Landes als Freiwild und maßten sich Verfügungsgewalt nicht nur über deren Arbeitskraft, sondern indirekt auch über deren Leben an. Deshalb übertrug man im Interesse aller Kolonialherren der Landespolizei die Disziplinargewalt. Sie sorgte für "Ordnung" und zwang jeden "aufgegriffenen" arbeitsfähigen Afrikaner, ein Arbeitsverhältnis einzugehen.¹⁰⁷ Nach einer Meldung der "Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung" vom 24. März 1909 wurden zu Beginn des Jahres 24 Herero im Sandfeld und 12 Buschleute in der Namib festgenommen. Patrouillen im

105 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2707, Bl. 70.

106 Ebenda, Bl. 182 f.

107 Vgl. ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2708, Bl. 60 f., 66 u. 73 - 75.

Bezirk Waterberg führten 117 Verhaftungen durch. Die Festgenommenen wurden meist nach Tsumeb in die Kupfermine überwiesen. In den südlichen und mittleren Bezirken ging es ähnlich zu. Sonderstellungen nahmen nur die Reservate der Bondelszwaarts, der Bersebaner und der Rehobother ein.¹⁰⁸ Am 7. April 1909 machte die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" die Bedeutung der Patrouillen für jedermann deutlich: Das Davonlaufen eingeborener Arbeitskräfte werde allmählich aufhören, "wenn die Ausgekniffenen nach einiger Zeit doch wieder aufgegriffen werden! Gerade das ständige regelmäßige Absuchen des Landes läßt die freiheitsliebenden Eingeborenen nie zur Ruhe kommen und wird sie schließlich dazu veranlassen, zu bleiben, wo sie in Ruhe gelassen werden - bei ihrer Arbeit." Ein Kommentar erübrigt sich.

Die Auswirkungen der ständigen Streifen machten sich 1911 immer stärker bemerkbar. Ein Bericht über eine gründliche Durchsuchung des Sandfeldes besagte, daß sich im Gegensatz zu 1910 jetzt nur noch vereinzelt Menschen dort aufhielten. Ein Beritt des Depots Kupferberg nahm etwa 100 Personen fest. Fast ebensoviele hatten sich auf den angrenzenden Farmen zur Arbeit eingefunden. Die Verbleibenden schätzte man auf 200 bis 300, und man nahm an, daß sie sich in der nächsten Zeit selbst stellen würden.¹⁰⁹ Bereits am 16. Oktober 1910 hatte das Depot Waterberg Meldung erstattet, daß das Gelände zwischen dem Erongogebirge und den Okamotanenobergen sowie südlich von Otjompane "vollständig frei von Eingeborenen" sei.¹¹⁰

Da außer den Buschleuten keine freien Südwestafrikaner mehr existierten, reduzierte sich die Menschenjagd auf diejenigen, die sich dem Arbeitszwang durch Flucht entzogen. Die dichtere Besiedlung und die Entwicklung einer straffen Verwaltung zwangen die Landespolizei - und gestatteten es ihr andererseits auch -, sich mehr mit Detailfragen zu beschäftigen. Am 26. Juni 1912 erließ Gouverneur Seitz deshalb eine

¹⁰⁸ Vgl. dazu einige Berichte von Heydebreck, Schuckmann und Hintrager an das Reichskolonialamt sowie einen Bericht von Oberleutnant Ebeling über die Bondelszwaarts. (Ebenda, RKA, Nr. 1914, Bl. 38 f., 48 f., 53 f., 59 - 63 u. 106 - 110.)

Da sich die beiden erstgenannten Stämme nicht am Volksaufstand 1904/07 beteiligt und die Rehobother sogar die deutschen Interventionen unterstützt hatten, blieben für alle drei die bereits vorher abgeschlossenen Reservatsverträge in Kraft. Die drei Stämme vermochten sich also eine - wenn auch vor allem bei den Bondelszwaarts und den Bersebanern ökonomisch und politisch stark eingeschränkte - relative Selbständigkeit zu bewahren.

¹⁰⁹ Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2710, Bl. 77 - 81 u. 67.

¹¹⁰ Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2709, Bl. 214 f.

Instruktion, die für alle Stationen verbindlich war. Sie umfaßte vier Punkte, deren Kernsätze hier wiedergegeben seien¹¹¹:

1. Der diesjährige Landesrat bat in einer Resolution, daß Eingeborene, die innerhalb der Polizeizone vagabundierend angetroffen würden, stets mit Gefängnis und Zwangsarbeit bestraft werden sollen. Dieselbe Strafe sollte alle Eingeborenen treffen, die ohne Paßmarke angetroffen würden. Unter vagabundierenden Eingeborenen sollten auch zu rechnen sein Frauen, die sich beschäftigungslos auf den großen Werften herumtreiben. Diese Frauen würden am besten auf Farmen, wo Frauen fehlen, gesandt ...
2. In einer ferneren Resolution wurde vom Landesrat dagegen Stellung genommen, daß in den verschiedenen Bezirken je nach der Auffassung des Eingeborenen-Richters Viehdiebstähle und Grasbrandstiftungen sehr verschieden bestraft würden. Im Landesrat wurde die Ansicht vertreten, daß solche für die hiesigen Verhältnisse sehr schwere Vergehen nicht unter einem Jahr Gefängnis mit Zwangsarbeit geahndet werden dürften. Eine gleichmäßige und strenge Bestrafung dieser Vergehen erscheint auch mir geboten. Der hiesige extensive Farmbetrieb bedingt eine absolute Sicherheit des Eigentums am weidenden Vieh ...
3. Es sind mir Fälle zu Ohren gekommen, wo Eingeborene, die das Vieh hüteten, einfach unter Zurücklassung des ihnen anvertrauten Viehs auf der Weide ihrem Dienstherrn entliefen, ohne dafür strenge bestraft zu werden. Solche Fälle suche ich ganz exemplarisch zu bestrafen.
4. Die Ämter haben ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß *über alle Arbeitsverträge Weißer mit Eingeborenen Dienstbücher ausgestellt* werden. Dieses ist bislang infolge der Nachlässigkeit der Arbeitgeber nur in bescheidenem Umfang geschehen. Die Arbeitsverträge sind nach Möglichkeit auf 1 Jahr abzuschließen. *Auf Zahlung eines Lohnes in bar neben freier Verpflegung ist dabei tunlichst hinzuwirken ...*"

Hiermit war die Hauptarbeit der Landespolizei für die nächsten Jahre fest umrissen worden. In immer größeren Gebieten des Landes machte man den Südwestafrikanern den Aufenthalt als freie Menschen unmöglich. Im Frühjahr 1913 meldete auch Kupferberg, daß der Bereich des Depots

111 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2706, Bl. 5 f.

frei von Umherziehenden sei.¹¹² Die gleiche Meldung ging am 5. Februar 1914 von Aus an die Inspektion ab.¹¹³

Seit 1912/13 rückten die Buschleute in den Mittelpunkt der Betrachtung, denn man hatte sie bisher nur zu einem geringen Teil in den Arbeitsprozeß eingliedern können. Bereits eh und je verfolgt, bildeten sie jetzt eine der letzten Arbeitskräftereserven. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß sie durch die fortschreitende Kolonisation in immer unwirtlichere Gebiete abgedrängt worden waren und sich durch Viehdiebstähle und Überfälle ihrer Haut wehrten, was einen allgemeinen Vernichtungskrieg zur Folge hatte.

Zur Sicherung der dringend benötigten Arbeitskräfte erhob man im Grootfonteiner Farmerverein sogar die Forderung, die erwachsenen Buschleute umzusiedeln, ihre Kinder den Missionen zur Erziehung zu überweisen und eine allgemeine Kopfsteuer einzuführen, um der Polizei und dem Staat den nötigen Anreiz für die Verfolgung zu bieten.¹¹⁴ Doch wie die Akten ausweisen, geschah das auch ohne derartiges Stimulans.¹¹⁵

So erwies sich die Landespolizei auch hier als das entscheidende Machtinstrument des Gouvernements zur Durchsetzung der sogenannten "Eingeborenenverordnungen" von 1907. Mit ihrer Hilfe wurden die notwendigen Arbeitskräfte zusammengetrieben und damit neben dem ökonomischen Zwang eine außerökonomische Ergänzung geschaffen, die eine kontinuierliche imperialistische Ausbeutung möglich machte.

3. Die Stellung der europäischen Arbeiter in Südwestafrika

Das subtropische Klima Südwestafrikas erlaubte den Einsatz europäischer Arbeiter. Dies traf für keine andere Kolonie des deutschen Imperialismus zu. Deshalb ist es im Zusammenhang mit den vorliegenden Untersuchungen notwendig, auf das Verhältnis zwischen den europäischen und afrikanischen Arbeitskräften einzugehen.

112 Ebenda, Gouvernement SWA, Nr. 2711, Bl. 19 f.

113 Ebenda, Bl. 73 - 77.

114 *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 104, v. 9. 9. 1913; Nr. 113, v. 30. 9. 1913; *Südwest*, Nr. 7, v. 23. 1. 1914 Nr. 39, v. 15. 5. 1914.

115 DZA Potsdam, Gouvernement SWA, Nr. 2711, Bl. 3 f., 14, 19 f., 40 - 43, 46 u. 68 f., Patrouillenberichte.

Nach Angaben Leutweins waren erstmalig um 1900 beim Molenbau in Swakopmund und beim Bau der Zentralbahn rund 150 Deutsche eingesetzt worden.¹¹⁶ 1913 waren allein in der Otavimine etwa 200 und in der Khangrube etwa 100 deutsche Bergleute durch zwei- oder dreijährige Kontrakte gebunden.¹¹⁷ Die Diamantgesellschaften beschäftigten 320 Europäer¹¹⁸, Eisenbahn und Post etwa 1 200 und die verschiedenen Firmen und Handelsgesellschaften weitere 1 000¹¹⁹. Die Anzahl der eigentlichen Industrieproletarier aus Europa war jedoch relativ gering. Die Arbeitskräfte bei der Eisenbahn sowie der Post standen meist im Beamten- oder Angestelltenverhältnis und zeigten sich im wesentlichen als treue Diener des preußisch-deutschen Militärstaates. Trotz des erheblichen Prozentsatzes von Handwerkern sind auch nicht alle Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Firmen als Proletarier anzusehen. Die meisten vertraten voll und ganz die Interessen und Ansichten ihrer kapitalistischen Ausbeuter. Die Europäer auf den Diamantfeldern stammten fast alle aus der Kolonie selbst¹²⁰, und die Kolonialideologie war bereits tief in ihr Bewußtsein eingedrungen. Das fand seinen Niederschlag besonders in der Art, in der sie die Afrikaner behandelten. So berichtete am 7. August 1911 der Bezirksrichter von Lüderitzbucht an Gouverneur Seitz, daß die Mißhandlungen auf den Diamantfeldern überhandgenommen hätten. Allein zwischen Anfang April und Anfang Juni gelangten fünfzehn Fälle bis zur Hauptverhandlung. Das Obergericht gestand schließlich in einer Urteilsbegründung allen Europäern prinzipiell das "gelinde Züchtigungsrecht" zu.¹²¹

Für die vorliegende Betrachtung bleiben also nur die etwa 250 Bergarbeiter und einige hundert Handwerker übrig. Hinzu kommt die bisher unberücksichtigt gebliebene Gruppe der europäischen Eisenbahner, von denen 1907 etwa 300 bis 400 am Bau der Südbahn beteiligt waren.¹²² 1911 arbeiteten über 400 an der Strecke Windhuk-Keetmanshoop.¹²³ Sowohl die Berg- und Eisenbahnarbeiter als auch die Handwerker wurden fast ausnahmslos als Vorarbeiter, Aufseher und Spezialisten eingesetzt. Die Handwerker genossen vor allem wegen des ständigen Mangels an qualifi-

116 *Leutwein, Theodor*, Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika, Berlin 1906, S. 136.

117 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1232, Bl. 225; RKA, Nr. 1233, Bl. 30.

118 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 262 f.

119 Ebenda, RKA, Nr. 1521, Bl. 326 - 375.

120 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 227.

121 Ebenda, RKA, Nr. 5553, Bl. 21 - 25, Urteil mit Begründung v. 22. 7. 1911, zum Teil veröffentlicht bei *Müller, Fritz Ferdinand*, Kolonien unter der Peitsche, Berlin 1962, S. 137 - 140.

122 *Deutsches Kolonialblatt*, 18. Jg. 1907, S. 891.

123 Ebenda, 22. Jg. 1911, S. 803 f.

zierten Arbeitskräften eine Sonderstellung. Der größte Bedarf bestand an Bauleuten, für die in der gesamten Kolonie der für damalige Zeiten außergewöhnlich hohe Tagessatz von 20 Mark gezahlt wurde.¹²⁴ Der Lohn der Europäer lag immer zehn- bis zwanzigmal höher als zum Beispiel der der Ovambo.¹²⁵ Außerhalb der Arbeitszeit lebten sie, von den Afrikanern getrennt, in festen Holz- oder Steinhäusern, bei den Eisenbahnbauten oft in Zelten, die aber dennoch wesentlich komfortabler waren als die Pontoks der Südwestafrikaner. Die europäischen Arbeiter hatten ein eigenes Lazarett und erhielten auch eine weit bessere ärztliche Betreuung. In den Kupfergruben existierte sogar eine Unfallversicherung für sie.¹²⁶ Die Verpflegung unterschied sich grundsätzlich von der der Afrikaner.¹²⁷ Die Verpflegungssätze lagen für Europäer stets über 4 Mark pro Tag, für die Afrikaner waren im Höchstfalle 1,50 Mark vorgesehen.¹²⁸

Die Kolonialherren waren zwar gezwungen, den europäischen Arbeitern Verhältnisse zu schaffen, die ihren heimischen ähnlich waren, benutzten diese Situation aber sofort zur Korruption. So wurde den Europäern von Anfang an der Charakter einer Art Arbeiteraristokratie beigemessen.

Parteien und Gewerkschaften waren in Südwestafrika verboten und bestanden auch illegal nicht. Es kamen auch nicht immer die klassenbewußtesten Arbeiter nach Südwestafrika, sondern zum Teil solche, die die Ferne und Abenteuer reizten oder sogar arbeitsscheue Elemente und Glücksritter, wie die zahlreichen Prozesse wegen Diamantendiebstahls bzw. -schmuggels beweisen.¹²⁹

Gegen alle "unliebsamen" Elemente hatten die Gesellschaften Sicherungsmaßnahmen getroffen, die sich hauptsächlich in der Möglichkeit äußerten, jeden Kontrakt einseitig zu annullieren und in einem solchen Falle auch die Übernahme der Rückreisekosten zu verweigern.¹³⁰ Bei der geringen Zahl der Betriebe und den wenigen hundert europäischen Arbeitern fiel es den Kolonialherren relativ leicht, jeden unbequemen Mann abzuschieben.

124 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1403, Bl. 109 f.

125 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 184, 225 f. u. 228.

126 Ebenda, Bl. 225 - 229.

127 Vgl. die Proviantsätze ebenda, RKA, Nr. 1227, Bl. 106 f.

128 Ebenda, RKA, Nr. 1232, Bl. 262 f. u. 275.

129 Ebenda, RKA, Nr. 1425, Diamantenschmuggel/Spezialia 1909 - 1916.

130 Ebenda, RKA, Nr. 1230, Bl. 19 - 23.

Trotzdem gibt es Beispiele einer - wenn auch geringen - aktiven bzw. passiven Einflußnahme der europäischen Arbeiter auf die Bewußtseinsentwicklung des südwestafrikanischen Proletariats. Indirekt zeigt das der Bericht Jakob Wäckerlins in der "Berner Tagwacht" vom 18. Januar 1901 über die Lage der Afrikaner beim Hafen- und Eisenbahnbau in Swakopmund. 1910 wurde in einem Bericht ein Schichtmeister Frauenstein erwähnt, der in der Sektion Waldau die beim Eisenbahnbau beschäftigten Afrikaner "aufhetzte".¹³¹ Die Rheinische Mission berichtet über einen Fall, daß sämtliche Arbeiter von einer Farm entliefen, um sich in Windhuk über ihren "Baas" zu beschweren. "Sie waren, wie sich später herausstellte, von einem Angestellten, einem Maurer, aufgehetzt worden."¹³² Die Streiks der beim Bau der Otavibahn beschäftigten Italiener im Jahre 1904¹³³, die ständigen Reibereien der Griechen mit der Betriebsleitung der Afrika-Marmor-Gesellschaft 1911 bis 1913 wegen der schlechten Arbeitsbedingungen¹³⁴, der Lohnkampf der 35 deutschen Bergleute mit der Direktion der OMEG 1910¹³⁵, die Lohnkämpfe und der drohende Beamtenstreik bei Bachstein-Koppel¹³⁶ sowie die Streikankündigung aller Lüderitzbuchter Handwerker im Mai 1909¹³⁷ hatten zwar keine direkten Auswirkungen auf die südwestafrikanischen Arbeiter, führten nicht zu Aktionen, regten sie aber sicher zumindest zum Nachdenken an.

Von Bedeutung für den geringen Einfluß der europäischen Arbeiter waren das Kontraktssystem und die Verständigungsschwierigkeiten. Sowohl die europäischen wie die afrikanischen Arbeiter kehrten nach Ablauf ihrer Kontrakte in die Heimat zurück. Bei den Ovambo und Südafrikanern geschah das nach sechs bis zwölf Monaten und bei den Europäern nach zwei bis drei Jahren. Unter diesen Umständen konnte kein enger Kontakt zustandekommen. Trotzdem verließ die Kolonialherren niemals die Furcht vor der Entwicklung des Klassenbewußtseins bei den europäischen Arbeitern und vor einer europäisch-afrikanischen Klassensolidarität. Aus diesem Grunde versuchten sie, die Entstehung einer - wenn auch noch so kleinen - Reserve von Arbeitskräften zu verhindern.

¹³¹ In Waldau wurde vom 31. 7. bis 6. 10. 1910 viermal gestreikt, das letzte Mal sogar aus Solidarität zu den Wilhelmstalern. - Ebenda, RKA, Nr. 1234, Bl. 127 - 128, Bericht des Regierungsbaumeisters Schubert v. 28. 10. 1910.

¹³² *Berichte der Rheinischen Missionsgesellschaft*, 70. Jg. 1913, S. 99.

¹³³ DZA Potsdam, RKA, Nr. 1661, Bl. 131.

¹³⁴ Ebenda, RKA, Nr. 1295, Bl. 78 - 85; RKA, Nr. 1296, Bl. 142 - 154.

¹³⁵ Ebenda, Nr. 1663, Bl. 181.

¹³⁶ *Koloniale Zeitschrift*, 12. Jg. 1911, S. 187 u. 204.

¹³⁷ *Lüderitzbuchter Zeitung*, Nr. 14, v. 15. 5. 1909.

Infolge des einerseits sehr schnell wachsenden Bedarfs an Vorarbeitern und der andererseits äußerst labilen Kolonialwirtschaft gab es häufig Europäer, die mehr oder weniger lange Zeit arbeitslos waren. So entließ zum Beispiel die OMEG 1908 kurzfristig zirka siebzig Lokheizer und Streckenwärter.¹³⁸ Anfang 1914 baute auch die Diamantenschliffgesellschaft ihr europäisches Personal in der maschinellen Zentralwäsche ab und beschränkte sich auf Kontrolleure.¹³⁹ Arbeitslosigkeit war aber mit dem Ansehen der Europäer nicht zu vereinbaren. Deshalb suchte die "Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" 1908 angestrengt nach einer Überwindung dieses Phänomens.¹⁴⁰ Man fürchtete offenbar, daß sich die arbeitslosen Europäer bald ihrer Klassenlage bewußt werden und zusammen mit den Afrikanern gegen die unmenschliche Ausbeutung angehen könnten. Zur Lösung dieser Frage schlug man vor: Ausweisung entlassener Strafgefangener, Verhinderung der Einwanderung mittelloseuropäer und der illegalen Infiltration sowie bessere Fürsorge der Gesellschaften für ihre ehemaligen Angestellten.¹⁴¹ Der Charakter der europäischen Arbeiter als Arbeiteraristokratie sollte unbedingt gewahrt bleiben.

All das war nicht dazu angetan, von den Angehörigen der deutschen Arbeiterklasse und der der anderen europäischen Länder in Südwestafrika stärkere Impulse gegenüber dem sich dort in seinen Anfängen formierenden Proletariat zu erwarten. Solche Impulse kamen vielmehr aus Südafrika. Das beweist vor allem der große Streik der europäischen Arbeiter am Witwatersrand in Transvaal. Er begann infolge einer plötzlichen Arbeitszeitverlängerung in der Kleinfontein-Mine. Aus Solidarität schlossen sich die Belegschaften zahlreicher anderer Bergwerke an, obwohl die ursprüngliche Ursache bald beseitigt worden war. Durch den Einsatz von Streikbrechern kam es zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Militär, denen zahlreiche Arbeiter zum Opfer fielen. Über die Bedeutung jener Vorgänge schrieb die "Lüderitzbuchter Zeitung" am 11. Juli 1913: "In dem ganzen Streik hat die Lohnfrage keine Rolle gespielt, und es erscheint außerordentlich beklagenswert, daß aus so kleinen Anfängen ein so ungeheurer Zusammenstoß zwischen Arbeit und Kapital entstehen konnte. Denn die Wirkung eines solchen Ausstandes auf die 220 000 Eingeborenen, die in den Minen des Rands beschäftigt sind und die zum großen Teil haben mit feiern müssen, darf

138 *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 55, v. 11. 7. 1908.

139 DZA Potsdam, RKA, Nr. 1402, Bl. 143.

140 *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung*, Nr. 97, v. 5. 12. 1908.

141 Ebenda, Nr. 45, v. 6. 6. 1908; Nr. 55, v. 11. 7. 1908; Nr. 57, v. 18. 7. 1908; Nr. 80, v. 7. 10. 1908; Nr. 97, v. 5. 12. 1908.

nicht unterschätzt werden. Die Arbeitgeber drohten bei weiterem Um-
sichgreifen des Ausstandes der weißen Arbeiter, die Eingeborenen in
ihre Heimat zurückzuschicken. Dann wären alle Bergleute auf viele Mo-
nate brotlos gewesen und hätten nur allmählich, je nachdem neuangewor-
bene Eingeborene zuwanderten, wieder Arbeit gefunden. Wir glauben
nicht, daß es den Minenbesitzern mit dieser Drohung ernst war. Aber
daß sie ausgesprochen wurde und daß andererseits weiße Arbeiter in
offenem Kampf mit den Organen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
treten konnten, sind Tatsachen, die ihre Wirkung auf das Eingeborenen-
gemüt nicht verfehlen werden."

Spätmittelalterlicher Strukturwandel im Spiegel neuer Forschungen: Das italienische Beispiel

von Ernst Werner

Die Diskussion um den Charakter des 14. und 15. Jahrhunderts ist seit der Tagung der Sektion Mediävistik der Deutschen Historiker-Gesellschaft in Wernigerode 1960 auch bei uns nicht mehr verstummt. Stern und Voigt überschrieben in dem Hochschullehrbuch das Kapitel 3: "Die Agrarkrise und die allmähliche Verschlechterung der bäuerlichen Situation", wobei sie das Zurückbleiben der ländlichen Produktivkräfte sowie Veränderungen in Produktion und Bevölkerungsstruktur mit ihren Folgeerscheinungen im Siedlungswesen und Flurbild (Wüstungen) als Ursachen für die Krise betrachteten.¹ Zuletzt untersuchte Zientara die "Agrarkrise in der Uckermark im 14. Jahrhundert", um Symptome und Ursachen der Depression der Landwirtschaft in diesem Gebiet zu erforschen², während Engel zur gleichen Zeit für die Altmark nur "krisenhafte Erscheinungen in der Lage und gesellschaftlichen Stellung des Feudaladels" zu erkennen glaubt und nicht von Krise spricht³. Engel vermeidet damit den Begriff einer allgemeinen Krise des Feudalismus, den Graus 1953 in die Debatte geworfen hatte⁴. Macek akzeptierte diese These und subsumierte ihr auch die italienische Renaissance, die

¹ Stern, Leo/Voigt, Erhard, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 13. Jh. bis zum ausgehenden 15. Jh., Berlin 1964, S. 93 ff. = Lehrbuch der deutschen Geschichte, T. 2/3.

² Zientara, Benedyk, Die Agrarkrise in der Uckermark im 14. Jahrhundert, in: Engel, Evamaria/Zientara, Benedyk, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Weimar 1967, S. 223 ff. = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 7.

³ Engel, Evamaria, Lehnbürger, Bauern und Feudalherren in der Altmark um 1375, in: ebenda, S. 70.

⁴ Graus, František, Krise feudalismu ve 14. století (Die Krise des Feudalismus im 14. Jh.), in: Historický sborník, Bd. 1, 1953, S. 65 - 121.

jedoch als erste Äußerung der Krise noch nicht die Kraft besaß, die Feudalstruktur zu beseitigen, genau so wenig wie die hussistische und die frühbürgerliche Revolution, die beide durch die erste Krise bestimmt und geprägt wurden.⁵ Er steht mit dieser Meinung im Widerspruch zur Ansicht Kosminskys, der für Italien zwar einzelne Depressionssymptome zugibt, aber auf keinen Fall von einer Krise der Ökonomie sprechen möchte, da das Land im 15. Jahrhundert einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung zeige, der zum Teil mit der Verlagerung von Textilmanufakturen auf das Land zusammenhänge.⁶ Am entschiedensten lehnte Barg den Krisencharakter ab und betonte demgegenüber, daß nicht das 11. bis 13. Jahrhundert die Blütezeit des europäischen Feudalismus gewesen sei, sondern das 14. bis 15. Jahrhundert, weil damals die kleinbäuerliche Wirtschaft die herrschaftliche Domäne beseitigt habe und zur dominierenden Wirtschaftsform geworden sei. Nunmehr habe der Bauer seine ganze Arbeitskraft auf seine Parzelle konzentrieren können, die Rente habe "realen" Charakter erhalten und sei zur Grundrente katexochen geworden. Dadurch erreichte die feudale Produktionsweise ihren Zenit. Die Krise habe im 16., nicht aber im 14. Jahrhundert begonnen.⁷ Diese außerordentlich pointierte Sicht bedarf in jedem Falle einer Konkretisierung anhand subtiler Untersuchungen, wie sie in den letzten Jahren von Historikern aller Länder unternommen wurden. Bevor nicht ausreichendes Vergleichsmaterial für die wichtigsten europäischen Länder vorliegt, lassen sich kaum allgemeinverbindliche Aussagen machen.

Nachstehend sollen einige neue Erkenntnisse zur Entwicklung Nord- und Mittelitaliens in den beiden Jahrhunderten referiert werden, soweit sie einen echten Fortschritt in der genannten Problematik erkennen lassen.

Cipolla periodisiert die italienische Agrargeschichte in zwei Entwicklungsetappen.⁸ Die erste reiche vom 11. Jahrhundert bis 1348, die

5 Macek, Josef, *Italská renesance (Die italienische Renaissance)*, Prag 1965, S. 170.

6 Kosminsky, E. A., *Peut-on considerer le XIV et le XV siècle comme l'époque de la décadence de l'économie européenne?* in: *Studi in onore di A. Saporì*, Bd. 1, Mailand 1957, S. 561.

7 Barg, M. A., *K voprosu o načale razloženiya feodalizma v Zapadnoj Evrope (Zur Frage des Beginns der Auflösung des Feudalismus in Westeuropa)*, in: *Voprosy istorii*, H. 3/1963, S. 80 f.

8 Cipolla, C. M., *La storia rurale italiana del medioevo nella Cambridge Economic History*, in: *Rivista storica italiana*, Bd. 61, 1949, S. 114 f.

zweite von der großen Pest bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Erstere werde durch einen absoluten Bevölkerungszuwachs, Bauernbefreiungen und Stadtflucht gekennzeichnet, wobei Kapitalinvestitionen auf dem Lande zu den Ausnahmeerscheinungen gehörten. Der bäuerliche Pächter blieb im wesentlichen in seinen Entscheidungen frei. Der schwarze Tod führte dann zu einer Erschütterung des gesamten Gesellschaftsgefüges. Es habe eine echte Binnenkolonisation eingesetzt, welche aus der Stadt auf das Land strömte. Die gewaltigen Handelskapitalien flossen in den Conrado. Hatte bis zum 14. Jahrhundert die Città das Land als Ernährungsbasis betrachtet, so entdeckte man jetzt in ihm einen vorzüglichen Investitionsгарanten. Die städtischen Kapitalisten enteigneten das kleine und mittlere Grundeigentum und verwandelten es in mezzadrie. In Norditalien fiel dem Kapitalstrom das Kirchengut zum Opfer. "Die gesamte Gesellschaft des Quattrocento, vom Fürsten bis zum Bauern, wurde in der Lombardei von einem Fieber nach Kirchengütern erfaßt, da jeder ein Stück aus der Konkursmasse zu ergattern suchte, um an der Beute beteiligt zu sein."⁹ Bodenspekulanten trieben ihre dunklen Geschäfte. Verdiente man im Handel höchstens 20 Prozent, so warfen Bodenspekulationen bis 700 Prozent Gewinn ab. Der Anteil der Kirche am Landbesitz ging in Norditalien im 16. Jahrhundert auf 10 bis 15 Prozent zurück, während im Süden noch im 18. Jahrhundert 70 Prozent des Bodens dem Krummstab gehörten.¹⁰

Zu dieser stark vereinfachenden Gesamtschau, die zwangsläufig lokale Differenzen übersah und bewußt abstrahierte, nahm man in der Folge kritisch Stellung, ohne daß deshalb alle Beobachtungen Cipollas verworfen worden wären. Im Gegenteil, Violante unterstrich ausdrücklich, daß die Untersuchungen Cipollas bewiesen hätten, daß es in Italien keine nationale Krise gegeben habe, sondern daß sich auf dem Agrarsektor die Prosperität nur verlagerte, etwa aus der Toscana in die Lombardei. Das treffe auch für die Manufaktur- und Handwerksproduktion zu.¹¹ Zu ähnlichen Ergebnissen war unabhängig von Cipolla der Leningrader Mediävist Gukovskij bereits 1947 gelangt.¹² Auch er unterstrich

9 *Derselbe*, Une crise ignorée: Comment s'est perdue la propriété ecclésiastique dans l'Italie du Nord entre le XI^e et le XVI^e siècle, in: *Annales Économies, Sociétés, Civilisations* (im folgenden: *Annales ESC*), Bd. 2, 1947, S. 323 f.

10 Ebenda, S. 313 - 327; näher ausgeführt in *derselbe*, Per la storia delle terre della bassa Lombardia (Zur Geschichte des Landes in der Niederlombardei), in: *Studi in onore di A. Saporì*, a. a. O., S. 667 - 672.

11 *Violante, Cinnio*, Storia ed economia dell'Italia medioevale (Geschichte und Wirtschaft im mittelalterlichen Italien), in: *Rivista storica italiana*, Bd. 73, 1961, S. 530 f.

12 *Gukovskij, M. A.*, Ital'janskoe Vozroždenie (Die italienische Re-

das tiefe Eindringen kapitalistischer Beziehungen in den Contado, das Anwachsen städtischen Landbesitzes im 14. Jahrhundert und die Entstehung neuer halbkapitalistischer Pachtformen, vor allem in der Toscana, der mezzadria. Allerdings weist er im gleichen Zeitraum auf Refeudalisierungstendenzen hin sowie auf die Perspektivlosigkeit der stürmischen Wirtschaftsentwicklung im städtischen Leben, wofür der Bankrott der Bardi und Peruzzi typisch sei. Die Manufaktur habe keine qualitative Veränderung der Produktionsinstrumente erzeugt - mit einem Wort, man könne nur bedingt von Fortschritten sprechen. Die Lage der Bauern unter dem Handels- und Wucherkapital sei nicht leichter als unter dem Feudaljoch geworden. Der Bevölkerungsrückgang im 14. Jahrhundert, dessen Grund man bisher noch gar nicht kenne, sei auf jeden Fall ein Symptom eines sozialen Pessimismus, der den Bauern Kraft, Energie und Hoffnung raubte. Der Zusammenstoß frühkapitalistischer mit spätfeudalen Verhältnissen habe eminent Unsicherheit im sozialen und politischen Leben Italiens erzeugt, die Lage des Volkes erschwert und die Angst der herrschenden Kreise vor dem "gemeinen Manne" erhöht. Ein gesellschaftliches Anliegen der Kunst im 15. Jahrhundert sei die Neutralisierung und Liquidierung der Volksopposition, die sich untergründig stets präsent zeigte, gewesen. So fällt das Bild, das der Autor vom Quattrocento malt, letztlich recht düster aus.¹³ Der Kontrast zu der optimistischen Sicht Cipollas ist offensichtlich. Auch Lopez ist skeptisch. Er schreibt, daß die italienische Landwirtschaft gegenüber Frankreich, England und Deutschland unterentwickelt war. Cipolla operiere nur mit dem Mailänder Distrikt, der nur 1 Prozent ganz Italiens ausmache. In den Contadi von Lucca, Genua, Siena, in Apulien, Campagnien und Sizilien könne man dagegen im 14. und 15. Jahrhundert von einer echten Depression sprechen, die der von Handel und Industrie parallel gelaufen sei.¹⁴

Gegen diesen Pessimismus regten sich sehr bald beachtliche Gegenstimmen. Jones wies zu Recht auf die positiven materiellen und sozialen Folgen der Bauernbefreiungen vom 10. bis 13. Jahrhundert hin¹⁵, und

naissance), Bd. 1: Italija s 1250 po 1380 god. (Italien von 1250 - 1380), Leningrad 1947, S. 204 f., 211 u. 230 f.

- 13 Ebenda, Bd. 2: Italija 1380 - 1450 godov (Italien 1380 - 1450), Leningrad 1961, S. 134 - 149; *derselbe*, K voprosu o položenii narodnych mass v Italii XV veka (Zur Frage über die Lage der Volksmassen Italiens im 15. Jh.), in: Ital'janskoe Vozroždenie. Sbornik statej, Leningrad 1966, S. 17 u. 19.
- 14 Lopez, R. S./Miskimin, H. A., The economic depression of the Renaissance, in: The Economic History Review, Bd. 14, 1962, S. 413 f.
- 15 Jones, P. J., Per la storia agraria italiana nel medio evo: Lineamenti e problemi (Zur italienischen Agrargeschichte im Mittelalter:

Fiumi hob die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion unter den fördernden Einflüssen der Städte hervor.¹⁶ Die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln und Rohstoffen aller Art stimulierte den Getreidebau, die Wein-, Öl- und Obstkulturen. Die Integrierung des Landes in die städtische Wirtschaft erfolgte in Italien bereits seit dem 12. Jahrhundert und zeugt von der ökonomischen Prosperität der Apenninhalbinsel. Duby formuliert, daß man in Italien die Agrargeschichte von der Stadtgeschichte überhaupt nicht trennen könne. In Italien sei jedermann ein Bürger auch der unter der Kontrolle der Munizipien lebende Bauer.¹⁷ Sereni macht auf die hohe Produktivität neuer Anbaumethoden im 12. Jahrhundert unter dem Einfluß des Kaufmannskapitals aufmerksam. Neue Bäume wurden allenthalben gepflanzt, um nicht allein Holz für die Reben, sondern auch Futter für das Vieh (Blätter) zu gewinnen, da man immer mehr Ländereien in Kulturen verwandelte und Wiesen knapp wurden. Die Abhänge der Hügel bedeckten sich mit Reben und Obstbäumen, es entstanden Gemüsegalerien, in die die Bauern ihre Wohnsitze verlegten. Am vollkommensten eroberte sich diese Intensivkultur die Toscana, die den Fremden wie ein Garten Edens erschien.¹⁸ Die Methode, Agrargeschichte und Stadtgeschichte als einheitliches Ganzes darzustellen, machte Schule. Sie entsprach auch durchaus den historischen Gegebenheiten, zumindest in Nord- und Mittelitalien.

Subtile Analysen lieferten zum Teil überraschende Ergebnisse. Conti gelangte in seiner noch unvollendeten monumentalen Agrargeschichte des Contado von Florenz zu dem Schluß, daß hier selbst im 11. Jahrhundert der Klein- und Mittelbesitz ohne jede feudale Bindung dominierte, die meisten Bauern Allode innehatten und die Mobilität des Bodens der Mobilität der Bevölkerung parallel lief.¹⁹ Die viel zitierten Bauernbefreiungen betrafen nur eine relativ kleine Schicht von servi und coloni.²⁰ Sie hatten nichts mit einer planvollen Politik zu tun, sondern

Gesichtspunkte und Probleme), in: *Rivista storica italiana*, Bd. 76, 1964, S. 342.

16 *Fiumi, E.*, Sui rapporti economici tra città e contado nell'età comunale (Über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land im kommunalen Zeitalter), in: *Archivio storico italiano*, Bd. 114, 1956, S. 42 u. 67.

17 *Duby, G.*, Sur l'histoire agraire de l'Italie, in: *Annales ÉSC*, Bd. 18, 1963, S. 359.

18 *Sereni, E.*, Storia del paesaggio agrario italiano (Geschichte der agrarischen Landschaft Italiens), Bari 1961, S. 311 ff.

19 *Conti, E.*, La formazione della struttura agraria moderna nel contado fiorentino, I: Le campagne nell'età precomunale (Die Herausbildung der modernen Agrarstruktur im Florentiner Contado, Bd. 1: Die Ländereien im präkommunalen Zeitalter), Rom 1965, S. 213 - 215.

20 *Fiumi, E.*, Fioritura e decadenza dell'economia fiorentina (Blüte

wurden "mehr vom politischen Kalkül und von Forderungen des Augenblicks" bestimmt.²¹ Von einer Förderung des bäuerlichen Zuzugs in die Städte verlaudet in den Quellen nur wenig oder gar nichts. Das betraf vor allem die mittellosen rustici. Die Florentiner Statuten von 1268 und 1325 bestimmten, daß jemand, der nicht mindestens zehn Jahre unangefochten in der Stadt lebte, von seinem Herrn zurückgefordert werden konnte.²² "Die Gestalt des vor der Gewalt des Feudalherrn fliehenden Leibeigenen, der sein Land verließ und in der Stadt Zuflucht suchte, um hier der kommunalen Freiheit teilhaftig zu werden, hat nur in der Vorstellungskraft moderner Historiker existiert", schreibt Fiumi.²³ Die servi und coloni strebten nicht in die Städte, sondern in andere Dörfer, um eine Teilpacht zu erlangen oder auf anderen poderi zu arbeiten. Nach Florenz zogen borghesie rurale, kleine Landeigentümer, Notare, Kaufleute. Ihnen erleichterte die Kommune die Immigration, denn sie garantierten die Steuerzahlung.²⁴ Allerdings muß hier einschränkend erwähnt werden, daß zum Beispiel Florenz bis Mitte des 13. Jahrhunderts jeder homo liber willkommen war, unabhängig von seinem Vermögen. Aus welchen Schichten rekrutierten sich dann aber die Arbeitskräfte der Wollmanufakturen? Rutenburg wies nach, daß im 14. Jahrhundert die Angehörigen der arti minori zu Lohnarbeitern herabsanken.²⁵ Demnach existierte auch keine Reservearmee in der Stadt. Die Zahl der Lohnarbeiter zur Zeit des Ciompiaufstandes stieg gegenüber den dreißiger Jahren des 14. Jahrhunderts keineswegs, sondern hielt sich um 10 000 oder zirka 25 Prozent der Gesamtbevölkerung.²⁶ Die zerstreute Manufaktur beschickte das Land mit Halbfabrikaten, die die Dorfweber weiterverarbeiteten und der städtischen Zentrale ablieferten. Die Textilunternehmungen erstreckten sich über ein weites Territorium, das von Cerreto Guidi bis Carmignano, von Campi Bisenzi bis zur Gebirgszone Morello, von hier nach Mugnone, weiter

und Verfall der Florentinischen Wirtschaft), in: Archivio storico italiano, Bd. 116, 1958, S. 487.

21 Stahl, B., Adel und Volk im Florentiner Dugento, in: Studi italiani, Bd. 8, Köln 1965, S. 42.

22 Ebenda, S. 41 u. 45.

23 Fiumi, E., Fioritura e decadenza dell'economia fiorentina, a. a. O., S. 493.

24 Ebenda, S. 497.

25 Rutenburg, V. I., Narodnye dviženija v gorodach Italii XIV - načalo XV veka (Volksbewegungen in den Städten Italiens vom 14. bis zu Beginn des 15. Jh.), Moskau-Leningrad 1958, S. 16.

26 Derselbe, O progressivnosti kapitalističeskich otnošenij v Italii XIV - XV vv. (Über die Fortschrittlichkeit kapitalistischer Verhältnisse in Italien im 14. - 15. Jh.), in: Srednie veka, Bd. 6, 1955, S. 394.

nach Fiesole und in die Arnotäler, zum Val di Pesa bis nach Castelfiorentino und Prato reichte.²⁷ Ähnlich verhielt es sich in kleineren Städten, wie Pistoia, wo die Eisenproduktion in den Gebirgsgegenden beheimatet war und die Stadt nur das Roheisen in Empfang nahm.²⁸ Desgleichen lebte die Wollerzeugung San Gimignano von ländlichen Zubringerleistungen.²⁹ So sehen wir auch in anderen civitates eine Begünstigung von bemittelten Einwanderern, wie im 13. Jahrhundert in Pisa, wo mittlere Grundbesitzer das Bürgerrecht suchten und erhielten, während die servi argen Beschränkungen unterworfen blieben³⁰, oder in Mailand, wo 1211 der Podestà verfügte, daß erst ein dreißigjähriger Aufenthalt ohne bäuerliche Tätigkeit die Civität garantiere³¹. Nun glaubt Fiumi die Ursache für den ganz offensichtlichen Produktionsrückgang Ende des 14. Jahrhunderts in einigen Städten der Toscana in dem mangelnden Bevölkerungsnachschub aus dem Contado gefunden zu haben. Er meint, daß davon nicht etwa die Lohnarbeiter, sondern nur die Klein- und Mittelbourgeoisie, Händler und Handwerker, betroffen worden seien. Der demographische Faktor habe die städtischen Eliten getroffen, die stagnierten und die Produktion einschränkten oder aufgaben.³² Mit dieser offenkundig malthusianischen Argumentation findet sich aber heute niemand mehr ab. Mit Recht opponiert Herlihy gegen jede Form eines primitiven Malthusianismus und belegt mit Zahlen und Prozenten für Pistoia das Gegenteil³³, wie wir noch sehen werden.

27 *Casini, B.*, in einer Rezension in: *Archivio storico italiano*, Bd. 124, 1966, S. 269.

28 *Herlihy, D.*, *Medieval and Renaissance Pistoia. The social history of an Italian town, 1200 - 1430*, New Haven-London 1967, S. 42.

29 *Fiumi, E.*, *Storia economica e sociale di San Gimignano* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte San Gimignano), Florenz 1961, S. 104 f.

30 *Cristiani, E.*, *Nobiltà e popolo nel comune di Pisa. Dalle origini del podestariato alla signoria dei Donoratico* (Adel und Volk in der Kommune zu Pisa. Von den Anfängen des Podestats bis zur Signorie der Donoratico), Neapel 1962, S. 176 u. 183.

31 *Barini, G.*, *Cives e rustici a Milano alla fine del XII secolo e all'inizio del XIII secondo il Liber consuetudinum Mediolani* (Bürger und Bauern in Mailand vom Ende des 12. bis zu Beginn des 13. Jh. nach dem Liber consuetudinum Mediolani), in: *Rivista storica italiana*, Bd. 69, 1957, S. 11.

32 *Fiumi, E.*, *Fioritura e decadenza dell'economia fiorentina*, a. a. O., in: *Archivio storico italiano*, Bd. 117, 1959, S. 501.

33 *Herlihy, D.*, *Population, Plague and Social Change in Rural Pistoia 1201 - 1430*, in: *The Economic History Review*, Bd. 18, 1965, S. 236 f. - Gegen malthusianische Thesen des französischen Historikers Leroy-Ladurie wendet sich *Chaunu, P.*, *A partir du Languedoc: De la peste noire à Malthus. Cinq siècles d'histoire sérielle*, in: *Revue historique*, Bd. 237, 1967, S. 359 - 380.

Damit kommen wir zu dem viel umstrittenen *Bevölkerungsproblem* im Mittelalter. Bekanntlich führt eine ganze Reihe bürgerlicher Mediävisten den Umbruch im 14. Jahrhundert auf eine chronische Überbevölkerung, die seit dem 12. Jahrhundert in ganz Europa zu beobachten sei, zurück. Slicher van Bath behauptet, daß ständige Unterernährung eine Folge der Bevölkerungsexplosion gewesen sei, wodurch die Epidemien einen so fruchtbaren Boden gefunden hätten.³⁴ Duby errechnet für den Beginn des 14. Jahrhunderts eine absolute Überbevölkerung in Westeuropa, die seit dem Ende des 13. Jahrhunderts zwangsläufig Ernährungsschwierigkeiten im Gefolge hatte.³⁵ Postan³⁶ und Titow³⁷ sprechen von "acute land shortage" in England vor 1348 infolge Überbevölkerung. Damit verstricken sich aber die genannten Gelehrten letztlich wieder in malthusianischen Erklärungen. Averbuch unternahm vor kurzem den Versuch, den Bevölkerungsgesetzen des Feudalismus auf die Spuren zu kommen. Er lehnt entschieden die These bürgerlicher Mediävisten ab, nach der es im Mittelalter absolute Überbevölkerung gegeben habe. Seiner Meinung nach könne man nur von relativer sprechen, denn zu allen Zeiten gab es trotz zahlreicher Menschen ohne Produktionsmittel freies Land und Arbeitskräftemangel im Agrarsektor. Demnach sei die Produktionsweise für die Bevölkerungsentwicklung, für die Hungersnöte und die Ernährungskrisen, verantwortlich.³⁸ Averbuch leugnet keineswegs die Existenz überschüssiger Bevölkerung im Feudalismus und damit einer *relativen* Überbevölkerung. Sie rekrutierte sich aus Menschengruppen, die Stadt und Land verließen, ohne daß sich ihr Abgang produktionshemmend ausgewirkt hätte. Als Beispiel nennt Averbuch die Kreuzzüge, die sowohl die demographische "Überproduktion" aus den Reihen der unterdrückten wie der herrschenden Klasse absorbierten.³⁹ Als Ursache für diese Erscheinung macht er die feudale Zersplitterung mit all ihren negativen Folgen (Pauperisierung) verantwortlich.⁴⁰ Die feudalen

34 Slicher van Bath, B. H., *The Agrarian History of Western Europe a. d. 500 - 1850*, New York 1963, S. 84.

35 Duby, G., *L'économie rurale et la vie des campagnes dans l'Occident médiéval. Essai de synthèse et perspectives de recherches*, Paris 1962, S. 536 u. 548; *derselbe*, *Les campagnes françaises à la fin du XIII^{ème} siècle. Esquisse d'histoire économique*, in: *Bullettino dell'Istituto storico italiano per il medio evo*, Bd. 74, 1962, S. 163 u. 165.

36 Postan, M. M., Note, in: *The Economic History Review*, Bd. 12, 1959, S. 80 f.

37 Titow, J., Some evidence of the thirteenth century population increase, in: *The Economic History Review*, Bd. 14, 1962, S. 220.

38 Averbuch, M. S., *Zakony narodonaselenija dokapitalističeskich formacij* (Bevölkerungsgesetze der vorkapitalistischen Formationen), Moskau 1967, S. 108 f.

39 Ebenda, S. 110 u. 113.

40 Ebenda, S. 112.

Produktionsverhältnisse hätten letztlich auch die Gründung großer bäuerlicher Familien bedingt, da der durch das Rentensystem gegebene Anreiz zur Produktionssteigerung zahlreiche Kinder erheischte. Andererseits habe in der zweiten Phase des Feudalismus, im 14. und 15. Jahrhundert, eine hohe Sterblichkeit eingesetzt, da sich jetzt die Produktionsverhältnisse auf allen Ebenen voll durchgesetzt hatten. Also nicht äußere, sondern innere Faktoren führten zu den demographischen Metamorphosen⁴¹.

Es handelt sich bei diesen Ausführungen natürlich nur um eine grobe Skizze, und der Verfasser ist sich dessen auch voll bewußt, aber sie bieten dennoch eine brauchbare Arbeitshypothese für demographische Analysen, sind eine echte Alternative zu offenen und versteckten malthusianischen Prämissen.

Nehmen wir den Fall Pistoia, der in Herlihy einen unvoreingenommenen und besonnenen Bearbeiter fand. Der Contado, der aus dem Gebirgs-, Mittel- und Flachland bestand, wies 1244 eine Bevölkerungszahl von 34 000 Seelen auf. Zusammen mit der Stadt (11 000 Einwohner) entsprach das einer Bevölkerungsdichte von 38 Personen pro Quadratkilometer. Herlihy errechnet daraus für die Toscana eine Einwohnerzahl von 1 200 000.⁴² Erst 1846 überstieg diese italienische Provinz die Zahl mit 1 565 751.⁴³ Zwischen 1244 und 1401 nahm die Landbevölkerung um 70 Prozent ab. Zwei Drittel der Landgemeinden verschwanden. In der Stadt lebten nur noch 8 000 Bürger. Die Geburtensterblichkeit nahm zu. Für die Altersgruppe 1 bis 4 Jahre kletterte sie auf 17,7 Prozent, während sie in der ärmsten römischen Provinz, Afrika, nur 6 Prozent ausmachte.⁴⁴ Hauptopfer der schwarzen Pest waren Kinder. Nach dem Pestbuch von 1400 zählte man unter den Toten 70 Prozent Kinder. Die nächsten am meisten Betroffenen waren Alte und Arme. Dagegen überstanden die jungen Erwachsenen am besten die Seuche.⁴⁵ Nun könnte man

41 Ebenda, S. 121, 164 u. 178.

42 Herlihy, D., *Medieval and Renaissance Pistoia*, a. a. O., S. 62 u. 112 f. - Die große Bedeutung der Kataster (libri focorum) für die italienische Sozialgeschichte hob jüngst erst wieder hervor *Katuškina, L. G.*, *Izučenie i izdanie ital'janskich kađastrov XV v.* (Studium und Edition italienischer Kataster des 15. Jh.), in: *Vspomogatel'nye istoričeskie discipliny. AN SSSR. Archeografičeskaja komissija, Leningradskoe otdelenie, Leningrad 1968*, S. 289 f.

43 Zerbi, A., *Manuale storico di economia toscana* (Historisches Handbuch der toskanischen Wirtschaft), Florenz 1847, S. 379, zit. bei: Herlihy, D., a. a. O., S. 113 Anm. 32.

44 Ebenda, S. 68, 71 u. 86.

45 Ebenda, S. 110 f. - Zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der Altersstruktur gelangte für England *Thrupp, S. L.*, *The problem of replacement-rates in Late Medieval English Population*, in: *The Economic History Review*, Bd. 18, 1965, S. 118.

meinen, daß der Bevölkerungsanstieg im 13. Jahrhundert ein Heer schlecht ernährter Bauern und Bürger, die an mangelndem Substrat litten, erzeugt habe, das der Pest hilflos ausgeliefert war. Herlihy lehnt diese Interpretation ab. Er betont auf Grund des von ihm untersuchten Materials, daß die Bevölkerungskrise im 14. Jahrhundert *nicht* auf eine Art Bevölkerungsexplosion zurückgehe. Sie wurde vielmehr durch eine allgemeine Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage ausgelöst. Renten, Steuern und Zinsen drückten lange vor der Pest die *contadini* schwer. 1280 betragen die Steuersätze im Contado das Sechsfache von denen in Pistoia.⁴⁶ Diese statistischen Erhebungen widerlegen schlagend die Behauptungen Fiumis, daß die Finanzpolitik der toscanischen Städte nicht die Bauern, sondern das städtische "Proletariat" ruiniert habe.⁴⁷ Zwar stimmt es, daß die *arti minori* und die Lohnarbeiter in der *civitas* am meisten unter dem Steuerdruck litten, aber die Klein- und Mittelbesitzer im Contado waren der Ausbeutung nicht weniger ausgeliefert. In Pistoia trieb der fiskalische Druck diese Kategorien in die Stadt.⁴⁸ Die Verarmung der Landbevölkerung führte zwangsläufig zu einem einschneidenden Geburtenrückgang. So zeigt sich eindeutig, daß nicht mangelndes ökonomisches Substrat (Boden), sondern die negativen Auswirkungen feudaler Produktionsverhältnisse zum Movens der Bevölkerungsdepression wurden. Die erhöhten Grundrenten zwangen die Bauern ihre Getreidekulturen auf Kosten der Bodenfruchtbarkeit zu intensivieren, wodurch Mißernten und Hungersnöte unausbleiblich waren.⁴⁹ Bodenerschöpfung und Entvölkerung führten auch in Italien zu *Wüstungen*, wie etwa um S. Gimignano⁵⁰ oder in der Romagna⁵¹. Klapisch-Zuber und Day bemerken zu Recht, daß weder Epidemien noch demographische Momente allein *Wüstungen* erklären⁵²; sie waren nur Folgeerscheinungen, nicht Ursachen. Rusiński rückt Brachland und *Wüstungen* eng zusammen und leitet daraus ab, daß im Mittelalter die *Wüstung* eine Dauererscheinung darstellte. Sie hing mit der extensiven Wirtschaftsform, vor allem der Dreifelderwirtschaft, zusammen.

46 Herlihy, D., a. a. O., S. 119 u. 143 f.

47 Fiumi, E., Sui rapporti economici tra città e contado nell'età comunale, a. a. O., S. 31 u. 38.

48 Herlihy, D., a. a. O., S. 185.

49 Ebenda, S. 144.

50 Fiumi, E., Storia economica e sociale di San Gimignano, a. a. O., S. 172.

51 Klapisch-Zuber, Ch. et Day, J., Villages désertés en Italie. Esquisse, in: Villages désertés et histoire économique XI^e - XVIII^e siècle. École pratique des Hautes Études - VI^e section: Les hommes et la terre, Bd. 11, Paris 1965, S. 432.

52 Ebenda, S. 441.

Erst beim Zusammentreffen mehrerer äußerer Faktoren (Krieg, Seuchen) wuchsen die normalen Wüstungsvorgänge zu Katastrophen aus.⁵³ In Italien erreichten sie im 14. und 15. Jahrhundert niemals das Ausmaß wie in Deutschland⁵⁴. Vergessen wir nicht, daß im Süden die Dreifelderwirtschaft die Ausnahme, nicht die Regel bildete.⁵⁵

Lassen sich etwa durch die Pest direkte Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben feststellen?⁵⁶

Herlihy schreibt, daß infolge des Überlebens der jungen Jahrgänge im besten Alter keine negativen ökonomischen Folgen feststellbar seien.⁵⁷ Die rüstigen Männer gelangten durch den Tod ihrer Väter rascher als sonst zu wirtschaftlicher Selbständigkeit, gründeten eigene Familien und glichen die Verluste bald aus. Deshalb suche man in den Handelspapieren und Chroniken italienischer Städte auch vergeblich nach Hinweisen auf ökonomische Rückwirkungen.⁵⁸ Klaveren geht soweit, die Pestpsychosen für eine Hausse der städtischen Ökonomie zu reklamieren, da angehäuften Gelder bei sinkender Lebenserwartung rasch verbraucht wurden und eine jähe Nachfrage nach Luxuswaren die Tuchproduktion stimulierte.⁵⁹ Vor übereilten Verallgemeinerungen wird man sich dennoch hüten müssen. Die direkten Konsequenzen waren in den betroffenen Gebieten unterschiedlich. In Orvieto, wo 50 Prozent dem schwarzen Tod zum Opfer fielen, erwähnten die Ratsbeschlüsse in den Monaten Januar bis Juni 1348 die Pest überhaupt nicht. Das Wirtschaftsleben verlief normal. Aber schon im August herrschten Chaos und Unsicherheit, politische Ratlosigkeit, die schließlich in der Unterwerfung unter Perugia gipfelte.⁶⁰

53 *Rusiński, W.*, Wüstungen. Ein Agrarproblem im feudalen Europa, in: *Acta Poloniae Historica*, Bd. 5, 1962, S. 48 - 78.

54 "In weiten Gegenden Deutschlands gaben die Bauern im starken Maße Niederlassungen und Ländereien ganz oder teilweise auf. Der mittelalterliche Wüstungsprozeß erreichte seinen Höhepunkt." (*Stern*, *Leo/Voigt, Erhard*, a. a. O., S. 98.)

55 *Grand, R.*, L'agriculture au moyen âge de la fin de l'Empire Romain au XVI^e siècle, in: *L'agriculture a travers les âges*, Bd. 3, Paris 1950, S. 270 f.

56 Florenz verlor nach Villani 45 600 Personen von einer Gesamteinwohnerzahl von 76 000 (vgl. *Frugoni, A.*, G. Villani "Cronica" XI, 94, in: *Bullettino dell'Istituto storico italiano per il medio evo*, Bd. 77, 1965, S. 245).

57 *Herlihy, D.*, a. a. O., S. 111.

58 Ebenda, S. 95.

59 *Klaveren, J. v.*, Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Schwarzen Todes, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 54, 1967, S. 194 - 197.

60 *Carpentier, É.*, Une ville devant la peste. Orvieto et la peste noire dès 1348, in: *École pratique des Hautes Études - VI^e section: Démographie et sociétés*, Bd. 7, Paris 1962, S. 102, 126, 129 u. 135 f.

In Siena, wo gleichfalls 50 Prozent der Einwohner starben, brachen Verwaltung und Tuchproduktion zusammen. Auf dem Lande ruhte die Arbeit. Felder blieben unbestellt, Müller schlossen ihre Mühlen, viele *contadini* resignierten bis Februar 1349.⁶¹

Die ländlichen Verluste überstiegen gebietsweise die städtischen, wie in Orvieto⁶² und Siena⁶³. Analogien dazu liefert die Provence, wo 50 bis 70 Prozent ermittelt wurden.⁶⁴ In die leergewordenen Bauernstellen rückten in Italien Patrizier, Kaufleute und Unternehmer ein. In Pistoia zeigte sich in der Stadt um 1400 eine klare Kapitalkonzentration in wenigen Händen, die sich auch auf die Landstruktur auswirkte.⁶⁵ Damit sind wir bei den *indirekten* Folgen der Epidemie angelangt. Der vorübergehende Mangel an Arbeitskräften ließ den Großgrundbesitz auf die *mezzadria* ausweichen, die dem Pächter Kapital an Saatgut, Arbeitsinstrumenten und Produktionsmitteln (Vieh) vorschob. Ohne Kapitalreserve lohnte sich im 15. Jahrhundert die Agrikultur nicht mehr. Dadurch verschwand die ländliche Mittelklasse im *Contado*, nicht nur in Pistoia⁶⁶, sondern auch im Florentiner *distretto*⁶⁷. Die Schicht der Landlosen sog die *mezzadria* weitgehend auf. Wohl nicht zufällig fließen im 15. Jahrhundert Nachrichten über bäuerliche Unruhen recht spärlich. Die Produktion verlagerte sich von Getreide auf Öl, Wein, Fleisch, Milch und Käse.⁶⁸ Die italienischen Pächter stellten sich viel rascher auf die neue Agrarwirtschaft um als in Deutschland, da bereits vor 1348 die Agrikultur auf hochwertige Produkte orientiert und eng mit dem Markt verbunden gewesen war.⁶⁹ In der Lombardei lebte die Viehzucht seit dem Ende des 14. Jahrhunderts neu auf. Parmesankäse exportierte man bis nach Avignon und Alexandria. Barchentunternehmer traten als Ländpächter *en gros* auf und gaben den Boden in Halbpacht weiter. Der eigentliche Pächter war zu Meliorationen und

61 Bowsky, W. M., The impact of the Black Death upon Sieneese Government and Society, in: *Speculum*, Bd. 39, 1964, S. 14, 18 u. 23.

62 Carpentier, É., a. a. O., S. 177 f.

63 Bowsky, W. M., a. a. O., S. 23 f.

64 Carpentier, É., Une étude modèle sur la Provence du XIII^e au XVI^e siècle, in: *Annales ESC*, Bd. 18, 1963, S. 1016.

65 Herlihy, D., a. a. O., S. 189.

66 Ebenda, S. 190 f.

67 Fiumi, E., Stato di popolazione e distribuzione della ricchezza in Prato secondo il catasto del 1428 - 29 (Stand der Bevölkerung und Verteilung des Reichtums in Prato nach dem Kataster der Jahre 1428 - 1429), in: *Archivio storico italiano*, Bd. 123, 1965, S. 296.

68 Herlihy, D., a. a. O., S. 146.

69 Zu den Umstellungsschwierigkeiten in Mitteleuropa siehe *Klaveren*, J. v., a. a. O., S. 196 f.

zum Anbau von Sonderkulturen (Safran) verpflichtet.⁷⁰ Allerdings sollte man sich hüten, in diesem Zusammenhang von einer Produktivitätssteigerung zu sprechen. Die Produktionsinstrumente blieben die alten, nur die Produktionsbedingungen änderten sich. Die neuen Grundbesitzer zeigten zwar ein größeres Interesse für die Agrikultur, aber sie begnügten sich letztlich mit Kapitalinvestitionen, ohne selbst die Zügel in die Hand zu nehmen.⁷¹ Unverkennbar ist der patriarchalische Zug der mezzadria. Der Pächter mußte Früchte, Fleisch- und Milchprodukte in der Wohnung oder dem Getreidespeicher des Pachtherrn abliefern und auch die Zollgebühren beim Betreten der Stadt entrichten. Er durfte während der vertraglich fixierten Zeit sein Gut nicht verlassen und mußte persönlich mit Weib und Kind dort wohnen. Andererseits griff der Herr seinem Pächter in Notzeiten unter die Arme.⁷² Von einer echten kapitalistischen Pacht sind wir also noch weit entfernt! Zwar ragt die mezzadria aus den feudalen Produktionsverhältnissen heraus, aber sie führte nicht zur Auflösung des Feudalismus, wie Bernadskaja glaubt⁷³. Genauso wie die Geldrente noch ganz in den Feudalismus gehört, so war auch die Halbpacht, ähnlich wie die einfache Warenproduktion, in ihn integriert. Stadt und Geldrente charakterisieren die Akmé des Feudalismus. Sie schaffen die Voraussetzungen für den kapitalistischen Weg, dürfen jedoch nicht mit ihm gleichgesetzt werden⁷⁴. Nach Marx setzte die Geldrente "eine schon bedeutende Entwicklung des Handels, der städtischen Industrie, der Warenproduktion überhaupt, und damit der Geldzirkulation voraus."⁷⁵ Das Übergreifen in den Agrarsektor entsprach in Italien durchaus den allgemeinen Entwicklungsbedingungen, ebenso die Bildung von Übergangsformen, wie sie die klassische mezzadria darstellt, bei der "... die Rente ... nicht mehr als die normale Form des Mehrwertes überhaupt erscheint."⁷⁶ Kotel'nikova charakte-

70 Miani, G., L'économie lombarde aux XIV^e et XV^e siècles: Une exception à la règle? in: Annales ESC, Bd. 19, 1964, S. 575 u. 578.

71 Jones, P. J., Florentine families and Florentine diaries in the fourteenth century, in: Papers of the British School at Rome, N. S., Bd. 11, 1956, S. 200 f.

72 Imberciadori, I., Per la storia della mezzadria (Zur Geschichte der mezzadria), in: Atti della Reale Accademia de Georgofili, Bd. 19, 1941, S. 14.

73 Bernadskaja, E. V., K istorii agrarnych otnošenii v severnoj i srednej Italii XIV - XVI vv. (Zur Geschichte der Agrarverhältnisse in Nord- und Mittelitalien im 14. - 16. Jh.), in: Iz istorii trudjaščichsja mass Italii, Moskau 1959, S. 183.

74 Vgl. dazu Poršnev, B. F., Feodalizm i narodnye massy (Der Feudalismus und die Volksmassen), Moskau 1964, S. 143.

75 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 805 f.

76 Ebenda, S. 811.

risiert auf Grund eingehender Quellenanalysen die klassische mezzadria als neue Vertragsform, bei der der Eigentümer von Produktionsmitteln gegebenenfalls als Teilnehmer am Produktionsprozeß fungieren kann. Unter diesen Umständen entstehen Elemente neuer Produktionsbeziehungen, die zum Übergang zur halbkapitalistischen Pacht tendieren, wie sie Marx bei seiner Untersuchung der Genesis der kapitalistischen Grundrente im Auge hat und wie sie in Italien nachweisbar sind, wenn Bürger als Vertragspartner auftreten, Lohnarbeit benutzen und Unterpächter engagieren. Aber selbst dann behielt die mezzadria noch viele feudale Züge und war nicht mit dem späteren Metäriesystem identisch.⁷⁷

Das Vordringen von Spekulanten in die Dörfer, wie in der Lombardei und in Venetien, beschränkte die im 12. und 13. Jahrhundert erkämpfte Freizügigkeit der contadini, drängte die Geld- zugunsten der Produzentenrente zurück und begrenzte die bäuerliche Marktfreiheit. Die mit der Landpacht oft erzwungen gekoppelte Viehpacht ermöglichte dem Pachtherrn große Gewinne, da sie gesondert belastet wurde und hochwertige, marktfähige Produkte abwarf, die der Eigentümer dem Produzenten abnahm. Die hohen Gewinnchancen stimulierten das Wucherkapital, das vor allem in Norditalien in die landwirtschaftliche Sphäre eindrang.⁷⁸

Das verhinderte letztlich den Umschlag der mezzadria in eine kapitalistische Pacht.

Die *neue* Ökonomie im Contado war nicht das unerwünschte Kind des schwarzen Todes, sondern das Endprodukt einer kontinuierlichen Evolution der italienischen Wirtschaftsstruktur. Die Epidemien vermochten den Prozeß wohl lokal zu beschleunigen, nie aber auszulösen.⁷⁹ Von einer Krise im ökonomischen Sinne zu sprechen, wäre meines Erachtens unrichtig. Die einfache Warenproduktion kennt keine echten Krisen. Sie sind in ihr gewissermaßen nur als abstrakte *Möglichkeiten*

77 Kotel'nikova, L. A., Ital'janskoe krest'janstvo i gorod v XI - XIV vv. (Po materialam Srednej i Severnoj Italii) (Die italienische Bauernschaft und die Stadt im 11. - 14. Jh. Nach Materialien aus Mittel- und Norditalien), Moskau 1967, S. 275 f.

78 Samarkin, V. V., O roli rostovstičeskogo kapitala v Severo-Vostočnoj Italii XIII - XIV vv. (Über die Rolle des Wucherkapitals in Nordostitalien im 13. - 14. Jh.), in: Srednie veka, Bd. 30, 1967, S. 157 - 179.

79 Carpentier bemerkt: "Niemand ist in der Lage den Nachweis zu führen, daß der lange demographische Zyklus ein wesentliches Element des Verfalls des Mittelalters gewesen wäre." (Carpentier, É., Une étude, modèle sur la Provence du XIII^e au XVI^e siècle, a. a. O., S. 1016). Allerdings verwechselt hier die Verfasserin Strukturwandel mit Verfall. - Ähnlich Heers, J., L'Occident aux XIV^e et XV^e siècles. Aspects économiques et sociaux, Paris 1963, S. 87.

enthalten. Marx nennt sie eine Form, die noch keinen realen Inhalt besitzt. Dennoch ist die Form nicht völlig ohne Inhalt. Sie entstand auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher und privater Arbeit. Aber dieser Inhalt ist unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion noch nicht entwickelt.⁸⁰ Diese innere Dialektik zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, embryonalem Inhalt und abstrakter Form erklärt letztlich auch die Antizipierung antifeudaler Elemente im Bereich der Ideologie. Verliert man sie aus den Augen, dann wird die historische Einordnung der *Renaissance* zu einem Glücksspiel. In den letzten zehn Jahren überwog bei bürgerlichen Gelehrten das Bemühen, die gesamte Epoche wieder eindeutig dem Mittelalter, sprich Feudalismus, zuzuordnen. In versteckter Ablehnung der Engelsschen Definition nennt Fiumi die italienische Renaissance einen Abschluß, "einen leuchtenden Untergang, nicht aber die Morgenröte eines der glücklichsten Zeiten menschlicher Kultur."⁸¹ Weniger zugespitzt, der Sache nach aber genau so, umschreibt Herlihy das Phänomen.⁸² Die Renaissance in Pistoia habe auf der neuen Ökonomie basiert, ohne daß dadurch umwälzende Ideen entstanden wären. Die italienischen Novellen hätten einen Wunschrealismus gepflegt, der sich von der Wirklichkeit weit entfernte. Man habe wohl eine Art sozialen Bewußtseins entwickelt, das Verantwortungsgefühl gegenüber den Armen weckte, aber von antifeudalen Stimmen sei in Städten wie Pistoia nichts zu hören gewesen. Lopez und Miskimin geben zu bedenken, daß die Mediceer gegenüber den Peruzzi 1336 im 15. Jahrhundert über ein weit geringeres Betriebskapital verfügten und sich nur mit dem bescheidenen Haus der Acciaiuoli messen könnten.⁸³

Von marxistischer Seite verfocht Maleczyńska eine ähnliche Auffassung. Auch sie subsumiert die Renaissance ganz dem entwickelten Feudalismus.⁸⁴ Ohne hier das Problem in ganzer Breite aufrollen zu können, darf man feststellen, daß die marxistische Mediävistik eine einfache Gleichsetzung von Frühkapitalismus und Renaissance aufgegeben hat. Das beweist das schon zitierte Werk von Macek und die ideenreiche Schrift von Kudrna⁸⁵. Der Geist des genuesischen Kaufmanns war

80 Rosental, M., Die Dialektik in Marx' "Kapital", Berlin 1957, S. 431.

81 Fiumi, E., Fioritura e decadenza dell'economia fiorentina, a. a. O., Bd. 117, 1959, S. 502.

82 Herlihy, D., a. a. O., S. 249, 257 f. u. 267.

83 Lopez, R. S./Miskimin, H. A., a. a. O., S. 425.

84 Maleczyńska, E., Ruch husycki w Czechach i w Polsce (Die Hussitenbewegung in Böhmen und Polen), Warschau 1959, S. 74.

85 Kudrna, J., Stát a společnost na úsvitě italské renesance (Staat

auch im 15. Jahrhundert noch nicht kapitalistisch, bemerkt Heers.⁸⁶ Rutenburg differenziert die Träger der Renaissancekultur dahingehend, daß er sie nur in den Frühzeiten (14. Jahrhundert) mit dem frühkapitalistischen Bürgertum gleichsetzt, während im 16. und 17. Jahrhundert Feudalherren und feudalisierte Großbürger ihre Konsumenten waren. Dessen ungeachtet betrachtet er sie als eine bürgerliche Kultur im Gegensatz zur vorausgehenden feudalen.⁸⁷ Er orientiert sich dabei zweifellos auf die neuen Leitbilder, den säkularisierten Realismus, den intellektuellen Atheismus, die Wiedergeburt und Wiederentdeckung des Menschen usw.⁸⁸ Diese Laienkultur lief dem städtischen Frühkapitalismus parallel, ohne daß sie mit ihm nachweislich deckungsgleich war. Das Zukunftsweisende fassen wir in dem sporadisch auftauchenden *städtischen Frühkapitalismus*, der eine Frühbourgeoisie und ein Vorproletariat gebar.⁸⁹ Dieser italienische Frühkapitalismus stellt eine Ausnahmeerscheinung dar, die sich nicht durchsetzte, sondern in Holland und England im 16. Jahrhundert als Neubeginn in das Rampenlicht der Geschichte trat.⁹⁰ Die sporadisch auftauchenden Antipoden feudaler Produktionsweise, verbunden mit dem sich gewaltig erweiternden Aktionsradius einfacher Warenproduktion, gebaren antifeudale Ideen, welche die kapitalistische Ära des emanzipierten Bürgertums mit seinen Forderungen nach Freiheit und Gleichheit ankündigten.⁹¹

und Gesellschaft im Morgendämmern der italienischen Renaissance), Prag 1964, S. 5 ff.

- 86 Heers, J., Gênes au XV^e siècle, *Activité économique et problèmes sociaux*, Paris 1961, S. 197.
- 87 Rutenburg, V. I., Prameny italské renesance (Die Quellen der italienischen Renaissance), in: *Československý časopis Historický*, Bd. 15, 1967, S. 818. - Er folgt hier in seiner Auffassung seinem Lehrer Gukovskij, M. A., *Očerki istorii Italii 476 - 1918 g.* (Skizzen der Geschichte Italiens 476 - 1918), Moskau 1959, S. 75.
- 88 Vgl. dazu Gukovskij, M. A., *Ital'janskije gumanisty XV veka o cerkvi i religii* (Die italienischen Humanisten des 15. Jh. über Kirche und Religion), Moskau 1963, S. 5 - 15.
- 89 Rutenburg bezieht sich auf eine in Moskau aufbewahrte, noch unpublizierte Handschrift von Karl Marx, in der er den Ciompiaufstand als proletarische Erhebung charakterisiert. Demzufolge seien wir auch berechtigt auf das Vorhandensein einer Frühbourgeoisie zu schließen. (Rutenburg, V. I., *Prameny italské renesance*, a. a. O., S. 817.)
- 90 Poršnev, B. F., a. a. O., S. 266.
- 91 Kalivoda führt die Geburt der Freiheits- und Gleichheitsidee auf die vorkapitalistische Warenproduktion zurück, die den Parasitismus des Feudalsystems bloßgelegt habe. Demnach sei ganz eindeutig die bürgerliche Ideologie ein Produkt vorkapitalistischer Verhältnisse, die im Feudalismus entstand, genauso wie die proletarische im Kapitalismus (Kaliwoda, R., *Husitská ideologie* [Die hussitische Ideologie], Prag 1961, S. 80 f.). In Italien verstärkte der städtische Frühkapitalismus die angedeuteten Tendenzen und verhalf ih-

Widersprüchlichkeit, Inkonsequenz und Wankelmüt vieler Ideologen der *età nuova* geht letztlich auf die begrenzte Wirkkraft frühkapitalistischer Inseln im Gewoge des feudalen Meeres zurück.⁹² Das neue Agrarsystem des 15. Jahrhunderts stabilisierte zwar die Situation auf dem Lande, entwickelte sich jedoch nicht zur Fortschrittzelle der Ökonomie. Seine relative Stabilisierung verhinderte eine Agrarrevolution. Die frühkapitalistischen Ansätze im städtischen Sektor reichten nicht zu einer Kapitalisierung der Landwirtschaft aus. Die *mezzadria* ist hierfür ein beredtes Beispiel. Das Manufaktur-, Handels- und Finanzbürgertum sank sehr bald aus panischer Angst vor den *arti minori* und Lohnarbeitern zur Magd der Tyrannis herab⁹³ und suchte im 16. Jahrhundert schließlich sein Heil im Schoße des Tridentinischen Katholizismus, sein Auskommen aber in feudaler Rentenakkumulation. Die *politische Krise* des Quattrocento und Cinquecento, die sich dem kritischen Betrachter als eine dem Trecento entspringende Krise des Feudaladels darstellt⁹⁴, wuchs nicht zu einer gesamt-nationalen aus wie in Böhmen oder in Deutschland, so daß an die Stelle der Revolution Restauration und Gegenreformation traten, die Fremdherrschaft und nationale Zersplitterung im Gefolge hatten. Die Ökonomie Italiens basierte nach den Stürmen des 14. Jahrhunderts weiterhin auf dem Agrarsektor und eröffnete nicht wie in England dem Lande neue Perspektiven, sondern verstärkte die alten Strukturen. Es entstand auf diese Weise ein Feudalismus "modernen Charakters" (*di carattere moderno*), wie Romano schreibt, der mit bürgerlichen Elementen durchsetzt

nen zum Durchbruch, zur Konzipierung eines neuen Menschenbildes, ohne damit einer *Revolution* Vorschub leisten zu wollen. Vgl. die Gegenüberstellung von Renaissance- und Reformationsideologie bei Kalivoda, R., a. a. O., S. 99 f.

- 92 So *Vajnštejn, O. L.*, *Zapadnoevropejskaja srednovekovaja istoriografija* (Die westeuropäische Historiographie des Mittelalters), AN SSSR. Institut Istorii, Moskau-Leningrad 1964, S. 236.
- 93 *Pieri, P.*, *Il rinascimento e la crisi militare italiana* (Die Renaissance und die militärische Krise Italiens), o. O. 1952, S. 65. - Lokale Bauernerhebungen in Süditalien, wie etwa 1459 in Kalabrien (vgl. *Kacman, J. S.*, *Krest'janskoe vosstanie v Kalabrii 1459 goda* [Die Bauernerhebungen in Kalabrien 1459], in: *Ital'janskoe Vozroždenie*, Leningrad 1966, S. 47 - 80) revoltierten nicht gegen das Pachtssystem, sondern bekämpften Leibeigenschaft und Schollenfesselung, die im Norden schon im 12. Jahrhundert verschwunden waren.
- 94 Le Goff resümiert: "Im Grunde haben wir es mit einer Krise (im 14. Jahrhundert - E. W.) der Feudalität zu tun. Die Herren haben die kleinen Mittel ... ausgeschöpft. Es bleibt ihnen nur noch der Krieg als *ultima ratio* der bedrohten Führungsschichten." (*Le Goff, J.*, *Das Hochmittelalter*, in: *Fischer Weltgeschichte*, Bd. 11, Frankfurt (Main) 1965, S. 295.)

war und eine beachtliche Widerstandsfähigkeit gegenüber der "modernen" Ökonomie, das heißt dem Frühkapitalismus angelsächsischer Prägung, entwickelte.⁹⁵

95 Romano, R., L'Italia nella crisi del XIV secolo (Italien in der Krise des 14. Jh.), in: Nuova Rivista Storica, Bd. 5 - 6, 1966, S. 594 f.

Der Ackerbau in der Ruß bis zum Einfall der Mongolen

von Bruno Widera

1. Zur Quellensituation
2. Der Siedlungsraum der Ostslawen
3. Bodenbearbeitungswerkzeuge
4. Ackerbausysteme
5. Ernteerträge
6. Bemerkungen zu einem falschen Geschichtsbild vom Ackerbau in der alten Ruß

1. Zur Quellensituation

Das vorliegende Thema läßt sich auf der Grundlage zahlenmäßig recht begrenzter schriftlicher Quellen, erheblich reichlicheren, wenn auch nicht ausreichenden gegenständlichen Materials der Archäologie und der relativ umfangreichen neueren sowjetischen Spezialliteratur behandeln. Mit Hilfe dieser drei Arten wissenschaftlicher Grundmittel ist es gerechtfertigt, ein Bild von der geschichtlichen Entwicklung der Agrartechnik und der auf ihr basierenden Landwirtschaft der Ruß zu zeichnen. Gegenständliches Quellenmaterial der Archäologie ist verhältnismäßig reichlich vorhanden¹, das schriftliche Dokumentenma-

1 *Kitjanov, A. V.*, *Istorija zemledelija Novgorodskoj zemli X - XV vv.* (Die Geschichte des Ackerbaus im Novgoröder Land im 10. - 15. Jh.), in: *Materialy i issledovanija po archeologii SSSR* (Materialien u. Untersuchungen zur Archäologie der UdSSR; im folgenden: MIA), Bd. 65, Moskau 1959, S. 306 - 362.

terial dagegen spärlich², da es weitgehend dem Mongolensturm zum Opfer fiel³. Die Abschüttelung des Mongolenjoches leitete eine neue Etappe in der Entwicklung des Ackerbaus der Ruß, des russischen Reiches des Mittelalters, ein, die insbesondere durch die Inbesitznahme des zentralen russischen Schwarzerdegebietes gekennzeichnet ist.

In den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren wurden intensive Forschungen zur Frühgeschichte der Landwirtschaft und des Ackerbaus betrieben. Sowjetische Agrarhistoriker haben erkannt, daß die bisherigen Forschungsergebnisse überprüft werden müssen, vor allem deshalb, weil neues Quellenmaterial durch archäologische Grabungen freigelegt und angehäuft wurde. Zwar spielt auch in älteren Untersuchungen über die russische Geschichte im Mittelalter die Landwirtschaft, deren Hauptbestandteil und Grundlage der Ackerbau war, als maßgeblicher und ausschlaggebender Sektor der Gesamtwirtschaft eine nicht unwesentliche Rolle, aber das Interesse der Forschung konzentrierte sich vorwiegend auf die Untersuchung der Produktionsverhältnisse, wobei die sozial-ökonomische Lage der Bauern vorrangig behandelt wurde, nicht aber auch auf die Produktionsweise. Kennzeichnend für diese Forschungsrichtung ist das Hauptwerk von Grekov über die Bauern in der Ruß.⁴ Dieser Autor war in der Erforschung der russischen Agrargeschichte des Feudalismus führend und anregend.

Die Untersuchungen über die frühe Geschichte der Landwirtschaft und damit auch des Ackerbaus können nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich nicht in zu engen räumlichen Grenzen halten. Bei entsprechenden Forschungen über die Ruß muß man wegen der gleichen klimatischen und geographischen Bedingungen zumindest ganz Osteuropa in Betracht ziehen. Dieser Erkenntnis folgt auch das sowjetische Fachorgan, das in Form eines Jahrbuchs für die osteuropäische Agrargeschichte ins Leben gerufen wurde.⁵ Die polnische Forschung stellte sogar die These auf,

- 2 Kočin, G. E., Sel'skoe chozjajstvo na Rusi konca XIII - načala XVI v. (Die Landwirtschaft in der Ruß vom Ende des 13. bis zum Anfang des 16. Jh.), Moskau 1965, S. 27; Dovženok, V. I., Zemlerobstvo drevnoj Rusi do seredyny XIII st. (Der Ackerbau in der Ruß bis zur Mitte des 13. Jh.; im folgenden: Zemlerobstvo), Kiev 1961, S. 24.
- 3 Kočin, G. E., a. a. O., S. 93; Dovženok, V. I., a. a. O., S. 24.
- 4 Grekov, B. D., Krest'jane na Rusi (Die Bauern in der Ruß), 1. Aufl., Moskau 1946, 2. Aufl.: Bd. 1, Moskau 1952, Bd. 2, Moskau 1954; deutsche Ausg., Grekov, B. D., Die Bauern in der Ruß von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jh., Bd. 1, bearb. v. P. Hoffmann u. B. Wiedera, Berlin 1958, Bd. 2, bearb. v. P. Hoffmann, Berlin 1959.
- 5 Ežegodnik po agrarnoj istorii Vostočnoj Evropy, 1959 ff.; bisher sind 6 Bde. erschienen.

die Untersuchung des mittelalterlichen Ackerbaus müsse man im gesamt-europäischen Rahmen vornehmen⁶; denn nur so könne man ein sicheres Bild von der territorialen Ausbreitung des Pflugbaus gewinnen und die chronologische Aufeinanderfolge der mit ihm in engstem Zusammenhang stehenden Bodenbearbeitungssysteme ermitteln. Auf diese Weise lasse sich für die einzelnen Territorien vor allem feststellen, inwieweit der Pflugbau selbständig entwickelt und inwieweit er übernommen wurde. Die Forschungen haben gezeigt, daß im Mittelalter das Dreifelder-system die technisch-ökonomische Form der Bodenbearbeitung im gesamten europäischen Raum nördlich des Mittelmeeres war.

Die sowjetischen Publikationen über die Landwirtschaft der alten Ruß haben in den letzten Jahren ein solches Ausmaß angenommen, daß selbst der Versuch, sie alle bibliographisch zu registrieren, die vorliegende Arbeit über Gebühr ausdehnen würde. Es können daher nur diejenigen Arbeiten berücksichtigt werden, die sich speziell auf den Ackerbau beziehen, also auf die Bodenbearbeitungswerkzeuge und -systeme.

Im wesentlichen ist diese Literatur regional und lokal orientiert. So enthalten die archäologischen Publikationen örtliche Mitteilungen über Funde von Ackerwerkzeugen, die im Hinblick auf die Bodenbearbeitungssysteme des betreffenden Ortes und seiner Umgebung interpretiert werden. Eine umfassende Geschichte des Ackerbaus, des zemledelie, im mittelalterlichen Rußland liegt noch nicht vor. Für die Vor-Kiever und die Kiever Periode bis zum Mongoleneinfall haben ihn Tret'jakov⁷, Grekov⁸, Levaševa⁹ auf jeweils zehn bis zwanzig Druckseiten nur knapp skizziert, während Dovženok nach einigen umfangreicheren Aufsätzen¹⁰

6 *Gieysztor, A.*, W sprawie początków trzypolówki w Polsce i w krajach sąsiednich (Zu den Anfängen der Dreifelderwirtschaft in Polen und den benachbarten Ländern), in: *Prace z dziejów Polski feudalnej* (Arbeiten zur Geschichte Polens in der Periode des Feudalismus). Festschrift zum 70. Geburtstag v. Roman Grodecki, Warschau 1960, S. 71 - 79.

7 *Tret'jakov, P. N.*, Sel'skoe chozjajstvo i promysly (Landwirtschaft und Gewerbe), in: *Istorija kul'tury drevnej Rusi* (Geschichte der Kultur der alten Ruß), Bd. 1, Moskau 1948; *Geschichte der Kultur der alten Ruß*, deutsche Ausg., Bd. 1, bearb. v. B. Widera, Berlin 1959, S. 35 - 59.

8 *Grekov, B. D.*, a. a. O., 1. Aufl., a. a. O., S. 42 - 58, 2. Aufl.: Bd. 1, a. a. O., S. 43 - 58; deutsche Ausg., Bd. 1, a. a. O., S. 42 - 57.

9 *Levaševa, V. P.*, Sel'skoe chozjajstvo (Die Landwirtschaft), in: *Očerki po istorii russkoj derevni X - XIII vv.* (Beiträge zur Geschichte des Dorfes in der Ruß vom 10. - 13. Jh.), Moskau 1956, S. 19 - 48.

10 *Dovženok, V. I.*, K istorii zemledelija u vostočnych slavjan v I tysjačelietii n. è. i v epoche Kievskoj Rusi (Zur Geschichte des Ackerbaus bei den Ostslawen im 1. Jahrtausend u. Z. u. in der Epo-

im Jahre 1961 eine Monographie zum Ackerbau der gesamten alten Ruß vorlegte¹¹

Umfangreichere Arbeiten existieren auch zur Regionalgeschichte des Ackerbaus. Zur Zeit liegen zwei Publikationen für die nördliche Ruß der Waldzone vor. Kitjanov hat auf ungefähr 60 Seiten die Geschichte des Ackerbaus im Novgoroder Land für die Zeit vom 10. bis 15. Jahrhundert dargestellt¹², und Kočin hat in einem 460 Seiten umfassenden Buch diesen Produktionszweig in der nordwestlichen und nordöstlichen Ruß vom Ende des 13. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts geschildert¹³.

Recht beachtlich ist eine Reihe knapper Schilderungen zur Regional- und Lokalgeschichte des altrussischen Ackerbaus. Mongajt skizzierte auf einigen Seiten anschaulich den Ackerbau im Rjazaner Land in der Zeit vom 10. bis 13. Jahrhundert.¹⁴ Im gleichen Umfang beschrieb Sedov den Ackerbau der zentralen Bezirke des Smolensker Landes.¹⁵ In allerjüngster Zeit hat Šapiro den Zustand des Ackerbaus der zentralen Gebiete des Moskauer Staates für die Zeit des 14. und 15. Jahrhunderts überprüft.¹⁶

2. Der Siedlungsraum der Ostslawen

Zum Ausgangspunkt der Untersuchung über den Ackerbau in der alten Ruß muß die Bodenbeschaffenheit in den von den Ostslawen besiedelten Territorien genommen werden. Entgegen verbreiteten unklaren Vorstellungen besiedelten die Ostslawen vom 10. Jahrhundert an nicht den in die Steppenzone eingelagerten Schwarzerdestreifen, sondern nur die Waldsteppe und die sich nördlich daran anschließende Waldzone. In den Schwarzerdegebieten der Steppe mit 4 bis 16 Prozent Humusgehalt der

che der Kiever Ruß), in: *Materialy po istorii zemledelija SSSR* (Materialien zur Geschichte des Ackerbaus in der UdSSR), Bd. 1, Moskau 1952, S. 115 - 159; *derselbe*, *Ob urovne razvitija zemledelija v Kievskoj Rusi* (Über den Entwicklungsstand des Ackerbaus in der Kiever Ruß), in: *Istorija SSSR*, H. 5/1960, S. 59 - 74.

11 *Derselbe*, *Zemlerobstvo*, a. a. O.

12 *Kitjanov*, *A. V.*, a. a. O.

13 *Kočin*, *G. E.*, a. a. O.

14 *Mongajt*, *A. L.*, *Rjazanskaja zemlja* (Das Rjazaner Land), Moskau 1961, S. 257 - 262.

15 *Sedov*, *V. V.*, *Sel'skie poselenija central'nych rajonov Smolenskoj zemli* (Die ländlichen Siedlungen in den zentralen Bezirken des Smolensker Landes; im folgenden: *Sel'skie poselenija*), in: *MIA*, Bd. 72, Moskau 1960, S. 73 f., 103 - 108.

16 *Šapiro*, *A. L.*, *O podsečnoj zemledelii na Rusi XIV - XV vv.* (Über den Rodungs-Ackerbau in der Ruß im 14. u. 15. Jh.), in: *Ežegodnik po agrarnoj istorii Vostočnoj Evropy* 1963 g., Vilnius 1964, S. 121 - 132.

Böden haben sie nur kleinere Bezirke bewohnt.¹⁷ Am umfangreichsten scheint die Besiedlung im Schwarzerdegebiet des unteren Dnestr gewesen zu sein, wo die Uličen und Tivercen ihre Wohnsitze hatten, wenn sie auch den Daueraufenthalt in der Waldsteppe nicht verschmähten.¹⁸ Davon, daß die Ostslawen die hochhumushaltigen Böden (über 4 Prozent) der Steppe "mieden"¹⁹, kann jedoch keine Rede sein. Ihrem kolonisatorischen Vorrücken in die südlichen Schwarzerdegebiete geboten jedoch die dort lebenden Steppenvölker, die Torken, Pečenegen und Polovcen, nachdrücklich Einhalt. Vielfach hatte die Abwehr der Polovcen sogar offensiven Charakter, zum Beispiel während der Regierungszeit Vladimír Monomachs im Jahre 1103.²⁰ Häufig erschienen sie vor Kiev oder Perejaslav. Dies widerspricht der Auffassung, wonach die Ostslawen von sich aus auf die Besiedlung des südlich ihres Wohngebietes gelegenen Schwarzerdestreifens verzichteten. Schließlich ist auch die Ausdehnung der Siedlungsbewegung der Anten nach dem Süden (6. bis einschließlich 9. Jahrhundert) bis in die Gegend des heutigen Dnepropetrovsk und Zaporož'e²¹ ein Beweis dafür, daß die südlichen Schwarzerdereeregionen keineswegs "gemieden" wurden. Der Druck der Steppennomaden verhinderte indessen, daß die Besitzergreifung der Schwarzerdeböden der Steppe in größerem Umfang fortgesetzt werden konnte. Das genaue Ausmaß der ostslawischen Besiedlung der Schwarzerdeböden in der Steppenzone vor deren Angliederung an den Moskauer Staat im 15. und 16. Jahrhundert wird sich nur über langwierige, im wesentlichen archäologische Forschungen feststellen lassen. Sicher ist jedoch schon heute, daß eine ausgedehnte Besiedlung der Schwarzerdezone durch die Ostsla-

17 *Dokušev, V. V.*, Schematičeskaja karta černozemnoj polosy Evropejskoj Rossii (Schematische Karte der Schwarzerdezone im europäischen Rußland), in: Sočinenija, Bd. 3: Russkij černozem (Werke, Bd. 3: Das Schwarzerdegebiet Rußlands), Moskau 1949.

18 *Fedorov, G. B.*, Raboty Prutsko-Dnestrovskoj archeologičeskoj ekspedicii (Arbeiten der archäologischen Prut-Dnestr-Expedition), in: Kratkije soobščeniija o dokladach i polevyh issledovanijach instituta archeologii (Kurze Mitteilungen über Vorträge und Feldforschungen des archäologischen Instituts; im folgenden: KSIA), Nr. 86, Moskau 1961, S. 78; *derselbe*, Naselenie Prutsko-Dnestrovskogo meždureč'ja v I tysjačeleții n. è. (Die Bevölkerung des Gebietes zwischen Prut u. Dnestr im 1. Jahrtausend u. Z.), in: MIA, Bd. 89, Moskau 1960.

19 *Neander, I.*, Grundzüge der russischen Geschichte, Darmstadt 1956, S. 13; *Rieneck, R.*, Moskau und der Vatikan, T. I: Der kirchliche West-Ost-Gegensatz und das alte Rußland, Frankfurt (Main) 1964, S. 16.

20 *Povest' vremennyh let*, (Erzählung von den vergangenen Jahren = Nestor-Chronik), Bd. 1, Moskau 1950, S. 183 f.

21 *Brajevskaja, A. T.*, Poselenie u balki Jacevoj v Nadporož'e (Eine Siedlung an der Jaceva-Schlucht in Nadporož'e), in: MIA, Bd. 108, Moskau 1963, S. 251 - 282.

wen nicht erfolgte. Die Kolonisations- und Siedlungsbewegung der Ostslawen tendierte eben im wesentlichen nach dem Norden und Nordosten.²² Diese geographische Richtung der ostslawischen Kolonisations- und Siedlungsbewegung bestimmt wesentlich den Verlauf der altrussischen mittelalterlichen Agrargeschichte.

3. Bodenbearbeitungswerkzeuge

Der Bodenbeschaffenheit entsprach die Ausbildung der Bodenbearbeitungswerkzeuge. Einige von ihnen, wie ralo, plug, borona, topor, sokira, werden zwar in den späteren altrussischen schriftlichen Quellen vom 11. Jahrhundert an - wenn auch spärlich - genannt, aber nicht beschrieben, so daß man sich fast überhaupt keine richtige Vorstellung von ihrem Aussehen und ihrer Funktion machen kann. Zeichnungen in Miniaturen stammen aus einer späteren Zeit (15. bis 16. Jahrhundert) und können daher nur als relative Zeugnisse für Ackergeräte voraufgegangener Zeiträume gelten. Man erfährt aus den schriftlichen Quellen nicht, wie ralo und plug als Ackergeräte aussahen und funktionierten. Vor allem schweigen sie sich über den Beginn ihrer Anwendung aus.

Wir müssen daher das erfreulicherweise recht umfangreiche archäologische Fundmaterial zur Aussage heranziehen. Es besteht fast ausschließlich aus den eisernen Arbeitsteilen. Sie geben nicht nur beredete Auskunft über das Aussehen, sondern vor allen Dingen auch über die chronologische Entwicklung der Geräte sowie über ihre Handhabung bei der Bodenbearbeitung.

Für die Zeit vom 2. Jahrhundert v. u. Z. bis einschließlich 2. Jahrhundert u. Z., also aus der Ära der Stämme der Zarubincy-Kultur, die den mittleren Dneprraum bis in die Gegend von Smolensk sowie das Gebiet der mittleren und oberen Desna, also die Waldsteppenzone, bewohnten, liegen nur Funde von 11 bis 12,5 Zentimeter großen eisernen Äxten vor.²³ Sonstige Bodenbearbeitungswerkzeuge, insbesondere Ackerschare, wurden bisher nicht entdeckt.²⁴ Da aber aus dieser Zeit auch Sicheln

22 *Widera, B.*, Zur ostslawischen Kolonisation in vormongolischer Zeit (im folgenden: Ostslawische Kolonisation), in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 7, Berlin 1963, S. 262 ff.; *Tret'jakov, P. N.*, Finno-ugry, balty i slavjane na Dnepre i Volge (Die Finno-Ugrier, Balten und Slawen am Dnepr und an der Wolga), Moskau 1966, S. 201 - 238.

23 *Tret'jakov, P. N.*, Čaplinskoe gorodišče (Die befestigte Siedlung Čaplinskoe), in: MIA, Bd. 70, Moskau 1959, S. 139.

24 *Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 28.

zum Vorschein kamen²⁵, ist der Ackerbau bei den Zarubincy-Stämmen eindeutig bezeugt.

Für die Zeit vom 2./3. bis 5. Jahrhundert u. Z. sind Bodenbearbeitungswerkzeuge verfügbar aus dem Gebiet zwischen Žitomir, Černigov und Kursk im Norden und Dnepropetrovsk und Odessa im Süden, also einem Raum, der vom mittleren und unteren Dnestr, mittleren und oberen Dnepr zum Oberlauf des Sejm begrenzt ist. Es handelt sich im wesentlichen um die westlichen Siedlungsterritorien der Stämme der Černjachov-Kultur, die, wie die Stämme der Zarubincy-Kultur, die ethnische Grundbasis der Ostslawen bildeten. Die Topographie der Siedlungen, in denen die Ackerwerkzeuge gefunden wurden, ergibt die Feststellung, daß die Černjachov-Stämme im südlichen Randgebiet der russischen Waldsteppen- und in der südwestlichen Steppenzone wohnten.²⁶ Dem Fundmaterial zufolge verwendeten sie für die Bodenbearbeitung den Pflug. In den Ortschaften Jagnjatin, Pražev (Bezirk Žitomir), Osalice (Bezirk Černigov), Erkivice (Bezirk Perejaslav-Chmelnickij), Volosskoe (Bezirk Dnepropetrovsk), Krinički (Bezirk Odessa), Sinarka (Bezirk Uman) und Zagajkan (unterer Dnestr) wurden bei archäologischen Grabungen eiserne Pflugschare entdeckt.²⁷ Sie sind 13,5 bis 16,5 Zentimeter lang, 7,5 bis 8,8 Zentimeter breit²⁸ und stellen einen symmetrischen kleinen und schmalen Typ von Scharen dar. Ein Schar von gleicher Form liegt auch aus dem Dorfe Šmyrovo aus dem Bezirk Kursk vor.²⁹ Der Fund eines Sech in Korovincy³⁰ (Bezirk Sumy) weist auf den sehr bemerkenswerten Tatbestand hin, daß die Ackerbauern der Černjachov-Kultur schon einen Pflug verwendeten, der mit Schar und Pflugmesser ausgerüstet war. Bisher bezeugen an zehn - ziemlich weit verstreuten - Plätzen diese Schare und dieser Sech den Pflugbau der Černjachov-Bauern.

25 *Tret'jakov, P. N.*, Čaplinskoe gorodišče, a. a. O., S. 28.

26 *Dovženok, V. I.*, Karta nachodok zemlerobskych znarjad' I tysjačiletija n. é. (Fundkarte von Ackerbauwerkzeugen des ersten Jahrtausends u. Z.), in: *Zemlerobstvo*, a. a. O., S. 246. - Zur Orientierung vgl. auch *Dokušaev, V. V.*, Schematičeskaja karta černozemnoj polosy Evropejskoj Rossii, a. a. O.

27 *Černjachovskaja kul'tura* (Die Černjachov-Kultur), in: *MIA*, Bd. 82, Moskau 1960, S. 20, 25, 27 u. 51; *MIA*, Bd. 116, Moskau 1964, S. 265.

28 *Dovženok, V. I.*, *Zemlerobstvo*, a. a. O., S. 57 f.

29 *Ljapuškina, I. I.*, Pamjatniki kul'tury polej pogrebenii levoberež'ja Dnepra (Denkmäler der Kultur der Bestattungsfelder links des Dnepr), in: *KSIA*, Nr. 33, Moskau 1950, S. 32, insbes. Abb. 1.

30 *Černjachovskaja kul'tura*, a. a. O., S. 45. - Bedauerlicherweise ist die Größe dieses Schar nicht angegeben.

Die Funde stammen aus Revieren der Schwarzerde, die mit einem Humusgehalt von durchschnittlich 4 bis 4,5 Prozent in einer Bodenschicht von 81 bis 84 Zentimeter Dicke angereichert ist.³¹

Die Scharfunde gestatten eindeutig die Feststellung, daß in der Zeit vom 3. bis 5. Jahrhundert die frühen Ostslawen unbewaldete Böden beackerten. Obgleich bei dem kleinen Format der Pflugschare ein tieferes Eindringen in den Boden nicht möglich war, konnten größere Anbauflächen gleichmäßig für die Aussaat aufbereitet werden.

Funde von Äxten - bisher an drei Plätzen - in Jagnjatin an der Ros, in Privol'nee am Dnepr und in Buduesti zwischen Dnepr und Dnestr³² zeigen jedoch an, daß auch die Rodung bei den Černjachov-Bauern üblich war. Der Axtfund von Jagnjatin ist besonders bedeutungsvoll, weil hier die Axt und das Pflugschar beieinander lagen. Hier tritt die Koppelung von Rodung und Pflügen hervor. Wenn Ackerboden nicht ausreichend zur Verfügung stand, mußte er durch Waldrodung vorbereitet werden. Dazu wurde die Axt verwendet. Der Fund von Buduesti zeigt, daß für die Rodung Äxte benutzt wurden, wie sie in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends u. Z. gebräuchlich waren. Das eiserne Arbeitsstück der Axt ist 20 Zentimeter lang und 6 bis 7 Zentimeter breit.³³ Ob in den Waldgebieten der von den Černjachov-Stämmen bewohnten Gebiete der Waldsteppen- und Steppenzone die Brandrodung (ognevaja podseka) praktiziert wurde, ist nach dem heutigen Stand der Forschung nicht festzustellen. Es scheint, daß außer der Axt kein anderes Werkzeug für die Säuberung des Bodens von Bäumen, Knieholz und Gestrüpp verwendet wurde.

Über den Ackerbau in dem nördlichen Siedlungsraum der frühen Ostslawen ist bis weit in die Mitte des ersten Jahrtausends u. Z. hinein nichts bekannt. Wahrscheinlich betrieben hier die Bauern der Zarubincy-Kultur die Brandrodung, worauf Funde von Äxten und Hacken hinweisen. Da nach dem derzeitigen Forschungsstand eine genetische Verbindung dieser Kultur mit der späteren slawischen schwer nachweisbar ist, kann deren Auflösung auf dem Wege der Assimilation an die Kultur der baltischen Stämme angenommen werden.³⁴ Aus der Waldsteppen- und Wald-

31 DokušaeV, V. V., a. a. O., S. 259 f.

32 Černjachovskaja kul'tura, a. a. O., S. 27 f. u. 324.

33 Ebenda, S. 324.

34 Sedov, V. V., Rezension zu: Tret'jakov, P. N. / Šmidt, Z. A., Drevnie gorodišča Smolensčiny (Frühgeschichtliche befestigte Siedlungen im Smolensker Land), in: Sovetskaja arčheologija (Sowjetische Archäologie; im folgenden: SA), Bd. 4, Moskau 1965, S. 276. - Tret'jakov, P. N., Finno-ugry, balty i slavjane na Dnepre i Volge, a. a. O., S. 259 - 264, meint, daß Zarubincy-Stämme, die nach dem

zone ist der Ackerbau der Ostslawen erst wieder für die zweite Hälfte des ersten Jahrtausends u. Z. mit Funden von Werkzeugen der Bodenbearbeitung bezeugt.

Ins volle Licht der Geschichte tritt der Ackerbau der Ostslawen aber erst in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends. Mit den Ackergeräten aus der ersten Hälfte, wie sie sich aus dem verfügbaren Fundmaterial erschließen lassen, ist die weitere Entwicklungsrichtung indessen schon deutlich vorgezeichnet. Während vielleicht im 5. und 6. Jahrhundert auf Grund der Hunnen- und später der Awaren Invasion eine Stagnation des Ackerbaus unausbleiblich war - bemerkenswerterweise fällt für diesen Zeitraum nur geringfügiges Ausgrabungsmaterial an -, setzte aber vom 7. Jahrhundert an schon wieder eine beachtliche Regsamkeit ein, wie aus den reichlicher anfallenden archäologischen Funden von Pflugscharen verschiedenen Umfangs und verschiedener Typen sowie Pflugmessern ersichtlich ist. Im 5. und 6. Jahrhundert kann der Ackerbau allerdings zugunsten der Viehzucht und der Jagd zurückgegangen sein.

Einer unvollständigen Registrierung nach liegen Pflugschare aus folgenden Ortschaften des Südens vor: Sachnovka (Bezirk Čerkassy), 6./7. Jahrhundert; Gorodišče Pastyrskoe (Bezirk Čerkassy), 7./8. Jahrhundert; Penkovka (Bezirk Novogeorgievsk), 8. Jahrhundert; Volyncev (Bezirk Putivl'), 7./8. Jahrhundert; Volincevo (an der Sula), 8. bis 10. Jahrhundert; Monastyrskoe gorodišče (an der Sula bei der Stadt Romny), 8. Jahrhundert; Novotroickoe (bei Romny an der Sula), 8. bis 10. Jahrhundert; Vitičev (an der Sula), 8. Jahrhundert; unweit des Dorfes Goluščino im Bezirk Čigirinsk (Raum Kiev), 8. Jahrhundert und bei Chotomel am Pripjat' (Bezirk Brest), 8./9. Jahrhundert. Für eine Ausdehnung des Pflugbaus in dieser Zeit sprechen auch mehrfache Funde an ein und demselben Platz. So kamen in Chotomel, Vitičev und Novotroickoe zwei, in Pastyrskoe sogar fünf Schare zum Vorschein.³⁵ Ein weiteres bemerkenswertes Kennzeichen des Fundmaterials besteht darin, daß die Schare gegenüber denen der ersten Hälfte des ersten Jahrtausends um fast 3 Zentimeter länger sind. Ihre Dimension liegt zwischen 16 und 19 Zentimetern. Die Breite ist die gleiche wie bei den Scharen

Norden gezogen waren, sich später zu den unter dem Namen Anten bekanntgewordenen Ostslawen entwickelt haben und teilweise wieder an den mittleren Dnepr zurückkehrten, was jedoch zu bezweifeln ist. In der kontinuierlichen Entwicklung von Zarubincy-Stämmen zu Anten kann die Černjachov-Kultur als eine slawische Kultur nicht ausgeklammert werden.

35 *Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 32 - 37; *Levaševa, V. P.*, Sel'skoe chozjajstvo, a. a. O., S. 33.

der Černjachov-Bauern.³⁶ Daß die Schare an Länge zunahm, ist kein Zufall. Vielmehr deutet sich hier die aus der bäuerlichen Erfahrung gewonnene Erkenntnis an, die zu dem Bestreben führte, den Boden immer tiefer aufzulockern, die Wurzeln des Unkrauts zu zerstören und so die Vegetationsbedingungen für das Saatgut zu verbessern.

Das hervorstechendste Merkmal der Agrartechnik der Ostslawen in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends u. Z. ist die Herausbildung des Pflugbaus im Norden, und zwar nicht nur in der Waldsteppen-, sondern auch in der Waldzone. In der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends setzte die Kolonisation dieser nördlichen Räume durch die Ostslawen ein. Sie erscheinen im Raum von Smolensk und Polock, aber auch am Oberlauf der Westlichen Dvina, und dringen bis in den Raum südlich des Ladogasees vor.³⁷ Bereits aus Kulturschichten des 7. Jahrhunderts stammen zwei *naralniki*, die in den Jahren 1947 und 1954 in Staraja Ladoga freigelegt wurden. Diese Pflugschare sind die ältesten, die im Raum zwischen Kiev und Ladoga gefunden wurden. In ihrer Dimension und Gestalt entsprechen sie denen, die die Černjachov-Bauern benutzten (so ist das eine 13,6 Zentimeter lang und 9,5 Zentimeter breit).³⁸ Das weist darauf hin, daß sie aus dem Süden eingeführt worden sind. Sie belegen vom gegenständlichen Quellenmaterial her die nordwärts gerichtete ostslawische Kolonisation. Diese Schare scheinen sich aber unter den Bedingungen der Bodenbeschaffenheit des Nordens (Waldzone) nicht bewährt zu haben, denn aus Schichten des 9. und 10. Jahrhunderts wurden länglichere, schmalere Schare von asymmetrischer Form, die *sošniki*, hervorgeholt.³⁹ Ein in das 9. Jahrhundert datiertes Schar wurde in Pskov entdeckt.⁴⁰

Mit diesen schmalen, länglichen Scharen deutete sich die Ausbildung des sogenannten Gabelpflugs, der *socha*, an. Er bleibt die für die Waldzone typische Pflugart. Seine Entstehung dürfte in das 9./10. Jahrhundert zu datieren sein. Die Funde der unterschiedlich geformten eisernen Schare, der *naralniki* und *sošniki*, lassen bezweifeln, daß die *socha* sich aus der *sukovatka*, dem oberen Teil des Fichtenstammes, des-

36 *Dovženok, V. I.*, *Zemlerobstvo*, a. a. O., S. 65.

37 *Widera, B.*, *Ostslawische Kolonisation*, a. a. O., S. 263 - 266.

38 *Orlov, S. N.*, *Ostatki sel'skochozjajstvennogo inventar'ja VII - X vv. iz Staroj Ladogi* (Reste des landwirtschaftlichen Inventars aus dem 7. - 10. Jh. in Alt-Ladoga; im folgenden: *Ostatki*), in: SA, Bd. 21, Moskau - Leningrad 1954, S. 344, Abb. S. 345, 349; *derselbe*, *K voprosu o drevnem pašenom zemledelii Staroj Ladogi* (Zur Frage des frühen Pflugbaus in Alt-Ladoga), in: KSIA, Nr. 65, Moskau 1956, S. 142.

39 *Derselbe*, *Ostatki*, a. a. O., S. 349.

40 *Kitjanov, A. V.*, a. a. O., S. 316.

sen Äste zur Hälfte und noch weiter abgehackt wurden und so zum Aufwühlen des Bodens dienten, entwickelte, wie dies zuerst Tret'jakov behauptete.⁴¹ Diese 1932 aufgestellte These wurde von einer Reihe sowjetischer Agrarhistoriker übernommen⁴² und bis in die jüngste Zeit besonders von Kifjanov verfochten⁴³. Letzterer unterstreicht, daß die socha aus der sukovatka hervorging, und meint, daß sie zuerst vielzinkig war und schließlich über die dreizinkige in der zweizinkigen Form ihre endgültige Ausprägung erhielt.⁴⁴

Es schien zunächst, als ob die Untersuchungen von Kifjanov die letzte und endgültige Erklärung für Entstehung und Entwicklung der socha, des nördlichen Pflugtyps, gebracht hätten. Doch auch diese Lehrmeinung erwies sich als nicht über alle Zweifel erhaben. Im Jahre 1956 entsandte der Lehrstuhl für Ethnographie an der Moskauer Universität eine Expedition in das Novgoroder Land, um in diesem für die podseka, die mit dem Pflugbau verbundene Rodung, typischen Territorium neue Studien zum Wesen dieses Bodenbearbeitungssystems und der dafür gebräuchlichen Ackergeräte durchzuführen. Die Expedition stellte fest, daß in den nördlichen und südöstlichen Bezirken sich die socha nicht aus der sukovatka entwickelt haben konnte und daher auch in ihrer anfänglichen Gestalt nicht viel-, ja nicht einmal dreizinkig gewesen war.⁴⁵ Wenn ein solches Ackergerät in der Waldzone überhaupt gebräuchlich war, dann während der palnaja podseka, der Brandrodung also. Sobald sich aber in der Waldzone der Pflugbau durchsetzte, und das war auf allen jenen Böden der Fall, die vom Wald befreit und ständig bebaut wurden, kam die zweizinkige, die mit zwei sošniki ausgerüstete socha, zur Anwendung. Es ist daher Kočin zuzustimmen, wenn er entgegen der von Tret'jakov aufgestellten und von Kifjanov unterstützten

41 Tret'jakov, P. N., Podsečnoe zemledelie v Vostočnoj Evrope (Der Rodungs-Ackerbau in Osteuropa), in: Izvestija Gosudarstvennoj Akademii istorii material'noj kul'tury, H. 1/1932, S. 25 f.

42 Ravdonikas, V. I., Staraja Ladoga (Alt-Ladoga), in: SA, Bd. 12, Moskau - Leningrad 1950, S. 39; *Supinskij, A. K.*, K istorii zemledel'českich orudij russkogo severa (Zur Geschichte der Ackerbauwerkzeuge des russischen Nordens), in: Sovetskaja etnografija, H. 2/1949, S. 138 ff.; *Levaševa, V. P.*, Sel'skoe chozajstvo, a. a. O., S. 25 - 27. - Dovženok meint, daß sich die socha sowohl aus der sukovatka als auch aus dem ralo entwickelt habe (*Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 89).

43 Kifjanov, A. V., a. a. O., S. 316.

44 Ebenda, S. 346.

45 Gromov, G. G., Podsečno-ognevaja sistema zemledelija krest'jan Novgorodskoj oblasti v 19 - 20 vv. (Das Brandrodensystem des Ackerbaus der Bauern im Gebiet von Novgorod im 19. u. 20. Jh.), in: Vestnik Moskovskogo Gosudarstvennogo universiteta. Istoriko-filologičeskaja serija, H. 4/1958, S. 143.

These die zweizinkige socha als das für die Waldzone typische Ackergerät schon für das 10. Jahrhundert erachtet.⁴⁶ Auf Grund des vorliegenden Fundmaterials von eisernen Pflugscharen steht mit Sicherheit fest, daß im 9./10. Jahrhundert in allen Bodenzonen des europäischen Rußlands der Gebrauch des Pflugs für die Bodenbearbeitung typisch war. In der Steppen- und Waldsteppenzone wurde das Ackergerät als ralo oder plug, in der Waldzone als socha bezeichnet.

In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts besaß der Pflug im Ackerbau der Ostslawen schon eine lange Tradition: Seit 500 bis 600 Jahren hatte er eine dominierende Rolle gespielt. Die naralniki und sošniki aus Staraja Ladoga und Pskov zeigen an, daß er auch in der Waldzone des Nordens heimisch wurde.

Doch wie beachtlich seine Vervollkommnung durch die Verlängerung der Schare und ihre Veränderung von der symmetrischen zur asymmetrischen Form, wodurch eine teilweise Wendung der Erdscholle möglich wurde, auch gewesen ist, er allein vermochte die notwendige ständige Erweiterung der Anbaufläche nicht zu gewährleisten. Da deren Ausdehnung zunächst zwangsläufig dort aufhörte, wo der Wald begann, mußte vorerst die Rodung vorgenommen werden. Sie war nur mit Axt und Hacke (sokira und snotyka) zu bewerkstelligen. Archäologische Funde eiserner Arbeitsteile dieser beiden Werkzeuge bezeugen ihre An- und Verwendung. Bemerkenswert ist, daß solche Funde aus dem Süden, aus dem nördlichen Schwarzerdegebiet, stammen (zum Beispiel wurden zwei Hacken und zwei Äxte unweit von Penkovka [Bezirk Čerkassy], zwei Hacken auf dem Volyncevsckoe gorodišče an der Sejm⁴⁷, drei Hacken und einige Äxte auf dem Novotroickoe gorodišče bei Romny an der Sula entdeckt).⁴⁸ Die Hacken von Novotroickoe haben eine Länge von 12 bis 14 Zentimetern und eine Breite von 7,5 bis 8,5 Zentimetern, die Äxte eine Länge von 20 Zentimetern und eine Breite von 6 Zentimetern.⁴⁹ In allen drei Orten lagen diese Arbeitsstücke mit eisernen Pflugscharen zusammen, so daß mit diesen Fundkomplexen die Koppelung von Pflugbau und Rodung der Waldböden hinreichend demonstriert ist. Für den Norden zeichnen sich dagegen drei Verfahren in der Bodenaufbereitung ab: nämlich der Pflugbau, die davon völlig unabhängige Brandmethode (palnaja podseka) und die mit dem Pflugbau gekoppelte Waldrodung (podseka).

46 Košin, G. E., a. a. O., S. 65.

47 Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 96.

48 Ljapuškín, I. I., Gorodišče Novotroickoe (Die befestigte Siedlung Novotroickoe), in: MIA, Bd. 74, Moskau 1958, S. 18 f., 150 u. 152.

49 Ebenda.

In der Zeit vom 10. Jahrhundert bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts hat der Ackerbau der Ostslawen das entscheidendste Stadium seiner technischen Entwicklung während des gesamten russischen Mittelalters erreicht. Diese Feststellung ergibt sich aus der Analyse der bei archäologischen Ausgrabungen gefundenen eisernen Arbeitsteile von Ackergeräten. Aus dem Fundmaterial und seiner Topographie geht viererlei hervor: Gewinnung neuer Anbauflächen, Zunahme der Beständigkeit des Ackerbaus an Ort und Stelle, Verbesserung der Ackergeräte sowie der Bodenbearbeitung.

Eine unvollständige Registrierung der Fundstätten eiserner Schare von Pflug und socha verzeichnet über dreißig Orte⁵⁰: Knjaža gora (Mündung der Roß in den Dnepr), Devič gora (Bezirk Korsun-Ševčenko), Maloe Starosele (Bezirk Čerkassy), Rajki (Bezirk Berdičev), Kolodjažin (Bezirk Žitomir), Gorodsk (Bezirk Korosten'), Gorodišče bei Voinska Greblja (Bezirk Poltava), Gorodišče (Bezirk Šepetovka), Ekimauce (unterer Dnestr), Vladimir-Volynsk, Plisnesk (Bezirk L'vov), Grodno, Novogrodek, Vščič (Bezirk Brjansk), Debidka (Bezirk Urinsk), Gorodišče bei Talaškinsk (Bezirk Smolensk), Voinščina und Borodinskoe (beide im zentralen Teil des Bezirks Smolensk), Novgorod, Gorodnja, Peryn bei Novgorod, an der oberen Wolga (bei Kalinin), Moskau, Gorodišče Dmitrovo (Bezirk Moskau), Suzdal', Jaroslavl', Vladimir, Vyšgorod, Pronsk, Gorodišče Pal'noe, Semenovskoe gorodišče bei Perejaslavl' Rjazanskij. (die vier letzteren aus dem Bezirk Rjazan'). Die Topographie der Funde zeigt, daß die Ostslawen zwar immer noch den Ackerbau an den gleichen Stellen der Schwarzerdeböden der Steppenzzone betrieben wie ihre Vorfahren in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, nämlich westlich des Dnepr vom 50. Breitengrad in südlicher Richtung⁵¹, sie veranschaulicht aber auch, daß die Ostslawen zur Ausweitung des Ackerbaus die Waldsteppenzzone bevorzugten. Die Landnahme im Norden der Waldsteppenzzone ist eindeutig, aber unverkennbar ist auch die wachsende Verbreitung des Pflugbaus in der Waldzone. Die Landnahme weiterer in der Steppenzzone gelegener Schwarzerdeböden scheiterte indessen am Gegen- druck der Steppenvölker, der Pečenegen und Polovcen.

Von der größeren Intensität des Pflugbaus zeugt aber, verglichen mit dem vorangegangenen Zeitraum, nicht nur die beträchtliche Vermehrung

⁵⁰ *Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 251 - 260; *Gubevič, F. D.*, Sel'skoe chozjajstvo i promysly drevnerusskogo Novogrudka (Landwirtschaft u. Gewerbe im altrussischen Nowogrudok), in: KSIA, Nr. 104, Moskau 1965, S. 77.

⁵¹ *Levaševa, V. P.*, Karta nachodok pachotnych orudij (Geographische Übersicht über Fundstätten von Ackerwerkzeugen), in: Sel'skoe chozjajstvo, a. a. O.

der Fundorte der Schare, sondern vor allen Dingen die Massierung der Funde an einzelnen Orten und Plätzen, wie die folgenden Beispiele veranschaulichen. In Rajki lagen 22 Schare und 4 Seche, in Gorodišče (Bezirk Šepetovka) 18 Schare und einige Seche, in Devič gora 7 Schare, in Novgorod 6 Schare, in Knjaža gora 5 Schare und 6 Seche, in Kolodjažin 4 Schare, in Voinščina (zentrales Gebiet von Smolensk) 4 Schare, in Gorodsk am Fluß Teterev 3 Schare, in Plisnesk 2 Schare und 1 Sech.⁵² Wie die zahlreichen Funde in Novgorod und Voinščina zeigen, war auch in der Waldzone die gleiche Tendenz wie in den südlichen Zonen wirksam.

Diese Häufigkeit und Massierung der Funde zeugt von einer beträchtlichen Steigerung der Herstellung eiserner Schare, die sich aus einer stärkeren Nachfrage ergab. Aber noch wesentlicher ist, daß eine weitere Veränderung der Agrartechnik in diesen Scharfunden ihren gegenseitlichen Ausdruck fand. Die Dimension der Schare hat sich abermals vergrößert. Eine Entwicklung setzte sich damit verstärkt fort, wie sie schon von der ersten zur zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends eingetreten war. In der Zeit vom 10. bis 13. Jahrhundert werden die Pflüge erneut mit größeren Scharen ausgerüstet. Kennzeichnende Beispiele dafür sind die Schare aus Rajki. Unter den 16 großen Scharen gibt es dreierlei Ausmaße, nämlich: 26 Zentimeter lang und 15,5 Zentimeter breit; 30,2 Zentimeter lang und 14,5 Zentimeter breit; 35 Zentimeter lang und 19 Zentimeter breit.⁵³ Kompakter sind die Schare aus dem Rjazaner Land, denn das Exemplar von Vyšgorod hat eine Dimension von 29,5 Zentimeter Länge und 28 Zentimeter Breite.⁵⁴ Mit derartigen Scharen konnten Ackerschollen von 15 bis 19 Zentimeter Umfang angelegt werden. Was für die Pflugschare zutrifft, gilt auch für die Seche. Die Fundstücke aus Rajki sind 47 und 53 Zentimeter lang⁵⁵, das Sech aus Rjazan hat eine Länge von 45 Zentimetern.⁵⁶ Diese großen Pflugschare wurden im Bereich der Schwarzerdeböden verwendet, denn ihre Fundstätten befinden sich in Rajki, Kolodjažin, Plisnesk, Eki-mauce, Korsun, Knjaža gora und im Rjazaner Land wie in Pronsk und Vyšgorod. Es handelt sich dabei einmal um das südwestlichste Gebiet des russischen Schwarzerdestreifens westlich vom Dnepr und Dnestr,

52 *Dovženok, V. I.*, *Zemlerobstvo*, a. a. O., S. 40 - 52; *Kiržjanov, A. V.*, a. a. O., S. 344 - 347; *Sedov, V. V.*, *Sel'skie poselenija*, a. a. O., S. 73; *Gončarov, V. K.*, *Rajkoveckoe gorodišče* (Die befestigte Siedlung Rajki), Kiev 1950, S. 62 - 64.

53 *Gončarov, V. K.*, a. a. O.

54 *Mongajt, A. L.*, a. a. O., S. 259.

55 *Gončarov, V. K.*, a. a. O., S. 64.

56 *Mongajt, A. L.*, a. a. O., S. 259.

südlich des 50. Breitengrades und zum andern um den Nordrand des zentralen russischen Schwarzzerderaumes zwischen dem 54. und 55. Breitengrad (Gebiet von Rjazaň).⁵⁷

Die kleineren Pflugschare, die naralniki, die in der Waldsteppenzone benutzt wurden, haben zwar im wesentlichen noch denselben Umfang wie in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends, aber auch bei ihnen ist eine Tendenz zu größeren Ausmaßen deutlich. Einige erreichen eine Länge von 19 bis 23 Zentimetern und eine Breite von 13 Zentimetern.⁵⁸ Auch die sošniki, die in den Waldzonen benutzten Pflugschare, wurden größer. Die gleiche Tendenz läßt sich auch an den in Novgorod gefundenen Scharen eindeutig feststellen. Der in Schichten des 10. Jahrhunderts gefundene sošnik ist 17,6 Zentimeter lang und 3,2 Zentimeter breit, aber drei aus dem 11. Jahrhundert haben eine Länge von 18,4 bis 21 Zentimetern und eine Breite von 5,2 bis 8,2 Zentimetern, ein weiterer aus dem 13. Jahrhundert erreicht dagegen schon eine Länge von 28 Zentimetern und ist 10 Zentimeter breit.⁵⁹ Die sošniki aus dem zentralen Teil des Smolensker Landes (Voinščina und Borodinskoe), die in das 12. Jahrhundert datiert werden, sind 17 bis 19 Zentimeter lang.⁶⁰ Die Länge des sošnik von Novogrodek beträgt 15 Zentimeter und seine Breite 7,5 Zentimeter.⁶¹

Die Vergrößerung der Schare spiegelt eindeutig die Erfahrung der altrussischen Bauern wider, daß eine tiefere und breitere Auflockerung des Bodens einen höheren Ernteertrag verspricht. So kam es zur Herstellung der größeren eisernen Schare. Wenn die altrussischen Schmiede in der Zeit vom 10. bis 13. Jahrhundert ihre Kollektion der für den Ackerbau bestimmten Erzeugnisse in Quantität und Qualität erweiterten und hierbei auch neue Bearbeitungsverfahren entwickelten, wie die Herstellung großer Pflugschare (lemechy) durch Verschweißen zweier Eisenplatten⁶² im Gewicht von insgesamt 3,2 Kilogramm (wogegen für die kleineren Schare nur eine verwendet wurde), so ist dies auf die bäuerliche Anweisung zurückzuführen. Die bäuerliche Berufserfahrung löste eine weitere Entwicklung der Ackergeräte aus und stimulierte

57 *Dokušaeu, V. V.*, Schematičeskaja karta černozemnoj polosy Evropejskoj Rossii, a. a. O.; *Levaševa, V. P.*, Karta nachodok pachotnych orudij, a. a. O.; *Mongajf, A. L.*, a. a. O., S. 259.

58 *Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 65 f.

59 *Kiržanov, A. V.*, a. a. O., S. 344 - 347.

60 *Sešov, V. V.*, Sel'skie poselenija, a. a. O., S. 74.

61 *Gutevič, F. D.*, a. a. O., S. 77.

62 *Kolčin, B. A.*, Černaja metallurgija i metalloobrabotka v drevnej Rusi (Das Eisenhüttenwesen u. die Metallbearbeitung in der alten Ruß), in: MIA, Bd. 32, Moskau 1953, S. 87.

die Produktion des Schmiedehandwerks, so daß im 12. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine geradezu ideale Arbeitskooperation von Ackerbau und Schmiedehandwerk in der alten Ruß vor sich ging. Die altrussischen Ackerbauern gaben den Schmieden die Herstellung neuer, größerer Pflugschare in Auftrag.

Die Funde der naralniki beweisen, daß neben dem schweren der leichte Pflug, das ralo, verwendet wurde. Seine Benutzung erfolgte auch auf den Schwarzerdeböden der Steppenzzone, denn die naralniki wurden fast an allen Orten gefunden, an denen die lemechy lagen, wie Rajki, Kolodjažin, Knjaža gora, Devič gora, Gorodsk, Gorodišče (Šepetovka), Vladimir-Volynsk, Plisnesk.⁶³ In dieser Zone kann der leichte Pflug eine zweifache Funktion ausgeübt haben. Er kann Pflug des ärmeren Bauern gewesen sein, der nicht über das zur Bespannung erforderliche Zugvieh, vor allem Pferde, verfügte. Mit den naralniki wurden leichtere Pflüge ausgerüstet, die nur leichtere und nicht übermäßig veraste Böden zu bearbeiten hatten und so die schweren, mit lemechy ausgerüsteten Pflüge als Aushilfsgerät bei der Bodenbearbeitung ergänzten.⁶⁴ In der Waldsteppe war dagegen den Funden von Lebedka, Dmitrovo (Bezirk Moskau) und Gorodnja (bei Kalinin - obere Wolga) zufolge der mit dem naralnik ausgerüstete Pflug das typische und hauptsächlichliche Ackergerät. In den Waldgegenden der Waldsteppenzzone bediente man sich dagegen des in der Waldzone typischen Pfluges, der socha; denn sošniki wurden gefunden in: Kostroma, Moskau, Gorodnja, Lebedka, Vščič, Vladimir, Grodno, Nowogrodek.⁶⁵ Während also in der Steppenzzone plug und ralo - schwerer und leichter Pflug - benutzt wurden, waren in der Waldsteppe ralo und socha - die beiden leichteren Pflüge - in Gebrauch. In Anbetracht der Funde von sošniki in der Waldsteppenzzone könnte man von deren Einwanderung aus der nördlich gelegenen Waldzone, also von einer Bewegung von Norden nach Süden, sprechen, während der naralnik aus dem Süden, aus der Steppenzzone, nach dem Norden, in die Waldsteppe, wanderte.

Haben schon die kleineren und leichteren Schare, die kurzen naralniki und länglichen sošniki, die Frage nach der Beweglichkeit von plug und socha geweckt, so drängt sie sich im Hinblick auf die nunmehr auftretenden großen und schweren Schare, die lemechy und verlängerten sošniki, geradezu unausweichlich auf. Als Zugkraft wurden Ochse und Pferd verwendet. Doch darüber geben die schriftlichen Quellen nur selten und

63 *Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 40 - 61.*

64 *Ebenda, S. 82.*

65 *Ebenda, S. 46 - 50; Gutevič, F. D., a. a. O., S. 77.*

zudem spät Auskünfte. Die früheste Mitteilung liegt unter dem Jahre 1103 in der (im Deutschen unter dem Namen Nestor-Chronik bekannten) Povest' vremennyh let vor, wo gesagt ist, daß Fürst Vladimir Monomach auf dem Fürstentreffen zu Dolobsk die dort anwesenden Fürsten und ihre Družinen zu einem offensiven Kriegszug gegen die Polovcen zu überreden versuchte, um zu verhindern, daß diese weiterhin ins Land einfielen, russische Bauern gefangen nahmen und Pferde wegführten. Ausdrücklich wird hier erwähnt, daß man sich des Pferdes beim Ackerbau bediente.⁶⁶ Diese Bestimmung des Pferdes ist auch festgelegt im Artikel 57 der von demselben Fürsten wahrscheinlich im Jahre 1113 erlassenen Erweiterten Russkaja Pravda⁶⁷, einer Sammlung von Rechtsvorschriften, denn eine der in diesem Artikel enthaltenen Regelungen besagt, daß der abhängige Bauer (rolejnyj zakup) vom Grundherrschaft zur Bodenbestellung ein Pferd zur Nutzung erhält, ohne zur Entschädigung verpflichtet zu sein, wenn es sich eine Verletzung zuzieht oder gar zugrunde geht.⁶⁸ Die nächstfolgende quellenkundliche Mitteilung über die Verwendung des Pferdes als Zugkraft bei der Bodenbearbeitung ist unter dem Jahre 1240 in der Ersten Novgoroder Chronik eingetragen, wonach dem Ackerbau im Novgoroder Land großer Schaden zugefügt wurde, weil die Litauer, die Deutschen und die Čuden im Zuge ihrer fortgesetzten Einfälle die Pferde mitnahmen.⁶⁹ Die Mitteilungen der beiden schriftlichen Denkmäler, der Povest' vremennyh let und der Ersten Novgoroder Chronik, sind bedeutungsvoll, weil sie die Verwendung der Pferdekraft bei der Bodenbestellung sowohl für den Süden als auch für den Norden der Ruß bezeugen. Daß die Nutzung der Pferdekraft für den Ackerbau durchaus üblich war, ist aber auch aus dem bei archäologischen Grabungen gefundenen osteologischen Material deutlich zu erkennen. Danach nimmt die Zahl ungeteilter Pferdeknochen in den Kulturschichten vom 11. Jahrhundert an mit fortschreitender Entwicklung zu, während zerhackte Pferdeknochen abnahmen.⁷⁰ Dieser Tatbestand lehrt,

66 I reče Volodimer: "Divno mi, družino, ože lošadi žalujete, eju že kto oret' ... načnet' orati smerd, i priečhav polovčín udarit' i streloju, a lošad' ego poimet'"/Da erwiderte Volodimer: "Mich dünkt es seltsam, Gefährten, daß ihr das Pferd bedauert, mit dem der Smerde pflügt... der Smerde beginnt zu pflügen, und der Polovce reitet heran, erschießt den Smerden mit dem Pfeil, nimmt weg das Pferd"(Povest' vremennyh let, a. a. O., S. 183/ Die altrussische Nestorchronik Povest' vremennyh let, in Übersetzung hg. v. Reinhold Trautmann, Leipzig 1931, S. 187 = Slavisch-Baltische Quellen u. Forschungen, hg. v. R. Trautmann, H. 6).

67 Grekov, B. D., Kievskaja Ruß, Moskau 1953, S. 202.

68 Pravda Russkaja (Das russische Recht), Bd. 2., Moskau 1947, S. 489.

69 Novgorodskaja pervaja letopiš (Erste Novgoroder Chronik), Moskau 1950, S. 78.

70 Levaševa, V. P., a. a. O., S. 84.

daß das Pferd vom 11. Jahrhundert an weniger der menschlichen Ernährung diene - zerhackte Pferdeknochen weisen auf Verzehr des Pferdefleisches hin -, als vielmehr für die wirtschaftliche Nutzung bestimmt war, nämlich als Zugkraft für Verkehrsmittel und Ackergeräte.

Obwohl die Bodenbearbeitung mit dem Pflug in der Zeit vom 10. Jahrhundert bis Mitte des 13. Jahrhunderts ein beträchtliches räumliches Ausmaß annahm, waren die Rodung (podseka) und Brandrodung (palnaja podseka) noch im 12. und 13. Jahrhundert recht bedeutungsvoll. Das gilt vor allem für die Rodung. Die sowjetische Forschung revidiert die einst vertretene Auffassung, wonach zu diesem Zeitpunkt diese Methode der Bodenbearbeitung selbst in der Waldzone gegenüber dem Pflugbau immer mehr zurückgegangen sei⁷¹, weil das ständig zunehmende archäologische Material dieser Meinung entgegentritt. Die zahlreichen und ständig neuen Funde von Rodeäxten sprechen eben eine zu vernehmliche Sprache. Gegen einen progressiven Rückgang der podseka spricht einfach die kolonisatorische Betätigung der Ostslawen in den Räumen des Nordens und Nordostens.

Die Rodeäxte werden nicht nur in der Waldzone, sondern auch an verschiedenen Stellen in der Waldsteppenzone, ja sogar auch in der Steppenzone entdeckt. Aus dem Novgoroder Land wurden 150⁷² und in Novgo-

71 Die Waldrodung, die podseka, wurde in der Forschung zunächst nur als rückständige Agrartechnik betrachtet. Man unterschätzte dabei ihre ökonomische Bedeutung. Außerdem hatte man in ungerechtfertigter Verallgemeinerung ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen nicht beachtet. Infolgedessen wurde die Überlegenheit des Pflugbaus verabsolutiert. Man betonte diese Überlegenheit gegenüber der Waldrodung auch für Zeiträume und Territorien, in denen der Entwicklung des Pflugbaus auf Grund der natürlichen Bedingungen Grenzen gesetzt waren. So erklärte *Tret'jakov, P. N.*, *Sel'skoe chozjajstvo i promysly, a. a. O.*, S. 43, daß "im Norden die Waldrodungswirtschaft zwischen dem 8. und 10. Jh. durch die Pflugkultur verdrängt worden ist". Noch prononcierter äußerte sich *Grekov, B. D.*, *Kievskaja Ruš, Moskau 1953*, S. 69: "S VII - IX vekov my možem smelo govorit' o veduščej roli pašennogo zemledelija daže v severnych častjach territorii Rusi" (Wir können ohne weiteres behaupten, daß seit dem 7. - 9. Jh. der Pflugbau selbst in den nördlichen Territorien der Ruš eine führende Rolle spielte). Eine ähnliche Auffassung vertritt auch *Levaševa, V. P.*, *a. a. O.*, S. 38. Diesen Meinungen stehen nunmehr andere gegenüber, wie *Gromov, G. G.*, *a. a. O.*, S. 143 - 149; *Gorskiĭ, A. L.*, *Zemledelie v severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv.* (Der Ackerbau in der nordöstlichen Ruš im 14. u. 15. Jh.), in: *Materialy po istorii sel'skogo chozjajstva i krest'janstva SSSR*, Bd. 3, Moskau 1959, S. 21; *Mordvinskaja, A. M.*, *K istorii kul'tury ovsa* (Zur Geschichte der Kultivierung des Hafers), in: *ebenda*, Bd. 4, Moskau 1960, S. 324; *Šapiro, A. L.*, *a. a. O.*, S. 130; *Košin, G. E.*, *a. a. O.*, S. 196.

72 *Dovženok, V. I.*, *Zemlerobstvo, a. a. O.*, S. 50.

rod selbst (im Nerevskij konec) 72 Exemplare geborgen⁷³. Während diese Funde in der Waldzone als natürlich erscheinen, erregen sie für die Waldsteppenzone schon besondere Aufmerksamkeit. So wurden in Kurganen des Gebiets von Vladimir 102 Stück⁷⁴ entdeckt, und im Rjazaner Land kommen sie auf allen gorodišče, allen Siedlungsbefestigungen, vor.⁷⁵ Mehrere Funde wurden aus dem Smolensker Land⁷⁶, aus dem Bezirk Orel⁷⁷, aus dem Raum Černigov⁷⁸ und aus dem Bezirk Grodno⁷⁹ gemeldet. Diese topographischen Unterlagen zeigen recht eindrucksvoll, daß die podseka auch in dieser Vegetationszone in der Zeit vom 11. bis 13. Jahrhundert eine beachtliche Rolle bei der Aufbereitung und Gewinnung neuer Anbauflächen spielte.

Doch am bemerkenswertesten muten die Axtfunde aus der Steppenzone an, besonders, wenn sie recht massiert auftreten. Geradezu sensationell wirkt der Massenfund von Rajki, der aus 112 Rodeäxten besteht.⁸⁰ Beachtlich ist auch der Fund von Kolodjažin, wo 8 Äxte entdeckt wurden.⁸¹

Die eisernen Arbeitsteile der Rodeäxte sind verschieden groß. Es gibt einige, die 15 bis 16 Zentimeter lang und 9 bis 10 Zentimeter breit sind (Rajki); andere dagegen sind 19 bis 20 Zentimeter lang und 7,3 bis 7,6 Zentimeter breit (ebenfalls Rajki).⁸² Noch andere haben eine Dimension von 21 Zentimeter Länge und 17,5 Zentimeter Breite, und schließlich gibt es eine Gattung, die 20 Zentimeter lang und 15 Zentimeter breit ist.⁸³ Im 12. Jahrhundert treten Äxte mit breiten Schneiden auf. Die eisernen Arbeitsteile wurden an Handstielen von 60 bis 70 Zentimeter Länge befestigt, so daß bei diesen Äxten ein Verhältnis zwischen eisernem Arbeitsteil und Holzstiel vorlag, wie es noch heute gebräuchlich ist.⁸⁴

73 Kolšin, B. A., Železobrabatyvajuščee remeslo Novgoroda Velikogo (Das Eisenbearbeitende Handwerk in Novgorod), in: MIA, Bd. 65, Moskau 1959, S. 23.

74 Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 50.

75 Mongajst, A. L., a. a. O., S. 260.

76 Sedov, V. V., Sel'skie poselenija, a. a. O., S. 74.

77 Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 46.

78 Ebenda, S. 50.

79 Levaševa, V. P., a. a. O., S. 43.

80 Gončarov, V. K., a. a. O., S. 64.

81 Derselbe, Rabota Volyncevskei archeologičeskei ekspedicyji 1946 r. (Arbeiten der Volyncever Archäologischen Expedition des Jahres 1946), in: Archeologični Pamjatki URSS (Archäologische Denkmäler der Ukrain'schen SSR), Bd. 3, Kiev 1952.

82 Derselbe, Rajkoveckoe gododišče, a. a. O., S. 87.

83 Levaševa, V. P., a. a. O., S. 40.

84 Ebenda, S. 45.

Obwohl uns die schriftlichen Quellen hierbei im Stich lassen, vermögen wir dennoch zu erkennen, daß in der Waldzone die Rodung mit dem Abbrand verknüpft war und daß auf diese Weise dem Wald neue Anbauflächen abgerungen wurden. In der Waldsteppe dagegen dürfte die Rodung ohne Abbrand vor sich gegangen sein. Hierbei wurde das Ziel systematisch verfolgt, neue Anbauflächen für die Bearbeitung mit dem Pflug vorzubereiten. Das gleiche wäre über die Steppenzone zu sagen. Der große Fund von Rajki läßt ein erstaunliches Ausmaß der Rodetätigkeit in der Vegetationszone der Schwarzerdeböden erkennen. Hier konnten nicht nur Grasflächen unter den Pflug genommen werden, wenn neue Anbauflächen zu schaffen waren. Es mußten auch hier Waldstücke abgeholzt werden, wenn neues Land unter den Pflug genommen werden sollte. Der Großfund von Rodeäxten in Rajki zerreißt das bisherige Vorstellungsschema, wonach in den Schwarzerdegebieten der Steppe der Ackerbau sich ausschließlich mit dem Pflugschar vollzog. Allerdings war hier die podseka nur eine Begleiterscheinung des Pflugbaus.

4. Ackerbausysteme

Nach dieser Übersicht über die Bodenbearbeitungsgeräte und -werkzeuge und deren Entwicklung sollen die Ackerbausysteme einer Betrachtung und Untersuchung unterzogen werden. Für die Periode der Zarubincy-Kultur lassen sich keine bestimmten Feststellungen treffen, weil ja von Ackerwerkzeugen keine Funde vorliegen. Schriftliche Quellenmitteilungen liegen gleichfalls nicht vor. Nicht einmal so spärliche Aussagen, wie sie Tacitus über den Ackerbau der Germanen hinterließ, sind von der Bodenkultur der Zarubincy-Bauern überliefert. Man kann daher lediglich Hypothesen darüber aufstellen. Wenn die Zarubincy-Bauern nur den Hackbau kannten, so dürften sie ein primitives Zweiparzellensystem angewandt haben. Sie bebauten eine Parzelle, einen Streifen, das "Feld" (pole), das "ploše", indem sie den Boden aufhackten, von Gewächsen säuberten, beharkten, während eine andere Parzelle, wahrscheinlich von größerem Umfang als das pole, "ruhte". Ethnographische Untersuchungen aus dem 19. Jahrhundert, die wegen der großen Zeitdifferenz allerdings nur unter starken Vorbehalten herangezogen werden können, ergaben, daß die Ruhezeit des Bodens sieben bis zehn Jahre dauerte und die Bestellung der Felder vier bis sechs Jahre anhielt, weil der Boden nur so lange fruchtbar war und Erträge abwarf.⁸⁵ Gegenwärtig wissen wir auch noch nicht, ob die Zarubincy-Bauern die

⁸⁵ Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 103.

Brandrodung, die palnaja podseka, anwandten. Dies ist jedoch anzunehmen, da sie in der Waldsteppe siedelten. Für eine Rodung sprechen Funde von Äxten (11 bis 12,5 Zentimeter Länge und 4 bis 4,3 Zentimeter Breite).⁸⁶ Da Getreide angebaut wurde, mußte die Bodenbearbeitung ein bemerkenswertes Niveau erreicht haben.

Ein klareres Bild vom System der Bodenbearbeitung besitzen wir schon für die Černjachov-Periode. Der damals verwendete, wenn auch noch mit kurzen engschaufeligen Scharen ausgerüstete Pflug, ermöglichte die Beackung weit größerer Flächen, als dies der Hackbau gestattete. Demzufolge waren auch umfangreichere Ruhelandstreifen notwendig. Das aus Acker- und Ruheland bestehende Zweiparzellensystem wurde jetzt zu einer "Feldgraswirtschaft", zum sogenannten perelog, vervollkommen und konnte zur weitgehenden Regelmäßigkeit werden. Das Zweifelderwesen bildete sich zum Anbausystem aus. An der Dauer des Ruhezustandes der un bebauten Parzellen dürfte sich gegenüber der Zarubincy-Periode nichts geändert haben.

Für das 5., 6. und teilweise auch für das 7. Jahrhundert müssen wir für die Territorien, in denen einst die Černjachov-Stämme wohnten, einen Rückgang des Ackerbaus annehmen. Die archäologische Forschung ermittelt für diesen Zeitraum teils zerstörte Siedlungen, teils Siedlungsleeren. Diese Sachlage wird nicht zu Unrecht mit dem Einfall der Hunnen in die Siedlungsbereiche der Černjachov-Slawen erklärt. In den siedlungsleeren Gebieten mußte also Generationen hindurch bearbeitetes Ackerland wieder zur Waldsteppe, also zur Wüstung verschiedener Grade und verschiedener Dauer - temporärer, partieller, ja totaler Art -, geworden sein. Die Anbaufläche schrumpfte erheblich zusammen. Jedoch überall dort, wo das Land besiedelt war und wo mit dem ralo, das mit breiteren Ackerscharen ausgerüstet war, der Boden beackert wurde, dürfte das Zweiparzellensystem praktiziert worden sein. Man muß annehmen, daß mit Hilfe des verbesserten ralo größere Parzellen beackert werden konnten, so daß das Feldgrasstück ständig abnahm. Auf jeden Fall wurden in der späteren Antenperiode größere Bodenflächen dem Pflugbau unterzogen, und zwar nicht nur in den Schwarzerdegebieten der Steppe, sondern auch in der Waldsteppenzone und, wie die Scharfund e von Ladoga zeigen, ebenfalls in der Waldzone. Gegenüber der Černjachov-Periode müssen in der späteren Antenperiode der Pflugbau und das Zweiparzellensystem an Umfang zugenommen haben. Zieht man jedoch die wenigen Scharfunde im Norden der Ruß und die recht zahlreichen

86 *Tret'jakov, P. N., Čaplinskoe gorodišče, a. a. O., S. 139.*

Funde von Rodungswerkzeugen in der Waldsteppenzone in Betracht, so entsteht der Eindruck, daß die podseka, das Rodungssystem, und nicht das pašennoe zemledelie, der Pflugbau, in den von den Ostslawen besiedelten Territorien vorherrschte. Mangels Quellenunterlagen lassen sich somit über die in der Zeit vom 6. bis 10. Jahrhundert in der Ruß angewandten Bodenbearbeitungssysteme nur hypothetische Überlegungen anstellen.

Für die Zeit vom 11. Jahrhundert an läßt sich für die Ruß eine weitere Etappe in der Entwicklung der Ackerbausysteme erkennen. Es begann der Zeitraum, in dem eine systematische Regelung des Anbaus einsetzte, die sich schließlich zum Dreifeldersystem entwickelte, bei dem es sich, wie die Bezeichnung ausdrückt, um eine Dreiteilung des vom Pflug oder der socha bearbeiteten Bodenkomplexes handelte. Dabei wurde ein Feld für die Aussaat des Wintergetreides und ein zweites für die Aussaat des Sommergetreides vorgesehen, während das dritte brachlag, bis man es wieder für die Aussaat des Winter- oder Sommergetreides benutzte. Die Dauer des Brachliegens konnte sich sicherlich über ein Jahr hinaus erstreckt haben, war aber erheblich kürzer als beim pereleg. Einjährige Brachen hält Kitjanov im Novgoroder Land schon zu einem frühen Zeitpunkt für möglich.⁸⁷ Das brachliegende Feld oder, kurz gesagt, die Brache ist nicht das Ruheland, der pereleg, das Feldgrasstück, das bis zur Regenerierung der Fruchtbarkeit liegen blieb. Möglicherweise hat auch dieses zu einer Wirtschaftseinheit gehört, so daß sie vier Felder oder Feldstücke umfaßte. Doch den Unterschied zwischen pereleg und Brache - par oder parnoe pole - kann man wohl darin erblicken, daß die Brache ebenfalls Ackerland war, während der pereleg über einen längeren Zeitraum hinweg überhaupt nicht beackert wurde.

Das Dreifeldersystem ist nicht nur von der früheren russischen, sondern auch von der sowjetischen Geschichtsschreibung für einen verhältnismäßig späten Zeitraum angesetzt worden. Die russischen Agrarhistoriker aus der Zeit vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wollten es erst vom 16. Jahrhundert an gelten lassen⁸⁸, die sowjeti-

87 Kitjanov, A. V., a. a. O., S. 361.

88 Gnevušev, A. M., Očerki ékonomičeskoj social'noj žizni naselenija Novgorodskoj oblasti posle prisoeдинenija Novgoroda k Moskve, Kiev 1915. - Der Autor behauptet, daß Ende des 15. Jh. "ein Übergang von der podseka zum trechpole vor sich ging" (ebenda, S. 215); Kaufman, A. A., Otzyv o sočinenii N. N. Nordmana, Statistika v Russkoj istorii (Entgegnung auf das Werk von N. N. Nordman, Die Statistik in der russischen Geschichte), in: Zapiski imperatorskoj Akademii po istoriko-filologičeskomu otdeleniju, Bd. 9, Petersburg 1912. Kaufman bestritt sogar für das 15. Jh. das Dreifeldersystem,

schen frühestens für das 14. Jahrhundert⁸⁹. Diese späte Datierung nimmt auch nicht wunder, denn die eindeutigen schriftlichen Quellenunterlagen hierzu, wie zum Beispiel die Novgoroder Grundbücher, stehen erst für diese späteren Zeiträume zur Verfügung. Die Mitteilungen der Ersten Novgoroder Chronik über Winter- und Sommergetreide wurden als Zeugnis für die Anwendung des Dreifeldersystems nicht ausgewertet. Zu einer Überprüfung der Datierung sahen sich die sowjetischen Agrarhistoriker durch häufigere Funde verschiedenartiger Ackerschare genötigt.

wie es sich in den Novgoroder Grundbüchern (Novgorodskie piscovye knigi) offenbart, und meinte, erst gegen dessen Ende sei ein Übergang zum Dreifeldersystem zu verzeichnen gewesen (ebenda, S. 55 - 177). - *Oganovskij, N. P.*, *Zakonomernost' agrarnoj evolucii* (Die Gesetzmäßigkeit der landwirtschaftlichen Evolution), Bd. 2, Saratov 1911, S. 67 f., vertritt die Auffassung, daß das trechpole erst aus den Novgoroder Grundbüchern zu erkennen und Ende des 15. Jh. aufgenommen sei. - *Rožkov, M. O.*, *Sel'skoe chozjajstvo Moskovskoj Rusi v XVI v.* (Die Landwirtschaft in der Moskauer Ruß im 16. Jh.), in: *Učenyje zapiski Moskovskogo universiteta*, Bd. 26, Moskau 1889, S. 63, behauptet, daß das trechpole erst im 16. Jh. zum beherrschenden Bodenbearbeitungssystem geworden sei.

- 89 *Grekov, B. D.*, *Kievskaja Ruß*, Moskau 1953, S. 55 - 63, verzichtet auf eine definitive Feststellung über das Auftreten des trechpole und begnügt sich mit dem Hinweis auf die fortschreitende Entwicklung des Pflugbaus. - *Daniłova, L. V.*, *Očerki po istorii zemlevladienija i chozjajstva v Novgorodskoj zemle v XIV - XV vv.* (Beiträge zur Geschichte von Grundbesitz u. Wirtschaft im Novgoroder Land im 14. u. 15. Jh.), Moskau 1955, S. 31, polemisiert zwar gegen A. A. Kaufman, stellt jedoch auch für Ende des 15. u. zu Beginn des 16. Jh. die allgemeine Durchsetzung der Dreifelderwirtschaft fest. - In der *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR. Kurs lekcii* (Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR. Eine Vorlesungsreihe), Moskau 1960, heißt es, in der Kiever Zeit sei die Zweifelderwirtschaft (dvuchpol'naja sistema) und die Waldbrache (lesnyj perełog) das am meisten verbreitete System der Bodenbearbeitung gewesen (S. 36); jedoch es bestehe Grund zur Annahme, daß schon das Dreifeldersystem in Erscheinung getreten sei. Im 13. - 15. Jh. habe sich die Bevölkerung immer noch des Zweifeldersystems bedient, aber an einigen Stellen sei sie schon zum Dreifeldersystem übergegangen (ebenda, S. 54). - *Ljaščenko, P. I.*, *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR* (Die Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR), Bd. 1, 3. Aufl., Moskau 1952, S. 236, schätzt die Agrartechnik der Ruß wie folgt ein: Es lasse sich auch kein sicheres Bild darüber gewinnen, welches Bodenbearbeitungssystem im 15. u. 16. Jh. in der Ruß prädominiert habe. Im Norden habe nach wie vor die podseka geherrscht. In den zentralen Bezirken sei im Umkreis der Städte das Dreifeldersystem immer mehr bevorzugt worden. Im allgemeinen könne man für die ganze Ruß kaum von einer richtigen Dreifelderwirtschaft sprechen (Edva li možno govorit' dlja etogo perioda o kakoj-libo pravil'noj trechpol'noj sisteme). - In der Charakterisierung der sozialökonomischen Verhältnisse der nordöstlichen Ruß wird in den *Očerki istorii SSSR. XIV - XV vv.* (Beiträge zur Geschichte der UdSSR. 14. u. 15. Jh.), Moskau 1953, S. 27, gleichfalls festgestellt, daß sich erst im 14./15. Jh. das Dreifeldersystem ausgebreitet und die podseka verdrängt habe.

Für die Ausbildung des Dreifeldersystems sprechen einmal die größeren Schare der damals benützten Pflüge, besonders die lemechy im Süden, aber auch die verlängerten sošniki des Nordens. Sie lassen den Schluß zu, daß dieses Ackerbausystem nicht nur in den Schwarzerdegebieten der Steppe, sondern auch in der Waldsteppe, und, wie die Untersuchungsergebnisse von Kitjanov für das Novgoroder Land lehren⁹⁰, auch in der Waldzone Einzug hielt. Mit Pflügen - plug und socha -, die mit Scharen von solchen Ausmaßen bestückt waren, konnten eben weit größere Feldschläge beackert werden als mit denen, die kleinere Schare hatten, wie zum Beispiel das ralo. Gewiß kann man Gieysztor zustimmen, wenn er geltend macht, daß die Verwendung des mit großem Schar ausgerüsteten Radpflugs "nicht immer für die Ausbildung des Dreifeldersystems maßgebend ist"⁹¹, aber diese Einschränkung ändert nichts an der Tatsache, daß ein vervollkommener Pflug, nämlich der Räderpflug und die Rädersocho, seine Entfaltung begünstigten. Da beide Pflugtypen schon im 12. Jahrhundert auftraten, kann für diesen Zeitraum in der vormongolischen Periode der Ruß das Dreifeldersystem bedenkenlos angesetzt werden.

Ausbildung und ständige Ausweitung des Dreifeldersystems waren aber ohne Verwendung von Dung kaum möglich, vor allen Dingen, wenn sich kurzfristige Brachen als notwendig erwiesen. Nur mit Dung konnte die kurzfristige Regeneration der Fruchtbarkeit des Bodens erreicht werden. Freilich ist die Verwendung von Dung weder mit schriftlichem noch mit gegenständlichem Quellenmaterial seit dem 11. Jahrhundert zu belegen. Obwohl er bei archäologischen Grabungen zum Vorschein kam, kann seine Verwendung für den Ackerbau nicht eindeutig festgestellt werden. Anhaltspunkte zur Verwendung geben osteologische Materialien, weil die Viehhaltung auch im Hinblick auf die Intensivierung der Bodenbearbeitung stattfand. Kitjanov verweist zum Beispiel auf die Nähe der Äcker zu den Wirtschaftshöfen in Novgorod und folgert nicht zu Unrecht, daß der Abtransport des Stalldunges auf die Felder auf kürzeste Entfernungen hin erfolgte.⁹² In Anbetracht dieser Umstände ist also eine Verwendung von Stalldung im Ackerbau der Ruß um drei bis vier Jahrhunderte früher anzusetzen, als bisher unter Hinweis auf die Angaben der Novgoroder Grundbücher aus dem 15. und be-

90 Bei Kitjanov, A. V., a. a. O., S. 333, heißt es, daß neben dem Zweifeldersystem das Dreifeldersystem die führende Rolle im Ackerbau des Novgoroder Landes erlangt habe.

91 Gieysztor, A., a. a. O., S. 73.

92 Kitjanov, A. V., a. a. O., S. 334.

ginnenden 16. Jahrhundert behauptet wurde.⁹³ Ebenfalls auf die Viehhaltung hinweisend, nimmt Gončarov die Verwendung von Stallung für die südliche Ruß (Rajki) an.⁹⁴

Außer dem Einsatz von Räderpflug und Rädersocho und der Verwendung von Stallung spricht auch die Siedlungsdichte für eine intensivere Bodenbearbeitung in Form des Dreifeldersystems. Wenn geeigneter Ackerboden nur beschränkt verfügbar war, konnte er nicht lange ungenutzt liegenbleiben. Seine intensivere Nutzung kommt in der Herausbildung neuer und in dem räumlichen Wachstum bestehender Städte plastisch zum Ausdruck. Bekanntlich hat sich die Entwicklung und Entfaltung des Städtewesens im Gesamtterritorium der Ruß nicht gleichmäßig vollzogen. Karten von der vormongolischen Ruß veranschaulichen die Konzentration von Städten in folgenden Gebieten: Kiev, Perejaslav, Volin-Galič, Smolensk-Polock, Novgorod-Pskov und vor allen Dingen Vladimir-Suzdal', Rjazaň sowie Moskau-Kolomna.⁹⁵ Die Zusammenballung von Bevölkerung in diesen Gebieten hängt unzweifelhaft mit einer Intensivierung des Ackerbaus engstens zusammen. Die zahlreichen Funde der größeren eisernen Ackerschare stützen diese Hypothese. Ihr Vorkommen gerade in den Territorien der Städtekonzentration ist somit kein Zufall. Benutzung größerer Ackerschare, Bevölkerungsdichte und Entfaltung der Städte bedingen sich wechselseitig; sie sind die Symbiose eines einheitlichen und zusammenhängenden historischen Prozesses.

Geben uns die archäologischen Funde der Ackerschare von Pflug und socha einen sicheren Anhaltspunkt über Lokalisierung, Ausdehnung und Streudichte des Dreifeldersystems, so bieten die kartographischen Fixierungen der Städtekonzentration in den einzelnen Territorien die gleichen Anhaltspunkte über dessen beträchtliches territoriales Gesamtausmaß. In Anbetracht dieser Fakten kann behauptet werden, daß tatsächlich in der Ruß spätestens vom Beginn des 13. Jahrhunderts an nicht nur der Pflugbau (pašennoe zemledelie), sondern auch das Dreifeldersystem in der Bodenbearbeitung vorherrschten. Durchweg dominierten sie im Raum vom Dnestr im Südwesten bis Oka und Kljaźma im

93 *Tret'jakov, P. N.*, Sel'skoe chozjajstvo i promysly, a. a. O., S. 52; *derselbe*, Landwirtschaft und Gewerbe, a. a. O., S. 52.

94 *Gončarov, V. K.*, a. a. O., S. 62. - Das Düngen war in der Kiever Ruß üblich (*Dovženok, V. I.*, Zemlerobstvo, a. a. O., S. 122).

95 *Atlas istorii SSSR* (Atlas zur Geschichte der UdSSR), Bd. 1, Moskau 1949, Karte 10, S. 9; *Tichomirov, M. N.*, Drevnerusskie goroda (Die altrussischen Städte), Moskau 1956, Karte: Krupnejšie russkie goroda (Die größten russischen Städte).

Nordosten. Das ist ein Gebiet von 4 800 bis 5 000 Kilometer Länge und 700 bis 750 Kilometer Breite. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts herrschten in der ganzen Waldsteppenzone Pflugbau und Dreifeldersystem. Doch auch im Novgoroder Land (Waldzone) dürften sie sich beträchtliche Territorien erobert haben.⁹⁶ Den diesbezüglichen Feststellungen der neuesten sowjetischen Agrargeschichtsschreibung⁹⁷ über die Vorherrschaft von Pflug und Dreifeldersystem im Ackerbau der Ruß in der Zeit vor den Mongoleneinfällen kann also bedenkenlos zugestimmt werden.

Doch wie groß das territoriale Gesamtausmaß des Dreifeldersystems auch gewesen sein mag und welche große Räume sich der Pflugbau erobern konnte, die podseka hatte immer noch erstrangige Bedeutung. Der Norden der Ruß und insbesondere der Nordosten waren noch immer ihre Domäne. Den ostwärts von Ladoga und Novgorod sich erstreckenden, bis an die Nördliche Dvina reichenden Raum kolonisierten zwar die Ostslawen⁹⁸, aber nur in dem großen Bezirk von Vologda hinterließen sie nach dem Stand der bisherigen archäologischen Forschung an zwei - 200 Kilometer voneinander entfernten - Stellen Ackerschare von der Art des sošnik, die vom Pflugbau zeugen.⁹⁹ In einem Raum von 1 000 Kilometer Länge und durchschnittlich 300 Kilometer Breite, der sich rechts von Volchov bis an den Jug (Nebenfluß der Nördlichen Dvina) zwischen oberer Wolga und Suchona ausdehnt, herrschte die podseka mit ihrem Zweifeldersystem, das aus dem bestellten Brandfeld und dem in langem Ruhezustand (sieben bis zehn Jahre und länger) befindlichen perelog bestand, durchweg vor. Berücksichtigt man die Anwendung der podseka in der Waldsteppenzone, worauf ja die archäologischen Funde von Rodeäxten hinweisen, so ist auch hier ein nicht unbeträchtliches Areal von Anbauböden zu veranschlagen, das nicht dem Pflugbau unterlag. Vergleicht man den Umfang der dem Pflugbau unterworfenen Räume mit den Gebieten, wo die podseka dominierte, so kommt man zu der grob summarischen Feststellung, daß zu Beginn des 13. Jahrhunderts, also unmittelbar vor dem Einfall der Mongolen in die Ruß, etwa auf zwei Dritteln der von den Ostslawen besiedelten Territorien der Pflugbau und das Dreifeldersystem praktiziert wurden und in einem Drittel die podseka mit ihrem Ein- bzw. Zweifeldersystem üblich war. Der Pflugbau und das Dreifeldersystem haben unzweifelhaft in der Zeit vom 11. Jahrhundert an, also innerhalb

96 Kitjanov, A. V., a. a. O., S. 346.

97 Kočin, G. E., a. a. O., S. 238 u. 241. - Dovženok, V. I., Zemlerobstvo, a. a. O., S. 120 f., meint, daß aus der Analyse der Quellen die Existenz des Dreifeldersystems schon in der Zeit zwischen 11. u. 12. Jh. erkennbar ist.

98 Widera, B., Ostslawische Kolonisation, a. a. O., S. 271 ff.

99 Levaševa, V. P., Karta nachodok pachotnych orudij, a. a. O.

von zweihundert Jahren, enorme Fortschritte gemacht. Durch die neueste Forschung sind diese Fortschritte besser sichtbar geworden; sie erscheinen präziser. Aber auch die podseka mit ihrem Einfelder- bzw. Zweifeldersystem war weithin verbreitet. Sie mußte aber in der Waldsteppenzone, und zum Teil auch in der Waldzone, dem Pflugbau ständig Terrain überlassen. Dank der ständig fortschreitenden Kolonisation der Ostslawen in der Waldzone wurden ihr aber neue beträchtliche Räume erschlossen. Was sie im Süden verlor, gewann sie wieder im Norden. In der Nutzung des Bodens für den Anbau von Feldfrüchten blieb sie ein erstrangiger agrartechnischer Faktor. Daß sie auch von großer ökonomischer Bedeutung war, wird die Darstellung der Ertragsfähigkeit der Ernten erhellen.

Zum Anbau kamen die gleichen Getreidearten wie in Mittel- und Westeuropa. Unbekannt ist bisher, was in der Periode der Zarubincy-Kultur angebaut wurde, da Getreidekörner, der maßgebliche Anhaltspunkt für die Kultivierung einer Getreideart in dieser Epoche, in den entsprechenden Kulturschichten bisher nicht gefunden wurden. Es kämen jedoch Hirse und Weizen in Betracht, da beide Kulturen aus der Černjachov-Periode und der frühen Antenzeit (6. Jahrhundert) bekannt sind. Weizen wurde schon von den neolithischen Stämmen der Tripole-Kultur (3 000 bis 1 500 v. u. Z.) angebaut¹⁰⁰, und die Skythen taten das gleiche¹⁰¹. Maurikios der Stratege schrieb in seinem Werk "Strategikon", daß "bei den Anten Hirse und Weizen in Haufen herumliegt"¹⁰². Vom Süden, aus den Schwarzerdegebieten der Steppe, wo ja die Černjachov-Stämme und nach ihnen die Anten wohnten, wanderte der Weizen im Zuge der ostslawischen Kolonisation nach dem Norden, über die Waldsteppenzone in die Waldzone. Weizenkörner lagen in Staraja Ladoga in Kulturschichten des 7./8. Jahrhunderts¹⁰³ und in der nächsten Nachbarschaft von Novgorod in Kulturschichten des 6./7. Jahrhunderts¹⁰⁴. Bereits im 8., deutlich

100 *Passek, T. S.*, Periodizacija Tripol'skich poselenij III - II tysjačeljetij do n.č. (Die zeitliche Einordnung der Tripole-Siedlungen des 3. u. 2. Jahrtausends v. u. Z.), in: MIA, Bd. 10, Moskau 1949, S. 9; *dieselbe*, Tripol'skoe poselenie Vladimirovka (Die Tripole-Siedlung Vladimirovka), in: KSIA, Nr. 26, Moskau 1949, S. 27.

101 *Jakubciner, M. M.*, K istorii kul'tury pšenicy v SSSR (Zur Geschichte der Weizenkultur in der UdSSR), in: Materialy po istorii zemledelija SSSR, Bd. 2, Moskau 1956, S. 22.

102 *Mišulin, A. V.*, Materialy k istorii drevnih slavjan. Iz "Strategikon" Mavrikija (Materialien zur Geschichte der alten Slawen. Aus dem "Strategikon" des Maurikios), in: Vestnik drevnej istorii, H. 1/1949, S. 253.

103 *Jakubciner, M. M.*, a. a. O., S. 137.

104 *Kiržjanov, A. V.*, a. a. O., S. 323.

aber vom 9. Jahrhundert an, trat in der Waldsteppenzone der Roggen auf¹⁰⁵, der im 12. Jahrhundert hier und auch in der Waldzone schon die vorherrschende Getreideart war.¹⁰⁶ Aus der Waldsteppenzone zog er sogar nach dem Süden, wie aus den zahlreichen Funden von Roggenkörnern (an 46 Stellen) in Rajki hervorgeht¹⁰⁷, und nach dem unteren Dnestr, wo er in Ekimauce gefunden wurde.¹⁰⁸ Frühzeitig schon setzte auch der Anbau von Gerste ein. Ob er sich kontinuierlich von der Tripolezeit an, aus der er nachweisbar ist¹⁰⁹, bis in die Kiever Periode vollzog, und dann auf den ganzen von den Ostslawen bewohnten Territorien, muß von der Forschung noch ermittelt werden. Auch die Gerste wanderte aus dem Süden nach Norden, bis in die nördlichen Regionen der Waldzone hinauf, denn ihre Körner liegen in Kulturschichten des 7. bis 9. Jahrhunderts in Ladoga¹¹⁰ und in Novgorod in Kulturschichten des 10. Jahrhunderts.¹¹¹ Der Anbau von Hafer ist in Ladoga für die Zeit vom 7. bis 9. Jahrhundert mit Körnerfunden bezeugt¹¹² und für Belgorod im Süden (bei Kiev) in einer Mitteilung der Povest' vremennych let unter dem Jahre 997 erwähnt¹¹³. Für die folgende Zeit bezeugen ihn die Russkaja Pravda¹¹⁴ und die Erste Novgoroder Chronik¹¹⁵.

5. Ernteerträge

Die Übersicht über die Bodenbearbeitungsgeräte und -systeme sowie die Feststellung der angebauten Getreidearten führen zu der Frage nach den Ernteerträgen. Zu ihrer Beantwortung lassen sich einige recht aussagekräftige schriftliche Quellen heranziehen. Für den Getreideüberschuß haben sich besonders die Ausländer interessiert, sei es, daß sie ihre Informationen aus dem Hörensagen schöpften, sei es, daß sie sich während ihrer Reisen im Lande selbst als Augenzeugen informieren konnten. Die Mitteilung des Maurikios, bei den Slawen und Anten liege Weizen

105 Ebenda, S. 329; *Ljapuškina, I. I.*, a. a. O., S. 151 Abb. 2 u. 152.

106 *Kir'janov, A. V.*, a. a. O., S. 329 f.

107 *Gončarov, V. K.*, a. a. O., S. 145.

108 *Kir'janov, A. V.*, a. a. O., S. 329.

109 *Bachteev, F. Ch.*, *K istorii jačmenja v SSSR (Zur Geschichte des Gerstenanbaus in der UdSSR)*, in: *Materialy po istorii zemledelija SSSR*, Bd. 2, Moskau 1956, S. 219 f.

110 Ebenda, S. 216.

111 *Kir'janov, A. V.*, a. a. O., S. 322.

112 *Jakubciner, M. M.*, *O sostave zernovykh kul'tur na Staroj Ladoge (Über die Beschaffenheit der Getreidekulturen in Alt-Ladoga)*, in: *KSIA*, Nr. 57, Moskau 1955, S. 22.

113 *Povest' vremennych let*, a. a. O., S. 27.

114 *Pravda Russkaja*, a. a. O., S. 299, Art. 9 u. 10.

115 *Novgorodskaja pervaja letopiš*, a. a. O., S. 69.

und Hirse in Haufen herum, ist bereits erwähnt worden. Der Querfurter Bischof Brun, der 1008/09 in der Ruß war, schrieb an König Heinrich II., daß dieses Land "ein großes und reiches Königreich" sei (magnus regno et divitiis)¹¹⁶. Unter divitiis ist sicher auch Getreide zu verstehen. Diese Angabe bezieht sich auf die südlichen Ländereien der Ruß, da Brun in Kiev am Hofe des Großfürsten Vladimir des Täufers weilte und von Ungarn aus in das Land kam. Sechzig bis siebenzig Jahre später erfuhr Magister Adam von Bremen aus dem Munde ausländischer Kaufleute vom Reichtum der nördlichen Ruß, denn er schrieb in seiner Hamburgischen Kirchengeschichte, daß die Ruß "wie ein bewässerter Garten alle Güter in Fülle besitzt" (Ruzzia... quasi hortus irrigus abundat omnibus bonis)¹¹⁷. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts bereiste der Araber Abu Hamid die Ruß von der mittleren Wolga über die Oka bis nach Kiev, möglicherweise auch das noch weiter westlich gelegene Gebiet, und berichtete, daß er "ein weites Land, reich an Honig, Weizen und Gerste" fand.¹¹⁸

Diese Berichte sind wertvolle Ergänzungen zu den Verlautbarungen des zeitgenössischen altrussischen Schrifttums. In der Russkaja Pravda und der Ersten Novgoroder Chronik findet man des öfteren den Ausdruck obil'e und pribytok¹¹⁹, was gleichfalls Überfluß bedeutet. Daniil Zatočnik (Daniel der Verbannte) schrieb in seinem Bittgesuch an den Fürsten, daß "die Erde reiche Frucht trägt"¹²⁰. Im Igorlied besingt der Verfasser dieses Poems das altrussische Land, das mit "weiten Feldern" ausgestattet ist¹²¹. In der "Klage vom Untergang des rus-

116 *Brief Bruns von Querfurt an König Heinrich II.*, in: Monumenta Poloniae Historica, Bd. 1, hg. v. A. Bielowski, Warschau 1960, S. 224.

117 *Magister Adam Bremensis Gesta Hammaburgensis Ecclesiae Pontificum*, in: Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 11, Berlin 1957, S. 450 f.

118 *Mongajst, A. L.*, Abu Chamid al Garnati i ego putešestvie v ruskoj zemli 1150 - 1153 gg. (Abu Hamid al Garnati u. seine Reise in das russische Land 1150 - 1153), in: Istorija SSSR, H. 1/1959, S. 175.

119 *Pravda Russkaja*, a. a. O., S. 379.

120 *Zemli plod dast' obil'ja* /Die Erde schenkt uns reichlich Frucht (Zarubin, N. N., Slovo Danila Zatočnika po redakcijam XII i XIII vv. i ich peredelkam [Das Bittschreiben Daniels des Verbannten nach redaktionellen Fassungen aus dem 12. u. 13. Jh. u. ihren Bearbeitungen], Leningrad 1932, S. 63; *10 Bojan, du Nachtigall der alten Zeit*. Sieben Jahrhunderte altrussischer Literatur, hg. v. H. Graßhoff/K. Müller/G. Sturm, Berlin 1965, S. 355).

121 *Ne burja sokoly zanese črez polja širokaja* /Nicht der Sturm trieb die Falken auf die weite Steppe (Slovo o polku Igoreve [Das Lied von der Heerfahrt Igors], u. d. Red. v. V. P. Adrianova-Peretc, Moskau 1950, S. 11 *10 Bojan, du Nachtigall der alten Zeit*, a. a. O., S. 159).

sischen Landes" (*Slovo o pogibeli ruskaja zemli*), das anlässlich des Einfalls der Mongolen in die Ruß entstanden ist, lesen wir, daß "das russische Land mit herrlichen Feldern geschmückt" war.¹²² Wenn diese herangezogenen schriftlichen Zeugnisse auch keine konkreten Angaben über die Ernteerträge enthalten, so ermöglichen sie doch ein zuverlässiges Bild von der guten Ertragsleistung des Ackerbaus in der Ruß vor der Zeit der Mongoleneinfälle.

Im Lichte dieser Dokumente erscheint bestätigt, daß sich damals die dortige Agrartechnik, der Pflugbau sowie die Rodung mit und ohne Abbrand, auf der Höhe ihrer Zeit befanden. Sie bewegten sich auf dem gleichen Niveau wie in den mittel- und westeuropäischen Ländern. Auch die *podseka* war von hoher ökonomischer Bedeutung. Dieser ihr Wert wird neuerdings auch in der sowjetischen Agrargeschichtsschreibung unterstrichen. *Dovženok* (1961) zählt ihre agrartechnischen Vorteile auf und meint, daß die anfallende Asche des Abbrands ein guter Dung war, so daß dort die Fruchtbarkeit die der beackerten Böden überstieg.¹²³ *Gromov* (1958) stellte anhand der bereits erwähnten ethnographischen Untersuchungen bei Betonung der Nützlichkeit des Aschedüngers fest, daß die *podseka* kein Überrest aus archaischen Zeiten, sondern eine damals durchaus zeitgemäße ökonomische Zweckmäßigkeit der Landwirtschaft war.¹²⁴ *Kočin* (1965) betont gleichfalls den Vorteil des Aschedüngers und verweist auf den geringen Aufwand an Arbeitsmitteln bei seiner Nutzung, dem gute Ernteerträge gegenüberstanden.¹²⁵ In der Tat kann die *podseka* nicht als anachronistisches Überbleibsel einer primitiven Agrartechnik erachtet werden. Sie ergab sich aus den seinerzeitigen Bodenverhältnissen der Waldzone, denen man mit anderen Bearbeitungsmethoden nicht Rechnung tragen konnte. Da sie auch Wegbereiter des Pflugbaus war, erfüllte sie eine unerläßliche ökonomische Funktion. Weil im Norden der Ruß *podseka* und Pflugbau zueinander gehörten, gewissermaßen zwei Teile eines zusammenhängenden agrartechnischen Prozesses waren, konnten die Ernteerträge nicht geringer als im Süden, in der Waldsteppen- und Steppenzone, gewesen sein. Von dieser Sachlage her wird Adam

122 O svetlo svetlaja i oukrašeno oukrašena zemlja rouskyja pol'mi divnymi ... /Helleuchtendes u. herrlich geschmücktes russisches Land ... Durch prächtige Wälder und blühende Felder (*Slovo o pogibeli rouskyja zemli* [Die Klage vom Untergang des russischen Landes], in: *Pamjatniki drevnej pišmennosti*, Bd. 84, Petersburg 1892, S. 18/ *O Bojan, du Nachtigall der alten Zeit*, a. a. O., S. 170.

123 *Dovženok, V. I.*, *Zemlerobstvo*, a. a. O., S. 189.

124 *Gromov, G. G.*, a. a. O., S. 141 - 146.

125 *Kočin, G. E.*, a. a. O., S. 143.

von Bremens Mitteilung über das fruchtbare Ruzzia des Nordens, über das von Jumne und Novgorod aus informiert wurde, verständlich.¹²⁶

Die vielen in den altrussischen Quellen, vor allen Dingen in der Ersten Novgoröder Chronik, enthaltenen Nachrichten über Mißernten und über die daraus resultierenden Hungersnöte widersprechen keineswegs den Feststellungen über ein hohes agrartechnisches Niveau des Ackerbaus in der vormongolischen Ruß, wenn auch unbestreitbar ist, daß die häufigen Mißernten - hervorgerufen durch Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen, Dürren, vorzeitige und langanhaltende strenge Winter - seine Wirksamkeit von Zeit zu Zeit erheblich einschränkten oder gar illusorisch machten. Aber auch in Mittel- und Westeuropa war die Situation keineswegs günstiger, wie aus den heute noch wenig beachteten, fast vergessenen Untersuchungsergebnissen von Curschmann (1900) über die Hungersnöte im Mittelalter¹²⁷ zu ersehen ist. Auch in Mittel- und Westeuropa haben wie in der Ruß schneereiche Winter, starke und vorzeitige sowie langanhaltende Fröste, Dürren und ähnliche Naturkatastrophen häufige Mißernten verursacht. Blieben die altrussischen Länder von Plagen dieser Art verschont, dann warfen die bestellten Felder dank einer guten und praktischen Bearbeitung der Böden gute Erträge, reichlich obil'e, ab. Ackerbau und Kultivierung der Feldfrüchte waren bei den Ostslawen im Zeitraum von der Mitte des ersten Jahrtausends u. Z. bis zum Einfall der Mongolen in die Ruß nicht primitiver als bei den Germanen und Romanen in Mittel- und Westeuropa.

6. Bemerkungen zu einem falschen Geschichtsbild vom Ackerbau in der alten Ruß

Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung muß auf Grund der neuesten sowjetischen Forschungsergebnisse ihr Urteil über die Technik des mittelalterlichen Ackerbaus der Ostslawen revidieren. Registrieren wir, was in den letzten zwanzig Jahren bürgerliche deutsche Historiker zu diesem Thema zu sagen hatten.

Hoetzsch, dem die Geschichte Rußlands ein großes wissenschaftliches und politisches Anliegen war, hat in seiner 1949 postum erschienenen russischen Geschichte nicht nur die altrussische Landwirtschaft gegenüber Jagd und Fischerei unterbewertet, sondern auch den Ackerbau als

¹²⁶ *Magister Adam Bremensis Gesta Hammaburgensis Ecclesie Pontificum*, a. a. O., S. 149 u. 254 f.

¹²⁷ *Curschmann, F., Hungersnöte im Mittelalter. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 8. - 13. Jh., Leipzig 1900.*

"technisch primitiv" bezeichnet.¹²⁸ Er wäre zu einem anderen Urteil gekommen, wenn er das seit 1900 veröffentlichte reichliche Dutzend russischer und sowjetischer archäologischer Publikationen über Funde von Pflugscharen als Quellenunterlagen ausgewertet hätte.

Gitermann (1949) räumte zwar ein, daß bei den Ostslawen seit dem 9. Jahrhundert "der Besitz von Herden eine immer kleinere und die Benutzung des Ackers eine immer größere Rolle spielte", aber die Bearbeitung des Bodens erfolgte "mit primitivem Gerät", so daß "der Handel alle anderen ökonomischen Faktoren überflügelte". Seiner Meinung nach erlangte der Ackerbau in der alten Ruß erst mit der Abwanderung der Bevölkerung aus dem mittleren Dneprbecken in das Wolgaland eine größere Bedeutung. Doch auch hier hätten die Böden nur in den ersten Jahren nach der Rodung gute Erträge ergeben, "als der Abbrand noch wirksam" war. Im allgemeinen "warf der Lehm Boden an der oberen Wolga nur geringe Ernte ab. Von der Produktion eines Überschusses, aus dem der Lebensunterhalt größerer Städte hätte bestritten werden können, war keine Rede."¹²⁹ Dieses Fehlurteil des Autors ergibt sich aus der gleichen Ursache wie bei Hoetzsch. Auch Gitermann hat die Agrartechnik der Ostslawen, wie sie aus den archäologischen Funden der Ackerchare ersichtlich wird, nicht beachtet. Außerdem hatte er nur die podseka im Auge und den Pflugbau, den die Ostslawen während des Aufenthaltes in den Schwarzerdegebieten der Steppe betrieben, übersehen.

Thimm (1952) datierte den Ackerbau der Ostslawen erst in das 12. Jahrhundert und verknüpfte ihn ausschließlich mit ihrer Kolonisation im gleichen Zeitraum. Er erachtet ihn als gering entwickelt, da der Bauer den Boden "mit primitiven Geräten, die er sich mit der Axt herstellte"¹³⁰, bebaute. Der Autor stellte Behauptungen auf, die im Lichte damals schon veröffentlichter Forschungsergebnisse als unsinnig erscheinen. Allein die Publikationen von Ravdonikas¹³¹ über die Ackergeräte in Ladoga (1950) und die von Gončarov¹³² über den Massenfund von Pflugscharen in Rajki (1950) hätten ihn eines Besseren belehrt

Neander (1956) bestritt zwar entschieden, daß die Ostslawen Steppennomaden und Nomaden waren, aber sie stellte ihnen dennoch ein schlech-

128 Hoetzsch, O., Grundzüge der Geschichte Rußlands, Stuttgart 1949, S. 27 u. 34.

129 Gitermann, V., Geschichte Rußlands, Bd. 1, Hamburg 1949, S. 32 u. 87 f.

130 Thimm, G., Das Rätsel Rußland, Stuttgart-Hamburg 1952, S. 22.

131 Ravdonikas, V. I., a. a. O.

132 Gončarov, V. K., a. a. O.

tes Zeugnis als Ackerbauern aus. Ihrer Meinung nach betrieben sie "extensive Wirtschaft, zumal ihnen Anregungen von höher entwickelten Wirtschaftssystemen fehlten".¹³³ Obwohl ihr in viel größerem Umfang als Hoetzsch, Gitermann und Thimm gegenständliches Quellenmaterial zum Ackerbau und zur Agrartechnik der Ostslawen zur Verfügung stand, ließ sie es unbeachtet und behauptete, daß die Ostslawen "keine pflegerischen Instinkte wie andere Ackerbauvölker" ausbildeten.¹³⁴ Bei gewissenhafterer Einstellung zum Material hätte sich die Autorin zumindest von der für die deutsche Geschichtsschreibung über die Slawen typischen Auffassung der Minderbewertung lösen können. Selbst eine nur oberflächliche Beschäftigung mit dem vorliegenden Quellenmaterial hätte ihr die Erkenntnis verschafft, daß die Ostslawen mindestens vom 12. Jahrhundert an aus eigener Erfahrung die gleiche Agrartechnik wie die deutschen Bauern auszubilden vermochten.

Brunner (1956) versteift sich zu den Behauptungen, daß der Ackerbau in der Ruß bis zum Ende des 16. Jahrhunderts den Charakter der Feldgras- oder Brandwirtschaft hatte und daß "der russische Bauer nur durch das Waldland langsam weitergewandert" sei.¹³⁵ Vom Pflugbau und dem ortsgebundenen Ackerbau der Ostslawen schien der Autor überhaupt nichts zu wissen, und die ökonomische Bedeutung der Brandrodung sowie ihre Funktion als Wegbereiter des Pflugbaus vermochte er nicht zu erfassen.

Stökl, dem eine Reihe aufschlußreicher Beiträge sowjetischer Historiker und Archäologen zur Geschichte des Ackerbaus und der Agrartechnik in der alten Ruß bekannt waren¹³⁶, behauptete 1957, daß "der Ackerbau des ostslawischen Bauern im Raum der bäuerlichen Gesamtwirtschaft wohl eine relative Rolle spielte und lange Zeit extensiv betrieben wurde"¹³⁷. In seiner in erster Auflage 1962 veröffentlichten Gesamtdarstellung "Russische Geschichte"¹³⁸ schwieg er sich über die von den Ostslawen, besonders in der Kiever Periode, entwickelte Agrartechnik völlig aus, wie er es überhaupt auch unterließ, die Landwirtschaft in die damalige Gesamtwirtschaft einzuordnen. Der Leser gewinnt den Ein-

133 Neander, I., a. a. O., S. 15.

134 Ebenda.

135 Brunner, O., Neue Wege der Sozialgeschichte, Göttingen 1956, S. 63, 66 u. 76.

136 Stökl, G., Russisches Mittelalter und sowjetische Mediävistik, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, NF, Bd. 3, T. 1, München 1955, S. 36.

137 Derselbe, Rußland und Europa vor Peter dem Großen, in: Historische Zeitung (im folgenden: HZ), Bd. 187, 1957, S. 534.

138 Derselbe, Russische Geschichte, Stuttgart 1962.

druck, daß der Autor nur den Handel und das Handwerk als die maßgeblichen Wirtschaftszweige erachtete.

Von Rimscha (1960) verzichtete gleichfalls auf eine Behandlung der Agrartechnik der Ostslawen und begnügte sich mit der nichtssagenden Pauschal feststellung, daß die Ostslawen in der Vor-Kiever Periode auch "eine seßhafte ackerbaureibende Bevölkerung" waren¹³⁹, den Süden, soweit sie dort gewohnt hatten, verließen und in das Zalesse an der Kljažma abwanderten, so daß "der Süden langsam verödete"¹⁴⁰.

Was die "Verödung" südlicher Gebiete betrifft, so stimmt es zwar, daß sich die Ostslawen ab Ende des 10. Jahrhunderts bis in die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts hinein aus einigen südlichen Regionen der Schwarzerdegebiete der Steppenzone in deren nördliche Bereiche und in die Waldsteppenzone zurückzogen. Dies geschah jedoch nicht, weil sie agrartechnisch die schweren Böden nicht bewältigen konnten - die Ausbildung der schweren Pflüge beweist ganz eindeutig das Gegenteil -, sondern weil ihnen anfangs die Pečenegen und später die Polovcen mit ihren ständigen Einfällen die Bearbeitung des Bodens immer mehr erschwerten. Soweit im Süden eine Verödung von einstigem wertvollem Ackerland eintrat, so ist dies auf das Konto der räuberischen Aggressionen der genannten asiatischen Steppennomaden und nicht auf eine ökonomisch-zivilisatorische Impotenz der in den Südgebieten ansässigen ostslawischen Bauern zurückzuführen. Wie sehr diese Bauern mit dem fruchtbaren Steppenboden verwachsen waren und ihn trotz tückischer Gefahren nicht aufgaben, sondern immer wieder bebauten, zeigen die archäologisch ermittelten Verteidigungsspuren auf dem gorodišče (befestigte Siedlung) Ekimauce¹⁴¹ und die mit dem Jahre 1103 datierte Narration der Povest' vremennych let über die Gefährdung des ackernden Smerden durch die Überfälle der Polovcen. Schließlich zogen ab Mitte des 12. Jahrhunderts Bojaren, um dem politischen Druck der wolyhynisch-galizischen Fürsten zu entgehen, in die südliche Steppe, wo sie sich neue Besitzungen an Grund und Boden sicherten. Daneben brachen auch feudalabhängige Bauern in das "pole" auf, wie die Gebiete am unteren Dneŕ und Prut bezeichnet wurden, und nahmen im Zuge einer Kolonisation fruchtbare Schwarzerdeböden in ihren eigenen Besitz. Den hier teilweise seßhaft gewordenen, teilweise als Nomaden umher-

139 Rimscha, H. v., Geschichte Rußlands, Wiesbaden o. J., S. 18 = Sammlung Wissen u. Leben, Bd. 8.

140 Ebenda, S. 79.

141 Fedorov, G. B., Gorodišče Ekimauce (Die befestigte Siedlung Ekimauce), in: KSIA, Nr. 50, Moskau 1953, S. 104 - 123.

streifenden Polovcen war die Ankunft der slawischen Bevölkerung nicht unwillkommen, so daß sich hier ein verträgliches Zusammenleben zwischen beiden Völkern herausbildete.¹⁴² Auch diese Vorkommnisse lehren, daß die ostslawischen Ackerbauern immer wieder in die Steppe zurückkehrten und sich in Bezirken ansiedelten, wo einst ihre Vorfahren aus der Zeit der Černjachov-Kultur wohnten, sobald sich ihnen die Gelegenheit dazu bot. Sie wollten hier nicht nomadenhaft herumstreifen - wie-wohl einige von ihnen auch Händler und Kaufleute wurden -, sondern seßhaft den Boden bearbeiten und bebauen.

Vereinzelt finden sich in deutschsprachigen bürgerlichen Veröffentlichungen zur Agrartechnik der Ostslawen Ansätze zu einer objektiveren historischen Wertung. Bisher liegen allerdings nur drei derartige Stimmen vor.

Vernadsky (1956) bescheinigt den Ostslawen, daß sie bereits in der Vor-Kiever Periode den Pflugbau, und zwar nicht nur in der Waldsteppen-, sondern auch in der Steppenzone, ausübten und daß sie Zweifelder- und später Dreifelderwirtschaft kannten. Dennoch trifft sein Urteil den Sachverhalt nicht ganz, denn er behauptet, daß "in Nordrußland mit dem leichten Holzpflug, mit der socha, gearbeitet wurde"¹⁴³. Wenn auf leichten Böden, wie zum Beispiel in den zentralen Gebieten des Smolensker Landes, im 11. und 12. Jahrhundert tatsächlich hölzerne sošniki verwendet wurden¹⁴⁴, so waren dies Ausnahmen, denn den angeführten archäologischen Funden zufolge waren eben die eisernen sošniki die übliche Ausrüstung der ostslawischen Ackergeräte vom Typ der socha. Indem der Autor die Ausrüstung der ostslawischen Ackergeräte mit eisernen Scharen verschwieg, aber eine solche mit hölzernen Scharen erwähnte, verzeichnete er deren effektives technisches Niveau und wertete damit in letzter Konsequenz auch die gesamte Agrartechnik der Ostslawen ab.

Tschižewski (1959) faßte seine Kenntnisse von dem Ackerbau der Ostslawen für die Zeit vor dem Einfall der Mongolen in die Ruß in folgendem lapidaren Satz zusammen: "Nach modernen Methoden durchgeführte Analysen des bei den Ausgrabungen gewonnenen Materials berechtigen zu der Annahme, daß die Hauptbeschäftigung der Ostslawen die Landwirtschaft

142 Pašuto, V. T., Očerki po istorii Galicko-Volynskoj Rusi (Beiträge zur Geschichte der galizisch-wolhynischen Ruß), Moskau 1950, S. 109.

143 Vernadsky, G., Die Ostslawen, in: Historia Mundi, Bd. 5, Bern 1956, S. 292.

144 Sedov, V. V., Sel'skie poselenija, a. a. O., S. 104.

war und nicht Jagd und Fischerei, wie noch vor ein paar Jahrzehnten vermutet wurde."¹⁴⁵

Stender-Petersen (1960) bescheinigte "den autochthonen Ostslawen, daß sie eine verhältnismäßig hochentwickelte agrarische Kultur hatten"¹⁴⁶.

Obwohl die Feststellungen der letzten beiden zitierten Autoren die Ergebnisse der sowjetischen Forschung wenigstens teilweise berücksichtigen und sich durch Ansätze einer Objektivität vorteilhaft von denen abheben, die Hoetzsch, Gitermann, Thimm, Brunner, Stökl und v. Rimscha getroffen haben, so müssen sie wegen ihres lapidaren Charakters dennoch als unzureichend erachtet werden. Sie ersetzen nicht die unbedingt erforderliche Darlegung der aus dem letzten Stand der Forschung ermittelten Agrartechnik des mittelalterlichen Rußlands. Um ein objektives und unverfälschtes Geschichtsbild vom mittelalterlichen Rußland zu gewinnen, ist eine richtige Kenntnis von seiner Landwirtschaft und deren Grundlage, der Agrartechnik, wie sie sich in den Bodenbearbeitungsgeräten und -systemen ausdrückt, erforderlich. Ohne sorgfältige Registrierung und Aufarbeitung der sowjetischen Forschungsergebnisse ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Wenn sehr viele Vorstellungen der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung über das mittelalterliche Rußland veraltet sind und neu erarbeitet werden müssen, so gilt dies besonders für das Agrarwesen. Die Sachlage im Lichte der neuesten Forschungsergebnisse darzustellen, ist ein wesentliches Ziel der vorliegenden Arbeit.

Dabei sei mit besonderem Nachdruck hervorgehoben: Die agrarische Erschließung und Kultivierung Osteuropas vom Schwarzen Meer im Süden bis zum Weißen Meer im Norden, von der Vyčegda und Oka im Osten bis zum Oberlauf der Westlichen Dvina, zu Pripjat' und Goryń im Westen im Zeitraum von der Zarubincy-Kultur bis einschließlich der Entstehung des einheitlichen russischen Staates ist ausschließlich die kulturelle und zivilisatorische Leistung der Ostslawen. Die Verfechter der sogenannten Normannentheorie behaupten jedoch, daß hieran den skandinavischen Wikingern ein gebührender Anteil zuzuschreiben sei, weil diese angeblich seit dem 7. Jahrhundert in mehreren Wellen aus Schweden ausgewandert seien und als Bauern die Ländereien im Seendreieck, Peipussee (Čudskoe ozero), Ladogasee (Ladožskoe ozero) und Weißer See (Beloe ozero), am oberen Dnepr im Raum von Smolensk und an

145 *Tschizewski, D.*, Das heilige Rußland, Bd. 1, Hamburg 1959, S. 17.

146 *Stender-Petersen, A.*, Der altrussische Staat, in: HZ, Bd. 191, 1960, S. 17.

der oberen Wolga bis nach Jaroslavl' kolonisiert hätten. Mit besonderem Nachdruck vertraten diese These die skandinavischen Historiker und Archäologen Arne¹⁴⁷, Arbman¹⁴⁸ und Stender-Petersen¹⁴⁹. Während Stender-Petersen den Ostslawen noch einräumte, "daß sie eine verhältnismäßig hochentwickelte agrarische Kultur hatten"¹⁵⁰, setzte Arbman die Ausbildung des Pflugbaus im Norden der Ruß auf das Konto der skandinavischen Bauernkolonisation, indem er die ersten in Ladoga gefundenen eisernen Pflugschare (naralniki und sošniki) als gegenständliche Belege für ein ehemals dort ansässiges skandinavisches Bauerntum interpretierte.¹⁵¹

Die sowjetischen archäologischen Untersuchungen haben zwar skandinavisches gegenständliches Material - das frühestens aus der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts stammt¹⁵² - erbracht, aber nirgends Überreste skandinavischer Bauernsiedlungen ermittelt, auch nicht in Ladoga, das die genannten skandinavischen Forscher als die augenfälligste skandinavische Bauernsiedlung bezeichnen. Große Behausungen von 42 bis 120 Quadratmeter Flächenausmaß, die Arbman und Stender-Petersen für Wohnstätten der Skandinavier hielten, erwiesen sich auf Grund der Bautechnik und der Bauart sowie des verwendeten Baumaterials als slawische und nicht als skandinavische Bauten. Sie wurden in Dimensionen angelegt, wie sie den gesellschaftlichen, von der Sippenordnung geprägten Lebensformen der Großfamilie entsprachen. Als sich diese

- 147 Arne, T. J., Svenska vikingkolonier i Ryssland (Die schwedischen Wikinger-Kolonien in Rußland), Stockholm 1917; *derselbe*, Die Warrägerfrage und die sowjetrussische Forschung, in: Acta Archeologica, Bd. 23, Kopenhagen 1952.
- 148 Arbman, H., Svear i österviking (Schweden u. die Ostwikinger), Stockholm 1955.
- 149 Stender-Petersen, A., Varangica (Warägisches), Aarhus 1953; *derselbe*, Die vier Etappen der russisch-warägischen Beziehungen, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, NF, Bd. 2, München 1954; *derselbe*, Der älteste russische Staat, in: HZ, H. 1/1960; *derselbe*, Otvat na zamečanja V. V. Pochlebkina i V. V. Vilimbachova (Antwort auf die Bemerkungen von V. V. Pochlebkina und V. V. Vilimbachov), in: Kuml, Jg. 1960.
- 150 *Derselbe*, Der altrussische Staat, a. a. O.
- 151 Arbman, H., a. a. O., S. 43.
- 152 Ravdonikas, V. I./Ljapuškina, I. I., Ob otkrytii runičeskoj nadpisi na dereve v 1950 g. (Über die Entdeckung einer Runenschrift auf Holz im Jahre 1950), in: Skandinavskij sbornik (Skandinavischer Sammelband), Bd. 4, Tallinn 1959, S. 23 - 44. - Für Smolensk konnte Sedov, V. V., Sel'skie poselenija, a. a. O., S. 113, nach einer Untersuchung von 168 Siedlungen nur "einige Spuren skandinavischer Herkunft aus dem 11. Jh." entdecken. Über das Fehlen jeglicher skandinavischer Siedlungen vgl. auch Gorjunova, E. E., Ètničeskaja istorija Volgo-Okskogo meždureč'ja (Die ethnische Geschichte des Gebietes zwischen Wolga u. Oka), in: MIA, Bd. 94, Moskau 1961.

Lebensformen in der Einzelfamilie auflösten, verschwand das Großhaus, und das Kleinhaus von 20 bis 24 Quadratmeter Flächenausmaß trat an seine Stelle. Die Veränderung der Hausformen ging nicht auf ethnische, sondern auf gesellschaftliche Faktoren zurück.¹⁵³ Schließlich zeugen Massenfunde slawischer Keramik sehr vernehmlich davon, daß keine skandinavische Bauernsiedlung auf dem Boden Ladogas bestand.¹⁵⁴ Was die ethnische Bestimmung der ersten gefundenen Pflugschare jener Zeit betrifft, so ist festzustellen, daß sie einmal denen ähneln, die die Černjachov-Bauern verwendeten (Ladoga: 13,6 bis 15,6 Zentimeter lang; Černjachovschare: 13,5 bis 16,5 Zentimeter lang), und zum anderen entsprechen sie den Scharen, mit denen die Anten ihre Pflüge ausrüsteten (Volyncevo, Kreis Putivl', 7./8. Jahrhundert: 16 Zentimeter lang). Im Zuge der nordwärts gerichteten Kolonisation der Ostslawen wanderte ihr Pflug aus dem Süden nach dem Norden. Gerade die Nordwanderung der ostslawischen Pflugschare widerlegt entscheidend die Behauptung von einer skandinavischen Bauernkolonisation im Norden der Ruß. Die in Ladoga gefundenen ersten Pflugschare können also gar nicht skandinavischer Herkunft sein.

Wie in Ladoga, so ist auch in anderen Orten nirgends gegenständliches Material entdeckt worden, das auf skandinavische Bauernkolonien schließen ließe. Gewiß ist der Aufenthalt skandinavischer Krieger und Kaufleute in der Ruß unbestreitbar. Auch skandinavische Handwerker könnten dort gewesen sein. Eine Landnahme in der Ruß durch skandinavische Bauern ist jedoch nicht nachzuweisen.

In der Ruß wurde der Boden hauptsächlich von Slawen, teilweise auch von Finno-Ugriern und Balten, urbar gemacht, wobei die Ostslawen eine ständig höhere Agrartechnik entwickelten und sie im Zuge ihrer Nordkolonisation den westlichen und nördlichen Nachbarn übermittelten, so daß hauptsächlich Slawen, dann aber auch Finno-Ugrier und Balten als Träger der Agrarkultur jenes Teils von Osteuropa in Betracht kommen, in dem sich zuerst die Ruß und später Rußland als geographische Faktoren herausbildeten. Erst im 13. Jahrhundert beteiligten sich in beschränktem Umfang schwedische Bauern an der agrarischen Erschließung Osteuropas, indem sie im südwestlichen Küstengebiet des Finnischen Meerbusens und im westlichen Küstenland Estlands Kolonien anlegten.¹⁵⁵

153 *Ravdonikas, V. I./Ljapuškín, I. I., a. a. O., S. 27 - 34.*

154 *Stankevič, Ja. V., Keramik nižnega gorizonta Staroj Ladogi (Die Keramik der unteren Schichten von Alt-Ladoga), in: SA, Bd. 14, Moskau-Leningrad 1960, S. 187 - 216.*

155 *Šaskol'skij, I. P., Normanskaja teorija v sovremennoj buržuaznoj nauke (Die Normannentheorie in der heutigen bürgerlichen Wissenschaft), Moskau 1965, S. 199.*

Die Dorfgemeinde in Thrakien im ersten Jahrtausend v. u. Z.

von Alexander Fol

Außer den Versen von Horaz über den gemeinsamen Bodenbesitz bei den Geten - einer poetischen Äußerung über dem Dichter nicht völlig klare Gemeindeverhältnisse unter den an der Donau siedelnden Stämmen - enthält, soweit mir bekannt ist, kein anderer Text ausdrückliche Hinweise über die Gemeindestruktur im vorrömischen Thrakien.¹ Diese Struktur, deren Entwicklung bis jetzt nur theoretisch postuliert ist², ist in den direkten schriftlichen Informationen über das erste Jahrtausend nicht erfaßbar. In den historischen Forschungen sind flüchtig einige ihrer Elemente vermerkt, doch erst für das 3. Jahrhundert u. Z.

1 Hor. Carm. III 24, v. 13 - 16; *Kazarov (Kacarov), G.*, Beiträge zur Kulturgeschichte der Thraker, Sarajevo 1916, S. 44 f., in: Zur Kunde der Balkanhalbinsel, Bd. 2 = Quellen und Forschungen, H. 5. - Er hält die Passage bei den Poeten der Zeit Augustus' für *locus communis*. Eine kurze Analyse der neuesten Ansichten, z. B. der von Kiessling, Rostovtzeff, Zlatkovskaja, findet sich bei *Gerov, Boris*, Proučvanija vărchu pozemlenite otnošeniya v našite zemi prez rimsko vreme, I - III v. (Untersuchungen der Bodenbesitz- und -nutzungsverhältnisse in unseren Gebieten während der Römerzeit, 1. - 3. Jh.), in: Godišnik na Sofijskija Universitet - Fil. Fak. (im folgenden: GSofUn - FF) 50. Jg. 1955, H. 2, S. 20 u. 59 Anm. 49. - Der Autor vermerkt die langsamere Entwicklung Moesiens gegenüber Thrakien, hält aber die Nachricht von Horaz für nicht glaubwürdig. Allgemein über den Bauern bei Horaz vgl. *Gandeva, R.*, Der Bauer in der sozialen, ethischen und ästhetischen Auffassung von Horaz, in: Acta Antiqua Philippopolitana, Studia Historica et Philologica (im folgenden: AAntPhil), 1963, S. 285 - 294, mit vollständiger Bibliographie. - Über die Gemeindeverhältnisse bei den Nord-Balkanstämmen, in deren Charakteristik die poetischen Angaben eine größere Bedeutung erlangen, siehe *dieselbe*, Moralische und soziale Charakteristik der West- und Nord-Balkanbevölkerung bei Varro und Ovid, in: Actes du I^{er} Congrès International des Études Balkaniques et Sud-est européennes, Sofia 1966 (im Druck), wo auch die neueste rumänische und andere Literatur analysiert wird.

2 *Dimitrov, D. P.*, Bulgarien - Land alter Kulturen, Sofia 1963, S. 25 f.

und später gibt es eine gewisse Charakterisierung, wie im weiteren ersichtlich ist.

Das Problem ist nicht nur innerhalb der bulgarischen Geschichtsschreibung herangereift. In der marxistischen wissenschaftlichen Literatur wurde das Interesse für die Gemeindeformen einer sozialen Gesellschaftsformation immer durch die Ergebnisse gerechtfertigt. Ihre Gesamtheit hat seit einigen Jahren eine bedeutende Dokumentation methodologischer Beiträge zur marxistischen Konzeption der alten Welt ergeben. In monographischen Untersuchungen, in wissenschaftlichen Zeitschriften und insbesondere auf drei aufeinanderfolgenden Beratungen, die von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR organisiert wurden, bildete die Gemeinde im Altertum den Ausgangspunkt für einen Meinungsaustausch zur sogenannten "asiatischen Produktionsweise".³ Dieser überaus aktuelle und zweifellos nützliche Meinungsstreit liegt in seiner Gesamtheit außerhalb der hier untersuchten Frage. Aber wahrscheinlich ist die Feststellung nicht überflüssig, daß die Einführung einer neuen Formation mit einer solchen Benennung und mit noch nicht genauer bestimmtem Inhalt im historisch-materialistischen Schema der Menschheitsgeschichte eine schwierige und in gewissem Grade die Kräfte übersteigende Aufgabe ist. Sie würde komplizierte Widersprüche theoretischen Charakters hervorrufen; denn es ist klar geworden, daß bei der

3 Systematisierung und Analyse der sowjetischen, deutschen, französischen, tschechoslowakischen, ungarischen und anderen Literaturen siehe bei *Danilova, L. V.*, Diskussija po važnoj probleme (Diskussion zu einem wichtigen Problem), in: *Voprosy filosofii*, 12. Jg. 1965, S. 149 - 156; *Lenčman, Ja. A.*, Neskol'ko predvaritel'nych zamečanij (Einige vorläufige Bemerkungen), in: *Vestnik Drevnej Istorii* (im folgenden: VDI) H. 3/1965, S. 75 - 83. *Pavlovskaja, A. I.*, Po povodu diskussii ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicach žurnalov "La Pensée" und "Eirene" (Zur Diskussion über die asiatische Produktionsweise in den Zeitschriften "La Pensée" und "Eirene"), in: ebenda, S. 89 - 96. - Außer dem dort Erwähnten vgl. besonders *Suret-Canale, Jean*, Tradicionnyje obščestva v tropičeskoj Afrike i marksistkaja koncepcija "aziatskogo sposoba proizvodstva" (Die traditionellen Gesellschaften im tropischen Afrika und die marxistische Konzeption der "asiatischen Produktionsweise"), in: *Narody Azii i Afriki*, H. 1/1965, S. 101 f.; *Godelier, Maurice*, Ponjatje aziatskogo sposoba proizvodstva i marksistkaja schema razvitija obščestva (Der Begriff der asiatischen Produktionsweise und das marxistische Schema der Entwicklung der Gesellschaft), in: ebenda, S. 102 - 104; *Obščee i osobennoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka* (Das Allgemeine und Besondere in der historischen Entwicklung der Länder des Ostens), Moskau 1966. - Siehe zuletzt hierzu auch die Sammlung von Studien und Diskussionsbeiträgen in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967*, T. 4. Die Redaktion weist darauf hin, daß in einem der nächsten Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte zwei weitere Beiträge aus der sowjetischen und japanischen Forschung zur gleichen Problematik erscheinen werden.

Erforschung und bei der Definierung der Sklavenhalterordnung nicht einfach um jeden Preis Sklavenarbeit selbst in den Hauptproduktionszweigen gesucht werden darf. In jeder Formation gibt es eine Haupttendenz der Entwicklung innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Tendenz ist offensichtlich während des ganzen Altertums ein und dieselbe und besteht, unabhängig von den von außen auferlegten oder von innen bedingten Veränderungen im Prozeß, überall in der Formierung einer Sklavenhalterordnung in der Basis. Dies ist selbstverständlich seit langem bekannt, und nur die Nichtbeachtung dieser Tendenz veranlaßt viele Wissenschaftler, jetzt daran zu erinnern. In Wirklichkeit ist der echte theoretische und praktische Forschungsbeitrag - wenigstens wie die Diskussion sich im gegenwärtigen Augenblick abzeichnet - die einmütige Anerkennung der sozialen Gemeindeverhältnisse als grundlegender und bestimmender Faktor der antiken Gesellschaften. Die Gemeindestruktur leugnet nicht, sondern setzt die Entstehung der für die Sklavenhalterordnung typischen Entwicklungstendenzen voraus; sie stagniert nicht, sondern bedingt deren Evolution zu höheren Formen der gesellschaftlichen Ordnung. Die höchste darunter ist die Polis-Ordnung, und sie wird durch die Entwicklung der "Gemeinde-Sklavenhalter"-Verhältnisse (nach dem Ausdruck von Nikiforov) bei den Hellenen und Römern realisiert.⁴ Aber in benachbarten oder ferner gelegenen Gebieten, unter anderen historischen Umständen und Voraussetzungen, bleiben diese Verhältnisse primitiver, und die meisten von ihnen "frieren" auf den verschiedenen Etappen ihrer Entwicklung "ein". Die komplexe Vorstellung einer Sklavenhalterordnung im Weltmaßstab scheint übrigens nicht synthetisch, sondern analytisch aufgebaut werden zu müssen. Ihr geschlossenes gesellschaftlich-ökonomisches und politisches System besteht offensichtlich in einem in seinen Grundkomponenten einheitlichen Kern - der Gemeinde - und aus einer Vielzahl von Varianten gesellschaftlicher Formen. Wenn wir uns die Polis-Form als Endresultat denken, das bereits mehr als die anderen alle Widersprüche enthält, die gleichzeitig den Gipfel und den Untergang der Sklavenhalterformation bedingen⁵, können die übrigen Gesellschaftsordnungen als Vorstufen oder Nachstufen aufgefaßt werden.

4 Nikiforov, V. N., *Koncepcija aziatskogo sposoba proizvodstva i sovremennaja sovjetskaja istoriografija* (Die Konzeption der asiatischen Produktionsweise und die zeitgenössische sowjetische Geschichtsschreibung), in: *Obščee i osobennoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka*, a. a. O., S. 30 - 32.

5 Diese Idee wurde bereits verteidigt von *Utšenko, S. L.*, *Krizis i padenie Rimskoj respubliki*, (Krise und Verfall der Römischen Republik), Moskau 1965, S. 3 - 10.

Auf diesem Hintergrund gewinnt das Studium der sogenannten "barbarischen" Gesellschaften einen neuen Wert, gleich jenem, der traditionsgemäß Hellas und Rom beigemessen wird. Gleichzeitig tritt auch die Bedeutsamkeit des ausgewählten Forschungsobjektes klar hervor, obwohl die thrakische Dorfgemeinde wohl kaum eine besonders spezifische Variante der nichtklassischen, auf Sklaverei beruhenden Produktionsverhältnisse darstellt. Aber ihre nächsten Parallelen aus Makedonien und Illyrien werden treffend durch andere vom Bosphorus und aus Kleinasien ergänzt, und die echten Perspektiven des unternommenen Versuchs werden wahrscheinlich erst in späteren Untersuchungen eingeschätzt werden können. In ihnen wird eine allseitige Charakteristik der thrakischen sozialökonomischen Geschichte gesucht, und durch die Gemeinde wird endgültig das Problem der Staatsbildungen in Thrakien im 1. Jahrtausend gelöst werden. Andererseits könnte das Erreichte wegen der Nähe zu Griechenland nach vergleichenden Kennziffern genutzt werden, um einige mögliche Entwicklungsetappen der Gemeinde in den hellenischen Gebieten zu erhellen.

Im vorliegenden Falle aber werden diese fernen Aufgaben zugunsten des Versuchs, die thrakische Gemeindeordnung zu analysieren, beiseite gelassen. Bis jetzt scheint hier das einzige, möglichst sichere Herangehen eine kombinierte Methodik zu sein, die die Untersuchung einzelner, real beweisbarer Elemente der Gemeindestruktur und deren Kombination einschließt. Das Ziel des vorliegenden Artikels ist übrigens gerade die Verteidigung dieser Methode, die wegen des Fehlens jeglicher direkter schriftlicher Informationen und archäologischer Ausgrabungen auf den landwirtschaftlichen Territorien in Thrakien benutzt wurde.

Mir erscheint es vernünftig, zunächst die gesellschaftlichen Verhältnisse im thrakischen Dorf während der römischen Epoche zu erläutern. Dies wird durch wichtige Beobachtungen über die Gemeinde im Römischen Imperium⁶ sowie durch die Studien einiger bulgarischer Wissenschaft-

6 *Sereni, E.*, *La comunità rurale nell'Italia antica*, Rom 1955, S. 483 ff., wurde das Bestehen des Gemeindelandbesitzes in Norditalien unabhängig von der Änderung des juristischen Status nachgewiesen; S. 558 f. werden die Etappen der Sippen- und der Territorialgemeinde charakterisiert. - Vgl. auch die wichtigen Beobachtungen von *Štaerman, E. M.*, *Obščina v zapadnych provincijach Rimskoj imperii* (Die Gemeinde in den westlichen Provinzen des Römischen Reiches), in: *Klio*, Bd. 38, 1960, S. 207 - 224, und *dieselbe*, *Moral' i religija ugnetennych klassov Rimskoj imperii* (Moral und Religion der unterdrückten Klassen des Römischen Reiches), Moskau 1961, S. 31 f. - Hier werden auch einige Schlußfolgerungen über die thra-

ler und ausreichend beweiskräftiges Material erleichtert. Sie dient ihrerseits als stabiler Ausgangspunkt für eine umgekehrte Untersuchung, das heißt für eine Forschung, die sich nicht auf Ausgangspositionen, sondern auf abschließende Feststellungen stützt.

In der Periode vom 1. bis 3. Jahrhundert u. Z. ist nördlich und südlich des Balkans die freie thrakische Bauernschaft die örtliche Hauptbevölkerung. Wie ersichtlich ist, bewahrt sie ihren Status auch in der Spätantike, als ihre große Mehrheit im 3. und 4. Jahrhundert außerhalb der sich herausbildenden Kolonatsverhältnisse bleibt. Diese umfassen eingedrungene und angesiedelte Bauern "barbarischen" Ursprungs und "foederati", die gewaltsam durch die zentrale Macht angesiedelt wurden. Die thrakische Bauernschaft verpflichtet sich dagegen allmählich zu der charakteristischen Form des Patronats, womit sie - wie bereits von Velkov hervorgehoben wurde - außerhalb der primären Leibeigenenbeziehungen steht.⁷ Aber wenn sie vom Prozeß der Bindung an den Boden nicht betroffen sind, so auch nicht von der Versklavung. Unsere Angaben, die meist epigraphischer Natur, zahlreich und überzeugend sind, gestatten das Urteil, daß Sklaven thrakischen Ursprungs innerhalb und außerhalb Thrakiens immer seltener anzutreffen sind. Die Thraker, die während der Zeit der römischen Expansion auf dem Balkan seit Ende des 3. Jahrhunderts v. u. Z. massenhaft ihrem Boden entrissen wurden, sind in Rom und Italien im 1. Jahrhundert v. u. Z. am zahlreichsten und verringern sich dann im Laufe der politischen und verwaltungsmäßigen Befriedung in den Gebieten südlich des Unterlaufs der Donau. Dieser Prozeß dauert auch in den ersten Jahrzehnten

kische Dorfgemeinde in der römischen Zeit gezogen, (S. 44, 47 - 52 u. 273).

7 Dieses Problem ist gründlich untersucht bei *Tačeva, M.*, Za pojavata na kolonata v dolna Mizija i Trakija (Über das Auftreten des Kolonats in Niedermoesien und in Thrakien), in: *Veliko Tŕnovo*, 1. Jg. 1963/64, S. 195 - 212, die auf die ausländische und die bulgarische Literatur hinweist. Die hier benutzte Charakteristik des Patronats ist zu finden bei *Velkov, Velizar*, Seloto i gradät v Trakija prez IV - V v. ot n.e. (Das Dorf und die Stadt in Thrakien im 4. - 5. Jh. u. Z.), in: *Istoričeski Pregled* (im folgenden: *IstPreg*) H. 4/1955, S. 38. - Den entgegengesetzten Standpunkt entwickelt *Štaerman, E. M.*, Rabstvo v III - IV vv. n. ě. v zapadnych provincijach Rimskoj imperii (Die Sklaverei im 3. - 4. Jh. u. Z. in den westlichen Provinzen des Römischen Reiches), in: *VDI*, H. 2/1951, S. 104; *dieselbe*, K voprosu o krest'janstve v zapadnych provincija Rimskoj imperii (Zur Frage der Bauernschaft in den westlichen Provinzen des Römischen Reiches), in: *VDI*, H. 2/1952, S. 109. - Sie ist der Ansicht, daß die Kolonen in Thrakien aus der örtlichen Bevölkerung hervorgegangen sind. In der bulgarischen Literatur ist auf diese Auffassung Bezug genommen bei *Foľ, Alewander*, Les Thraces dans l'Empire romain d'Occident, I^{er} - III^e sićcle, in: *CSofUn - FIF* (Filolog. - Ist. - Fak.), 58. Jg. 1964, H. 3, S. 308 f. Anm. 43.

des Imperiums an, um dann endgültig mit Trajan und Hadrian abzuschließen - nur wenige Ausnahmen demonstrieren die wahrscheinlich alte Praxis der Armen, ihre Kinder zu verkaufen. In den moesischen und thrakischen Provinzen sind thrakische Sklaven aus literarischen und epigraphischen Quellen nur in unbedeutender Anzahl bekannt. Das zu erwartende Eindringen thrakischer Sklaven in die Städte des 2. Jahrhunderts u. Z. und später hat nicht stattgefunden. Die Sklaven anderen ethnischen Ursprungs kamen offensichtlich vor allem aus den östlichen Provinzen. Zweifellos hat sich die römische Macht sowohl hier als auch anderswo sorgsam davor gehütet, die örtlichen gesellschaftlichen Verhältnisse im Dorf zu verändern, um die Produktion und die Aushebung von Soldaten nicht zu gefährden. In Thrakien und Moesien war dies von großer Bedeutung.⁸

Vor einer künstlichen sozialen Deklassierung geschützt, hat die thrakische Bauernschaft offensichtlich auch keine ernsthaften demographischen Störungen erlitten, die in der nationalen Zusammensetzung der römischen Provinzen als Ganzes zu schwerwiegenden Umgestaltungen führten. Die Bevölkerungsdichte in Nordbulgarien (zwischen Donau und Balkangebirge) ist während der ganzen römischen Epoche gering geblieben. Diese Vorstellung wird auch von den epigraphischen Denkmälern der Thraker aus den anderen Teilen des Imperiums bekräftigt. Sklaven oder Militärangehörige, also fern ihrer Heimat lebende Menschen, können durch ihr Ethnikon, das heißt die onomastischen Angaben und insbesondere die Hinweise über den Geburtsort, "zurückgeführt" werden. Die Methode der "Zurücklokalisierung" gestattet es, alle Personen in die Orte zu setzen, aus denen sie hervorgegangen sind, und, trotz der geringen Sicherheit in einigen Fällen, zur Restaurierung des demographischen Bildes der Zeit vor dem Weggehen beizutragen. So bestätigt die Gesamtheit der innerhalb und außerhalb der heutigen bulgarischen Gebiete gefundenen Inschriften im allgemeinen die Annahme, daß das Stärkeverhältnis zwischen der Bevölkerung in Moesien und in Thrakien offensichtlich annähernd 1 : 4 bis 5 war.⁹

8 Zur Sklaverei siehe zuletzt (mit vollständiger Bibliographie) *Velkov, Velizar*, Zur Frage der Sklaverei auf der Balkanhalbinsel während der Antike, in: *Études Balkaniques*, 1. Jg. 1964, S. 125 - 138.

9 Stand und Schlußfolgerungen der demographischen Untersuchungen sind mit Literatur bis in die letzte Zeit aufgezeigt bei *Fol, Alexander*, Demografska i socialna karakteristika na dnešnite bälgarski zemi ot I do III v. vāz osnova na nadpisite extra fines provinciarum (Demographische und soziale Charakteristik der heutigen bulgarischen Gebiete vom 1. - 3. Jh. auf Grund der Inschriften extra fines provinciarum), in: *Izvestija na Bälgarskoto istoričesko družestvo* (im folgenden: *IBID*), 25. Jg. 1967, S. 117 - 125.

Aber diese Charakteristik ist unvollständig, da sie weder die annähernde Anzahl noch die Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung anzeigt. Fremdstämmige Elemente sind in großer Zahl in den Städten des Schwarzmeergebietes und in den neugegründeten römischen Zentren anzutreffen und später auch als Ansiedler in Ödlandgebieten. Aber diese Fälle sind ohne wesentlichen Einfluß auf das örtliche Ethnos; denn die Inschriften zeigen nur ganz schwache Infiltrationen in die thrakischen Dörfer.¹⁰ Andererseits zeugen die über das Imperium verstreuten Inschriften davon, daß die thrakischen Bauern, mit einigen unbedeutenden Ausnahmen in den reicheren Gegenden, nach Beendigung ihres Militärdienstes nicht im Ausland geblieben sind, sondern es vorzogen zurückzukehren. Nach ihrer Rückkehr nach Thrakien verzeichneten sie auf Denkmälern ihren früheren Beruf oder stellten sich unter ihren römischen Namen mit imperatorischem Gentilnamen vor, was unbedingt auf eine in der römischen Armee erhaltene Bürgerschaft hinweist.¹¹ Mit anderen Worten, sowohl Versklavung als auch Aushebungen haben dem Bestand der örtlichen Bevölkerung keinen Abbruch getan und können auf keinen Fall als Ursachen für eine starke demographische Schwächung ausgelegt werden. So seltsam es auch auf den ersten Blick erscheinen mag, dauerte dieser Zustand offensichtlich auch während der Periode vom 3. bis zum 5. Jahrhundert an, trotz der sich häufenden und in den literarischen Quellen als schrecklich beschriebenen Einfälle der Barbaren. Zwar sind einige Umgruppierungen sichtbar, wie beispielsweise die der am Stadtrand von Philippopolis ansässigen Bevölkerung, die nach dem Einfall der Goten Mitte des 3. Jahrhunderts in die Stadt eindrang, um dort Unterschlupf zu finden.¹² Aber ein Ex-

10 Vgl. *Gerov, Boris*, L'aspect ethnique et linguistique dans la région entre le Danube et les Balkans à l'époque romaine, I^{er} - III^e s., in: *Studi Urbinati*, n. s. B, Nr. 1 - 2, Urbino 1959, S. 173 - 191. - Über die Periode nach dem 3. Jh. vgl. *Velkov, Velizar*, Grădat v Trakija i Dakija prez kăsnata antičnost (Die Stadt in Thrakien und Dakien in der Spätantike), Sofia 1959, S. 232 - 249; *derselbe*, Kleinasien und Syrer in den Balkangebieten während der Spätantike, 4. - 6. Jh., in: *Études Historiques*, 2. Jg. 1965, S. 19 - 26, 26 f. u. Anm. 1 - 10.

11 Der Prozeß der Rückkehr mit epigraphischem Material bei *Fol, Alexander*, Les Thraces dans l'Empire romain d'Occident, a. a. O., S. 300 f. - Beispiele über zurückgekehrte Militärangehörige vgl. bei *Mihailov (Michajlov), G.*, Inscriptioes graecae in Bulgaria repertae (im folgenden: IGBulg) I - IV, ind. X s. v. κωμηται, παλαιστρατιωτης, στρατιωτης und bei den römischen Namen (ind. I, IV).

12 Vgl. *Gerov, Boris*, Edin nov dokument za gotските нашествия при Галиен I за istorijata na Plovdiv (Ein neues Dokument über die Goteneinfälle bei Gallien und über die Geschichte von Plovdiv), in: *Godišnik na Muzeite v Plovdiv* (im folgenden: GMuzPlov), 4. Jg. 1965, S. 23 - 38.

kurs über die benutzten Wege würde uns die unbestreitbare Tatsache aufzeigen, daß sich die vorrückenden Stämme vornehmlich auf den großen Heerstraßen bewegten, daß sie die Städte durchzogen, sie belagerten, daß jedoch große Teile des Territoriums der Provinz unberührt blieben. Dieser Exkurs würde uns aber sehr vom Thema wegführen. Statt dessen kann man zuverlässig schlußfolgern, daß das thrakische ethnische Element in der Spätantike aufs neue stark belegt ist.¹³ Aber auch das ist nicht alles, was hinsichtlich der thrakischen Nationalität in dieser langen Periode zu sagen ist. In den eingehenden Forschungen über den Romanisierungsprozeß in den heutigen bulgarischen Gebieten wird bewiesen, daß die ländliche Bevölkerung in Wirklichkeit ihr ethnisches und geistiges Antlitz gewahrt hat.¹⁴ Trotz der römischen Bürgerschaft, die im Heer erlangt wurde, trotz der Verbreitung traditioneller römischer Namen und der Annahme von griechischen bewahrten die thrakischen Bauern ihre Sprache, ihre Sitten und ihre Religion. Dieser Standpunkt wird auch durch außerhalb der Grenzen aufgefundenes epigraphisches Material unterstützt, das in den westlichen und östlichen Provinzen des Imperiums gesammelt wurde. Wie aus hundert von Fällen zu urteilen ist, unterlagen die Thraker auch in einer fremden ethnischen und sozialen Umgebung praktisch keiner Assimilation; sie sammelten sich in verwandtschaftlichen, erblichen und jahrgangsmäßigen Gruppen; sie bekundeten keinerlei Neigung und Verlangen der lateinischen Sprache gegenüber und ehrten überall ihre Götter, vor allem den thrakischen Reitergott Heros.¹⁵

Für sich genommen, sprechen alle diese Tatsachen zugunsten einer außerordentlich gesunden Gemeindestruktur, die das Verhalten des Individuums bestimmt. Und wirklich hat die in ethnisch-demographischer und sozialer Hinsicht stabile thrakische freie Bauernschaft in der römischen Epoche die monogame Familienform gekannt. Diese Meinung ge-

13 Vgl. *Beševliev, Veselin*, Edin zagadäčen nadpis ot 6 v. (Eine rätselhafte Inschrift aus dem 6. Jh.), in: *Razkopki i proučvanija*, 4. Jg. 1949, S. 123 - 129; *derselbe*, Učastieto na trakite v obščestvenija život na provincija Trakija i na Iztočnata Rimska imperija (Die Beteiligung der Thraker am gesellschaftlichen Leben der Provinz Thrakien und des Oströmischen Reiches), in: *Izvestija na Instituta za Bălgarska istorija* (im folgenden: IIBI), Bd. 1/2, 1951, S. 217 - 232; *derselbe*, Die Thraker im ausgehenden Altertum, in: *Studii Clasice*, 3. Jg. 1961, S. 251 - 263; *derselbe*, *Proučvanija vărču ličnite imena u trakite* (Untersuchungen der Eigennamen bei den Thrakern), Sofia 1965, S. 89 - 97 = *Epigrafska poredica* 8.

14 Letzte Untersuchung in diesem Sinne mit Überblick über die Grundliteratur, siehe bei *Beševliev, Veselin*, *Proučvanija vărču ličnite imena u trakite*, a. a. O., S. 66 - 89.

15 *Fol, Alexander*, *Les Thraces dans l'Empire romain d'Occident*, a. a. O., S. 300 ff.

winnt man aus dem epigraphischen Material relativ leicht, und wenn es bis jetzt nicht ausgesprochen wurde, liegt die Ursache im mangelnden Interesse am Aufbau der Gemeindeordnungen insgesamt. Die monogame Ehe ist vor allem durch die Inschriften aus dem Inneren Thrakiens in breitem Umfang bezeugt, aus denen in vielen Beispielen hervorgeht, daß die Gattin - bereits die einzige für den Mann - eine völlig veränderte Rolle spielt. Sie fühlt sich als gleichberechtigtes Mitglied der Familie, bekundet ihr Vorhandensein besonders in eigens aufgestellten Widmungen und Grabinschriften. Die Frau - und das ist ein bedeutsames Merkmal - bekundet ihre verwandtschaftlichen Bindungen zu der Familie, aus der sie hervorgeht, und manchmal steht diese bei der Aufzählung vor ihrem Ehegatten. Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind ebenso ausdrucksvoll demonstriert. Hier ist nicht nur die Erbfolge sowohl von seiten des Vaters als auch von seiten der Mutter gut erkennbar, sondern auch die der monogamen Ehe entsprechende Unterordnung der Zweitgeborenen unter die Erstgeborenen, der Mädchen unter die Knaben, von den breit dokumentierten brüderlichen und schwesterlichen Verbindungen zu schweigen, die von dem eine Familie bildenden Elternpaar aufrechterhalten wurden.¹⁶ Besonders kennzeichnend ist bei der Charakteristik der monogamen Familie die Inschrift von Cillae, bei deren jüngster Veröffentlichung der Kommentar die genauen Plätze der Mitglieder des Kollektivs in der erbrechtlichen Stufenleiter vorlegt: Gatte - Gattin - erstgeborener Sohn - andere Söhne - erstgeborene Tochter - andere Töchter - unverheirateter Bruder des Gatten.¹⁷ Diese typische monogame Struktur, die hier statisch vorgestellt ist - die Inschrift bezieht sich wahrscheinlich auf die Gründung eines Marktes -, ist auch aus der Dynamik einer anderen Inschrift zu ersehen, die beim Dorf Panicovo, Bezirk Pomorie, entdeckt wurde. Aus ihr gehen die Wechselbeziehungen zwischen den Erben und die Kämpfe zwischen ihnen hervor, wie auch die rein römische Rechtspraxis, nach der Vater und Gatte ihren Nachfolger bestimmten.¹⁸ Der

16 Die Beispiele sind zahlreich. In diesem Falle reicht es aus, wenn wir uns berufen auf *Mihailov, G.*, IGBulg I - IV, ind. X s.v. ἀδελαφός, γυνή, πατήρ, σὺμβίος. Darunter sind die typischeren: IGBulg IV 2291: eine Thrakerin erwähnt ihren Bruder in einer Inschrift zum Gedenken an ihren Ehemann; IGBulg IV 2330: eine Thrakerin errichtet eine Gedenktafel zu Ehren ihres Vaters, auf der sie später den Namen ihres Mannes hinzufügt; IGBulg IV 2343: erwähnt Bruder und Schwester, romanisierte Thrakerin, die als Frau eines anderen Thrakers deklariert wird.

17 Letzte Veröffentlichung, Literatur und Kommentar bei *Mihailov, G.*, IGBulg, III, 1516, S. 248 - 250.

18 Siehe *Michajlov, G.*, Epigraphica, in: *Izvestija na Narodnija muzej Burgas*, 2. Jg. 1965, S. 150 - 153, Nr. 3.

Typ der thrakischen Familie der frührömischen Epoche ist auch durch Inschriften aus anderen Gebieten des Imperiums überzeugend dokumentiert, wo die bereits gekennzeichneten monogamen Verbindungen fast künstlich scheinen, weil die Familien von der ihr fremden Umgebung isoliert sind. Ich möchte nur die bemerkenswerte Inschrift der Aurelia Marcia zitieren, die als freie Frau und wahrscheinlich Witwe eines Militärangehörigen auf ihre thrakische Herkunft hinweist.¹⁹

Diese monogamen Familien, die gewöhnlich sehr stark waren, stellten gleichzeitig die kleinsten Produktionskollektive dar. Auf der Grundlage der Skaptoparener Inschrift sieht sie Velkov im 3. Jahrhundert u. Z. in "ländlichen territorialen Gemeinden" organisiert, und diesen Aufbau bestätigt er für die ganze Spätantike in Thrakien.²⁰ Eine ganze Reihe anderer Inschriften aus den Provinzen zeigen, daß die Familien wirklich Bestandteile einer höheren Organisation waren, deren bekannte Bezeichnung vicus oder κώμη ist, mit einem bestimmten und abgegrenzten Territorium. Auf ihm lagen die individuellen Parzellen und die Gebiete zur gemeinsamen Nutzung.²¹ Einige Untersuchungen der Bodeneigentums- und Bodennutzungsverhältnisse des 1. bis 3. Jahrhunderts in den heutigen bulgarischen Gebieten haben diese Organisation nachgewiesen, ohne daß sie ausdrücklich Dorfgemeinde genannt wird.²² Es ist festgestellt, daß die Bauern über ihre Parzellen als Besitzer verfügten, das heißt ius possessio besaßen, während das Eigentum an ihrem ganzen Land dem römischen Volk gehören konnte oder kaiserliches Land bzw. Privatland, Eigentum von Städten usw. war. Unabhängig von ihrer Ortslage war die thrakische Dorfgemeinde übrigens kollektiver Besitzer der einzelnen Parzellen und der Gebiete für gemeinsame Nutzung geblieben, versorgte sich kollektiv und bezahlte kollektiv die Steuern. Der charakteristische Gemeinde-Landbesitz, verbunden mit

19 *CIL* VI 2734. - Der Fall ist ohne Kommentar erwähnt bei *Mateescu, G. G.*, I Traci nelle epigrafi di Roma, in: *Ephemeris Dacoromana*, 1. Jg. 1923, S. 171. - Andere interessante Beispiele aus Rom sind *CIL* VI 2954, über Mann, Frau und Schwiegermutter; *CIL* VI 3915, über Onkel und Neffen. - Eine gewisse Systematisierung siehe bei *Fol, Alexander*, Les Thraces dans l'Empire romain d'Occident, a. a. O., S. 304 - 306 Anm. 11 - 28.

20 Vgl. *Velkov, Velizar*, Les campagnes et la population rurales en Thrace au IV^e - VI^e siècle, in: *Byzantinobulgarica*, 1. Jg. 1962, S. 34; zu der Inschrift vgl. *Mihailov, G.*, *IGBulg* IV 2236, S. 198 ff.

21 Vgl. *Mihailov, G.*, *IGBulg* III₁ 1197; III₂ 1711 u. 1771; II 750, die die Zugehörigkeit der Personen (einige ehemalige Militärangehörige) zur Gemeinschaft der Bauern zeigen.

22 *Gerov, Boris*, Proučvanija vărchu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 27 - 29.

dem familienweisen Einbringen der Ernte und mit einem einheitlichen Fonds für Gemeinde- oder staatlichen Bedarf, ist auch aus einigen Inschriften ersichtlich, die die Gründung von Märkten während der Zeit des Septimus Severus dokumentieren.²³

Eine nicht geringe Anzahl Zeugnisse verraten, daß das ländliche Territorium in Moesien und in Thrakien wie auch in anderen Provinzen zu größeren verwaltungsmäßigen Einheiten zusammengefaßt war, deren genaue Bezeichnung noch immer nicht festgestellt werden kann. So folgt auf die Familie, die außerhalb des Systems steht, jedoch dessen Vorbedingung ist, und nach der Gemeinde offensichtlich der aus den Inschriften bekannte pagus, der wahrscheinlich die Vereinigung einiger Dörfer eines bestimmten Gebietes darstellt, mag er streng geographisch oder ethnisch-geographisch gewesen sein. Die terminologische Unklarheit in den literarischen Quellen und in den Inschriften ist allgemein bekannt und schwer zu überwinden. So findet sich diese Einheit anderswo auch unter anderen Begriffen, beispielsweise regio. In jedem Fall bilden einige pagi vel regiones unbedingt ein umfangreicheres Gebiet, vielleicht die sogenannte civitas. Es ist bekannt, daß zwei oder mehr solcher Bezirke, wenigstens bei der frühen administrativen Teilung, die Präfektur bilden.²⁴

Dieses hier schnell skizzierte System, das seinem Wesen nach zuverlässig ist, obwohl nicht alle seine Stufen präzise gegenübergestellt werden können, wurde von den Römern nicht künstlich geschaffen. Es gründet sich auf eingewurzelte Traditionen, und deren Entwicklung muß in der Übergangsepoche gesucht werden.

23 Allgemein zu den Märkten vgl. *Mihailov, G.*, Septimius Severus in Moesia Inferior and Thrace, in: *AAntPhil*, 1963, S. 123 f. - Das Grundlegende, das Thema Betreffende ist, daß diese Inschriften auf die Familienoberhäupter als Strukturelement der neuen Siedlungen hinweisen. Das ist für die Gemeinde charakteristisch.

24 Das genaue administrative Verhältnis dieser Gebiete in Thrakien und im unteren Moesien ist nicht festgestellt, aber in diesem Falle ist das bestehende Prinzip wichtig. Vgl. die Schwankungen bei *Gerov, Boris*, Proučvanija vărču zapadnotrakijskite zemi prez rimsko vreme (Untersuchungen über die westthrakischen Gebiete während der römischen Zeit), T. 2, in: *GSofUn - FF*, 61. Jg. 1967, H. 1, S. 50 u. 68; vgl. auch *Dimitrov, D. P.*, Za strategite i za njakoi gradski teritorii v rimska Trakija (Über die Strategien und einige städtische Territorien im römischen Thrakien), in: *GMuzPlov*, 6. Jg. 1933/34, S. 125. - Über Varianten in der Erfassung der uns bekannten Termini siehe auch *Gerov, Boris*, Proučvanija vărču zapadnotrakijskite zemi prez rimsko vreme, T. 2, a. a. O., S. 69 Anm. 5. - Zu den Strategien siehe zuletzt *Mihailov, G.*, *IGBulg IV* 2338, S. 287 - 292.

Wenn festgestellt wird, daß die Römer im Verlauf des ersten Jahrhunderts v. u. Z. und im ersten Jahrhundert u. Z. in den heutigen bulgarischen Gebieten auf die Dorfgemeinde in einem stark vorgeschrittenen Stadium und mit einer mehr oder weniger ausgebildeten administrativen Organisation nach dem geographisch-bürokratischen Prinzip, jedoch nicht nach dem Stammesprinzip, prallten, ist es klar, daß im ersten Jahrtausend v. u. Z. in den thrakischen Gebieten die Gemeinde eine grundlegende Umgestaltung durchgemacht hatte. Mit gutem Grund wird bereits angenommen, daß diese nicht erforscht werden kann, außer durch ihre Komponenten, und deshalb ist das zweite Hauptmoment der hier angewandten Methode die Analyse der thrakischen Familie während der Eisenzeit.

Kazarov kommentierte als erster die Mitteilungen der antiken Schriftsteller über die thrakische Familie, wobei er sich auf die Feststellung der bereits im 5. Jahrhundert v. u. Z. bezeugten Vielehe beschränkte.²⁵ Der gleiche Komplex von Zeugnissen rief weitaus später, um 1950, neue Hypothesen hervor. Eine davon näherte sich mehr den Schlußfolgerungen über die Existenz einer Gruppenehe, eine zweite dem Standpunkt von einer klassenmäßigen Grundlage der Polygamie in einer Gesellschaft, die in Arme und Reiche geteilt war und in der allein die Aristokraten oder die Sklavenhalter viele Frauen besaßen.²⁶ Eine erneute Untersuchung der fraglichen Informationen drängt sich nicht so sehr wegen dieser Widersprüche auf, als wegen der besonderen Wichtigkeit der Familie in der sozialen Struktur.

Der älteste Text, *Her.* IV 104 (Hude), der uns mitteilt, daß die Agathyrser alle ihre Frauen gemeinsam hatten, um sich als Brüder zu fühlen, ist für den Verfasser selbst ein Archaismus und eine Ausnahme in den thrakischen νόμοι. Andererseits wurden diese Stellen des vierten Buches nach den Forschungen von Jacoby nicht nach persönlichem Augenschein unterbreitet, sondern nach Hekataios, und diese Tatsache verleiht ihnen ein noch höheres Alter, so daß sie wenigstens in die Anfangsjahrhunderte des ersten Jahrtausends v. u. Z. zu versetzen

25 Kazarov, G., a. a. O., S. 11 - 16.

26 Danov, Chr., Kām socialno-ikonomičeskoto razvitie na iztočnata polovina na Balkanskija poluostrvo prez pārvite pet veka pr. n. e. (Zur sozialökonomischen Entwicklung der östlichen Hälfte der Balkanhalbinsel in den ersten fünf Jahrhunderten v. u. Z.), in: *Ist-Preg*, H. 1/1948, S. 61; *Milčev, A.*, Socialno-ikonomičeskij i obščestveno-političeskij stroj na trakite, VIII - IV v. pr. n. e. (Die sozialökonomische und gesellschaftlich-politische Ordnung der Thraker, 8. - 4. Jh. v. u. Z.), in: *Ist-Preg*, H. 4 u. 5/1949/50, S. 536 u. 538.

sind.²⁷ Da es keinerlei andere Nachrichten über Gruppenehe bei den Thrakern gibt, ist das weitestgehende, was bis jetzt angenommen werden kann, daß Herodot nebelhafte Reminiszenzen an diese Form aus der Epoche der Wildheit gab und zwar aus entfernten, jenseits der Donau gelegenen Gebieten. Alle übrigen Informationen schließen die Möglichkeit einer Gruppenehe aus. Die Polygamie ist dagegen kategorisch belegt, sowohl für die Reichen als auch für die Armen. Folglich kann hier kein prinzipieller Unterschied zwischen Bauern und Aristokratie gemacht werden, ohne selbstverständlich die häufigeren Käufe bemittelten Schichten zu übersehen, die mehr Frauen besaßen.²⁸ In dieser Polygamie hatte der Mann eine bevorzugte oder Lieblingsgattin. Er führte seine Frauen weg, nachdem er den Eltern ihren Wert bezahlt hatte. Einmal in sein Haus gebracht, hatten die Mädchen ihre voreheliche Freiheit verloren, die die antiken Autoren so in Erstaunen versetzt hatte, um sich in gehorsame, benachteiligte und erniedrigte Arbeiterinnen zu verwandeln. In dieser Hinsicht ist unter den vielen Zeugnissen über die niedrige soziale Stellung der Frau jenes von Pompeius Trogus besonders charakteristisch, das bei *Justin.* XXXII 3, 16 (Ruehl) über die Bestrafung wiedergegeben ist, die der dakische König Orol seinen im Kampf besiegten Soldaten auferlegte. Zweifellos war die Macht des Mannes vollkommen, uneingeschränkt, und erstreckte sich auf alle Familienmitglieder.

Die charakteristische Stellung des Mannes zeigt uns, daß wir hier die von Engels als "Übergangsform" der Familie bezeichnete, die patriarchalische Familie - ein unter der Macht des Vaters organisiertes Kollektiv - vor uns haben. Die Rolle dieses Mannes und seine Rechtslage sind durch die Entwicklung des Privateigentums bedingt; ihm gehören die Kinder. Der Übergang von der Paarungsehe in die Monogamie bringt für die patriarchalische Familie viele konservative Züge mit sich, die bis zu Morgan alle Forscher außerordentlich verwirrten. So bleibt einerseits die geschlechtliche Freiheit der Mädchen vor der Heirat ein sicheres Merkmal für die bereits durchlebte Gruppenehe und teilweise für die Paarungsehe. Die thrakische Sitte ist ausdrücklich bei Engels

27 Vgl. *Jacoby, F.*, Herodotus, RE Suppl. Bd. 2, Sp. 431 ff.; vgl. *Danov, Chr.*, Cherodot kato izvor za istorijata na Trakija, Makedonija i zapadnoto Černomorie (Herodot als Quelle für die Geschichte Thrakiens, Makedoniens und des westlichen Schwarzmeergebietes), in: GSofUn - IFF, 32. Jg. 1936, H. 8, S. 23.

28 Die Informationen sind gesammelt bei *Kazarov, G.*, a. a. O., S. 13 - 16. Vgl. dazu *Arist. fr.* 611, 58 (Rose), das noch einmal zeigt, daß die Vielehe unter allen Schichten der thrakischen Gesellschaft verbreitet war.

zitiert. Deshalb ist diese Tatsache, für sich allein genommen, ein Beweis für die Existenz der patriarchalischen Familie. Andererseits läßt auch der Frauenkauf an die Formierung der patriarchalischen Familie denken. Das zeugt von der allmählich begonnenen Einschränkung der Zahl der Frauen und ihrer Auswahl nach den Erfordernissen der Produktion. Die beschriebene Praxis zeigt, daß bereits damit begonnen wurde, Arbeitskräfte für ein Kollektiv zu suchen, auszuwählen und zu konzentrieren, getrennt von der Sippengemeinde und als selbständige Produktionsorganisation. In diesem Sinne ist die Polygamie absolut obligatorisch für die patriarchalische Familie. Sie bedingt auch ihre Produktionskapazität im Rahmen der Möglichkeiten des Mannes. Es ist logisch, daß bei den Reichen mehr Frauen zu finden sind, das heißt mehr Arbeitskräfte. Diese Familie stellt, wie von Engels hervorgehoben wurde, eigentlich für sich allein mit ihren vielen Menschen, ihrer Struktur und ihren Aufgaben eine patriarchalische Hausgemeinde dar. Belastet mit vielen Sippenüberresten bildet sich diese Form langsam heraus, aber sie ist lebensvoll und kann sich bei besonderer Verknüpfung der Umstände in einigen Gebieten der Erde jahrhundertlang halten.²⁹

Die Chronologie dieser Erscheinungen in Thrakien ist besonders kompliziert. Unsere frühesten Quellen - die Grundlage von Hekataios im IV. Buch Herodots und die persönlichen Eindrücke des Geschichtsschreibers aus Halikarnassos - verlegen die Existenz der patriarchalischen Hausgemeinde in das 6. bis 5. Jahrhundert v. u. Z. Aber es ist auch unbedingt klar, daß dieser von unseren Autoren vorgefundene Zustand das Ergebnis eines Prozesses ist; je länger er dauert, desto langsamer ist auch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Akkumulation des Privateigentums vor sich gegangen. Dieser Prozeß hat in Thrakien wahrscheinlich gegen Ende des 2. und Anfang des 1. Jahrtausends begonnen. Wenn man aber an seine untere Grenze denkt, muß man zuerst den von Strabon skizzierten Stand der Familienverhältnisse verwerfen, der nach den Texten dieses Autors der gleiche ist wie bei Herodot.³⁰ Die von Strabon getroffene Feststellung ist unrichtig, denn sie beruht zu stark auf den für Thrakien traditionellen Vorstellungen, auf ein und denselben Quellen und schließlich auf einer gewissen Idealisierung der

29 Die allgemeine Charakteristik der patriarchalischen Familie = patriarchalischen Hausgemeinschaft siehe bei Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 64 ff. - Die thrakische Sitte siehe ebenda, S. 56.

30 Es ist das Zitat von Maenander bei Strab. VII 3,4 (Meineke), gemeint.

"barbarischen" Lebensweise, die in der antiken Geschichtsschreibung und in der Literatur nach Poseidonios modern und bei den römischen Schriftstellern am Ende der Republik und zu Beginn des Imperiums besonders entwickelt war. Und da im 1. Jahrhundert u. Z. in Thrakien die monogame Form der Familie bereits fortgeschritten ist, wenn auch nicht fest bestätigt, ist es nicht möglich, eine andere Entwicklung für die zweiten fünf Jahrhunderte des 1. Jahrtausends anzunehmen als den allmählichen Zerfall der patriarchalischen Familie in noch kleinere Kollektive infolge des Fortschreitens der Vermögensdifferenzierung. Die klassische und die hellenistische Epoche sind übrigens für Thrakien eine Übergangszeit zur Monogamie.

Wenn der beschriebene Zerfall der Paarungsehe zur patriarchalischen Familie und der patriarchalischen Familie zur monogamen in Thrakien eine Tatsache des 1. Jahrtausends ist, muß man den Zerfall der Sippeninstitution für eine frühere Zeit annehmen. Die Annahme, daß auch die Thraker in Sippen organisiert waren, ist rein theoretisch und gründet sich auf die Vermutung analoger Prozesse in Hellas und Thrakien. Die Analogie hat zweifellos existiert, aber unsere Quellen verlegen sie offensichtlich in das 2. Jahrtausend.

Das Vorhandensein der patriarchalischen Familie ist ein Beweis für die tiefe Zersetzung der Sippe, aber sie ist kein sicheres Merkmal, daß alle Sippenüberreste ausgestorben sind. In dieser Familie und in der größeren Vereinigung, die sie unvermeidlich bilden wird - der Dorfgemeinde, die aus solchen Familien besteht -, können blutsverwandte Verbindungen bestehen oder auch nicht. In der Übergangsperiode zur Monogamie ist dieses Moment bereits zweitrangig. Man könnte zu Recht annehmen, daß die patriarchalische Familie in Thrakien - ein labiler und vorübergehender Zustand der verwandtschaftlichen und sozialen Beziehungen - offenbar während der klassischen Epoche und sogar später noch einige Sippenüberreste bewahrt, hauptsächlich Hochzeits- und Begräbnisrituale, die Verehrung derselben Heiligtümer usw. Bekanntlich sind diese geistigen Gemeinsamkeiten außerordentlich stabil. Aber die Sippenüberreste sind das eine, und die Sippe als Institution und ihr Zustand in der Zeit, die uns interessiert, ist ein völlig anderes Problem. Soweit mir bekannt ist, ist hier die einzig nutzbare Quelle die von *Stob.* IV 13 (Wachsmuth-Henes), wonach die Triballer nach Nikolaos von Damaskos in vier Reihen gekämpft haben. Die erste bestand aus den Schwachen, die zweite aus den Starken, die dritte aus der Reite-

rei und die letzte aus den Frauen, die die Fliehenden durch Schreien aufhielten. Das heißt, daß sich der Stamm in eine leichte und eine schwere Fußtruppe, Reiterei und Troß ordnete. Der Troß ist offensichtlich bei Nikolaos von Damaskos mit der Wanderung der Triballer verbunden, was in der historiographischen Literatur tiefe Spuren hinterlassen hat. Bei einem regulären Kampf haben sie die Frauen entfernt, wie es bei *Arrian. Anab. I 2* (Roos) ersichtlich ist. Dieser Text gibt, obwohl er allgemein ist, immerhin eine Vorstellung von der Aufstellung der Triballer gegen Alexander von Makedonien, die sich in ein Zentrum und Flügel mit Deckung durch leicht bewaffnete Einheiten aufgliedert. Die Kampfordnung schließt in beiden beschriebenen Fällen völlig den sippenmäßigen Aufbau aus.

Diese Behauptung, die bis jetzt nur durch die Analyse der Familienentwicklung und die flüchtigen Zeugnisse über die Kampftart bewiesen ist, wird durch einige Angaben über die Institution des Stammes im 1. Jahrtausend bekräftigt. Ihre Interpretation ist der dritte Punkt der angewandten Methodik.

Wenn unsere Quellen wörtlich genommen werden, erhält man den Eindruck, daß die Lage der Stämme in Thrakien von Herodot bis Strabon unverändert ist, daß der Stamm eine lebensvolle Organisation ist und daß diese die Einheit ihres Territoriums bewahrt.³¹ Aber in den Passagen, die traditionell immer wieder Vorstellungen wiederholen, die bereits für die Gegenwart der Schriftsteller archaisch sind, ist ein außerordentliches terminologisches Durcheinander zu beobachten. Einerseits werden sowohl die Gesamtheit der Thraker als auch ihre verschiedenen Stämme mit *ἔθνος* bezeichnet.³² Andererseits werden diesem Ethnos offensichtlich Eigenschaften zugeschrieben, die es in äußerst fernen Zeiten gehabt hat.³³ Drittens ist der Terminus selbst als Beweis für die Existenz der Stammesinstitution unbenutzbar, weil er in der griechischen historiographischen Literatur mehrere Bedeutungen haben kann.³⁴ Von den semantischen Darstellungen mit Beziehung zum Thema ist die von Aristoteles am wichtigsten. Er beschreibt eine Nationalität, die nicht griechisch ist und die sich von den

31 Vgl. die Informationen bei *Kazarov, G.*, a. a. O., S. 18.

32 Vgl. *Her. V 3*: θρηϊκῶν δὲ ἔθνος μέγιστον; *Strab. VII 48*:

ἔστι δ' ἡ θράκη σύμπασα ἐκ δουρῶν καὶ ἔγκοσι ἔθνων.

33 Vgl. *Pomp. Mela II 2, 20 sqq.* (Frick), der für das 1. Jh. u. Z. offensichtlich archaische Stammesordnungen bezüglich der Verheiratung der Mädchen wiedergibt - ein fernes Echo von Kulturüberresten. Die Passage scheint dabei von *Her. V 6* inspiriert.

34 Vgl. die Analyse von *Dovatur, A.*, *Politika i politii Aristotelja* (Politik und Politie bei Aristoteles), Moskau-Leningrad 1965, S. 10 f., mit Literatur.

Griechen in ihrer gesellschaftlichen Organisation unterscheidet. Die "Barbaren" leben in der "Politik" des Aristoteles nicht κατά πόλει, sondern κατά ἔθνη und κατά κώμαι und sind in einem "barbarischen" Königreich vereinigt.³⁵ Aber die griechischen Autoren charakterisieren nicht genau das Wesen dieser gesellschaftlichen Organisation. Die berühmte Stelle bei Aristoteles³⁶, die uns berichtet, daß bei diesen nichtgriechischen Ethne die Parzellen individuell und die Nutzung der Früchte der Erde gemeinsam ist, besitzt keine besondere Beweiskraft, weil dies unter gewissen Bedingungen sowohl der Sippenordnung entsprechen kann als auch der Dorfgemeinde patriarchalischer Familien und der Dorfgemeinde monogamer Familien. Im allgemeinsten Sinn ist nach Aristoteles das Ethnos nicht in Stadtgemeinden organisiert und kennt keinen ihnen entsprechenden administrativen und politischen Aufbau, sondern nach Gebieten gruppiert, in denen Gemeindeverhältnisse herrschen und die im einheitlichen Territorium des "Königreiches" erfaßt sind.

Dieser Versuch, die Definition Aristoteles' zu erweitern, ist trotz allem unbefriedigend, weil sie keine Antwort auf die Frage gibt, bis wann und inwieweit der Terminus Ethnos dem Stamm als einer Institution entsprach und nicht später einem ethnisch-geographischen Begriff, in den die kultischen Zeremonien, die konservativ-stabilen Sitten usw. einbezogen wurden. In diesem Falle gestattet das Material aus Thrakien eine größere Annäherung an das Problem, nur wenn man die Stammes-territorien aufspürt und den demographischen und gesellschaftlich-administrativen Inhalt dieses Areals erläutert.

Die Angaben über die Bevölkerungszahl des vorrömischen Thrakien sind seit langem bekannt und systematisiert. Kazarov hat die Meinung von Beloch übernommen und bestätigt, daß die Dichte in Nordbulgarien fünf Personen pro Quadratkilometer erreicht hatte und in Südbulgarien, das heißt im eigentlichen Thrakien, etwa fünf bis sechs. Wiederum nach Beloch und anderen Gelehrten betrug die Bevölkerung in der Donauebene nicht mehr als 200 000 Personen und in Südbulgarien höchstens zwei- oder dreimal mehr.³⁷ Das heißt, daß sich die Personenzahl der thraki-

35 Vgl. zuletzt zu dieser Frage *Dovatur, A.*, a. a. O., S. 1 - 10; *Weil, R.*, *Aristote et l'Histoire. Essai sur la "Politique"*, Paris 1960, S. 376 - 404 u. 352.

36 *Arist. Polit. II 2, I, 1263 a, 3 sqq.* (Susemihl-Immisch).

37 Zu dieser Frage vgl. *Kazarov, G.*, a. a. O., S. 1 - 11. - Über die Bevölkerung von Moesien siehe *Gerov, Boris*, *Romanizmat meždu Dunava i Balkana* (Romanisierung zwischen Donau und Balkan), T. 1, in: *GSofUn - IFF*, 45. Jg. 1948/49, H. 4, S. 52 Anm. 1, mit Literatur.

schen Nation um etwa 800 000 herum bewegte. Die ergänzenden Angaben über die Zahl der Truppenkontingente, die von den thrakischen, makedonischen und hellenischen Herrschern in der vorgeschrittenen klassischen Epoche und nach ihr aufgestellt wurden, zeigen, daß die Annahme Belochs insgesamt real ist. Es gibt keinen Zweifel, daß die griechische Geschichtsschreibung von Herodot an die Bevölkerungsdichte Thrakiens stark übertrieben hat. Diese Ansicht hat sich offensichtlich im Gegensatz zu den kleineren Nationalitätenmaßstäben von Hellas herausgebildet. Vom griechischen Standpunkt mußte sich jeder Historiker zu Recht über die "Barbaren"-Menge wundern. Dabei ist offensichtlich die Passage bei *Her.* V 3, der die Thraker an zweiter Stelle hinter den Indern in der Welt einordnet, auf einer älteren Beschreibung aufgebaut, die aus einer Zeit stammt, als diese übertriebenen Vergleiche noch am Platze waren.³⁸ Der Eindruck von der Bevölkerungsdichte wurde auch durch die "barbarische" Kampfweise verstärkt, die mit ihrer Rücksichtslosigkeit und Massiertheit eine verblüffende Wirkung erzielte. Deshalb ist das andere Argument nach dem Text von *Thuc.* II 97, 5 (Boehme-Widmann) noch ernster zu nehmen, der die Thraker bei den für die Zeit üblichen Vergleichen nach der Anzahl der Truppen hinter die Skythen stellt. Außerordentlich nützlich sind in dieser Hinsicht die Schlußfolgerungen, die aus den Möglichkeiten, im vorrömischen Thrakien Soldaten zu werben, gezogen werden können. Statt der verbreiteten Auffassung, Thrakien sei eine unerschöpfliche Quelle von Soldaten gewesen, sollte man annehmen, daß es ein beständiges, aber begrenztes Reservat von Kontingenten war. Das hauptsächliche Quellenmaterial für die hellenistische Epoche, das bis jetzt am vollständigsten bei Launey gesammelt ist, zeigt uns, daß nirgendwo eine große Anzahl angeworbener thrakischer Soldaten bezeugt ist.³⁹ Die höchste bis zu diesem Augenblick bekannte Zahl sind 7 000 Personen. Diese Truppe ist im Jahre 334 in die Armee Alexanders eingetreten, aber sie bestand auch aus Triballern, Odrysen und Illyrern.⁴⁰ Dabei ist es in den literarischen, epigraphischen und papyrologischen Quellen immer schwer, zwischen den Thrakern, die Bauern sind, und den

38 Vgl. *Danov, Chr.*, Cherodot kato izvor za istorijata na Trakija, Makedonija i zapadnoto Černomorie, a. a. O., S. 18 u. 24, mit Literatur.

39 *Launey, M.*, Recherches sur les armées hellénistiques, Paris 1949, S. 366 - 398 = Bibliothèque des Ecoles Françaises d'Athènes et de Rome.

40 *Diod.* XVII 17,4 (Vogel); vgl. *Gerov, Boris*, Proučvanija vărchu zapadnotrakijските zemi prez rimsko vreme, T. 2, a. a. O., S. 28 Anm. 2.

"Thrakern", das heißt den Einwohnern der griechischen Städte in Thrakien, unter denen manchmal auch hellenisierte Eingewanderte anzutreffen sind, eine Abgrenzung vorzunehmen.⁴¹ Es scheint, daß das im Osten und in Ägypten so häufige Ethnikon *θηραι* nicht in allen Fällen thrakischen ethnischen Ursprung zeigt, sondern einen Ursprung aus Thrakien oder eine Zugehörigkeit zu einem thrakischen Truppenteil, dessen Zusammensetzung nicht immer homogen ist. Andererseits muß man beachten, daß, wenn der Name der einzige Beweis für eine ethnische Kategorisierung ist, viele Thraker mit charakteristischen Namen auch aus Bithynien stammen, wo sie während der hellenistischen Epoche die bedeutendste Nationalität sind.⁴² Mir scheint, daß uns all das zusammen zu einer relativen demographischen Spärlichkeit der thrakischen Bevölkerung und zu der Vorstellung von einer hohen Dichte in nur einigen zum Leben günstigen südlichen Gegenden zurückführt.

Die Orientierungszahl von etwa 800 000 Menschen scheint auch den klimatischen und geographischen Besonderheiten des Landes, seinem hügeligen und in weiten Gebieten auch gebirgigen Relief zu entsprechen. Die angenommene Zahl der örtlichen Bevölkerung wird auch durch das Vorhandensein von viel Ödland, durch die weit voneinander entfernt liegenden Ortschaften und das Fehlen großer Städte außerhalb der Kolonien bekräftigt. Die von Beloch hervorgehobene Korrelation, die Nordbulgarien gegenüber Südbulgarien wie 1 : 4,5 bis 5 darstellt, ist sehr wahrscheinlich. Die demographische Bilanz wurde durch die hohe Sterblichkeit, die die hohe Geburtenziffer in den großen Familien ausgleicht, durch den niedrigen Lebensstandard, durch den Verkauf von Kindern usw. in der Waage gehalten.

Ein starker regulierender Faktor waren die Migrationsbewegungen, Umsiedlungen, Überfälle, Eroberungszüge, Aufstände gegen die Makedonen, die Kämpfe mit den Römern seit dem 2. Jahrhundert und anderes mehr. Wenn uns die Kaiserzeit wieder als Vergleich dienen soll, muß daran erinnert werden, daß sie fast die gleiche Korrelation zwischen den beiden Teilen der thrakischen Gebiete, die gleichen Regulatoren der hohen Geburtenziffern und sehr wahrscheinlich letzten Endes auch die gleiche allgemeine Orientierungszahl der Bevölkerung bietet, die auch weiterhin auf dem von ihr besetzten Territorium ungleichmäßig verteilt blieb. Die demographische Entwicklung und der erhöhte Zuwachs in Thra-

41 *Launey, M.*, a. a. O., S. 369.

42 Die grundlegenden schriftlichen und epigraphischen Informationen bis Ende des vergangenen Jahrhunderts siehe bei *Brandis*, *Bithynia*, in: *RE III*, 1899, Sp. 507 - 539. - Vgl. auch Anm. 78 der vorliegenden Arbeit.

kien nach Trajan kann bei der ruhigeren Situation bis gegen Mitte des 3. Jahrhunderts den Stand der örtlichen Bevölkerung bis zu den Massenansiedlungen im 5. und 6. Jahrhundert nur wenig verändert haben. Dabei beruhte das Anwachsen der Einwohnerzahl zur Zeit der Antoninen und Severer vor allem auf neuen ethnischen Komponenten; einen direkten Einfluß auf die Stammesinstitution konnte sie nicht haben und bleibt folglich auch ohne Bedeutung für das Thema.

Da die demographische Charakteristik der thrakischen Gebiete relativ stabil ist, ist es möglich, einige bedeutsame Schlußfolgerungen zu ziehen, die direkt das Problem des Stammes berühren. Als erstes ist zu bemerken, daß die thrakischen Stämme im 1. Jahrtausend bei dieser Bevölkerungsdichte nicht menschenreich sind. Wenn die größten von ihnen, die Odrysen, Besser, Geten, Triballer, wahrscheinlich wenigstens 50 000 bis 60 000 Personen zählten und in einigen Epochen vielleicht auch mehr, dann lagen die übrigen Stämme weit unter dieser Grenze.⁴³ Die zweite wichtige Schlußfolgerung ist, daß die ungleichmäßige Verteilung die Vorstellung von einer "Nachbarschaft" ausschließt, wie sie nach den antiken Autoren gebildet wurde. Diese Nachbarschaft scheint man (wenn wir einige dicht besiedelte Gebiete wie Südostthrakien und das Struma-Mesta-Tal außer acht lassen) niemals im buchstäblichen Sinne des Wortes auffassen zu dürfen. In den thrakischen Gebieten liegt im Gegenteil eher ein demographisches Vakuum vor, das sich im 1. Jahrtausend auf die kompakten Stammesgruppen auswirken und zu deren Aufgliederung beitragen mußte. Dazu hat selbstverständlich auch der Weggang von Thrakern als Söldner oder auch Sklaven für die anderen hellenistischen Staaten beigetragen. Unabhängig von dem relativ begrenzten Charakter dieser Erscheinung und dem nicht geringen Prozentsatz zurückkehrender Söldner hat die Abwesenheit von Menschengruppen, wenn auch nur vorübergehend und schnell restaurierbar, zweifellos die Bewegung der Bevölkerung in einigen Gebieten unterdrückt und auch die Neuaufteilung der neuangegliederten Gebiete behindert.

Dieser Prozeß bedeutet selbstverständlich nicht die Zerstreung von Individuen oder einzelnen Kollektiven, sondern den Bruch mit dem Sip-

⁴³ Ein typisches Beispiel sind die 30 000 Triballer mit Frauen und Kindern, die Abdera überfielen und die sicher einen "bedeutenden Teil des Stammes" darstellten. (Vgl. *Gerov, Boris, Proučvanija vŕchu zapadnotrakijskite zemi prez rimsko vreme*, T. 2, a. a. O., S. 22 Anm. 2, mit der gesamten Literatur.) Die Hauptmethode für annähernde Berechnungen ist bekanntlich die nach dem Prozent der Militärkontingente, die in den Quellen oft erwähnt sind, gegenüber der unbekanntem Gesamtzahl. Die für Thrakien charakteristischen Angaben vgl. bei *Kazarov, G.*, a. a. O., S. 10 f.

penland zugunsten jenes Landes, das bequemer zu bearbeiten ist. Er ist leicht rekonstruierbar, wenn er von direkten schriftlichen Informationen bezeugt wird. In unserem Falle aber können wir den Zerfall der Sippe und des Stammes als Institution nur durch die Veränderungen bei territorialen Teilungen verfolgen. Für die antiken Schriftsteller ist das Stammesterritorium ein von einer Gruppe Thraker mit demselben Ethnikon bewohntes Gebiet. Auf Grund der Angaben über die Wohnsitze hat die bulgarische Wissenschaft bedeutende Erfolge bei den Lokalisierungen erreicht⁴⁴; aber wenn auch das geographische Areal für viele Stämme oder wenigstens für die wichtigsten mehr oder weniger festgelegt ist, bleibt sein gesellschaftlich-administrativer Inhalt unerforscht.

Eine bisher ungenützte Information von *Strab.* VII 3, 2 lautet, daß sich die Teilung der Geten in den verschiedenen Epochen den Umständen entsprechend veränderte; daß die Nachfolger von Burebista das Königreich nach seinem Tode in vier Teile teilten; daß sich die Geten während der augusteischen Zeit in fünf Gebiete teilten. Diese bemerkenswerte Stelle kann nur so interpretiert werden, daß um das 1. Jahrhundert v. u. Z. der Getenstamm als Gesamtheit nur die politischen Teilungen gekannt hat, und zwar verschiedene, nicht durch Überlegungen konstatierte und bedingte, die bereits nichts mehr mit irgendwelcher Tradition gemeinsam haben, das heißt mit Sippen- oder Stammeszugehörigkeit. Die Labilität der Teilungen ist ein sicherer Hinweis, daß das Territorium des Stammes bereits als geographischer Begriff gesehen wurde und nicht als gesellschaftliche, durch Erbe übernommene Gegebenheit. Wenn wir uns auf diese Stelle bei Strabon stützen, können wir annehmen, daß das Stammesterritorium bei den Geten im 1. Jahrhundert v. u. Z. jeglichen archaischen, sippenorganisatorischen Zusammenhalt verloren hatte - wie ihn die attischen Phylen im 6. Jahrhundert v. u. Z. nach einer langen Entwicklung verloren - und einen rein administrativen erlangte, der den neuen strukturell-gesellschaftlichen Veränderungen entsprach.

44 Über die Territorien der Meder, Denteleter, Agrianer, Leäer, Treverer, Tilatäer und Triballer siehe *Gerov, Boris, Proučvanija vărču zapadnotrakijskite zemi prez rimsko vreme* (Untersuchungen über die westthrakischen Gebiete während der römischen Zeit), T. 1, in: *GSofUn-FF*, 60. Jg. 1966, S. 159 - 168, 226 f., 231 f. u. 236; T. 2, a. a. O., S. 17 - 24 u. 55 - 62. - Eine Übersicht über die Meinungen zum Territorium der Odrysen und Lokalisierung von deren Wohnsitzen zusammen mit jenen der angrenzenden Aster, Nipsäer, Tyner, Melantider, Tranipser usw. siehe bei *Danov, Chr. M.*, Zur historischen Geographie der Ostthrakischen Stämme vor und zur Zeit des Odrysenreiches, 6. - 4. Jh. v. u. Z., in: *Études Historiques*, 3. Jg. 1966, S. 11 - 25.

Die Nachricht Strabons wird auch von den Angaben über die Strategien in Thrakien gestützt. Zu diesem Problem hat sich bereits reichlich Schrifttum angesammelt; einige Male wurden die Hauptquellen des Plinius und des Ptolemaios revidiert, und durch das neuentdeckte epigraphische Material gelangt man heute zu zwei sicher festgestellten Grundsätzen: daß sich die Strategien nicht mit den Stammesgebieten deckten und daß ihr Ursprung thrakisch-hellenistisch ist.⁴⁵ Der erste Grundsatz liegt außerhalb jeden Zweifels. Er verbindet sich ausgezeichnet mit der Nachricht Strabons und bestätigt die Meinung über den Verfall und das Absterben der Stammesinstitution. Der zweite Grundsatz ist jedoch sehr zweifelhaft. Er begründet sich auf der insgesamt in der bulgarischen Geschichtsschreibung anerkannten Annahme von Bengtson, daß die Bildung der Strategien erst im 1. Jahrhundert v. u. Z. vor sich gegangen ist. Die Datierung oder die annähernde Chronologie dieses Prozesses ist von besonderer Bedeutung, da er direkt den Zerfall der Sippen-Stammes-Verhältnisse widerspiegelt.

Wenn wir zurückschauen, würde die Sache folgendermaßen aussehen: Im 2. Jahrhundert u. Z. gibt Ptolemaios einen Zustand wieder, der in den thrakischen Gebieten nach dem Erfolg Trajans in Dakien festzustellen und Ausdruck einer neuen administrativen Einrichtung ist, die der Urbanisierung und der Herausbildung der städtischen Territorien entspricht. Zu dieser Zeit sind vierzehn Strategien bekannt. Vor Trajan, das heißt während des ganzen 1. Jahrhunderts u. Z. war das thrakische Territorium noch nach der Version von Plinius in fünfzig Strategien geteilt. Das wird auch völlig durch das epigraphische Material bestä-

45 Vgl. Anm. 24 der vorliegenden Arbeit. Vgl. außerdem *Kazarov, G.*, a. a. O., S. 19 Anm. 1; *derselbe*, Trakijskite besii (Die thrakischen Besser), in: *Izvestija na istoričeskoto družestvo*, 6. Jg. 1924, S. 31, wo der Autor die alte Auffassung Mommsens von der Gleichsetzung der Stammesterritorien mit den Strategien übernimmt. Das wird ausgeführt von *Dimitrov, D. P.*, Za strategite i za njakoi gradski teritorii v rimska Trakija, a. a. O., S. 127 f., und von *Beševliev, Veselin*, Edin zabraven nadpis ot Nicopolis ad Istrum (Eine vergessene Inschrift von Nicopolis ad Istrum), in: *Sbornik Bălgarski Akademii Naukiti* 70, klon IF 33, 1945, S. 207. Vgl. auch *Gerov, Boris*, Proučvanija vărču pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 27 f. - Wichtige Beiträge zu diesem Problem siehe bei *Ivanov, T.*, Dva nadpisa ot antičnija grad pri Razgrad (Zwei Inschriften der antiken Stadt bei Rasgrad), in: *Izvestija na Archeologičesti Institut* (im folgenden: IAI), 19. Jg. 1955, S. 167 - 175 (vgl. *Mihailov, G.*, IGBulg II 743) und *Ogdenova, L./Lazarov, M.*, Nov nadpis na stratega Apolonij Eptajkent (Eine neue Inschrift des Strategen Apollonios Eptaikentos), in: IAI, 25. Jg. 1962, S. 197 - 202.

tigt.⁴⁶ Aber ist es möglich, dieses allgemeine, administrative, militärische und politische Maß der späthellenistischen Zeit in Thrakien als Grundlage zu nehmen, da das durch die Feldzüge und die Expeditionen der römischen Heerführer verstärkte Chaos in keinem Fall die günstigste Situation für einen solchen Verlauf war? Und aus welchen Motiven sollten die bereits durch Rom verängstigten kleinen Könige, wie Bengtson glaubt, an eine ähnliche Reform herangegangen sein? Und gab es eine große örtliche, politische Persönlichkeit, die imstande war, diese Initiative allein gegen alle zu ergreifen? Der tief in Thrakien verwurzelte politische Separatismus setzt eine andere Lösung des Problems voraus.

Die angenommene Arbeitshypothese sieht ein viel früheres Datum vor. Bekanntlich war man früher der Ansicht, daß die Strategien in Thrakien zur Zeit des Lysimachos entstanden sind.⁴⁷ Diese Annahme, die später verworfen wurde, scheint aber im Prinzip dem wirklichen Stand der Dinge näher zu sein als der heutige Standpunkt. In ihr steckt selbstverständlich die Ansicht, daß diese Teilungen einer Person zuzuschreiben sind und in einem einmaligen Akt geschaffen wurden. Im Unterschied zu einigen ruhigeren Provinzen des Alexanderreiches scheinen in Thrakien die Dinge wegen der Verflechtung der inneren und außenpolitischen Umstände komplizierter gewesen zu sein, da diese eine andere Entwicklung des administrativen Aufbaus in den heutigen bulgarischen Gebieten in der vorrömischen Epoche voraussetzten.

Unsere Quellen zeigen vor allem, daß in Thrakien die Teilung in Bezirke schon im 5. Jahrhundert v. u. Z. bekannt war. *Thuc.* II 97, 3 unterscheidet außer König (Sitalkes) οἱ παραδυναστεύοντες und οἱ γέννατοι, die zusammen die aristokratische Spitze darstellen.⁴⁸ Wenn der zweite Terminus ein Sammelterminus ist und allgemein die Angesehenen (auch die Priester?) einschließt, scheinen die Paradynasten offensichtlich von ihnen benannte Mitregenten des Königs zu sein. Es ist bekannt, daß bereits Teres seinen Sohn Sparadokos zu seinem Mitregenten einsetzte. Die Vorstellung, daß das Odrysenreich in Gebiete mit Statthaltern an der Spitze aufgeteilt war, die dort die Angele-

46 Über diese zwei Etappen vgl. *Gerov, Boris*, Proučvanija vărču zapadnotrakijskite zemi prez rimsko vreme, T. 2, a. a. O., S. 69 u. 68 Anm. 1. - Eine allgemeine Übersicht siehe bei *Bengtson, Hermann*, Die Strategie in der hellenistischen Zeit, Bd. 1, München 1937, S. 299 ff.

47 Vgl. *Dimitrov, D. P.*, Za strategite i za njakoi gradski teritorii v rimska Trakija, a. a. O., S. 125.

48 Andere analoge Termini siehe bei *Kazarov, G.*, Beiträge zur Kulturgeschichte der Thraker, a. a. O., S. 16 u. 21.

genheiten im Namen des Königs leiteten, kann kaum korrigiert werden. Die außerordentlich interessanten Informationen von *Xen. Hell. V 2, 17* (Marchant) und von *Plut. Alcib. 36, 4* (Lindshog - Ziegler) über Thraker βασιλευοι (das erste betrifft Thraker im Gebiet des Pan-gaios und das zweite Thraker an der Propontis) bringt Kacarov fälschlicherweise mit *Thuc. II 96, 2* in Verbindung, wo die Dier αὐτονομοι genannt sind (dieser Terminus bedeutet einfach, daß dieser Stamm außerhalb der administrativen Kontrolle des Odrysenreiches liegt), und deutet sie insgesamt als Beweise für die Rückständigkeit einiger Thraker, die das Königtum "noch" nicht kennen und folglich in der Sippenordnung stehen.⁴⁹ Aber diese Informationen können auf eine andere, der tatsächlichen Situation eventuell näherstehende Weise ausgelegt werden. Es handelt sich, besonders in dem Fragment Plutarchs, um die Herausbildung von Gebieten nach der Zerstückelung des Odrysenreiches Ende des 5. und zu Beginn des 4. Jahrhunderts v. u. Z. Die Annahme ist wahrscheinlich, daß diese Gebiete ehemalige Machtbereiche der Paradynasten waren. Der Prozeß ihrer Abtrennung ist in den Worten des Seuthes bei *Xen. Anab. VII 2, 32* (Vollbrecht) kurz beschrieben.

Zweifellos kennt die thrakische politische Geschichte bereits im 5. Jahrhundert v. u. Z. die militärisch-administrative Teilung des Landes. Bei den separatistischen Tendenzen bilden sich, besonders unaufhaltsam nach Kotis I., einzelne Gebiete mit einem relativ selbständigen wirtschaftlichen und politischen Leben klarer heraus, die bereits Grundlage der Präentionen der örtlichen Dynasten sind. Die Verbindung mit dem Stammesterritorium ist in diesem Falle geringfügig. Es scheint, daß die Makedonen eine gewisse Ordnung in diesen sich ständig verändernden Aufbau brachten. Nachdem bei Alexander ganz Thrakien eine Strategie war, haben seine Nachfolger zweifellos ernsthafte Versuche unternommen, die ihnen bekannte gleiche Unterteilung vorzunehmen, um ihre Macht zu stärken. Es ist möglich, obwohl es bis jetzt unbeweisbar ist, daß Lysimachos in dieser Hinsicht die erste Anstrengung unternommen hat und daß er als erster das Land - nicht mehr Alexanders Provinz, sondern sein Reich - in Strategien teilte. Jeder Herrscher hat danach sicher versucht, die Regionalteilung aufrechtzuerhalten und zu erweitern, aber in der stürmischen Periode vom 3. bis 1. Jahrhundert v. u. Z. ist die endgültige Festlegung der Stra-

⁴⁹ Ebenda, S. 24. Das gleiche bei *Muleškov, S.*, Obščestvenoikonomičeskijat stroj na trakite ot VIII do IV v. pr. n. e. (Die sozial-ökonomische Ordnung der Thraker vom 8. bis 4. Jh. v. u. Z.), in: IIBI, Bd. 3/4, 1951, S. 170.

tegien kaum möglich gewesen. Dieses System hat sich erst in der sich beruhigenden Situation nach der römischen Eroberung durchgesetzt. Deshalb ist die Mutmaßung völlig akzeptierbar, daß der Bildungsprozeß der Strategien viel länger dauerte, als für gewöhnlich angenommen wird, daß seine ursprüngliche Grundlage die Überwindung der Sippen- und Stammesteilung um das 5. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. ist und sein Endergebnis im ersten Jahrhundert u. Z. sichtbar wurde.

Aber das ist nicht alles. Strukturelemente der administrativen Regelung nach Strategien sind ebenso aus der Mitte des 1. Jahrtausends bekannt. So ist das Dorf, ihre kleinste Einheit, schon damals weit verbreitet.⁵⁰ Einige Dörfer haben wahrscheinlich eine Komarchie gebildet - eine Meinung, die auf Parallelen zu Vorderasien und auf Angaben aus der frühen römischen Epoche begründet ist. Sie ist gerechtfertigt, weil sie mit der Entwicklung der hellenistischen Institutionen in Thrakien und mit der römischen Politik, die Grundordnungen im eroberten Land zu erhalten, in Einklang stehen.⁵¹ Deshalb hat sich nach Alexander in den thrakischen Gebieten sicher die Komarchie als größere administrative Einheit fest herausgebildet. Es scheint, daß in der späteren hellenistischen Epoche diese Komarchien von den nächstgelegenen Territorien der von den Makedonen errichteten großen Stadtzentren in den Bestand der Stadtphylen eintraten.⁵² Diejenigen, die sich außerhalb der Phylen befanden, waren zweifellos in andere administrative Gebiete gruppiert. Hier muß vielleicht die Information von *Strab.* VII fr. 58 a, die auch bei *Polyain.* Strat. IV 4 (Melber) erscheint, über den Antipatros-Feldzug im Jahre 331 v. u. Z. ausgenutzt werden. Strabon nennt die Besser τετρακωρῖται oder τετρακωροι. Diese Nachricht, die bis jetzt ohne Kommentar geblieben ist⁵³, und obwohl sie selbstverständlich nicht erklären kann, ob der ganze Stamm oder nur ein Teil von ihm so genannt wurde, ist außerordentlich nützlich. Vor allem hat sie offensichtlich das ländliche Territorium im Sinn. Zweitens zeigt sie, daß sich vier Gruppen Dörfer herausgebil-

50 *Xen. Anab.* VII 2 - 7, passim; vgl. *Danov, Chr.*, Jugoiztočna Trakija po svedenijata na Ksenofont (Südostthrakien nach den Mitteilungen Xenophons), in: IIBI, Bd. 3/4, 1951, S. 301. - Zu den Dörfern vgl. *Ann.* 61 der vorliegenden Arbeit.

51 Vgl. *Danov, Chr.*, Jugoiztočna Trakija po svedenijata na Ksenofont, a. a. O., S. 301 f.; und *Gerov, Boris*, Proučvanija vărchu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 27 f., mit Literatur.

52 Nach der Auslegung von *Gerov, Boris*, Proučvanija vărchu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 27.

53 Nur vermerkt bei *Kazarov, G.*, Trakijskite besī, a. a. O., S. 31 u. 35.

det haben, das heißt vier Komarchien oder vielleicht sogar vier Gruppen Komarchien. Ein aufmerksameres Eindringen zeigt, daß Strabons Chora ein relativ großes Gebiet ist, das an die Nachricht von der veränderlichen Teilung der Geten erinnert. Es ist weiter klar, daß eine oder einige solcher Chora, wie es bei den Geten und Bessern der Fall war, ein Gebiet bildeten, das vielleicht nicht den ganzen Wohnraum des Stammes umfaßte, sich aber administrativ auf natürlicher ökonomischer Grundlage, geographischer Spezifik und infolge der Nähe eines großen Zentrums herausgebildet hatte.

Die folgende Stufe in der Aufgliederung in Gebiete ist bereits ein breiteres Territorium, das eine oder einige solcher Vereinigungen umschließt und das, wie bereits erläutert, ein vormakedonisches Ergebnis der thrakischen Entwicklung ist. Dieses Territorium, das von einem Stammesgebiet oder von Teilen einiger Stammesgebiete gebildet wurde, bildet im wesentlichen auch die Strategie vom hellenistischen juristisch-administrativen Standpunkt.

Die Parallele zum 1. Jahrhundert u. Z. ist außerordentlich kennzeichnend. Wie oben hervorgehoben wurde, umreißen die schriftlichen Quellen und das epigraphische Material, trotz der nicht ganz klaren lateinischen Begriffe, ein System, das im wesentlichen restaurierbar ist. Sein Prinzip ist die Klassifizierung der Bezirke, und deren Hauptkomponente ist das Dorf. Die annähernde Stufenfolge war \bar{v} icus - \bar{p} agus (\bar{r} egio ?) - civitas (?) - praefectura. In der Struktur ist der römische Aufbau eine direkte Widerspiegelung des Thrakisch-Hellenistischen, das trotz des äußerst unbefriedigenden Zustandes der bisherigen terminologischen Angaben analog ausgesehen hätte: κῶμη - κωμαρχία - ? (= χῶρα → τετραχωρίται) - ? (= στρατηγία).

Diese Schlußfolgerung zeigt, daß um die Mitte des 1. Jahrtausends die Stammesterritorien im Prozeß der Zerstückelung und administrativen Umgestaltung stehen. Dieser Prozeß verstärkt sich durch die makedonischen Reorganisationen, er liquidiert endgültig die Sippen- und Stammesteilungen und bietet im 1. Jahrhundert u. Z. der römischen Verwaltung Bedingungen für eine provinzielle Struktur, die mindestens bis Hadrian gültig ist.⁵⁴

54 In dieser Hinsicht ist es interessant zu erwähnen, daß die epigraphisch bezeugten Ethnikone von thrakischen Militärangehörigen nach Hadrian verschwinden.

Die Bildung der patriarchalischen Hausgemeinde und ihre Gliederung in monogame Familien, das Absterben der Sippe und des Stammes als Institutionen sind Erscheinungen, die sich besonders überzeugend im Siedlungssystem des vorrömischen Thrakien widerspiegeln. Dieses vierte Moment der angenommenen Methode ist außerordentlich wichtig, denn es hat - bei der Dürftigkeit an Informationen - als einziges den Wert, die bisherigen Beobachtungen zu bestätigen und zu vertiefen.

Wie es nach archäologischen Ausgrabungen von Objekten aus dem 2. Jahrtausend erscheint, hat die Bevölkerung in den heutigen bulgarischen Gebieten während der Bronzezeit in großen Ansiedlungen gelebt, von denen die meisten auch in früheren Zeiten bewohnt waren. Die Kontinuität der Siedlungen ist eine allgemein bekannte Tatsache, die ihre Erklärung in den geographischen und ökonomischen Besonderheiten des gegebenen Gebietes findet. So hat sich südlich der Donau, wenigstens nach den bisherigen Forschungen, die Bevölkerung vornehmlich in den warmen Gebieten mit Mittelmeerklima gruppiert und dort, indem sie die Fruchtbarkeit des Bodens ausnutzte, schon ab Ende des 4. Jahrtausends eine Kultur der Bauern und Viehzüchter entwickelt. Im Laufe der Zeit, vor allem während der Bronzezeit, wurde diese Kultur durch eine hochentwickelte Metallurgie bereichert, deren Erzeugnisse wahrscheinlich auch fernere Märkte gefunden haben.⁵⁵

Die Streitfrage über einen Wechsel der Bevölkerung in den heutigen bulgarischen Gebieten Anfang des 2. Jahrtausends ist für das Thema ohne Belang. Da die kulturelle Schicht häufig durch Spuren von Zerstörungen vor Beginn des Bronzejahrhunderts unterbrochen ist, schreiben viele Gelehrte den Hiatus Interventen zu, das heißt den eigentlichen Thrakern. Einige Ansiedlungen aber waren bewohnt, ohne einen sichtbaren Kataklysmus zu Ende des Äneolithikums zu erleben, und hatten folglich entweder einen tausendjährigen, unveränderten ethnischen Bestand, oder ihre Bevölkerung war auf "friedliche Weise" ausgewechselt worden, das heißt im Verlauf langsamer Migrationen vom Donauge-

55 Da dieses Problem völlig abseits vom Thema liegt, vgl. dazu die allgemeineren Arbeiten von *Georgiev, G.*, Actes du Symposium consacré aux problèmes de Néolithique européen, Prag 1961, S. 80 ff., mit Literatur; *Dimitrov, D. P.*, Bulgarien - Land alter Kulturen, a. a. O., S. 11 ff. - Von besonderer Bedeutung sind die Ergebnisse der letzten Ausgrabungen. Dazu vgl. *Merpert, N. Ja.*, Rannyj bronzovyj vek južnoj Bolgarii (Das frühe Bronzejahrhundert Südbulgaris), Moskau 1966; ebenso *Garasanin, M./Nestor, I.*, Les peuples de l'Europe du sud-est à l'époque préromaine, in: I^{er} Congrès International des Études Balkaniques et Sud-est européennes. Rapports-Antiquité, Sofia 1966, S. 20 - 35.

biet oder dem nördlichen Schwarzmeergebiet her, und nicht durch eine totale Katastrophe.⁵⁶ Für das Dargelegte ist auch der Umstand von Wert, daß in der Bronzezeit in Thrakien seit langem oder von neuem bewohnte Hügelsiedlungen mit einer relativ weiten Fläche anzutreffen sind, umfaßt von einem unregelmäßigen und dem Relief des Geländes folgenden Ring von primitiven Erdbefestigungsanlagen. Ihre innere Anlage ist primitiv und zeigt bei den am besten ausgegrabenen Hügeln meist zwei sich kreuzende Hauptstraßen und auch andere, engere Kommunikationslinien, die wir nur bedingt Straßen nennen können. Noch immer große Ausnahmen sind die besser eingerichteten Siedlungen, die ein solideres Befestigungssystem mit dicken Mauern und Stadttoren (Eingangskorridoren) und einen klaren Umriß der Stadtviertel haben.

In den Hügelsiedlungen wurden Überreste von Wohnhäusern der Bevölkerung entdeckt und selbstverständlich deren Tongeräte für den Hauskult. Im Prinzip waren diese Wohnungen aus Holzpfählen und Flechtwerk errichtet, die von beiden Seiten mit Lehm verschmiert waren. Das Dach war, wie es scheint, mit Stroh gedeckt. Die bis jetzt ausgegrabenen Häuser bewegen sich zwischen 5 und 9 Meter Länge und 4 und 7 Meter Breite, aber oft sind sie nicht einzeln an den Gassen gelegen, die sich spontan abzeichnen, sondern in Gruppen von drei Wohnhäusern und mehr, was auf eine größere Ansammlung von Menschen hindeutet. Die Häuser hatten einen Vorraum, einen zentralen Wohnraum und zwei Seitenräume, die wahrscheinlich als Lager und Ställe dienten. In diesem Grundplan blieben die Wohnungen annähernd vom Neolithikum bis zur Bronzezeit einschließlic; sie tragen aber bereits in der Kupferzeit Merkmale eines unterschiedlichen Vermögensstandes, und an einigen von ihnen wurde ornamentaler Wandschmuck entdeckt.⁵⁷ Bis jetzt wenigstens ist es nicht möglich, bestimmter von verschiedenen Wohnformen in diesem Sinn zu sprechen und kategorisch anzunehmen, daß das 2. Jahrtausend in seinem Siedlungssystem besondere Wohnviertel der Sippenaristokratie kennt. Außer den gezeigten Unterschieden versichern einige andere Informationen, beispielsweise die Kunde, daß sich Diomedes im

56 Vgl. *Merpert, N. Ja.*, a. a. O., S. 6 f. u. bes. S. 30, mit der grundlegenden Literatur. - Über die Migrationen mit einer Besprechung der Hauptmeinungen (Blegen, Schachermeyr, Miloijčić, Dow, Mellaart, Childe) siehe zuletzt *Blavatskaja, T. V.*, *Achejskaja Grecija vo vtorom tysjačeletii do n. é.* (Das achäische Griechenland im 2. Jahrtausend v. u. Z.), Moskau 1966, S. 33 f.

57 Allgemeine Charakteristik bei *Dimitrov, D. P.*, *Bulgarien - Land alter Kulturen*, a. a. O., S. 15 ff.

Dorf Kartera bei Abdera einen Turm erbaute⁵⁸ wie auch die Angaben Homers über die herausgebildete soziale Spitze unter den Thrakern an der Küste des Ägäischen Meeres, daß der Prozeß der besitzmäßigen Differenzierung bereits angebrochen ist. Man muß auch hervorheben, daß die letzten archäologischen Forschungen einige frühere Mutmaßungen auf Grund fragmentarisch veröffentlichter Materialien über die kulturelle Gemeinsamkeit von Thrakien und Kleinasien in der Bronzezeit bestätigt haben. Für das Thema ist bedeutsam, daß auf dieser breiten historischen Grundlage die Annahme einer aristokratischen Sippenspitze ernsthaft verteidigt werden kann.

Die im 2. Jahrtausend entdeckten Ansiedlungen lassen das Zusammenleben von relativ großen Menschengruppen annehmen, in denen man die Sippe als noch immer lebendige Organisation sehen muß. Gleichzeitig sind Anzeichen einer Schichtung innerhalb dieser Sippe zu bemerken, Anzeichen, die durch die Verschiedenheiten in den Wohnformen markiert sind. Dieser Prozeß ist in den südlichsten Gebieten des eigentlichen Thrakien, an Ägäis und Propontis, am weitesten fortgeschritten.

Aber gerade an der Ägäis wurde die ruhige Entwicklung des Ansiedlungssystems durch die frühen Kolonisierungsversuche der Griechen gestört. An Stelle der alten thrakischen Ansiedlungen setzten die Hellenen verhältnismäßig schnell ihre städtischen Formen durch. Deshalb ist es unmöglich, das Studium der Siedlungen in diesem Gebiet, das zwischen der Mündung der Struma und dem Marmarameer liegt, zusammen mit dem angrenzenden Hinterland durchzuführen. Eine ähnliche Lage ist auch in den westlichen Schwarzmeergebieten in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts und später entstanden, als zweifellos von Byzantion nach Norden zu viele örtliche thrakische Siedlungen verschwunden sind - sowohl wegen der neugegründeten Kolonien als auch wegen der Umgruppierung der Küstenbevölkerung. Deshalb muß der wirkliche Zustand der Ansiedlungen im Inneren, im eigentlichen Thrakien mit dem Rückgrat der Rhodopen, nördlich vom Balkan oder wenigstens in seinen dortigen Vorgebirgen und im Flußgebiet Struma-Mesta, gesucht werden. In allgemeinen Linien werden hier die Ergebnisse aus einigen letzten Untersuchungen dargelegt.⁵⁹

58 καρτερὰ κῶμη: *Strab.* VII fr. 44; *Plin.* NH IV 11, 50 (Mayhoff); *Pomp.* Mela II 2, 28 - 33.

59 Nach der beschreibenden Systematisierung der Angaben bei *Kazarov, G.*, Beiträge zur Kulturgeschichte der Thraker, a. a. O., S. 26 - 36, siehe die Versuche zur Rekonstruktion des Siedlungslebens in Thrakien bei *Fol, Alexander*, Le développement de la vie urbaine dans les pays entre le Danube et la Mer Egée jusqu'à la conquête ro-

Wenn wir die frühen Informationen über die Bronzezeit ausnehmen, die noch keine ernsthafte archäologische Bestätigung gefunden haben, betreffen alle Angaben über das thrakische Dorf frühestens das 6. bis 5. Jahrhundert v. u. Z., als es ein verbreiteter Siedlungstyp war. Die zahlreichen schriftlichen Zeugnisse und vor allem die Beschreibungen von Thukydides und von Xenophon bieten genügend Material zu Verallgemeinerungen, die vor mehr als zehn Jahren von Danov begonnen wurden.⁶⁰ In jüngster Zeit, da das Siedlungssystem größeres Interesse hervorruft und gründlicher erforscht wird, wurden auch einige ergänzende Elemente philologischer Natur hinzugefügt. Es wurde klar, daß das thrakische Äquivalent von κῶμη para ist. Die Gesamtheit der Quellen und Parallelen zeigt, daß das thrakische Dorf, das viele Abarten hat und in Höhlen entdeckt werden kann wie auch als Pfahlbauten in den Seen oder aus Erdhütten besteht, dennoch auch einen allgemeinen Typus hat. Das Dorf in Thrakien stellt einen Komplex von einzelnen Häusern mit geringen Ausmaßen dar, die aus Flechtwerk und Lehm errichtet sind. Um die Häuser dehnt sich ein bedeutender Wirtschaftsbereich aus, der völlig von einem Lattenzaun umgeben ist, "wegen der Schafe", nach dem Ausdruck Xenophons. Der Hof enthielt übrigens alle Gebäude und Lager, die für die Geräte, das Vieh und die eingebrachte Ernte notwendig waren.⁶¹

Im historischen Zusammenhang zeigen diese Ansiedlungen zweifellos den am Ende des 2. und Anfang des 1. Jahrtausends andauernden Zerfall der Sippe, die sich allmählich verstreute und von den gruppierten Hügelsiedlungen in die Ebenen "herabstieg" oder auf den Anhöhen bequeme Wohnplätze "suchte". Die Mitglieder dieser Sippe, die in den schon früher entstandenen Keimen der patriarchalischen Familien zusammengeschlossen waren, haben ihr Privateigentum und dessen ständige Akkumulation durch das Suchen neuer Terrains und ihre Organisation nach anderen Prinzipien realisiert, die dem Eigentumsunterschied

maine, in: *Études Balkaniques*, 2./3. Jg. 1965, S. 309 - 317; *Koledarov, P. S.*, The initial type differentiation of inhabited localities in the central Balkan peninsula in ancient times, in: *Études Historiques*, 3. Jg. 1966, S. 31 - 47; *Fol, Alexander*, La vie urbaine dans les pays thraces, macédoniens et illyriens avant la conquête romaine, in: *Actes du I^{er} Congrès International des Études Balkaniques et Sud-est européennes*, Sofia 1966 (im Druck).

60 *Danov, Chr.*, Jugoistočna Trakija po svedenijata na Ksenofont, a. a. O., S. 301 ff.

61 Die linguistischen Beiträge siehe bei *Vlahov, K.*, Das thrakische Wort PARA und seine Deutung, in: *Živa Antika*, 15. Jg. 1966, S. 295 - 304. - In letzter Zeit wurden die Ergänzungen zu Ovid angeführt bei *Gandeva, R.*, Moralische und soziale Charakteristik der West- und Nord-Balkanbevölkerung bei Varro und Ovid, a. a. O., Anm. 31 f.

eigen waren. Die an ihrem Platz verbliebenen Menschen gestalteten ihrerseits die alte "Bronze"-Siedlung um. Wenn aber die Wohnsitze nicht wie bei der Sippe durch die Verbindung von ökonomischen und strategischen Erwägungen, sondern vor allem durch die Motive der Produktion (genauer: der Bodenbearbeitung) festgelegt werden, so haben die neuen Siedlungen, die Thukydides "offene Dörfer" nennt⁶², jedoch Bedarf an militärischem Schutz. Daher sind die thrakischen Dörfer im 1. Jahrtausend ohne nahegelegene Zufluchtsorte undenkbar. Es sind meist Berggipfel, die die Umgebung beherrschen. Diese Zufluchtsorte sind primitiv mit einer Mauer aus unbehauenen, nicht miteinander verbundenen Steinblöcken befestigt. Die bisherigen archäologischen Beobachtungen haben das Fehlen von Bauten in solchen Zufluchtsstätten konstatiert. Sie hatten selten einen Bauplan, sondern waren dem Relief angepaßt. Die Festung diente der Verteidigung der ganzen Bevölkerung des Gebietes, die sich dort zusammen mit ihrer Habe verbarg. Eine sehr genaue Illustration einer solchen thrakischen Befestigung, die unbebaut ist, damit sie eine maximal große Zahl von Flüchtlingen beherbergen kann, ist das bei *Plin.* NH IV 11, 40 ff. erwähnte Doriskos an der Mündung des Hebros (Mariza). Es hat 10 000 Personen aufgenommen und Xerxes dazu gedient, seine Truppen zu zählen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß das thrakische Wort für Festung *Sifa* war. Es bedeutet aber sicher nicht nur einen spontan entstandenen befestigten Platz, der die umliegende Landbevölkerung schützte, sondern auch eine Wach- oder Garnisonsfestung, die von der zentralen Macht wie auch von einem örtlichen Herrscher errichtet wurde. Die griechischen Äquivalentbegriffe sind aber schwer feststellbar. Einige thrakische Festungen werden *τεῖχος* genannt, und der allgemeinere Terminus ist *χωροφύγιον* gleich befestigter Platz, der zur Bezeichnung von Festungen der beiden aufgezeigten Arten als auch größerer Ansiedlungen dient. Aus den kombinierten schriftlichen und archäologischen Angaben ist ersichtlich, daß sich eine solche Ansiedlung vom Dorf und von den befestigten Orten dadurch unterscheidet, daß sie gleichzeitig besiedelt und befestigt ist. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß in diesem Falle der thrakische Terminus *βρῖα* sein wird, ein Wort, das nach der berühmten Stelle bei *Strab.* VII 6, 1 "Stadt" bedeutet.

Aber diese Siedlung kann schwer als Typ einer städtischen Ansiedlung angesprochen werden, da ihr deren soziale, administrative und politische Charakteristiken fehlen. Die thrakische "bria" ist wahrschein-

lich entweder aus dem Dorf entstanden, das in einigen Gebieten erweitert und befestigt werden konnte, oder aus einer Festung, die später auch als Wohnort angesehen wurde. In viel selteneren Fällen sind diese ersten thrakischen städtischen Siedlungspunkte aus rein wirtschaftlichen, genauer gesagt, Handelsmotiven entstanden, da der Austausch im Inneren sehr schwach war, wenn wir die griechischen Händler ausnehmen. Die beschriebene Ansiedlung hat keinerlei sozialen Status und - wenigstens bis jetzt feststellbar - keinerlei entwickeltere Elemente des administrativen Aufbaus. Es kann kaum angenommen werden, daß ihre historische Bedeutung größer ist und daß sie eine fortgeschrittenere Etappe der Entwicklung der Gemeindeverhältnisse widerspiegelt.

Eine solche Etappe ist dann bereits die wirkliche thrakische Stadt. Vielleicht ist hier der Terminus wieder $\beta\rho\lambda\alpha$, aber mit anderem Inhalt, und vielleicht hat die thrakische Sprache uns überhaupt kein entsprechendes Wort hinterlassen. Diese sprachliche Armut hat ihre Ursache offensichtlich im späten Erscheinen der Stadt. Der griechische Terminus $\pi\delta\lambda\iota\varsigma$, der von den Autoren oft gebraucht wurde, ist als zuverlässige Charakteristik fast unanwendbar, und seine Deminutive - $\pi\delta\lambda\iota\sigma\mu\alpha$, $\pi\omicron\lambda\iota\sigma\mu\acute{\alpha}\tau\iota\omicron\nu$, $\pi\omicron\lambda\iota\chi\nu\iota\omicron\nu$ - spiegeln quantitative, aber keine qualitativen Kennzeichen wider. So ist das Studium der thrakischen Stadt außerordentlich erschwert. Es wird erst in Zukunft, wenn die Ergebnisse einiger wichtiger Ausgrabungen völlig analysiert und wenn mehr typisch thrakische Städte erforscht sein werden, eine stabilere Grundlage erhalten. Bis jetzt gründet sich die Darstellung der Stadt auf vorläufige Publikationen von ausgegrabenen Objekten und eine Reihe Informationen vornehmlich über den thrakischen Turm - $\tau\acute{\omicron}\rho\sigma\iota\varsigma$, der bei Xenophon erwähnt und in der bulgarischen Geschichtsschreibung kommentiert ist.⁶³

Mir scheint, daß die thrakische Stadt erst nach dem 5. Jahrhundert v. u. Z. aufgetaucht ist, und zwar nicht als spontane Organisation der sich ansiedelnden Gemeindemitglieder oder als Ergebnis der Entwicklung einzelner Siedlungstypen, sondern im Verlauf der schweren inneren Stammeskämpfe und zwischendynastischen Kämpfe in Thrakien. Bei der endgültigen Bildung der aristokratischen Spitze und mit ihrem Streben nach Separatismus und einer selbständigen Rolle in der Verwaltung er-

63 Vor allem *Dimitrov, D. P.*, *Za ukrepenite vili i rezidencii u trakite v predrimskata epoha* (Über die befestigten Villen und Residenzen bei den Thrakern in der vorrömischen Epoche), in: *Izsledvanija v čest na akad. D. Dečev* (Untersuchungen zu Ehren des Akademiestandes D. Dečev), Sofia 1958, S. 683 - 699.

richten die einzelnen Dynasten und Basileis, die Präbendenten und ihre Vertrauten in den bequemsten Gebieten des ganzen Landes ihre Türme, von denen Parallelen in Kleinasien und auch auf dem Balkan zu finden sind. Wirtschafts-, Handels- und besonders militärische Motive zwingen die umliegende Bevölkerung, sich um diesen Turm zusammenzuziehen und allmählich unter dem Patronat und dem Schutz des örtlichen Herrschers ihre Stadt einzurichten. Dieser Prozeß braucht selbstverständlich nicht auf einem "leeren" Platz, das heißt bei idealen theoretischen Bedingungen, vor sich zu gehen. Häufiger und wahrscheinlicher ist es, daß der Turm bereits bei einem Dorf oder einem größeren Ort errichtet wird. Dort zeigt dann der Anstoß auch schnellere Ergebnisse, da er sich auf eine ökonomische Basis stützt, die durch die Erfahrung der Einwohner bestätigt ist. Es ist gesetzmäßig zu erwarten, daß sich nach Philipp II. und unter dem Einfluß der hellenistischen städtebaulichen Verfahren diese Ansiedlungen schneller und mit klarerem städtischem Äußeren entwickeln. So haben sich in Seuthopolis, wo die klar feststellbare Zitadelle, das heißt der ursprüngliche Turm, auf jeden Fall die Hauptkomponente ist, beim weiteren Aufbau der Stadt die hellenistischen Traditionen durchgesetzt.

Das Siedlungssystem in Thrakien⁶⁴ - die griechischen Poleis an der Küste ausgenommen -, das die Merkmale des hellenistischen architektonischen Einflusses trägt, kann man in folgendem Schema rekonstruieren⁶⁵: παρα - δία (Verteidigungsfestung oder Befestigung der zentralen Macht) - βγία-Stadt, in der das Hauptelement der Turm ist. Die griechischen terminologischen Äquivalente sind: κάμη - τεῖχος (χωρῶν)- χωρῶν (=πόλιςμα...)- πόλις (←τῶσις).

Nach Titus Livius werden schließlich auch die lateinischen Termini relativ klar; sie sind in der gleichen Reihenfolge: vicus - locus (= oppidum) - oppidum (= castellum) - urbs. Es scheint, daß der thrakische Turm als villa bezeichnet wurde.⁶⁶

64 Die Idee von der relativen Originalität der thrakischen Städte siehe bei Dimitrov, D. P., Das Entstehen der thrakischen Stadt und die Eigenart ihrer städtebaulichen Gestaltung und Architektur, in: Atti del Sett. Congresso Intern. di Archeologia classica, Bd. 1, Rom 1961, S. 379 - 387.

65 Über die thrakischen Begriffe siehe Detschew (Dečev), D., Die thrakischen Sprachreste, Wien 1957, s. v.

66 Siehe Liv. 40, 22 (Müller), mit einer Analyse bei Dimitrov, D. P., Za ukrepenite vili i rezidencii u trakite v predrimskata epoha, a. a. O., S. 689. - Dort ist auch auf andere Quellen hingewiesen. Andere charakteristische Stellen bei Livius sind 31, 16; 32, 13 - 15; 40, 22; 44, 26; 45, 26.

Wenn dieses statische Schema, wegen der größeren Übersichtlichkeit so dargestellt, historisch betrachtet wird, das heißt in der Entwicklung, muß man nicht so sehr die ständige Bewegung der verschiedenartigen Ortschaften zu fortgeschrittenen Formen hervorheben als das Vorhandensein eines Grundkerns, der die Vielfalt entwickelt und bedingt. Dieser urbanistische Grundkern ist der Komplex des privaten Grundherrn und seiner zahlreichen Familie, der das Haus und den Hof mit dem beweglichen Eigentum einschließt. Dieses wesentliche Element der thrakischen Siedlungen wiederholt sich in allen Siedlungsarten vom Dorf bis zur Stadt. Der Turm des Basileus enthält Wohnräume, Raum mit Wirtschaftsgebäuden und Bauten für die Kämpfer. Alles das ist ausgezeichnet geschützt. Wie eine selbständige Zitadelle ausgestaltet, ist die tyrsis der Kern der Stadt, dem sie administrativen und politischen Schutz gewährt, auch wirtschaftliche Vorteile. Sie sind durch die Existenz eines so starken unproduktiven Elements bedingt, für das Versorgung und Markt erforderlich sind.

Der thrakische urbanistische Kern ist nichts anderes als die Materialisierung der Hauptkomponente der gesellschaftlichen Verhältnisse im 1. Jahrtausend, nämlich der patriarchalischen Familie. Alle höheren Formen wie das Dorf usw. stellen größere Vereinigungen dieser Anfangskomponente dar, das heißt von mehreren oder vielen patriarchalischen Familien. Ihrerseits materialisieren sie die Gesamtheit einer bestimmten Zahl Familien, das heißt Hausgemeinden. Diese Gesamtheit ist die Dorfgemeinde, die in der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends bereits ihre soziale Spitze herausgebildet hat.

Die Verbindung der bisherigen Übersichten über die Dorfgemeinde während der römischen Epoche, die Familie in Thrakien während des 1. Jahrtausends, die Institution des Stammes und das Siedlungssystem muß als Endergebnis die Annahme bestätigen, daß die Dorfgemeinde in Thrakien eine Tatsache ist und daß die Gemeindeverhältnisse hier vorherrschend sind. Es gilt, die auf Grund der vorhandenen Urkunden gesammelten Erfahrungen zu ihrer Charakterisierung anzuwenden.

Aristoteles hat sie, wie oben gezeigt wurde⁶⁷, ganz allgemein bei allen nichtgriechischen, "barbarischen" Gesellschaften gefunden. Seine Definition ist jedoch sowohl hinsichtlich der griechischen Ordnung selbst unvollständig, wo Aristoteles nicht die Evolution und die hö-

⁶⁷ Vgl. Anm. 36 der vorliegenden Arbeit. Über den Ort vgl. *Dovatur*, A., a. a. O., S. 9.

here Stufe dieser gleichen Gemeindeordnungen sieht, als auch hinsichtlich der "Barbaren", bei denen die Dinge weitaus komplizierter liegen, als er das zum Ausdruck brachte: "Die zugeteilten Grundstücke sind im Besitz des Einzelnen, aber die Früchte werden gemeinsam verbraucht".

Die Dorfgemeinde erhält im 1. Jahrtausend ihr Territorium eher durch die natürliche Begrenzung der Parzellen als durch administratives Eingreifen etwa des Komarchen, das allenfalls zusätzliche Bedeutung hatte. Darüber hinaus haben zweifellos die Möglichkeiten der Familien, das Land zu bebauen, ihre Gewohnheiten, ihre Traditionen usw. eine Rolle gespielt. Alle diese Überlegungen stehen ganz offensichtlich im Zusammenhang mit *Xen. Anab. VII 5, 12*, wo die Aufteilung der Meeresküste unter die um Salmydessos lebenden Thraker wiedergegeben ist. Dort wurde der Küstenstreifen durch Pfähle geteilt, und in den so umgrenzten Revieren hatte jeder das Recht, die Schiffe auszurauben, die nach einer Katastrophe oder einem Sturm vom Meer ans Land geworfen worden waren.⁶⁸ Die privaten Grundbesitzer oder die Häupter der patriarchalischen Familien verfügten unumschränkt über die von den Parzellen gewonnenen Produkte, selbstverständlich nachdem sie den für den Fonds geforderten Teil, das heißt eine Steuer an die zentrale Macht, Vorräte beim Komarchen, Kultabgaben usw., abgesondert hatten.

Aber sind denn diese Grundherren die wirklichen Eigentümer, oder sind sie Besitzer der Parzellen? Alle Angaben sprechen für die zweite Annahme, das heißt zugunsten eines typischen territorialen Gemeindeaufbaus. Indem absichtlich eine statische Lage eingeführt wurde, ein ideales Modell des thrakischen Milieus - dem Wesen nach sehr unbeständig -, muß zugegeben werden, daß sich Thrakien nicht von den anderen vorhellenistischen und hellenistischen Staatsbildungen unterscheidet. Die uns bekannten schriftlichen Quellen besagen, daß der König Eigentümer des ganzen Bodens ist. Nach den Worten von Marx hat sich die "höhere Einheit", so charakteristisch für diese Gesellschaften⁶⁹, durch den Bodenfonds, das Hauptproduktionsmittel, materialisi-

68 *Kazarov, G.*, Beiträge zur Kulturgeschichte der Thraker, a. a. O., S. 46; und *Gerov, Boris*, Proučvanija vărhu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 21, stellen diese Nachricht dem Horaszchen Text gegenüber (vgl. Anm. 1 der vorliegenden Arbeit). Selbst wenn wir annehmen, daß der Poet den wirklichen Gemeindebesitz wiedergibt, wird seine Information von den Angaben Xenophons über die Parzellierung des Territoriums nicht ihres Charakters beraubt, denn die Gemeinde existiert durch die individuellen Parzellen.

69 *Marx, Karl*, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, in: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 381.

siert. Dieser Bodenfonds ist, wie die Autoren uns wieder aufzeigen, aufteilbar in direkt dem Monarchen gehörendes Land, wo der Herrscher sogar kontrollieren konnte, was gesät wurde - nach den Informationen von Aristoteles über Kotis I. beispielsweise⁷⁰ - und später in geschenktes oder vergebenes Land, das als vorübergehendes Eigentum erscheint. Wahrscheinlich hat es auch Tempelterritorien gegeben.⁷¹ Wenn es vom juristischen Standpunkt keinerlei Zweifel gibt, daß die Gemeinde über den Boden herrschte, ohne sein Eigentümer zu sein, so war die historische Wirklichkeit oft anders, und die Territorien gingen im Verlauf der politischen Kämpfe von einer Hand in die andere über. Vielleicht hat in gewissen Zeiträumen ein Gebiet keinen Eigentümer gehabt. So scheint es mit den Dörfern der Thyner der Fall gewesen zu sein, die von Seuthes wieder erobert wurden. Die oben verwendeten Informationen von Xenophon und Plutarch über Thraker "ohne Monarchen" weisen, wie die vorübergehende Unabhängigkeit einiger Gebiete andeutet, gleichzeitig darauf hin, daß es der Gemeinde manchmal gelungen ist, auch wirklicher Eigentümer ihres Bodens zu werden. Aber wenn der Sieger oder der Verwalter erschien, traten seine Rechte automatisch in Kraft. Und dann mußte die Gemeinde wieder das Besitzrecht durch Steuern, Naturalpflichten, Frondienste und anderes mehr erkaufen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die gewöhnliche Abgrenzung, die zwischen freier, halbabhängiger und abhängiger Bauernschaft in der hellenistischen Epoche gemacht wird, illusorisch, da einerseits die Bauernschaft im Prinzip immer in irgendeinem Grad von der höherstehenden Aristokratie und ihren Institutionen abhängig ist und andererseits jede abhängige Bauernschaft nicht anders organisiert werden kann als in einer Gemeinde. Können wir uns etwa freie Grundherren kapitalistischen Typs neben irgendwelchen an den Boden gefesselten Bauern vorstellen? Alle bekannten abhängigen Kategorien - selbstverständlich nicht nur in Thrakien - sind vor allem zur Gemeinde gehörende Bauern und erst

70 *Arist. Oecon.* 1351 a 18 - 32 (Susemihl). - Andere Angaben siehe gesammelt bei *Gerov, Boris*, Proučvanija vārchu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 19.- Besonders kennzeichnend ist *Athen.* XII 531 e - 232 a (Kaibel), der den Text von Theopomp über die Besitzungen von Kotis I. übermittelt. Die Stelle ist untersucht in einem anderen Kontext bei *Dimitrov, D. P.*, Za ukrepenite vili i rezidencii u trakite v predrimskata epocha, a. a. O., S. 689.

71 Nach *Xen. Anab.* VII 3, 19; 7, 1³ und VII 2, 38. Vgl. *Danov, Chr.*, Jugoliztočna Trakija po svedenijata na Ksenofont, a. a. O., S. 299 ff.; *Gerov, Boris*, Proučvanija vārchu pozemlenite otnošenija v našite zemi prez rimsko vreme, a. a. O., S. 18 f.

danach Produzenten, die unter einem besonderen Zwang stehen.⁷² Der Text über die Verbindungen zwischen Herakleides Pontikos und den Mariandinern aus Kleinasien (*Strab.* XII 542, 4) zeigt, daß die Mariandiner selbst beim Verkauf nicht außerhalb der Grenzen ihres Territoriums denkbar sind, das heißt nicht außerhalb des Systems ihrer Gemeindestruktur, in der sie allein als Produzenten auftreten. Noch kennzeichnender ist die Stelle bei *Polyb.* IV 52, 7 (Büttner-Wobst), in der es heißt, daß die Byzantiner in ihrem Vertrag mit Prusias I. vom Jahre 219 v. u. Z. vom König die Rückgabe der Ländereien, der Laoi und der Kriegsgefangenen forderten. Die Byzantiner haben also ein Territorium aus Boden und aus Bauern, die es organisiert bearbeiten, als Ganzes betrachtet. Im entgegengesetzten Fall hätte Byzanz dem König die Laoi geschenkt und in seinen befreiten Gebieten eine "freie Bauernschaft" angesiedelt. Die Frage muß auch vom Gesichtspunkt der griechischen literarischen und Rechtstradition untersucht werden. In den Augen der Hellenen hat, wie wir durch Aristoteles in der "Politik" gesehen haben, außer der griechischen Ordnung, in der erst die moderne Wissenschaft die Elemente der Gemeindeordnung entdeckt, jene des "barbarischen Ethnos" existiert. Sie war selbst für Aristoteles sehr unklar und hat sich für ihn in den Privatparzellen und der gemeinsamen Verwendung der Produkte erschöpft. Hier vermischen sich faktisch sowohl Eigentum mit Besitz als auch die gemeinsamen Verpflichtungen gegenüber dem Fonds mit den antiken reinen Sippenprinzipien. Mit anderen Worten, die Griechen haben keinen Unterschied zwischen den Etappen in der Entwicklung der Gemeinde gemacht, ihnen war das Wesen der Dorfgemeinde unbekannt. Deshalb benutzen die antiken Schriftsteller, wenn sie von der Bauernschaft sprechen, verschiedene Termini, die auf lokalem Boden oder nach Analogie gebildet wurden. Manchmal sind sie völlig ungenau wie *δοῦλοι* bei Agatharchides (nach *Athen.* 272 d [Kaibel]) über die dardanischen "Sklaven", die schlimmstenfalls so etwas wie Heloten waren, da sie in Friedenszeit den Boden bearbeiteten und während des Krieges in Abteilungen kämpften⁷³. Ein ähnliches Beispiel gibt es auch bei *Strab.* XII 542, 4, der, um die Lage der Mnoiten auf Kreta zu erklären, sie mit den Theten vergleicht. Die Griechen, die in diesem Falle die ä-

72 Eine vollständige Analyse der hier verwendeten Passagen und der Lage der abhängigen Bauern in Thrakien siehe bei *Danov, Chr.*, *Kām istorijata na polusvobodnite seljani* prez antičnata epoha (Zur Geschichte der halbfreien Bauern in der antiken Epoche), in: *IAI*, 19. Jg. 1955, S. 111 - 119.

73 Vgl. ebenda, S. 112.

berliche Seite verstanden, konnten die Gemeindebasis dieser Beziehungen nicht genauer bestimmen.

Der Hauptproduzent in Thrakien ist der zur Gemeinde gehörende Bauer, der in verschiedenen Epochen und unter verschiedenen Umständen unter verschiedene Formen der Halbabhängigkeit oder der völligen Abhängigkeit gerät, das heißt, er hatte eine größere oder geringere Möglichkeit, die Früchte seiner Arbeit zu genießen und sich der Bewegungsfreiheit zu erfreuen.

Die Sippengemeinde begann in den heutigen bulgarischen Gebieten wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des 2. Jahrtausends zu zerfallen und war, wie aus der Entwicklung der Familie und des Siedlungssystems hervorgeht, in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends praktisch verschwunden. An ihrer Stelle erschien die patriarchalische Familie oder die patriarchalische Hausgemeinde, die ihrerseits wegen ihres labilen, vorübergehenden und Übergangszustandes als Form einer sozialen Struktur in keinem Fall selbständig gedeihen konnte und deshalb in einer größeren Vereinigung aufging. Als Dorf oder Siedlungsplatz höheren Typs, befestigt oder nicht, hat diese Vereinigung eigentlich eine aus Produktionskollektiven (die einzelnen Familien) bestehende Gemeinde dargestellt, die wir noch nicht territorial nennen können, da in ihr zweifellos auch weiterhin sowohl einige blutsverwandtschaftliche Bindungen als auch sehr starke Sippenüberreste existierten.

Aber in der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends begann die Akkumulation der Produktionsmittel und des Privateigentums in der so sich abzeichnenden Dorfgemeinde bereits fühlbarere soziale Ergebnisse zu bringen. Einerseits wurde der Zerfallsprozeß der patriarchalischen Familie in noch kleinere Kollektive sichtbar, die sich letzten Endes gegen Ende der hellenistischen und zu Beginn der römischen Epoche in monogame Familien verwandelten. So hat sich offensichtlich in den letzten fünf Jahrhunderten des 1. Jahrtausends und selbstverständlich in ungleichem Tempo, das im Süden wegen der hellenischen und hellenistischen Einflüsse höher war, die Zusammensetzung der Dorfgemeinde verändert.

In dieser Zeit hat sie sich aus einer Vereinigung von Hausgemeinden in ein Kollektiv von monogamen Familien verwandelt und ist damit in eine neue Qualität eingetreten - die territoriale Dorfgemeinde, die wir aus der römischen Epoche kennen. Allmählich und gleichzeitig starben alle Sippenordnungen und Stammesinstitutionen ab, um als stabile Überreste nur auf kultischem und religiösem Gebiet zu bleiben.

Als Organisationsform der Hauptproduzenten und als gesellschaftliche Grundstruktur gebar die Gemeinde auch die aristokratische Spitze, die jetzt zu ihren alten Sippenprivilegien der Herkunft die Macht des Bodenbesitzes hinzufügte. So bildeten die sozialen Gemeindeverhältnisse zwei Klassen heraus, die wir zu Recht antagonistisch nennen können, da sich zwischen ihnen die für alle vorhellenistischen und hellenistischen Staaten charakteristischen Bodenverhältnisse zwischen Eigentümern und Besitzern festigten. Zwischen diesen beiden Gruppen nehmen die Sklaven in Thrakien einen unbedeutenden Platz ein, und ihre Rolle in der Produktion ist, wie das die Untersuchungen ihrer Lage in der vorrömischen Epoche zeigen, nebensächlich. Nicht selten haben sie noch den Wert eines Tauschartikels auf den Märkten der hellenistischen Kolonien.

Die wirklichen Widersprüche in der thrakischen Gesellschaft äußern sich im Streben der zur Gemeinde gehörenden Besitzer, Eigentümer des Bodenfonds zu werden, über den sie zur Bearbeitung verfügen, und sich damit von den Natural-, Fron- und Militärverpflichtungen zu befreien. Gerade diese Verpflichtungen bestimmen ihren Platz als unfreie, als abhängige Bauernschaft. Die entgegengesetzte Strömung, die der Aristokratie, ist ebenso tief ursächlich bedingt, da die Existenz dieser Klasse (ihr Eigentum) dadurch möglich ist, daß die der Gemeinde angehörenden Bauern den Boden besitzen und von ihr ausgebeutet werden.

Das ist die Klassengrundlage der ersten Staatsbildungen in Thrakien während des 5. Jahrhunderts v. u. Z. und aller späteren Versuche zur Herausbildung von Königreichen bis zum römischen Einfall.⁷⁴

Die hier skizzierte Entwicklung der thrakischen Gemeinde findet auf der Balkanhalbinsel Parallelen. Trotz des Fehlens spezieller Forschungen zu diesem Thema beweisen die Untersuchungen über das Siedlungssystem, so unsystematisch sie auch sind, sowie über die Staatsorganisationen in Makedonien und Illyrien analoge Prozesse in diesen Gebieten. Auch dort scheint die Grundform des gesellschaftlichen Aufbaus die Dorfgemeinde zu sein, deren Evolution nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten vor sich geht. Die Bevölkerung kennt prinzipiell gleiche

⁷⁴ Vgl. über diesen Exkurs die besonders wichtigen Ergebnisse von *D. Jakonov, I. M.*, *Obščina na drevnem Vostoke v rabotach sovetskich issledovatelej* (Die Gemeinde im alten Orient in den Arbeiten sowjetischer Forscher), in: VDI, H. 1/1963, S. 16 - 34, u. vor allem S. 30, wo die antagonistischen Widersprüche thrakischen Typs begründet sind, die zu Staatsbildungen führen.

An siedlungen mit einer charakteristischen Zitadelle in den entwickel-
teren Siedlungen und mit ähnlichen "patriarchalischen" Häusern und
Höfen in den Dörfern. In Illyrien und Makedonien ist die Entwicklung
der echten Stadt gerade durch diesen Kern bedingt, der bis zum Ende
Merkmal des Siedlungssystems blieb. Wie auch in Thrakien steht die
Gesamtheit der Bauernschaft in tiefen sozialen Widersprüchen zu der
aus ihr entstandenen Aristokratie, und zwischen diesen beiden Klas-
sen nehmen wie alle Verhältnisse der Abhängigkeit und halben Abhän-
gigkeit so auch die Prozesse der Staatsbildung ihren Platz ein.⁷⁵

Besonders interessant sind die Parallelen zum Bosporianischen Reich in
der vorrömischen Epoche. In diesem Fall ist das Problem der ethni-
schen Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung ohne Bedeutung. Dies
ist ein kompliziertes und noch ungeklärtes Problem, wenn auch das
Vorhandensein einer starken thrakischen Schicht durch die literari-
schen und epigraphischen Quellen bewiesen ist. Dieser Umstand erhöht
die Bedeutung der Analogie noch mehr. Wann und wie die Thraker dort-
hin gekommen oder von dort abgezogen sind, ob das in Wirklichkeit
ein kimmerisches Ethnos ist, das nach der Migration der Kimmerer nach
Süden geblieben ist oder wiederum aus dem eigentlichen Thrakien stammt
- auf diese Fragen ist es jetzt schwer zu antworten.⁷⁶ Unabhängig da-
von stellt das Bosporianische Reich in bezug auf unser Thema ein au-
ßerordentlich wichtiges Objekt dar, da dort die Gemeindeverhältnisse
völlig klar und relativ leichter erfaßbar sind als in Thrakien, ob-
wohl das Fehlen einer speziellen Untersuchung die Verallgemeinerungen
noch immer erschwert. Soweit mir bekannt ist, haben sowjetische Ge-

75 Vgl. Schlußfolgerungen und Literatur bei *Fol, Alexander*, Văzникva-
ne i razvitie na makedonskija grad prez VI - II v. pr. n. e. (Ent-
stehung und Entwicklung der makedonischen Stadt im 6. - 2. Jh. v.
u. Z.), in: GSofUn - FIF, 57. Jg. 1963, H. 2, S. 143 - 150; u. *der-
selbe*, Le développement de la vie urbaine dans les pays entre Da-
nube et la Mer Egée jusqu'à la conquête romaine, a. a. O., Anm. 3
- 5. - Eine verallgemeinernde Arbeit über Makedonien in diesem Sinn
gibt es noch nicht. Über Illyrien vgl. zuletzt mit vollständiger
Literatur *Papazoglou, F.*, Les origines et la destinée de l'État
illyrien: Illyrii proprie dicti, in: *Historia*, 14. Jg. 1965, S. 143
- 179.

76 Nach *Mateescu, G. G.*, Nomi traci nel territorio scitosarmatico, in:
Ephemeris Dacoromana, 2. Jg. 1924, S. 223 - 238, der die damaligen
Meinungen (Minns, Vasmer, Rostovtzeff, Ebert, Pärvan) systemati-
siert, ohne das Problem zu lösen. Mit dem thrakischen Ethnos in
den südlichen Gebieten der UdSSR beschäftigte sich linguistisch
wieder *Russu, I. I.*, Elemente traco-getice în Sciția și Bosporul
Cimmerian (Thrakisch-getische Elemente im Skythenreich und am Kim-
merischen Bosporus), in: *Studii și cercetări de istorie veche*,
9. Jg. 1958, S. 310 ff. Vgl. auch *Blavatskij, V. D.*, Pantikapej,
Moskau 1964, S. 22 f. u. 136.

lehrte festgestellt, daß die Hauptproduzenten im Bosporanischen Reich verschiedene Kategorien von Bauern mit einem höheren oder niedrigeren Grad der Abhängigkeit von den Städten, Aristokraten und der zentralen Macht sind. Im Bosporanischen Reich scheinen sich unter diese juristischen Eigentümer auch die Tempel einzureihen, deren Bodeneigentum bezeugt ist. Die Bauern als Besitzer waren wie auf der Balkanhalbinsel offensichtlich in Gemeinden organisiert. Die Untersuchungen des ländlichen Territoriums am Kimmerischen Bosphorus haben gezeigt, daß es ein Siedlungssystem offener Dörfer kannte. In ihnen kann man die sich herausbildenden Wohnformen verfolgen, die den thrakischen gleichen, das heißt, es zeigt sich ein Komplex von Haus und Wirtschaftsgebäuden. Der typische urbanistische Kern ist folglich auch hier vorhanden. Das ist auch bei den stärker befestigten Ansiedlungen ersichtlich, die auf die Anwesenheit lokaler Aristokraten deuten. Neben diesen Ansiedlungen dokumentieren die Ausgrabungen auch andere, die sich völlig mit der Vorstellung von befestigten, aber unbewohnten Orten decken, die zum Schutz der umliegenden Bevölkerung oder als Festungen dienen, die nach einem vorgefaßten Plan von einem Basileus erbaut wurden. Im Bosporanischen Reich lagen - wenn wir die griechischen Städte beiseite lassen - die Grundwidersprüche wahrscheinlich im Antagonismus zwischen Gemeindegliedern und Aristokraten.⁷⁷

Unter den kleinasiatischen Gebieten, wo in ausreichender Menge ausdrucksvolle Parallelen zu finden sind, ist Bithynien am charakteristischsten, wo bekanntlich das thrakische ethnische Element auch während der hellenistischen Epoche grundlegend war. Der gesamte Boden in Bithynien gehörte wahrscheinlich dem Herrscherhaus und der herrschenden Dynastie, die thrakisch war. Zwei der Könige tragen thrakische Namen, die übrigen aus offensichtlich politischen Erwägungen griechisch-hellenistische. Sie haben nur einige Städte gegründet, darunter auch die Hauptstadt Nikomedeia. Im Lande gab es sehr wenig städtische Territorien, aber das zum Tempel gehörende Land war weitläufig und konkurrierte mit den Gütern der Aristokraten. Die Masse der Bevölkerung lebte in offenen Dörfern, wo die Gemeindeordnung patriarchalischen Typs vorherrschend war und wo diese Bevölkerung praktisch von den Eigentümern abhängig war. In Bithynien ist diese Lage

77 Die uns interessierenden Fragen sind mit der grundlegenden Literatur am besten wiedergegeben bei *Kruglikova, I. T., Sels'kaja territorija Bospora. Problemy istorii severnogo Pričernomor'ja v antičnuju epochu* (Das ländliche Territorium des Bosporanischen Reiches. Probleme der Geschichte des nördlichen Schwarzmeergebietes in der antiken Epoche), Moskau 1959, S. 108 - 125.

außerordentlich klar, denn die Gemeindeordnungen sind auch auf epigraphischen Denkmälern bezeugt, die gerade von diesem Standpunkt aus reichend erforscht sind.⁷⁸

Die Erweiterung der Parallelen ist durchaus möglich, wenn man auch aus früheren Epochen Beispiele heranzieht. Nach der allgemeinen Charakteristik von *Thuc.* I 3, 2 haben die Griechen bis zum trojanischen Krieg κατά ἔθνη gelebt. Die Quellen zeigen, daß in Hellas nach dem 15. Jahrhundert v. u. Z. die Entwicklung der patriarchalischen Familie begann und zusammen damit auch die Herausbildung der Dorfgemeinde. In den zahlreichen ausgegrabenen Siedlungen ist eine bedeutsame Vermögensschichtung festzustellen, wovon Unterschiede in den Wohnformen zeugen. Es ist bekannt, daß das Volk, daß heißt die Gemeinde, nach den Tafeln von Pylos oberster Eigentümer des Landes war, aber sie verlor schnell diese Eigenschaft zugunsten der Aristokratie, die bei Homer nicht umsonst "reich an Boden" genannt wird. Die ersten städtischen Siedlungen der archaischen Periode zeigen ebenfalls eine bedeutende Ähnlichkeit mit den thrakischen der Eisenzeit, da sich auch dort die wie Zitadellen befestigten Häuser des örtlichen Stammesführers abzeichnen, die die Wohnhäuser der Gemeindemitglieder beherrschen. Diese Ansiedlungen sind hier wegen der ständigen Kriege in dem politisch zerrissenen Griechenland des 2. Jahrtausends entstanden. Ähnliche für die Gemeindeordnung typische Ansiedlungen sind die Hethiter-"Städte" des 2. Jahrtausends und jene in Baktrien, Sogdiana, Parthien, Margiana und anderen mittelasiatischen Gebieten. Überall hat sich dieser Komplex der patriarchalischen Familie zu ei-

78 Vgl. Anm. 42 der vorliegenden Arbeit. - Die Grundcharakteristik mit Literatur vgl. bei *Rostovtzeff, Michael*, Die hellenistische Welt. Gesellschaft und Wirtschaft, Bd. 1, Tübingen 1955, S. 540 ff. - Über die Dörfer in Kleinasien allgemein bei *Magie, D.*, Roman rule in Asia Minor, Bd. 2, Princeton 1950, S. 1022, mit Literatur. - Über die Gemeindeverhältnisse allgemein vgl. *Golubcova, E. S.*, Očerki social'no-političeskoj istorii Maloj Azij v I - III vv. (Studien über die sozialpolitische Geschichte Kleinasien im 1. - 3. Jh.), Moskau 1962, S. 36 - 40 u. 66 ff. - Für die Geschichte Bithyniens sind die zahlreichen Untersuchungen von Robert von großer Bedeutung, aber deren Aufzählung mit Kommentar würde uns sehr weitab führen. Auskünfte über die grundlegenden Untersuchungen siehe bei *Robert, L.*, Index commenté des noms de personnes, in: *Firatli, N.*, Les stèles funéraires de Byzance gréco-romaine, Paris 1964, S. 131 - 189 = *Bibl. Archéol. et Hist. de l'Institut français d'arch. d'Istanbul XV.* - Siehe auch *Fol, Alexander*, Bevölkerungs- und Gesellschaftsstrukturen Thrakiens und Bithyniens im vorrömischen Zeitalter, in: Protokollband der III. Tagung der Sektion Alte Geschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Leipzig 1968 (im Druck).

nem erstrangigen Element der Stadt entwickelt, entstanden in den interdynastischen Kämpfen.⁷⁹

Die thrakische Gemeindeordnung und ihre Entwicklung - zusammen mit Makedonien, Illyrien, dem Kimmerischen Bosphorus und Bithynien - liegen nach unseren bisherigen Kenntnissen in einer späteren Epoche. Ob die thrakischen Gebiete als gleichwertige Komponente in die ägäische Welt der Bronzezeit einbezogen werden können, daß heißt, ob die allgemeine Entwicklung der Dorfgemeinde, die Formierung der patriarchalischen Familie, die Loslösung der Aristokratie und die Schaffung eines Siedlungssystems mit einem charakteristischen Grundkern ausschließlich im 1. Jahrtausend chronologisiert werden können, oder ob der Beginn dieser Erscheinung bereits in die zweite Hälfte des 2. gelegt werden kann, hängt von den künftigen archäologischen Forschungen ab. Augenblicklich genügt es anzunehmen, daß die Prozesse in Thrakien langsamer als die in Hellas und in der ägäischen Welt vor sich gingen, aber ihnen prinzipiell ähnlich sind.

Das gekennzeichnete historische Milieu der thrakischen Dorfgemeinde bestätigt die Schlußfolgerungen über sie und reiht sie in die Ordnung der nichtklassischen Sklavenhalterordnung ein. Indem sie alle den der Gemeinde angehörenden Bauern als Hauptproduzenten und die Aristokratie als ihre antagonistische Klassengruppierung kennen, entwickeln sie sich aber auf der Grundtendenz der Sklaverei. Gerade die Schlußfolgerung, daß in der Praxis alle Produzenten in dem einen oder anderen Grad abhängig sind, und daß kein Unterschied zwischen freier und unfreier Bauernschaft gemacht werden kann, führt zu der Annahme der allmählichen Deklassierung der Mitglieder der Gemeinde und der sie erwartenden sozialen Umgruppierung. Wie die griechische Geschichte zeigt, müßte dies zur Versklavung der Bauern und zu ihrer Trennung vom Boden, zur Schaffung einer Schicht kleiner und mittlerer Produzenten führen, die in der Gemeindeform der Polis organisiert sind, sowie zur Herausbildung der Nobilität (hier ist der römische Terminus günstiger, da er die Gesamtheit der Aristokratie und der Neureichen widerspiegelt).

79 Über Hellas siehe zuletzt mit völlig erschöpfender Bibliographie *Blavatskaja, T. V., Achejskaja Grecija vo vtorom tysjačeleții do n. é., a. a. O., S. 105 - 121.* - Zu allgemeinen Orientierungen, Schlußfolgerungen, Parallelen und Literatur siehe auch *Akurğal, E., The Art of the Hittites, London 1962, S. 125 ff.* - Eine völlige Systematisierung der sowjetischen Forschungen über Mittelasien bei *Masson, V. M., Srednjaja Azija i drevnij Vostok (Mittelasien und der alte Orient), Moskau - Leningrad 1964.*

In Thrakien wurde dieser Prozeß von der römischen Macht aufgehalten, und der vorgefundene gesellschaftliche Aufbau wurde in den folgenden Jahrhunderten beibehalten. Die Verfolgung seiner Rolle in der historischen Synthese des 7. Jahrhunderts u. Z., die den Beginn des bulgarischen mittelalterlichen Staates darstellt, wäre bereits ein anderes Thema.

(Übersetzt von Johanna Rennhack)

Betriebsgeschichte

Rationalisierung und Investitionspolitik in einem kapitalistischen Konzern in den zwanziger und dreißiger Jahren

dargestellt am Beispiel der A. Riebeck'schen Montanwerke AG,
Halle a. S.

von Hans Czihak

1. Die Rationalisierung
2. Das Untersuchungsobjekt und die Motive der Rationalisierung
3. Welcher Weg sollte eingeschlagen werden?
(Der Gesamtplan)
4. Die Umgestaltung des Ammendorfer Reviers
 - 4.1. Die Situation vor 1927
 - 4.2. Wie sah das Projekt aus?
 - 4.3. Die finanzielle Vorbereitung und Durchführung der Umstellung
 - 4.4. Das Ergebnis
 - 4.5. Die zweite Etappe der Umgestaltung und die weitere Entwicklung des Ammendorfer Reviers

1. Die Rationalisierung

Im Rahmen der die kapitalistische Welt erfassenden relativen Stabilisierung hatte die Entwicklung in Deutschland eine besondere Bedeutung. Die Westmächte förderten das ökonomische und politische Wiedererstarken des im ersten Weltkrieg völlig abgewirtschafteten deutschen Imperialismus. Ein Strom ausländischen Kapitals ergoß sich seit dem Abschluß des Dawes-Plans über Deutschland.

"Diese gewaltigen Summen ... ermöglichten es dem deutschen Finanzkapital in Verbindung mit seinen Inflationsgewinnen und neuen Profiten, in kurzer Zeit die wichtigsten Industriezweige zu rationalisieren. Dank der Leistungen der deutschen Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker konnten der veraltete Produktionsapparat und das Verkehrswesen innerhalb weniger Jahre auf einer modernen technischen und energetischen Grundlage erneuert und die Produktionskapazitäten erheblich erweitert werden."¹

Die Lage in der Braunkohlenindustrie (Verschlechterung der Lagerverhältnisse, internationaler Kohlenüberfluß und andere Faktoren) .. verschärfte die Notwendigkeit, die Braunkohlenbetriebe noch stärker zu mechanisieren und die Betriebsorganisation bei der Bewegung von Abraum und Kohle, aber auch in der Veredelung, wesentlich zu verbessern, um die Selbstkosten radikal zu senken.

Verbunden war diese Entwicklung mit einem großangelegten Angriff auf die von der Arbeiterklasse seit 1918 errungenen Erfolge. "Im Gegensatz zu der Mechanisierung in der Kriegszeit ... ist der Rationalisierungsvorgang im Anschluß an die Stabilisierung ... dadurch gekennzeichnet, daß die Bergbaubetriebe sich angesichts der Nachkriegsentwicklung der sozialen Verhältnisse von der nunmehr zu teuren und unzuverlässigen menschlichen Arbeitskraft unabhängig machen wollten ..."²

Um solche Umstellungen gewinnbringend durchführen zu können, waren gewaltige Finanzmittel erforderlich, die planvoll eingesetzt werden mußten.

Diese Studie soll sich mit der Frage beschäftigen, wie ein kapitalistischer Konzern in dieser Periode unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung seine Investitionspolitik betrieb und inwieweit diese Investitionen mit Perspektivüberlegungen verbunden waren. In dem hier behandelten Konzernbetrieb der Braunkohlenindustrie gab es neben kurzfristigen Überlegungen (etwa für ein Geschäftsjahr) auch Bestrebungen, für größere Zeiträume perspektivisch zu planen. Dem kam der Umstand entgegen, daß der Abbau der Braunkohle solche langfristigen Vorausplanungen besonders notwendig macht. Seit der Mitte der zwanziger Jahre wurden verstärkt detaillierte Projekte zur Vergrößerung der Produktion

1 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 4, Berlin 1966, S. 59.

2 *Klein, Georg*, Handbuch für den Deutschen Braunkohlenbergbau, Bd. 3: de la Sauce, Wilhelm, Fex, H. W., Entwicklung und Stand der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des deutschen Braunkohlenbergbaus, Halle 1933, S. 15.

und zur Senkung der Selbstkosten ausgearbeitet. Dazu erfolgten eingehende Berechnungen, die für mehrere Jahre den Einsatz von Maschinen usw. in größerem Stil, die Kosten und den Nutzen einzelner Teilprojekte festlegten. Diese langfristigen Berechnungen wurden allerdings nicht für eine bestimmte Zeitdauer, sondern für ein bestimmtes Projekt bis zu seiner Fertigstellung vorgenommen.

2. Das Untersuchungsobjekt und die Motive der Rationalisierung

Von Adolf Riebeck 1858 als Privatbetrieb gegründet, wurde das sich kräftig entwickelnde Unternehmen 1883 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. In hartem Konkurrenzkampf sicherte es sich die führende Stellung auf dem Gebiet der Braunkohlenförderung und -weiterverarbeitung in Mitteldeutschland. Neben der Rohbraunkohlen- und Briketterzeugung war es besonders die Verarbeitung der Kohle in den Mineralöl-, Paraffin-, Kerzen- und Montanwachsfabriken, die diese starke Ausdehnung möglich machte. Während der Inflation kam die Gesellschaft vorübergehend in die Hände von Hugo Stinnes (Hugo Stinnes-Riebeck Montan- und Ölwerke Aktiengesellschaft). Nach seinem Ableben gelangte beim Abstoßen von Teilen des Stinnesbesitzes dieses Aktienpaket an die Badische Anilin- und Sodafabrik. 1926 schloß die A. Riebeck'sche Montanwerke AG mit der IG Farbenindustrie AG einen Interessengemeinschaftsvertrag.

In den folgenden Jahren arbeiteten die IG- und Riebeck-Gruben im Gebiet um Halle immer enger zusammen, und auch verwaltungsmäßig erfolgte ein weitgehender Zusammenschluß.

Der Ausgangspunkt für die Vorstellungen der Konzernleitung über die weitere Entwicklung der Montanwerke, der gleichzeitig die Grundlage für die vorliegende Darstellung bildet, war die trostlose Situation der Gruben der A. Riebeck'schen Montanwerke AG bei ihrem Zusammenschluß mit den IG-Farben bzw. beim Zustandekommen des Interessengemeinschaftsvertrages, was zeitlich mit dem Ende der Inflation und mit der allgemeinen Rationalisierungswelle zusammenfiel.

Die Jubiläumsfestschrift der A. Riebeck'schen Montanwerke AG schildert diese Situation, ebenso aber auch die Notwendigkeit, tiefgreifende Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Gruben zu beschließen und schnellstens zu verwirklichen: "Eine erhebliche Senkung der Gestehungskosten der Kohle und damit ein Herabdrücken der Brikettfabrik- und Schwelerei-Selbstkosten war eine Lebensfrage für die Montanwerke.

Hinsichtlich der Verminderung der Selbstkosten bot der Tagebaubetrieb ganz andere Möglichkeiten, als der Tiefbau, weil man dort durch Anwendung modernster technischer Hilfsmittel eine weitgehende Mechanisierung durchführen und erhebliche Ersparnisse erzielen konnte. Bei den Riebeck'schen Montanwerken lagen einschneidende Maßnahmen in den Tagebaubetrieben besonders nahe, da völlig veraltete und unzureichende Abraumgeräte vorhanden waren und da die Tagebauförderung zersplittert war in viele kleine Betriebe mit einer großen Zahl von Strecken- und Schachtförderungen und Drahtseilbahnen, die zahlreiche Bedienungsmannschaften erforderten."³ "Eine durchgreifende Modernisierung der Förderanlagen, insbesondere der Tagebaubetriebe, war das Gebot der Stunde..."⁴

Daß diese Einschätzung nicht übertrieben war, zeigt ein Brief von Dr. Scharf an Direktor Dr. Schmitz, Vorstandsmitglied der IG-Farben, vom 26. 7. 1926:

"..Betr.: Kohlenversorgung des Leunawerkes.

Sehr geehrter Herr Doktor Schmitz!

.... Ich sende Ihnen weiter in der Anlage einen Auszug aus den Betriebsergebnissen der A. Riebeck'schen Montanwerke für den Monat April 1926. Die Betriebsergebnisse sind jetzt nach den Wünschen des Herrn Direktors Rösch aufgestellt, und sie ergeben einen Vergleich mit unseren Resultaten. Die Ergebnisse sind tröstlos. Ich mache darauf aufmerksam, dass die zum Verkauf gekommenen Rohkohlen mit einem Verlust von 10 % und die Briketts, die den Hauptgewinn bringen müssten, nur mit einem Gewinn von 2 % figurieren. Es bleibt ein Nettogewinn bei meiner Meinung nach noch nicht genügenden Abschreibungen von 31'794,07M. Es wird daher unbedingt im Sinne meiner wiederholt gemachten Vorschläge etwas geschehen müssen.

Ich weise ferner noch darauf hin, dass mindestens zwei Jahre Vorarbeiten nötig sind, um die Ammendorfer Werke auf die vorgesehene Förderung von ungefähr 10 000 t bringen zu können. Da es nach meinen dem Herrn Geheimrat Professor Bosch gemachten Ausführungen nötig ist, dass das Ammendorfer Revier an das Leunawerk angeschlossen wird, müssen wir jetzt schon unsere ganzen Pläne weitsichtig aufstellen ..."⁵

3 A. Riebeck'sche Montanwerke. Die Geschichte einer mitteldeutschen Bergwerksgesellschaft, München 1933, S. 146.

4 Ebenda, S. 148.

5 Archiv der VVB Braunkohle Halle, Sitz Merseburg, Akten Riebeck (im folgenden: Riebeck) I, Nr. 13.

3. Welcher Weg sollte eingeschlagen werden? (Der Gesamtplan)

Dr. Scharf, der 1925 im Zusammenhang mit dem Interessengemeinschaftsvertrag als Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG in den Aufsichtsrat der Montanwerke eintrat, gab bald danach die Anregung zur Ausarbeitung eines Modernisierungsplans und war leitend an der Festlegung der Hauptentwicklungslinien beteiligt. Ein Schreiben, das er an den damaligen Generaldirektor von Riebeck, Bergmeister Dr. Hoffmann, richtete, gibt den ersten aktenkundigen Hinweis für die Modernisierung. Es enthält eine erste perspektivische Aufgabenstellung in großem Rahmen. Dort heißt es: "Ich nehme Bezug auf unsere Unterredung vor etwa 10 Tagen und möchte anregen, vorläufig die Modernisierung der Bergwerksanlagen im Ammendorfer und Luckenauer Revier in Aussicht zu nehmen. Bei der Berechnung bitte ich, außer den notwendigen Amortisationsquoten, eine 8prozentige Verzinsung für das aufzunehmende Kapital vorzusehen."⁶

Der Grundgedanke für die Modernisierung war, daß es notwendig sei, zunächst "einen leistungsfähigen modernen Tagebaubetrieb an einer Stelle einzurichten, an der die durch ihn zu erzielende Senkung der Kohlen selbstkosten am wirksamsten zur Geltung kommen würde, und daß es ferner erforderlich sei, die Durchführung eines derartigen Projektes so sehr als irgend möglich zu beschleunigen. Im Anschluß hieran sollten dann weitere Modernisierungsmaßnahmen folgen."⁷

Die Leiter des Konzerns überlegten also sehr genau, an welcher Stelle des ausgedehnten Riebeck'schen Grubenbetriebes dieser erste Einsatz erfolgen sollte. Das beweist außer dem bereits angeführten Schreiben Scharfs und dem zitierten Text der Festschrift auch ein weiteres Schreiben, das Scharf an Geheimrat Prof. Dr. Dr. ing. C. Bosch, Vorstandsvorsitzender der IG-Farben, richtete. Hier betont er die große Bedeutung des Aufschlusses und der Erweiterung der Riebeck'schen Ammendorfer Gruben für die Kohlenversorgung des Leunawerkes und weist auf die dort lagernden großen Kohlevorkommen hin. Während er die Lagerstätten in Zeitz als Vorrat für 15 bis 20 Jahre angab, sollte sich die Kohlendecke des Leunawerkes durch die Einbeziehung der Ammendorfer Felder von 66 auf 86 Jahre erhöhen. "Der Großaufschluß der Ammendorfer Felder der A. Riebeck'schen Montanwerke und die Verbindung mit dem Leunawerk ist daher allerschnellstens in die Wege zu leiten. Der Aufschluß der Ammendorfer Felder erfordert ungefähr 7,5 Millionen Mark und ist bequem durchzuführen; er bietet später eine außerordentliche Erleichterung für den Aufschluß der Wallendorfer Kohlenwerke."⁸

6 Riebeck Ia, Nr. 580, Schreiben v. 3. 12. 1925.

7 A. Riebeck'sche Montanwerke, a. a. O., S. 148.

8 Riebeck I, Nr. 13, Schreiben v. 24. 7. 1926.

So tiefgreifende Maßnahmen erforderten einen bedeutenden Kapitalaufwand. Das fiel, wie verschiedentlich betont wurde, hemmend ins Gewicht. "Es zeigte sich aber, daß jede zum Zwecke der Verbilligung der Umstellung ersonnene Lösung, bei der die alten Förderanlagen teilweise bestehen blieben, nicht zu dem gewünschten Erfolge führen konnte. Ein befriedigendes Ergebnis war nur von einer radikalen Neuordnung bei völligem Aufgeben der alten Abraum- und Fördereinrichtungen zu erhoffen. Hierbei war aber die Investition sehr großer Geldbeträge nicht zu vermeiden."⁹

Experten der IG-Farben halfen bei der Bearbeitung der Neubaupläne, da sie "über große Erfahrungen auf dem Gebiet der Projektierung und Durchführung von Neuaufschlüssen und Neubauten" verfügten.¹⁰

Das Ammendorfer Revier schien zur Errichtung eines modernen Tagebaubetriebes sehr geeignet zu sein. "Es waren gute Tagebaufelder vorhanden. Die Ammendorfer Gruben hatten im großen und ganzen noch dieselben veralteten technischen Einrichtungen wie zur Zeit der Fusion mit 'Sachsen-Thüringen' und 'Zeitz' in den Jahren 1911 und 1912. Elektrischer Antrieb war nur in geringem Umfange vorhanden. Abraumbagger und Kohlenbagger hatten durchweg Dampftrieb. Trotzdem konnte Ammendorf für einen Neubauplan hinsichtlich der zeitlichen Aufeinanderfolge erst an zweiter Stelle in Frage kommen, da der Umfang der dortigen Brikettproduktion zu gering war zur Erzielung eines durchschlagenden Erfolges."¹¹

So entstanden mehrere Projekte, die nacheinander in Angriff genommen wurden. Nach gründlicher Prüfung wurde folgende zeitliche Reihenfolge der Reorganisierung und Erweiterung festgelegt: Revier Weißenfels-Zeitz, Revier Ammendorf, Revier Oberröblingen.

Die vorliegende Studie beschränkt sich auf das Projekt "Ammendorfer Revier", da die Materiallage dafür noch am besten ist, während für die in den anderen Revieren ergriffenen Maßnahmen das Aktenmaterial äußerst lückenhaft ist.

4. Die Umgestaltung des Ammendorfer Reviers

4.1. Die Situation vor 1927

"Die verhältnismäßig geringe Gesamtförderung dieses Reviers war verteilt auf die 3 Tagebaubetriebe v. d. Heydt, Hermine-Henriette I und Hermine-Henriette II. Früher war auf der Grube v. d. Heydt auch noch

⁹ A. Riebeck'sche Montanwerke, a. a. O., S. 155.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 150.

ein Tiefbauflügel im Betriebe, der im Sommer 1925 stillgelegt wurde."¹² "Die geförderte Kohle diente zum kleineren Teile zur Kohlenversorgung der beiden kleinen Brikettfabriken von der Heydt und Hermine-Henriette I. Zum größten Teile wurde sie als Rohkohle abgesetzt.

Als Fördermittel waren 4 Förderschächte und 2 Drahtseilbahnen nebst einem ausgedehnten Netz von Kettenbahnen vorhanden. Diese komplizierten Fördereinrichtungen verursachten im Verein mit den veralteten Abraumgeräten sehr hohe Kohlenselbstkosten. Der gegebene Weg zur Abhilfe war die Zusammenlegung der Gesamtförderung im Tagebau von der Heydt, der zu diesem Zwecke eine durchgreifende Modernisierung erfahren mußte."¹³

Die Förderung der Gruben dieses Reviers betrug 1924/25¹⁴:

Grube v. d. Heydt	478 090 t
Grube Hermine-Henriette I	230 155 t
Grube Hermine-Henriette II	248 711 t
<hr/>	
Ammendorfer Revier insgesamt	956 956 t

4.2. Wie sah das Projekt aus?

Die Anlagen des zukünftigen Tagebaues sollten zusätzlich zur bisherigen Förderleistung den größten Teil des Kohlenbedarfs des Leunawerkes decken.¹⁵ Deshalb wurde die zukünftige Förderleistung auf 7 000 Tonnen pro Tag festgelegt. Kernstück des Projektes war die Vereinigung der beiden kleinen und nebeneinander liegenden Tagebaue v. d. Heydt und Hermine-Henriette I zu einem gemeinsamen großen Betrieb unter der Bezeichnung v. d. Heydt. Ähnlich dem Tagebau Deuben sollte er moderne Geräte für Abraumbewegung und Kohlengewinnung sowie eine Reparaturwerkstatt und eine Umformanlage erhalten. Für den Kohlentransport sah das Projekt Großraumförderung mit Normalspurgleisen vor.¹⁶ Die Kohlenbahn sollte vom Schwerpunkt des Tagebaues zur Brikettfabrik Hermine-Henriette I und von dort weiter zur Brikettfabrik v. d. Heydt führen.

Über die schon bestehenden Grubenanschlußgleise auf Hermine-Henriette I und v. d. Heydt sollte die Großraumbahn Verbindung mit dem Bahnhof Ammendorf erhalten.

12 Ebenda, S. 162.

13 Ebenda, S. 164.

14 Ebenda, S. 162.

15 Riebeck I, Nr. 13, Schreiben v. 24. 7. 1926.

16 Vgl. A. Riebeck'sche Montanwerke, a. a. O., S. 164.

Für die Bekohlung der Brikettfabrik v. d. Heydt sah der Plan einen kleinen Tiefbunker mit anschließendem Schrägband vor, für die der Brikettfabrik Hermine-Henriette I einen Becherwerks-Waggonentlader (Heinzelmann-Entlader).

Der Modernisierungsplan sah vor, auch den Tagebau Hermine-Henriette II für Großraumförderung mit Normalspur einzurichten, um so das Leunawerk besser versorgen zu können. Dem gleichen Zweck diente eine Verbindungsbahn vom Ammoniakwerk Merseburg (Leunawerk) zur Grube Hermine-Henriette II mit etwa 14,5 Kilometer Gesamtlänge, die von dort mit etwa weiteren 2 Kilometer Länge bis zum Tagebau v. d. Heydt führte. Dadurch konnten die Kohlenzüge des Leunawerkes unmittelbar unter die Kohlenbagger der Tagebaue v. d. Heydt und Hermine-Henriette II fahren, so daß die Kohle das Leunawerk auf eigener Bahn ohne Umladung erreichte.

Da das Ammendorfer Revier selbst kein leistungsfähiges Kraftwerk besaß, sollte das Leunawerk eine elektrische Hochspannungsleitung errichten, um den von den Ammendorfer Gruben benötigten elektrischen Strom von Leuna aus mit 30 000 Volt Spannung den Umformeranlagen auf v. d. Heydt und Hermine-Henriette II zuzuleiten.¹⁷

Die Verwirklichung des Projekts begann im Jahre 1927. Im Frühjahr nahm der Tagebau v. d. Heydt den Betrieb mit den neuen Abraumgeräten und im September 1928 die Großraumförderung auf.

Im Rahmen dieses und des Weißenfels-Zeitzer Projektes wurde eine Reihe von Tiefbaugruben stillgelegt: v. d. Heydt (1925), Hermann (1925), Margarethe (1928), Naumburg (1926), Gottlob (1926) und Ellen (1926).

4.3. Die finanzielle Vorbereitung und Durchführung der Umstellung

Über die finanzielle Grundlage des Projektes enthalten die Akten nur wenig Material. In dem oben angeführten Schreiben¹⁸ nannte Scharf zirka 7,5 Millionen Mark für den Aufschluß der Ammendorfer Felder. Etwa die gleiche Summe taucht in einer Zusammenstellung des Geldbedarfs für Neubauten und Neuanlagen im Geschäftsjahr 1927/28 der A. Riebeck'schen Montanwerke für das Revier Ammendorf auf. Offenbar ist darin - die Umstellung (zumindest ihr erster Teil) wurde in den Jahren 1927 und 1928 im wesentlichen abgeschlossen (Frühjahr 1928:

¹⁷ Ebenda, S. 165.

¹⁸ Riebeck I, Nr. 13, Schreiben v. 24. 7. 1926.

Tagebauabraumgeräte; September 1928: Kohlengroßraumförderung) - der aufgliederte Gesamtbedarf an Finanzmitteln enthalten.

Für die Durchführung des Konzentrationsprogramms der Grubenverwaltung Ammendorf ist eine Kreditsumme von 4 558 000 Mark angegeben, über deren Verteilung gesagt wird¹⁹:

"Zu beschaffen sind

für Abraum

3 Doppelschütter mit 550 l Eimern	741 000.- M
2 Absetzapparate	458 000.- M
1 Gleisrückmaschine	37 000.- M
12 elektr. Lokomotiven 900er Spur	840 000.- M
100 Stück 16 cbm Abraumwagen	950 000.- M
1 Raupenlöffelbagger	80 000.- M
1 Transformatorstation und Gleichrichteranlage	300 000.- M
3 330 m Doppelschüttergleis	600 000.- M
1 980 m Absetzergleis	324 000.- M
10 600 m Fahrgleis	431 000.- M
Werkstatt, Magazin, Büro, Kaue	286 000.- M
Weichen	40 000.- M
3 330 m Fahrleitung für Bagger	33 000.- M
1 900 m Fahrleitung für Absetzer	19 000.- M
22 160 m Fahrleitung für Fahrgleis	147 000.- M
2 Brücken über Großraumbahn	90 000.- M
Speiseleitung	15 000.- M
450 000 cbm Erdbewegung	240 000.- M
	<hr/>
	5 631 000.- M

für Grube

1 Kohlenbagger 475 l Eimer	160 000.- M
1 Schwenkbagger 500 l Eimer	240 000.- M
1 Gleisrückmaschine	29 000.- M
4 elektr. Lokomotiven Normalspur	280 000.- M
1 520 m Baggergleis	200 000.- M
1 520 m Fahrleitung für Bagger	15 000.- M
4 300 m Fahrgleis für die Kohlenbahn	260 000.- M
2 Kreuzweichen	18 000.- M

¹⁹ Ebenda, Nr. 14.

5 820 m Fahrleitung für Fahrgleis	40 000.- M
2 einfache Weichen	5 000.- M
Speiseleitung	20 000.- M
130 000 cbm Erdbewegung	<u>130 000.- M</u>
	1 397 000.- M
Summe Abraum und Grube	7 028 000.- M"

Schon im Geschäftsjahr 1926/27 war eine Kreditforderung von 2 470 000 M bewilligt worden, so daß für das Geschäftsjahr die anfangs erwähnte Summe von 4 558 000 M verblieb.

Weiter sah der Plan bei der Grubenverwaltung Ammendorf für 1927/28 die Verlegung der Straße Bruckdorf - Osendorf mit 200 000 M vor. In der Begründung heißt es: "Die Verlegung der Straße macht sich infolge der geplanten Erweiterung des Grubenbetriebes v. d. Heydt erforderlich. Am Ende des Geschäftsjahres soll entschieden werden, ob die Ausgaben über Substanz zu verrechnen oder vom Gewinn abzusetzen sind."²⁰

Sowohl in der Begründung für die Reorganisation durch Dr. Scharf als auch in der Darstellung ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs in der bereits zitierten historischen Darstellung wird bei den im Ammendorfer Revier vorgesehenen Umbauten immer nur von *einem* Projekt gesprochen. In dieser zuletzt zitierten "Zusammenstellung des Geldbedarfs für Neubauten und Neuanlagen im Geschäftsjahr 1927/28" zeigt sich aber, daß es faktisch mehrere Projekte waren.

Ursprünglich erfolgte die Planung der oben charakterisierten Reorganisation nicht sofort und nicht in ihrem ganzen Umfang. Das ergab sich erst später. Dazu heißt es in der "Zusammenstellung":

"Für das Geschäftsjahr 1926/27 war der Betrag von 2 470 000.- M für die Zusammenfassung der Betriebe der Grubenverwaltung Ammendorf genehmigt worden. Zwecks Verbilligung der Selbstkosten sollte die Kohlegewinnung nur noch im Tagebau v. d. Heydt erfolgen, während eine gesonderte Förderung auf den beiden Tagebauen Hermine-Henriette I und II in Zukunft fortfiel. Die Jahresförderung war, dem bisherigen Kohlenverbrauch entsprechend, mit 1 035 000 to zu Grunde gelegt.

Demgegenüber ist nunmehr beabsichtigt, die Grube v. d. Heydt für die Versorgung des Leunawerkes heranzuziehen. Die Jahresförderung soll infolgedessen 1 800 000 to betragen. Der Abraum wird mit elektrischem

20 Ebenda.

Bagger- und Fahrbetrieb und die Grube mit Großraumförderung ausgerüstet. Das erforderliche Anlagekapital beträgt 7 028 000.- M. Von den für 26/27 bewilligten 2 470 000.- M ist bisher nur ein geringer Betrag verausgabt worden, da mit Rücksicht auf die Änderung des Projektes mit weiteren Neuanschaffungen zurückgehalten wurde."²¹

Neben diesen Angaben gibt es noch weitere Zusammenstellungen des Geldbedarfs. Die erste umfaßt den Gesamtkomplex des Konzentrationsprogramms und ist aufgegliedert nach den einzelnen Gruben. Sie weicht allerdings von der oben zitierten Anforderung in einigen Positionen ab. Ob das hier die ersten Forderungen der jeweiligen Betriebsteile sind, die dann - überprüft, korrigiert und dadurch etwas verändert - in der Gesamtzusammenfassung erscheinen, läßt sich aus dem vorhandenen Material nicht mehr feststellen, ist aber anzunehmen; denn für ein zusätzliches Teilprojekt erscheinen in den Angaben zu viele gleiche Positionen.

Die Zusammenstellung des Geldbedarfs für die Erweiterung der Grube Hermine-Henriette II im Geschäftsjahr 1927/28 geht von einer Kreditsumme von 5 380 000.- M aus. Dafür sollten beschafft werden:

Für Abraum

2 Doppelschütter mit 500 l Eimer	485 000.- M
1 Haldenförderer	262 000.- M
1 Absetzapparat	165 000.- M
1 Gleisrückmaschine	39 000.- M
8 elektrische Lokomotiven	555 000.- M
66 Abraumwagen	652 000.- M
1 Transformatorenstation und Gleichrichteranlage	315 000.- M
Werkstatt, Magazin, Büro	315 000.- M
1 800 lfd. m Doppelschüttergleis	305 000.- M
700 lfd. m Gleis für Haldenförderer	110 000.- M
600 lfd. m Absetzergleis	82 000.- M
10 000 lfd. m Fahr Gleis einschl. Werkstattanschluß	390 000.- M
20 Stück Weichen	32 000.- M
1 800 lfd. m Fahrleitung für Bagger	17 000.- M
1 300 lfd. m Fahrleitung für Absetzer	12 000.- M
13 500 lfd. m Fahrleitung für Fahrgleis	84 000.- M
Speiseleitung	12 000.- M

²¹ Ebenda.

2 Brücken über Großraumbahn	86 000.- M
Erdbewegung 50 000 cbm	52 000.- M
	<u>3 970 000.- M</u>

Für Grube

2 Kohlenbagger 600 l Eimer mit Walzwerk	456 000.- M
1 Raupenlöffelbagger	86 000.- M
1 Gleisrückmaschine	30 000.- M
4 elektrische Lokomotiven	280 000.- M
1 600 lfd. m Baggergleis	273 000.- M
2 500 lfd. m Fahrgleis für Kohlenbahn	160 000.- M
5 Stück Weichen	12 000.- M
1 600 lfd. m Fahrleitung für Bagger	18 000.- M
4 200 lfd. m Fahrleitung für Fahrgleis	28 000.- M
Speiseleitung	10 000.- M
Erdbewegung	57 000.- M
	<u>1 410 000.- M</u>
Summe Abraum	3 970 000.- M
Summe Grube	1 410 000.- M
Summe Kapitalbedarf	<u>5 380 000.- M</u>

Zur Begründung dieser Summe heißt es:

"Nach Inbetriebnahme des erweiterten Tagebaues v. d. Heydt war die Stilllegung der Grube Hermine-Henriette II vorgesehen, da der gesamte Kohlenbedarf der Grubenverwaltung Ammendorf durch die auf etwa 6 000 t gesteigerte Tagesförderung der Grube v. d. Heydt gedeckt werden kann.

Da die Grube Hermine-Henriette II nunmehr zur Kohlenversorgung des Ammonialwerks Merseburg herangezogen wird, ist oben bezeichnetes Kapital von 5 380 000.- M erforderlich, um die Grube auf eine Fördermöglichkeit von 6 000 t täglich zu bringen."²²

Eine weitere Zusammenstellung fordert für die Bekohlung der Tagesanlage v. d. Heydt nach Inbetriebnahme der Großraumförderung 1927/28 die Summe von 402 000 M, für die angeschafft bzw. angelegt werden sollte²³:

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

2 500 lfd. m regelspurige Kohlenbahn von Grube Hermine-Henriette I nach Grube v. d. Heydt	150 000.- M
1 Bunker auf v. d. Heydt für 250 t Fassungsvermögen	60 000.- M
1 Transporteinrichtung vom Bunker zum Maßdienst v. d. Heydt	84 000.- M
1 elektrische Lokomotive	70 000.- M
3 Talbotwagen je 40 t Nutzlast	<u>38 000.- M</u>
Summe	402 000.- M

Als Begründung ist angegeben: "Die Einrichtung der Großraumförderung auf Grube v. d. Heydt bedingt eine Änderung in der Bekohlungseinrichtung der Brikettfabrik v. d. Heydt und der Chemischen Fabrik Buckau durch Anlage einer Kohlenbahn nebst Bunker und Transporteinrichtungen."²⁴

In den verschiedenen Zusammenstellungen sind also auch die Summen zum Teil unterschiedlich, ebenso einzelne Preise für die aufgegliederten Objekte, die zu beschaffen waren.

Da alle diese Aufstellungen ohne Datum abgeheftet waren, ist es heute nicht mehr möglich, den genauen Zeitpunkt ihrer Erarbeitung festzustellen. Die unterschiedlichen Summen bzw. Teilsummen können nur registriert werden.

Gesamtzusammenstellung "Durchführung des Konzentrationsprogramms"	7 028 000 M
davon schon 1926/27 bewilligt	2 470 000 M
Rest für 1927/28 zu bewilligen	4 558 000 M
Zusammenstellung "Erweiterung der Grube Hermine-Henriette II 1927/28"	5 380 000 M
Zusammenstellung "Bekohlung v. d. Heydt nach Inbetriebnahme der Großraumförderung 27/28"	402 000 M

Ein Vergleich des Hermine-Henriette-II-Programms mit dem Gesamtprogramm zeigt, daß alle Posten des ersteren im letzteren enthalten sind; das Hermine-Henriette-II-Programm ist also nur als *Teilprogramm* anzusehen. Dagegen muß die Summe des v. d. Heydt-Bekohlungsprogramms zu den 7 028 000 M hinzugezählt werden, da sie in dem Gesamtprogramm noch nicht enthalten war. Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von 7 430 000 M, was der von Scharf angegebenen Summe von 7,5 Millionen nahekommt. Nicht ganz erklärlich sind hingegen die zum Teil

24 Ebenda.

beachtlichen Preisschwankungen bei den einzelnen Aufstellungen. Sie lassen nur den Schluß zu, daß diese Art der Planung nur sehr global bezüglich der Finanzmittel betrieben wurde.

Die in den vorstehenden Aufstellungen aufgegliederten Summen wurden als Kredite beantragt - zum Teil als Gesamtsumme, zum Teil als Einzelposten. Diese Kreditanträge berieten und genehmigten zunächst der Technische Ausschuß (Tea) und der Arbeitsausschuß des Vorstandes (Arba) der IG, danach der Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats bzw. der Aufsichtsrat der Riebeck'schen Montanwerke AG.

Für das Ammendorfer Programm enthalten die Akten folgende Kreditanträge²⁵:

Kredit für Leunalieferungen, beantragt am 5. 5. 1926,
genehmigt vom Aufsichtsrat Riebeck'sche Montanwerke AG 2 470 000 M

Kredit für Leunalieferungen, beantragt am 29. 12. 1926,
genehmigt vom Tea und Arba der IG 4 758 000 M

Kredit für v. d. Heydt (Bekohlungsprogramm), beantragt
am 11. 3. 1927, genehmigt vom Tea der IG 402 000 M

Kreditbedarf für Leunalieferung, von Generaldirektor
Hoffmann auf der Aufsichtsratsitzung am 16. 3. 1927
global angegeben mit 5,8 Mill. M

vom Aufsichtsrat genehmigt;

Kreditbedarf für Hermine-Henriette II (für Jahres-
förderung von 1,8 Mill. t) 5,4 Mill. M

und für Tagesanlage v. d. Heydt (Bekohlungsprogramm), 400 000 M
genehmigt auf der Sitzung des Arbeitsausschusses
des Aufsichtsrats der Montanwerke am 16. 3. 1927

Kreditbedarf zum Ausbau für Lieferungen nach Leuna,
genehmigt auf der Aufsichtsratsitzung der Montan-
werke am 14. 8. 1928 1 950 000 M

Kreditanträge der einzelnen Abteilungen, beraten
auf der Vorstandssitzung der Montanwerke am
27. 5. 1929

als in Aussicht genommene Neuanlagen:
Reservemotor v. d. Heydt 6 600 M

Geländeerwerb Hermine-Henriette II 66 116 M

25 Ebenda; Riebeck Ia, Nr. 632; Riebeck Ia, Nr. 990.

Elektrifizierung Kohlenbahn	
v. d. Heydt - Hermine-Henriette II	110 000 M
Stellwerk v. d. Heydt	12 000 M

Bei den zuletzt genannten Summen ist noch keine Genehmigung vermerkt.

Die Begründung der Kreditanforderungen wies darauf hin, "daß die die Grube Hermine-Henriette II betreffende Vorlage mit Rücksicht auf die Kürze der zu ihrer Ausarbeitung zur Verfügung stehenden Zeit nur als eine vorläufige angesehen werden könne, sodaß gegebenenfalls eine Berichtigung der darin enthaltenen Zahlen erforderlich würde."²⁶

4.4. Das Ergebnis

In der bereits mehrfach zitierten Geschichte der A. Riebeck'schen Montanwerke AG wird das Ergebnis der Veränderungen folgendermaßen eingeschätzt:

"Durch entschlossenes und energisches Eingreifen in letzter Stunde ist es gelungen, die Zusammenfassung und Modernisierung der Abraum- und Grubenbetriebe unter gleichzeitiger Einstellung unrentabler und veralteter Anlagen, sowie die Erweiterung der Brikettfabriken und die Verbesserung ihrer Einrichtungen durchzuführen, bevor die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse sich auf den Braunkohlenbergbau auswirkten. Durch die vorgenannten Maßnahmen konnten die Betriebskosten so gesenkt werden, daß die Montanwerke in die Lage gekommen sind, nicht nur den seit Jahren dauernd gesteigerten Ansprüchen auf der Ausgaben-Seite, sondern auch den Auswirkungen der ungünstigen Konjunktorentwicklung auf dem Marke der Brennstoffe und der chemischen Erzeugnisse zu begegnen."²⁷

In der Begründung der einzelnen Programme befinden sich jeweils Berechnungen über den geplanten Nutzeffekt des Kapitaleinsatzes. So heißt es in dem Dokument "Durchführung des Konzentrationsprogramms" (Grubenverwaltung Ammendorf)²⁸:

26 Riebeck Ia, Nr. 632.

27 A. Riebeck'sche Montanwerke, a. a. O., S. 190.

28 Riebeck I, Nr. 14. - Die Summe von 3 708 469 M ist falsch berechnet und muß 3 715 650 M lauten.

"Es wurden bisher gefördert

1 035 000 t zu 3,59 je t	3 708 469.- M je Jahr
in Zukunft	
1 035 000 t zu 2,40 je t	<u>2 484 000.- M je Jahr</u>
Ersparnis	1 224 469.- M je Jahr

Gewinn gegen Erlös von 3,16 für 765 000 t	<u>581 400.- M je Jahr</u>
Summe Ersparnis	1 805 869.- M je Jahr
Dazu Abschreibung Abraum	797 000.- M je Jahr
" " Grube	<u>250 000.- M je Jahr</u>
zus.	2 852 869.- M je Jahr.

Das Anlagekapital von 7 028 000.- ist demnach in rd. 2 1/2 Jahren verdient."

Die Begründung des Geldbedarfs für die Erweiterung der Grube Hermine-Henriette II enthält folgende Berechnungen²⁹:

"Der im Ammendorfer Revier erzielte Erlös 3,16 M je t Kohle, vermindert um die zu erwartenden Selbstkosten je t Kohle 1,82 M/t, ergibt den möglichen Gewinn je t = 1,34 M/t.

Gewinn gegen Erlös für 1 800 000 t	= M 2 412 000.-
Dazu Abschreibungen Abraum	= " 544 000.-
" " Grube	= " <u>258 000.-</u>
Zusammen	M 3 214 000.-

Das Anlagekapital von 5 380 000.- M ist demnach in rd. 1 Jahr 8 Mon. verdient."

Der berechnete Nutzen des dritten Teilprogramms, der Bekohlungsanlage v. d. Heydt, betrug³⁰:

Erlös je t Briketts	= 12,49 M
Selbstkosten je t Briketts	= 8,68 M
<u>Gewinn je t Briketts</u>	= 3,81 M.

"Bei einer Herstellung von 66 000 t/Jahr also = M 252 000.- Gewinn³¹.
Es beträgt beim Verkauf an Chemische Fabrik Buckau der Erlös

29 Ebenda.

30 Ebenda.

31 Die Gewinnsumme von 252 000 M ist aufgerundet. Sie müsste exakt 251 460 M lauten.

je t Kohle = 3.92 M, die Selbstkosten je t Kohle = 2.40 M. Mithin der Gewinn je t Kohle = 1.52 M. Bei einer Jahresabnahme von 75 000 t also = M 114 000.- Gewinn. Zusammen M 366 000.- Gewinn. Dazu Abschreibungen = M 49 000.- zusammen M 415 900.-. Das Anlagekapital von 402 000.- M wird also in rd. 1 Jahr verdient."

Die Realität dieser Berechnungen zeigt eine erste zusammenfassende Einschätzung Scharfs vor dem Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats der A. Riebeck'schen Montanwerke AG vom 14. August 1928, also nachdem die erste Etappe des Ammendorfer Programms fast verwirklicht war. Er sagt dort: "Daß es richtig war, daß im ganzen für Modernisierung der Anlagen von Riebeck, Concordia und Messel rund 42 Millionen Mark (für Riebeck allein 37 Millionen Mark) investiert wurden, also 84 % des Riebeck'schen Aktienkapitals, lehrt folgendes Exempel: Die IG hat an den Riebeck'schen Montanwerken im Laufe des Geschäftsjahres 1925/26 Interesse genommen. Die Berechnung ergibt, daß im Jahre 1927/28 gegenüber den auf der Grundlage von 1925/26 errechneten Selbstkosten durch Modernisierung der Betriebe und durch die von der IG angeregten bzw. durchgeführten Ersparnismaßnahmen eine Verminderung der Ausgaben für Gehälter, Löhne, Versicherungsbeiträge, Materialien, Baggermieten um

M 6 344 000.-

eingetreten ist. Diesem Betrag stehen höhere Abschreibungen und Zinsen und sonstige Unkosten mit

M 3 266 000.-

gegenüber, sodaß die Montanwerke infolge der Neuanlagen und Ersparnismaßnahmen um

M 3 078 000.-

im Jahre 1927/28 trotz des ungünstigen Betriebsergebnisses besser gearbeitet haben, als sie auf der Grundlage der Betriebsverhältnisse des Jahres 1925/26 gearbeitet haben würden.

Ohne diese Neuanlagen hätte der Verlust nicht

M 3 516 000.-

sondern

M 6 594 000.-

betragen ...

Stellt man die buchmäßigen Selbstkosten des Monats Mai den auf der Grundlage des Jahres 1925/26 errechneten Selbstkosten gegenüber, so ergeben sich durch die Modernisierung der Anlagen und durch die Sparmaßnahmen der Verwaltung geringere Ausgaben für Gehälter, Löhne, Ver-

sicherungsbeiträge, Materialien, Baggermieten usw. von
insgesamt jährlich M 16 224 000.-.

Hiervon sind in Abzug zu bringen die höheren
Abschreibungen und Zinsen mit M 3 468 000.-,
sodaß die Riebeck'schen Montanwerke im
laufenden Geschäftsjahr um M 12 756 000.-

schlechter abschließen würden, wenn sie die Neuanlagen und die Ersparnismaßnahmen nicht durchgeführt hätten. Es sind nämlich im Monat Mai dieses Jahres gegen den Durchschnitt des Jahres 1925/26 die Löhne und Gehälter unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung und der erhöhten sozialen Lasten um 43,3 % und die Materialien um 16,1/2 % höher. Dabei ist berücksichtigt, daß das Verhältnis Decke zu Kohle sich im laufenden Geschäftsjahr wie 3,0 : 1 gegen 2,14 : 1 im Jahre 1925/26 verhält, d. h. die Abraumbelastung ist mengenmäßig um 40 % höher, bzw. das Verhältnis Decke zu Kohle hat sich in dem angegebenen Zeitraum um 40 % verschlechtert.

Während der Monat April noch einen Verlust von	M	34 610.-
hatte, hat der Monat Mai einen Betriebsgewinn von	M	210 194.-
und der Monat Juni einen solchen von	M	362 051.-
ergeben, wobei der monatliche Gewinn aus Beteiligungen von ungefähr	M	100 000.-
nicht berücksichtigt ist.		

Wenn man davon ausgeht, daß der Gewinn des Monats Mai im Jahresdurchschnitt erzielt werden kann, und wenn man ferner den Gewinn aus Beteiligungen mit

M	1 200 000.-
---	-------------

veranschlagt, so berechnet sich ein Jahresgewinn einschließlich des Gewinns aus Beteiligungen in der Höhe von

M	3 720 000.-
---	-------------

d. h. das Geschäftsjahr 1927/28 würde mit einem Verlust von

M	12 756 000.-
---	--------------

minus M	3 720 000.-
=	M 9 036 000.-

abschließen, wenn die Neuanlagen und Ersparnismaßnahmen nicht durchgeführt worden wären. Die Durchführung der Modernisierung und der Ersparnismaßnahmen war also eine unumgängliche Notwendigkeit für das Fortbestehen des Unternehmens.

Die als Ersparnis errechnete Zahl von M 12 756 000.- ist die Auswirkung der Neuanlagen und der weiteren von der IG getroffenen Sparmaßnahmen; sie lehrt, daß das bisher investierte und abgerechnete Kapital sich netto in ungefähr 2 Jahren bezahlt macht ..."³²

Es besteht kein Grund, diese internen Ausführungen nicht als Wertmaßstab für die Wirksamkeit des ganzen Neubauprojekts zu nehmen, obwohl nicht nur das Ammendorfer, sondern auch das erste Projekt (Weißenfels-Zeitz) die Grundlage für die Berechnungen bildete.

Das Ergebnis der radikalen Veränderungen entsprach offenbar völlig den Vorstellungen, die sich die Konzernleitung bei der Ausarbeitung des Projekts gemacht hatte, auch wenn die Akten kein Material über die Realisierung der zitierten Vorausberechnungen enthalten.

4.5. Die zweite Etappe der Umgestaltung und die weitere Entwicklung des Ammendorfer Reviers

Die Weltwirtschaftskrise setzte einen vorläufigen Schlußstrich unter das Ausbauprogramm.

"Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat gezeigt, daß es sich bei den Absatzschwierigkeiten, die im Jahre 1930 einsetzten, nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelte, sondern daß man in der ganzen Industrie und damit auch im Braunkohlenbergbau mit einer Krise von längerer Dauer rechnen muß. Dementsprechend wurde das Ausbauprogramm der Montanwerke zu einem vorläufigen Abschluß gebracht und es wurde hinsichtlich der Durchführung neuer Projekte weitestgehend Zurückhaltung geübt."³³

Nach dem Abklingen der Krise dauerte es noch bis 1936, bis Hermine-Henriette II wieder verstärkt zur Kohlenlieferung für Leuna, das im Rahmen der faschistischen Kriegswirtschaft eine bedeutende Rolle spielte, herangezogen wurde; aber erst im Kriege machte sich die weitere Umgestaltung des Ammendorfer Reviers notwendig.

"Nach der Wiederingangsetzung von H. H. II genügten zunächst einige alte, im Konzern freigemachte Geräte zur Abräumung, Gewinnung und Förderung der Kohle. Seit 1941 müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um mit der schmalspurigen Ausrüstung eine genügende Abraumbewegung zu erzielen. Z. Zt. werden weitere gebrauchte Geräte eingeschoben..... Gleichwohl ist der Zeitpunkt schon abzusehen, zu dem

32 Riebeck Ia, Nr. 464.

33 A. Riebeck'sche Montanwerke, a. a. O., S. 190.

auch diese Maßnahmen nicht mehr zur Deckung des Salzkohlenbedarfes genügen. ... Das Zusammentreffen der Verschlechterung des Abraumverhältnisses und der Bedarfssteigerung zwingt zu einem grundlegenden *Ausbau des Betriebes H. H. II*. Bei dieser Planung ist zu berücksichtigen, daß der fortschreitende Kohlenabbau im Feld H. H. II zu Anfang 1946 eine Schwenkpunktverlegung erforderlich macht, um dem Tagebau wieder für einige Jahrzehnte Entwicklungsmöglichkeit zu verschaffen. Hieraus ergibt sich das Projekt, zugleich mit der *Schwenkpunktverlegung* die Umstellung des Abraumbetriebes auf *Normalspur* vorzunehmen und neuzeitliche *Großgeräte* einzusetzen, wie sie auf Betreiben der I. G. Bergwerke in den letzten Jahren entwickelt worden sind."³⁴

Die Akten enthalten keine Berechnungen über den geplanten Nutzeffekt oder anderes exaktes Material über diese zweite Etappe.

Einen Eindruck von den Ergebnissen des ersten und auch des anlaufenden zweiten Plans zur Erneuerung der Riebeck-Gruben geben jedoch die Förderzahlen von 1925 bis 1942.

*Förderung der Gruben des Ammendorfer Reviers von 1925/26 bis 1941/42*³⁵

Geschäftsjahr	Förderung in t	Index 1925/26 = 100
1925/26	937 989	100
1926/27	917 881	98
1927/28	1 080 970	115
1928/29	1 426 148	152
1929/30	1 182 982	126
1930/31	768 438	82
1931/32	719 672	77
1932/33	762 050	81
1933/34	818 045	87
1934/35	850 329	91
1935/36	1 529 766	163
1936/37	2 672 104	284
1937/38	2 956 016	314
1938/39	3 186 860	340
1939/40	4 077 205	435
1940/41	3 982 783	425
1941/42	4 340 128	463

³⁴ Riebeck Ia, Nr. 110.

³⁵ Ebenda.

Schon die ersten Maßnahmen der Jahre 1926/27 führten zu einem sichtbaren Erfolg, die Förderzahlen stiegen bis 1928/29 um zirka 50 Prozent an. Der wirklich große Aufschwung des Reviers setzte aber erst nach der Weltwirtschaftskrise ein, als der Kohlenbedarf von Leuna stark anstieg. Ab 1935/36 - dem Jahr, in dem erstmals die Produktionshöhe wieder die von 1925/26 erreichte und übertraf - begann ein Anstieg der Förderung, der im Jahre 1939/40 über 400 Prozent im Vergleich zu 1925/26 erreichte. Eine solche Steigerung konnte nur durch eine grundlegende Änderung der Art und Weise der Produktion herbeigeführt werden, nur in entsprechend großen und mit modernen Großgeräten zu befahrenden Großtagebauen, wie sie diese Projekte vorgesehen hatten und wie sie bis 1941/42 zum Teil schon eingeführt waren.

Insgesamt kann man zum Gesamtprojekt, seiner Planung und seiner Durchführung feststellen, daß es ganz den Erwartungen und Vorberechnungen entsprach und daß die vorgesehenen Finanzmittel offenbar ohne wesentliche Änderungen ausreichten. Die erzielte Steigerung der Produktion und eine entsprechende Senkung der Selbstkosten ermöglichte, daß das eingesetzte Kapital in relativ kurzer Zeit "verdient" wurde.

Dieses Ergebnis darf aber keinesfalls zu dem Schluß führen, daß derartige Überlegungen in kapitalistischen Betrieben immer und überall zu solchen Ergebnissen führen müssen! Ganz im Gegenteil. Viele Beispiele in der Geschichte des Kapitalismus bis in die Gegenwart zeigen, daß sie nur Spekulationen blieben und nicht zu den gewünschten Erfolgen führten. Ausdruck derartiger Mißerfolge sind Fehlinvestitionen, Krachs, finanzielle und andere Schwierigkeiten.

Letztlich sind zwei Gruppen von Bedingungen für die Realisierung entscheidend: innere Bedingungen, die weitgehend zu überblicken und zu beherrschen sind; äußere Bedingungen, die aber die entscheidende Rolle spielen. Hier war das zum Beispiel der Leunabedarf auf dem Hintergrund der faschistischen Kriegswirtschaftspolitik. Diese Bedingungen wirken aber keinesfalls blind und unabhängig von außen auf das betreffende Projekt ein. Somit ist es wesentlich, bei einer Bewertung und Einschätzung von Maßnahmen beide Seiten zu sehen und auch sie nicht isoliert, sondern in engstem Zusammenhang.

Die hier angeführten äußeren "günstigen" Umstände, die zu dem guten Ergebnis führten, kamen keineswegs von allein oder zufällig. Mehr und mehr werden von den Monopolen und Monopolgruppen solche genehmen äußeren Umstände mit Methoden des staatsmonopolistischen Kapitalismus bewußt geschaffen bzw. zu schaffen versucht, um ihre Projekte "plan-

mäßig" durchzuführen. Die IG-Farben, zu denen der Riebeck-Konzern zu dieser Zeit ja schon gehörte, nahmen eine ganz außerordentliche Machtposition ein und konnten auch die vielfältigsten Mittel einsetzen, um solche Bedingungen zu schaffen, die ihrer Politik vollen Erfolg und höchste Profite brachten.

Nur wenn dieses Beispiel der Investitionspolitik so im Rahmen der ganzen Bestrebungen der IG-Farben und darüber hinaus im Rahmen der aggressiven Kriegswirtschaftspolitik des deutschen Imperialismus gesehen wird, kann man zu einer realen Einschätzung der Ergebnisse kommen.

Literaturkritik

Deutschlands Weg zum Industriestaat

Einige Bemerkungen zu den Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie Berlin zu Fragen der industriellen Revolution in Deutschland:

Hans Mottek: *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung*

*Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1964.
296 S., 13,60 M*

Hans Mottek, Horst Blumberg, Heinz Wutzmer, Walter Becker: *Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland*

Berlin: Akademie-Verlag 1960. 240 S. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1, 19,50 M

Alfred Schröter, Walter Becker: *Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution*

Berlin: Akademie-Verlag 1962. 285 S. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 2, 34,50 M

Horst Blumberg: *Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution*

Berlin: Akademie-Verlag 1965. 434 S. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 3, 34,50 M

Lothar Baar: *Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution*

Berlin: Akademie-Verlag 1966, 267 S. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 4, 29,50 M

von Heinz Wehner

In den letzten Jahren haben unter unseren geschichtswissenschaftlichen Publikationen immer mehr die bedeutenden kollektiven Unternehmen starken Eindruck im nationalen und internationalen Rahmen hinterlassen. Als bisher wohl beachtlichste Leistung dieser Art darf sicher die erst 1966 veröffentlichte achtbändige "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" gelten, bei deren Erarbeitung unter Vorsitz des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, geradezu ein Modellfall für die schnelle Lösung dringender wissenschaftlicher Aufgaben durch große Kollektive geschaffen wurde.

Daneben aber haben, zum Teil schon wesentlich früher, ganze Institute sich die komplexe Erforschung bestimmter wichtiger Etappen der deutschen Geschichte zum Ziel gesetzt und entsprechende Veröffentlichungen vorgelegt. Eines der beeindruckendsten Ergebnisse erzielten dabei die Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie mit ihrer seit 1960 erschienenen regelrechten Serie von Publikationen zur industriellen Revolution in Deutschland. Schon Mitte der fünfziger Jahre hatten sie sich in Auswertung des Beschlusses des ZK der SED zur "Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik", der unter anderem forderte, "das Wirken der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, vor allem der Entwicklung der Produktivkräfte und des Charakters der Produktionsverhältnisse, in den einzelnen Perioden der deutschen Geschichte" zu erforschen¹, dieser Thematik zugewandt. Was nunmehr veröffentlicht über das Entstehen des deutschen Industriekapitalismus, über die Herkunft und Akkumulation des industriellen Kapitals, den Ursprung und die Herausbildung der industriellen Bourgeoisie und des industriellen Proletariats, die quantitative Entwicklung der Produktion, die Wandlungen auf dem inneren und den äußeren Märkten vorliegt, ist eine marxistische Darstellung dieses entscheidenden Abschnittes deutscher Geschichte, die in dieser Qualität und diesem Umfang bisher wohl einmalig dasteht. Schon ein erster Blick in die Quellenverzeichnisse sowie den überall reichlich und in jedem Fall wissenschaftlich exakt erarbeiteten Anmerkungsapparat zeugt von einer vorbildlichen wissenschaftlichen Akribie. Jede aufgestellte These wird eindeutig durch die Literatur belegt und dadurch überprüfbar. Selbst demjenigen, der sich einmal ausführlicher mit der Geschichte

¹ Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 5, Berlin 1956, S. 349.

bestimmter Wirtschaftszweige befaßt hat, fällt es schwer, Standardwerke zu finden, die nicht ausgewertet wurden. In den als spezielle Studien veröffentlichten Diplomarbeiten und Dissertationen der Mitarbeiter von Professor Mottek beeindruckt darüber hinaus die große Fülle ausgewerteter Akten aus den wichtigsten, in unserer Republik zugänglichen Archiven.

Diese außerordentlich breite Quellenbasis, diese Fülle von ökonomischen, technischen und ideologischen Details dienten dann als Grundlage für eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Verallgemeinerungen über jene in der bisherigen Literatur durchaus nicht wenig beschriebene Epoche. Dabei wirft insbesondere Mottek in seinen Arbeiten immer wieder Probleme auf, die vor nicht allzulanger Zeit selbst unter marxistischen Historikern längst als geklärt galten bzw. nicht in ihrer vollen Bedeutung gesehen wurden. Wenn der sowjetische Wissenschaftler Bernstein in einem Artikel über "Die Psychologie der wissenschaftlichen Arbeit" feststellt: "Das wahrhaft Schöpferische zeigt sich nicht in erster Linie in den Antworten als vielmehr in den Fragen des Wissenschaftlers. Ein schöpferischer Wissenschaftler ist immer auf der Suche. Er sucht neue Lösungen nicht nur für ungelöste, sondern auch für 'schon gelöste' Probleme"² - so könnte das durchaus als zusammenfassende Wertung für die Arbeiten Motteks gelten. Seine Mitarbeiter halfen durch ihre speziellen Untersuchungen, die neu aufgestellten Thesen durch originelle eigene Fragestellungen weiter zu bereichern. Von der gestalterischen Seite her führt dieses gemeinsame Herangehen allerdings zu einem Problem, das bei der Umsetzung der Dissertationen in Buchveröffentlichungen von den Verlagen nicht in jedem Fall optimal gelöst scheint. Dem Leser, der, wie der Rezensent, alle Bände nacheinander zur Hand nimmt, fallen einige umfangreichere Wiederholungen der vom Kollektiv des Instituts vertretenen Grundthesen auf. Besonders trifft das auf Baars Arbeit über die Berliner Industrie zu, die - das sei zugegeben - gerade in dieser Hinsicht schwierig zu gestalten war, da auch die Spezialuntersuchungen zur Textilindustrie und zum Maschinenbau hier berücksichtigt werden mußten. Da andererseits aber bekannt ist, daß vieles in den Dissertationen noch vorhandene wertvolle Material leider notwendigen Kürzungen zum Opfer fallen mußte, wird jede durch Wiederholungen der Grundthesen in Anspruch genommene Zeile um so mehr bedauert.

2 Bernstein, M. S., Die Psychologie der wissenschaftlichen Arbeit, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jg. 1966, S. 620.

Als wesentlich für den Erfolg der Arbeiten erwies es sich, daß Mottek noch während der Forschungen seine neue Definition des Wesens der industriellen Revolution aufstellte und publizierte.³ Selbst unter marxistischen Historikern gingen die Auffassungen ja gerade in dieser Problematik stark auseinander, wohl hauptsächlich deshalb, weil nicht immer sämtliche Seiten, die bei der Behandlung der industriellen Revolution zu beobachten waren, ihrer Bedeutung gemäß richtig eingeordnet und sauberlich getrennt wurden. Weitgehende Einmütigkeit bestand im Grunde genommen nur bei der Darstellung der sozialökonomischen Umwälzung, die die industrielle Revolution beinhaltete und in deren Verlauf die Haushalts- und einfache Warenproduktion nichtagrarischer Erzeugnisse durch die kapitalistische Warenproduktion ersetzt wurden und Bourgeoisie und Proletariat sich als entscheidende Klassen der Gesellschaft herausbildeten. Der gleichzeitig stattfindende Wandel der technisch-ökonomischen Grundlagen, der die sozialökonomischen Veränderungen erst bewirkte, wurde dagegen in der Regel allzu einseitig auf die bloße Anwendung von Werkzeugmaschinen in den Fabriken bzw. manchmal sogar noch enger auf die Anlage von Werkzeugmaschinen in der Textilindustrie oder gar nur in der Baumwollverarbeitung beschränkt.⁴ Selbstverständlich bestreitet auch Mottek die grundlegende Bedeutung der Werkzeugmaschinen nicht, die es den kapitalistischen Fabriken ermöglichten, durch besonders rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität zu vernichtenden Konkurrenten des auf Handarbeit beruhenden Gewerbes zu werden. Er erkennt durchaus die Feststellungen von Marx an, daß dieser Teil der Maschinerie, die Werkzeugmaschine, es war, von der die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert ausging.⁵ Aber er bezieht - genauso wie marxistische Historiker in der ČSSR und der Volksrepublik Polen⁶ - meines Erachtens zu Recht auch die technischen Um-

3 Vgl. dazu vor allem *Mottek, Hans*, Einleitende Bemerkungen. Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: *Mottek, Hans/Blumberg, Horst u. a.*, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland (im folgenden: Studien), Berlin 1960, S. 11 ff. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 1.

4 So u. a. bei *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957, S. 7 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 2.

5 *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd. 1, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 23, Berlin 1962, S. 393.

6 Vgl. dazu die Auseinandersetzung, die *Kuczynski* mit Purš und Kula führt, in *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832, Berlin 1964, S. 17 ff.

wälzungen, die sich zur gleichen Zeit im Bergbau, in der Metallurgie und sogar in den riesigen, neu entstehenden Betrieben der Transportindustrie vollzogen, mit in den Prozeß der industriellen Revolution ein.⁷ Denn gleichgültig, ob die Anlage von konstantem fixen Kapital in Form von Jennies, Mules, Waterframes usw. - also in Form von Werkzeugmaschinen in der Textilindustrie - oder nur in Form von Behältern, Apparaturen, Kraftmaschinen, Lokomotiven, Waggons und Dampfschiffen, in den Bergwerken, Hütten und im Verkehrswesen erfolgte, in allen Fällen entstanden große zentralisierte kapitalistische Industriebetriebe. Auch die doppelt freien Lohnarbeiter dieser Unternehmen, die Bergarbeiter, Hüttenarbeiter, Eisenbahnarbeiter, gehörten unwiderlegbar zum Proletariat, stellten sogar einen seiner wesentlichen Teile dar.

Jedoch noch in einem anderen Punkte trägt Mottek maßgeblich zur Bereicherung der Theorie der industriellen Revolution bei. Bis zum Erscheinen seiner Arbeiten wurde der Beginn dieser die gesamte ökonomische Struktur eines Landes grundlegend umgestaltenden Erscheinung einfach mit dem Auftauchen der ersten brauchbaren Werkzeugmaschinen gleichgesetzt. Zum Beispiel galten für England gewöhnlich als Beginn der industriellen Revolution die sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts nach der Erfindung von Hargreaves Jenny und Kays und Highs' Waterframe. Unter den marxistischen Wirtschaftshistorikern der DDR bekennt sich zu dieser Auffassung vor allem Jürgen Kuczynski⁸. Mottek arbeitet im bewußten Gegensatz dazu meiner Meinung nach überzeugend heraus, daß erst dann ein solcher qualitativer Sprung, den wir zu Recht als industrielle Revolution bezeichnen können, eintritt, wenn die Anlage von konstantem fixen Kapital einen so beachtlichen Umfang einnimmt, daß ein erster zyklischer Aufschwung mit außerordentlich beschleunigtem Wachstum der Produktion kapitalistischer Industriebetriebe beginnt.⁹ Für die zwischen der Einführung der ersten Maschinen bzw. Maschinensysteme und ihrem massenhaften Einsatz liegende Zeitspanne führt er als neue Bezeichnung den Begriff der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution ein. Als wichtigste Charakteristika für das Ende der industriellen Revolution gelten bei Mottek, daß der Übergang zum Industrieland vollzogen ist und die nichtagrarische Produktion gegenüber der agrarischen die Führung erlangt und daß sich die beiden Grundklassen der neuen kapitalistischen Gesellschaft, Bourgeois-

7 Vgl. dazu *Mottek, Hans*, Einleitende Bemerkungen, a. a. O., S. 12 ff.

8 Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, a. a. O., S. 10.

9 Vgl. dazu und zum folgenden *Mottek, Hans*, Einleitende Bemerkungen, a. a. O., S. 14 ff.

sie und Proletariat, in vollem Umfang herausgebildet haben. Damit war gleichsam das Modell für die Periodisierung der industriellen Revolution geschaffen, das in der Folgezeit sowohl Mottek als auch seine Mitarbeiter ihren Forschungen einheitlich zugrundelegten.

Für England, das als erstes Land den Weg der industriellen Revolution beschritt und damit gleichzeitig das klassische Beispiel lieferte, kommt Mottek dabei - in Auswertung auch der neuesten Forschungsergebnisse britischer Historiker - zu dem Schluß, daß die sechziger und siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts nur als Vorbereitungsperiode, die Zeit von den achtziger Jahren bis etwa um 1830 hingegen als eigentliche industrielle Revolution anzusehen sind. Für Deutschland ergibt seine Untersuchung eine wesentlich längere Dauer der Vorbereitungsperiode. Sie setzte bereits in den achtziger Jahren mit der Anlage der ersten Werkzeugmaschinen ein, zog sich aber infolge zahlreicher schwerwiegender, in den "deutschen Zuständen" begründeter Hemmnisse qualvoll langsam annähernd über ein halbes Jahrhundert hin. Erst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts waren - der Meinung Motteks nach - mit der Gründung des Zollvereins und dem Aufkommen der Eisenbahnen die Voraussetzungen für den Durchbruch zum entfaltetem industriellen Kapitalismus auch für Deutschland endgültig geschaffen. Mit einer ersten Massenanlage von konstantem fixen Kapital begann die industrielle Revolution, die in wenigen Jahrzehnten Deutschland in ein führendes Industrieland verwandelte. Als Ende der industriellen Revolution für Deutschland setzt Mottek das Jahr 1873 an und verweist unter anderem auf die nachweislich abgeschlossene Konstituierung von Bourgeoisie und Proletariat als Klasse und die bereits erlangte günstige Struktur der deutschen Industrie, die sie zu einem weiteren raschen Aufstieg befähigte.

Es ist gegen diese neue Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert schon verschiedentlich opponiert worden. Als besonders umstritten erwies sich bisher der ebenfalls neu eingeführte Begriff der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution. So schrieben zum Beispiel Müller und Kubitschek in einer Besprechung des zweiten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands": "Um 1760 war in England schon die bürgerliche Revolution durchgeführt und der feudale Hauptgegner beseitigt; der Staat agierte als Interessenvertreter des Bürgertums, das Land besaß einen einheitlichen inneren Markt, der Prozeß der ursprünglichen inneren Akkumulation war in vollem Gange. Die Bedingungen für die industrielle Revolution waren also vorhanden. In Deutschland aber, wo diese Prozesse fast gleichzei-

tig mit der industriellen Revolution vor sich gingen, ergaben sich aus der unvollständigen Schaffung der notwendigen Voraussetzungen eine Vielzahl von politischen, ideologischen Hemmnissen für den Verlauf der industriellen Revolution, die ihr Tempo verzögerten. Jede Teillösung, sagen wir auf dem Gebiete der Bildung des nationalen Marktes, führte dann auch, wie Mitte der dreißiger Jahre, zu einem merklichen Anwachsen des Tempos der industriellen Revolution. Unter diesen Umständen - paralleler Verlauf von Prozessen, die im klassischen Fall Englands nacheinander abliefen - den vom englischen Beispiel abgeleiteten Begriff 'Vorbereitungsperiode' auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte anzuwenden heißt, unter diesem Begriff gesellschaftliche Prozesse zusammenzufassen, die den Rahmen dieser Definition doch wohl sprengen. Man wünschte sich, daß der Verfasser seine Periodisierung für ein grundlegendes Studien- und Lehrbuch noch eingehender begründet hätte."¹⁰

Hier scheiden sich die Standpunkte eben schon an den unterschiedlichen Ausgangspositionen in theoretischer Hinsicht. Die Frage aufzuwerfen, ob die erwähnten vielfältigen politischen, ökonomischen und ideologischen Hemmnisse eine bereits ablaufende industrielle Revolution nur verzögerten, bedeutet eben letztendlich, den von Mottek und seinen Mitarbeitern wesentlich exakter als bisher untersuchten "quantitativen Faktor, oder richtiger, den qualitativen Sprung, der in einer plötzlichen Steigerung des Produktionszuwachses der gewerblichen Produktion, insbesondere der kapitalistischen Industriebetriebe mit einem hohen Anteil von konstantem fixen Kapital liegt"¹¹, nicht anzuerkennen. Mottek versucht meines Erachtens keineswegs, nicht zusammengehörige gesellschaftliche Prozesse in einem Begriff zu vermengen, sondern den Nachweis zu führen, daß eine derart grundlegende, dazu relativ kurzfristige Umwälzung der gesamten Volkswirtschaft, die zu Recht den Namen industrielle Revolution verdient, eben erst unter ganz bestimmten Entwicklungsbedingungen vor sich gehen konnte.

In einem allerdings muß man Müller und Kubitschek recht geben. Beschränkt man sich allein auf das Studium der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands", erscheint die Begründung des Wesens der industriellen Revolution und deren neue Periodisierung tatsächlich stark kompri-

10 Müller, Hans-Heinrich/Kubitschek, Helmut, Reformen und industrielle Revolution. Einige Bemerkungen zu Hans Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 203.

11 Mottek, Hans, Einleitende Bemerkungen, a. a. O., S. 16 f.

miert. Im Hinblick darauf, daß er diese Fragen bereits in seinem grundlegenden Aufsatz in den "Studien" ausführlich dargestellt hatte, beschränkt sich Mottek im Grundriß nur auf eine konzentrierte Wiederholung seiner Hauptthesen, die man sich - entsprechend dem Charakter dieses Werkes als Lehrbuch - in einigen Punkten tatsächlich etwas ausführlicher gewünscht hätte. Interessant sind dabei allerdings einige im Grundriß noch zusätzlich aufgeworfene Probleme, zum Beispiel die am konkreten Beispiel geführte Auseinandersetzung mit dem oft in der Literatur zu findenden Hinweis, daß die umwälzenden Erfindungen der Industrie in der Hauptsache Praktikern, vor allem aus dem Handwerk, zu danken sind.¹² Die daraus abgeleitete Feststellung, die industrielle Revolution sei die Grenzscheide zwischen jener Zeit, in der die Wissenschaft der Industrie mehr verdankte als die Industrie der Wissenschaft, dürfte eine wertvolle Anregung für alle auf dem Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte arbeitenden Historiker sein.

Sucht man als Leser nach den Gründen, die Mottek zu seiner neuen Periodisierung der industriellen Revolution veranlaßt haben, so erweist es sich tatsächlich als zweckmäßiger, zunächst die "Studien" und dann erst das Lehrbuch durchzuarbeiten.

Zur Darstellung der Vorbereitungsperiode

Um die Darstellung jenes halben Jahrhunderts deutscher Wirtschaftsgeschichte zwischen den achtziger Jahren des 18. und den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zu bewältigen, erwies es sich als notwendig, aus der Vielzahl der auch in der Literatur schon behandelten Erscheinungen und Prozesse diejenigen herauszufinden, die in erster Linie bewirkten, daß zwischen dem Auftauchen der ersten vereinzelter Fabriken und dem Beginn der massenhaften Anlage von konstantem fixen Kapital ein so langer Zeitraum lag. Die gesamte Darstellung von Mottek läßt folgende Faktoren erkennen, wobei gleich von vornherein noch hinzugefügt sein soll, daß er zwischen länger wirkenden und kurzfristig wirkenden unterscheidet:

Als entscheidenden Ursachenkomplex definiert Mottek die Verspätung und Verlangsamung der bürgerlichen Revolution, die qualvoll langsam erst nach Beginn des 19. Jahrhunderts wirklich in Gang kommende Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande und die

12 Vgl. dazu *derselbe*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1964, S. 69 ff.

ebenso schleppende Beseitigung der mittelalterlichen Gewerbeverfassung in den Städten. In den ersten drei Kapiteln des Lehrbuches, die diesen Prozessen gewidmet sind, liefert er dazu eine eindrucksvolle Schilderung des sogenannten preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft sowie des Wesens und Charakters der neuen Gewerbepolitik. Neben viel Bekanntem finden sich dabei wiederum manche neue Anregungen. Sein Hinweis zum Beispiel, daß die Erschütterung der Feudalverhältnisse in Deutschland seit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts nicht allein durch die weltweiten Wirkungen der Französischen Revolution beschleunigt wurde, sondern daß im Grunde genommen damals schon ein ganzes System bürgerlicher Staaten bestand (Holland, England, USA), deren Beispiel verlockend wirkte, verdient weiteres Überdenken.

Übertrieben scheint mir allerdings, wenn Bittmann in einer Rezension der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" davon spricht, daß es Mottek erstmalig gelungen sei, diese beiden Prozesse - bürgerliche und industrielle Revolution - in ihrem wechsellvollen Zusammenspiel darzustellen.¹³ Den inneren Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen hat die marxistische Geschichtsschreibung noch nie bestritten. Neu scheint mir nur das exaktere Bild der gegenseitigen Beeinflussung zu sein, nachdem eine zeitweilige einseitige Überbewertung bestimmter Erscheinungen - zum Beispiel bei Kuczynski - sogar zu einer Theorie des sogenannten preußischen Weges der industriellen Revolution geführt hatte.¹⁴ Einige kleinere Ungenauigkeiten haben sich indes in diesen Abschnitten auch bei Mottek ergeben, die Müller und Kubitschek bereits aufgegriffen haben und daher hier nicht wiederholt werden sollen.¹⁵

Als zweite, kaum minder bedeutende Ursache für die lange Dauer der Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution wird die Zersplitterung Deutschlands in eine Fülle kleiner und größerer Territorien genannt. In einprägsamer Weise schildert Mottek für die Zeit nach den Befreiungskriegen das Aufkommen und Wirksamwerden der Bewegung für Zolleinheit, die den entscheidenden Durchbruch zur Einheit wenigstens in ökonomischer Hinsicht darstellt. Er begründet, warum sich die ersten praktischen Schritte dazu nicht im gesamtdeutschen Rahmen, sondern zunächst in den einzelnen Territorien in Gestalt der Aufhebung

13 Bittmann, Otto, Rezension, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15. Jg. 1967, S. 111.

14 Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, a. a. O., S. 15 ff.

15 Müller, Hans-Heinrich/Kubitschek, Helmut, a. a. O., S. 195 ff.

der Binnenzölle zwischen 1806 bis 1818 vollzogen. Allerdings taucht hier bereits ein Problem auf. Mottek erläutert die Tatsache, daß an den Landesgrenzen die preußischen Zölle weit höher blieben als die der anderen deutschen Staaten, mit der These, daß in den meisten dieser Territorien, zum Beispiel in Baden und Hannover, die reinen Handelsinteressen, besonders die Transithandelsinteressen, wesentlich stärker, die Manufakturinteressen dagegen wesentlich schwächer gewesen seien.¹⁶ Wie ist es aber dann zu erklären, daß ausgerechnet diese mittleren und Kleinstaaten dort, wo es um direkte Fragen des Transithandels ging, zum Beispiel bei der Zollerhebung auf den Flüssen, die wütendsten Verfechter jener alten, längst überholten Hemmnisse für den Verkehr waren? E. Gothein schildert ihre Haltung auf dem Wiener Kongreß zu diesen Fragen wie folgt:

"Ganz und gar sträubten sich aber die Mittelstaaten gegen jeden Eingriff in ihr souveränes Zollrecht auf den Nebenflüssen. Nachdem Marschall jene famose Erklärung über die Lahn als nassauischen Specialstrom abgegeben hatte, brach die Kleinstaaterei los; nur Baiern blieb gleichgültig... die übrigen Minister der kleineren Uferstaaten erklärten einstimmig: Auf Main und Neckar seien die alten Zölle nicht aufgehoben; sie könnten sich nur verpflichten, daß sie nicht über den Fuß von 1802 erhöht werden sollten. Vergebens hielten Preußen und Holland ihnen vor, daß sie doch nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit auch etwas tun müßten, da doch ihnen die Begünstigung der Rheinschiffahrt besonders zugute komme, und verwiesen auf ihr eigenes Beispiel, auf Mosel, Maas und Schelde. Jene beriefen sich in einem Atem auf die hohen Kosten ihrer Flüsse und auf die großen Erträge jener Zölle; sie erklärten sich höchstens bereit, 'soweit die Umstände erlauben, die Tarife denen des Rheins anzunähern zu versuchen.' Und dabei blieb es."¹⁷

Ausgerechnet der Vertreter des von Mottek besonders angeführten Badens wandte bei der Diskussion um die künftige Schiffahrtspolitik auf dem Rhein ein, "kein Staat, der über Bajonette verfügt, werde sich den Willen anderer Mächte vorschreiben lassen".¹⁸ In der Elbschiffahrtsakte von 1821 setzte andererseits Hannover durch, daß die bisherigen

16 Vgl. dazu Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 53.

17 Gothein, Eberhard, Geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert, Leipzig 1903, S. 79 = Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Die Schiffahrt der deutschen Ströme. Untersuchungen über deren Abgabewesen, Regulierungskosten und Verkehrsverhältnisse.

18 Ebenda, S. 67.

Zölle auf ihre Berechtigung hin gar nicht untersucht, sondern in ihrer bisherigen, die Schifffahrt maßlos bedrückenden Höhe beibehalten und ihnen nur andere Namen verliehen wurden.¹⁹ Die reinen Handelsinteressen, besonders die Transithandelsinteressen, können demzufolge kaum von so ausschlaggebender Bedeutung für die unterschiedliche Höhe der Zölle an den Grenzen der einzelnen deutschen Staaten gewesen sein. Weit zwingender dürften dagegen wohl die im Lehrbuch detaillierter behandelten negativen Folgen des preußischen Zollgesetzes für die Mittel- und Kleinstaaten sowie der Kampf bedeutender Teile der deutschen Bourgeoisie um wirtschaftliche Einheit zur Gründung des Zollvereins im Jahre 1834 beigetragen haben, dem vorerst - infolge englischen Druckes - nur einige norddeutsche Staaten sowie die Hansestädte Hamburg und Bremen fernblieben.

Bei der Wertung dieses für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands so entscheidenden Ereignisses kommt Baar in seiner Monographie zu bemerkenswerten Feststellungen. Außer der schon traditionellen Würdigung der Tatsache, daß nun endgültig ein wenn auch vorerst noch begrenzter nationaler Markt für die junge deutsche Bourgeoisie zur Verfügung stand, analysiert er - meines Wissens zum erstenmal so ausführlich in unserer marxistischen Literatur - die Möglichkeiten für eine bessere regionale Arbeitsteilung und Spezialisierung, die der Zollverein eröffnete. Am Beispiel verschiedener Zweige der Berliner Wirtschaft, insbesondere der Textilproduktion, enthüllt er treffend, daß der Fall der Zollmauern innerhalb Deutschlands ja nicht nur schlechthin die Industrialisierung, sondern erstmalig in weit größerem Rahmen auch die Konkurrenz zwischen den Produktionszentren und den daraus erwachsenden technischen Fortschritt förderte. Er zeigt auf, daß sogar entscheidende Standortverlagerungen einzelner Produktionszweige dabei vor sich gehen können, die insgesamt allerdings nicht negativ zu beurteilen sind, weil dem Verfall einer bestimmten Produktion in dem einen Industriezentrum meist ein um so stärkerer Aufschwung in anderen gegenübersteht. Es wäre wünschenswert, wenn die besonders bei Baar, in geringerem Umfang auch bei Blumberg, Schröter und Becker in ihren Schriften, zu findende Analyse der Standortvorteile und -nachteile künftig bei wirtschaftshistorischen Forschungen generell stärkeren Eingang fände.

19 Vgl. dazu *Fischer, Kurt*, Eine Studie über die Elbschifffahrt in den letzten 100 Jahren unter spezieller Berücksichtigung der Frage der Erhebung von Schifffahrtsabgaben, Jena 1907, S. 9 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle an der Saale, hg. v. Joh. Conrad, Bd. 58.

Zur Begründung der dritten langfristig wirkenden Ursache für den schleppenden Verlauf der Vorbereitungsperiode in Deutschland, der heftigen englischen Konkurrenz seit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, tragen gleichfalls alle in dieser Rezension besprochenen Arbeiten wesentliches Material bei. Ohne zu leugnen, daß das Beispiel Englands natürlich zunächst die Vorbereitung der industriellen Revolution erleichterte, da trotz aller staatlichen Verbote Zeichnungen, Fachleute und sogar einzelne fertige Maschinen nach Deutschland gelangten, zeigen sie andererseits, daß die englische Überlegenheit die ersten bescheidenen Ansätze einer deutschen Industrie auch in entscheidendem Maße hemmte. Mottek spricht sogar davon, daß über längere Zeit die Gefahr für Deutschland bestand, "Halbkolonie des englischen Kapitalismus zu werden"²⁰. Er untersucht, zu welchen Zeiten der Druck besonders stark, zu welchen er weniger ausgeprägt war. Besonders instruktiv erweist sich dabei, daß in der Regel der englische Vorsprung nicht allein aus den fortgeschritteneren gesellschaftlichen Verhältnissen geschlußfolgert, sondern konkret in seinen Ursachen geprüft wird. Typisch hierfür ist zum Beispiel Blumbergs Analyse, warum innerhalb des englischen Textilgewerbes gerade die Baumwollspinnerei die Arbeitsmaschine hervorbrachte; er weist auf die geringere Tradition und den demzufolge kaum entwickelten Konservatismus des englischen Baumwollgewerbes hin, auf seine weniger souveräne Stellung im Vergleich zum Wollgewerbe infolge der Konkurrenz der indischen Baumwollerzeugnisse, auf die geringeren technischen Schwierigkeiten bei der Mechanisierung des Spinnprozesses in der Baumwollspinnerei zum Beispiel gegenüber der Flachsspinnerei sowie auf die bessere Eignung des Baumwollgewebes als Massenkonsumtionsmittel im Vergleich zu Woll-, Leinen- und Seidenwaren.²¹ Warum er ausgerechnet den hohen Entwicklungsstand der britischen Handelsflotte nicht erwähnt, der sich für den regelmäßigen, massenhaften und doch billigen Transport der Rohbaumwolle von ihren Produktionsländern nach England von so ausschlaggebender Bedeutung erwies, bleibt unerfindlich. Überhaupt fällt auf, daß sogar Mottek, der, wie wir noch sehen werden, später bei der Darstellung der industriellen Revolution den Problemen der Verkehrsentwicklung größeren Raum widmet, dies eigentümlicherweise für die Vorbereitungsperiode nicht mit gleicher Konsequenz tut. Zwar finden sich wichtige Be-

20 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 78.

21 Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 20 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 3.

merkungen über den Bau von Chausseen und die ersten Ansätze einer Modernisierung des Wasserstraßenverkehrs durch den Einsatz von Dampfschiffen, es wird auch durch einprägsame Beispiele bewiesen, daß wertvolle Rohstoffe, wie zum Beispiel Kohle, wegen der teuren Fracht 30 Kilometer von den Gruben entfernt manchmal schon das Dreifache des Gestehtungspreises kosteten²², insgesamt aber scheint mir diese Thematik noch nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Außerdem zeigen sich zum Teil gegensätzliche Thesen. So betont Mottek, daß große Schwierigkeiten insbesondere im Transportgewerbe ausgangs des 18. Jahrhunderts in der Baumwollspinnerei verhinderten, den Umkreis der ländlichen Garnproduzenten um ein bestimmtes Weberzentrum zu erweitern.²³ Blumberg hingegen hebt als entschiedenen Vorzug der Textilproduktion hervor, daß ihre Erzeugnisse nur geringe Anforderungen an das Transportwesen stellten und daher relativ früh keine Gebundenheit an den lokalen Markt mehr bestand.²⁴ Meines Erachtens müßte generell noch detaillierter der bisher nur in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" angeführte niedrige Entwicklungsstand des deutschen Verkehrswesens als langfristig wirkender Faktor für den schleppenden Verlauf der Vorbereitungsperiode charakterisiert werden. In befriedigendem, wenn auch zu stark komprimiertem Maße geschieht dies lediglich für die Binnenschifffahrt. Die geradezu klägliche Beschaffenheit der Wasserstraßen infolge fehlender Regulierung der Flüsse, die im Vergleich zu England und auch den Niederlanden minimale Anlage neuer künstlicher Wasserstraßen werden genannt. Die dadurch bedingte unglaubliche Rückständigkeit des Betriebsmittelparks dagegen bleibt - im Gegensatz zur in der Regel umfassenderen Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte in der gewerblichen Produktion - unerwähnt. Die Produktivität im Transport mußte aber zwangsläufig gering bleiben, wenn noch um 1820 auf der Oder unterhalb Breslaus nur Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 30 Tonnen, auf der Ems und Weser bis zu 80 Tonnen, auf der Elbe unterhalb Magdeburgs bis zu 100 Tonnen und selbst am Rhein oberhalb Kölns nur bis zu 150 Tonnen eingesetzt werden konnten.²⁵ Selbst wenn dies bei dem damaligen Überwiegen des Stückgutversands

22 *Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 156.*
- Allerdings fehlt in diesem Fall die Mengenangabe, auf die sich die genannten Preise beziehen.

23 *Ebenda, S. 98 f.*

24 *Blumberg, Horst, a. a. O., S. 17.*

25 *Vgl. dazu u. a. Tietze, Walter, Die Oderschifffahrt. Studien zu ihrer Geschichte und zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Leipzig 1907, S. 43; Eckert, Christian, Rheinschifffahrt im 19. Jahrhundert, Leipzig 1900, S. 186 f. = Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, hg. v. Gustav Schmoller, Bd. 18, H. 5.*

(unter anderem leichtverderblicher Kolonialwaren und landwirtschaftlicher Erzeugnisse) auch durch Forderungen der Kaufleute bedingt war, die an kleineren, schneller gefüllten und fahrbereiten Schiffen weit mehr Interesse hatten, konnte dieser Zustand nicht befriedigen. Denn selbst diese winzigen Kähne blieben - wie unzählige Schilderungen in der Literatur beweisen - in den verwahrlosten Fahrstraßen häufig liegen. So war es noch in den dreißiger Jahren auf der Elbe "ganz gebräuchlich, daß der Schiffer, welcher die Magdeburger Strecke passieren mußte, einen Blechhandbagger mit auf die Reise nahm, um sich bei kleinerem Wasser - meist im Verein mit in gleicher Weise leidenden Schicksalsgenossen - eine Fahrrinne durch den Sand zu baggern."²⁶

Auch über die Abwicklung des Betriebes, das seit Jahrtausenden schon gehandhabte Treideln der Schiffe durch Menschen und Tiere, das Segeln etc., fehlen in der Darstellung bisher Hinweise. Schließlich werden die einschneidenden Verkehrsbeschränkungen auf den Flüssen, unter denen offensichtlich die Zollerhebung, das Stapelrecht verschiedener Handelsmetropolen, das Umschlagsrecht der Zünfte etc. zusammengefaßt werden, zu einseitig nur im Blick auf die Verkehrs- und Gewerbefreiheit betrachtet und dadurch zum Teil eine allzu positive Wertung der ersten, bisweilen doch sehr zögernden Übereinkünfte in diesen Fragen vorgenommen. So schreibt Mottek: "Bei dieser Einführung der Verkehrs- und Gewerbefreiheit auf den Flüssen spielte die Rheinschiffahrt-Konvention vom Jahre 1831 eine große Rolle, der ähnliche Konventionen für die Elbe (1821) und für die Weser (1823) vorausgegangen waren, während für die Ems (1843) eine entsprechende Regelung folgte."²⁷ Für den Rheinverkehr fielen nach 1831 tatsächlich nahezu alle Hindernisse. Welche Halbheiten dagegen die anderen Konventionen bisweilen auszeichneten, beweist Fischer in seiner bereits erwähnten Studie über die Elbschiffahrt, in der er über die Konvention vom 23. Juni 1821 schrieb: "Welches ist aber nun deren tatsächlicher Erfolg und Nutzen für die Elbschiffahrt? Zunächst ist ein großer Vorteil gegen früher darin zu sehen, daß die Uferstaaten mit ihren verschiedenartigsten Interessen gemeinsam ein Programm - denn nur ein solches kann man die Elbschiffahrtsakte von 1821 nennen - aufstellten, auf Grund dessen zum Vorteil der Schiffahrt weiter gearbeitet werden sollte, und daß sie darin einige Bestimmungen trafen, welche etwas Einheitlichkeit in das Chaos der Verhältnisse des Elbstroms zu bringen vermochten. Und zwar sind dies die Bestimmungen, welche die Schiffahrt für jedermann frei-

²⁶ Fischer, Kurt, a. a. O., S. 10.

²⁷ Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 147 f.

gaben, die Privilegien-, Stapel- und Umschlagsrechte aufhoben, von den bestehenden 35 Zollämtern 21 einzogen, die Erhebung der Zölle und die Zollrevision vereinfachten und gleichgestalteten, und schließlich diejenigen über Bestellung besonderer Zollrichter. Dies sind jedoch alles Punkte, deren Bedeutung gegenüber den Hauptfragen vollkommen in den Hintergrund tritt. Und gerade diese Hauptfragen wie Zentralisation der Verwaltung, Regulierung des Fahrwassers und besonders die Abgabefrage erfuhren zum Teil gar keine Erledigung, zum Teil nur eine ganz unbefriedigende."²⁸

Welche unbillige Härte zum Beispiel die in der bisherigen Höhe beibehaltenen Zölle sowie eine zusätzlich noch eingeführte, nach der Tragfähigkeit erhobene Rekognitionsgebühr nach wie vor darstellten, beweisen folgende Zahlen über das Mißverhältnis zwischen Abgaben und Fracht:

T a b e l l e 1

Transportkosten für je 1 500 Zentner Güter⁺ von Hamburg nach

	Sachsen	Böhmen
der Elbzoll	547 Taler 10 Sgr	1 810 Taler 19 Sgr
die Rekognitionsgebühr	11 Taler 25 Sgr	12 Taler 10 Sgr
zusammen	559 Taler 5 Sgr	1 822 Taler 29 Sgr
Normalfracht	526 Taler 27 Sgr	790 Taler 11 Sgr
Gesamtunkosten	1 086 Taler 2 Sgr	2 613 Taler 10 Sgr

⁺ *Fischer, Kurt*, Eine Studie über die Elbschifffahrt in den letzten 100 Jahren unter spezieller Berücksichtigung der Frage der Erhebung von Schifffahrtsabgaben, Jena 1907, S. 62 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle an der Saale, hg. v. Joh. Conrad, Bd. 58.

Elbzölle plus Rekognitionsgebühr machten demzufolge bei den Transporten von Hamburg nach Sachsen 51 Prozent, nach Böhmen sogar zirka 70 Prozent der gesamten Transportkosten aus. Zu dieser unglaublichen Belastung kamen weitere mannigfaltige Ungerechtigkeiten hinzu. So wurde zum Beispiel die Rekognitionsgebühr unabhängig von der wirklichen Ladung lediglich nach der absoluten Ladefähigkeit des Fahrzeugs vorgenommen. Da aber noch bis in die sechziger Jahre gerade bei der Elbe die Fahrwassertiefe an manchen Stellen oft nur 45 Zentimeter betrug, mußten die Schiffer während des größten Teils des Jahres oft nur mit dreiviertel oder gar halber Auslastung vorliebnehmen.

²⁸ *Fischer, Kurt*, a. a. O., S. 8.

Ähnliche Einwendungen wie gegen die Darstellung der Binnenschifffahrt könnten ebenfalls gegen die Darstellung des Landverkehrs erhoben werden, die auch lediglich den jämmerlichen Zustand der Verkehrswege beschreibt. Nahezu vollkommen fehlen Bemerkungen zur Seeschifffahrt; eine Analyse der Seeschifffahrt aber dürfte die These vom niedrigen Entwicklungsstand des Verkehrswesens als wesentlichen Faktor für die lange Dauer der Vorbereitungsperiode ebenso eindeutig bestätigen. Die Zeiten der Hanse, als die norddeutschen Kaufleute eine absolute Vormachtstellung im Verkehr zwischen Deutschland, Polen, Rußland, der skandinavischen Halbinsel, England, den Niederlanden und Belgien besessen hatten, waren lange vorbei. Spätestens seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte Deutschland den Anschluß im internationalen Rahmen endgültig verloren. Außer dem Aufkommen mächtiger Konkurrenten in Westeuropa und der im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges nochmals konsolidierten unheilvollen Zersplitterung Deutschlands trug daran hauptsächlich die Tatsache Schuld, daß seit dem Westfälischen Frieden ein beträchtlicher Teil der deutschen Küsten gar nicht mehr in der Hand deutscher, sondern fremder Mächte war. So unterstanden zum Beispiel an der Nordseeküste das Erzbistum Bremen (mit alleiniger Ausnahme der Stadt Bremen) und das Bistum Verden bis 1715 der Herrschaft der schwedischen Krone und wurden dann durch Kauf dem zum englischen Königreich gehörigen Kurfürstentum Hannover zugeschlagen. Schleswig-Holstein blieb bis 1866 unter dänischer Herrschaft. An der Ostseeküste erhielt Schweden im Westfälischen Frieden Westpommern und einen Teil Ostpommerns mit Stettin und der Insel Rügen sowie die Stadt und den Hafen Wismar zugeteilt. Zwar kamen Teile davon 1653 zum Besitz des Kurfürsten von Brandenburg, in Vorpommern aber saßen die Schweden zum Teil bis zum Jahre 1815.

Unter derartigen Umständen mußten Deutschlands Seehandel und Schifffahrt trotz allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs stagnieren. Lediglich Hamburg erzielte als Handelsstadt einen beachtlichen Aufstieg. Durch eine geschickte Politik verstand es sein Rat, außerhalb der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen des 17. und 18. Jahrhunderts zu bleiben, an allen kriegführenden Parteien zu verdienen und auf diese Weise immer größere Bedeutung im internationalen Handel zu erlangen. Und doch entfielen auch hier von den jährlich zirka 2 000 im Hamburger Hafen be- und entladenen Schiffen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bestenfalls 160 auf die eigene Flagge.²⁹

²⁹ Vgl. dazu u. a. *Kulischer, Josef*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2: Die Neuzeit, Berlin 1954, S. 256 f.

Einen gewissen Aufstieg erlebte die deutsche Seeschifffahrt erst in den achtziger und neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, als nach dem Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten die nordamerikanischen Häfen allen Staaten zu gleichen Bedingungen geöffnet wurden und überdies die maßgeblichen westeuropäischen Konkurrenten ab 1793 in den englisch-französischen Krieg einbezogen waren. Wiederum nutzten besonders Hamburg und Bremen die gebesserte Situation und erzielten vor allem in der Nordamerikafahrt außerordentlich hohe Gewinne.³⁰ Etwa ähnliche Profitancen eröffneten sich in jenen Jahren ebenfalls der damals noch weit umfangreicheren Ostseeschifffahrt. Sie versorgte fast alle Staaten West- und Nordeuropas mit dem traditionellen Hauptausfuhrartikel Deutschlands, mit ostelbischem Getreide, und konnte während der Kriege, die in den beteiligten Ländern das eigene Aufkommen absinken ließen, selbstverständlich besonders günstige Abschlüsse tätigen.

Jedoch dieser Aufschwung des Seehandels blieb nur von kurzer Dauer. Schon als Preußen 1806 Hannover besetzte und die englische Regierung sofort 400 preußische Segler durch Kriegs- und private Schiffe aufbringen und gleichzeitig alle Ostseehäfen sowie die Mündungen der Weichsel, Pregel, Oder und Peene blockieren ließ, erlebte er einen harten Rückschlag.³¹ Mit dem Moment, da Napoleon Deutschland selbst mit Krieg überzog und schließlich durch die in Berlin verkündete Kontinentalsperre die deutschen Häfen verriegelte, erlosch die Handelschifffahrt nahezu vollständig. Bremen und Hamburg, die nach des Imperators Meinung nur "englische Kolonien auf dem Festlande, privilegierte Werbepplätze für den Handelsgewinn der Briten"³² waren, wurden mit unerhörten Kontributionen beauftragt. Ihre Schifffahrt verkümmerte, da die französischen Eroberer nur bestimmte Transporte genehmigten und die Engländer ihrerseits rigoros die Blockade aller zum Sperrgebiet gehörigen Häfen organisierten. Die Ostseereedereien litten darunter, daß einer der Hauptpartner ihres Getreide- und Holzhandels, England, ausfiel. In Königsberg, dessen Ex- und Importhandel vor 1805 besonders schwunghaft verlaufen war, sank der Schiffsbestand einschließlich der Küstenfahrer von 980 auf 51 Einheiten ab.³³ Preußen insgesamt verlor bis zum Ende der Befreiungskriege annähernd ein Drittel seiner Flotte. Die Kaufleute und Reeder verarmten.

30 Vgl. dazu u. a. *Peters, Max*, Die Entwicklung der deutschen Rhederei seit Beginn dieses Jahrhunderts, Bd. 1, Jena 1899, S. 133 f.

31 Ebenda, S. 45 f.

32 Zitiert bei *Sartorius von Waltershausen, August*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, 2. erg. Aufl. Jena 1923, S. 46.

33 Ebenda, S. 110.

Nach einem solchen Schock fand die deutsche Schifffahrt verständlicherweise nur schwer zu einem Neubeginn. Doch noch waren die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, nicht verharscht, als 1818 ein neuer empfindlicher Schlag in Gestalt der Agrarkrise den deutschen Seehandel traf. Sofort schlossen sich England, Frankreich, Holland, Portugal und Spanien durch hohe Schutzzölle vor weiteren Einfuhren ab. Die zwangsläufige Folge war ein erneuter Niedergang der Handelsflotte, für die das Exportgetreide das Haupttransportgut war. In Danzig und Elbing zum Beispiel, die zwischen 1801 und 1805 jährlich durchschnittlich 77 000 Last Getreide ausgeführt hatten, wurden zwischen 1821 und 1825 nur noch knapp 11 000 Last verschifft.³⁴ In Preußen verminderte sich die in Betrieb befindliche Flotte von 119 200 RT im Jahre 1817 auf 87 000 RT im Jahre 1825. Erst dann gelang es, da das Getreidegeschäft infolge steigender Preise wieder zunahm, auch diese Depression allmählich zu überwinden.

Daneben wirkten als sattsam bekannte Erschwernisse während der gesamten Zeit die furchtbaren Folgen der nationalen Zersplitterung, aber auch zahlreiche Hemmnisse, die auswärtige Staaten aufrichteten. So forderte der dänische König den Sundzoll für alle den Örgesund passierenden Schiffe, der die Handelsgüter je nach Qualität mit 2 bis 12 Prozent besteuerte.³⁵ England behinderte den Verkehr durch die Cromwellsche Navigationsakte von 1651, die europäische Waren nur dann von Fremden zu importieren erlaubte, wenn sie in einem unter der Flagge des Ursprungslandes fahrenden Schiff ankam.³⁶ Was aber hatten die kleinen deutschen Staaten an der Küste, besonders die freien Reichsstädte, für Hinterland, um "eigene" Waren zu transportieren? Es galt 1825 als Riesenerfolg, als Hamburg, Bremen und Lübeck die gnädige Erlaubnis erhielten, alle hansestädtischen Waren nach England einzuführen, während bis dahin ein bremisches Schiff zum Beispiel nie typische Hamburger Erzeugnisse hatte anlanden dürfen. Ähnliche Verkehrshindernisse bestanden auch in vielen anderen Ländern, so in Holland, Spanien und Frankreich, die den Verkehr nach ihren bereits großen Kolonialreichen monopolisierten oder zumindest die eigenen Schiffe eindeutig bevorzugten.

34 Ebenda, S. 39.

35 *Fitger, E.*, Die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Seeschifffahrt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart, Leipzig 1902, S. 9.

36 Ebenda, S. 8.

Es ist leicht auszumalen, wie diese vielfältigen Erschwernisse des Austauschs mit anderen Ländern das wirtschaftliche Vorwärtskommen Deutschlands hemmten. Denn die im Gefolge der industriellen Revolution entstehende große Industrie beschränkte sich von vornherein nicht mehr - wie bisher meist die einfachen Warenproduzenten - allein auf den bekannten, häufig eng begrenzten lokalen Markt, sondern die ihr eigene spekulative Erweiterung der Produktion und ihre Orientierung nicht nur auf die vorhandene, sondern auch die künftige Nachfrage drängte in immer neue Absatzgebiete, darunter nicht zuletzt ins Ausland. Marx und Engels faßten diesen Prozeß bereits im Kommunistischen Manifest in die bekannten Worte: "Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen."³⁷ Ein niedriger Entwicklungsstand gerade desjenigen Verkehrsträgers, der daran maßgeblichen Anteil hatte, mußte im Verein mit all den anderen Hemmnissen den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt gerade in Deutschland maßgeblich beeinträchtigen.

Bei dem etwas ausführlicheren Hinweis auf die Entwicklung der Seeschifffahrt, mußten soeben zwangsläufig schon einige Probleme berücksichtigt werden, die in anderem Zusammenhang in den zu besprechenden Werken sehr wohl aufgegriffen werden. So arbeitet zum Beispiel Mottek neben den über längere Zeit wirkenden Faktoren auch eine Reihe kurzfristiger heraus, die nicht unwesentlich die verhältnismäßig lange Dauer des Vorbereitungsstadiums der industriellen Revolution in Deutschland beeinflußt haben. Als wichtigste nennt er davon:

1. die europäischen Kriege ausgangs des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, aus denen die kapitalistischen Elemente Deutschlands, wie wir auch bei der Seeschifffahrt feststellten, nur zu Beginn einigen Vorteil zogen,
2. die nationale Unterdrückung durch das bonapartistische Frankreich und
3. die internationale Agrarkrise in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Jeder dieser Faktoren wird wiederum gründlich untersucht. Beeindruckend ist dabei zum Beispiel, wie entschieden Mottek der auch in der marxistischen Literatur mitunter zu findenden These entgegentritt,

³⁷ Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 465.

daß der Wegfall der englischen Konkurrenz in der Zeit der Kontinental Sperre wesentlich bessere Grundlagen für das Entstehen der deutschen Industrie geschaffen habe. Er zeigt, daß nur einzelne Gebiete und dort wiederum nur wenige Wirtschaftszweige einen Aufschwung erlebten, der aber durch anderweitige Rückschläge mehr als ausgeglichen wurde. Die vielfältigen Kontributionen und Requisitionen für die Besatzungsmächte, die die Akkumulation von Geldfonds beträchtlich zurückwarfen, die völlige Unterwerfung unter die französische Handelspolitik, die den Wegfall zahlreicher Schutzmaßnahmen gegen die französische Konkurrenz bedeuteten, sowie die Teilnahme am Handelskrieg gegen England, dem wichtigsten Abnehmer der traditionellen Exportartikel und Hauptlieferanten von Rohstoffen und Halbfabrikaten, mußte einen generellen Aufstieg der Wirtschaft verhindern.

Die Analyse der wichtigsten Faktoren, die das Vorbereitungsstadium der industriellen Revolution in Deutschland in die Länge zogen, wird in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" und einigen Monographien der Mitarbeiter Motteks noch vervollständigt durch wertvolle Untersuchungen einzelner Bereiche der Wirtschaft. Am meisten überzeugt dabei die überaus gründlich dargestellte Entwicklung von Produktion und Markt der Textilgewerbe durch Blumberg. Der Nachweis, daß gerade sie die mit Abstand führende Position innerhalb der nichtagrarischen Produktion Deutschlands einnahmen, ist Blumberg sowohl durch seine Statistiken über die Struktur der preußischen "Manufakturindustrie" ausgangs des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts als auch durch deren Kommentierung eindeutig gelungen.³⁸ Interessant für weitere Forschungen dürften dabei seine Andeutungen sein, daß dies durchaus nicht - wie bisher weitgehend angenommen - für alle Staaten zutreffen muß, da in Schweden und Rußland zum Beispiel Ende des 18. Jahrhunderts Bergbau und Metallurgie eine dominierende Rolle gespielt haben.³⁹ Neben den Bemerkungen zur Textilproduktion insgesamt finden sich noch detaillierte Abhandlungen ihrer einzelnen Bereiche. Mottek konzentriert sich dabei meines Erachtens etwas zu stark auf die Entwicklung der Baumwollspinnerei und -weberei, die Problematik der übrigen Zweige gerät im Vergleich dazu für ein Lehrbuch etwas zu kurz.⁴⁰ Blumberg ergänzt dies in seiner Monographie durch ausführliche Angaben vor allem zur Wollproduktion.⁴¹ In welcher Breite die Untersuchungen dabei oft

38 Vgl. dazu *Blumberg, Horst*, a. a. O., S. 14 ff.

39 Ebenda, S. 16.

40 Vgl. dazu *Mottek, Hans*, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, a. a. O., S. 96 ff.

41 Vgl. dazu u. a. *Blumberg, Horst*, a. a. O., S. 70 ff.

angelegt sind, beweist unter anderem die Tatsache, daß unter die Faktoren, die die Nachfrage auf dem inneren Markt bestimmen, außer dem Lebensstandard, der Eigenproduktion der ländlichen Bevölkerung und der Ackerbürger in den Städten sogar solche wie die Mode und ihr Wirken auf die Absatzgestaltung, die unterschiedliche Haltbarkeit der verschiedenen Textilien etc. eingliedert und geprüft werden. Blumberg beziffert auf dieser Grundlage zum Beispiel für 1831 den jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch an Wollgewebe auf 1 Elle, an Leinwand auf 6 und Baumwollwaren auf 7 Ellen.⁴² Kritisch anzumerken wäre allerdings, daß Blumberg, wie schon in diesen Teilen seiner Monographie spürbar wird, das Seidengewerbe nahezu völlig vernachlässigt. Eine unbedingte Bereicherung stellen dagegen die mit außerordentlicher wissenschaftlicher Akribie vorgenommenen Untersuchungen über den Einsatz der ersten Werkzeugmaschinen in den verschiedenen Zweigen der Textilproduktion sowie das Aufkommen und die Weiterentwicklung der ersten fabrikmäßigen Gründungen dar. Kleinere Ungenauigkeiten wie der Umstand, daß weder in Blumbergs Studie über die deutsche Leinenindustrie noch in Motteks "Wirtschaftsgeschichte" der Standort der ersten deutschen Flachsspinnfabrik von Alberti (oder Alberty?) angegeben ist⁴³, lassen sich leicht beheben.

Etwas blasser als die Behandlung der Textilindustrie bleibt in der "Wirtschaftsgeschichte" im Vergleich dazu die Analyse der Produktion in der Montanindustrie, für die eine Monographie ähnlich denjenigen über die Textil- und Maschinenbauproduktion bisher leider noch fehlt. Zwar wird auch für die Eisen- und Kohlenerzeugung eine rasche und gleichmäßige Zunahme konstatiert, die Ursachen dafür aber bleiben weitgehend ungenannt. Denn allein die verstärkte Nachfrage des Staates, die sich insbesondere aus seinem Interesse an Kriegsmaterial ergab, reicht meines Erachtens zur Erklärung nicht aus. Blumberg läßt darüber hinaus auch gelten, daß der Aufschwung der Gewerbe selbst auf der "alten" technischen Grundlage zu einem Anwachsen der Nachfrage nach Metallen führte.⁴⁴ Mottek dagegen konzentriert sich mehr auf den Nachweis, daß die neuen Faktoren, die in England während dersel-

42 Ebenda, S. 147.

43 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 107; Blumberg, Horst, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834 bis 1870, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst u. a., Studien, a. a. O., S. 105 ff.

44 Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, a. a. O., S. 18.

ben Zeit unmittelbar ein außerordentlich beschleunigtes Wachstumtempo der Montanproduktion bewirkten, in Deutschland noch fast vollständig fehlten.⁴⁵ Seine These, daß der dortige hohe Bedarf an Eisen außer der Anlage neuer Maschinen und Apparaturen unter anderem auch dem Bau eiserner Schiffe zuzuschreiben sei, scheint mir für die damalige Zeit allerdings noch kaum gerechtfertigt. Zwar entstand bereits 1787, als die Kunst, Eisen zu walzen, gerade erst entdeckt war, ein erstes einfaches Wasserfahrzeug aus Eisen, das auch einige Nachfolger fand; insgesamt gesehen aber blieben diese noch Einzelerscheinungen.⁴⁶ Kompliziertere Einheiten wie zum Beispiel eiserne Flußdampfer oder gar seegehende Dampfer folgten dagegen frühestens 1821 bzw. 1837. Einen überzeugenden Beweis seiner Qualität errang das neue Baumaterial sogar erst mit dem 1845 in Dienst genommenen größeren Ozeandampfschiff "Great Britain" des berühmten Schiffbaukonstruktors Kingdom Isambard Brunel, das, obwohl es zweimal strandete und bei Holzbauweise unbedingt verloren gewesen wäre, immer ohne größere Schäden wieder freikam. Das bedeutet aber, daß das Eisenschiff auch in England frühestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den Vordergrund trat.

Zur Darstellung der industriellen Revolution

Entsprechend seiner These, daß der Durchbruch zum entfalteten industriellen Kapitalismus mit der ersten massenweisen Anlage von konstantem fixen Kapital einsetzt, beginnt Mottek seine Analyse der industriellen Revolution mit der Frage nach der Herkunft dieser Kapitalien. Er greift damit ein Problem auf, dessen exakte Erforschung die marxistischen Historiker der DDR zuvor in entscheidendem Maße unterschätzt hatten. Soweit zu dem Problem überhaupt Stellung bezogen worden war, hatte man sich auf die Stalinsche These vom allgemeinen Gang der Industrialisierung gestützt und sie als auch für Deutschland gültig akzeptiert.⁴⁷ Diese These besagt bekanntlich, daß in den kapi-

45 Vgl. dazu *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 111.

46 Vgl. zu dieser Problematik u. a. *Leithäuser, Joachim Gust.*, Die zweite Schöpfung der Welt. Eine Geschichte der großen technischen Erfindungen von heute, Berlin 1954, S. 150 ff.; *Fürst, Artur*, Das Weltreich der Technik. Entwicklung und Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1926, S. 130 ff.

47 Vgl. dazu u. a. *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, T. 1: 1789 bis 1870, Berlin 1954, S. 48. - Dieselben Aussagen fanden dann Eingang in die übrige ökonomische Literatur. Vgl. dazu u. a. *Arnold, Hans/Borchert, Hans/Schmidt, Johannes*, Ökonomik der sozialistischen

talistischen Ländern die Industrialisierung gewöhnlich mit der Leichtindustrie begänne, da dafür im Vergleich zur Schwerindustrie nur geringe Investitionen erforderlich seien, das Kapital schneller umschlüge und sich leichter Profite erzielen ließen. Erst nach geraumer Zeit hätten dann die in der Leichtindustrie akkumulierten Profite auch für die Finanzierung einer eigenen Schwerindustrie genutzt werden können.⁴⁸ Erste berechtigte Zweifel an dieser Konzeption lösten schon die in die "Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland" aufgenommenen Diplomarbeiten von Wutzmer⁴⁹ und Blumberg⁵⁰ aus. Mottek gebührt das Verdienst, den vollständigen Nachweis für ihre Unhaltbarkeit geführt zu haben.⁵¹

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Auffassungen weist Mottek nach, daß schon vor Beginn der industriellen Revolution beachtliche überschüssige Geldfonds vorhanden waren, die unter bestimmten Voraussetzungen für Anlagen zur industriellen Produktion nutzbar gemacht werden konnten. Konzentriert waren diese Mittel vor allem beim Handelskapital, das bereits im 18. Jahrhundert beachtliche Profite erwirtschaftet hatte und insbesondere seit den neunziger Jahren auch die zeitweiligen Bereicherungsmöglichkeiten während der europäischen Kriege nutzen konnte. Zwar brachten die Kontributionen und die Störungen des gewinnbringenden Außen- und Transithandels während der Kontinentalsperre merkliche Rückschläge, die aber durch übermäßige Gewinne in den Befreiungskriegen weitgehend wieder ausgeglichen wurden. Ob für die Zeit danach - wie bei Mottek - nur von einem erheblich verminderten Tempo der Akkumulation oder gar von einer längeren Stagnation gesprochen werden muß, sei dahingestellt. Zahlreiche literarische Quellen würden auch zu letzte-

Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik. Lehrbuch, Berlin 1956, S. 25 ff. - Vgl. ferner *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 88 - 99.

48 *Stalin, J. W.*, Reden in Wählerversammlungen, Berlin 1952, S. 20 f.

49 *Wutzmer, Heitz*, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: *Mottek, Hans/Blumberg, Horst u. a.*, Studien, a. a. O., S. 145 ff.

50 *Blumberg, Horst*, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert, in: *Mottek, Hans/Blumberg, Horst*, Studien, a. a. O., S. 165 ff. - Besonders sei hier auf die von Blumberg aus Akten und der Gesetzessammlung der preußischen Staaten aufgestellten Übersicht über die Herkunft der Gründer der in den fünfziger Jahren konzessionierten Aktiengesellschaften hingewiesen. (Ebenda, S. 195.)

51 Vgl. dazu vor allem *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., Kap. 7: Die sprunghafte Ausdehnung des konstanten fixen Kapitals seit der Mitte der 30er Jahre.

rem berechtigten. So heißt es in einer Denkschrift einer rheinischen Stapelstadt aus jenen Jahren in aller Ungeschminktheit: "Wir stehen nicht mehr in dem für den Handel goldenen 14. und 15. Jh., sondern in dem eisernen 19. und unterliegen noch dem Einfluß des bleiernen 18. Kein Kaufmann ist heute imstande, ganze Schiffe zu befrachten, kleiner Kommissionshandel überwiegt."⁵² Die Verkehrsmengen - durchaus als Synonym für die Warenbewegung des Großhandels zu betrachten - blieben über viele Jahre konstant.⁵³ Auch der im Lehrbuch angeführte Transithandel mit englischen Waren⁵⁴ dürfte sich angesichts der bereits genannten Schwierigkeiten auf den deutschen Verkehrswegen nur auf besonders wichtige Relationen konzentriert haben. Wenn etwa eine detaillierte halbamtliche Frachtenberechnung aus dem Jahre 1817 eindeutig nachweist, daß allein die außerordentlich hohen Transitzölle Hollands fast die Hälfte der Transportkosten von London nach Frankfurt am Main ausmachten⁵⁵, mußte das den Transithandel stark beeinträchtigen.

Dennoch nahmen die überschüssigen Geldfonds der Handelskapitalisten weiter zu, wie das Mottek nicht zuletzt durch das ständige Sinken des Zinsfußes belegt. Allerdings erwuchs daraus nicht automatisch etwa auch die Bereitschaft, diese Mittel in industrielles Kapital zu verwandeln. Dazu war die englische Konkurrenz noch zu übermächtig und der eigene Markt durch den Staat erst zu mangelhaft gesichert. Viel lieber legten die Kaufleute ihre Vermögen in der Landwirtschaft an - zumindest bis zur Agrarkrise - bzw. beteiligten sich sogar an ausländischen Anleihen. Das so arg wirtschaftlich zurückgebliebene Deutschland betrieb Kapitalexport.

All das änderte sich jedoch ab Mitte der dreißiger Jahre. Die durch den Zollverein bewirkte weitgehende ökonomische Einheit sowie die infolge eines eigenen starken Aufschwungs gemilderte englische Konkurrenz ermutigte mehr und mehr die Inhaber überschüssiger Geldfonds, ihre Kapitalien für industrielle Anlagen zur Verfügung zu stellen. Bei der Betrachtung dieser ersten deutschen Investitionswellen kam Mottek zu dem für viele Historiker zunächst überraschenden Ergebnis, daß im eindeutigen Gegensatz zu England der entscheidende Impuls nicht von den Anlagen in der Textilindustrie ausging, sondern daß in Deutschland der Durchbruch zum entfaltetem industriellen Kapitalismus von der massenweisen Anlage von konstantem fixen Kapital im Transportwesen aus-

52 Gothein, Eberhard, a. a. O., S. 75.

53 Ebenda, S. 170.

54 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 122.

55 Gothein, Eberhard, a. a. O., S. 163.

gelöst wurde. Schon beim ersten zyklischen Aufschwung in der deutschen Geschichte - Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis 1847 - übertrafen die Investitionen im Eisenbahnwesen die aller anderen Bereiche der Wirtschaft bei weitem. Auch in den Aufschwungsphasen der fünfziger und sechziger Jahre blieb ihre führende Position gewahrt, obwohl ihr relativer Anteil vor allem im Verhältnis zu den Anlagen in der Schwerindustrie absank. Der Beweis dafür wird - soweit aus den Unterlagen überhaupt möglich - exakt geführt. Als besonders beeindruckend erweist sich dabei die Berechnung, daß bis zur Zeit der Reichseinigung allein in den preußischen Privatbahnen, die etwa 70 Prozent des Gesamtnetzes dieses Staates ausmachten, 716 773 791 Taler angelegt waren, während das zur selben Zeit für die Bergwerks-, Hütten- und Salinengesellschaften ausgewiesene Kapital nur 120 016 016 Taler betrug.⁵⁶

Dem Rezensenten scheint diese Analyse in zweierlei Hinsicht von Bedeutung zu sein. Einmal bricht Mottek mit all den Versuchen, den für England typischen Ablauf der industriellen Revolution schematisch auf Deutschland zu übertragen. Er erklärt eindeutig, warum die deutsche Baumwollindustrie zwangsläufig nie eine solch entscheidende Rolle wie die Englands spielen konnte. Nur das erste Land, in dem die mechanische Baumwollspinnerei aufkam, konnte den Weltmarkt eindeutig beherrschen, wobei ihm zusätzlich noch seine Handelssuprematie und nicht zuletzt seine überragende Mittlerrolle im internationalen Verkehr zugute kamen. Zum anderen zeigt allein schon die Konzeption, das Verkehrswesen in die Analyse der industriellen Revolution mit einzubeziehen, das Streben Motteks, gewisse zu enge Betrachtungsweisen unserer wirtschaftshistorischen Forschung zu sprengen. In Veröffentlichungen über die Urgemeinschaft, die Sklaverei und den Feudalismus werden in der Regel alle Bereiche der Wirtschaft genauestens erfaßt. Die Landwirtschaft, die handwerkliche kleine Warenproduktion, die Manufakturen und Verlage, der Handel und das meist mit ihm gekoppelte Verkehrswesen, sie werden in voller Breite und auch in den richtigen Relationen untereinander herausgearbeitet. Die Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts konzentriert sich hingegen - besonders für die Zeit nach dem Sieg des Kapitalismus in der Landwirtschaft - mitunter etwas zu einseitig auf die bloße Betrachtung der Industriegeschichte. Selbst zugegeben, daß damit selbstverständlich der entscheidende Bereich jeder modernen Volkswirtschaft getroffen wird, bleiben oft wichtige Wechselbeziehungen unberücksichtigt.

56 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 144.

Das Ergebnis der Untersuchungen von Mottek ist trotz aller einem Lehrbuch gebotenen Kürze eine in dieser Konsequenz bisher noch nicht vorhandene marxistische Interpretation des Aufkommens und der Verbreitung der Eisenbahnen in Deutschland. Überzeugend arbeitet er die für den Eisenbahnbau günstigen Voraussetzungen - wie zum Beispiel die verfügbaren Geldfonds, die überschüssige Landbevölkerung, aus der Arbeitskräfte gewonnen werden konnten, und das Vorhandensein von technischen Kadern zumindest für die reinen Bauaufgaben - heraus. Desgleichen nennt er die wesentlichsten Hemmnisse, so unter anderem die fehlenden Erfahrungen der deutschen Bourgeoisie mit derart großen Kapitalgesellschaften, die geringen Rentabilitätsaussichten für die ersten Bahnen in Deutschland angesichts des zunächst geringen Umfangs des Verkehrs und die anfangs wenig eisenbahnfreundliche Haltung vieler Regierungen der deutschen Teilstaaten. Ausgehend von diesen grundsätzlichen Faktoren, folgt dann eine Darstellung der wichtigsten Etappen des deutschen Eisenbahnbaues von jener ersten denkwürdigen Initiative der Bourgeoisie des Wuppertales im Jahre 1826 bis zur Verbindung der bereits bestehenden Eisenbahnen zu einem zusammenhängenden Netz. Baar bereichert dies in seiner Monographie durch detaillierte Angaben über die Entwicklung Berlins zu einem der bedeutendsten Knotenpunkte des Eisenbahnverkehrs in Deutschland.

Es wäre allerdings meines Erachtens notwendig gewesen, die gründlichen Analysen über den Bau der Eisenbahnen noch durch breitere Darlegungen über deren Betrieb zu ergänzen. Die wenigen dazu bisher enthaltenen Thesen, so zum Beispiel Motteks Feststellung, daß erst seit den fünfziger Jahren die Auswirkungen des Eisenbahnbetriebes und nicht nur die des Eisenbahnbaues voll spürbar werden⁵⁷, oder die Untersuchung Baars über die Brennstofftransporte in den Berliner Raum⁵⁸, reichen dafür allein nicht aus. Insbesondere hätte dabei im Lehrbuch aus methodischen Gründen den Vorteilen der neuen Massenverkehrsmittel, ihrer Billigkeit, Schnelligkeit, Sicherheit, Bequemlichkeit und nicht zuletzt auch der größeren Regelmäßigkeit des Transports, mehr Augenmerk geschenkt werden sollen. Bereits die ersten Eisenbahnen setzten die Beförderungspreise für Menschen und Güter im Verhältnis zu den herkömmlichen Verkehrsmitteln um 40 Prozent herab. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts war dann ein ständiger kontinuierli-

57 Ebenda, S. 166 f.

58 Baar, Lothar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, S. 30 ff. = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 4.

cher Abfall auf schließlich 1/15 bis 1/16 des Standes von 1800 zu beobachten.⁵⁹ Während die Postkutsche zwischen Leipzig und Dresden 21 Stunden benötigte und meist noch eine Übernachtung unterwegs für den Reisenden notwendig wurde, legte die erste deutsche Fernbahn dieselbe Strecke in nicht ganz drei Stunden zurück. Für die Entfernung Berlin - Magdeburg mußte der Reisende um 1830 noch zwei Tage mit je 13 Stunden Fahrt einplanen; die Eisenbahn brauchte dafür ab 1846 nur zirka 5 Stunden.⁶⁰

Sind die Ergänzungen, die sich zur Darstellung des Eisenbahnwesens erforderlich machten, insgesamt gesehen wenig erheblich, kann dies von der Darstellung der übrigen Verkehrsträger nicht ohne weiteres gesagt werden. So verdienstvoll die Initiative Motteks hinsichtlich der stärkeren Berücksichtigung des Verkehrswesens bei der Analyse der industriellen Revolution zu werten ist, wird sie doch wiederum nicht mit Konsequenz zu Ende geführt. Schon die Darstellung der Binnenschifffahrt, des zweiten noch etwas ausführlicher behandelten Verkehrsträgers bleibt im Vergleich zu der der Eisenbahn beträchtlich zurück. Einige wenige Beispiele sollen das erläutern. So findet sich in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" folgende These: "Auf der Grundlage des Dampfes und der Verkehrsfreiheit setzte in den 30er Jahren - zumindest auf dem Rhein - ein Aufschwung des Wassertransportes ein. Dieser bezog sich allerdings zunächst nur auf die Personenschifffahrt, die in der Anfangsperiode der Dampfschifffahrt die entscheidende Rolle spielte."⁶¹ Als Beleg dafür dient ein Vergleich der Einnahmen aus der Personenbeförderung und dem Gütertransport der Preußisch-Rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft im Jahre 1830. Offensichtlich werden hier zwei Prozesse vermengt, der generelle Aufschwung auch des Gütertransports seit Mitte der dreißiger Jahre, der vorerst noch den kleinen Partikulierschiffen zugute kam, und die weitgehende Konzentration der Dampfschiffahrtsunternehmen auf Personenbeförderung. Für nahezu alle Stromgebiete gibt es Beweise, daß die schnellere Zunahme der industriellen Produktion und die Ausweitung des Handels in jener Zeit die Nachfrage nach Schiffsraum anwachsen ließ. Besonders stark verlangte die Wirtschaft nach günstigen Liefermöglichkeiten für Steinkohle, die sie unter anderem für die mehr und mehr in der Produktion eingesetzten Dampfmaschinen benötigte. Aber auch andere Transporte vervielfachten sich teil-

59 Vgl. dazu u. a. *Warnecke, Hans*, Der Fremdenverkehr, seine volkswirtschaftliche Bedeutung und Regelung, rechts- und staatswiss. Diss. Halle 1921, S. 32 f.

60 Ebenda, S. 28 f.

61 *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 148.

weise innerhalb weniger Jahre. Charakteristisch zeigt dies folgende zeitgenössische Schilderung über die plötzliche Ausdehnung des Versands böhmischer Braunkohle auf der Elbe: "Wenn auch eine vielleicht nicht unbedeutende Quantität Braunkohle in und über das Erzgebirge per Achse nach Sachsen ausgeführt wird, so ist dies doch verhältnismäßig nur wenig gegen die Verschiffung, welche insbesondere in der neueren Zeit bei Außig stattfindet ... Der Umfang der letzteren ist zwar nach der Art und Weise seines Betriebes nicht genau zu ermitteln und namentlich von den Fremden nach Zahlen schwer zu beurteilen, doch ist außer Zweifel, daß derselbe in einigen Jahren bedeutend zugenommen hat und noch jetzt im Wachsen begriffen ist, wie aus folgenden Angaben erhellt, welche von der Zollstelle zu Außig entnommen sind:

Kohlenverschiffung ins Ausland

im Jahre 1836	25 000 Ztr
im Jahre 1837	39 000 Ztr
im Jahre 1838	179 000 Ztr
im Jahre 1839	297 000 Ztr
im Jahre 1840	jedenfalls mehr

Dabei ist jedoch zu bemerken, daß nach den darüber erhaltenen Notizen diese Quantitäten um $\frac{1}{3}$ höher angenommen werden können, als dieselben nach den vorstehenden Summen von den Schiffern declariert worden sind, welche Angaben einer besonderen Kontrolle nicht unterworfen werden."⁶²

Fischer stieß bei seinen Untersuchungen zur Elbeschiffahrt auf Unterlagen des Elbzollamtes Wittenberge über den dortigen Gesamtverkehr, die folgende Werte ausweisen:

62 Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Historische Abteilung II, Rep. 121, MSS II B, Nr. 116, Perlberg: Bericht über den Steinkohlenbergbau in Böhmen, 1841.

T a b e l l e 2

Gesamtverkehr des Elbhafens Wittenberge⁺

(Durchschnittlicher Verkehr pro Jahr in 1 000 Zentnern)

1824 - 1829	3 581	1840 - 1844	6 907
1829 - 1834	3 897	1845 - 1846	8 037
1835 - 1839	4 585		

+ *Fischer, Kurt*, Eine Studie über die Elbschiffahrt in den letzten 100 Jahren unter spezieller Berücksichtigung der Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben, Jena 1907, S. 65 = Sammlung national-ökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle an der Saale, hg. v. Joh. Conrad, Bd. 58.

Allerdings ist hierbei schon eine Verdrängung höherwertigen Transportgutes durch geringwertige Massengüter nachweisbar - die Binnenschiffahrt begann, vorsichtig tastend zu ihrer eigentlichen Aufgabe in der neueren Zeit, dem Transport größerer Einheiten von Schüttgütern über weite Entfernungen, zu finden.

Auf dem Rhein erhöhte sich zur selben Zeit der Güterverkehr von und nach den Niederlanden über Lobith zum Beispiel wie folgt:

T a b e l l e 3

Güterverkehr auf dem Rhein über Lobith nach den Niederlanden⁺

Jahr	Zentner	Jahr	Zentner
1832	6 578 175	1838	9 793 210
1834	7 622 657	1840	10 034 636
1836	8 229 756		

+ *Meidinger, Heinrich*, Die deutschen Ströme in ihren Verkehrs- und Handels-Verhältnissen mit statistischen Übersichten, 2. Abteilung: Der Rhein und seine schiffbaren Nebenflüsse und Kanäle, 2. Ausg. Frankfurt (Main) 1861, S. 168.

Begünstigt wurde dieser zeitweilige Aufschwung des Güterverkehrs bis weit in die vierziger Jahre hinein durch die Tatsache, daß selbst einsichtige Vertreter der deutschen Bourgeoisie zunächst scharf darauf achteten, daß die neu entstehenden Eisenbahnen sich in das schon vorhandene Verkehrsnetz als ergänzendes Glied einordneten. Zwar hatten besonders List und Harkort in ihren Schriften gefordert, das ganze Deutschland nach einem umfassenden Plan mit Eisenbahnen zu überziehen und auch die Stromtäler mit ihren günstigen Möglichkeiten für

die Linienführung mit zu benutzen; in Wirklichkeit aber wurden die ersten Bahnen in der Nähe schiffbarer Flüsse vorwiegend als Zufahrtswege für die Wasserstraßen eingerichtet. So entstanden im Rheinstromgebiet zunächst die Linien von Mannheim nach Heidelberg 1840, von Düsseldorf nach Elberfeld 1841, von Köln nach Aachen 1841, von Deutz nach Minden 1845, von Duisburg nach Dortmund 1847 und von Ludwigshafen nach Kaiserslautern 1847.⁶³ Strecken entlang dem Strom zu bauen, galt bei der Billigkeit des Schiffstransports als aussichtslose Spekulation. Bestenfalls gestand man der Eisenbahn noch zu, daß sie sich dort, wo die Flußfahrt infolge des ungenügenden Zustandes der Fahrstraßen und ungleicher Wasserstände auf besondere Schwierigkeiten stieß, durchsetzen könne. Das nahezu völlige Erliegen der Schifffahrt auf dem Oberlauf des Rheins nach der 1844 erfolgten Eröffnung der badischen Bahn Mannheim - Basel⁶⁴ und die außerordentlich ungünstigen Betriebsergebnisse der ersten Parallelbahn an der Elbe, der Strecke Magdeburg - Wittenberge, schienen diese Theorie zu bestätigen.⁶⁵ Erst im Verlauf der fünfziger Jahre begann sich dies, wie auch Mottek herausarbeitet, zu ändern. Die Vorteile des Schienenverkehrs - Schnelligkeit, Pünktlichkeit und größere Regelmäßigkeit - traten für die Personenbeförderung und den Transport bestimmter Güterarten so offensichtlich zutage, daß bald ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen Eisenbahn und Binnenschifffahrt einsetzte. "Handel und Industrie, überhaupt die ganze Unternehmung, gewissermaßen geblendet durch die unerwarteten Erfolge des neuen Transportmittels, wandten sich von der Schifffahrt ab."⁶⁶ Wo die Bedingungen weniger günstig lagen, wie auf Flüssen mit geringer oder stark schwankender Wasserführung, stagnierte der Güterverkehr oder sank beträchtlich ab. Auf dem Main, dem Neckar, der Lahn, der Mosel, der Ruhr, der Lippe, der Ems, der oberen Weser und der Saale erlosch er in den sechziger Jahren nahezu vollständig.⁶⁷ Es ist aber meines Erachtens nicht exakt, wenn Mottek, gestützt auf Eberhard Gothein, auch für die gesamte Rheinschifffahrt ein Bild der Stagnation konstatiert.⁶⁸ Denn gerade hier verlief die Entwicklung recht wider-

63 Sartorius von Waltershausen, August, a. a. O., S. 109.

64 Ebenda; Eckert, Christian, a. a. O., S. 292 f.

65 Fleck, Die ersten Eisenbahnen von Berlin nach dem Westen der Monarchie. Ihre Begründung und ihre Entwicklung bis zum Jahre 1854. Ein Beitrag zur Geschichte des preussischen Eisenbahnwesens, in: Archiv für Eisenbahnwesen, hg. im Königlich Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, 18. Jg. 1895, S. 694.

66 Wirminghaus, A., Die Kölner Rheinschifffahrt im neunzehnten Jahrhundert, Köln 1898, S. 39 f.

67 Sartorius von Waltershausen, August, a. a. O., S. 109 f.

68 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 146.

spruchsvoll. Sicher beweisen alle vorliegenden Übersichten, daß der seit Mitte der dreißiger Jahre nun schon andauernde Aufschwung des Gütertransports sich seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verlangsamt.

T a b e l l e 4

Gesamtmenge der bei sämtlichen Rheinzollämtern außerhalb der Niederlande abgefertigten Güter⁺

Jahr	Zentner	Index (1836 = 100)
1836	17 933 056	100,0
1846	42 232 594	235,5
1856	75 071 159	418,6
1866	82 610 559	460,7

+ Die Rheinschifffahrt im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Post und Telegraphie. Beihefte zum Amtsblatte des Reichs-Postamtes, 1902, S. 155.

Schon an der raschen Belebung des Güterverkehrs zwischen 1836 und 1856 aber hatten nicht mehr alle Häfen gleichermaßen teilgenommen. Ein Bericht der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt sagt darüber folgendes aus: "Im Hafen von Coblenz ist der Verkehr von 116 181 t im Jahr 1843 auf 54 277 t im Jahre 1871, im Cölner Hafen von 379 970 t im Jahre 1856 auf 242 790 t im Jahre 1871, im Weseler Hafen von 107 429 t im Jahre 1846 auf 74 455 t im Jahre 1871 gesunken. Dagegen ist der Verkehr in den größeren oberrheinischen Häfen, und zwar in Mannheim von 86 875 im Jahre 1843 auf 401 806 t im Jahre 1871 und in Ludwigshafen in derselben Zeit von 18 719 t auf 156 041 t gestiegen. Der Verkehr in diesen beiden Häfen hat sich während der bezeichneten Periode demnach in Mannheim beinahe verfünffacht, in Ludwigshafen sogar verneunfacht."⁶⁹

Die Eisenbahn hat demzufolge am Rhein hauptsächlich dort mit großem Erfolg zu konkurrieren vermocht, wo entweder - wie in der Oberrheinischen Tiefebene zwischen Basel und Mannheim - der Ausbauzustand viel zu wünschen übrig ließ oder wo kürzere Strecken zu bewältigen waren (zum Beispiel im Verkehr zwischen dem Ruhrgebiet und den mittelrhei-

⁶⁹ Zitiert nach Lehmann, Die Beteiligung der Wasserstrasse des Rheins am Güterverkehr, in: Archiv für Eisenbahnwesen, a. a. O., 9. Jg. 1886, S. 189.

nischen Häfen). Dort, wo die Wasserstraße über längere Entfernung genutzt werden konnte, verlief dafür die Steigerung der Schifffahrt um so intensiver.

Entschieden zu kurz geraten sind in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" außerdem die Bemerkungen über den Binnenschiffverkehrsverkehr auf den mittel-, ost- und süddeutschen Strömen. Sie beschränken sich in erster Linie auf wenige Beispiele der märkischen Wasserstraßen, die für den Aufschwung der Berliner Industrie von Bedeutung wurden. Die teilweise von völlig anderen Faktoren maßgeblich beeinflusste Entwicklung in den Stromgebieten der Elbe, der Oder und der Donau bleiben unerwähnt. Haupthindernis für die Elbeschifffahrt zum Beispiel war nicht in erster Linie die Konkurrenz der Eisenbahnen, sondern waren die zunächst unvermindert weiter erhobenen Elbzölle. Deutlich zeigt das folgende Berechnung: Für Transporte von Hamburg nach Böhmen betragen die auf der Elbe bis zur österreichischen Grenze zu entrichtenden Zölle pro Zentner 24 Sgr 2 Pfg und die Fracht 11 Sgr 8 Pfg. Die gesamten Transportkosten stellten sich demnach auf 35 Sgr 10 Pfg, wovon die Zölle mehr als zwei Drittel ausmachten. Im Vergleich dazu wurden als Durchgangszölle auf der Bahn nur 5 Sgr erhoben, die Frachtkosten lagen bei 20 Sgr (fast 70 Prozent höher als beim Binnenschiff!), und an sonstigen Kosten fielen 3 Sgr 6 Pfg an. Die Gesamtkosten für den Eisenbahntransport von Hamburg bis Böhmen betragen demnach nur 28 Sgr 6 Pfg, also 7 Sgr 4 Pfg weniger als auf der Elbe.⁷⁰ Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen erst die erheblichen Zollermäßigungen Anfang der sechziger Jahre und das völlige Verschwinden der Zölle nach dem Staatsvertrag des Norddeutschen Bundes mit Österreich am 22. Juni 1870 der Elbeschifffahrt einen erneuten Aufschwung sichern konnten.⁷¹ Zusätzliche Schwierigkeiten bereitete die völlig ungenügende Stromregulierung. Die Elbe zählt zu den typischen Steppenflüssen, deren jeweiliger Wasserstand ganz und gar abhängig ist von den Niederschlägen in ihrem Quellgebiet und den Quellgebieten ihrer wichtigsten Nebenflüsse. Trotz immer wiederkehrender Klagen der Handels- und Schifffahrtsgesellschaften hatten kaum Mittel für ihren Ausbau zur Verfügung gestanden. Noch 1869 betrug die Fahrwassertiefe an manchen Stellen nur 45 Zentimeter. An normale Schlepsschifffahrt mit Rad- oder Schraubenschleppern war unter derartigen Umständen kaum zu denken.

⁷⁰ Fischer, Kurt, a. a. O., S. 115 f. u. 137.

⁷¹ Vgl. dazu u. a. Burmester, Heinrich, Die Entwicklung der Elbschifffahrt in jüngster Zeit (1924 - 1927), hg. v. der Arbeitsgemeinschaft der Elbeschifffahrt e. V. Magdeburg, Lauenburg o. J., S. 15.

Der noch ausgangs der sechziger Jahre auf der Elbe weit verbreitete und in ständigem Ansteigen befindliche Segelbetrieb fiel erst weg, als drei Unternehmen die schon knapp zwei Jahrzehnte zuvor in Frankreich aufgekommene Kettenschleppschiffahrt übernahmen, deren Dampfer noch geringere Ansprüche an die Fahrstraße stellten.⁷²

Auch in den Monographien der Mitarbeiter Motteks finden sich einige nicht zutreffende Äußerungen zur Entwicklung der Binnenschiffahrt. Es ist zumindest unexakt, wenn Baar in seiner an sich begrüßenswerten Analyse des Ausbaues der Wasserstraßenverbindungen im Berliner Raum schreibt: "Die Durchsetzung der Schleppschiffahrt auf den märkischen Wasserstraßen (1857 - H. W.) vollzog sich somit erst zwei Jahrzehnte später als auf dem Rhein."⁷³ Tatsächlich war aber auf dem Rhein bereits 1829 von einem holländischen Unternehmen, der "Rhein- und Seedampfschiffahrt, Niederländische Gesellschaft", die Idee verwirklicht worden, Lastkähne durch Dampfschiffe stromauf schleppen zu lassen. Sie hatte das bis dahin mächtigste Dampfschiff, den "Herkulus" mit 200 PS, bauen lassen, der nach wenigen mißlungenen Versuchen schon bald regelmäßig vier bis sechs Segelschiffe rheinaufwärts bis Lobith und Emmerich und häufig sogar bis Düsseldorf führte.⁷⁴

Becker stellt im Zusammenhang mit dem rasch anwachsenden Bau von Schleppern und eisernen Lastkähnen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die These auf: "Diese Anlagen von konstantem fixen Kapital trugen zur völligen Verdrängung des handwerklichen Transportgewerbes bei."⁷⁵ In Wirklichkeit blieb in der überwiegenden Mehrheit der Stromsysteme die Zahl der kleinen Partikulierschiffer, die ein oder zwei Lastkähne besaßen, außerordentlich hoch, in vielen stellten diese Schiffer sogar nach wie vor die größte Menge an Transportraum, während die großen Schiffahrtsgesellschaften sich vorzugsweise auf das Stellen von Schleppkraft und die Personenschiffahrt konzentrierten. An der Elbe besaßen Kleinschiffer noch ausgangs der achtziger

72 Vgl. dazu u. a. *Pleißner, Erich*, Konzentration der Güterschiffahrt auf der Elbe, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungsheft 50, Tübingen 1914, S. 92 ff. u. 100 ff.; *Rehberg, M.*, Die Entwicklung der Binnenschiffahrt zwischen Oder und Weichsel, in: Großdeutscher Verkehr, Berlin 1944, S. 163.

73 *Baar, Lothar*, a. a. O., S. 21.

74 Vgl. dazu u. a. *Eckert, Christian*, a. a. O., S. 253.

75 *Schröter, Alfred/Becker, Walter*, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 163 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Bd. 2.

Jahre 1 395 Schleppkähne und bewältigten damit mindestens 73 Prozent des Gesamtverkehrs.⁷⁶

Völlig fehlt bei der Darstellung der Verkehrsprobleme der industriellen Revolution wiederum, wie schon bei der Vorbereitungsperiode, die deutsche Seeschifffahrt. Lediglich bei Blumberg finden sich in seiner gründlichen Analyse von Produktion und Markt der deutschen Wollindustrie, in der er auch die Nachfrage auf den äußeren Märkten beispielhaft untersucht, einige wenige, in der Regel allerdings allgemein gehaltene Andeutungen wie "ungünstige Verkehrsbedingungen", "Eindringen auf dem Seewege" etc.⁷⁷ Für die dreißiger und auch einen großen Teil der vierziger Jahre mag das eventuell noch angehen. Die Handelsflotte vermittelt ja in erster Linie die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Deutschland aber, das seiner Wirtschaftsstruktur nach vorerst noch Agrarland war, fehlte es zunächst an genügend vielfältigen Exportmöglichkeiten. Getreide, Holz und andere agrarische Rohstoffe fanden zwar, wie Mottek nachweist, in den west- und nordeuropäischen Ländern noch vermehrten Absatz; für die Staaten in Übersee und Osteuropa hingegen waren sie weitgehend uninteressant, weil diese selbst Lebensmittel anboten und weit ergiebiger Wälder auszubeuten vermochten. Der früher bedeutende Absatz deutschen Leinens nach Spanien, Italien und den Tropengegenden war seit der Zeit der Kontinentalssperre, als die Lieferungen zwangsweise ausfallen mußten, stark beeinträchtigt. Hier hatten sich die englische Baumwollindustrie und das rasch vordringende irisch-schottische Produktionszentrum für Leinen hineingedrängt, die mit ihrem schon höheren Anteil an maschineller Produktion das noch fast ausschließlich handwerklich produzierte deutsche Leinen auf dem Weltmarkt mit Leichtigkeit zurückschlagen konnten. Bestanden aber nur geringe Exportmöglichkeiten, so blieben die Mittel für direkte Importe gleichfalls klein.

Äußerst nachteilig machte sich auch bemerkbar, daß es in den fremden Ländern noch an Banken fehlte, die dem deutschen Kaufmann "auf seine Waren Vorschüsse leisteten, indem sie seine auf überseeische Plätze lautenden Wechsel diskontierten und ihn dadurch in den Besitz von Barmitteln zu neuen Unternehmungen setzten, während sich die beliebte Ware noch auf dem Weg zum Bestimmungsort befand."⁷⁸ So gab es in

76 *Pleißner, Erich*, a. a. O., S. 53 f.

77 *Blumberg, Horst*, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, a. a. O., S. 177.

78 *Peters, Max*, Die Entwicklung der deutschen Reederei seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 2: Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Begründung des Deutschen Reiches, Jena 1905, S. 102.

China um die Mitte des 19. Jahrhunderts fünf Banken, die mit englischen Firmen und eine, die mit französischen Firmen Geschäftsverkehr pflegten, aber es gab dort keine einzige Bank, die direkt mit deutschen kaufmännischen Firmen zusammenarbeitete. Nahm ein deutscher Kaufmann Vorschüsse derartiger Kreditinstitute an, so berechneten diese ihm einen wesentlich höheren Diskont.⁷⁹

Auch die großen Seemächte jener Zeit wie England, Spanien, Portugal, Holland und Frankreich erschwerten den direkten Verkehr Deutschlands mit anderen Kontinenten, indem sie durch ihre gesetzlichen Bestimmungen den Handel mit ihren Kolonien entweder völlig für die eigene Flotte monopolisierten oder diese zumindest eindeutig bevorzugten. Zwar gelang es den Hansestädten, zwischen 1825 und 1841 zumindest einige Verträge abzuschließen, die gewisse Erleichterungen brachten; dafür mußten sie aber ihren Konkurrenten gleichfalls das ungehinderte, nahezu freie Einlaufen in die eigenen Häfen zugestehen.⁸⁰

So blieben die Schiffsfrachten von Übersee nach Deutschland, eben weil nur wenig Schiffe fuhren, zwangsläufig enorm hoch. Nach England, dem Welthandelszentrum, lagen sie dagegen weit niedriger, und deshalb war es für die Kaufmannsfirmen in den Nord- und Ostseehäfen oft einfacher, ihre überseeischen Waren im unterbrochenen Verkehr über England zu beziehen, als direkt vom Erzeuger. Wenn es trotz alledem seit Mitte der dreißiger Jahre doch langsam in der deutschen Seeschifffahrt voranging, so deutet das auf Gegenkräfte hin, die die genannten schwerwiegenden Hemmnisse zumindest zum Teil zu paralysieren vermochten. Eine der wichtigsten Gegenkräfte war wiederum die Bildung des Zollvereins, der insofern günstigere Verhältnisse für die deutsche Seeschifffahrt schuf, als die fremden Mächte einwilligten, Handelsverträge mit ihm zu schließen, "während sie früher mit der Menge der Einzelstaaten nichts anfangen konnten".⁸¹

Noch kräftigere Impulse erhielt die Seeschifffahrt von den neu aufkommenden Eisenbahnen und der ständig leistungsfähiger werdenden Binnenschifffahrt auf den deutschen Strömen und Kanälen; entstand doch hier eine Möglichkeit, weitaus schneller und billiger als bisher das Exportgut in die Seestädte und die importierten Waren ins Binnenland zu bringen.⁸²

79 Ebenda.

80 Sartorius von Waltershausen, August, a. a. O., S. 112.

81 Fitger, E., a. a. O., S. 10 f.

82 *Geschichtlicher Abriss der Seeschifffahrt im 19. Jahrhundert.* Zugleich Darstellung der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg 1901, S. 3.

Schließlich veranlaßten auch das rasche Wachstum der Bevölkerung und der damit verbundene Anstieg der Nachfrage nach bestimmten Kolonialwaren und textilen Rohstoffen einen gewissen Aufschwung der Seeschifffahrt.⁸³

In den Nordseehäfen erhielten die Reedereien noch eine besondere Förderung durch die immer größeren Umfang annehmende Auswanderung. Mangel an Arbeitsplätzen, Not und Elend und nicht zuletzt die politische Reaktion zwangen immer mehr Menschen zur Emigration. In den Seestädten erkannte man sehr bald, daß daraus enorme Profite zu ziehen waren, zumal es besonders den nach Nordamerika segelnden Schiffen oft an Fracht für die Ausreise fehlte. 1833 beförderte Bremens Flotte bereits 8 891 Übersiedler nach Amerika, 1840 12 806 und 1852 58 551.⁸⁴ Für Hamburg, dessen Handel vorerst noch stärker nach Westindien und Südamerika gerichtet war, blieben die entsprechenden Zahlen viel geringer: 1836 waren es nur 2 870 Auswanderer, 1840 nur 1 407, 1852 aber immerhin bereits 22 230.⁸⁵ Insgesamt trafen im letztgenannten Jahr 143 000 deutsche Auswanderer in den Vereinigten Staaten ein.⁸⁶ Das erforderte einen Schiffsdienst, wie er noch wenige Jahrzehnte zuvor nahezu unvorstellbar gewesen war. Von Bremen fuhr damals durchschnittlich jeden Tag, von Hamburg alle zwei bis drei Tage ein Schiff nach den USA ab.⁸⁷

Kann dieser Aufschwung eventuell noch als relativ unerheblich in einer Lehrbuchdarstellung vernachlässigt werden, so muß ein Nichtberücksichtigen der Seeschifffahrt während des raschen wirtschaftlichen Fortschritts der fünfziger und sechziger Jahre zwangsläufig zu Einseitigkeiten in der Darstellung führen. Denn bereits damals zeigte sich in den Anfängen einer der bedeutendsten Engpässe der deutschen Wirtschaft, der heute unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten erst recht vielfältige Probleme aufwirft: der chronische Mangel an Rohstoffen. Deutschland ist seit jener Zeit bei allen Fortschritten seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf einen gut funktionierenden Außenhandel zur See lebensnotwendig angewiesen, weil viele Grundmaterialien wie Eisen- und Buntmetallerze, Stahlveredler, Erdöl, Gummi, Textilrohstoffe etc. auf seinem Territorium entweder völlig oder in genügendem Umfang fehlten bzw. fehlen und nur selten allein auf dem Landwege besorgt werden konnten.

83 *Fitger, E.*, a. a. O., S. 19.

84 *Sartorius von Waltershausen, August*, a. a. O., S. 115.

85 Ebenda.

86 *Peters, Max*, a. a. O., Bd. 2, S. 118.

87 Ebenda.

Der daraus resultierende Aufschwung in der Seeschifffahrt konnte um so beachtlicher sein, als sich nach der Jahrhundertmitte in allen führenden Industrieländern der Trend zum Freihandel durchsetzte. Den wichtigsten Schritt in dieser Richtung stellte zweifellos 1849 die Aufhebung der Cromwellschen Navigationsakte dar.⁸⁸ Endlich fielen die Schranken, die die deutschen Reeder von fast allen Ländern Vorder- und Hinterasiens, von Australien, Kanada usw. ferngehalten hatten. Endlich bestand auch für sie die Möglichkeit, den direkten Überseeverkehr nach diesen Teilen der Erde auszudehnen und den Zwischenhandel zu umgehen. Allerdings wurde aus der Möglichkeit wiederum erst im Laufe der Zeit Wirklichkeit. Allzu eingefahren waren die seit Generationen geübten Handelsbräuche. London, den ersten Handelsplatz der Welt, kannte man. Hier gab es alles in jeder gewünschten Menge und Güte zu kaufen, und jetzt, da vorerst zumindest nur die Gefahr einer Konkurrenz bestand, erhöhten die englischen Überseehändler ihre Anstrengungen sogar noch. Wie groß insbesondere der Bezug an hochwertigen Spezialitäten aus englischen Häfen zunächst blieb, vermitteln unter anderem folgende Zahlenangaben⁸⁹:

"Hamburg importierte Tee im Durchschnitt

der Jahre 1851/55: 24 000 Ztr.

davon aus China: 10 800 Ztr., aus Großbritannien: 10 600 Ztr.

der Jahre 1856/60: 19 400 Ztr.

davon aus China: 7 800 Ztr., aus Großbritannien: 8 300 Ztr.

der Jahre 1860/65: 28 000 Ztr.

davon aus China: 5 700 Ztr., aus Großbritannien: 17 800 Ztr."

Von 19 000 Zentnern Pfeffer, die Hamburg 1869 importierte, kamen 18 000 Zentner aus Großbritannien. Indigo kam bei einer Einfuhr von 10 000 Zentnern zu drei Vierteln aus Großbritannien.⁹⁰

Dennoch konnte Friedrich Engels, der die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands stets interessiert verfolgte, später zusammenfassend über jene Periode feststellen: "Mehr als je vorher setzten sich deutsche Kaufleute in allen überseeischen Handelsplätzen fest, vermittelten einen immer größeren Teil des Welthandels und fingen allmählich an, den Absatz nicht nur englischer, sondern auch deutscher Industrieprodukte zu vermitteln."⁹¹

88 *Fitger, E.*, a. a. O., S. 9.

89 Zitiert nach *Peters, Max*, Bd. 2, a. a. O., S. 104.

90 Ebenda.

91 *Engels, Friedrich*, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 21, Berlin 1962, S. 408 f.

Die Umschlagsleistungen in den deutschen Häfen stiegen unter diesen Bedingungen rasch an, besonders stark in den Haupthandelsplätzen an der Nordseeküste, etwas weniger in den abgelegeneren preußischen Häfen an der Ostsee.⁹²

Ein beträchtlicher Teil der Umschlagsleistungen entfiel bereits auf die unter deutschen Flaggen fahrende Flotte, die ebenfalls rasch anwuchs. Sie verfügte 1850 über 498 000 BRT, 1860 über 807 000 BRT und 1870 über 1 004 000 BRT.⁹³

Genauso wie die Seeschifffahrt läßt Motteks Darstellung in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" ein solch entscheidendes Kommunikationsmittel wie das Post- und Fernmeldewesen völlig unerwähnt. Lediglich Baar geht in ganz anderem Zusammenhang - bei der Erörterung der Standortbedingungen Berlins für die Anfänge der Elektroindustrie - auf diese Probleme mit wenigen, allerdings recht interessanten Gedanken ein. Der Rezensent möchte vorwiegend aus Platzgründen darauf verzichten, diese Problematik hier detailliert zu diskutieren, meint aber, daß der wechselseitige Zusammenhang zwischen dem raschen Aufschwung der Produktion in nahezu allen Bereichen der Volkswirtschaft und den Fortschritten im Nachrichtenverkehr unbedingt hätte dargestellt werden müssen. Die Industrie und der Handel, die sich nicht mehr auf den bekannten, vorwiegend lokalen Markt konzentrierten, sondern in immer neue Absatzgebiete vorstießen, brauchten geeignete Mittel, um sich über Angebot und Nachfrage schnell, billig und sicher zu informieren. Besonders zuverlässig mußten die Verbindungen sein, als die wachsenden weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands die Ansprüche nochmals wesentlich erhöhten. Wie wenig dies aber noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts garantiert war, beweisen zahllose, immer wiederkehrende Klagen vor allem aus den Kreisen der Handelsbourgeoisie. So stellten die freien Reichsstädte am 29. Juli 1819 beim Deutschen Bund einen Antrag, "mittelst einer Vereinigung der Bundesstaaten den Zustand des Postwesens in Deutschland zu verbessern, insbesondere den Klagen über übermäßige Theuerung des Porto's und Verlängerung der Postrouden abzuhelpfen, und zu dem Ende am Bundestage eine Commission anzuordnen."⁹⁴

92 Zahlenangaben darüber siehe bei *Peters, Max*, a. a. O., Bd. 2, S. 123.

93 *Fitger, E.*, a. a. O., S. 85.

94 Zitiert nach *Das Postwesen unserer Zeit*. Abhandlungen und Mittheilungen über alles Wissenswerthe in den Efnrichtungen und Reformen des Postwesens aller Länder, des Post-Zeitungsvertriebs und aller dahin einschlagenden Zweige, hg. v. F. W. Heidemann und G. F. Hüttner, Bd. 1, Leipzig 1854, S. 2 f.

Der Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, der im Mai 1848 anläßlich einer Beratung in Leipzig eine Reihe von Forderungen aufstellte, die er "für die Einheit und Wohlfahrt Deutschlands erforderlich" hielt, verlangte unter anderem, "dass man das Brief- und Geldporto ermässige in ganz Deutschland nach Art der 'englischen Pennypost'".⁹⁵ Erste Fortschritte, wie die im April 1850 erfolgte Gründung des deutsch-österreichischen Postvereins, sind nicht zuletzt eine Folge dieses ständigen Druckes aus den interessierten Kreisen der Wirtschaft

Schließlich muß - wenn auch nicht direkt zum Themenkreis der industriellen Revolution gehörig - eine Schlußfolgerung Motteks Widerspruch hervorrufen, die er über Verkehrsprobleme des 20. Jahrhunderts gezogen hat. Im Abschnitt "Haupttendenzen der Produktion und sozialökonomische Veränderungen" seiner "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" stellt er fest: "Hinzu kommt in bezug auf die Transportinvestitionen - wenn wir die Bedingungen des 19. und 20. Jh. miteinander vergleichen -, daß heute bei den größeren Möglichkeiten des Motortransports die Investitionen verhältnismäßig geringer sein können als im 19. Jh., in dem die Eisenbahnen im Vordergrund standen."⁹⁶ Der Rezensent kann sich dieser Auffassung nicht anschließen. Die betrieblichen Eigenarten und der hohe Verkehrsraumbedarf der Kraftfahrzeuge zwingen in der Gegenwart zu Investitionsleistungen, die - wie im folgenden kurz demonstriert werden soll - durchaus mit denjenigen des 19. Jahrhunderts für den Eisenbahnbau verglichen werden können. Zu Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts kostete ein Kilometer Autobahn in der Bundesrepublik, für die entsprechende publizierte Werte vorliegen, im Durchschnitt bereits 4 bis 5 Millionen DM, wobei Strecken in einfachem Gelände bereits mit 2,5 Millionen DM, in schwierigem Terrain dagegen erst mit 6 bis 10 Millionen DM je Kilometer zu errichten waren.⁹⁷ Mußten besonders komplizierte Bauwerke eingeplant werden, wie beim Ruhrschnellweg, stiegen die Kosten gar auf 20 Millionen DM je Kilometer an.⁹⁸ Normal ausgebaute Bundesstraßen sind im Vergleich dazu wesentlich billiger, erfordern aber ebenfalls mindestens 1 Million DM, unter schwierigeren Bedingungen sogar 2 bis 2,5 Millionen DM.⁹⁹ Um den Ausbauzustand des westdeutschen Straßennetzes steht es angesichts dieser hohen Kosten, wie immer häufigere Klagen beweisen, durchaus nicht zum besten. Trotzdem ergab sich seit Beginn der fünfziger Jahre

95 Ebenda, S. 11.

96 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 213.

97 ADAC Motorwelt, H. 10/1965, S. 28.

98 Ebenda, H. 8/1966, S. 17.

99 Ebenda, H. 10/1965, S. 28.

unseres Jahrhunderts bereits folgendes Verhältnis zwischen den Investitionen allein für den Straßenbau und den Investitionen für die gesamte Industrie der Bundesrepublik:

T a b e l l e 5

Straßenbau- und industrielle Investitionen in der Bundesrepublik
(in Mill. DM)

Jahr	Gesamtaufwendungen für Straßen ⁺	Gesamte industrielle Investitionen ⁺⁺
1950	1 065,2	4 610
1951	1 255,5	6 140
1952	1 489,2	7 130
1953	1 793,6	7 940
1954	2 011,5	9 170
1955	2 699,9	11 580
1956	3 256,9	12 160
1957	3 339,2	12 540
1958	4 301,1	12 780
1959	5 036,3	13 720
1960	4 513,5	17 370
1961	6 498,2	19 870
1962	8 057,4	20 630
1963	9 419,2	

+ *Die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Bericht des Bundesministers für Verkehr, Hof 1965, S. 225 = Schriftenreihe des Bundesministers für Verkehr, Bd. 29.

++ *DWI Berichte*, hg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, H. 3/1965, S. 5.

Den 9 419,2 Millionen DM, die im Straßenbau 1963 investiert wurden, standen zum Beispiel in der chemischen Industrie, die ohne Zweifel zu den führenden Industriezweigen im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution zählt, im gleichen Jahr nur 2 260 Millionen DM gegenüber.¹⁰⁰ Die Investitionen im Straßenbau betragen also mehr als das Vierfache derer in der chemischen Industrie. Die westdeutsche Entwicklung stellt dabei keineswegs einen Ausnahmefall dar. In anderen kapitalistischen Staaten zeigten sich diese Proportionen noch krasser. In

¹⁰⁰ *DWI Berichte*, hg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, H. 21/1965, S. 11.

den USA wurden zu Beginn unseres Jahrzehnts jährlich etwa 1,6 Milliarden Dollar in der chemischen Industrie investiert¹⁰¹; zum gleichen Zeitpunkt mußten rund 12 Milliarden Dollar (das heißt etwa das 7,5fache) jährlich für den Bau, die Instandhaltung und den Betrieb von Autobahnen, Chausseen und anderen Straßen aufgewendet werden¹⁰².

Es wäre wünschenswert, wenn Mottek bei Neuauflagen seines Lehrbuchs die dargelegten Gesichtspunkte berücksichtigen und insbesondere die unbedingt gebotene Aufnahme der bisher völlig fehlenden Verkehrsträger in seine Betrachtungen nachholen könnte. Das ist insofern leicht möglich, da schon die wenigen Beispiele aus der Entwicklung dieser Bereiche der Volkswirtschaft, die im Rahmen dieser Rezension angeführt werden konnten, seine theoretische Grundkonzeption vollauf bestätigen.

Der Behandlung des Verkehrswesens folgt in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" auf relativ knappem Raum, aber dennoch sehr instruktiv geschrieben, eine Analyse der wichtigsten Industriezweige im Verlauf der industriellen Revolution. Mottek hat offensichtlich hier auf breitere Darlegungen bewußt verzichtet, da zu dieser Problematik umfangreiche Monographien seiner Mitarbeiter bereits veröffentlicht vorliegen oder für den Druck vorbereitet wurden. Insgesamt stellen auch diese Arbeiten, die heute bereits zu den international stark beachteten Veröffentlichungen marxistischer Wirtschaftshistoriker der DDR zählen, ein schönes Zeugnis darüber aus, mit welcher Sorgfalt junge Nachwuchswissenschaftler am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie betreut und zu hohen Leistungen geführt werden.

Die Analyse beginnt mit der Darstellung desjenigen Zweiges, der für den steilen Aufstieg der kapitalistischen Fabrikproduktion immer größere Bedeutung erlangte: dem Maschinenbau; gingen doch aus seiner Produktion die Arbeitsmittel der gesamten übrigen Industrie zu entscheidenden Teilen hervor. Dennoch hatte sich die gesamte frühere bürgerliche Geschichtsschreibung nicht an einer derartigen Darstellung versucht. Schröter und Becker beschränkten daher im wahrsten Sinne des Wortes wissenschaftliches Neuland, als sie sich dieser Thematik in ihren Dissertationen zuwandten. Zwar ergaben sich außerordentliche Schwierigkeiten aus der insgesamt recht unbefriedigenden Quellenlage, doch vermögen die wesentlichsten Schlußfolgerungen der beiden Autoren jederzeit zu überzeugen. Obwohl für die gesamte Zeit vor der Reichsei-

101 Ebenda, S. 12.

102 Wheeler, George S., Kapitalismus und gesellschaftlicher Charakter des Transportwesens in den USA, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, Berlin 1966, S. 40.

nigung zusammenfassende Statistiken über die Maschinenbauproduktion fehlen, gelingt ihnen vermittels indirekter Ableitung der für die weitere Erforschung und auch für die Propagierung von Problemen der industriellen Revolution wichtige Nachweis, daß der Maschinenbau bereits seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts alle anderen Zweige der Schwer- und Leichtindustrie hinsichtlich seines Wachstumstempos überbot. Als Belege dienen ihnen dafür sowohl Messungen des Roheisenverbrauchs im Zollvereinsgebiet, für den der Maschinenbau immer mehr zum Hauptverbraucher wurde, als auch interessante Untersuchungen zur Bedarfsstruktur.

So macht Schröter bereits für die dreißiger und vierziger Jahre auf die stimulierende Wirkung des Eisenbahnbaues, der Wandlungen in der Textilproduktion und des immer größere Ausmaße erlangenden Einsatzes von Dampfmaschinen auf den Maschinenbau aufmerksam. Er arbeitet aber gleichzeitig heraus, daß ein großer Teil dieses Bedarfs zunächst noch durch Einfuhren aus industriell fortgeschritteneren Ländern, insbesondere aus England, gedeckt wurde. Becker kann auf zusätzliche Ursachen für die von ihm geschätzte Steigerung der Maschinenbauproduktion auf das Fünffache in den fünfziger und sechziger Jahren verweisen, so unter anderem auf das rapide Anschwellen der Nachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen in der Schwerindustrie und in gewissem Umfang sogar in der Landwirtschaft. Zutreffend sind weiterhin seine Überlegungen über den damals hohen moralischen Verschleiß der bereits im Einsatz befindlichen Maschinen durch den raschen technischen Fortschritt. Schon in den fünfziger Jahren mußte nach dem Aufkommen neuer verbesserter Lokomotivtypen sowie größerer und stabilerer Wagons nahezu das gesamte rollende Material der Eisenbahn durch leistungsfähigeres ersetzt werden. Gleichzeitig weist Becker nach, daß durch verschiedene Faktoren, wie die neue höhere Qualitätsstufe der eigenen Maschinenbauproduktion, die günstigen Wirkungen der Zollpolitik des Zollvereins etc., seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur der Anteil der Einfuhren an dem deutschen Maschinenmarkt rapide absank, sondern die deutschen Firmen auch mit Erfolg im Ausland zu konkurrieren begannen.

Genauso instruktiv wie die quantitative Entwicklung des Maschinenbaues schildern Schröter und Becker auch die Zusammensetzung der Maschinenbauproduktion, die in den Betrieben eingesetzte Technik sowie die Haltung des Staates gegenüber dem sich neu entwickelnden Industriezweig. Den Höhepunkt finden meines Erachtens ihre Arbeiten - genauso wie später die von Blumberg und Baar - in den Darlegungen zur Her-

kunft der Unternehmer und Arbeiter der Maschinenbaubetriebe, mit denen sie einen entscheidenden Beitrag zur Frage des Entstehens der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland leisten.

Kritisch zu vermerken bleibt unter anderem, daß verschiedentlich bei Mottek auf der einen und Schröter und Becker auf der anderen Seite unterschiedliche Angaben zu ein und denselben Fakten gemacht werden. So spricht Schröter von der Errichtung einer ersten deutschen mechanischen Baumwollspinnerei in Cromford 1784¹⁰³. Mottek und Blumberg dagegen nennen als erste deutsche Spinnfabrik die von Johann. Gottfried Brüggelmann in Ratingen bei Düsseldorf¹⁰⁴. Völlig entgegengesetzte Thesen finden sich in Fragen der Gewerbefreiheit. Hierzu bemerkt Schröter: "In Sachsen ... verschwanden die Zünfte im Gewerbe erst nach 1848; allerdings war bereits 1840 eine beschränkte Gewerbefreiheit eingeführt worden. Bayern führte die Gewerbefreiheit 1825 ein, während in Württemberg 1828 ein Teil der Gewerbe des Zunftzwanges ledig wurde."¹⁰⁵ Mottek dagegen schreibt, daß "gesetzliche Maßnahmen, die die Einführung der Gewerbefreiheit zum Inhalt hatten", in diesen Ländern vor allem in den sechziger Jahren vorgenommen wurden, "so 1861 in Sachsen, 1862 in Baden und Württemberg und 1868 in Bayern".¹⁰⁶ Becker gibt an, daß erstmalig 1868 eine Mehrausfuhr von 50 209 Zentnern Maschinen auftrat¹⁰⁷; Mottek aber schreibt: "1863 war zum erstenmal der Maschinenexport des Zollvereinsgebiets größer als der Import, womit sich ein neues Stadium des deutschen Außenhandels, in dem der Maschinenbau eine führende Rolle spielen sollte, abzuzeichnen begann."¹⁰⁸ In einer von Mitarbeitern ein und desselben Instituts herausgegebenen Reihe hätten derartige unterschiedliche Behauptungen leicht ausgeglichen werden können.

Der Analyse der Maschinenbauproduktion folgen in der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" Bemerkungen zum Aufschwung von Metallurgie und Bergbau im Verlauf der industriellen Revolution, deren wichtigste Bereiche in ihrem Wachstumstempo kaum hinter dem Maschinenbau zurückblieben. Die Förderung von Steinkohle und Braunkohle stieg allein zwischen 1850 und 1870 auf mehr als das Fünffache an. Eisenerz wurde

103 Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 25.

104 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 100; Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, a. a. O., S. 25.

105 Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 26.

106 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 48.

107 Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 170.

108 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 176.

zum Zeitpunkt der Reichseinigung in Deutschland reichlich viereinhalbmal soviel wie 1850 gewonnen. Fast im gleichen Tempo wuchs die Produktion von Walzmaterial und von schmiedbarem Eisen. Monographien über diese für den weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland so ausschlaggebenden Bereiche der Volkswirtschaft stehen leider noch aus. Sie hätten sicher nicht unwesentlich zur Abrundung des bisher schon gewonnenen Bildes beitragen können.

Dafür ist derjenige Teil der Industrie, den bis zu den Arbeiten des Kollektivs um Mottek die überwiegende Mehrzahl aller Wirtschaftshistoriker für den wichtigsten im Verlauf der industriellen Revolution auch in Deutschland hielt, die Textilindustrie, um so gründlicher erforscht. Wenn irgendeine Wertung der insgesamt auf hohem Niveau liegenden Monographien vorgenommen werden sollte, so liegt nach Meinung des Rezensenten die Arbeit von Blumberg an der Spitze. Sie ist allerdings auch ihrem Entstehungsprozeß nach die jüngste, das heißt, man merkt ihr deutlich an, daß sie von den jahrelangen instruktiven Diskussionen aller Mitarbeiter des Instituts beim Ringen um die Grundfragen jener Epoche in entscheidendem Maße angeregt wurde. Viele Fragestellungen, die die vorher abgeschlossenen Arbeiten zum Teil erstmalig aufgriffen, finden hier schon in weitgehendem Maße ihre Klärung.

Blumberg beginnt - wie auch die übrigen Autoren - seine Untersuchung zunächst mit einer quantitativen Analyse der Entwicklung der Textilproduktion, das heißt, er überprüft, welchen Aufschwung der einstige Hauptzweig der nichtagrarischen Produktion Deutschlands nunmehr unter den Bedingungen der industriellen Revolution nahm. Es ist erstaunlich, welchen Reichtum an statistischen Unterlagen er dabei bereits erschließen konnte. Die wichtigsten Formen der fabrikmäßig betriebenen Maschinenspinnerei - die Herstellung von Streichgarn, Kammgarn, Baumwollgarn und Flachs - und genauso die entsprechenden Zweige der Weberei werden sowohl in ihren Wachstumsraten als auch in ihrem jeweiligen prozentualen Anteil an der Gesamtproduktion eindeutig skizziert. Zwei Tatsachen sind es nur, die der Leser hier bedauert. Mir erscheint einmal als Mangel, daß weitgehend nur Indexzahlen verwendet werden, die zwar durchaus beeindruckend sind, aber wenig Vorstellungen über den tatsächlichen Umfang der Produktion hinterlassen. Der ansonsten höchst instruktive Anhang kann hierfür ebenfalls nur zum Teil als Ausgleich angesehen werden, da er sich nahezu ausschließlich auf Angaben zur Wollindustrie beschränkt. Eine Erweiterung hätte hier zweifellos Bereicherung bedeutet, selbst wenn das an sich schon voluminöse Werk noch weiter angewachsen wäre. Zum anderen ist nicht einzusehen, warum - wie schon

bei der Darstellung der Vorbereitungsperiode - auch für die Zeit der industriellen Revolution die Seidenindustrie wiederum nahezu völlig ausgeklammert wurde. Angaben darüber hätten genauso wie für die Woll-, Leinen- und Baumwollproduktion zu finden sein müssen. Das beweist unter anderem die von Blumberg selbst angeführte Statistik über die deutsche Ausfuhr von Textilwaren, in der auch die von Seidengarnen und -stoffen Aufnahme fand. Immerhin stellte danach dieser Bereich der Textilindustrie fast stets ein Fünftel bis ein Viertel, kurz vor der Reichseinigung sogar fast ein Drittel des gesamten nicht unbedeutenden Textilexports und wurde nur von der Wollindustrie noch überboten.¹⁰⁹

Der Analyse des Produktionswachstums folgt ein interessanter Versuch, das in der gesamten Textilindustrie angelegte Kapital einmal annähernd zu schätzen. Eine solche Berechnung findet sich - mit Ausnahme von Motteks Vergleichen über die Anlagen in den privaten Eisenbahnen und den Bergwerks-, Hütten- und Salinengesellschaften Preußens¹¹⁰ - in den Monographien nur bei Blumberg. Sie ist angesichts der größeren Vielgestaltigkeit der eingesetzten Produktionsinstrumente in anderen Zweigen der Industrie - wie zum Beispiel im Maschinenbau - wohl auch kaum so schlüssig zu führen. Die angewandte Methode ist dabei relativ einfach und gerade deswegen verblüffend. Blumberg errechnete aus verschiedenen Angaben über die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals den durchschnittlichen Kapitalbedarf pro Feinspindel und pro Webstuhl in den verschiedenen Jahren und multiplizierte dies mit den jeweiligen in der Statistik ausgewiesenen Mengen der Produktionsinstrumente. Auf solche Weise erhält er zwar nicht den exakten Umfang des in der Spinnerei und Weberei angelegten Gesamtkapitals, aber eine annähernd wahrscheinliche Summe. Ihre Höhe ist mit 751 Millionen Mark im Jahre 1861 und gar 1 201 Millionen Mark 1875 doch recht respektabel.¹¹¹ Sie reicht zwar nicht im entferntesten an die in den Eisenbahnen investierte Kapitalsumme heran, dürfte aber ansonsten kaum von anderen Bereichen der Wirtschaft überboten werden.

Der allgemeine Überblick schließt mit einem instruktiv abgefaßten Abschnitt über die standortmäßige Verteilung der Textilindustrie. Dabei fällt allerdings im Vergleich zu einem der nächsten Kapitel ein Widerspruch in den Darlegungen auf. Zunächst stellt Blumberg fest: "Thü-

¹⁰⁹ Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, a. a. O., S. 289.

¹¹⁰ Mottek, Hans, Wirtschaftsgechichte Deutschlands, a. a. O., S. 144.

¹¹¹ Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, a. a. O., S. 52.

ringen mit dem dazugehörigen Regierungsbezirk Erfurt bildete das wichtigste Zentrum der deutschen Kammgarnweberei."¹¹² Später formuliert er dagegen für etwa die gleiche Zeit: "Hinsichtlich des Anteils der deutschen Wollwarenproduktion stand das Königreich Sachsen an zweiter Stelle, die Kammgarnspinnerei und Weberei, für sich betrachtet, sogar an erster Stelle."¹¹³

Der anschließende größere Teil von Blumbergs Monographie ist, fußend auf seiner Dissertation, speziell der Wollindustrie gewidmet. Wie Schröter und Becker für den Maschinenbau, untersucht auch er für den von ihm gewählten Zweig die Grundzüge des technischen Fortschritts, den Siegeszug der kapitalistischen Fabrik, die Quellen des angelegten Kapitals sowie die Herkunft der Bourgeoisie und der Arbeiter. Man kann in verschiedenen Details anderer Meinung sein, so in der Frage, ob der offensichtlich auf starken verwandtschaftlichen Bindungen der Unternehmer beruhende Zusammenschluß mehrerer Thüringer Kammgarnspinnfabriken im "Vereinigten Kammgarn Comptoir" in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts als erste Monopoloorganisation der deutschen Fabrikindustrie ausgelegt werden darf.¹¹⁴ Meines Erachtens ist es ebenfalls reichlich problematisch, als Kennziffer für die von den Arbeitern in der Wollindustrie geforderten Arbeitsleistungen das Verhältnis von Feinspindelzahl und Zahl der Arbeiter zu wählen¹¹⁵, weil dieses doch auch maßgeblich von der Entwicklung neuer leistungsfähigerer Spinnmaschinen beeinflußt wurde. Da die immensen Schwierigkeiten, die sich bei der Erforschung der Lage der Arbeiter für einzelne Industriezweige auftürmen, allgemein bekannt sind, wäre auch ein solcher Kunstgriff wie das Zitieren von Dokumenten über den Gesundheitszustand der Spinner aus dem Jahre 1907, also aus einer ganz anderen als der untersuchten Periode, besser unterblieben. Insgesamt muß man aber wie bei allen übrigen von Mottek betreuten Monographien die gediegene, auf wissenschaftliche Exaktheit bedachte Ausführung anerkennen.

Was die Arbeit über die Textilindustrie meines Erachtens etwas über die anderen heraushebt, ist die umfangreiche Analyse der Produktionsentwicklung der deutschen Wollindustrie und ihres Marktes in der Zeit der industriellen Revolution. Hier zeigt Blumberg eine Weite des Spektrums, die beispielhaft genannt zu werden verdient. Die bedeutendsten

112 Ebenda, S. 56.

113 Ebenda, S. 71

114 Ebenda, S. 102.

115 Ebenda, S. 340.

Faktoren der deutschen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Schwierigkeiten, denen die deutschen Exporteure auf den äußeren Märkten gegenüberstanden, die Wettbewerbssituation ausländischer Unternehmen bei ihrem Bestreben, auf dem deutschen Markt vorzudringen - sie alle werden mustergültig einbezogen. Blumberg charakterisiert die Folgen des englischen Rohwollbezugs aus Deutschland genauso wie die Hemmnisse, die von der bornierten preußischen Politik der Nicht-erkennung der von kolonialer Herrschaft losgelösten Staaten Südamerikas auf den deutschen Wollwarenexport ausgingen. Er sucht die Einflüsse, denen die Zollpolitik der Hauptabnehmer deutscher Produkte unterworfen war, genauso wie die Ursachen, die im Gefolge des Bürgerkrieges in den USA die Baumwollindustrie zeitweilig zurückwarfen und die Nachfrage nach Wollwaren rapide emporschnellen ließen. Als wichtigste den Absatz in Deutschland bestimmende Elemente werden geprüft die rasche Bevölkerungszunahme, das Anwachsen desjenigen Teils der Bevölkerung, der nicht mehr aus der Landwirtschaft die Mittel für seine Existenz gewann, die dadurch bedingte Abnahme der Haushaltsproduktion, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der immer umfangreichere Bedarf des Militärs an Tuchen sowie der von Jahrzehnt zu Jahrzehnt offensichtlicher werdende Einfluß der Mode. Der Leser verdankt Blumberg am Ende nicht nur wertvolle neue Kenntnisse zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, sondern er wird auch in vieler Hinsicht ange-regt, über weltwirtschaftliche Zusammenhänge tiefer nachzudenken. Hier werden neue Horizonte erschlossen, viele Gemeinsamkeiten des damaligen wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland mit dem anderer Länder herausgearbeitet und gleichzeitig Besonderheiten der deutschen Entwicklung eindeutiger als sonst erkannt. Damit tritt Blumberg auf seine Art den Beweis an, daß das seit 1945 bei uns bisweilen doch stark vernachlässigte Studium der Geschichte der Weltwirtschaft sowohl im Interesse unserer Geschichtswissenschaft, als auch anderer Disziplinen, so der modernen Wirtschaftswissenschaft, endlich überwunden werden muß.

Baar geht an seine Monographie von ganz anderen Gesichtspunkten aus heran. Sein Bestreben war es, vor allem aus regionaler Sicht einen Beitrag zur Erforschung der industriellen Revolution, ihrer Gesetzmäßigkeiten, ihres Verlaufs und ihrer Besonderheiten zu leisten. Gestützt auf eine Materialsammlung von wiederum bestechender Vollständigkeit, ist ihm das ohne Zweifel gelungen. Als besonders wertvoll sind dabei wiederum die Kapitel über das Entstehen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse Berlins und über die Lage und den Kampf der

Berliner Arbeiter zu bewerten. Aber auch die beiden anderen größeren Abschnitte, die sich mit den historischen Bedingungen für die industrielle Revolution in Berlin und mit der Entwicklung der einzelnen Produktionszweige der Berliner Industrie befassen, enthalten viele Gesichtspunkte, die in der umfangmäßig durchaus nicht geringen bürgerlichen Literatur über Berlin weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Baar ergänzt die Darlegungen Motteks über das Verkehrswesen Deutschlands in der industriellen Revolution durch eine wertvolle Analyse der Verkehrsbedingungen Berlins, die bei dessen Aufstieg zu einem bedeutenden Industriezentrum eine maßgebliche Rolle spielten. Detailliert schildert er den Ausbau des Wasserstraßennetzes um Berlin, das schon in der Verfallsperiode des Feudalismus einen beachtlichen Umfang angenommen hatte, sowie die Entwicklung Berlins zu einem der ersten und wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Deutschlands. Mitunter wäre allerdings eine etwas eindeutigeren Kommentierung der Fakten erforderlich gewesen. Der Rezensent hielt es zum Beispiel als Ergänzung zu den Angaben über den Kanalbau in und um Berlin im 17. und 18. Jahrhundert unbedingt für notwendig zu begründen, warum ausgerechnet in jener Zeit, als in den meisten Stromgebieten die Schifffahrt mit den ärgsten Widerwärtigkeiten zu kämpfen hatte, und der Zustand der Flüsse sich unsäglich verschlechterte, in Preußen so bedeutende Wasserstraßenbauten erfolgten. Die reine Aufzählung klärt noch nicht die gesellschaftlichen Grundlagen. Bei den Ursachen für die zunächst ablehnende Haltung des Staates gegenüber dem Eisenbahnbau in Preußen hätte außer der Furcht vor dem Rückgang der Chausseegeldeinnahmen auch der Widerstand der Post erwähnt werden müssen, die als Staatsunternehmen damals die ausschlaggebende Rolle zumindest im Personenverkehr über Land spielte.

Durch seine Untersuchungen der Fortschritte in den einzelnen Produktionszweigen der Berliner Industrie fügt Baar dem bereits von Schröter, Becker und Blumberg gezeichneten Bild wertvolle neue Erkenntnisse aus regionalgeschichtlicher Sicht bei. So arbeitet er als neuen stimulierenden Faktor für den Fortschritt des Maschinenbaues in den fünfziger und sechziger Jahren das Aufkommen von vorwiegend auf den lokalen Absatz orientierten Zweigen des Maschinenbaus heraus. Dazu rechnet er unter anderem die umfangreiche Produktion von Anlagen für die Gasversorgung, den Bau von Aufzügen, Kränen und anderen Hebeeinrichtungen sowie von Aggregaten für Be- und Entwässerung. Da Berlin sich seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ebenfalls zu einem der entscheidendsten Produktionsstandorte für Eisenbahnmaterial

entwickelte, wird Schröters und Beckers These von dem maßgeblichen Einfluß gerade der Nachfrage nach Lokomotiven, Waggons, Drehscheiben etc. auf den weiteren Aufschwung des Maschinenbaues wesentlich untermauert. Bei Behandlung der Berliner Textilproduktion beeindruckt außer der Analyse der grundlegend sich wandelnden Standortbedingungen für die traditionellen Gewerbe - die Spinnerei und Weberei von Baumwolle, Wolle und Seide - die von Blumberg in seiner Arbeit zweckmäßigerweise ausgelassene Darstellung der Anfänge der Berliner Konfektionsindustrie. Baar beweist eindeutig, wie sich Berlin zu einem der bedeutendsten Produktionszentren für Bekleidung, Wäsche und Weißwaren entwickeln konnte, weil umfangreiche Arbeitskräftereserven in Gestalt Tausender nach Beschäftigung suchender Frauen zur Verfügung standen und die Absatzmöglichkeiten in der rasch wachsenden Großstadt selbst sowie dank der guten Verkehrsverbindungen nach dem In- und Ausland sich von Jahr zu Jahr besserten. Erstmalig finden sich bei Baar in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragene Angaben über das Frühstadium der Elektro- und der Chemieindustrie Berlins. Angesichts der hohen Bedeutung, die beide Industrien für die spätere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erlangten, ist der Historiker dankbar, über diese bescheidenen Ansätze so abgesichertes Wissen vermittelt zu erhalten.

Es wären noch viele weitere Probleme zu besprechen, die Mottek und seine Mitarbeiter zum großen Teil erstmalig zur Diskussion gestellt haben. So steuern alle Autoren bemerkenswerte Materialien über die Wirtschaftskrisen bei und ermöglichen dadurch, weit exakter als bisher den zyklischen Verlauf der ökonomischen Entwicklung während der industriellen Revolution zu erkennen. Mottek ergänzt die umfangreichen Studien zur Geschichte der einzelnen Zweige der Industrie durch knapper gefaßte, aber doch die wesentlichsten Aspekte erfassenden Angaben zu den Fortschritten der Landwirtschaft im gleichen Zeitraum usw. Alle diese Erkenntnisse noch aufzugreifen, würde den Rahmen einer an sich schon recht breit geratenen Rezension endgültig sprengen.

Es bleibt zum Schluß nur, alle Autoren zu diesen schönen Ergebnissen bei der Erforschung eines so entscheidenden Abschnitts deutscher Wirtschaftsgeschichte zu beglückwünschen. In der mustergültigen Koppelung von konkreter Detailforschung und einem hohen Grad der theoretischen Verallgemeinerung stellen ihre Arbeiten eine echte Bereicherung unserer marxistischen Geschichtsschreibung dar. Wir Leser erwarten mit Spannung den dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands".

Fortschritt und fortschrittstragende Kräfte in der spätf feudalen Landwirtschaft

Gedanken zu einem Buch von Hans-Heinrich Müller, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

= Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam,
Heft 13, Potsdam 1967, 232 Seiten, Preis: 6,50 M

von Rudolf Berthold

Während der Titel des hier zu besprechenden Buches zunächst unauffällig erscheint, sagt der Untertitel "Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts" bereits mehr über die Absicht des Verfassers aus, die er mit der vorliegenden Studie verfolgt. Müller geht es, um es kurz anzudeuten, um zwei eng miteinander verbundene Fragen:

- a) Wie verlief die Entwicklung der Produktivkräfte?
- b) Welche gesellschaftlichen Schichten waren die Träger des Fortschritts?

Das ist eine durchaus wichtige und wissenschaftlich interessante Problematik, deren Bedeutung von Müller in vollem Umfange erkannt wurde. In der Einleitung wird auf den engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Gesellschaftsformation, dem Klassenkampf und der Entwicklung der Produktivkräfte hingewiesen, aber auch festgestellt, daß "die Funktionen des Klassenkampfes bei der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ... von den bürgerlichen Historikern höchst unzureichend gewürdigt, ja direkt unterschätzt" wurden, "und nicht anders ist es mit der Beurteilung der Entwicklung der Produktivkräfte bestellt." (S. 7)¹

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

In einer in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik erschienenen Rezension des vorliegenden Buches bezeichnet Saalfeld diese Aufgabenstellung als wenig problematisch.² Saalfeld ist kein Unbekannter mehr in der Agrargeschichtsschreibung. Er hat durchaus akzeptable Arbeiten veröffentlicht und ist mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte im Spätfeudalismus vertraut. Aus diesem Grunde ruft seine Einschätzung Erstaunen und Verblüffung hervor. Als Rezensent ist er nicht verpflichtet, seine Meinung umfassend zu begründen. Sie kann aber auch nicht ohne weiteres akzeptiert werden. Es geht hier um mehr als nur um die persönliche Auffassung von Saalfeld. Es geht um eine grundlegende Frage der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Marx, Engels und Lenin haben zu ihrer Zeit zur Problematik der Produktivkräfte Stellung genommen. Bereits im "Kapital" schrieb Marx: "Die- selbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Er- kenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Re- liquien von *Arbeitsmitteln* für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen. Nicht *was* gemacht wird, sondern *wie*, mit welchen Arbeitsmitteln, gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Ent- wicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der ge- sellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird."³ Ähnlich äußerte sich Engels im "Anti-Dühring": "Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesell- schaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesell- schaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliede- rung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produ- ziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird."⁴ Diesen Grundgedan- ken der materialistischen Geschichtsauffassung bestätigte Lenin, der die Entwicklung der Produktivkräfte als höchstes Kriterium des sozialen Fortschritts bezeichnete.⁵

2 Saalfeld, *Diedrich*, Rezension, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 181, H. 5, April 1968, S. 488.

3 *Marx, Karl*, Das Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 194.

4 *Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 248.

5 *Lenin, W. I.*, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 240.

Erfreulicherweise haben auch bürgerliche Agrarhistoriker diese Frage nicht außer acht gelassen, wie ältere agrarhistorische Werke bestätigen. In den zusammenfassenden Arbeiten von Langethal⁶, v. d. Goltz⁷ und Krzymowski⁸ wird der Standpunkt vertreten, daß sich im Spätfeudalismus die Landwirtschaft langsam aber stetig entwickelt habe. In einer großen Zahl von Monographien wurde eine Fülle von Fakten zusammengetragen, die normalerweise keinen Zweifel an der Richtigkeit der geäußerten Ansichten zulassen.

Es gibt aber auch Wissenschaftler, die eine andere Auffassung über die Entwicklung der Produktivkräfte in der spätf feudalen Landwirtschaft vertreten. Sie sind der Ansicht, es hätte keine Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion gegeben. Mit Recht bemerkte schon 1960 Saalfeld hierzu, daß ein solcher Standpunkt, der vielerorts geäußert worden sei, eine allseitige Erforschung hindere.⁹

In sehr massiver Form wurde dieser Standpunkt von den leitenden Mitarbeitern des "Göttinger Arbeitskreises", der sich mit Fragen der "Ostforschung" beschäftigt, vertreten. In einem Vorwort zu einer Geschichte der landwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von 1800 bis 1930 ging der Präsident des Arbeitskreises, der Jurist Herbert Kraus, davon aus, daß der Spätfeudalismus "eine überwiegend agrarische und zugleich statische Wirtschaftsordnung" gewesen sei. "Durch Jahrhunderte war die landwirtschaftliche Bodennutzung unverändert geblieben. Der Umfang der beackerten Fläche hing von der Bevölkerungszahl ab, deren Schwankungen Veränderungen der Ausdehnung zur unmittelbaren Folge hatten. Der Umfang der Nutzfläche wurde aber auch durch die verfügbare Anspannung zwingend begrenzt und vornehmlich durch die Bedingungsmöglichkeiten, die ausschließlich von der Tierhaltung und ihrer Größe abhängig waren, die wiederum durch die natürliche Futtergrundlage bedingt wurde und somit je nach Landschaft und Betrieben unterschiedlich sein mußte. Die Anbaumethoden dieser Periode, bei denen die Brache eine wesentliche Rolle gespielt hatte, bewirkten die geringe und überdies stark schwankende Höhe der Flächenerträge."¹⁰

6 Langethal, Christian Eduard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 4 Bücher, Jena 1847 - 1856.

7 Goltz, Theodor Freiherr v. d., Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2 Bde, Stuttgart-Berlin 1902/3.

8 Krzymowski, Richard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1960.

9 Saalfeld, Diedrich, Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960, S. 1 f. = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 6.

10 Finckenstein, Hans Wolfram Graf Finck v., Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 - 1930, Würzburg 1960, S. VII.

Die gleichen Ansichten äußerte das geschäftsführende Vorstandsmitglied dieses Arbeitskreises, Joachim Freiherr von Braun, im Hauptreferat anlässlich eines agrarhistorischen Kolloquiums am 4. März 1960: "Der Landwirtschaft fehlten bis ins 18. Jahrhundert die erkenntnismäßigen Voraussetzungen und darüber hinaus die praktischen Möglichkeiten, den Getreideertrag zu erhöhen oder die Anbauflächen zu erweitern. Ihr ganzes Streben war auf die Erhaltung der Ackerfläche und der herkömmlichen Ernten gerichtet." Die statische Form der Landwirtschaft war nach seiner Ansicht durch zwei Momente bedingt:

1. der Arbeitsaufwand je Flächeneinheit stand fest und wurde nur geringfügig durch die Bodenqualität und das Klima beeinflusst. Der Umfang der Ackernutzung hing also von der Zahl der Arbeitskräfte und der Anspannung ab.
2. Eine nachhaltige Bodennutzung war bei der Dreifelderwirtschaft nur solange möglich, wie ein ausreichender Viehstapel für die Düngung vorhanden war.

Da die Viehhaltung keine wesentliche Erweiterung erfuhr, fehlten die Voraussetzungen für eine Ausdehnung der Landwirtschaft.¹¹

Diese geschickt gewählte Ausgangsposition erlaubte es v. Braun, die landwirtschaftlichen Voraussetzungen für das Entstehen von Gutsbetrieben vor der Mitte des 18. Jahrhunderts zu leugnen.¹² In Fortführung dieses Gedankens stellte dann Graf v. Borcke-Stargardt im Ergänzungsreferat fest, daß bei dieser Sachlage "bei den Grundherren gar nicht der Wunsch entstehen konnte, ihr eigenes Ackerland zu vermehren."¹³ Damit entfielen praktisch die Voraussetzungen für das Bauernlegen und die zweite Leibeigenschaft. "Die bisherigen Grundlagen der modernen Agrargeschichtsforschung" waren dadurch, wie es in der Diskussion hieß, "revidiert" worden.¹⁴

Durch die ungenügende Berücksichtigung des historischen Tatsachenmaterials kamen auch marxistische Historiker zu der Ansicht, daß die feudalen Produktionsverhältnisse in Ostelbien, insbesondere die Existenz der Gutsbetriebe und die zweite Leibeigenschaft, keine Weiterentwicklung der Produktivkräfte zuließen. Šořta hat durchaus recht, wenn er der feudalen Gutswirtschaft ein großes Maß an Trägheit und

11 *Zur ostdeutschen Agrargeschichte*. Ein Kolloquium, Würzburg 1960, S. 13 u. 15 = Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 16.

12 Vgl. ebenda, S. 10 u. 17.

13 Ebenda, S. 33.

14 Ebenda, S. 2, 3 f., 5, 82 u. 104.

Stagnation zuschreibt.¹⁵ Ähnliche Gedanken äußerte Ogrissek über die Oberlausitzer Landwirtschaft.¹⁶ Aber es ist nicht richtig, aus dem langsamen Entwicklungstempo im Spätfeudalismus, aus der Trägheit und Stagnation (letztere war durchaus zeitweilig und örtlich vorhanden), ein Fehlen jeder Weiterentwicklung der Produktivkräfte schließen zu wollen.¹⁷

Die angeführten gegensätzlichen Ansichten zur Entwicklung der spätfeudalen Landwirtschaft in Deutschland verweisen darauf, daß wir es mit einem echten Problem zu tun haben. Die Wichtigkeit des Problems wird noch durch die Stellung der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben unterstrichen. Volkswirtschaft war damals noch im wesentlichen Landwirtschaft. Erst nach der industriellen Revolution änderten sich die Proportionen zwischen den Volkswirtschaftszweigen grundlegend.

Wie konnte es aber geschehen, daß eine Reihe von Wirtschafts- und Agrarhistorikern den Fortschritt der agraren Produktivkräfte unterschätzte bzw. nicht erkannte? Die Antwort liegt in der abstrahierenden Betrachtungsweise dieser Historiker. Sie haben einfach einige Grundtatsachen der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung übersehen. Im Spätfeudalismus machte auch in Deutschland die Warenproduktion beträchtliche Fortschritte. Zwar wurde - anders als in Frankreich - der wirtschaftliche Aufschwung durch das Fehlen der staatlichen Einheit gehemmt, aber er war trotzdem unverkennbar. In dieser Zeit wuchs die Zahl der im Gewerbe Beschäftigten, und die Arbeitsproduktivität stieg durch die Arbeitsteilung und Spezialisierung. Dieser Prozeß steigerte unter anderem die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen, die im Gewerbe weiterverarbeitet wurden.¹⁸ Der Druck auf die Landwirtschaft wurde noch durch das Bevölkerungswachstum verstärkt. Bechtel nimmt für die Mitte des 16. Jahrhunderts eine Gesamtbevölkerung von 14 bis 15 Millionen an. Das 17. Jahrhundert brachte durch den Dreißigjährigen Krieg einen erheblichen Rückgang, so daß am Ende des Krieges

15 *Šolta, Jan*, Die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft des Klosters Marienstern, Bautzen 1958, S. 29 = Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung, Bd. 7.

16 *Ogrissek, Rudi*, Siedlungsform und Siedlungsstruktur agrarischer Siedlungen in der Oberlausitz seit dem 16. Jahrhundert, Görlitz 1961, S. 55 = Schriftenreihe des Ratsarchivs der Stadt Görlitz, 2.

17 Vgl. *Streisand, Joachim*, Deutschland von 1786 bis 1815. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1959, S. 3; *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, Kap. 1.

18 Vgl. *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1957, S. 247, 252 u. 266 ff.

die Bevölkerung wieder auf den Stand von vor hundert Jahren zurückgefallen war. Bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts war die Gesamtbevölkerung auf rund 16 bis 17 Millionen angestiegen und betrug in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts annähernd 20 Millionen.¹⁹ Das beachtliche Anwachsen der Bevölkerung wurde in einer Reihe von speziellen Arbeiten bestätigt.²⁰

Der steigende Nahrungsmittelbedarf für eine wachsende Bevölkerung und die größeren Rohstoffanforderungen des Gewerbes verlangten eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Eine Steigerung der pflanzlichen Produktion, die die Grundlage für die Verbesserung der Viehwirtschaft ist, war auf vier Wegen möglich:

1. Durch die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das Ackerland wurde auf extensivem Wege vergrößert, indem Ödland und Wald gerodet wurden oder dem Meere neues Land abgerungen wurde. Das Ackerland konnte auch durch den Umbruch von Weiden und Wiesen ausgedehnt werden, was zu einer Intensivierung der Produktion führte. Die Zunahme des Ackerlandes ließ die Bruttoproduktion ansteigen.
2. Durch eine bessere Ausnutzung des vorhandenen Ackerlandes. So ermöglichte der Übergang zu anderen Bodennutzungssystemen, wie zur

¹⁹ *Bechtel, Heinrich*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, München 1952, S. 25 - 29; vgl. auch *Kulischer, Josef*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2, Berlin 1954, S. 6 ff.

²⁰ *Abel, Wilhelm*, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl. Hamburg/Berlin 1966, S. 265; *Korth, Siegfried*, Die Entstehung und Entwicklung des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Eine Untersuchung auf siedlungsstatistischer Grundlage aus 7 Kreisen der Mittel- und Uckermark von 1375 - 1860, landwirtschaftl. Diss. Göttingen 1952, S. 102 - 104 u. 107; *Riemann, Friedrich-Karl*, Ackerbau und Viehhaltung im vorindustriellen Deutschland, Kitzingen (Main) 1955, S. 124 f. = Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., H. 3; *Lütge, Friedrich*, Die bayerische Grundherrschaft. Untersuchungen über die Agrarverfassung Altbayerns im 16. - 18. Jahrhundert, Stuttgart 1949, S. 9 f., 13 u. 63; *Cramer, J.*, Die Grafschaft Hohenzollern. Ein Bild süddeutscher Volkszustände 1400 - 1850, Stuttgart 1873, S. 47; *Blaschke, Karlheinz*, Soziale Gliederung und Entwicklung der sächsischen Landbevölkerung im 16. bis 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarzoologie, H. 2/1956, S. 147 - 149; *Arnim, Volkmar v.*, Wechsellagen und Entwicklung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein im 16. bis 18. Jahrhundert, landwirtschaftl. Diss. Göttingen 1953, S. 34 f., 64 f., 76 u. 99; *Klinckmüller, Hans*, Die amtliche Statistik Preußens im vorigen Jahrhundert, Jena 1880, S. 6 = Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars in Halle, Bd. 2, H. 6; *Behre, Otto*, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Kgl. Statist. Bureaus, Berlin 1905, S. 63 - 65, 67, 198, 408 u. 410; *Ziekursch, Johannes*, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte. Vom Hubertusbürger Frieden bis zum Abschluß der Bauernbefreiung, Breslau 1927, S. 61 f.

Mehrfelderwirtschaft, zur Feldgraswirtschaft und zur Dreifelderwirtschaft, eine Steigerung des Brutto- und teilweise auch des Hektarertrages. Unter Beibehaltung der alten Bodennutzungssysteme konnte ebenfalls die Produktion gesteigert werden, indem das Brachfeld bebaut wurde und die Außenfelder regelmäßiger genutzt wurden.

3. Durch eine bessere Bearbeitung des Ackerlandes. Der Acker konnte mehr Pflugfurchen erhalten. Er konnte tiefer und das erste Mal bereits im Herbst gepflügt werden. Eine bessere Düngung war möglich. Schließlich konnte durch Meliorationen der Boden verbessert werden. Diese Maßnahmen ermöglichten eine Steigerung der Hektarerträge.
4. Durch den Anbau neuer Feldpflanzen. Der Anbau von Feldfutterpflanzen und von Hackfrüchten vergrößerte die Futterbasis der Landwirtschaft und das Aufkommen an Nahrungsmitteln je Hektar bebauter Fläche.

Um das Problem des Fortschritts der agraren Produktivkräfte im Spätfeudalismus allseitig klären zu können, bedurfte es vor allem weiterer Untersuchungen aus dem Gebiet der ostelbischen Gutsherrschaft. Gerade marxistische Wirtschaftshistoriker waren es, die die hemmende Rolle der feudalen Gutsherrschaft betonten bzw. überbetonten. Deshalb ist es als ein besonderes Verdienst zu werten, daß Müller mit großem Fleiß in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation von 1962 ein umfangreiches Material zur brandenburgischen Landwirtschaft zusammentrug und es im Sinne der ökonomischen Grundtatsachen interpretierte.

Durch weitere Forschungen bereichert²¹, entstand aus der Dissertation das zu besprechende Buch über die märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Das Buch gliedert sich in zwei große Abschnitte:

21 Auf der Grundlage der Dissertation und weiterer Forschungen veröffentlichte Hans-Heinrich Müller einige Aufsätze im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte: Die Entwicklung der Anbauverhältnisse in der märkischen Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, 1964, T. 1, S. 213 - 244; Die Bodennutzungssysteme und die Separation in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, 1965, T. 3, S. 82 - 126; Domänen und Domänenpächter in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert, 1965, T. 4, S. 152 - 192; vgl. auch die ergänzende Studie Entwicklungstendenzen der Viehzucht in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807, 1966, T. 2, S. 137 - 189; siehe auch Bäuerliche Rittergutspachtungen im Cottbuser Kreise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Lëtopis, Reihe B, Nr. 11/1, 1964, S. 29 - 54.

I Natürliche und gesellschaftliche Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion.

II Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion.

Der erste Abschnitt gibt einen Überblick über das Untersuchungsgebiet und schafft damit erst die Voraussetzungen zum Verständnis des zweiten Abschnittes. Der zweite Abschnitt ist in zwei Kapitel unterteilt. Er stellt den eigentlichen Hauptteil des Buches dar. In diesem Hauptteil ist eine Materialfülle verarbeitet, wie sie für derartig große Territorien bisher noch nicht ausgewertet wurde.²²

Das erste Kapitel behandelt die Entwicklung der Produktion insgesamt, während im zweiten Kapitel die Produktion der Betriebsarten - Rittergüter, Domänen, Bauernwirtschaften - untersucht wird. Das entspricht der eingangs genannten Fragestellung. Deshalb gibt das erste Kapitel Antwort auf die Frage nach den Fortschritten der Produktivkräfte und das zweite auf die Frage nach den Trägern des Fortschritts. In diesem Zusammenhang werden viele neue Tatsachen mitgeteilt bzw. wird an vergessene erinnert.

Die Fortschritte waren auch in der Mark Brandenburg mit dem Anbau von Hackfrüchten und Futterkräutern verbunden, die ursprünglich im Rahmen der bekannten Bodennutzungssysteme kultiviert wurden. Das führte zu einer besseren Nutzung der Brache und zur Erhöhung der Düngergaben. Durch die günstige Vorfruchtwirkung der neuen Feldfrüchte und die bessere Bodenbearbeitung konnte die Leistungsfähigkeit des Ackerlandes gesteigert werden.

Im Zuge der Verbesserung des Ackerbaus ging man von der traditionellen Dreifelderwirtschaft zur verbesserten Dreifelderwirtschaft über. Vielerorts war die verbesserte Dreifelderwirtschaft nur eine Übergangsstufe zur Vierfelderwirtschaft ohne Brache. Diese Vierfelderwirtschaft entsprach noch der alten Felderwirtschaft, die einseitig Getreide auf Getreide folgen ließ. Lediglich die besömmerte Brache brachte einen Wechsel in der Rotation. In diesem Zusammenhang kann Müller nicht zugestimmt werden, der das Betriebssystem der Bauern im Oderbruch als Vierfelderwirtschaft bezeichnete, weil dieselben ihr Land in vier Schläge teilten (S. 53). Ihr Abgehen vom einseitigen Getreidebau und der ohne feste Regel erfolgende Wechsel der Fruchtarten deuten darauf-

22 Vgl. auch *Saalfeld, Diedrich*, Rezension, a. a. O.; vgl. auch die Rezension zu Müllers Buch von *Henning, Friedrich-Wilhelm*, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 55, H. 1, Juli 1968, S. 127/128.

hin, daß wir es in diesem Falle mit einer freieren Bodennutzung zu tun haben, die sich den Gegebenheiten der Bruchlandschaft anpaßt.

Ein wesentlicher Fortschritt war die Einführung der "englischen Wirtschaft" im Jahre 1767 auf den Gütern des Grafen Kameke. Das Ackerland wurde in vier Schläge eingeteilt. Auf Rüben folgten Gerste, Klee und Hülsenfrüchte sowie Roggen und Weizen. Aus der Rotation ist ersichtlich, daß wir es bei dieser Form der "englischen Wirtschaft" bereits mit einem echten Fruchtwechsel zu tun haben, bei dem die günstige Vorfruchtwirkung der Hackfrüchte und der Schmetterlingsblütler ausgenutzt wurde. Unverständlich bleibt, warum Müller auch dieses Betriebssystem als eine Art Vierfelderwirtschaft bezeichnet (S. 53). Die Feldeinteilung ist hierfür kein ausreichendes Kriterium.

Friedrich II. von Preußen, der Neuerungen in der Landwirtschaft förderte, unterstützte die Einführung der "englischen Wirtschaft". Auf den kurmärkischen Domänen erhielt sie bereits vor den Agrarreformen einen festen Platz. Auch Rittergüter wandten den Fruchtwechsel an. Die Bauern waren jedoch durch die feudalen Produktionsverhältnisse gehindert, im größeren Umfange zur "englischen Wirtschaft" überzugehen.

Vom Norden her drang die mecklenburgische Koppelwirtschaft in die Mark Brandenburg vor. Dieses Betriebssystem, das keine Trennung zwischen ständigem Acker- und Weideland kennt, führte ebenfalls zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Entsprechend den landschaftlichen Bedingungen wurde die mecklenburgische Koppelwirtschaft zur märkischen Koppelwirtschaft umgestaltet. Anstelle des Klees, der auf den Sandböden schlecht gedieh, wurden Futterhackfrüchte angebaut. Eine besondere Rolle spielte hierbei die Kartoffel, die die Ausbreitung der Schweinehaltung sehr begünstigte.

Im Zusammenhang mit der Einführung verbesserter und neuer Betriebssysteme behandelt Müller ausführlich die Fortschritte in der Bodenbearbeitung, Düngung und Ernte, die Arbeitsleistungen sowie die Auseinandersetzung in der zeitgenössischen Literatur über diese Fragen.

Das im ersten Kapitel des zweiten Teiles ausgewertete Material bestätigt eindeutig die These, daß es im Spätfeudalismus einen beachtlichen Fortschritt der agraren Produktivkräfte auch im ostelbischen Deutschland gegeben hat. Da für diese Zeit keine aussagekräftige territoriale Agrarstatistik existiert, bleibt die Beweisführung lückenhaft und kann sich nur auf globale Angaben beschränken, wenn es um das Gesamtgebiet

geht. Lediglich für Teilbereiche waren detaillierte Angaben vorhanden, die zur Stützung genereller Aussagen dienten.

Schwierig ist in diesem Zusammenhang die Beantwortung der Frage, ob die Produktionssteigerung eine Folge der Ausdehnung des Produktionsfeldes oder steigender Intensität war. Wird für die Antwort eine differenzierte statistische Beweisführung verlangt, dann bleibt, wie schon Saalfeld bemerkte, die Frage offen.²³ Andererseits bringt Müller viel Material bei, das eine einseitige Produktionssteigerung durch eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausschließt. Obwohl noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Mark Brandenburg durch verschiedene Maßnahmen ausgedehnt wurde, blieb der Zuwachs in engen Grenzen. Aus den von Müller mitgeteilten Tabellen im Abschnitt über die Anbauverhältnisse und aus seinen Darlegungen im Abschnitt über die Bodennutzungssysteme läßt sich schlußfolgern, daß die Intensitätssteigerung wichtiger als die Ausdehnung des Produktionsfeldes war. In welchem prozentualen Verhältnis beide Wege der Produktionssteigerung zueinander standen, läßt sich leider nicht feststellen. Aber schon diese globale Erkenntnis ist bedeutungsvoll.

Als Müller seine Dissertation zur märkischen Landwirtschaft der Berliner Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einreichte, erschien von Wilhelm Abel zur gleichen Zeit eine Geschichte der deutschen Landwirtschaft.²⁴ Dieses Buch ist die gegenwärtig beste Zusammenfassung der Forschungsergebnisse über die feudale Landwirtschaft.²⁵ 1967 erschien bereits die zweite und erweiterte Auflage. In diesem Standardwerk erläutert Abel überzeugend den Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion im Feudalismus. Damit ist heute dieses Problem wissenschaftlich geklärt. Das heißt jedoch nicht, daß wissenschaftliche Arbeiten über die Entwicklung der Produktivkräfte und der landwirtschaftlichen Produktion im Feudalismus überflüssig wären. Geklärt ist erst die Grundfrage "Stagnation oder Fortschritt" zugunsten des Fortschritts. Über die Einzelheiten des Fortschritts werden noch viele Arbeiten benötigt, ehe wir ein abgerundetes Bild besitzen. So haben wir beispielsweise noch keine ausreichende Kenntnis über den Anteil der von mir genannten vier Wege der Produktionssteigerung an dem tatsächlichen Pro-

23 Saalfeld, *Diedrich*, Rezension, a. a. O.

24 Abel, *Wilhelm*, *Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1962 = *Deutsche Agrargeschichte*, Bd. 2.

25 Vgl. *Berthold, Rudolf*, *Agrargeschichte oder Landwirtschaftsgeschichte?* in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1965, T. 2, S. 243 - 260.

duktionswachstum. Auch Müller gibt hierzu in seinem Buch noch keine allseitig gesicherte Auskunft. Das bestätigt schon der Zweifel Saalfelds, den ich bereits erwähnte.

Während also das erste grundlegende Problem der Agrargeschichte, des Feudalismus heute geklärt ist - vor allem auch durch die Forschungsergebnisse der Agrarhistoriker der DDR -, ist das Problem der Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts komplizierter. Es gibt auch auf diesem Gebiet unterschiedliche Ansichten.

Eine Gruppe von Agrar- und Wirtschaftshistorikern betrachtete als Hauptträger des Fortschritts die feudalen landwirtschaftlichen Großbetriebe, deren Inhaber oder Pächter "dann die Lehrmeister für die große Masse der Bauern" wurden, "welche sich allerdings nur sehr langsam zu Verbesserungen entschlossen."²⁶ Dieselben Gedanken werden in einer Dissertation aus der Abelschen Schule geäußert.²⁷ Die steigenden Marktanforderungen, heißt es, seien nur erfüllt worden 1. durch Institutionen des aufgeklärten Absolutismus, 2. durch die Gutswirtschaften.

Noch einseitiger war das Urteil anderer Historiker. So schrieb beispielsweise Ziekursch: "Diesen Fortschritt, dessen Größe kaum unterschätzt werden kann, vollbrachten im deutschen Osten gegen Ende des 18. und im Verlauf des 19. Jahrhunderts die preußischen Junker."²⁸ Für solche Historiker sind faktisch die Bauern eine "geschichtslose Masse", während die Geschichte von deren Herren gemacht wurde. Deutlich tritt dieser Standpunkt bei Görlitz zutage. Er verfälschte die Geschichte Ostdeutschlands in eine Geschichte adliger Leistungen und Leiden. "Aber der Fortschritt ist nun einmal in der Geschichte immer die Sache einer erlesenen Minderheit gewesen, und es bleibt für das Bild des alternden friderizianischen Staates und seiner Adelsgesellschaft doch ein Ruhmesblatt", Fortschritte in der Landwirtschaft erzielt zu haben.²⁹

Gegen ähnliche Einschätzungen, die nicht dem historischen Tatsachenmaterial entsprechen, wandten sich schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einsichtige Historiker. Der bekannte Wirtschaftshistoriker

26 Goltz, *Theodor Freiherr v. d.*, a. a. O., Bd. 1, Stuttgart-Berlin 1902, S. 200.

27 Korth, *Siegfried*, a. a. O., S. 123 f.

28 Ziekursch, *Johannes*, a. a. O., S. 146.

29 Görlitz, *Walter*, *Die Junker - Adel und Bauer im deutschen Osten, Glücksburg (Ostsee)* 1956, S. 146.

Lujo Brentano³⁰ schrieb in einem seiner zahlreichen Aufsätze: "Der Adlige war ein schlechter Wirt gewesen. Sein Geld hatte er in Ausgaben zur Aufrechterhaltung seiner Standesstellung verbraucht. Die Erträge, die er aus der Landwirtschaft gezogen, waren dieser nicht wieder zugute gekommen. Der nötige Übergang zu intensiverer Wirtschaft ließ sich nicht mit ihm vollziehen. Dazu bedurfte man des kapitalreicheren, nüchterneren, wirtschaftlich tätigeren Bürgertums."³¹

Auf Grund eines umfangreichen Quellenmaterials kam Schmidt für Ostholstein zu der gleichen Ansicht wie sie Brentano allgemein geäußert hatte. Schmidt führte einen interessanten Bericht von 1641 über das verpachtete Kämmereigut Ritzerau der Stadt Lübeck an, worin es heißt, daß "doch wol ein bawr, der sein acker fleissig waret, von seinem erbe mehr zu geniessen" habe, als das Gut von der gleichen Ackerfläche bringen würde. Trotz der ausreichenden Frondienstkräfte erzielte das Gut nicht die gleichen Erträge wie die schon stark ausgebeuteten Bauern. Schmidt machte daraus den Gütern den Vorwurf, sie hätten die Fronarbeitskraft nicht richtig ausgenutzt. Durch die vielen Wartezeiten und die schlechte Arbeit seien die Bauern nur demoralisiert worden. Deshalb waren nach seiner Ansicht "die großen Höfe nicht berufen", "die Führung in der Landwirtschaft zu übernehmen."³² Während also für Brentano das bürgerliche Element erheblichen Anteil am landwirtschaftlichen Fortschritt hatte, wollte Schmidt die Bauern davon nicht ausgeschlossen wissen.

Einige Jahrzehnte vor Schmidt äußerte schon Biedermann, nachdem er die drückende feudale Ausbeutung im 18. Jahrhundert geschildert hatte: "Es zeugt von der unverwüstlichen Emsigkeit, Genügsamkeit und Geduld des deutschen Bauern, daß er unter so drückenden Verhältnissen und bei so vielfachen Hindernissen dennoch den Muth und die Ausdauer in Bewirtschaftung seines Besitzthums nicht verlor und sogar manche Fortschritte in derselben machte."³³

30 Über Brentano vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Einschätzung eines "Radical". Überlegungen bei der Lektüre von James J. Sheehan, *The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1968, T. 2, S. 347 - 356.

31 *Brentano, Lujo*, *Gesammelte Aufsätze*, Bd. 1: *Erbrechtspolitik, alte und neue Feudalität*, Stuttgart 1899, S. 298.

32 *Schmidt, Gustav Heinrich*, *Zur Agrargeschichte Lübecks und Ostholsteins*, Zürich 1887, S. 111 - 113.

33 *Biedermann, Karl*, *Deutschland im 18. Jahrhundert*, Bd. 1: *Politische und soziale Zustände*, Leipzig 1854, S. 242.

Auch Langenthal berichtete von Fortschritten der Bauern in Thüringen, Hessen, Franken, im Harz und im Vogtland, in Sachsen und Schlesien. Diese Bauern verbesserten gegen Ende des 18. Jahrhunderts den Ackerbau, indem sie die Brachweide einschränkten. Auf der Brache bauten sie Hackfrüchte, besonders Kartoffeln und Rüben an. Alle neun bis zwölf Jahre säten sie Klee oder Esparsette aus. Praktisch waren sie von der alten Dreifelderwirtschaft mit reiner Brache zur verbesserten Dreifelderwirtschaft übergegangen. Diese Bauern führten die Anregungen durch, die ihnen Schubart gegeben hatte.³⁴ In der Oberlausitz - und nicht nur dort - waren die Bauern aktiver bei der Einführung des Kartoffelanbaus als die Güter.³⁵

Diese Hinweise in der älteren agrargeschichtlichen Literatur sind wahrscheinlich von einigen Historikern in der DDR übersehen worden, die in ihren Arbeiten die Rolle der Bauern bei der Weiterentwicklung der agraren Produktivkräfte negieren. In einer Studie über das Bauernlegen in Mecklenburg werden kritiklos zeitgenössische Zeugnisse wiedergegeben, die den damaligen mecklenburgischen Bauern als "faul, niederträchtig, träge und boshaft" bezeichnen.³⁶ Nichtweiss verfolgte damit die Absicht, die hemmende Rolle der feudalen Produktionsverhältnisse besonders deutlich zu machen, was durchaus zu begrüßen ist. Da aber ausführlich der Stand und die Fortschritte des Ackerbaus und der Viehhaltung auf den Rittergütern behandelt werden, entsteht zwangsläufig der Eindruck, daß die Bahnbrecher des Neuen allein die Junker waren.

Von einem anderen Autor wird für Preußen die gleiche Tendenz vertreten: "Jede Verbesserung, die zu einer Ertragssteigerung geführt hätte, war den Frondienstpflichtigen zuviel. Notwendige Gräben, etwa zur Entwässerung von Wiesen, wurden nicht gezogen; Baumpflanzungen interessierten nicht, es hätten nur neue Verpflichtungen daraus entstehen können; auch eine Verbesserung der Viehzucht wurde von den ohnehin schon Abgabepflichtigen aus Furcht vor einer weiteren Erhöhung der Produktenrente nie angestrebt. An einer Entwicklung der Ackergeräte, an einen Fortschritt in der landwirtschaftlichen Betriebsweise war

34 Vgl. *Langenthal, Christian Eduard*, a. a. O., Buch 4, Jena 1856, S. 416, 437 u. 446.

35 Vgl. *Sölta, Jan*, a. a. O., S. 115; *Brinkmann, Carl*, Wustrau. Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes, Leipzig 1911, S. 146 = Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, H. 155.

36 *Nichtweiss, Johannes*, Das Bauernlegen in Mecklenburg. Eine Untersuchung zur Geschichte der Bauernschaft und der zweiten Leibeigenschaft in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 71 f. u. 127 ff.

unter solchen Umständen natürlich nicht zu denken. Nur eben soviel wurde getan, als zur Erhaltung des von Gott und den Gutsherren so gewollten Daseins unbedingt erforderlich war."³⁷

Die gleiche Ansicht äußerte auch Paul: "Entscheidend ist aber, daß diese Fortschritte nie bei den kleineren Gütern und den Bauern anzutreffen sind."³⁸ Boelcke ist ebenfalls der Auffassung, daß die Bauern zwar die Betriebsverbesserungen im Ackerbau auf den Gütern sahen, dieselben aber in ihrer Wirtschaft nicht anwenden konnten und deshalb gegen den Adel erbittert waren.³⁹

Das Erstaunliche an den genannten Arbeiten ist, daß die Ansichten über das Unvermögen bzw. die Unfähigkeit der Bauern, am landwirtschaftlichen Fortschritt teilzunehmen, ohne gründliche Untersuchung bäuerlicher Betriebsverhältnisse vorgetragen werden. Möglicherweise war der Anteil der ostelbischen Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geringer als in Westelbien. Die zweite Leibeigenschaft und die stärkere Ausbeutung sprechen dafür. Sicherlich gab es Dörfer oder einzelne Landstriche, in denen der landwirtschaftliche Betrieb der Bauern stagnierte und die Erträge rückläufig waren. Aber vollständig waren auch die ostelbischen Bauern nicht vom Fortschritt ausgeschlossen.

Für eine solche Auffassung sprechen wiederum einige Fakten der allgemeinen ökonomischen Entwicklung, die von den genannten Autoren nicht gebührend gewürdigt worden sind. Schon die Tatsache, daß die Güter vor allem Getreide für den Export produzierten, mit Ausnahme derjenigen in der Oberlausitz und in Sachsen, spricht dagegen, daß sie allein den steigenden Inlandbedarf befriedigen konnten. Im Hinblick auf die Volksernährung kam der bäuerlichen Marktproduktion entscheidende Bedeutung zu. Das wird noch durch den Umfang der von den Bauern direkt bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche unterstrichen. Obwohl im Spätfeudalismus der Anteil der Güter an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ständig anstieg, bewirtschafteten selbst in Ostel-

37 *Langelüdecke, Erich*, Die Veränderungen der ländlichen Eigentumsverhältnisse in den ostelbischen Provinzen Preußens durch die Reformen im 18. und 19. Jahrhundert, wirtschaftswiss. Diss. Halle 1957, S. 17.

38 *Paul, Heinz*, Zur Frage der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft Preußens, wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1957, S. 36.

39 *Boelcke, Willi*, Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz. Ein Beitrag zur Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsgeschichte der ostelbischen Gutsherrschaft, Bautzen 1957, S. 197.

bien die Bauern den überwiegenden Teil derselben. Das erklärt sich zum Teil aus der Arbeitsverfassung der Güter. Damit die Fronarbeitsverfassung funktionierte, mußte das Bauernland weitaus größer als das Gutsland sein.⁴⁰

In der Kurmark des preußischen Staates bewirtschafteten um 1800 die Bauern vier Fünftel des Ackerlandes und die Ämter und der Adel ein Fünftel.⁴¹ In fünf Kreisen der Mittelmark waren es 1830 32 Prozent des Ackerlandes, das von den Gütern bewirtschaftet wurde. Diese 32 Prozent enthalten den beachtlichen Landraub, der an den Bauern im Zuge der Agrarreform begangen wurde.⁴² In der Neumark stand Ende des 18. Jahrhunderts das Gutsland zum Bauernland wie 1 : 2.⁴³ In der Oberlausitz befand sich selbst in den Gutsdörfern der größte Teil des Ackerlandes in bäuerlicher Bewirtschaftung.⁴⁴ Nur in den ritterschaftlichen Bezirken Mecklenburgs betrug der Anteil des Bauernlandes durch das rücksichtslose Bauernlegen weniger als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche.⁴⁵ In den Ämtern war der Anteil der Bauern am Ackerland größer.⁴⁶

Die richtige Inbeziehungsetzung der allgemeinen ökonomischen Entwicklung mit den Vorgängen innerhalb der bäuerlichen Wirtschaften besitzt mehr als nur wissenschaftlichen Wert. Die Frage nach den tragenden Kräften des Fortschritts ragt über das agrarhistorische Anliegen hinaus. In diesem Falle berühren sich Wissenschaft und Politik. Die Überbewertung der Leistungen des Adels geschieht aus politischen Absichten.⁴⁷ Seit der Zeit, in der die Große Französische Revolution und

40 Vgl. dazu *Brentano, Lujo*, a. a. O., S. 225.

41 *Annalen des Ackerbaus*, hg. v. A. Thaer, Bd. 4, 1808, S. 55.

42 Vgl. *Korth, Siegfried*, a. a. O., S. 41.

43 v. *Borcke*, in: *Zur ostdeutschen Agrargeschichte*, a. a. O., S. 25.

44 *Boelcke, Willi*, a. a. O., S. 22.

45 *Mager, Friedrich*, *Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg*, Berlin 1955, S. 148 - 150 u. 159 f. = Veröffentlichungen der historischen Kommission, Bd. 1.

46 *Bosse, W.*, *Die Politik der Kammer als Domänenbehörde im Lande Stargard (1755 bis 1806)*. Ein Beitrag zur Agrar- und Finanzpolitik des deutschen Merkantilismus, Rostock 1930, S. 52 f.; *Jans, R.*, *Die Domäneneinkünfte des Landes Stargard von der Entstehung des Herzogtums Mecklenburg-Strelitz bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich (1701 bis 1755)*, in: *Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter*, 4. Jg. 1928, S. 78.

47 Vgl. hierzu *Heitz, Gerhard*, *Zu einer "neuen Sicht" ostelbischer Agrargeschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG)*, 9. Jg. 1961, S. 864 - 876; *Berthold, Rudolf*, *Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaus vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts*, in: *Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 81 - 131; *derselbe*, *Feudales Bauernle-*

die Heere Napoleons der Adelherrschaft den Todesstoß versetzt haben, reißen die Veröffentlichungen nicht ab, die die "besonderen" historischen Verdienste der Herren "von und zu" gebührend herausstreichen. Um der historischen Wahrheit willen haben sich bürgerliche und marxistische Historiker gegen eine derartige Entstellung der Geschichte gewandt und die Leistungen des Bürgertums und der Bauern ins richtige Licht gerückt.

In diesem Zusammenhang gewinnt in Müllers Buch das Kapitel über die Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts eine besondere Bedeutung. Auf Grund der bisherigen Auseinandersetzungen stellt er bewußt die Frage, welchen Anteil die einzelnen Betriebsarten - Rittergüter, Domänen, Bauernwirtschaften - am Fortschritt der Produktivkräfte besaßen. Er stellt diese Frage auch erst dann, nachdem er im vorhergehenden Kapitel das Problem des Fortschritts grundsätzlich abgehandelt hat. Es bleibt deshalb unverständlich, warum Saalfeld hier nur einen "losen Zusammenhang" sehen will.⁴⁸ Fortschritt und Träger des Fortschritts sind doch so eng miteinander verbunden, daß sie sich gar nicht trennen lassen. Wenn es trotzdem in der bisherigen Literatur immer wieder geschehen ist, so liegt der Mangel dort, aber nicht bei Müller.

Interessant ist Müllers Analyse der landwirtschaftlichen Tätigkeit des märkischen Adels, der nach Ziekursch und Görlitz neben dem König der eigentliche Träger des Fortschritts gewesen sein soll. Nach der Vasallentabelle der Kurmark von 1776 war beinahe die Hälfte der adligen Gutsbesitzer nicht landwirtschaftlich tätig. Diese Gutsbesitzer hatten ihre Güter verpachtet oder ließen sie durch ihren Verwalter bewirtschaften. Da sie auch außerhalb ihrer Güter wohnten, stellten dieselben nur eine Einnahmequelle dar. Dieser Teil des Adels fällt bereits als Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts weg.

Aber auch viele Adlige, die auf ihren Gütern wohnten, hatten dieselben verpachtet oder bewirtschafteten ein Gut und hatten ihre weiteren Güter gegen Pacht ausgetan. Dadurch schmolz der Teil des Adels, der sich mit praktischer Landwirtschaft beschäftigte, noch weiter zusammen. Nach vorsichtiger Schätzung kam Müller zu der Überzeugung, daß etwa ein Viertel bis ein Drittel der Güter vom Adel selbst bewirtschaftet wurde. Der größere Teil der Güter befand sich in der Hand bürgerlicher oder vereinzelt bäuerlicher Pächter. Daraus kann

gen im Spiegel der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: ZfG, 9. Jg. 1961, S. 1298 - 1320.

48 Saalfeld, *Diedrich*, Rezension, a. a. O.

mit Recht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der produktionstechnische Fortschritt der Rittergüter in starkem Maße von bürgerlichen Elementen getragen wurde. Selbst berühmte Landwirte der damaligen Zeit waren geadelte Bürgerliche, die ihre kapitalistischen Wirtschaftsmethoden auf die Güter übertrugen.

Die notwendige Richtigstellung bezüglich der Rolle des Adels als Träger des Fortschritts hinderte Müller nicht, berühmte adlige Vorkämpfer neuer Betriebssysteme gebührend zu würdigen. Ihre Leistung wurde keineswegs eingeschränkt. Gegenüber dem Parasitentum der adligen Mehrheit wirkt ihre Tätigkeit nur um so bedeutungsvoller.

Am stärksten fanden neue landwirtschaftliche Verfahren auf den Domänen Eingang, die deshalb unter den damaligen Bedingungen die am besten bewirtschafteten Betriebe waren. Die Domänen waren an kapitalkräftige und landwirtschaftlich gebildete Unternehmer verpachtet. Der preußische Staat hatte ein Interesse an hohen Pachteinnahmen und unterstützte daher im Rahmen des Möglichen die Bemühungen der Pächter, betriebliche Verbesserungen vorzunehmen bzw. schrieb direkt die Anordnung neuer Verfahren oder den Anbau neuer Kulturpflanzen vor.

Der landwirtschaftliche Fortschritt blieb in der Mark Brandenburg nicht nur auf die Großbetriebe beschränkt. Auch die Bauern bemühten sich, im Rahmen der feudalen Produktionsverhältnisse ihre Wirtschaften zu verbessern. Als Ursache hierfür sieht Müller die Einbeziehung der Bauern in das System der feudalen Warenwirtschaft und die Veränderungen innerhalb dieses Systems, die im 18. Jahrhundert in Richtung Kapitalismus gingen. Im Rahmen dieses Systems wollten die Bauern ihre Position festigen und ihren Anteil am Mehrprodukt erhöhen. Die außerordentlich zahlreichen Beispiele aus allen Teilen der Mark Brandenburg beweisen, daß es sehr vielen Bauern gelang, ihre Wirtschaft zu festigen. Der Fortschritt fiel jedoch den Bauern nicht in den Schoß. Sie mußten ihn hart erarbeiten und gegen die Feudalherren verteidigen, die Werterhöhungen bäuerlicher Wirtschaften gern zum Anlaß nahmen, um die Feudalrente zu erhöhen. Trotz dieser Fortschritte darf nicht übersehen werden, daß die Masse der Bauern noch im Rahmen der alten Dreifelderwirtschaft mit ihrem vorherrschenden Getreidebau verharrte. Die Großbetriebe hatten es leichter zu reformieren, aber auch bei den Bauern war der Fortschritt nicht mehr zu übersehen.

Müller hat bei der Beantwortung der Frage nach den Trägern des Fortschritts überzeugend nachgewiesen, daß auch im Bereich der ostelbischen Gutswirtschaft und unter den Bedingungen der zweiten Leibeigen-

schaft die Bauern Träger landwirtschaftlichen Fortschritts waren. Das zeugt von der Lebenskraft und dem Kampfeswillen der damals stärksten werktätigen Klasse des deutschen Volkes. Überdies beweist sein Buch, daß der Fortschritt der Großbetriebe vor allem den bürgerlichen Pächtern zu verdanken ist. Damit schrumpft die von anderen Autoren viel gerühmte adlige Initiative auf das quellenmäßig vertretbare Maß zusammen.

Mit Recht verweist Saalfeld darauf, daß die Darlegungen über den Anteil der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt noch überzeugender hätten gebracht werden können.⁴⁹ Das verwandte Zahlenmaterial hätte eine regionale Aufgliederung nach Dörfern und Bezirken mit und ohne Güter zugelassen. Wahrscheinlich hätte ein Vergleich weitere Erkenntnisse ermöglicht.

Trotz dieses Mangels haben Müllers Darlegungen über den Anteil der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, die er bereits 1963 und 1964 erstmals publizierte⁵⁰, Wilhelm Abel veranlaßt, in der zweiten Auflage seiner Geschichte der Landwirtschaft auf diesen Gegenstand einzugehen. Nachdem er biographische Angaben über die Wirksamkeit zweier bedeutender adliger Landwirte, Heinrich Adrian Graf Borcke und Franz Balthasar Schönberg von Brenkenhoff, gebracht hat, schreibt er wörtlich: "Neben den Grund- und Gutsherren dürfen die Verwalter und Pächter, die bürgerlichen Gutsbesitzer und Bauern nicht übersehen werden. H.-H. Müller betonte mit Recht, daß der Anteil der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt des ausgehenden 18. Jahrhunderts sowohl von der bürgerlichen wie von der marxistischen Geschichtsschreibung unterschätzt worden sei. Er verwies unter anderem auf die Tatsache, daß nicht unerhebliche Teile der märkischen Rittergüter als Pachtungen in die Hände von Bauern, sogar in die Hände von Häuslern und Büdnern gekommen waren, die sich zu Pächterringen zusammengeschlossen hatten. Er brachte Beispiele für den technisch-betriebswirtschaftlichen Fortschritt in Bauernwirtschaften und erwähnte auch die Tatsache, daß ein Bauer sich an einem Preisausschreiben über den Nutzen der Stallfütterung beteiligte."⁵¹

49 Ebenda.

50 Müller, Hans-Heinrich, Eine bäuerliche Preisschrift, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 3, S. 244 - 262; derselbe, Die Entwicklung der Anbauverhältnisse in der märkischen Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, a. a. O., S. 213 - 244; derselbe, Der agrarische Fortschritt und die Bauern in Brandenburg vor den Reformen von 1807, in: ZfG, 12. Jg. 1964, S. 629 - 648.

51 Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 324 = Deutsche Agrargeschichte, Bd. 2.

Auch mit der Behandlung des zweiten Problems seines Buches hat Müller dazu beigetragen, daß im Abelschen Standardwerk zur feudalen Agrargeschichte die Bauern als fortschrittstragendes Element anerkannt sind. Damit dürfte heute auch dieses Problem der feudalen Agrargeschichte grundsätzlich geklärt sein, obwohl noch viele Untersuchungen vonnöten sind, um die bäuerlichen Betriebsverhältnisse in den einzelnen deutschen Landschaften darzustellen.

Abschließend darf festgestellt werden, daß die wichtigsten Forschungsergebnisse aus dem vorliegenden Buch von Müller bereits vor Erscheinen desselben von anderen Autoren übernommen worden sind. Eine bessere Bestätigung des Wertes seiner Arbeit kann es wohl nicht geben.

Besonderer Dank gebührt dem Herausgeber des vorliegenden Buches, dem Bezirksheimatmuseum Potsdam. Es hat die Verlagskosten trotz vieler Illustrationen so niedrig gehalten, daß der Verkaufspreis des 232 Seiten umfassenden Werkes nur 6,50 M beträgt. Gegenüber gleichartigen Druckerzeugnissen anderer Verlage ein sensationell niedriger Preis, der den Absatz des wissenschaftlich wertvollen Werkes zweifellos sehr begünstigt.

- Berthold, Rudolf*, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Thünen-Archivs der Universität Rostock und Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte.
- Brozek, Andrzej*, Dr. oec., Adjunkt an der Pädagogischen Hochschule Opole, Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte.
- Czihak, Hans*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Fol, Alexander*, Dr. phil., Oberassistent der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Sofia.
- Friedländer, Paul*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Šejnis, V. L.*, Staatliche Universität Leningrad.
- Tjul'panov, S. I.*, Prof. Dr. habil., Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls Ökonomie des modernen Kapitalismus an der Ökonomischen Fakultät der Staatlichen Universität Leningrad.
- Wege, Fritz*, Dr. phil., Direktor des Pädagogischen Instituts Köthen.
- Wehner, Heinz*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Verkehrsgeschichte der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden.
- Werner, Ernst*, Prof. Dr. phil. habil., Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Widera, Bruno, Dr. phil. habil., Freier Mitarbeiter am Institut für
Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Wimmer, Ruth, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am In-
stitut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissen-
schaften zu Berlin.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., Leiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte
des Imperialismus in Deutschland am Institut für Wirtschaftsge-
schichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

VORSCHAU

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

W. Bleyer

Der Rüstungsbericht Speers vom Januar 1945

H.-St. Brather

Nürnberger Prozeßakten als Geschichtsquellen.

Eine Bibliographie

R. Czollek

Raub estnischer Ölschiefervorkommen für die
deutsch-faschistische Kriegswirtschaft

D. Eichholtz

Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung
des zweiten Weltkriegs. Ein Dokument zur staatsmono-
polistischen Kriegs- und Kriegszielplanung des faschi-
stischen deutschen Imperialismus

Einhorn/Schönherr

Zum militärischen Einwirken auf die Wirtschaft im Krieg.
Militärökonomische Aufgaben der Gegenwaft zur Sicher-
stellung der Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft im
Verteidigungszustand

P. Kirchberg

Typisierung in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen. Ein Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer Kriegsvorbereitung

K. Ohlendorf

Archivalische Bestandsinformation aus dem Betriebsarchiv des VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt zur Geschichte der Monopole und ihrer Verbände in der deutschen Braunkohlenindustrie

F. Petrick

"Jugenddienst" und "Jugendschutz" im faschistischen Deutschland

H. Radandt

Die deutschen Monopole und die Tschechoslowakei

G. Schwabe

Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939. Instrument und wichtige Voraussetzung für den deutschen Faschismus zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges

E. M. Štaerman

Die Sklaven in der römischen Landwirtschaft und die Politik der Kaiser

K. Vetter

Die soziale Struktur brandenburgischer Kleinstädte im 18. Jahrhundert, untersucht am Beispiel der landesherrlichen Mediatstädte des ehemaligen kurmärkischen Kreises Lebus

G. Weinberger

Die deutschen Konsuln. Ihre Rolle in der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg

B. Widera

Der Ackerbau in der Ruß zur Zeit und nach der Mongolenherrschaft (1235 bis 1500)

L. Zumpe

Arbeitsbedingungen und Arbeitsergebnisse in den Textilbetrieben der SS im Konzentrationslager Ravensbrück. Eine Studie über Probleme der Arbeitsproduktivität in KZ-Betrieben